



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.





FROM THE LIBRARY OF  
**Professor Karl Heinrich Rau**  
OF THE UNIVERSITY OF HEIDELBERG

PRESENTED TO THE  
UNIVERSITY OF MICHIGAN

BY  
**Mr. Philo Parsons**

OF DETROIT

1871

T. L. 30

~~5,17,3,7~~

II

288

.535

21  
Koni  
let

5

9

in

16037

# Staats-Anzeigen



---

gesammelt und zum Druck befördert  
von

**August Ludwig Schlözer D.**

Königl. Kurfürstl. Hofrath und Professor der Staats-  
lehre in Göttingen; und verschiedener Akademien  
und Gesellschaften der Wissenschaften Mitglied.

---

**Achtzehnter Band, Heft 69—72.**  
1793.

---

Mit vollständigen Registern über Heft 49—72.

---

**Göttingen,**  
in der Vandenhoeck, Ruprecht'schen Buchhandlung  
1793.



 3  
A. L. Schlözer's

# Staats-Anzeigen.

Heft LXIX.



I.

Briefe aus Ungern,

vom 16 Jan. — 15 Sept. 1792.

. . . In der gegenwärtigen Krisis der Welt, sind die Grundsätze, die ich von Erw. angenommen habe, ein verlässlicher Anker für das Schiff meines politischen Glaubens. Ich werde durch alles, durch den Gang der großen Welt sowol, als durch die Geschäfte, in die ich anfangs eingeweiht zu werden, überzeugt, und in der Ueberzeugung befestigt, daß eine, mehr oder minder nach dem Locale gemäßigte Monarchie, die unserm ZeitAlter, seinen Bedürfnissen, seiner Stimmung und seinen Launen, entsprechende Regierungsform sei. . . . Noch zur Zeit bin ich nur müßiger Zuschauer derer, die das Erlebnad der Dinge wälzen. Doch bemerke ich jezo schon, daß der Wind der Umstände und der unvorgeesehenen Ereignisse, dieses Erlebnad mer in Bewegung setzen, als die von Absichten geleitete Kräfte der Menschen. Der Strom der Zeit und der Aufklärung reißt alles mit sich fort: das Dämmen der Despotie und der Vorurtheile hilft nicht mer; sie werden brechen, jene Dämme, so viel man auch daran steckt und bessert. . . .

---

Fürchterlich kämpfen bei uns Adel, katholischer Klerus, und Aufklärung, mit einander. — Aufsehn onlängst gegen den Klerus gerichtete Brochüre, erschiene

StaatsAnz, XVIII: 69.

A 2

Neo-

*Neo-affertii juris reipubl. in bona Ecclesiasticorum Disquisitione.* Pestb, 1792, S. 209 in 8, nebst einer Abbildg.

Grundsätze in dieser wichtigen Dispute sind doch wol unstreitig folgende. "Die Geistlichen sind nichts anders, als VolksLehrer, und in dieser Hinsicht Beamte des Stats. Ihre Güter sind nur als Besoldungen anzusehen: folglich, wenn sie ihren Zweck nicht erfüllen, so können und müssen diese Besoldungen abgeändert werden, damit die Absicht des Stats besser erreicht werde. Die Nachkommenschaft darf sich durch den Stupor früherer Zeit/Alter, der von Rom aus verbreitet war, nicht die Hände binden lassen; noch ist sie gehalten, bei den Zwecken der ersten Stifter stehen zu bleiben. Jedoch dürfen mit je-ner Geistlichkeit, die einmal einen Theil der ReichsStärke ausmacht, die etwa nötigen Veränderungen nicht eigenmächtig, sondern auf dem ReichsTag, und Constitutionsmäßig, wo möglich durch Ueberzeugung, Belerung und mit Zustimmung jenes Cleri, getroffen werden". Vergl. mit oben StatsAnz. Heft 56, S. 431.

Aber von allen diesen Grundsätzen ist in erstgenannter Verteidigung der Geistlichkeit, weislich nichts berührt. Sie fängt S. 9 damit an, den Gegner gehässig zu machen, als ob er aus gleichen Absichten, wie die Nat. Versammlung, den unteren Klerus, und besonders die LandPfarrer, gegen die höhere Geistlichkeit aufbringen wolle, als ob er einigen Prälaten, um sie zu verblenden, schmeichle u. Hierauf führt er die Beispiele der Juden, Heiden, und früheren Christen an; und bemerkt S. 17, daß nach Jesu Ausspruch, sein Reich allerdings nicht von dieser Welt sei, es könne aber in dieser Welt seyn. Sein (des Verf.) Gegner stelle Sätze des verstorbenen Kollar wieder auf, die auf dem RTag vom J. 1763 längst verworfen, und vom Vatican aus niedergebunnert wären. (S. 27). — Der Zweck des Stats sei vollkommene Sicherheit des PrivatEigentums, nicht



nicht aber gleiche Teilname an den gemeinschaftlichen Kosten. Hier wird sodann der Kunstgriff gebraucht, die Sache des Cleri zur Sache des Adels zu machen, weil beide nach den LandesGesezen in einerlei Kategorie stünden. Damit will man die Frage aus dem Gesichtspuncte rücken, ob die Güter des Cleri eben so PrivatEigentum des Cleri oder der Kirche seien, wie jene des Adels? Eine Frage, die eben erst ausgemacht werden soll. Auch möchte der Verf. gerne die protestantischen Foundationen mit ins Spiel ziehen, die doch bekanntlich nicht vom Stat, sondern von lauter Privats, herrühren; die ferner, der allgemeinen Notorietät nach, weit zweckmäßiger als die katholischen verwandt werden; und die endlich zwar dem höchsten InspectionsRecht, nicht aber dem PatronatsRecht des LandesFürsten, unterworfen sind. Daß er sie aber S. 21 *fundationes legum praesidio destitutas* nennt, ist eine boshafte Unwissenheit, S. 31 beginnt eine Apologie der BettelOrden und Klöster, denn "sie verschönerten durch ihre Kirchen und KlosterGebäude die Städte S. 49, und wändten durch ihre Frömmigkeit, wie jene 5 Gerechte in den lasterhaften Städten des A. T., Gottes Zorn und Strafen ab, S. 56. . . Den dürftigen LandPfarrern, deren "Einkünfte durch die nicht genug zu betragende Artrünnigkeit vom Glauben, und durch die auf dem letzten Rath geschehene Enthebung der Maccolliten von allen StolzGehüren, geschmälert sind", könne aus den Gütern der verwüsteten Kirchen, aus den Schätzen des Religions, und des "damit verwandten" StudienFonds, geholfen werden, one die höhere Geistlichkeit in Contribution zu sehen S. 85. Die Jesuiten wären nicht wegen innerer Fehler ihres Ordens, sondern wegen der damaligen Abneigung der Fürsten gegen sie, die keine Frucht ihrer Bemühungen hoffen lies, aufgehoben worden. S. 86. Die Geistlichen wären die ersten Erzieher des ungarischen Volks; ihnen sei die Nation Dank schuldig. (Darf aber dieser Dank wol so weit gehen, sie jetzt mer als

als Ergießer und Volkszerer werden zu lassen? (sie! zu Herren und schwelgerischen Tyrannen zu machen?). S. 88. Die königl. Schenkungen seien unwiderruflich. (Aber falls sie bedingt waren, oder als bedingt nach allen Gesetzen der Vernunft angenommen werden müssen: so hebe die Nichtbeobachtung jener Bedingungen die Schenkung auf). S. 103. Zugegeben; die Achtung der Religion sei mit der Achtung ihrer Diener unzertrennlich verbunden: aber hängt die Hochschätzung der Geistlichen in den Augen der Vernünftigen, von Pomp, Schwelgerei, und Uebermacht einiger Wenigen, und vom Elend und dem Beteln andrer Merker, ab? S. 105. Die ungrische hohe Geistlichkeit sei besonders woltätig gegen ihr Vaterland; ihre verschiedene Stiftungen betrügen, nach der angehängten Tabelle, 1,6774:8 fl. Aber 1. unter den angeführten Stiftern finden sich gar viele Parochi, Canonici, Lectores &c. 2. Ist diese ganze elende Summe vielleicht nicht  $\frac{1}{10}$  von den sämtlichen jährlichen Einkünften der Geistlichkeit in Ungern. Die Einkünfte der Güter (S. 98) seien freilich größer, als ehemals zu den Zeiten der Stifter; allein die Zeiten seien auch teurer (und ich setze hinzu, der Luxus der Geistlichkeit fressender). S. 122 und 205 werden die Verdienste des CardinalPrimas in Billigkeit erhoben: aber ein schlechtes Compliment ist für diesen Primaten, daß diese Verdienste nicht seinem Geiste und Herzen, sondern seinen Gütern und Reichthümern, zugeschrieben werden. Bälle, FeuerWerke u. s. w., die der Cardinal bei Anwesenheit des Hofes anstellt, gehören wol; nicht unter seine Verdienste, sondern unter glänzende Nebensachen. S. 126. Die in der ungrischen Geschichte, namentlich aus *Wladislavs II* Zeiten, vorkommende Erzählungen von den durch Ueberfluß verderbten Sitten der Geistlichkeit, setzen lauter Uebertreibungen, und Wirkungen des VergrößerungsGlases, womit die profane Welt in ihrer Bosheit die Faser der Geistlichkeit zu betrachten gewohnt

wont ist. S. 160. Die Zertheilung großer Diöcesen in mehrere Bistümer, wäre dem Zwecke der Stifter entgegen, nach welchem der geistliche Stand, auch in seinen Einkünften dem andern vorausgehen solle [“*menti fundatorum ob sufferendam intentam per illos, respectu aliorum Regnicolarum, in reditibus etiam & substantia precellentiam repugnaret*"]. Von S. 163 fängt die Eigens Deduction aus LandesGesetzen an; und vorzüglich wird öfters das 2te Buch der Decrete des heil. Stefans angeführt, welches nach aller Kritiker Geständnis, eine Geburt des anfangenden XIIIten Jahrhunderts ist, und aus den verwirrten Zeiten Andreas des II, aus der Periode des schimpflichsten Priesterthums, herrührt. Allein allen diesen Gesetzen können andre entgegen gestellt werden, wo auf Veranlassung des Königes und der RStände, mit den geistlichen Gütern zweckmäßige Vorkerungen getroffen worden sind. S. 188. Die unter Maria Theresia geschehene Vermerkung der Bistümer, habe nicht die königl. Gewalt allein, sondern verbunden mit der obersten geistlichen Macht, in der Kirche bewirkt.

Noch erschien während des letzteren Tags:

*Modus fundum publicum constituendi, ad mentem Articulorum 21 & 67, A. 1791 elaboratus, dissertatione de exstirpanda usuraria pravitate, & ad hunc condendis legibus creditus. Pro regno Ungriae & M. Principatu Transilvaniae. Pesth, 1791, 8, 96 S.*

Des Verf. Vorschläge gehen auf Sicherstellung der Gläubiger durch Errichtung einer Ständischen LandTafel, worinn der Actv. und PassivStand der Schuldner einprotocollirt würde; ferner auf eine verbesserte CreditOrdnung, auf Errichtung einer NationalLeihBank, deren Fond aus allen öffentlichen und StiftungsCapitalen, wie auch aus NationalBancoZetteln, bestehen solle.

Die Siebenbürger Deutsche streben noch immer, in ihre alte herrliche Rechte und Freiheiten allmählich wieder eingesetzt zu werden. Wirklich waren sie, und sind zum Theil noch ist, fürchterlich tief von ihrem alten Glor herabgekommen. Nicht nur unter der wilden Regierung der meisten ungarischen Fürsten, sondern selbst unter österreichischer Landes-Hoheit, wo seit Leopolds I Zeiten bis auf Josef II die Jesuiten, und überhaupt der katholische Klerus, alles anwandten, die Deutschen in Siebenbürgen (denn die ganze Nation war bis zu Leopolds I Regierung bis auf Einen Mann evangelisch) zu unterdrücken, haben sie in vieler Rücksicht bedrängte Zeiten gehabt. Freilich öffentliche ReligionsVerfolgungen, wie die Protestanten im Königreich Ungern, haben sie nie erlitten, denn dafür schützten sie die LandesBesetze: aber desto verderblicher waren für sie von je her die im Finstern schleichende Attentate auf die Nation überhaupt, und den evangelischen Klerus insbesondre. Ich will hier nur Einen Umstand anführen, um so mer, da die Herrmannstädter Censur denselben aus der, von Ewr. in den StatsAnz. Heft 64, S. 468 citirten, mit A bezeichneten VolksSchrift weggestrichen hat. Das ist die sogenannte *proportio geometrica* in Rücksicht des ReligionsBekanntnisses, bei Besetzung der Aemter in den deutschen, Städten und Stülen. Dieser, jedem gescheuten Menschen deutliche Ausdruck, sollte seiner Natur nach heißen, daß in Besetzung der Städtischen zc. Aemter, katholische sowol als evangelische Einwohner zu zählen, und nach dem vorgesunden Verhältnis mehrere oder weniger Subjecte als Beamte anzustellen seien. Und wider eine solche wirkliche geometrische oder besser arithmetische Proportion, würden die Protestanten gar nichts einzuwenden gehabt haben; zumal da die Katholiken überall in deutschen Städten zc. bei weitem den mindesten Theil ausmachten, ja in manchen großen Bezirken kein einziges katholisches Individuum anfällig war. Aber das wurde ganz anders ausgelegt. Diese *proportio* wurde

wurde für bare Parität genommen, und überall sollte und mußte die Hälfte aller Beamten katholisch seyn. Dies hatte unter andern die betrübte Folge [wie vordem in der Pfalz], daß oft die unwissendsten Menschen von Selten der Katholiken, unter denen man, der frappanten Minorität wegen, nicht wählen konnte, zu Aemtern kamen, — und die noch verderblichere Folge, daß mehrere vom katholischen Klerus berödet, oder Räuber- und bößherzige Protestanten, zur katholischen Religion übertraten, und, da sie den Glauben verkauft hatten, keinen Anstand fanden, auch die heiligsten Rechte ihrer Nation zu verkaufen, und zu untergraben. Doch unsterblicher Dank unserm verewigten Josef II., der durch sein Religions-Edict diesem Unwesen steuerte: denn seit der Zeit ist kein einziger Protestant in dem Steyerbürgisch-deutschen Gebiete katholisch geworden; wol aber sind mehrere Convertiten aus ihrem Mittel, wieder zu ihrer väterlichen evangelischen Religion zurückgetreten.

Eine der merkwürdigeren neuen Erscheinungen bei uns, ist

de diversis Subsidiis publicis Diss. 1792, 224 S. in 8, von eben dem ungenannten Verf., der auch die Diss. de Comitibus & de limitibus potestatis executivae geschrieben hat. Bis S. 193 enthält dies Buch einen systematisch geordneten Auszug aus den ungarischen Reichsgesetzen über das sämtliche Abgabewesen. Zu wünschen wärs, daß der Verf. das ganze ungarische Gesetz-Buch aufs neue herausgegeben, und durchaus mit einem so systematischen Register versehen möchte; anstatt daß man sich jetzt mit einer durch Jesuiten zusammengestoppelten *Cynosura* \* behelfen muß

X 5

\* Welch ein ärmliches, untreues Ding diese *Cynosura* sei, zeigen die Irrthümer in den Begriffen der meisten Lin.

muß. Dann folgen S. 193 *reflexiones* in *præmissas* leges.

Unter die Fehler des jetzigen *Contributions* Systems gehört nach dem Verf., I. daß nicht der Grund und Boden, sondern das *Ertrågnis*, oder die sogenannten *facultates*, zum Maasstab genommen werden. Es sei dies selbst den Sitten verderblich, weil sich die *Ertrågnis* verheimlichen ließe, nicht aber der Grund und Boden. II. daß bei der LastenVerteilung die eigenen Angaben der *Contribuenten* (*indicationes*) zum Grunde gelegt werden: daher sei kein Verhältnis unter den *Comitaten* sowol als einzelnen Individuen. Bei so bewandten Umständen, da die Erfahrung aller KirchenVersammlungen und Råtage gelehrt habe, daß eine freiwillige Reformation dieser Mängel, von den privilegierten MenschenClassen, welche in solchen Zusammenkünften entscheiden, und mit interessiert seien, vergeblich gehofft werde; und da der Fürst allein als Repräsentant der *NichteStände* [*miseræ plebis*, in der bisherigen AdelsSprache] angesehen werden könne: so habe Josef II durch die angeordnete Ausmessung seinem NachRum ein unsterbliches Denkmal gesetzt. III. daß der Adel von der *Contribution* ausgenommen sei, und die *Contribuirenden* zur Veranschlagung über die Taren nicht zulasse, hingegen sich selbst die *Insurrections* Last bestimme. — Nach S. 210 hat die Last des Bauren seit dem eingeführten *Urbario* zuge-

---

Ungern 2c. (1790, 8, 134 Seiten) S. 6—14. Originell ist das S. 13 angeführte Beispiel. Das Gesetz von 1563 sagt: *Lucrum Camera* (die AdelsSteuer) annis, quibus *Contributio* (Steuer der Unadlichen) solvitur, exigi potest. Die Jesuiten stückten in die Rubrik (Aufschrift) dieses Gesetzes ein: *Lucrum Camerae TANTVM* (statt *etiam*) annis . . . exigi potest; und nun folgerten sie: Ergo *Lucrum Camerae* annis, quibus *Contributio* non solvitur, exigi non potest! S.

genommen. Denn 1729 gehörten zu einer *Sessio colonialis* (vollständigen BauerWirtschaft) 120 Meßgen Ausfat an Aedern, und 32 Fuder Heu: nach eingefürtem *Urbario* seien aus 1er solchen Session, 3 und 4 durch Zerspitterung entstanden, und doch werde dasselbe davon gezakt. Die Bauern, die nach dem *VorUrbarial* Zus behandelt werden, stehen sich weit besser.

S. 214 wird treffend und war die Unschicklichkeit dargestellt, a. daß die *Diurnen* (TagGelder der Abgeordneten des Adels), b. die Richter in adlichen Processen, c. sämtliche Obrigkeiten der Gespanschaften, so wie auch die Aerzte, Hebammen, Chirurgen, d. die Kosten der adlichen LeibGarde zu Wien, endlich e. die Kosten für den Unterhalt gefangener Adlichen, durch den Bauer-Stand bezahlt werden.

S. 218. Der König könnte die AdelsProduction einführen, könnte statt der durch *Carl VI* zugelassenen Beweise durch Gojârigen usus, gar keinen Beweis aus dem Gebrauch zulassen, da hierüber kein Gesetz besteht; sondern sich streng an Documente halten. So würden sehr viele adliche Familien ihrer Vorzüge verlustig werden.

S. 220. Der Adel habe zwar unlângbar Blut für das Vaterland vergossen; wo aber 1 Adlicher mit einer Wunde davon gekommen sei, da seien gewiß 10 Unadliche auf dem Platz geblieben.

S. 222 werden mehrere schwache Seiten der ungrischen Verfassung aufgedeckt: z. Er. daß der GrundHerr öfters Kläger und Richter zugleich sei; daß der Bauer oft bloß auf simplen Verdacht, sogleich, ohne gehört zu werden, in Einen Kerker mit den Verbrechern geworfen werde; daß kaum der 20ste Teil der Nation Volk, die übrigen  $\frac{18}{20}$  lauter Pöbel [*miseri plebs*], seien; daß nicht einmal der Bauer selbst als Kläger gegen seinen GrundHerrn auftreten könne, sondern sich erst durch vieles Bitten *Fiscal* Assistenz verschaffen müsse; daß in den Gesetzen der Vorwurf des Un-



Unadels, und jener der Ehrlosigkeit, für gleich angesehen werden; daß die Gewonheiten, in deren Gebrauch sich der Mächtige so leicht setzen kan, von Seiten der Willkürlichen Befehlskraft haben, hingegen der Unadliche sich mit keiner Verjährung schützen könne; daß einzelne Comitae durch die, ihren zum Rath Abgeordneten gegebene Instruction, und durch die angemessene freie Disposition über die DomesticalCasse, sich einen Theil der Gesetzgebenden, und durch willkürliche Auslegung der königl. Verordnungen, einen Theil der executiven und gerichtlichen Gewalt, anmassen, und den Vollzug der Gesetze hintern; daß endlich der Bauer, auch nach eingeführter Contribution, die Last des Soldatenstandes trage, und die Officiersstellen nebst andern Stellen der bürgerl. Verwaltung, fast bloß den Adlichen bleiben u. s. w.

Ew. ersieht aus diesem allem, — die Herstellung der Rechte der Menschheit kommt auch in Ungarn zur Sprache; und sie dürfte nicht durch Despotie (auf welche alle gegen die Ungarn schimpfende Hofmann, Zimmer &c. &c., in ihren Broschüren abzwacken), sondern durch Macht der Aufklärung und Ueberzeugung, bewirkt werden. Nur abwarten muß man, abwarten bedarf es zu einer Zeit, wo man an 2 Völkern das Beispiel hat, daß sie zur Freiheit fast noch unreif sind, weil bei dem einen, der große rohere Theil der Nation zu viel, und bei dem andern zu wenig Antheil an der öffentlichen Verwaltung, und folglich an der Aufrechthaltung der Constitution, nimmt. Langsam ist der Gang der Ueberzeugung, aber sicher: schnell ist die Despotie, aber selbst das Gute, das sie bewirkt, verliert von seinem Werth, und ist gegen den Rückfall in etwas noch Schlimmeres nicht gesichert. Erst muß in Ungarn der Adel, erst der Bauer, vorbereitet werden. Beide Theile müssen gesichert seyn, daß ihre Beiträge wirklich zum gemeinen Wohl verwendet, daß ihr saurer Schweiß nicht durch nichterzwungne Kriege, und In-

teressen unnötiger Schulden, dem Ausländer zu staten komme . . .

Noch eine 3te Schrift von eben diesem Ungenannten:

*Extractus legum de statu ecclesiastico catholico in regno  
Hungariae latinarum, 1792, 213 S. in 8.*

Bis S. 179 geht der Auszug aus den Gesezen: dann folgen wieder *reflexiones* in praemissa.

Das Recht des Stats auf die geistlichen Güter, wird aus folgenden Gründen hergeleitet. I. Die Geist-

lichkeit ist nach den Canonen (welche die Geister geistlicher Güter als Normalregeln des Genusses immer vorausgesetzt haben) verbunden, wenigstens  $\frac{2}{3}$  ihrer Einkünfte zum Nutzen der Kirchen, zu Gebäuden, zum Unterhalt der Pfarrer, zu Versorgung der Armen, anzuwenden. Dies geschieht nicht!

II. Der Klerus hat nicht mer so viel Geschäfte, da so viele Nicht-Katholiken im Reiche sind; also darf er nicht mer die vorige Besoldung verlangen.

III. Die weltlichen Beamten hatten ehemals auch statt Gehaltes Grundstücke; diese sind verloren: warum sollen die geistlichen Beamten besser seyn, und sich nicht eben so gut in barem Gelde bezahlen lassen? Die geistlichen Güter sind ihnen onehin zum Nachteil der öffentlichen Einkünfte, woraus die Verbürdung des Volks mit Abgaben erfolgte, geschenkt.

IV. Die protestantischen Geistlichen, die Popen und Rabbiner, tun die nämlichen Dienste, sind aber mit Wenigerem zufrieden.

V. Die GrundVereinigung der bürgerl. Gesellschaft sichert nur das PrivatEigentum; das Vermögen der Corporationen bleibt aber immer vom Stat abhängig, der ihnen die Erlaubnis erteilt und wegnimmt, sich ein solches Vermögen zu erwerben.

VI. Das Recht, den Willen der Nachkommen auf ewig zu binden, ist ein Traum, wie die ganze FeudalVerfassung. Dieses Recht widerspricht den Gesezen der Nation, und ist auch von alten Gesetzgebern bloß auf die nächsten Erben,

wel-

welche schon als *Mittelstücker* angesehen werden, eingeschränkt worden.

In Rücksicht der Art der Säkularisirung wünscht der Verf., der Billigkeit gemäß, daß sie nur nach Aussterben der jetzigen Besitzer geschehe; und daß diese geistlichen \* Güter nicht wieder an Privatleute verfallen, sondern den Bauern auf denselben gestattet werden solle sich frei zu kaufen, um so wie die freien *Cumaner*, *Jazyger*, und *Gikindaer*, behandelt zu werden. Denn sonst seien die Bauern der Geistlichkeit im Durchschnitt besser dran, als die des Adels; unter dem Krummstab sei besser wohnen. Sogar hätten einige Geistliche noch nicht einmal das letzte *Urbarium* (welches drückender für einige Orte wäre, als der vorige Zustand) eingeführt.

S. 189 eifert der Verf. gegen die Verwaltung öffentlicher Aemter durch die Geistlichkeit aus bekannten Gründen.

S. 196. Es ist ein allerdings auffallender Uebelstand, daß das Boosnische und Jünfkircher Dom-Capitel von 6 bis 8 Personen, eben so 2 Deputirte zum Reichstag schickt, als der Salader Comitath, der allein über 1000 adliche Familien, d. i. über 7000 adliche Köpfe [und wie viel von der Nation?], zählt.

S. 197 ist er für die Abschaffung der Zehenden, als eine die Moralität verderbende Abgabe. Die *misera contribuens plebs* solle doch wenigstens von Sätze der Religion erleichtert werden. Die Religion müsse frei seyn, folglich auch die Opfer der Gläubigen. Die Gründe aus dem Mosesaischen Gesetz verdienen keine Erwähnung. Die ungrischen  
St.

---

\* Ob nicht der Verf. hierbei die Reformen *Peters I* und *III*, und vorzüglich *Catharina II* in Ansehung ihres neu aufgestellten OekonomieCollegii, gekannt und genützt hat? *Russisches Magazin*, B. I, S. 78—106.

Gefesse sagen, die Zehenden seien in *signum catholicæ fidei* angeordnet: aber soll auch das ein *signum catholicæ fidei* seyn, daß der Bauer diese Zehenden nie pachten darf, wol aber der Grundherr, der nichts davon bezahlt?

§. 205 gegen die geistlichen Gerichte. §. 202 eifert der Verf. mit Recht gegen den Eid, den der König in der Kirche, noch vor dem öffentlichen Reichseid, seit den Zeiten von *Carl Robert*, der bekanntlich päpstliche Kreatur war, zu leisten pflegt, und worinn steht: "*Pontificibus ecclesiarum Dei dignum & canonicum honorem exhibebimus, atque ea, quæ ab Imperatoribus atque Regibus ecclesiis collata & reddita sunt, inviolabiliter observabimus*". Dieser Eid sei gegen die Autonomie von Ungern, gegen die Würde des Königes.

Zu der ungesunden Broschüre vom vorigen Jor: *Munk a Pap &c.*, Warum sitzt die Geistlichkeit in der Reichsversammlung?, ist ein Pendant erschienen,

*Licetne Episcopis & Parochiis, derelictis residentibus suis, in Diætiis & aliis Dicasteriis, in politica regni negotia sese immiscere?* 1792, 56 S. in 8.

Mit einem Aufwand von Gelehrsamkeit und Belesenheit, wird aus der Bibel, den *Actis Conciliorum*, und den *Patribus*, das Unerlaubte dieses Benehens der Geistlichkeit gezeigt, und ihr die SeltenWeide zur Sphäre ihrer Thätigkeit angewiesen. \*

---

\* "Unde ergo tot malorum semen? unde tantorum calamitatum primæ causæ? Dicam . . . VII. Iniqua improporatio conditionis civium; duorum & ultra millionum annuorum reddituum, 18 *Sacerdotes Domini*; & præterea jure & præcedentia status competens ipsis *aulicarum artium* facultas. Et hinc *proselytismus slavicus*, qui impie dominationis, non pietatis, est. Sensimus nimis eius influxum & respectum etiam sub hac *Dizeta*". *Observast. super legis religionariæ §pho 13* (1791, 59 S. in 8), p. 55 sq.

---

2.

Vom Handel des Königreichs Ungern.

“*Considerationes Comitum C. ALMASY super statu commerciali Ungriae, tam relate ad industriam internam, quam & commercium externum.*”

Eine freie Uebersetzung aus dem Lateinischen.

Die innere Industrie, und der daraus fließende Grad des auswärtigen Commerzes der Reiche, hängt von der physischen Constitution eines Volks, der moralischen Cultur desselben, und einem gewissen Grad der Reife der inneren Betriebsamkeit, die die Gesetzgebung durch keine zu schnelle Schöpfung erzwingen kan, ab.

Die Annalen aller Völker leren, daß sie den ersten Schritt aus der Wildheit dadurch getan, daß sie sich in kleine Gesellschaften gebildet, und von Jagd und Fischelei gelebt haben. Jagd war der erste Schritt zur Cultur. — Ein 2ter schon größerer Schritt war das SittenLeben solcher, die sich von Viehzucht nährten. — Den 3ten und allergrößten taten die ackerbauenden Völker. Dann folgten die höchsten Grade der Industrie, Manufacturen und Handel.

Diesen natürlichen Gang der Industrie hat nie ein Volk umgekehrt; und keine Macht der Welt würde, wenn sie auch Millionen verschwendete, ihn abändern können. Folglich reduziert sich die ganze CommerzGesetzgebung auf das äußerst simple Gesetz: “man erforsche, wie weit es mit der innern Industrie gekommen; die Gesetzgebung fordere dann von ihr nicht mer und nicht weniger, als was ihrem Zustande zukommt, oder sie räume vielmehr nur die Hindernisse weg, die ihrem natürlichen Fortschritte im Wege stehen; alles übrige überlasse sie dem natürlichen Laufe der physischen Kräfte der Industrie”. Dem zufolge werde ich zuerst den inneren und äußeren CommerzZustand des Reichs darstellen; und sodann wird sich ergeben, was nach den

den Umständen der Zeiten zur Vermöderung der Industrie etwa angeordnet werden könnte.

Das Königreich Ungern, Slavonien und Kroatien mit eingeschlossen, zählt 4499 geographische □Meilen. Seine VolkMenge, die Gränzen und die Soldatesca mit einbegriffen, beträgt 8 Millionen: folglich kommen 1777 Selen auf 1e □Meile: also mer als in Tyrol, wo nur 1356 —, aber weniger als in Oestreich, Böhmen, und Mären, wo 2641, 2357, und 2871 Selen auf 1er □Meile gezählt werden. Nach der Krügerschen Charte vom J. 1786, hat Ungern an sich 3721, Slavonien 331, und Kroatien 447 □Meilen.

Diese VolkMenge in bemeldten 3 Ländern (denn über die angränzenden habe ich keine Data) ist in 52 *civitates regiar*, 605 *oppida*, 10709 *pagos*, und 1305 *pradia*, vertheilt, wovon etwa  $\frac{1}{3}$  aus gebornen Ungern, die andern  $\frac{2}{3}$  aber aus Slaven, Raizen, Russen, Walachen, Deutschen, Kroaten, und Griechen, bestehen.

Diese Leute leben hauptsächlich von Ackerbau und Viehzucht, nebenher aber von Handwerken und FrachtFuren, auch von Beschäftigungen mit dem inländischen Handel: nur einige GroßHändler in den Städten ausgenommen, die auswärtigen Handel treiben. Auch der BergBau ernährt mehrere tausend Menschen.

Der Ackerbau und die Viehzucht sind zwar nicht in dem blühenden Zustande, den sie vereinst erhalten können, und den sie schon in England, der Lombardei, und in Belgien, wirklich haben. Doch werden diese Zweige der Industrie, nach Verhältnis der ordentlichen natürlichen Cultur, hinlänglich gepflegt; und das Reich kan sich in diesen Artikeln nicht nur selbst überflüssig versehen, sondern es theilt auch davon eine ser große Menge dem Ausländer mit. Auch was Handwerker und den inländischen MinutHandel betrifft, so verschafft sich die Nation solche Bedürfnisse eben-

StaatsAnz. XVIII: 69.      B      falls

falls selbst und one Concurrenz der Ausländer, nur die feineren Manufacturen ausgenommen.

Hingegen ist der ganze ausländische Handel, der in der Ausfuhr der überflüssigen NaturProducte, und der Einfuhr der feineren KunstProducte und andrer auswärtiger Erzeugnisse besteht, in den Händen der Großhändler in den deutschen Provinzen, und der griechischen, jüdischen, und andrer Handels Häuser: die Ungern sind nur subalterne Factore von ihnen.

Von verschiedenen CommerzTabellen des ungarischen Reichs, die mir in die Hände gefallen, lege ich die vom Militär Jar 1783 zum Grunde, bei Bestimmung des Activo- und Passivzustandes unsers Handels, weil solche eine Mittelstraße zwischen günstigeren und schlechteren Jaren enthält. In diesem Jar betruzen die sämstlichen

Importen — fl. 10,847121

Exporten — fl. 16,682069:

(Bei den Importen auch mit eingerechnet, was von Transits Gütern im Reich geblieben ist). Namentlich

	Importen	Exporten
Oestreich —	fl. 939213	1,374248
östreich. Litorale —	210551	522847
Mären —	726416	2,646275
Böhm. Schlesien —	342049	1,139131
Siebenbürgen —	1,405506	428161
Polen —	370468	994638
Türkei —	786720	714105
Geradezu nach auswärtigen Provinzen —	19314	287936

Summe des Transits.

Handels — — 3,916979 fl.

Dem zufolge übersteigt die Ausfuhr die Einfuhr um 5,834948 fl.; und diese Summe müßte also für den jährlichen



den Zuwachs des *Numeraires* in Ungern angenommen werden. Rechnet man nun noch von den 5 Millionen, die alljährlich in der neuen Münze geprägt werden, etwa 3 Mill. hinzu, die für den Bergbau im Reiche bleiben: so würde der jährliche Zuwachs gar auf 8½ Mill. steigen.

Aber zur Verminderung der Circulation, müßte in Anschlag kommen — die königl. Einkünfte, welche nach Abzug der Beibehaltungen, der Lönungen des stehenden Heeres, und andrer innerer Reichsausgaben, bar nach Wien gehen; — ferner die *proventus montanistici*, die etwa sich auf 4 Mill. belaufen. Angenommen übrigens, daß das, was der Privatmann außerlandes trägt, sich durch das, was beim Transitohandel im Reiche bleibt, beinahe aufhebt. So bleibt das Resultat der jährlichen Vermehrung des baren Geldes im Königreiche, etwa 4 Millionen: welche an sich schon nicht geringe Summe, in manchen Jahren, außerordentliche Einkünfte, sowohl von den benachbarten Reichen (wie zur Zeit der Teuerung in Böhmen), als von der Rigirung (bei Kriegs-Rüstungen), noch ser-vermerren.

Dennoch glauben einige, daß wenn man aus den Im- und Exporten mererer Jahre ein Mittel annähme, das Activum der Exporte nicht höher als auf 2½ Mill. fl. steige: weil außer den angeführten Arten, die die Barschaft aus dem Lande ziehen noch mehrere existirten; z. Er. was Klagen und Sollicitanten in Wien verzehren; die Zinsen, welche ungrische Schuldner ihren deutschen Gläubigern alljährlich bezahlen; die Taxen die für erteilte Ämter und Titel u. an die Expeditionen der königl. Cargel entrichtet werden; was durch Loterien und dergl. aus dem Reiche geht. Zöge man alles dieses ab, so würde, wie jene meinen, die Circulation des Reichs, wo nicht in passivo, doch im Gleichgewichte zwischen activo und passivo, stehen.

Hier sind die Angaben von einigen andern Jahren:

		Importen	Exporten
Im J. 1778	—	10,390328	14,262890
1779	—	9,313191	16,205217
1780	—	10,419230	12,198815
1782	—	9,192743	13,527124
1785	—	12,049198	17,510129

Auch hieraus ergibt sich ein jährlicher Zuwachs des Activi von ungefähr 4 Mill. Zwar finde ich selbst, in Verbindung aller Umstände, diese Annahme etwas zu hoch. Aber ich meine doch, in der Bilanz unsrer Circulation immer eine jährliche Vermehrung von 1 oder ein par Millionen berechnen zu können, weil — der Preis aller Waren, so wie der Tagelohn, und der Preis der liegenden Gründe in den Städten und auf dem Lande, steigt, hingegen — die Zinsen von den gesetzlichen 6 proC. bei sicheren Schuldnern auf 5 proC. herabgesunken sind. Offenbar nimmt also unser *Numeraire* nicht ab, sondern zu.

Die obbemeldten außerordentlichen Arten vom Ausflusse des Geldes aus unserm Reiche, existiren zwar wirklich. Allein — bei den 4 Mill. Reichseinkünften, die nach Wien gehen sollen, muß bedacht werden, daß eine große Summe für den Ankauf inländischer Pferde im Reiche zurückbleibt; so wie auch für Kleidungsstücke und andre Bedürfnisse der kaiserl. königl. Armee, welche alle die Wiener Commer mit ungrischen Reichseinkünften bezahlt; so wie in der Commerztabelle vom J. 1781, blos für Waffen, 358578 fl. eingebracht stehen. Auch die Transportkosten für die Ein- und Ausfuhr so vieler Waren, die die ungrischen Commerztabellen angeben, müssen, wenn man vollends bedenkt, wie volumineus die meisten derselben sind, ungeheuer seyn; und diese Kosten bleiben doch größtentheils im Reiche.

Noch muß in obigen Listen bemerkt werden, daß die deutschen Erbländer der größte Zweig des ungr. Ein- und

und Ausfuhrhandels sind. Denn bei der ganzen Einfuhr Summe von 10 Mill., besteht die Einfuhr der Erbländer in 8 Mill., bei der Ausfuhr von 16 Mill. aber, besteht die Ausfuhr in diese Erbländer in 14 $\frac{1}{2}$  Mill.: wogegen der directe Handel des Königreichs mit den auswärtigen Provinzen nur in Einfuhr, nicht Ausfuhr, besteht.

Nach diesen *Datis* müssen Commerc-Gesetze gemacht werden. Hier sind meine Ideen.

### I. Vom Ackerbau.

Wenn in einem Reiche kein Fus breit auch des unfruchtbarsten Landes mer übrig ist, der nicht gebauet wird; wenn jeder Strich, folglich auch Heiden u., in jedem Jar genützt wird, und etwas abwirft; wenn keine GemeinWälden mer auf Kosten des Ackerbaus existiren; und wenn die Landbau-Industrie so hoch gestiegen ist, daß, wie die *Lex agraria* bei den Römern befahl, auch die zahlreichste Familie nicht mer als 7 jugera besitzen durfte, und sie sich doch davon völlig nähren konnte: dann hat der Landbau den höchsten Gipfel erreicht.

Aber von dieser hohen Stufe ist der ungrische Landbau noch weit entfernt. Doch gewiß nähert man sich dieser Stufe sicherer durch Anordnungen, die nur die Hindernisse wegräumen, als durch Zwang-Gesetze, wo die Macht alles dirigiren will, und die die Speculationen der arbeitenden Classe in allen Stücken der kleinlichen [*minutiöse*] Disposition der Gesetze unterwirft.

Wird nur, wie die meisten Instructionen der Comitate besagen, und wie das Vaterland einstimmig denkt, den arbeitenden Classe, durch Gesetze auf diesem Wege Sicherheit und physisches Wohlfeyn gewärt; so sind keine andere Ausmunterungen nötig, und diese Classe, sobald sie ihr Glück nicht im Willkür der Großen, welches immer wandelbar ist, sondern im unwandelbaren Schuß der Gesetze ge-

gründet steht, wird von Jar zu Jar jener Vollkommenheit immer näher kommen.

## II. Von Manufacturen und Handwerken.

Schwerlich kommen die Völker auf eine beträchtliche Stufe von Manufactur-Industrie, so lang nicht der Landbau seine volle Höhe hat. Dies weiset das Beispiel mehrerer Reiche aus; und daher haben alle CommercZwangGeseze, die man durch einen Aufwand vieler Millionen und durch Strafen hat durchsetzen wollen, weder in Spanien, noch in den deutschen Erblanden, und in vielen andern Staaten etwas ausgerichtet.

Unsern ist noch nicht so weit in der Industrie-Cultur, daß es durch Geiz und ZwangGeseze zu einem Manufacturlande zu machen wäre. Wenn man, ohne Rücksicht auf alle die Hindernisse, die diesem Plane noch zur Zeit im Wege stehen, durch erhöhte Zölle oder gar Verbote der deutschen KunstProducte, den natürlichen Lauf antizipiren wollte: so würden dergleichen Maßregeln zwar, die deutschen Manufacturen gänzlich zerstören; aber die Manufacturisten selbst würden doch nicht hieher ziehen, und bei uns ihre Gewerke aufschlagen.

Ich meine also, das System, welches noch zur Zeit dem Königsreiche angemessen ist, bestehe darin, daß wenigstens diejenigen Hindernisse, welche entweder aus physischen Ursachen, oder wegen des despotischen Einflusses der CommercZAnordnungen der deutschen Provinzen, dem Aufblühen der Manufacturen bei uns im Wege stehen, weggeräumt; und diejenigen Manufacturen, welche von selbst sich heben wollen, ohne directen und indirecten Zwang, durch unthätliche Mittel unterstützt werden. Womit also PrivatPersonen den Schuß des Staats zur Errichtung von Manufacturen suchen, so muß ihr Ansuchen mit beiden Händen angenommen werden. Und alle Ausländer, die ein feines KunstProduct zu erzeugen wissen, müssen das In-

Incolat, und 10jährige Befreiung von allen bürgerlichen Lasten, genießen.

Was die gekürzten Künste der deutschen Fabricanten gegen die Errichtung von Manufacturen betrifft: so weiß man, daß die Aktivität einzelner Privatleute, oft durch öffentliche Auctorität der Direction des Dreißigst-Zolles unterstützt worden sei. So hat man Grund zu dem Verdachte, daß dieser Zoll die Fabriken Ingrebienzten, vorzüglich aber die Farbe-Materialien, bei ihrem Eingange in Ungern absichtlich mit einem höheren Impost belege, als in den deutschen Provinzen gefodert wird, damit der ungrische Fabricant, der diese unentbehrliche Waren teurer einkauft, in seinem Fabricat die Concurrenz mit dem Manufacturisten der deutschen Provinzen nicht aushalten könne. Dies wäre also ein wesentlicher Gegenstand der öffentlichen Untersuchung, wobei die Räte Rat schaffen müßten.

Noch ein Wort von einigen Mißbräuchen, die bei der Aufnahme der Handwerker in manchen königl. und freien Städten statt haben. In den meisten dieser Städte wird das Publicum, sowol in Ansehung der Güte als des Preises der Verarbeitungen, nicht gar gut bedient; auch muß man oft sehr lange warten, bis man das Bestellte erhält: und dennoch sträuben sich die Handwerker mit Macht dagegen, daß keine neue in die Gilden kommen sollen. Nun aber erfordert nicht nur der allgemeine Grundsatz, daß man niemanden hintern müsse, sich und die Seinigen zu ernähren, sondern auch das Bedürfnis der Verbraucher, daß die Aufnahme mehrerer Meister in die Gilden erleichtert, und die hierunter verstreute Mißbräuche, denen, wie die Erfahrung lehrt, die Ober-Aufsicht der Magistrate nicht gewachsen ist, durch Reichs-Gesetze mit Nachdruck abgeschafft werden. Nach meiner Meinung könnte dies am leichtesten durch 2 Anordnungen erreicht werden. Einmal, man erlaube den nicht günstigen Meistern, für sich, jedoch ohne Gesellen und Jungen, auch an denen Orten, wo Zünfte sind, zu

arbeiten. Zweitens, man verordne, daß alle die, so 8 Jare lang als Gesellen gearbeitet, und von 6 rechtlichen Bürgern ein gutes Zeugnis erhalten, in die Zunft aufgenommen werden sollen.

Gleichem ZunftGeist athmet auch die deutsche Schelle der Handelsleute in Pesth \*, die darauf abzwelt, die Zahl der Groß- und Kramhändler einzuschränken, den Ausländern und Juden das Hausiren zu verweren, u. s. w. Wenn auch dergleichen Verbote, noch vom MittelAlter her, in einigen Handelsstädten des Reichs subsistiren: so muß man sich doch mer davor hüten, als sie nachahmen, theils weil sie gegen die allgemeine Handelsfreiheit laufen, und meines Wissens sie auch nirgends neuerlich eingeführt worden, wo sie nicht schon von Alters her gewesen sind; theils weil diese gefährliche Polizei viele tausend emsiger, meist inländischer Hände, mit Einem Schlag in Untätigkeit versetzen, die Verbraucher aber den Plünderungen der Monopolisten preis geben würde.

### III. Vom in- und ausländischen Handel des Königreichs.

Was bei uns im CommercWesen verbessert werden könnte, betrifft theils gewisse innere Verfügungen, die das ganze Commerc überhaupt angehen, theils gewisse einzelne Handelszweige, welche in die Höhe zu bringen, einiges zu verordnen wäre.

Unser Reich hat in seiner physischen Beschaffenheit mehrere der Handlung ausnehmend günstige Vortelle. Seine Flüsse, die Donau, Wag, Gran, Theiß, Marosch, Drave, u. Save, sind fast überall schiffbar, und verbinden verschied-

---

\* Vermuthlich ist hier gemeint: "Beschwerden und angemessener Vorschlag, wie dem Handel in Ungern aufzuhelfen wäre, von P. H. S. 8, 80 S.

bene Theile des Reichs glücklich mit einander. Doch würde diese Verbindung für uns noch unermesslich vorteilhafter seyn, wenn diese Flüsse einen entgegengesetzten Lauf hielten. Denn da Ungerns größte Ausfuhr nach den deutschen Erblanden, nach Polen, und dem Littorale, geht: so würde die Leichtigkeit des Transports solche begünstigen, dahingegen jezo diese Wohlthat nur der Einfuhr zu Gute kommt. Dieser Misgunst der Lage muß die Kunst abhelfen, und diese Flüsse müssen auch Strom aufwärts schiffbar gemacht werden. Diesen HauptGegenstand des Commerzes muß die Regierung ausführen, und sich weder durch die Größe der Kosten, noch durch die Schwierigkeit der Unternehmung, davon abschrecken lassen.

Hiebei, so wie auch beim ChausséenBau (denn dieser muß da, wo keine WasserFart möglich ist, die Communication ersetzen), scheint bisher darinn gefelt worden zu seyn, daß man, one allgemeinen Plan, bald in dem und jenem Flusse, in Verbindung mit dem ChausséenBau, und bald in dem einen und dem andern Comitat, abgebrochen etwas unternommen, nichts zusammenhängendes aber bis jezo weder in dem einen noch andern ausgeführt hat. Diesem muß abgeholfen, und ein oder andrem von den berühmtesten Männern in Europa, das große Werk, einen allgemeinen Plan hierüber zu entwerfen, und die Kosten zu berechnen, aufgetragen werden.

Noch 2 wesentliche Mittel, das Commerz zu vermehren, wären, Befestigung des kaufmännischen Credits der Nation, und Einlockung fremder Kaufleute ins Königreich: letzteres kan aber one das erstere nicht erwartet werden. Der kaufmännische Credit der Nationen beruhet darauf, daß sowol die Erfüllung der Contracte über gekaufte und verkaufte Waren, als WechselVerschreibungen, auf die allersummarischste Weise bei den GerichtsStühlen gesichert seyen. Hier müßte also die CommerzJustiz dergestalt in unsre öffentliche Geseze aufgenommen werden, daß das In-



teresse des Handels, so viel möglich, mit dem Geiste unserer ReichsVerfassung vereinbaret würde: worinn, wie ich verneme, die Tabula VIIvialis bereits etwas getan hat. Ist dieses geschehen; dann läßt sich hoffen, daß mehrere auswärtige Großhändler, durch die Fruchtbarkeit unsers Bodens bewogen, und in Hoffnung nützlicher Speculationen, zu uns kommen werden; denen man, wenn sie 10 Jare zum Großhandel im Reiche nützlich verwannt, den ungrischen Adelstand erteilen müßte. — Auch eine Bank müßte errichtet werden, die auch in andern Rücksichten eine besondre Aufmerksamkeit und Beihilfe der RStände verdient.

Und noch ein Mittel, das ländliche Commercium zu befördern, wäre, wenn wir Mäkler bekämen. Bekanntlich sind nämlich die GutsHerrn im Reiche selten im Stande, mit dem Kaufmann, der dem Verbräucher die Producte in die letzte Hand liefert, zu tractiren; sondern diese Vertriebelung inländischer Waren gehet meist durch die Mittelhand der Griechen und Juden, die solche im Kleinen kaufen, und so in die letzte Hand liefern. Um also eine mer unmittelbare Verbindung zwischen dem ersten Producenten und den auswärtigen Consumenten zu erschaffen, wäre es sehr gut, wenn in den größeren Handelsstädten, wie Debtezin, Pesth, Presburg, Temeschwar, Segedin, auf die Art, wie in Triest, Genua, Wien, Mäkler angestellt würden. Dann würden die diesen Handelsstädten nahe GutsBesitzer, wegen ihrer auswärtig abzuführenden Producte, sich an diese Mäkler wenden, die bei ihren einmal mit auswärtigen Kaufleuten errichteten Correspondenzen, Käufer und Verkäufer näher zusammenbringen könnten. Nur freilich müßten zu Mäklern nur Leute gewählt werden, die zwar selbst nicht Kaufleute sind, aber doch die benötigte Tätigkeit, und den Ruf der Rechtschaffenheit (auch Kenntnisse nicht zu vergessen), haben.

Die wesentlichsten besonderen Zweige des ausländischen ungrischen Handels sind, der Handel nach den deutschen Erb-  
 lano

Landen, dem Littoral, ferner nach Rußland und Polen, und in die Län er unterhalb Gebirgs: s. unten.

Mit den deutschen Erblanden besteht der Handel größtentheils in Producten des Acker-Baus und der Viehzucht. Da nun diese den HauptGegenstand unsrer Industrie ausmachen: so hängt seine Leitung, seine Ab- und Zurahme, vorzüglich von der Einrichtung des DreißigZolles ab. Nach den unten angeführten Tabeller genit ist das Reich, auch bei dem 30 Zoll, alljährlich einen Ueberschuß von beinahe  $6\frac{1}{2}$  Mill. Und da kein Volk sich anmassen darf, daß es selbst seinen Ueberfluß dem Nachbar verkaufe, von diesem aber nichts dagegen zurück neme: so hat dieser Wechselhauf um so mehr zwischen Völkern seinen Bestand, die unter einander in der engsten HandelsVerbindung stehen. So wie nun also, wenn die deutschen Provinzen ihre Manufacturen abgesetzt haben wollen, sie die ungrische Ausfuhr und die Vermehrung der GeldMasse in Ungern wünschen müssen: da der ungrische Consumtent sich die deutschen KunstWaren nicht anders als für seine NaturProducten anschaffer kan: eben so darf auch Ungern, seines gegenseitigen Interesses wegen, nichts tun, was die deutschen Provinzen arm mache, die alsdenn seine NaturProducte nicht mehr kaufen könnten.

Hier muß ich zweier Anstalten erwänen, die aus Vorliebe für das deutsche Commerz dem ungrischen höchstnachteilig sind. Erstlich bestimmt die BergwerksDirection [*Directio montanistica*] die Preise der BergwerksProducte vorzüglich so, daß auswärtige Kaufleute solche hier im Reiche nicht kaufen können, sondern sie aus den Niederlagen in Wien ziehen müssen: denn in Ungern sind sie weit theurer, als sie aus Ungern für jene Niederlagen geliefert werden. Ich weiß einige Fälle, wo Ausländer dergleichen Producte, namentlich Kupfer, aus dem Banat nach den Seehäfen versühren wollten; sie erfuhren aber, daß sie es in Wien aus dem kaiserl. Magazin durch das HandelsHaus Fries & Compagnie, weit woffeller als im Banat haben konn-

konnten, ungeachtet der Transport von dar bis Wien ein Beträchtliches kosten mußte. Sollte dieses, wie zu vermuten, auch von andern BergwerksProducten gelten, daß sie hier im Reiche teurer wie in Wien wären: so folgt, daß der ungrische Fabricant, dem dergleichen Material unentbehrlich ist, die Concurrenz mit dem deutschen Fabricanten nicht aushalten, und folglich solche Fabriken niemals in Ungern aufkommen können. Die Folge von obigem Falle aber war, daß die ganze Speculation, nach der alle Jar eine beträchtliche Menge Kupfer zu Wasser wäre ausgeführt worden, deswegen unterblieb. — Also müssen die R<sup>Stände</sup> dafür sorgen, daß die ungrischen BergwerksProducte, für eben den Preis, den sie in Wien haben, auch hier zum Besten der inländischen Fabriken zu haben seien; damit nicht die ungrischen Manufacturisten solche, wie mit Gold- und SilberDrat geschieht, von Wien her verschreiben müssen. Dies kan ihnen, aus bloßer Billigkeit, nicht verweigert werden, one daß die Ausfuhr dieser Producte aus dem Reiche ganz verboten würde, welches onehin unmöglich, und dem BergBau nachtheilig, wäre.

Zweitens leidet der ungrische Handel ser durch die Speculationen, die die deutsche TabaksPachtung, mit dem ungrischen Tabak, auf einen Handel außer Landes macht. Die Pächter schränken nämlich ihre Speculationen nicht blos auf die Consumtion der deutschen Provinzen ein; sondern seit einliger Zeit versenden sie den ungrischen Tabak auch auswärts, sowol nach Deutschland und Polen, als durch die SeeHäfen. — Zwar hat die PachtDirection zu ihrer Rechtfertigung vorgewandt, daß da PrivatKaufleute ausgebreitet, als wenn sie schlechten Tabak und teuer auswärts verkauft hätten, so hätten sie, um diesen HandelsZweig zu erhalten, nichts anders tun können, als solchen mit der Wiener Pachtung verbinden; folglich hätten sie mer zu Gunsten als zum Nachtheil des ungrischen Handels agirt; auch könne man ihnen kein Monopol schuld geben, da ja dergleichen

gleichen Speculationen auch PrivatKaufleuten frei stünden. Aber alles das sind eitle Vorspiegelungen. Denn kaum hatten die Pächter diese Speculationen angefangen: so wußten sie es dahin einzuleiten, daß sie dadurch, daß sie den Ausländern niedrige Preise gaben, den Handel der PrivatKaufleute niederschlugen, und dann, wie sie ihres Monopols sicher waren, den Preis dieser Ware bei den ungrischen Producenten unter  $\frac{1}{2}$  herabbrachten. Nun aber ist es ein HandelsAxiom, daß die Ausfuhr nicht durch Monopole einer übermächtigen Gesellschaft, sondern durch eine uneingeschränkte Handelsfreiheit, befördert werden müssen: und der ganze Zweck bei dieser Speculation war in der That, die PrivatKaufleute vom Aufkauf unsers inländischen Tabaks zu entfernen, hiedurch das ihnen zum deutschen Verbrauch nötige rohe Product wolfeiler zu erhalten, und den ungrischen Producenten um seinen verdienten Gewinn zu bringen. Folglich interessirt es den ungrischen Handel aufs höchste, daß der Kaiser ersucht werde, der TabaksPachtung alle Speculationen mit ungrischem Tabak außerlandes, zu untersagen.

Was den auswärtigen ungrischen Handel betrifft, so sind dessen vornehmste Debouchés die SeeHäfen. Diese SeeExporten gehen meistens aus dem Banat, den Comitaten an der Marosch, den Comitaten Tolna und Barany, dem Königreiche Slavonien, und seit einigen Jahren aus der Insel Muraköz, samt einem Theil der Comitate Symegh und Salad. Sie bestehen in Getreide, Tabak &c.

Die Einrichtungen [*Instituta*; Compagnien:] ungrischer SeeHäfen, sind, wenn sie gleich noch nicht vollkommen sind, doch für den auswärtigen Handel des Reichs überaus wichtig: denn seit ihrer Existenz hat die Ausfuhr unglaublich zugenommen; und blos in den Häfen *Fiume* und *Bachár* kan solche in guten Jahren, noch außer dem, was

was aus dem Hasen Segna geht, auf 3 Mill. berechnet werden. Wenn durch einen glücklichen Krieg, der bisher den Türken zuständige andre Arm der Save — dessen Besitz zur Erweiterung des ungrischen Seehandels deswegen unumgänglich nöth. ist, weil, so lange der eine Arm unter den Türken steht, der andre nicht regulirt werden kan, und bei dem Mangel innerer Sicherheit im türkischen Gebiet, die Fart auf der Save beständig der Gefahr von Plünderungen ausgesetzt ist — an das Reich käme; wenn eine nähere Verbindung zwischen den Kaufleuten an der Küste und denen im Innern des Landes entstünde; wenn endlich die verfallene Fart bis Brad, wie nach vieler und auch meiner Meinung gar wol möglich ist, und von da die projectirte Chaussee, zu Stande käme: dann würden obberregte Anlegungen einer der theuersten Schätze des ungrischen Handels werden, und die Aufmerksamkeit, die ihnen die Mächte widmen, in voller Mase vergüten.

Der Handel auf der Donau ins Schwarze Meer, verdient dem durch die ungrischen Seehäfen, nicht vorgezogen zu werden. Ueberhaupt ist der ganze Levantische Handel mehr Im als Exporte-Handel. Laut der ZollRegister von Triest vom Kriegs-Jar 1783, betrug die levantische Einfuhr in die Monarchie 2,994,629 fl. die Ausfuhr hingegen nur 1,159,122 fl. und noch bestand letztere meist in Fabrik-Ware, Gläsern, Zuckern, und kam folglich mehr den deutschen als den ungrischen Provinzen zu Gute.

Noch mußte auf den Fall, wenn dem Handel auf der Donau in das Schwarze Meer, die nöthige Sicherheit durch unverbrüchliche Beobachtung der Handels-Tractaten verschafft werden könnte Ungern in keine andre Handels-Verbindung gesetzt werden, als mit den levantischen türkischen Provinzen, und dem südlichen Theil des russischen Reichs; weil der ungeheure Umweg bei der Umschiffung von

von SüdEuropa, wenn man so nach Italien, Frankreich, Spanien, und andern westliche Küsten wollte, diesen Handelszweig, in Vergleich mit der Fahrt aus den ungrischen SeeHäfen ins Mitteländische Meer, unendlich langsamer und minder einträglich machen würde. Folglich wird die Küstenfahrt und der KüstenHandel immer in aller Rücksicht der nützlichste, und die allgemeine Niederlage des ungrischen SeeHandels bleiben. Dies verdient eine besondere Aufmerksamkeit der RStände, und dürfen dabei keine Kosten gescheut werden.

Zum Schluß noch eine Bemerkung, die zwar unmittelbar nur das KüstenCommerz, mittelbar aber das Commerz überhaupt, angeht. Ich wünschte, daß das der Stadt Belgrad nahe Semlin, zu einer freien Handels-Stadt, eben so wie Fiume und Brodi in Halitsch, erhoben würde: alle Waren müßten hier, ohne Erlegung des Zostens, frei ein- und ausgeführt, und dem Orte alle Privilegien, die die Freihäfen genießen, zugesandt werden. So würden hier, wie in einem Mittelpuncte, alle Zweige des Küsten-, des Siebenbürgischen und des Stadt-WienerHandels, mit dem Levantischen vortreflich vereinigt, und der gegenseitige nexus mit einander unglaublich erleichtert werden.

Der Handel nach Polen, und dadurch nach Rußland, besteht (s. die unten folgende Tabelle) meist in der Ausfuhr von Wein, die von ordinären Weinen 600000 fl., von Ausbruch ober 64000 fl. beträgt. Aber Handels-Berständige glauben, daß dieser Ein- und Ausfuhrzweig eines ungeheuern Zuwachses fähig sei, wenn entweder vermittelst der SeeHäfen, oder durch den Handel auf der Donau, sowohl die Halitscher als die Poinische Consumtion in den Levantischen Artikeln, in diesen Canal, der noch durch Schiffbarmachung der Theiß und des Dunawegs erleichtert werden könnte, geleitet würde. Daß die ehemals so sehr beträchtliche WeinEinfuhr so gewaltig abgenommen

men hat, schreibt man dem Umstande zu, daß sich die Consumenten statt ungrischer Weine an französische gewöhnt haben.

Das Ende aller dieser Betrachtungen mögen die Grundsätze machen, wornach der 30stZoll zu reformiren wäre. Aus Obigem erhellet schon, daß solcher, dem Interesse beider Telle gemäß, auf die unparteilichste Billigkeit gegründet werden müsse. Da nun dem ungrischen Commerz vorzüglich daran liegt, daß die Ausfuhr seiner Producte erleichtert werde: so muß sich Ungern, zu Gunsten des deutschen Handels, damit die Fabriken dieser Provinzen das rohe Material wolfeiler erhalten, und der deutsche Consument bei unsern Naturproducten seinen Vorteil finde, nicht Gewalt antun lassen. Also werde auf die Exporten nur der allergelindeste Impost gelegt; und dies gelte auch von denen ungrischen Producten, die durch die deutschen Provinzen nur durchgehen. Der Zoll, der in Ungern von eingeführten ausländischen und deutschen Waren erhoben wird, müßte so regulirt werden, daß die deutschen Manufacturen gegen die ausländischen ein bénéfice von 12 bis 18 proC. genössen: denn so würden einerseits die deutschen Fabriken den ungrischen Handel lieb gewinnen, und doch würden zugleich ihrem bisher ausgeübten Monopol, durch die wolwol beschränkt verstattete Einfuhr anderer ausländischer Waren, Schranken gesetzt.

Was aber die HandelsStraßen (Einbruch- und AusbruchStationen) angeht; so müßte aller Zwang aufgehoben, und den Kaufleuten der WarenTransport auf allen Wegen, die sie für ihre Speculationen am bequemsten halten, freigestellt werden.

Es gibt Leute, welche glauben, der gegenseitige Handel zwischen den ungrischen Königreichen und den deutschen Provinzen würde auf den höchsten Gipfel steigen, wenn alle 30stZölle zwischen den deutschen und

un-

ungarischen Provinzen aufgehoben, und von beiden Seiten ein völlig freier Handel errichtet, übrigens aber mit gemeinschaftlicher Uebereinkunft beider Theile, ein Gewisses auf die Einfuhr ausländischer Waren gelegt, die Ausfuhr hingegen von beiden Seiten so gering als möglich belegt werde. Ueber die Möglichkeit und Güte dieses Project's, getraue ich mir noch zur Zeit nicht abzusprechen.

## Etat des Ungarischen Commerces, in Militär-Jar 1783.

### I. Mit Oestreich

Importen:	fl.
Baumwollenzeuge, werth	429441
Kleinere Waren	163582
Gold- und Silberfabricate	98016
Twirn (filaturae)	75332
Holzwaren	152081
Kleider	122665
Kaffe	269440
Zucker	266577
Pelzwaren	107276
Seiden- u. HalbSeidenwaren	855396
Papir	46976
Wollenwaren	649493

Exporten aus Ungern nach Oestreich, bestehen in  
MilchProducten (lacticiniis), Flachs, Hanf, Honig,  
HülfsenFrüchten, vorzüglich aber in

Fischen von allerhand Art	62650
Waber	306717
allerhand Felle	40210
Gemischtes Korn und Siligo	446396
Kupfer	1,118797
Ochsen und Kälber	2,272400
Salpeter	27979
Lammel	119955
Schweine	453155



Tabak	—	—	fl.
Stroh und Heu	—	—	542271
Wein	—	—	84856
reiner Weizen	—	—	146819
Mehl	—	—	584680
			1,040894

## II. Mit Steiermark, Kärnten, und Krain.

Importen: Blei, Baumwollenzeuge,			
Eisen und Eisenwaren			251354
Galanteriewaren	—	—	11131
Kleider, Seidenzeuge, Scher,			
Zucker aus Tieme			114013
allerhand Linnen (telae)			50000

Exporten: Milch-Producte, Gerste, Hülsenfrüchte,			
Selle, gemischtes Korn	—	—	143028
Ochsen	—	—	487610
Porfische, Böcke, Schweine			251832
Tabak	—	—	104055
Wein	—	—	24510
reiner Weizen	—	—	116371
Wolle	—	—	9381

## III. Mit dem Littorale.

Importen: Branntwein und SeeSalz			102334
----------------------------------	--	--	--------

Exporten: Porfische	—	—	15790
Tabak	—	—	64319
Saber	—	—	106420
reiner Weizen	—	—	179900

## IV. Mit Mähren.

Einfuhr: Baumwollenzeuge, Zwirn,			
Papier, Tuch	—	—	279709
Wollenzeuge	—	—	108150
Tele	—	—	210000
Manufactur lini	—	—	24629

Ausfuhr: gemischtes Korn	—	—	180501
Ochsen	—	—	741110
Schafe	—	—	226155
Schweine	—	—	147342
Steine, Wein, Wolle	—	—	23821

## V. Mit Böhm. Schlesiën.

		fl.
Einfur:	Tücher	60000
	Wollenzeuge, tela	66000
Ausfur:	Schafe	22000
	Wein	20000
	Wolle	915000
	Tela	170000

## VI. Mit Siebenbürgen.

Einfur:	Ochsen	460000
	Pferde	24000
	Schafe	90000
	Tuch	67000
Ausfur:	Wein	17000

## VII. Mit Polen.

Einfur:	Ochsen	96000
	Pferde	39000
	Schafe	13000
	Tela	90000

Ausfur:	rohes und fabricirtes Eisen	40000
	Wein	600000
	Wein der oberen Länder	64000

## VIII. Mit der Türkei.

Einfur:	Schweine	308000
Ausfur:	allerhand Sorten Felle	52000
	etwas weniges Kupfer.	

### 3.

Repartition des Geschenkes von 50000 Dukaten, welches die ungrischen Reichsstände ihrem Könige bei seiner Krönung den 15 Nov. 1790 gemacht haben.

Comitat	Königl. freie Städte	Zahl der Personen	Järl. Contribut.		Beitrag, zu 215	
			fl.	kr.	fl.	kr.
Presburg	—	288	98984	4	10373	49
	Presburg	40	27553	20	1440	47
	Lurnau	15	10332	30	540	16
	St. Georgen	5	3444	10	180	5

Comitat	Königl. freie Städte	Zahl der Porten	Järl. Contribut.		Beitrag, zu 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
			fl.	Fr.	fl.	Fr.
	Pöfing	8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5682	52 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	297	7
	Modern	9 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6543	55	342	8
Neutra	—	302	208027	40	10878	4
	Stalitz	5	3444	10	180	5
Transschin	—	195	134322	30	7023	55
	Trentschin	3	2066	30	108	2
Barsch	—	135 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	93164	42 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4871	42
	Kremnitz	12	8266	—	432	14
	Königsberg	2	1377	40	72	—
Wesprim	—	89	61306	10	3205	47
Wieselburg	—	152	104702	40	5475	2
Ráb	—	63 <sup>4</sup> / <sub>8</sub>	43740	55	2287	14
	Rab.	18	12399	—	648	20
Odenburg	—	302 <sup>4</sup> / <sub>8</sub>	208372	5	10896	7
	Oedenburg.	39 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	25142	25	1314	43
	Eisenstadt.	5 <sup>4</sup> / <sub>8</sub>	3788	35	198	4
	—	5	3444	10	180	5
Komorn	—	90	61995	—	3241	49
	Komorn.	10	6888	20	360	11
Grán	—	53	36598	10	1909	3
	Gran.	8	5510	40	288	7
Eisenburg	—	301	207338	50	10842	2
	Güns	10	6888	20	360	11
Sol	—	76 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	52867	57 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	2764	30
	Neusol	12	8266	—	432	14
	Distritz	5	3444	10	180	5
	Libethen	1 <sup>4</sup> / <sub>8</sub>	1033	15	54	1

Thu-

\* "Porten, so wird der Maßstab zu den öffentlichen Anlagen genannt. Unter Carl I machte ein jedes Thor, wodurch ein beladener Frucht- oder Heuwagen durchkommen konnte, eine Pforte aus; dormalen werden mehrere Dörfer und Herrschaften zusammen für eine Pforte gerechnet. Die Absicht bei dieser Verminderung der Anzahl dieser Porten ging dahin, da mit der Adel zur Portallieferung weniger beizutragen habe". Irrthümer in den Begriffen der meisten Ungern zc. S. 20. S.

### 3. Ungrische Contribution.

37

Comitat	Königl. freie Städte	Zahl der Porten	Järl. Contribut.		Beitrag, in 3 $\frac{1}{2}$ Fr. vom fl.
			fl.	Fr.	
	Altsof	4 $\frac{3}{8}$	2410	55	126 : 1
	Karpfen	4 $\frac{1}{2}$	3271	57 $\frac{1}{2}$	171 : 2
Thurotz	—	46	31686	20	1656 : 54
G. Senter	—	157	108146	50	5655 : 8
	Schemnitz	13	8954	50	468 : 13
	Puganz	1 $\frac{1}{2}$	1033	15	54 : 1
	Dilln	1 $\frac{1}{2}$	861	2 $\frac{1}{2}$	45 : 1
Liptau	—	51 $\frac{1}{8}$	35474	55	1854 : 59
Arno	—	63	43396	30	2269 : 14
Gömör	—	113	77838	10	4070 : 16
Zyps	—	94	64750	20	3385 : 53
	Leutschau	6	4133	—	216 : 4
	Kaisermarkt	10	6888	20	360 : 11
	Zypf. Distr.	31 $\frac{1}{2}$	21870	27 $\frac{1}{2}$	1143 : 47
Schäroß	—	100 $\frac{1}{2}$	69227	45	3619 : 59
	Eperies	9	6199	30	324 : 6
	Barta	4	2755	20	144 : 3
	Zeben	2 $\frac{1}{2}$	1722	5	90 : 2
Abaujwar	—	73	50284	50	2619 : 26
	Raschau	14	9643	40	504 : 14
Torn	—	13 $\frac{1}{8}$	9299	15	486 : 15
Semplin	—	134	92303	40	4826 : 40
Ungber	—	28	19287	20	1008 : 32
Beregh	—	37	25486	50	1332 : 42
Ugoſch	—	14	9643	40	504 : 14
Satbmár	—	70	48218	20	2521 : 23
	Sathmar	8	5510	40	288 : 7
	NagyBanya	4	2755	20	144 : 3
Mármoros	—	64	44085	20	2305 : 16
Sáboſch	—	70 $\frac{1}{2}$	48562	45	2539 : 23
	Polgari	1 $\frac{1}{8}$	1205	17 $\frac{1}{2}$	63 : —
Bibár	—	201 $\frac{1}{2}$	138972	7 $\frac{1}{2}$	7267 : 4
	Debregin	52 $\frac{1}{2}$	35991	32 $\frac{1}{2}$	1882 : 1

Comitat	Königl. freie Städte	Zahl der Porten	Jähr. Contribut.		Beitrag, id 3½	
			fl.	kr.	fl.	kr.
Bakesch	—	39	26864	30	1404	45
Arad	—	79	54417	50	2845	33
Tschandd	—	21	14465	30	756	23
Tschongrad	—	35	24109	10	1260	41
	Segedin	23½	16359	47½	855	26
	Heibucken-Städte	37½	26003	27½	1359	44
Pesth	—	197	135700	10	7095	58
	Pesth	28	19287	20	1008	32
	Ofen	52	35819	20	1873	2
Hewesch	—	114	78527	—	4106	18
	Erlau	9½	6543	55	342	2
Neograd	—	115	79215	50	4142	17
Bersched	—	91	62683	50	3277	47
Stulweissenburg	—	82	56484	20	2953	38
	Stulweissenburg	15	10332	30	540	16
	Jazygia et Cumania	83	57173	10	2989	40
Tolna	—	68½	47357	17½	2476	22
Bárdy	—	108½	74910	37½	3917	10
	Fünfkirchen	3½	2238	42½	117	2
Sirmien	—	51½	35375	14½	1849	49
Verowitzsch	—	58	39952	20	2089	9
Schünag	—	102	70261	—	3674	3
Temeschwar	—	229½	158001	8½	8262	8
	Temeschwar	17½	11990	58½	626	58
Kraischow	—	97½	47465	59½	3527	51
Torontal	—	187½	129328	27½	6762	46
Bätsch	—	120	82660	—	4322	25
	Theresienstadt	16	11000	21	576	18

Sulad

#### 4. Arbeitsschulen in Mellenburg. 39

Comitat	Königl. freie Städte	Zahl der Porten	Järl. Contribus.		Beitrag, zu 3 $\frac{1}{10}$ Fr. vom fl.
			fl.	kr.	fl. kr.
	Sombor	13	8954	50	468 : 13
	Neusatz	10	6888	20	360 : 11
Sabad	—	189 $\frac{1}{2}$	139533	55	6825 : 47
Warasdin	—	34 $\frac{2}{3}$	23592	32 $\frac{1}{2}$	1233 : 39
	Warasdin	2 $\frac{3}{8}$	1635	58 $\frac{1}{2}$	85 : 29
Ságráb	—	60 $\frac{1}{2}$	41738	11 $\frac{1}{2}$	2182 : 32
Zágor	—	4	2755	20	144 : 3
Ses District	—	3 $\frac{3}{8}$	2314	35	121 : —
	Hgram	1 $\frac{1}{8}$	947	8 $\frac{6}{8}$	49 : 31
	Karlsstadt	1 $\frac{1}{8}$	800	—	47 : 50
	—	24 $\frac{6}{8}$	1748	37 $\frac{1}{2}$	891 : 28
Kreutz	Kreutz	7 $\frac{1}{8}$	602	43 $\frac{1}{2}$	31 : 28
	Caproncza	1	688	50	35 : 58
	Fiume	1 $\frac{3}{8}$	978	19 $\frac{1}{2}$	51 : 8
	Buckari	2 $\frac{1}{8}$	1428	15	74 : 40
Poczeg	—	55 $\frac{6}{8}$	38402	27 $\frac{1}{2}$	2008 : 6
	Poczega	10	1205	27 $\frac{1}{2}$	63 : —
Summa		—	4,303185	21 $\frac{1}{10}$	225017 : 14

4.

Aus Mellenburg, 19 Octob. 1792.

... Da Erw. immer nichts lieber hören, als wenn Landesherren nützliche Verordnungen ergehen lassen: so wird Sie die gedruckte Einlage freuen, welche zeigt, daß auch jetzt unsre Regierung für wesentliche Verbesserungen unsrer Schulen sorgt. Freilich ist die hierin befolgte Einrichtung, in manchen benachbarten und entfernten Ländern, schon länger und in weit größerem Umfange vorhanden: aber desto mer muß sich der warm sühlende Patriot, und der für das Wol aller Völker sich interessirende Kosmopolite, freuen, daß doch auch hier in Mellenburg der wärmende Lichtstrahl der Vernunft, den dunkeln Nebel alter

Ururtheile, Gewohnheiten ic., mer und mer durchbricht. Nur noch ein Duzend ähnlicher Verordnungen, die (versteht sich's) befolgt werden müssen, und vieles wird anders werden. Doppelt freut man sich, dergleichen Verordnungen zu sehen, wenn man nur so eben sah, daß diejenigen, die bestimmt sind, das Wol des Volkes zu befördern, sich mit Bestimmung der Kleidung der Geistlichen beschäftigen: denn kürzlich haben wir darüber eine Verordnung in unserm Vaterlande gesehen. Doch wer vergißt nicht gerne solche Kleinigkeiten, wenn ein so wesentlicher Teil der Verbesserung unsrer leider noch schlechten niederen Schulen unternommen wird. Eine wolthuende Empfindung ist es, einen neuen Beweis zu erhalten, daß noch Männer unter den Vorstehern des Landes sind, die das Gute nicht nur zu befördern wünschen, sondern es auch zu befördern wissen; und daß unser Landes Herr gerne seine Untertanen glücklich macht, wenn ihm nur gute Vorschläge gemacht werden.

Auffallend, dünkt mir, mußte es für das Wol des Vaterlandes Fühlende seyn, daß man wirklich viel that, die Akademie in Rostok empor zu bringen, da es in benachbarten Ländern Akademien von so großem Aufgibt, und man Summen hierauf verwandte (die natürlich nicht eine gleich große, aber immer ganz beträchtliche Wirkung, hervorbrachte; denn wirklich ist die Akademie in Rostok jetzt wol besser besetzt und eingerichtet, als man vielleicht auswärts glaubt), die gewiß hingereicht haben würden, die niederen Schulen im ganzen Lande zu verbessern. Man kan nun hoffen, daß dies gute Beispiel der Regierung wirken werde, und daß auch, sonst gute, selbst wolthätige, in vielen andren Rücksichten vernünftige GutsBesitzer, nicht mer ihre Bedienten und Kutscher zu Schullehrern auf dem Lande zu befördern suchen, auch icht mer Schullehrer auf Gehalte von ongefahr 20 R auf's höchste gerechnet, setzen werden: denn dies geschieht noch häufig. Wie stark wirken nicht alte Gewohnheiten!

#### 4. ArbeitsSchulen in Mecklenburg. 41

halten und Gebräuche! Gibt es doch sogar eine Rectorats Stelle hier im Lande (zu Warin), die nur 30 Rl. trägt.

Schwerin, 20 Aug. 1792.

Bezr. in den Mecklenburg Schwerinschen Nachrichten  
vom 17 Oct. 1792.

Friedrich Franz von Gottes Gnaden . . . . Es ist ein sich von selbst aufdringender, und schon lange unsere LandesVäterliche Fürsorge beschäftigender Gedanke, daß das SchulWesen bei den niedrigen Schulen besonders darin einer Verbesserung bedürfe, daß die Kinder, neben dem gewöhnlichen LerUnterricht, zugleich in abwechselnden Stunden auch zu allerhand HandArbeiten und andren Kenntnissen, die ihnen in der ganzen Folge ihres Lebens nützlich seyn können, als Nähen, Stricken, Spinnen, BienenZucht, Korbmachen, Netzstricken, BaumPflanzen, und was dahin gehört u., angeführt werden mögen. Mit Vergnügen sehen Wir die Fortschritte, die darinn in unsern Städten hin und wieder schon gemacht sind, und zum Rume der sich mit der Direction befassenden patriotischen Männer, noch immer gemacht werden. Die Besorgnis, daß die Kinder dadurch zu viel vom eigentlichen Ler- und ReligionsUnterricht abgehalten werden mögten, hat sich schon längst in sich selbst verloren, nachdem die Erfahrung es bestätigt hat; daß diejenigen Kinder, die zugleich die ArbeitsSchulStunden fleißig besuchen, gewöhnlich auch die besten in den LeseStunden und den Religions Kenntnissen sind; statt andre sich in den LeseSchulen, vom Morgen bis den Abend, ohne die geringste Abwechslung, bei einer Einförmigkeit, die der menschlichen Natur so sehr zuwider ist, und bei einer trügen Langenweile, wol über einen einzigen Buchstaben stumpf und stupid sitzen, oder auf Nutwillen und Bosheiten verfallen: welches Uebel aber, ohne Gestattung eines noch größeren Nachtheils, nicht verhütet werden kan, so lange die leron Stunden der SchulJugend nicht mit Sicherheit besser als bisher ausgefüllt, und die guten Triebe der Kinder in gehöriger Spannung erhalten werden.



Wir wünschen nun recht angelegentlich, auch auf dem Lande in unsern Domainen dergleichen ArbeitsSchulen eingeführt zu sehen. Daß solches nicht sofort durchgehends in allen Dörfern, auch nicht in einem Dorfe sogleich mit vieler Umfassung, angehe, ermessen wir sehr wol. Aber wenn nur erst hie und da, in einem Dorfe, wo sich schon eine Person befindet, die zum Unterricht in HandArbeiten geschickt ist, der Anfang gemacht ist: so findet sich die weitere Auswirkung und Verbreitung, nachher leicht von selbst. Und nach dem Vorgange in andern, zum Theil nahe benachbarten Staten, läßt sich ein solcher Anfang mit ganz wenigen Kosten machen.

Wir hegen die Zuversicht, daß wir auch in unsern Diensten solche Beamten haben, die aus Gefühl der Würde ihres Berufs, und eigenem Patriotism, zur Beförderung der Industrie und Glückseligkeit des ihnen anvertrauten Volks unsrer LandesUntertanen, unsern Wünschen in dieser Angelegenheit gerne und mit Eifer entgegen kommen werden. Sie werden sich auch von den Eltern selbst — wenn sie ihnen die glücklichen Folgen davon darstellen, und ihnen begreiflich machen, wie ihre Kinder ihnen mit der Zeit durch NebenVerdienst zu Hilfe kommen können, sich selbst aber, durch Geschick und Gewöhnung zu mannichartigen Arten von Arbeit, ihre zeitliche Wohlart bauen werden, zumal wenn nur erst einige wirkliche Erfahrung davon vorangegangen seyn wird, — gewiß Beifall, Dank, und Segen, einernndten.

Solchemnach werden von uns gesammte unfre Beamte besonders aber diejenigen, welche in der SchulCasse jährlich einigen Ueberschuß haben, hiemit gnädigst aufgefordert und ermuntert, diese Angelegenheit sich zu Herzen zu nehmen, und von obigem Inhalte, jeder in seinem Amte, in Dörfern, wo es tunlich ist, unter Einverständnis und Mitwirkung unsrer EhrenPrediger und andrer einsichtigen und gutdenkenden Männer, jedoch allemal auf die Art, daß die Kinder nie für den Lehrer oder die Lehrerin, sondern wenn sie die Materialien mitbringen, für sich selbst, oder wenn ihnen diese auf Kosten des Fonds gegeben werden, für die Cassé zum etwaigen Absatz, arbeiten, die bestmögliche Anwendung zu machen; auch demnächst, wie solches

des geschehen, und nach und nach von dem Fortgange, un-  
terkünftig zu berichten.

Diejenigen Beamten, die sich hierinn am rühmlichsten  
hervortun werden, können versichert seyn, daß sie unsrer  
gnädigsten Aufmerksamkeit nicht entgehen werden. Wor-  
nach sich sämtliche unsre Beamten zu richten.

Datum auf unsrer Festung Schwerin, den 29 Aug. 1792.

Friederich Franz, G. 3. W.

St. W. von Dewitz.

### 3.

Aus Schwedisch-Pommern, vom 30 Oct. 1792.

I. Formular des Eides, der den Schwedisch-Pom-  
merischen LandStänden vorgeschrieben wurde; gegen den  
sie anfangs Erinnerungen machten, den sie aber doch  
nachher, in Regimine, den 30 Jun. 1792,  
abstatten mußten.

Ich . . . gelobe und schwöre bei Gott und seinem heil.  
Evangelio, daß ich meinem rechtmäßigen Könige, dem  
Großmächtigsten Fürsten und Herrn, *Gustaf Adolf*, der  
Schweden . . . König ic., und dem königl. Hause, nach  
Masgabe der festgesetzten SuccessionsOrdnung, stets  
hold und treu seyn will und werde, so wie selbige im J.  
1743 in Stockholm gemacht und angenommen worden  
ist, und demjenigen gemäß, was die ErbVereinigung zu  
Wästerås vom J. 1544, und der Beschluß zu Norr-  
köping vom J. 1604, festsetzen und bestimmen: so daß  
ich Sr Egl. Maj. Vortell und Bestes auf alle Weise su-  
chen, fördern, und befördern, will. Ich will auch die  
königl. Gewalte mit meinem Leben und Blut vertei-  
digen, so wie selbige durch die von Sr Egl. Maj. und den  
ReichsStänden geschlossene und festgesetzte Vereinigungs-  
und SicherheitsActe vom 21 Febr. und 9 Apr. 1789,  
entworfen ist, und die Regierungsform vom 21 Aug.

1772,

1772, imgleichen die durch den Druck bekannt gemachten, und nach dem 37ten § der Regirungsform geltenden testamentarischen Dispositionen Sr höchstsel. Igl. Maj. Gustafs III gloriwürdigsten Andenkens, vom 19 Maj 1780, und 1 Jun. 1789, im übrigen enthalten. Auch will ich, wenn ich vernemen sollte, daß etwas zur Aenderung oder Aufhebung dieses glücklichen FundamentalGeseßs im Werke wäre, welches die Stände des Reichs für sich und ihre Nachkommen auf immerwährende Zeiten angenommen haben, und welchem ich, nach allen seinen Puncten, gehorsamen, nachkommen, und selbige aufrecht halten will, so'ches in Zeiten zu erkennen geben. So war mir Gott helfe an Leib und Seel!

II. Schreiben des Königes an den Generalkieut.  
von Platen.

Aus dem Schwedischen übersezt.

Gustaf Adolf mit Gottes Gnaden . . . . Erbe zu  
Dänemark und Norwegen . . . .

. . . . Da bei Uns der, von unsrer Pommerschen Regierung, in einem Schreiben vom 27 Apr. dies's Jars, abgegebene untertänige Bericht, samt der von den Pommerschen LandStänden gemachten Helmstellung in Absicht auf die Ablegung des Eides der Treue und Huldigung, nach der Weise, die das, der Pommerschen Regierung; den 3ten erstbemelbten Monats zugesandte EidesFormular enthält, in Untertänigkeit vorgetragen worden: so ist uns, der LandStände dabei nicht minder bezeugtes ungehörliches Verhalten, als ihr Vegeren, gleich unerwartet vorgekommen; indem sie sich durch ersteres der vorgeschriebenen EidesArt entzogen, und somit den Gehorsam, den unsre Gebote und Befehle unbedingt fordern, beiseite gesetzt haben; zu dem legeren aber sie um so weniger befugt sind, da es mit unsrer inäbigen DenkungsArt übereinstimmt, das Reich nach Gesetz und Verfassungen zu regiren, und jedermanns Freiheit

halten und Gerechtsame aufrecht zu halten und zu handhaben; auch es vielmehr und in aller Hinsicht in seiner gehörigen Ordnung ist, daß die LandStände uns zuerst ihre Versicherung, wie alle unsre übrige Untertanen es gethan, von ihrer UntertanenTreue und Huld, als wir ihnen die Bestätigung ihrer Privilegien, geben: um so weniger, da sie solche nicht, wie sichs gebürt, nachgesucht, und sie solche, wie gewöhnlich, nicht eher als bei unsrer königl. Krönung zu erwarten haben, wo wir uns derselben, bei vorkommenden besondern Umständen, nicht entziehen werden. Wenn ein unrichtiger Begriff von Gerechtsamen die LandStände bei dieser Gelegenheit von ihrer untertänigen Pflicht abgeführt hat: so ist dies ein Fehltritt [offiz], über den Ihr ihnen befügte Vorstellung zu tun habt. In so weit sie aber vermeinen, daß sie durch Anwendung unsers gnädigen Schreibens vom 29 vorigen März, das der Pommerschen Regierung den Befehl erteilt, bei Ablegung des Amts- und DienstEides nach Gewonheit zu verfahren, für ihre Absichten eine Stütze gewinnen: so könnt Ihr den LandStänden erklären, daß unsre Macht und Auktorität dieselbe einschränken könne, und daß wir für diesmal aus Gnaden nur eine Warnung an sie ergehen lassen, in der Hoffnung, daß wir künftig nicht die ernstlichen Massregeln nehmen dürfen, welche für die LandStände, falls sie es an schuldigen Gehorsam sollten felen lassen, zu unangenehmen Folgen leiten. An Euch ergötet also unser gnädiger Wille und Befehl, daß Ihr sogleich nach Pommern abreiset, und den Pommerschen LandStänden den Treue- und Huldigungs-Eid so abnemet, wie ihn das der Pommerschen Regierung zugekommene und obberegte Eidesformular vorschreibt. Und tragen Wir Euch zugleich auf, daß falls sich weitere Vergessenheit und die geringste Verletzung vorbenannter UntersassenPflchte, bei den LandStänden äußern würde, Ihr mit jedem, er sel, wer er wolle, der dergleichen außer Acht läßt, so verfaret, wie die Strenge des Gesetzes in der  
Mase

Masse beordnet. Uebrigens habt Ihr, nach Ausrichtung vorbemeldter Commission, an Uns unterthänigen Bericht zu erstatten, und wie befehlen Euch Gotte etc. etc.

Schloß Stockholm, 18 Maj 1792.

Unter meines allergnädigsten Königes  
und Herren Minderjährigkeit

CARL

G. Palmgren.

III. Auszug aus der Rede des  
Gen. Lieut. von Platen an die LandStände.

„Hochwürdige, Hoch- und Wolgeborne,  
HochEdelgeborne, Hoch- und Vortigebore Herr-  
ren. . . . .

Das vorstehende *Commissorium* ward vorgelesen. Dann fuhr er fort: „es müsse ihm in verschiedner Absicht sehr nahe gehen, daß er ihnen nicht nur die Unzufriedenheit des Königes bekannt machen, sondern sie auch an die Erfüllung ihrer unterthänigen Pflicht nachdrücklich erinnern, und ihnen ankündigen müsse, daß mit jedem, der seine Pflicht aus den Augen setze, nach der Strenge der Gesetze wurde verfahren werden. Doch wolle der König, nach seiner Huld, vorerst noch voraussetzen wolle, daß die Hrn. LandStände nur durch heftige Begriffe veranlaßt worden, im vorigen April die von ihnen geforderte unbedingte Eidesleistung abzulehnen, ihm auch aufgegeben worden, ihren hierüber dienliche Vorstellungen zu tun: so ergreife er diese Gelegenheit, ihnen einige wichtige Umstände in Erinnerung zu bringen.

„Wenn auch das Andenken eines großen Königes. . . Gustafs III, in vieler Absicht einem jeden getreuen Untertan nicht schon ohnehin unvergeßlich wäre: so müßte es dennoch allen getreuen Pommerischen Untertanen auf immer verehrungswürdig seyn; da unter verschiedenen, nach Zeit und Umständen im Reiche Schweben veränderten Regierungsformen, die pommerischen Fundamentalgese-  
zwor

zwar immer aufrecht erhalten, von keinem schwedischen Regenten aber so sorgfältig gehandhabt, und für die Zukunft so sicher gestellt worden wären, als von unserm nie genug zu bedauernden Könige.

„Gustaf entriß im J. 1772 sein Reich einer überhandnehmenden Anarchie: und da die Folgen derselben sich auch auf Pommern zu verbreiten anfangen, streckte derselbe seine LandesVäterliche Vorsorge dahin, daß in der neuen am 21. Aug. festgestellten Regirungsform, §. 53, folgende Strophe eingeführt worden: der König trägt allein gnädige Fürsorge der deutschen Provinzen halber, daß solche nach den deutschen Reichsgesetzen, ihren wolermorbenen Privilegien, und Inhalt des Westfälischen Friedens, indgen regirt werden. Da auch die Vorfälle von 1788 und 1789 erheischten, daß einige Aenderungen, durch die SicherheitsActe in der schwedischen ReichsRegirungsform von 1772 gemacht wurden: so ward nicht nur der 45<sup>te</sup> §, so die Conservation der Pommerischen Verfassung und LandesGrundGefetze betraf, gänzlich unverändert gelassen, sondern noch im 9ten Punct dieser SicherheitsActe, expresse die Versicherung hinzugefügt, daß die Reg. Form von 1772 in allem, so nicht durch diese Acte verändert worden, unveränderlich bestehen bleibe. Was für ein Zweifel kan nun M<sup>rsn</sup>. noch beunruhigen, da in der Reg. Form von 1772, die hiesigen LandesGrundGefetze ausdrücklich bestätiget sind, und diese Versicherung in der SicherheitsActe erneuert, nichts aber, so derselben entgegen, eingeführt ist? Nicht anders als durch eine gezwungene Mißdeutung, könnte dennoch die von Herren Landständen geforderte Elbesleistung, zur Beschränkung ihrer unveränderlichen GrundGefetze angezogen werden.

„Durch die testamentarische Verordnung des weisen Gustafs, ist die Regierung des Reichs während der Minderjährigkeit des Hoffnungsvollesten Königes, dem gloriwürdigsten Regenten anvertraut, welcher mit allen Vor-

Vorzügen großer Regenten begabt, in dieser kurzen aber epineulen Zeit seiner Regentschaft, so viele Beweise seiner unermüdeten Wirksamkeit, seiner Gerechtigkeit, seiner Güte, seiner Sparsamkeit, seiner Fürsorge für alles, was zur Aufnahme des Reichs erforderlich ist, gegeben, daß sämtliche Einwohner des schwedischen Reichs, die ihn näher als Sie, meine Hoch- und Vielgeehrte Herren, kennen, mit Freude den Eid der Treue abgestattet: sie verehren ihn, und gründen auf ihn die sicherste Hoffnung einer dauerhaften Glückseligkeit, die sich durch ihn, und nach seinen Beispielen durch unsern Hoffnungsvollen König, den Gott lange erhalten wolle, überall ausbreiten wird.

Hat der Glorwürdige Regent seine Aufmerksamkeit nicht auch insbesondere schon auf dieses Land gerichtet? Hat er nicht mit besondrer Thätigkeit alle hiesige angehäufte Angelegenheiten sogleich mit Güte und Gerechtigkeit abgemacht? Was für eine Veranlassung bleibt Ihnen übrig, demselben weniger Unterwürfigkeit zu zeigen, als die gesammten Stände und Untertanen des schwedischen Reichs? Hat ein unglückliches Misverständnis, hat der Gedanke, daß durch die vorgeschriebene Lidesformul, außer der Treue an Sr. kgl. Maj., und der unverbrüchlichen Anhänglichkeit an der gegenwärtigen Constitution des Königreichs Schweden, und dessen Reichs-Grundgesetze, noch etwas anders intendirt, und besonders daß durch eine Abänderung der dieser Provinz eigenthümlichen, in der Regierungsform 1772 und Sicherheits-Acte 1789 bekräftigten Verfassungen, und nach welchen dieselbe regirt, und die Rechte ausgeübt werden, konnte gefolgert werden, die prompte Leistung des Treue- und SicherheitsEides gehindert (welches man ganz anders hätte erwarten sollen): so können Sie sich mit Zuversicht versichert halten, daß diese Ihre Besorgnis, da Ihre Maj. in dem mir erteilten Auftrage selbst deutlich genug erklärt, daß

daß Er seine Stäten nach Gesetz und Verfassungen regieren, und jedermanns Freiheit und Rechte erhalten will (solltlich noch mer einer ganzen Provinz), übel angebracht, und gänzlich ungegründet sind; und daß Sie als getreue und gehorsame, diesen gefoderten Eid leistende Untertanen, bei den Verfassungen des Landes vollkommen gesichert sind.

„Ich frage sie nun auf Ihr Gewissen, M. Hoch- und Vielgeehrte Herren, ob sie noch dergleichen Misdeutungen besorgen? Nemen Sie dieses wol zu Herzen, und leisten Sie mit Freudigkeit den Eid der Treue, den ich auf ausdrücklichen Befehl von Ihnen zu fordern habe. Geben Sie durch neue Einwendungen keine Anleiung, wodurch die huldreiche Gesinnung des Königes und des Regenten könnte geschwächt werden; und wenden Sie das durch alle unangenehme Folgen von sich und Ihrer Nachkommenschaft ab, so ich Ihnen auf ausdrücklichen höchsten Befehl habe ankündigen müssen, und nochmals aufs nachdrücklichste wiederhole.

„So lange diese Provinz das Glück gehabt, unter dem schwedischen Zepter zu stehen, haben unsre Vorfaren, je gefährlicher die Zeiten gewesen, desto mer Eifer für des Königes und des Reichs Rum und Erhaltung gezeigt: und Ihre Landsleute, unsre Zeitgenossen, haben noch in neueren Zeiten bewiesen, daß sie würdige Kinder ihrer Voreltern sind. Ihr bisheriges rümlisches Betragen, Meine ic., und bezeugte Treue, lassen mich nicht zweifeln, daß ich meinen mir gegebenen höchsten Auftrag glücklich ausrichten, und den abgefoderten Eid der Treue, nach dem vorgeschriebenen Formular, unverzüglich von Ihnen entgegen nemen werde.

P. B. v. Platen.



IV. Gehorsamste Vorstellung der LandStände von Ritterschaft und Städten an die Königl. Hochpreisl. Regierung, die von Sr. kgl. Maj. erforderliche Abstattung des Eides der Treue nach einem vorgeschriebenen Formular betreffend.

3 Jul. 1792.

Nachdem Se. Maj. unser allergnädigster König und Herr, die Abstattung des Eides der Treue nach einem gewissen Formular, worinn auch die schwedischen Reichs-Grundgesetze, und selbst solche, die auf Dänemark gar keine Beziehung haben können, angeführt sind, erfordert: so haben wir, wie der . . . Regierung bekannt, diesen Eid abzustatten bedenklich gefunden, bevor wir von der eigentlichen Absicht und dem Umfange des Eides, und daß durch desselben Abstattung unsre von dem Reich Schweden verschiedene Verfassung nicht geändert werde, sattsam überzeugt wären.

Es sind aber anjetzt diese unsre Zweifel und Beforgnisse, sowohl durch die von Sr. kgl. Maj. Höchstselbst, als auch durch die von dem Hrn. Gen. Leut. v. von Platen, vermöge erhaltenen höchsten Auftrags, uns bekannt gemachte Gründe, Erklärungen, und Versicherungen, völlig gehoben; und in beider Voraussetzung haben Wir dann auch den verlangten Eid abzustatten, uns ganz willig und geneigt finden lassen. Mit vollkommenster Hochachtung beharren Wir

der königl. Hochpreisl. Regierung

gehorsamste LandStände von  
Ritterschaft und Städten.

6.

Homer und Aristoteles,  
aus dem politischen Gesichtspuncte  
betrachtet.

Aus Joel Barlews Advice to the privileged Orders &c., nach der deutschen Uebersetzung: Unter Rath an die Völker Europens ic. (London, 1792, 132 S. in 8) S. 63 – 65.

... Daher das Vorurtheil, daß Krieger Helben sind; daher die steten Lobsprüche der Helden in Geschichte, schreiben und Dichtern, von Nimrods Zeiten an bis auf diesen Tag. HOMER hat, wegen seiner erstaunlichsten Mannfaltigkeit, Leben u. d. Erhabenheit, keinen wärmern Verehrer als mich: er ist 3000 Jahre lang, gleich einem regirenden Souverain, wie der erste Classifier angesehen worden; und niemand darf, ohne seinen Bestand bloß zu geben, in das allgemeine Chor des Lobes einzustimmen sich weigern. Ich kan das Vergnügen nicht ausdrücken, das mir seine Gedichte machen: als Mensch aber halte ich sein Daseyn für eine der schlimmsten Widerwärtigkeiten für das MenschenGeschlecht. Er hat dem Soldatenleben einen Zauber mitgetheilt, dem wenige Menschen zu widerstehen vermögen; einen Glanz, der die Scenen des Mordens in eine Wolke von Glorie einwickelt, das Auge jedes Anschauers blendet, uns die natürlichen Empfindungen nimmt, und künstliche dafür einwebt, die Menschen zu Tieren erniedriget, unter dem Vorwande sie zu Göttern zu erheben, und mit gleichem unüberstehlichen Streiche, die moralischen Pflichten des Lebens, und die ware Politik der Nationen, vernichtet. Alexander ist nicht der einzige Unhold, der nach dem Muster des Achilles gebildet ward: Persien und Aegypten nicht die einzigen Länder, die darum verwüstet wurden, damit kein Nebenbuhler im KriegsRume den falschen Helden verbunkelte.

Die Bemerkung ist nicht unwichtig, daß ARISTOTELIS, der Hofmeister *Alexanders*, und der berühmteste Herausgeber und Commentator *Homers*, gewesen ist. Da wir einen Auctor nach seinen Werken beurtheilen müssen; so ist es gewiß nichts mer als recht, wenn wir diese im Ganzen beschauen. Als politischer Lehrer der Welt betrachtet, sind die Bildung seines Zöglings, und die Erläuterung seines Dichters, die größten Früchte des Fleißes dieses Philosophen, und haben auf die Angelegenheiten der Völker mer Einfluß gehabt, als sein Buch unter dem Titel *Politik*.

---

## 7.

## Intoleranz \* in Ungern.

Ofen, 21 Oct. 1792.

Seiber hebt sich jezo die Hierarchie bei uns von allen Selten empor. Man muß unter andern auch den Weg der Publicität einschlagen, um sie in ihren Gränzen zu halten. Vielleicht nemen auch die Protestanten in Deutschland an dem Schicksal ihrer Ungrischen Glaubens-Genossen Theil. . . . Der Punct von der Anstellung der Protestanten zu Aemtern, macht jezt eine der wichtigsten Beschwerden aus. Die Religion legt bei allen Beförderungen die größten Hindernisse in den Weg. Unse gute Köpfe, die keine Theologen sind, können in ihrem Vaterlande keine Unterkunft finden. Der Schul- und Professoren Stellen sind zu wenig, und deren Wirkungskreis ist äußerst eingeschränkt.

Eines der edelsten Producte ungrischer Freimüthigkeit, von einem Manne, der Kopf, Belesenheit, und Patriotismus genug hat, dem Ungriech. Jesuitischen Klerus die Maske

---

\* Ein faades Wort, so faade wie Toleranz: aber leider immer bei deutschen Schriftstellern noch allgemein gebräuchlich, S. oben Heft 64, S. 406. S.

Masse abzugiehn, welches mit andern ähnlichen auf dem letzten Reichstage erschienen ist, fñhrt den Titel:

Intoleranz des Katholischen Klerus gegen die ungrischen Protestanten, nach zuverlßssigen ActenStücken oder Ideen, zur gebñhrenden Schñtzung der Verdienste der beiden großen Kaiser Josefs und Leopolds um die protestantische Kirche in Ungern. Ein Pendant zum *Manch Hermæon*. Gedr. im protestantischen Deutschland, 1792, 216 S. in 8. Mit dem Motto aus *Haller*:

Was gibt es Böses wol, was nicht ein Priester tad?

Aus vielen Umstñnden wird mir warscheinlich, daß der nñmliche Verfasser auch die

Prñliminarien zu einer historisch, kritischen Untersuchung ùber die Rechte und Freiheiten der protestantischen Kirche in Ungern: ein Beitrag zur Erleichterung der Verhandlungen ùber kirchliche Gegenstñnde auf dem nñchstkñnftigen Stage in Ungern. Gedr. im protestant. Deutschland, 1790, 160 S. in 8,

geschrieben habe. Die Prñliminarien entwickeln die Rechte der Protestanten samt ihren Grñnden; obige neuere Schrift erzñhlt die Kñnkte der schwarzen Schar zur Untergrabung derselben. Auf die Prñliminarien ist man Jesuitischer Seite die Antwort noch schuldig, so fer auch von dieser Seite, vom Erjesuiten *Pray* an, bis auf den Serviten *Leo Seiz* herab, rñstige Federn ausgebauten wurden, um alles den Protestanten Gñnstige zu widerleger. Auf die erstere Schrift dñrfte wol auch nicht sobald eine gegrñndete Vertelbigung erscheinen: und doch sind die Anklagen einerseits so hart und schreckend, und andrerseits so documentirt, daß das Publicum Verantwortung verlangt, und verlangen muß.

Zugeeignet ist diese Schrift dem Grafen Aloys von *Battyán*, aus Dankbarkeit fñr seine den 8 Febr. 1791 gehaltene Rede zu Gunsten der Gewissensfreiheit [s. oben Heft 61, S. 69], und aus Ergebenheit gegen diesen vortrefflichen Mann, der "an der Aufklñrung seines von Advocaten und Priestern verfinsterten Vaterlands arbeite".

Warum sich der Verf. nicht nennt, davon gibt er die freilich völlig hinlängliche Ursache an: "wäre unser Ungern, wie England, auf bestimmte Rathegorien der Gesetze reducirt; so würde ich mich one weiteres nennen. Aber die bischöfliche Gewalt, an Jesuiten Intriguen angeschlossen, ist für einen j den noch so entschlossnen Mann von meinem Charakter, noch immer fürchterlich".

Zweiter vorläufigen Bemerkungen kan ich mich jedoch nicht erweren. Erstens wiß ich nicht, warum so viele Verfechter der protestantischen guten Sache es nötig finden, sich als Gegner aller, auch von Aristokratismus unterschiedenen Ständischen Freiheit, zu erklären? Die Frage,

Kan ein Apostolischer König die ungrische Klerisei in Ansehung der KirchenGüter reguliren, one die ihr zukommende adliche Rechte und Freiheiten zu schwächen? Frankf. und Leips., 1784, 78 S. in 8,

hätte sich ser wol auflösen lassen, one daß der Verf. nötig gehabt, mit *Grossinger* ein despotischs dominium *eminens* des Königes von Ungern über alle PrivatGüter zu erräumen. Die Verdienste des verewigten *Josefs* um die Protestanten und um das Volk, lassen sich gepöriß würdigen, one sein WiderrufungsEdict vom 28 Jan. 1790 "die unerklärbarste seiner Resolutionen" zu nennen, oder die alte Fabel, daß die Könige ihre Macht und Rechte von Gott haben (S. 15), im Vorbeigehen aufzuwärmen. Zweitens schlen es allerdings unerklärbar, wie sich eine so große MenschenRasse protestantischer Einwohner, so viel Unbilden von dem Häußlein Jesuitischgesinnter, und g. wiß nicht in allen Stücken von den Friedliebenden Katholischen talen unterstützter SchwarzHöcke, habe gefallen lassen; wenn man nicht die Bemerkung des Verf. (S. 67) zu Hilfe nimmt, daß die Protestanten nur zu oft furchtsamer, als sie seyn sollten, oder vielmehr allgemein genommen, gegen die LandesFürsten, den Grundfäßen ihrer Re-

Religion gemäß, gehorsamer, als andre ReligionsParteien es aus solchen Grundsätzen je seyn können, sich auch den von Beichtvätern und Weßiren dictirten HofEntscheidungen gefügt haben.

S. 14 folg. wird der Haß der Priester gegen Literatur und StreitSchriften in den MutterSprachwerk geschildert. Der Erjesuit und untrübsche schreibselige Verf. der *historia critica legum*, *Katona*, halte die Schreibseligkeit unsrer Zeiten für ein Zeichen des nahenden jüngsten Gerichtes; — vermutlich weil die Leute dadurch in Gefahr kommen, bald mit *Cicero* zu sagen: "nichts wundert mich so sehr, als daß die Priester nicht in ein lautes Gelächter ausbrechen, wenn sie einander begegnen". Mit den Lateinverständigen Katholiken nemen sie es nicht so genau; denn diese sind von Priestern hierarchisch erzogen und einklassifizirt worden.

S. 28 folg. wird der Bund der Hierarchie und des Aristokratismus kun und treffend aufgedeckt. Die Priester machten sich zwischen Gott und dem Volke, und die Aristokraten zwischen dem Fürsten und dem Volke, zu Werkzeugen des einen, und zu MittelsPersonen des andern Theils. Beide mußten ihr Bestreben gemeinschaftlich dahin vereinigen, um sich in den Nimbus, in welchen sie sich, seit der Völkerwanderung, und der darauf gefolgten Eclipse des MenschenVerstandes, gesetzt hatten, zu erhalten. Was der Verf. S. 29 von den Aristokraten erwähnt, daß sie "die Könige der Erde in allem, was sie vornemen, controlliren, daß sie in dem falschen, aus der Statengeschichte hinlänglich widerlegten Balthanden, als wenn sich kein Reich ohne ErbAdel erhalten könnte, und daß sie endlich, da sie aus Mangel an echtem BürgerSinn, die gemeinschaftlichen Lasten nicht tragen wollen, hingegen, durch ihre Verblenstose Geburt aufgebildet, andere von Aemtern ausschließen, überall als unnütze Glieder der Staten betrachtet werden müssen:

dieses alles verdient, theils als Wahrheit Beifall, theils als Uebertreibung Betichtigung, in Gemäßheit obiger ersteren vorläufigen Bemerkungen. So z. Er. lert die Staaten-Geschichte unlängbar, daß nach dem bisher gäng und gebe gewesenem Mas der Aufklärung, und der auf den niedern Volks-Classen liegenden Finsternis, bloß der ErbAdel die europäischen eingeschränkten Monarchien erhalten, und vor asiatischem, alle Stände drückenden Despotismus bewahrt hat; daß aber jetzt hie und da, bei veränderten Umständen, eben dieser ErbAdel, entberlich und sogar schädlich seyn könne u. s. w.

S. 35 von den Ränken der Jesuiten insbesondre, ihrem Einfluß unter *Ferdinand I*, *Max I* und *II*, und *Ferdinand I*. Von 1671 bis 1681 war ein bitteres Verfolgungs-Jarzehend für die Protestanten: gerade zu gleicher Zeit mit der Aufhebung des Edicts von Nantes; und der Verf. glaubt S. 47 nicht ohne Grund, daß zwischen beiden Verfolgungen ein geheimes, von Jesuiten-Händen sein gew. bies Band bestanden sei, um in 2 großen Reichthümern auf einmal der Protestanten los zu werden. Endlich namen sich der zu den Galeren verdamnten protestantischen Prediger, die protestantischen Mächte an; und auf dem Oedenburger Reichstag 1681 wurde in den 11 Comitaten, wo die Religions-Wut am meisten gerauscht hatte, je 2 und 2 elenden Dörfern Kirchen gestattet. Aber die verderbliche Clausul wurde beigelegt, "ohne Nachtheil der Grund-Herren". Unter diesem Vorwand ward die Verdrückung von neuem angefangen, und eine Menge Kirchen von 1681 bis 1722 weggenommen.

S. 69 ein verdienter Ausfall, wegen Veränderung des hierarchischen Systems, auf den Er-Professor und Despoten, auch Jesuiten-Apostel *Hoffmann*. — Auf dem RTag 1715 soll der Erlauer Bischof, Graf *Erdödi*, allein Ursache gewesen seyn, daß der vielleicht nützliche Plan einer Holländischen Handlungs-Gesellschaft zur Aufnahme  
des

des ungrischen Commerzes verworfen ward, blos weil die Holländer Protestanten sind. Auf eben diesem Rath ward eine Commission zur Abtueung aller ReligionsKlagen niedergesetzt; hingegen in dem 30sten Artikel, wurden durch eine schändliche Malversation, die Worte der HofBeschließung (nach welcher nämlich der Artikel verfaßt werden sollte) ausgelassen, welche die alten Gesetze in Ansehung der 3 recipirten Religionen bestätigten, und den Mißbrauch jener die GrundHerren betreffenden Clausul untersagten. — Diese ReligionsCommission zog ihre Arbeiten in die Länge: erst 1731 legte sie ihre Acten vor, und es fand sich am Ende, daß auch sie nur JesulterGeist besetzte.

Indessen ward 1723 die k. ungr. Statthalterei errichtet, hauptsächlich durch die Bemühungen der Protestanten, Paul von Ráday, Paul von Preleßky, und Paul von Jeszenák. Zum Dank besetzte man sie mit lauter Bigotten: das neue Dicasterium sank zu einer Bischoflichen AmtsCanzlei herab; der Bischof Sr. Erdödi nannte es die Geistl: der Protestanten, und seine Errichtung macht in der Geschichte der Verfolgung der Protestanten eine neue Epoche. Jedoch hat die Statthalterei diese Schuld nicht allein auf sich: einen großen Theil derselben trägt die ihr vorgesezte Stelle, die vormalige ungrische HofCanzlei, wie der Verf. S. 88 selbst bemerkt. Von S. 90 an sind eine Menge StatthaltereiBefehle, meist aus der Regierung der Maria Theresia, aufgezeichnet, durch die nach und nach die Protestanten an den Rand des Verderbens gebracht worden. Die einzelnen, oft an Grausamkeit gränzenden Fälle, kan ich hier nicht berühren; aber aus allen leuchtet unvordersprechlich die Absicht hervor, ganz Ungern zu einem Marianischen Reiche umzuschaffen.

Ueber die jezigen Aussichten der Protestanten nach dem sanctionirten ReligionsGesetz, gibt der Verf. S. 90 einen Bedeutungsvollen Wink. „Wißt Ihr es, daß jene (Jesefische) Toleranz, dem jezigen Rechte bei weitem



vorgezogen zu werden verdient"? Wohin dies zielt, errathe ich wol; doch rechne ich mir als der Verf. auf die Macht der um sich greifenden Aufklärung, auf die immer größere Menge redlicher und verständiger Patrioten unter den katholischen Laien, auf das immer mer einleuchtende Recht des Staats auf die geistlichen Güter, endlich auf einen mannhafteu, durch eine größere Volksmenge unterstützten, und durch die traurige Erfahrung so vieler ausgestandener Drangsale zweckmäßig, d. i. one die geringste Verletzung der dem Souverain und dem Gesetze schuldigen Ehrerbietung, geleiteten Widerstand der Protestanten.

Daß nicht noch viele Mißbräuche übrig sind, und die Protestanten noch lange nicht im Besiz und in der vollen Ausübung ihrer Rechte stehen, läßt sich auf keine Art läugnen. Hier gehört das, was der Verf. S. 189 von einer billigen festgesetzten Proportion der Religionen, bei den Anstellungen zu Aemtern, anbringt. An und für sich selbst ist ein solches numerisches Verhältnis unphilosophisch, weil bei der Aemtervergebung bios das Verdienst in Betracht gezogen werden soll. Allein bei der menschlichen Schwachheit überhaupt, und besonders bei den noch herrschenden bigotten Gesinnungen, kan, nach dem Beispiel des h. deutschen Reichs, die Beruhigung der Gemüther nicht eher erzielt werden, als bis ein solches Verhältnis besteht.

Einen andren Mißbrauch enthüllt er S. 194. "In den meisten königl. freien Städten, besonders in den Ober- und Nieder-Englischen, werden die Katholiken von den Protestanten, sowol an der Zahl, als am Vermögen, und folglich auch an dem ContributionsContingent, übertroffen. Der katholische Gottesdienst, die Anschaffung und Erhaltung aller dazu nötigen Requisitionen, die Salarien des ganzen kirchlichen Personals bis auf den BlasBalgzieher herab, wird aus dem öffentlichen Gemeindefonds (*Cassa domestica*), zu welchem die Protestanten nach einem und demselben Maßstab, wie die Katholiken, contribuiren, besteuert; da in-

des.

dessen die Protestanten ihr ganzes Kirchen- und SchulPersonal aus ihren eigenen Kirchen-Cassen unterhalten müssen. Allerdings sollten, nach der strengsten Gerechtigkeit, die Volks- und Schullehrer aller Religionen gleichmäßig besoldet werden, da sie alle nicht anders als öffentliche Beamte zu betrachten sind.

Auch mag ich es allenfalls dem Verf. S. 158 gerne zugeben, daß der Stat berechtigt sei, die Grundlinien einer National-Erziehung festzusetzen, und durch alle Religions-Verwandte befolgen zu lassen: aber für einen Freund des Normalisirens und Vereinfachens und Vermischens kan ich mich durchaus nicht erklären. Die protestantischen Schulen mögen ferner, wie bisher, unter der Leitung ihrer resp. Gemein-den bleiben; nur sollten sie, nach Verhältnis der katholischen Schullehrer und der evangelischen Einwohner, ebenfalls aus der *Cassa domestica* Beihilfen zu ihren Iner-Besoldungen ziehen. Die executive Gewalt im Stat ist zu sehr mit Geschäften überladen, oder glaubt zu wenig an die Wichtigkeit der Erziehung, als daß sie solche zweckmäßig ununterbrochen leiten könnte. Jede Schule erfordert besondere Aufmerksamkeit bei der Wahl der Lehrer, bei der Organisation der Schule, bei den Lehr-Gegenständen und dergl. Wird eine Norm, eine Einheit, eingeführt: so wird alles Locale helter gemacht, ein Mechanismus eingeführt, die Nachsicht erstickt, das Genie der Lehrer und Lernenden gestiftet. Aus diesen Umständen erklärt sich die jetzige Lage der katholischen Lehr-Anstalten in der österreichischen Monarchie. Zudem hängt allerdings eine Schule zu sehr mit der Religion, und noch mehr mit der durch die Religion gestatteten Denk- und Preß-Freiheit, zusammen: daher kan bei der jetzigen Ungleichheit nicht wol von Normalisiren und Vermischen die Rede seyn.

Von S. 201 folgt eine lange Liste der den Protestanten seit 1647 abgenommenen Kirchen: und am Ende S. 216 verspricht der Verf. eine Geschichte der Pesther Re-

ReligionsCommission. Fare fort, würdiger Mann, alle  
 verglichen Werke der Finsternis an das Licht der Publici-  
 tät hervorzuziehen! Deine große würdige Nation, künf-  
 tig nicht mer *miser a contribuenti Plebs* genannt, wird Dich  
 dafür segnen.

N.S. Eben erhalte ich die gedruckten Acten des lez-  
 ten Tags. Besonders ist darinn die "Consignatio Po-  
 pulatorum per mixtam Deputationem ad systematicas De-  
 putationes relegatorum" wichtig. 3. Er. Ordines re-  
 ligiosi, præferenter *bona* ex donationibus regis possiden-  
 tes, & *sessione Diatali* gaudentes, ac præter hos *alii*  
 etiam Ordines religiosi sexus utriusque *aboliti*, una cum  
 reddenda eis substantia, *restituuntur* ad statum priorem.  
 Und noch sonderbarer: die Herren Von möchten künf-  
 tig gerne allein Tokajer machen! "Confectio vini *uvarum*  
*passarum* submontani, ad tollendas varias intervenire soli-  
 tas adulterationes, SOLIS NOBILIBVS relinquatur".

von \* \* \*

Num. 21098, 1792.

*Prudentes* &c. Cum ex compluribus specificis casu-  
 bus observare liceat, benignas resolutiones regias circa *pro-  
 les e mixto matrimonio progenitas*, ac ipsum etiam *ar-  
 ticulum* 26 anni 1791, ea de causa effectu non raro de-  
 sistui, quod nec Parochi catholici, nec Magistratuales,  
 educationi prolium eiusmodi satis & de tempore invigi-  
 lent, aut tempestive remedium efflagitent, sed Parochi  
 & ViceArchidiaconi plerumque tunc, dum jam tales pro-  
 les principiis Evangelicæ confessionis imbutæ sunt, ac  
 adultiores evadunt, ad Episcopos, vel directe ad Iuris-  
 dictiones, recursum sumant, Ministri vero Evangelicæ  
 confessionis eiusmodi proles absque difficultate ad exerci-  
 tium suæ confessionis admittant: hinc ut quemadmo-  
 dum iuribus Evangelicorum, *articulo* 26, 1791, iis-  
 dem

dem attributis, nihil decerpendum vult *Sua Majestas Sacratissima*, ita etiam, ut ea, quæ religioni catholicæ competunt, suum fortiantur debitum effectum, in eo altissima intervenit Ordinatio regia, ut civicus hic Magistratus, educationi prolium mixti matrimonii, quæ seu ad præscriptum *articuli* 26, seu iuxta *reversales* antea per parentes de se datas, quarum vigorem, cum illæ lege abrogatæ non sint, ultro conservandum *Sua Maj. Sacra* decrevit, in fide catholica educandæ sunt, sedulo & accuratius invigilari faciat; adeoque mox atque ejusmodi proles recipiendæ institutionis in fide *catholica* capaces fuerint, seu ubi 7<sup>mum</sup> ætatis annum agere cœperint, si in fide *catholica* non instituerentur, necessaria eatenus per talium prolium (si id circumstantiæ exigèrent), etiam autoritate Magistratuali procurandam *ademptionem* mox disponantur.

Præterea siquidem §<sup>o</sup> 13 <sup>1</sup> *artic.* 26, 1791, generaliter tantum statutum sit, ut casus circa *transitum* occurrentes *Sua Mti Sma* referantur, tam vero hæc ipsa, quam & illa eodem §<sup>o</sup> contenta legis dispositio, ne quisque demum ullum Catholicum ad amplectendam reli-

1. Dieses Gesetz ward den 30 Nov. 1790, in einer Versammlung bei dem Erzbischof von Colosza, aber nichts weniger als durch die Gesetzmäßige Mehrheit, gemacht. Hier die Summe A. der Katholiken, die unterschrieben, — B. der Katholiken, und C. der Protestanten, die nicht unterschrieben haben:

	A	B	C
Magnates —	16	181	14
Tabulæ regie	4	10	3
Nuncii comitatus	24	52	19
— civitatum	23	32	13
Absentium —	15	16	11

Aus "Observations super legis religionariæ §pho 13.  
p. 25. G.

ligionis Evangelicæ professionem, quocunque præsumat *allicere* medio, per id eludi observetur, quod complures quidem religionem Romano-Catholicam deferant, & Oratoria Evangelicorum frequentent, alii verò Catholicos, vel proles in fide catholica educandas, ad ecclesias Evangelicæ Confessionis adducant, aut eorum imperiose mittant: Ministri autem Evangelicæ Confessionis quendam, a religione catholica deficere intendentem, absque *testimonialibus* super præscripta 6 hebdomadarum instructione, aut proles catholice educandas, ad amplectendam confessionem Evangelicorum admittant, aut ad communionem accedere volentes non impendant, & ad dandam facti rationem constituti id, quod eiusmodi personas haud noverint, in sui excusationem adferant.

Hinc *Sua M. Sacra* altissime decrevit, ut omnes & singuli, qui absque obtento altissimo indultu, aut quin institutionem per *Suam Maj.* ordinandam fubeant, de superque coram Ministris exhibenda *Testimonia* exhibent, ad Oratorium, sine cultus religionarii vel participandæ communionis, accedere, aut seu Catholici seu Protestantes proles suas catholice educandas, vel quoscunque alios Catholicos, ad Oratoria adducere, aut eorum imperiose mittere, vel etiam Oratoria accedere volentes pro obli-gamine suo non impedierint, aut quaque demum ratione *seducere* <sup>2</sup> præsumserint, NOBILES quidem Fisci Magistratualis actione pœna pecuniaria, IGNOBILES vero pari itidem Fisci Magistratualis actione, pœna carcerum, imò pro ratione circumstantiarum, tam hi quam illi, gravioribus etiam pœnis ob transgressionem legis & be-

---

2. Sind diese Worte *seducere*, *deprävare*, die sich hier die Statthalterei, zur Schmähung der protestantischen Religionen erlaubt, nicht dem Toleranz-Edicte zuwider?  
S.

benignarum Ordinationum regiarum, in exemplum etiam aliorum, puniantur. Præterea autem in Ministros illos, quorum prætextuata ignorantia ex confrontationibus & investigationibus, aut plene, aut quasi *cum presumptione* evenerit, tanto gravius animadvertendum erit, quanto difficilius est, dolosam & in elusionem altissimarum resolutionum regiarum tendentem eiusmodi simulatam ignorantiam remonstrare: sed & illi quoque pro demerito poenæ subjiciendi erunt, qui *liberum*<sup>3</sup> esse, a religione catholica desicere, vulgaverint, aut etiam obtrusione librorum Catholicos *depravare*<sup>2</sup> nihili duxerint.

Altissimam proinde hanc ordinationem regiam *Consilium* istud L. R. civico huic Magistratui, finem in eum de b. jussu regio intimandum habet, ut eandem pro omnium notitia mox suo modo publicare, effectum ejusdem, prout & *Artic. 26*, 1791, procurare, atque in eius transgressores ferio animadvertere, noverit.

Datum ex *Consilio Locumtenentiali* regio Ungrico.  
Buda d. 25 Sept. 1792 celebrato.

Eorundem benevoli

C. Carolus Zichy.

Joannes Mibalkovics.

3. Allerdings ist dieser Uebergang erlaubt: nur, ne is *semere* fiat, hat das Gesetz den jedesmaligen Bericht an den König, vorgeschrieben.

Wenn die Hrn. Einsender aller bisher dargelegten IntoleranzActen, den oben S. 51 angeführten Guten Ratze, von dem Britten *Barlow*, kennen lernen: so werden sie eilen, daraus das Kapitel von der Kirche S. 40—59, in die ungrische, kroatische, und böhmische Landessprachen übersetzen zu lassen. Das HauptThema darinn ist: "Religion und Kirche sind total verschieden; erstere, die Religion, geht nur die Menschen, nicht die Bürger, folglich auch nicht die Staatshalterei, an". 6.

### Schafzucht: Anfragen und Bitten deshalb.

Gedruckt auf 1 Fol. Seite.

Dans la vue de procurer des materiaux pour une *histoire* complete de la BREBIS, j'adresse au Public les *questions* suivantes, accompagnées de l'*estampe* de la Brebis de Mysore aux Indes Orientales, & de l'échelle sur laquelle elle était désignée. Elles serviront d'échantillons & de mesures pour les desseins du Belier, de la Brebis & de l'Agneau des différentes especes dans toutes les parties du monde, que je prie de me communiquer.

La Brebis varie dans sa forme & grandeur comme aussi dans la bonté & qualité de sa toison. Son pais, sa manière d'être, sa nourriture & la pureté ou le melange de son sang, influent & se tracent dans ces variétés.

Je souhai terais donc d'être bien informé de tout ce qui peut être particulier à chaque espece, & si cela peut s'obtenir, d'en avoir des *desseins* exacts, qui les représenteront couvertes de leur toison & récemment coupées ou même anatomiquement diséquées. Il s'agira en particulier de savoir,

1. Si l'espece est *originnaire* du pais ou de souche étrangère? Si elle est *sauvage*, errante, ou parfaitement domestiquée? Si elle est *forte*, ou delicate?

2. Est-elle supposée être *pure* ou croisée? En quoi differe-t-elle d'autres especes? Est-ce en largeur, forme ou autrement?

3. Quel est le *poids* ordinaire de sa carcasse & de ses quartiers? Combien de côtes lui trouve-t-on?

4. Son *mouton* est-il remarquable par son goût, bonté ou delicateffe?

5. Quel est le poids & le prix ordinaire de sa *toison*?

6. Quelle est la nature, la longueur, & le prix de sa *laine*? Et pour quelle sorte de marchandise ou d'ouvrage est-elle propre?

Les

Les poids, prix & mesures seront exprimés en poids de France ou d'Angleterre.

7. A quel *age* arrive-t-elle à la perfection & maturité? Combien de *graisse* produit-elle si engraisée?

8. Combien d'*agneaux* met-elle bas à la fois? En quelle saison met-elle bas? Les agneaux nouvellement nés sont-ils bien couverts de laine?

9. Quel *traitement* a-t-on trouvé le plus convenable à cette espèce? Quelle est sa nourriture ordinaire? Quelle nourriture lui est la plus favorable?

10. A quelles sortes de *maladies* est-elle particulièrement sujette? Quels sont les meilleurs préservatifs & les meilleurs remèdes?

11. L'expérience a-t-elle trouvé des moyens pour l'*amelioration* de la toison, soit dans sa qualité soit dans sa quantité? Et quels de ces moyens a-t-on trouvé les plus avantageux?

12. Combien de fois par an lui coupe-t-on la toison? Ya-t-il une différence de poids & de qualité entre les toisons d'été ou d'hiver?

C'est avec la reconnaissance la plus vraie que je recevrai ces détails ou tels desseins qu'on voudra me faire parvenir à mon *adresse* comme soussignée

Le Chev. J. SINCLAIR Bart. \*

Membre du Parlement; à Whitehall

Londres.

---

\* S. oben Heft 67, S. 361. — Von den Schriften einer vor 2 Jahren in Edinburgh gestifteten Gesellschaft, welche die hochwichtige Absicht hat, die Schäfereien zu vergrößern, und die Wolle zu verbessern, s. Hrn. H. Beckmanns physikal. ökon. Bibliothek, B. XVII, S. 303 und 305. S.

---



9.

**BürgerStand gegen Adel in Kurland.**

Aus der "Sammlung aller bisherigen Schriften, welche durch die, auf den ordentlichen LandTag vom 30 Aug. 1790 gebrachte weitläufige Darstellung der bürgerlichen Gerechtsame veranlaßt worden: S. 5—21.

Orth. Mitau, in der HofBuchdruckerei, 4, 71 Seiten.

I. An den Herzog, 12 Jul. 1790.

**Durchlauchtigster Herzog, Gnädigster Fürst und Herr!** Deutsche Bürger waren die ersten, welche um die Mitte des 12ten Jahrhunderts, seit dem J. 1157 sich in Kurland ansässig machten, und in jenem so wie in den folgenden Jahrhunderten, durch fortdauernde Kreuzzüge vereint, mit dem zur Hilfe gekommenen Adel, eine solche StaatsVerfassung, in dem bekanntlich diese Herzogtümer mit in sich begreifenden Kurlande, zu Stand brachten, wodurch der BürgerStand nicht allein Theilnehmer an den öffentlichen StatsVerhandlungen wurde sondern auch für sich in den gegründeten Städten besondere Privilegien bewirkte, und ein uneingeschränktes Recht auf LandesBesitzlichkeiten, gleich dem Adel, erwarb.

Zur Zeit der Unterwerfung an unsern gegenwärtigen Oberherrn, nahm auch der BürgerStand durch seine Abgeordnete an dieser wichtigen StatsVerhandlung Theil und erhielt, so wie die übrigen Mitstände, alle bis dahin gehabte Stats- und PrivatRechte ohne Einschränkung und vielmehr mit der versicherten, zum Theil auch wirklich z. B. durch die zur Erbeigenthümlichen Disposition geschehene Veränderung der Lehen in ErbGüter, erfolgten Vermehrung und Verbesserung, freilich bestätigt: welche Warheit vorzüglich aus dem Unterwerfungsvertrage vom 28 Nov. 1561, besonders in den Artikeln, "sed quia prae dicto principe &c. Ita tandem post varios &c. Cum au

ten

tem in conditionibus &c. Dedimus præterea fidem &c. Omnia etiam eorum jura &c. Præterea recepimus &c. Et quicquid publice vel privatim universis & singulis &c". hinlänglich zu erkennen ist.

Alles, was seit der Zeit in Ansehung der Rechte des BürgerStandes in Rurland vorgefallen ist, dient zum auffallenden Beispiel, wie fer Staten mit Staten, im gleichzeitigen Fortschritt in ihren StatsVeränderungen, contrastiren.

Nachdem durch auffallende Erfahrung die Wahrheit geklagt worden, daß der BürgerStand, ohne irgend einlge aus der Geburt herzuleitende Vorzüge und Vorrechte, einzig und allein durch Cultur der Wissenschaften, Künste, und anderer Gewerbe, sich um den Stat und seine Mitbürger verdient zu machen sucht; und eigentlich kein Reich, kein Stat, wo dieser aus den eben erwähnten Ursachen so schätzbare Stand, gering geschätzt, und dessen persönliche Achtung, so wie dessen Wol und Recht, der Willkür anderer Stände untergeordnet wird [z. Ex. Polen, Ungern], im blühenden Wohlstande stehen, oder dazu gelangen könne: haben große Reiche, mit äußerster Sorgfalt, es sich angelegen seyn lassen, zur Verbesserung ihres vorigen uncultivirten Zustandes, diesen MittelStand sogar neu zu schaffen und zu bilden, auch mit Constitutionsmäßigen, keiner Willkür anderer Stände untergeordneten Gerechtsamen, zu beglücken. — So haben England, Holland, und mehrere europäische Staten, ihren großen blühenden Wohlstand der frühern Einrichtung einer so weisen als Menschenfreundlichen StatsVerfassung zu danken. Selbst die erst neuerlich selbstständig gewordene Amerikanische Staten steigen, mit erstaunenswürdiger Schnelligkeit, zu einer colossischen Höhe der Glückseligkeit, durch die Anordnung der weisen StatsGeseze, "daß alle Glieder ihrem Ursprünge nach sich gleich gemacht sind, und bios erworbenene Verdienste den Werth und die Vorzüge eines

E 2

ja

jeden StatsBürgers bestimmen". Ja das sonst so civilisirte, jedoch durch seine in diesem Falle mangelhafte StatsVerfassung, bis zum Rande des Verderbens gediehene Frankreich, hat es endlich für nothwendig gefunden den Grundsätzen der wahren Aufklärung gemäß, in gänzlicher Aufhebung des Statsverderblichen Systems durch die, vorzüglich mit dem größten Edelmut von Seiten des Adels geschehene Aufopferung unstrittig gehabter Vorrechte, den niedern Ständen geschehenen Mittheilung günstigerer StatsRechte, und die gehörige Ausgleichung der Vortheile und Lasten, eine glücklichere StatsVerfassung vorzubereiten.

Dagegen hat der Rurische BürgerStand, ungeachtet dessen, daß durch vielfältig vergossenes BürgerBlut, unopfergeopertes Vermögen, schon seit der Gründung des Russischen Stats, demselben alle Constitutionsmäßige Gerechtsame, welche in andren Staten, aus weiser und menschenfreundlicher Politik, dem geschaffenen BürgerStand e beliegt worden, erworben und errungen gewesen, bis hieher mit innigstem Schmerz, anstatt der in den UnterwerfungsVerträgen noch zugesicherten Vermerkung seiner Gerechtsame, vielmehr nach dem gewöhnlich den schwächeren Theil treffenden Schicksale, die größten Schmälerungen seiner schon zur Zeit der Unterwerfung gehabtten Rechte erlitten auch aller wiederholten Versuche, und selbst der für die Herzogtümer von der allerhöchsten Oberherrschaft im J 1774, verfaßten Constitution ungeachtet, zur WiederEinsetzung in den vorigen Stand nicht gelangen können.

Je mer die Länge der Dauer die Größe des Leiden vermehrt; je mer zunehmende Aufklärung den wahren Werth der Rechte der Menschen, und ihrer Verhältnisse gegen einander, kennen und bestimmen lehr: desto mer fühlte der Rurische BürgerStand den größten Nachtheil von den erlittenen Verletzungen, und desto mer sent er sich, die gewünschte Zeit bald eintreten zu sehen, da die Ursachen der ihdrücken

drückenden Beschwerden völlig gehoben, auch die Rechte und Mittel hergestellt und gesichert werden sollen, wodurch er nicht allein den ruhigen Genuß seines gewissen bestimmten Antheils an der Glückseligkeit dieser Staaten erlangen, sondern auch seine Thätigkeit, für die Erhaltung und Beförderung des allgemeinen Wols mit besorgt zu seyn, wirksam zeigen kann.

So sey die Aufrechthaltung oder Herstellung der bestehenden oder verletzten Rechte der Menschheit, ein so würdiger als edler Gegenstand der Fürsorge gerechter Regenten und Väter ihres Volks sowohl, als wolgesinnter Staatsbürger, ist: um so zuversichtlicher hoffen wir auch gegenwärtig, da die zum Glück der Menschheit sich woldätig verbreitende Aufklärung, schon längst in diesen Herzogthümern eine so gerechte als Menschenfreundliche Denkungsart veranlaßt hat, durch Ew. LandesVäterliches Bestreben, und ein edelmütiges Mitwirken einer Wolgeborenen Ritter- und Landschaft, allen unsren Leiden und Beschwerden, zum Besten der gemeinsamen Wolsart, ein Ende gemacht zu sehen.

In Betracht mancher neuerlicher unglimpflichen Versuche und Declamationen wider unsre schon genugsam verletzte Gerechtsame, finden wir es für nötig, one Verzug jetzt zum Vortrag einiger HauptBeschwerden zu eilen, und solche Ew. mit der flehenlichen Bitte zu unterlegen, Höchst Dieselben wollen huldreichst geruhen, selbige auf die übliche Weise Einer Wolgeborenen u. [dem Adel] gleichfalls zur Erwägung und Beratschlagung mitzutheilen, damit darüber, auf dem nächst einfallenden ordentlichen LandTage, mit denselben, und den dazu zu berufenden Bevollmächtigten der Städte, als Repräsentanten des BürgerStandes in diesen Herzogthümern, wo möglich, eine gewünschte Auskunft zur Zufriedenheit aller Theile, zu Stande gebracht werden könne.

Getroßt erwarten wir demnach von Ewr. die gerechsamste Erhörung der diesem untertänigsten Gesuch beigelegten Anträge, und ersterben in tiefster Ehrfurcht und Devotion

Ewr. Hochfürstl. Durchlaucht

Prod. in der Hochfürstl.  
Canzlei, 1790,  
12 Jul.

untertänigst: gehorsamste  
sämtliche Städte und  
vereinigte Glieder, des  
BürgerStandes der  
Herzogtümer Aurland  
und Sengallen.

II. Anträge (hier abgekürzt). S. 8—27.

Erster Antrag: Teilnehmung des BürgerStandes an den LandTäglichen Verhandlungen. Die Ansprüche auf dieses Teilnehmen haben keine stolze Absichten zur Grund; sondern einzig und allein gerechter Trieb zur eignen unmittelbaren Fürsorge und Mitwirkung in Angelegenheiten, die unser Leben, Ehre, und Vermögen betreffen, und zur Verhütung nachtheiliger fremder Dispositionen darüber ist der untadelnswürdige Beweggrund zu diesem Gesuch Und die erhöhte Berücksichtigung dieses Puncts wird für uns desto ansehnlicher und dringender, da der BürgerStand bisher mit Schmerz erfahren hat, wie sehr die Constitutionmäßige Gerechtsame des BürgerStandes, durch die meistenteils ohne dessen Zuziehung vorgefallene LandTägliche Verhandlungen, und Nichtbefolgung der vorhandenen Verfügungen, verletzt worden sind.

Die an sich rühmliche und große Sorgfalt, welche der Adel anwendet, selbst unmittelbar seine Angelegenheiten vorzunehmen, und solche keiner fremden Behandlung zu überlassen, bestärkt schon genugsam die Wahrheit unserer Behauptung.

Di

One dieses Recht zum Theilnehmen an den Landtäglichen Verhandlungen, hören die Glieder des BürgerStandes auf, Bürger eines freien Stats zu seyn. Ihre Constitutionsmäßige Rechte werden fremdem Willkür untergeordnet, und sie bleiben in der That Untertanen einer unumschränkten aristokratischen Macht, wodurch aller Trieb zur Ansiedelung und Einföhrung nützlicher Gewerbe erstickt wird: wovon die geringe Zahl der Städte in diesen Herzogthümern, und der große Verfall der meisten von diesen wenigen Städten, zum traurigen Beispiel dient. Denn so lang der BürgerStand, zur Verhütung dieses Uebels, nicht durch unmittelbare Theilnahme für die Handhabung und Verbesserung der StatsGefetze mit besorgt seyn kan: ist der Flor der Städtischen Gewerbe, mithin auch die Anlegung nützlicher Manufacturen und Fabriken, nicht zu erwarten; und Rurland wird noch länger zu seinem größten Schaden, für alle Arten der daher kommenden Bedürfnisse, den Ausländern zinsbar bleiben.

Dieses Gesuch des BürgerStandes ist auch um so gerechter, da es auf keine Erwerbung eines neuen, sondern bloß auf die Herstellung eines alten Rechts, abzielt. Es ist eine in der Städtischen StatsGeschichte ausgemachte Wahrheit, daß vor der Unterwerfung an Polen, die Städte auch zu den LandStänden gehört, und an den Landtäglichen Verhandlungen Theil genommen haben. Nun sind, nach erstbemeldten Unterwerfungsverträgen, auch namentlich den Städten, one die geringste Einschränkung, vielmehr mit versicherter Vermerkung, alle ihre alte Gerechtsame bestätigt worden: folglich sind diese Städte, eben so wie der Adel, LandStände geblieben. Zwar sind die Städte verschiedentlich, sowol im J. 1570, als auch im vorigen und diesem Jahrhunderte noch in ganz neuern Zeiten, in Ansehung der Landtäglichen Verhandlungen zusammen berufen worden; bei den meisten LandTägen aber ist ihre Berufung unterblieben: und auch dann, wenn sie solche Veranlassun-

gen erhalten haben, die LandTage abzuwarten, so sind doch nicht auf die Weise, wie es LandStänden zustehet, der zwischen Ständen üblichen Behandlung, Berathschlagung, und Beschließung über die Gegenstände d LandTägl. Verhandlung gelangt. Sie haben daher, zu Abstellung dieser Verletzung ihrer LandTägl. Gerechtsame nicht allein schon im J. 1649 den 12 Febr., ein Respon von Polen auch unter demselben Dato ein polnisches Rscript an den Herzog Jacob, so wie auch an den Adel, veranlaßt, auch wegen deren NichtBefolgung A. 1684 d bekannte Protestation eingelegt; sondern auch, nach der, ihre alte Gerechtsame schützenden ReichsConstitution vom 20 Dec. 1764, vorzüglich in der poln. RConstitution vom J. 1774, unter andern die Städtische Gerechtsame sichernden Erklärungen, noch besonders in 33<sup>ten</sup> Punct die Verfügung bewirkt, daß, „alles, was bis dahin zum Nachtheil der Städte geschehen, nicht wäre, die Städte auch in die Ausübung der ihnen zustehenden Rechte eingesetzt würden, und künftig auf den LandTagen nichts, was sie beträfe, ohne ihr Wissen und Einwilligung beschloffen werden sollte. Rechtlich bleibt also unser Gesuch, um die Berufung der Städte, durch die übliche Berufungsschreiben, mit Beilegung der zur LandTägl. Behandlung bestimmten Materien, wegen der Abfertigung ihrer Bevollmächtigten, zu allen LandTagen, auf denen für den BürgerStand mit verbindliche, oder dessen Gerechtsame betreffende Beschließungen gemacht werden sollen, zu deren Mitbehandlung und Mitbewilligung.

Ja wenn auch keine so wichtige StatsGesetze dieses Recht des BürgerStandes sprächen: so würde schon Billigkeit es räthlich machen, einen Stand, der so viel Glieder enthält, die durch Wissenschaft, Künste, und Gewerbe zum Wohl des Stats arbeiten, und demselben nützlich werden, auch sogar einen beträchtlichen Theil der StatsEinkünfte beitragen, zur Verhandlung der öffentlichen Stats-

An

Angelegenheiten zuzulassen. Von einem Stande, der so brauchbare tüchtige Glieder enthält, kan man auch gewiß den Vortrag solcher heilsamen und guten Vorschläge erwarten, die künftig der Kurlischen StatsVerfassung gewiß Ehre machen, und die Glückseligkeit des Landes befördern können.

Wir halten uns daher auch überzeugt, daß, nach einem anständigen Verhältnisse, den zum LandTage künftig abzuordnenden Bevollmächtigten der Städte, nach den Deputirten des Adels, ein Ehrenvoller öffentlicher Zutritt und Empfang bei der LandesObrigkeit, sowohl zu Anfang des LandTages, als auch beim Schlusse desselben, für die Zukunft bestimmt und versichert werden wird.

Zweiter Antrag: bisherige Verlesungen der Handels- und GewerksGerechtsame der Kurlischen Städte. Daß viele und volkreiche Städte, worin Handel und Gewerbe blühen, starken Absatz und gute Preise der LandesGefälle veranlassen, mithin den Wohlstand der GüterBesitzer und den Wert ihrer Güter vermehren, ist ausgemacht. So macht z. B. dasjenige, was allein in der Stadt Mitau von LandesProducten verzert und verbraucht wird, nach einem ser mäßigen Anschlage, im Wert wol 300000 R aus, welche größtentheils für solche Bedürfnisse aus dem Lande ausgegeben werden, welche der LandesEinsasse nicht füglich gleich weit versüßen, oder in andern Ländern veräußern kan oder darf. Diese so beträchtliche Summen, welche die Güter im Lande, theils von der Stadt Mitau, theils von den andern Kurlischen Städten gewinnen, würden aber theils ganz wegfallen, theils außerordentlich geschwächt, mithin die großen Einkünfte vom ViehBestand und vom BranntweinsVerkauf, als HauptGegenstände des Ertrags der Güter, zur größten Verringerung des Werts der Güter, ser verändert werden, wenn die Stadt Mitau, sowie die andern Städte, durch die fernere Beeinträchtigung ih-



ris Handels, und der sonstigen Städtischen Gewerbe, zu größerem oder völligen Verfall gebracht werden sollten.

Die an sich schon unpatriotische Einwendung, daß in der Stadt Riga Abnehmer zu finden wären, bleibt unstatthaft. Denn zu geschweigen, daß die Branntweinsteuer für dort verboten ist, und wegen der weiteren Entfernung das Verschüren vieler Arten der Lebensmittel dahin, zu forbar werden möchte; so würde durch die vergrößerte Zufuhr der Werte dieser Lebensmittel dort so fallen, daß auch selbst beim Absatz dennoch ein Abgang im Ertrag, und folglich auch im Wert der Güter, entstehen müßte. Daher sind ja schon seit oft verschiedene Lebensmittel in Mitau und andern Kurischen Städten theurer, als in Riga.

Bisher ist den Städtischen HandelsRechten und Gewerben, auf eine gemeinschädliche Weise, großer Abbruch geschehen. Viele haben zeitlich die Städte für unerschöpfliche, keines Zuflusses bedürftende GoldGruben gehalten, daraus man für alle LebensBedürfnisse, von der ersten bis zu den geringsten Arten, Geld herauszuholen bedacht seyn mußte: ohne dabei auch die billige-patriotische Gesinnung und Staatswirtschaftliche Kenntniss tätig zu bezeigen, da Städte bloß Niederlagen des Verkehrs und GeldUmlaufs sind, welche ohne Zufluß bald erschöpft werden; und man also dem Städtischen Einwohner, der wieder so viele Tausende für die nöthigen Lebensmittel dem LandManne zurückgibt, auch vor fremden umherschweifenden Handels- und GewerkeLeuten, die ohne wechselseitigen Vortheil für den LandesEinwohner, mit dem gelösten baren Gelde aus dem Lande fliehen, Schutz zu schaffen, einen billigen Verdienst zu gönnen, verpflichtet ist: wenn gleich beim umherziehenden fremden Handelsmann etwas wolfeiler zu haben seyn sollte, weil diese einmalige Uebersetzung, durch den vorteilhaften Absatz der LandesProducte in den Städten, wiederum überflüssig ersetzt wird. Doch sind selbst diese wolfeileren Preise des auswärtigen Kaufmanns, meistens eingebildet.

Zeile

Teils sind solche auch von schlechterer Güte; teils kan der umhergehende fremde Kaufmann, da er, nächst dem häufig freien Unterhalt auf dem Lande in den Höfen, gleich bares Geld erhält, viel wolfeiler verkaufen, als der Krämer in den Städten, bei dem gewöhnlich das meiste auf Credit genommen, und dann häufig, nach vieljährigem Mahnen, also mit Einbüßung aller Vorteile, oder wol gar nicht, bezahlt wird.

Der immer zunehmende Verfall des Städtischen Kram-Handels dient hievon zum Beweise. Bisher ist der Kram-Handel jener Fremden, die keine nützliche Bürger des Stats sind, ganz außerordentlich begünstiget, und fast der größte Teil der Landes-Einwohner von selbigen mit Waren versehen worden: spottend gehen diese Fremde weg, und bereichern ihr Vaterland mit dem gewonnenen Gelde. Es gerne werden die Stadt-Krämer beobacht seyn, durch die mit Waren ausgeschickten Wagen, das Land mit den kleinern Bedürfnissen zu versehen, auch die erheblicheren Landes-Märkte besuchen. Wir erklären öffentlich, daß es uns angenehm seyn wird, wenn der Herzog die schon vor der Unterwerfung vorhanden gewesene Handel-Verke als Städte privilegiren, und dadurch dem Klagen über den Mangel an Städten abhelfen will: nur müssen zu deren Aufnemen, so wie zur Erhaltung der schon in Verfall geratenen Städte, immer zweckmäßigere Vorkehrungen getroffen werden, als bisher geschehen ist.

Der Kram-Handel fremder Kaufleute ist schon vor und bei der Unterwerfung an Polen, und auch nachher, als dem Lande und den Städten höchstschädlich, anerkannt und verboten worden. Im adlichen Privilegio von 1561, §. 22, hat der Adel selbst um die Abstellung dieses Unfugs gebeten, und auch bewilligt erhalten. In dem, zwischen dem litthischen Adel und den litthischen Städten den 15 Jan. 1598 errichteten Vergleich, hat jener Adel es selbst eingestanden, daß dieser Handel den

den alten Städtischen Berechtigten zuwider, welche auch den Livischen Städten im Inbegriff der alten Rechte, durch den Unterwerfungsvertrag gesichert worden sind. In den neueren Zeiten ist, sowohl durch einige LandTägl. Schlüsse, als durch die oben erwähnte Königl. Responce von 1649 und 1746, und durch die kaiserl. Patente, bei namhafter Strafe, der Kramhandel allen fremden Leuten, die nicht Bürger, oder sonst d. Bürgerl. HandelsRechte nicht fähig sind, verboten worden. Und durch die Handlungs- und GränzConventionen vom J. 1783, sind die, diesen verbotenen Handel betreffende Punkte, aus dem im J. 1615 mit d. Stadt Riga geschlossenen Vergleich, unverändert als rechtmässig beibehalten geblieben.

Dennoch hat die Schäumerei (der fremde Kramhandel) im Lande eben so seinen Fortgang, als die, in den eben angeführten Gesetzen und Verträgen verbotene Vor- und Aufkäuferei aller Arten von Lebensmitteln und LandesProducten, wodurch die ordentliche Zufuhr zu den Städten sehr behindert, und der Preis unbillig verteuert wird. Sogar in den Städten wagen es die Aufkäufer, unter dem Vorwande eigenen Bedürfnisses, allerlei Lebensmittel aufzukaufen; dies ist in Kurland eben so, wie in Riga, verboten, und jener Vorwand ist meist nur ein Deckmantel des Betrugs: sehr oft hat man Aufkäufer die z. B. in Mitau zum Bedürfnis LandesProducte zu kaufen vorgaben, solche gleich hernach in Riga zum Verkauf bringen gesehen. Unter dem Vorwande des eignen Bedürfnisses können solche Misbräuche auch nicht statt finden: denn außer dem, daß jeder GutsBesitzer seine Untertanen selbst, mit dem nöthigen Unterhalt zu versorgen verbunden ist, und die den Städten zustehende Rechte nicht verletzt werden müssen, so hat sich die Kaufmannschaft stets willig gezeigt, mit einem sehr mässigen Vortheile diejenigen, welche vom Lande in den Städten Lebens-

Be-

Bedürfnisse einkaufen wollen, damit zu versorgen. Nie würde die Stadt Riga, unerachtet ihrer zum ausgebreiteten Handel günstigen Lage, zu dem Grade des Wohlstandes gelangt seyn, wenn sie nicht bei dem privilegiirten Rechte des Verbots des Gasthandels geschützt worden wäre.

Die im Lande so sehr eingeübte Vor- und Aufkäufererei, gereicht selbst den Bauern, mithin auch den Gutsbesitzern, zum unmittelbaren Verderben. Viele Bauern werden durch die in den Gütern umherziehende Aufkäufer, durch Ueberredungen und Getränke, zum Verkauf eines zum eignen Bedürfnis oft sehr nötigen Vorraths, für geringere Preise, als in den Städten, wo mehrere Mitwerber solche steigern, verleitet, und fallen hernach ihrer Herrschaft, durch Nachsuchung der Beihilfe, zur Last. — Eben so wie der auf dem Lande umherziehende Schümer, seine Waren wolfeiler einzukaufen oder zu verkaufen im Stande ist, kan auch der auf dem Lande wohnende Pfuscher, weil Wohnung, Holz, und Stadtkosten, dem Stadteinwohner seine verfertigten Arbeiten theurer machen, seine Kunst- und Handwerksarbeiten wolfeiler liefern, die aber auch meist schlechter in der Güte befunden werden. Auch erhält er sein bares Geld gleich, wenn der Städter bei dem bisherigen Geldmangel, oft lange Credit geben muß. Selbst in den Städten erdreißet er sich, sein Gewerbe zu treiben.

Die notorische Größe des fortdauernden Unfugs der Schümererei, Auf- und Vorkäufererei, und Bönhasererei, bestätigt es auch, dieß die bisherigen Strafverbote in Handels- und Gewerksachen, ohne Ergreifung wirklicher Maßregeln, zur Herstellung der alten, und in deutschen Rechten wolgegründeten Gerechtsame derselben, nach dem Gebot der ReichsConstitution von 1774, zur Steinerung desselben unzulänglich sind, deren schließliche Festsetzung

setzung wir auch auf dem nächsten LandTage mit zu wirken wünschen.

**Dritter Antrag:** Bedenkliche Lage, in der sich der BürgerStand in Ansehung der Versorgung in öffentlichen Aemtern und Bedienungen befindet. Aus der Geschid Kurlands ist bekannt, daß die Herrmeister das uneingeschränkte Recht hatten, außer den OrdensWürden und Chargen, alle übrige StatsBedienungen mit tauglich und ihnen gefälligen Personen zu besetzen. So bekleidete z. B., kurz vor und sogar nach der Unterwerfung, der Herrmeister und nachheriger Herzog Gottbard, ein Bürgerlicher die RatsWürde. Nun ist in den obangeführten Artikeln der Unterwerfungsverträge, dem BürgerStand wie dem Adel, ja sogar jeder PrivatPerson, die Erhaltung aller bis dahin gehabten Gerechtsame, ohne die geringste Veränderung, und vielmehr mit versessener Verbesserung zugesagt worden. Also hat der BürgerStand durch diesen GrundGesetz wirklich sein altes Recht behalten, durch Erbschaft und Beifall zu den höchsten LandesWürden zu gelangen: und so blieb der Bürgerliche Rat Hennig auch nach der Unterwerfung in dieser Würde.

Zwar ist nachher, mit einer offenbaren Einschränkung dieses BürgerRechts, in der RegimentsFormel die Verfügung gemacht worden, daß viele LandesWürden allein mit Adlichen besetzt werden sollen: aber in Ansehung der übrigen ist doch das alte Recht uneingeschränkt geblieben; von diesen also wenigstens, die dort nicht ausdrücklich dem Adel zugestanden worden, ist der keine Ausschließung der Bürgerlichen, erst seitlich durch veranlaßte Versicherungen der Herzoge, auf einseitigen LandTagen, erfolgt.

Zur Entschädigung für die, durch die RegtsFormel dem Adel zugeeignete viele Aemter, könnte zwar der BürgerStand, nach dem Rechte der gleichmäßigen Billigkeit

an

auch manche LandesBedienungen sich allein zu eignen, und bei den übrigen die Willkür der Wahl aus den Ständen statt finden lassen. Allein zur Erleichterung der gütlichen Auskunft, ist es erbödig, alle Ansprüche auf StaatsWürden, die gegenwärtig vom Adel bekleidet werden, außer der Competenz auf die StaatsWürden, gänzlich aufzugeben, und solche demselben allein zugestehen: wenn ihnen das gegen vom Herzog und Adel, alle Aemter im Kirchlichen und CivilStande, welche jetzt mit Bürgerlichen besetzt sind, allein für die Zukunft überlassen werden. Auf die Weise kan das gerechte Misstrauen, welches bei im BürgerStande, durch das fortschreitende Streben des Adels sogar nach den niedern LandesBedienungen, veranlaßt worden, gänzlich gehoben werden. Je mer die Würden, welche der Adel jetzt bekleidet, an Vorzügen und Vorteilen die geringeren mit Bürgerlichen besetzten Bedienungen übertreffen; je mer wir freiwillig dem Adel ausgezeichnete Vorrechte dadurch zugestehen: desto sich zehoffen wir, unsern Antrag mit billiger Menschenliebe und Willfährigkeit angenommen zu sehen.

Vierter Antrag: die vom Adel in Streit gezogene Berechtigung des BürgerStandes, zum Ankauf und Erwerb Besiz solcher ErbGüter, die zuerst an Adliche veräußert worden. Bekannt ist aus der Livischen Geschichte, daß der BürgerStand als ein LandStand, der seit dem Anfang der Livischen StaatsVerfassung mit unter dem Orden selbst gegründet, und dafür gekritten, auch unter dem geringsten StandesUnterschied, des LebensBesizes fähig gewesen, und eine Menge von Gütern wirklich verlehnt erhalten, die in Kurland wol den 4ten Teil der LandGüter betragen haben. Diese Besitzlichkeiten wurden 1. durch die UnterwerfungsVerträge, an den geringsten StandesRechtsUnterschied, ihren Besitzern gelassen; 2. sie wurden auch, sowohl durch den 2ten Artikel des Adlichen Privilegii

Privilegii, als auch durch den 6ten Art. des Botehard'schen Privilegii, dergestalt allodificirt, daß ein jeder, ohne nachzusuchende Oberherrliche Erlaubnis, und ohne die geringste Einschränkung und Ausschließung des adelichen oder bürgerlichen Standes, das Recht erhielt, solche zu veräußern zu verschreiben, zu verkaufen, und darüber nach Gutbefinden zu disponiren. Adliche und Bürgerliche deutscher Herkunft, waren also durch diese GrundGesetze berechtigt ihre ErbGüter wechselseitig an einander zu verkaufen. Eben die Unterwerfungsverträge bestimmen, daß Keiner seine durch die Unterwerfung erlangte Berechtigung, oder seine Einwilligung eingeschränkt oder vermindert werden sollen. Folglich hat auch seit der Zeit keine zu Recht beständige LandTägl. Beschließung gemacht werden können, wodurch der BürgerStand, nachdem vom Adel ein Bedenken, jenen GrundGesetzen gemäß, die meisten bürgerlichen Personen verlehnt gewesene ErbGüter angekauft worden, vom erblichen Ankauf der, an den Adel zuerst verlehnten ErbGüter ausgeschlossen werden sollen.

Die Statuten sind kein GrundGesetz; und gleich bei deren Verfassung ist die Vermerkung, Veränderung, und Verbesserung derselben beschlossen worden. Hingegen die GrundGesetze, so wie die Regimentsformel laut dem 27sten Art. derselben, sollen von ewiger Autorität seyn. Folglich hat weder in den Statuten, noch auf den LandTägen, irgend etwas dawider beschlossen werden können. Der 105te § der Statuten, auf den man sich beziehen dürfte, gehöret so wie einige andre, zu den einseitigen, also unstatthaften Gggen, und ist gleich A. 1618 vom AppellationsGericht in der Gröningschen Sache verworfen, auch daher in der durch den LandTägl. Schluß vom J. 1636 beschlossenen, gedruckten, deutschen und lateinischen Ausgabe, ausgelassen worden.

Selbst wenn der Adel einseitig mit den Herzogen oder der LandesRegierung, solche dem BürgerStand vom An

Ankauf der an den Adel ursprünglich verlehnten Güter; ausschließende Verfügungen zu machen, befugt gewesen wäre: so würde eine solche Verabredung, nachdem der grössere Theil der Bürgerlichen GutsBesitzer schon vom Adel ausgekauft worden, doch dem RechtsGrundsatz, *summum jus summa injuria*, zuwider laufen, wenn der Adel sich nicht bequemen wollte, zur Schadloshaltung des BürgerStandes, entweder die angekauften Bürgerlichen Güter dem BürgerStande wieder zu überlassen, oder sie dafür mit adlichen Gütern anständig zu entschädigen. Die geringste Weigerung dagegen, bliebe also eine hohe Verletzung der Moralität und natürlichen Billigkeit.

In den, vor der A. 1717 im Lande gewesenen polnischen Commission, von dem Adel eingebrachten Beschwerden, erklärte derselbe, und zwar, wie wir gesehen, mit Recht, in der 27ten Beschwerde, das einseitig, ohne Vorwissen und Genemigung des Adels gemachte Verbot, daß kein bürgerlich-Städtisches Grundstück an den Adel verkauft oder verpfändet werden sollte, für eine unerlaubte Beeinträchtigung des freien Handels zwischen Adel und BürgerStand, und erhielt auch wirklich eine günstige Entscheidung. Nun so wenig der LandesHerr einseitig mit dem BürgerStand, den Adel, ohne dessen Einwilligung, vom Ankauf bürgerlicher Grundstücke, ohne ganz alte besondre Privilegien, sogar in den Städten nicht, ausschließen kan: eben so wenig kan der Adel, selbst mit Einwilligung des LandesHerrn, den BürgerStand vom Ankauf adlicher Grundstücke ausschließen.

Da der Adel wol überzeugt ist, daß der Verkauf anfänglich an Adliche verlehnter Güter in Kurland, keineswegs nur auf den Adel allein eingeschränkt werden könne: so hat derselbe immer Bedenken getragen, das Recht der Herzoge zum Ankauf materieller adlicher Güter zu bestreiten. Erst auf dem LandTage 1763 hat er die landesherrl. Verzicht darauf nachgesucht.



Erwiesen ist also aus den GrundGefetzen, daß der Adel wie dem BürgerStande, der wechselseitige Kauf und Verkauf ihrer ErbGüter zustehe; von keinem Theile kan kein Recht einseitig eingeschränkt oder aufgehoben werden.

Der freie HandelsVerkehr gewinnt offenbar da, wenn, besonders beim jetzigen GeldMangel und CreditMangel, beide Theile ihre Grundstücke wechselseitig zu guten Preisen verkaufen können.

Eine Verdrängung hat dabei der Adel von Seiten des BürgerStandes nicht zu besorgen. Es ist nicht sehr unwahrscheinlich, sondern auch wohl statistisch unmöglich, daß viele Güter von Bürgerlichen werden angekauft werden, und lange in deren Besitze bleiben. Wohl ist, nach den schon bekannten Beispielen, sehr zu befürchten, daß vermögende Bürgerliche, beim Mangel der Gelegenheiten zum ausgebreiteten guten HandelsVerkehr, wohl man sein Geld völlig und sicher nutzen kan, und wegen der schlechten Beschaffenheit des CreditSystems hierzulande, wodurch man sich gar nicht für den ZinsVerlust und oft nicht einmal für den Verlust der Capitalien, sich kan, sich mit ihrem Vermögen in andere Länder begeben, wo Wohlhabende wohl gar mit StandesErhebungen und andern Begünstigungen aufgenommen werden. Inzwischen wird der BürgerStand, zur Verhütung auch der entferntesten Besorgnisse wegen Verdrängung des Adels mit solchem gerne Bestimmungen machen, wie weit der Ankauf adellicher Güter durch Bürgerliche sich erstrecken könne; ohne daß es zum Nachtheil des freien HandelsVerkehrs nötig seyn wird, gewisse Güter auf immer dem Adel oder dem BürgerStande zuzueignen.

Die Abhelfung dieser Beschwerde, die auf die beiden BürgerStände, als gewissen adelichen Mißstände, statuten kommende GrundGefetze, und auf die natürliche Billigkeit, die sogar eine Entschädigung des BürgerStandes für die vielen vom Adel angekauften, ursprünglich bürgerlichen

gerliche ErbGüter ertheilt, gegründet ist, hoffen wir vom Herzog und dem Adel um so mer, nachdem die Oberherrschaft (Polen) schon mit einem Beispiel vorausgegangen, und auf dem Tage 1775, nach so Menschenfreundlichen als politischen Grundsätzen, so wol im Königreich Polen, vielen namentlich benannten Bürgerlichen den Ankauf adelicher Güter, als auch im Großherzogtum Litauen so gar ganz unbedingt, Bürgerlichen und Fremden zugestanden hat, LandGüter nicht blos Pfands- und Arrendweise, sondern auch erbelgentümlich, an sich zu bringen. Dies war Gnade: denn der BürgerStand in beiden Staten, hat nicht so wie der litische, als MittelStand den Stat und dessen Verfassung mitgegründet, hat sich also keine Constitutionsmäßige Rechte selbst erworben; sondern großmütige Könige, und ein edelgesinnter Adel, hat es, bei der von Zeit zu Zeit zugenommenen Cultur des Reichs, für nötig, Menschenfreundlich, und weise gehalten, diesen in jedem wolverfaßten Stat notwendigen MittelStand gleichsam zu erschaffen, und ihn nach und nach mit sehr bedeutenden Privilegien (worunter jedoch bis dahin das Recht zum Besiß der Lehen und ErbGüter nicht mitbegriffen gewesen) zu beglücken.

Also — der Grundsatz des natürlichen Rechts, *Aequitas suprema lex esto*, verbunden mit den GrundGesetzen und Oberherrschaftlichen Verfügungen, die der Herzog und der Adel auch für ihr eignes Palladium halten, läßt uns Gewährung hoffen.

Außer diesen rechtlichen Gründen, hat die jetzige unser Daseyn beglückende Epoche dieses philosophischen Jahrhunderts, so viel Aufklärung und Licht über Menschen-Recht, Menschenliebe, und natürliche Billigkeit, auch vorzüglich in Kurland verbreitet, daß wir die dem Herzog schuldige Ehrfurcht, und die dem Adel gewidmete besondere Verehrung, zu verletzen glauben, wenn wir noch einen Augenblick zweifeln wollten, daß der Herzog nicht

den höchsten Namen als eines gerechten und Hülbreichsten LandesVaters, mit gesegnetem Andenken verewigen, auch der Adel, nach der Würde seines Standes, nicht mit EdelMut und Gerechtigkeit, uns die erwünschte so billige Gerechtsame treuer StatsBürger zugestehen wollte, die ebenfalls von edlem Patriotism befehl, mit Herz Verstand und Vermögen, für die Aufrechthaltung der guten Constitution dieser Herzogtümer, mitzuwirken bestrebt sind und bleiben wollen.

## 10.

## Ueber deutsche Klöster.

Vielleicht verdient nach allem dem, was von dem ersten Aufsatze an, in den StatsAnz. Heft 51, S. 344, bis hieher, über deutsche Klöster neu gesagt und wiederholt worden ist, diese Nachlese, in Hinsicht der Wichtigkeit der Sache, einige Rücksicht?

Die KlosterVerteidiger scheinen freilich, und aus guten Gründen, sich nur ungern mit der Frage abzugeben, ob ihre Existenz dem State nützlich oder schädlich sei? und gründen deren Fortdauer vielmehr auf die Unverletzlichkeit des Eigentums. Allein es ist schon mehrmalen dargetan worden, welcher Art das KlosterEigentum sei. Auch steht denselben gewiß keine göttliche Verordnung zur Seite: denn außer der Israelitischen Theokratie, haben sich alle Staten selbst gemodelt; haben ihre Religion gewält; und deren Diener haben kein so unantastbares Recht auf die zu ihrer und der Kirchen Erhaltung angewiesene Güter, wie die Leviten; und KlosterGüter zum Besten des Stats und der Menschheit verwenden, ist gewiß Gottgefälliger, als ihre Gelübde.

Wä.

Wären nun gar Mönche, ihrer ersten Entstehung und Gelübden nach, eine unter gewissen Regeln zusammengetratene Gesellschaft, deren Zweck ist, abgesondert von der Welt Gotte zu dienen, und durch eignen Fleiß sich ihren Unterhalt zu schaffen: so sind sie nicht einmal Diener der Religion und der Kirche — diese können ganz sicher ohne sie bestehen —; und wenn man auch, wie man es seyn soll, überzeugt ist, daß sie lieber Mann für Mann dem *Abaelard* gleich seyn, als das Gelübde der Keuschheit brechen wollten, so wie sie das des Gehorsams gegen ihre Oberen im allerweitesten Umfange ausüben: so liegt es doch klar zu Tage, daß sie das Gelübde der Armut so ganz außer Augen gesetzt haben, daß man wol gar in die Versuchung geraten könnte, ihre Existenz in dieser Hinsicht für eine Blasphemie zu halten, und da sie wenigstens die wesentlichste Bedingung gebrochen haben, worunter der Stat sie dultete, auch schon daher die Klöster auf ihre Fortdauer keinen Anspruch machen könnten.

Der Verf. des Aufsatzes Num. 1 in Heft 56, S. 385, hat nicht unrecht, wenn er unübersehbare Schwierigkeiten bei Aufhebung oder Umschmelzung der Klöster findet. Das ist aber nicht Unmöglichkeit! selbst bei unmittelbaren nicht! Wenn man Recht, Billigkeit, und das allgemeine Interesse des Stats, nie außer Augen setzt: so werden selbst die in Brabant gebrauchte Waffen, die Stimme des Aufrurs, ohne Kraft seyn.

Sollen sie keine Capitalien ausleihen; so müßten die kräftigsten Mittel angewendet werden, daß es nicht unter verdeckten Namen geschehe. Öffentlich gemachte Inventarien und Rechnungsablage, wären vielleicht nützlich. Fänden sich unter den ersten die Mönche und deren Berufsarbeiten selbst: so sähe der Stat desto deutlicher; zu welchen Zwecken die Schätze des Landes verwendet werden.

### BürgerStand gegen Adel in Kurland.

Aus der "Sammlung aller bisherigen Schriften, welche durch die, auf den ordentlichen LandTag vom 30 Aug. 1790 gebrachte weitläufige Darstellung der bürgerlichen Gerechtsame veranlaßt worden: S. 5—21.

Ord. Mitau, in der HofBuchdruckerei, 4, 71 Seiten.

I. An den Herzog, 12 Jul. 1790.

**Durchlauchtigster Herzog, Gnädigster Fürst und Herr!** Deutsche Bürger waren die ersten, welche um die Mitte des 12ten Jahrhunderts, seit dem J. 1157, sich in Island ansässig machten, und in jenem so wie in den folgenden Jahrhunderten, durch fortdauernde Kreuzzüge vereint, mit dem zur Hilfe gekommenen Adel, eine solche StatsVerfassung, in dem bekanntlich die Herzogtümer mit in sich begreifenden Islande, zu Stande brachten, wodurch der BürgerStand nicht allein Theilnehmer an den öffentlichen StatsVerhandlungen wurde, sondern auch für sich in den gegründeten Städten besondere Privilegien bewirkte, und ein uneingeschränktes Recht auf LandesBesitzlichkeiten, gleich dem Adel, erwarb.

Zur Zeit der Unterwerfung an unsern gegenwärtigen Oberherrn, nam auch der BürgerStand durch seine Abgeordnete an dieser wichtigen StatsVerhandlung Theil; und erhielt, so wie die übrigen Mitstände, alle bis dahin gehabte Stats- und PrivatRechte ohne Einschränkung, und vielmehr mit der versicherten, zum Theil auch wirklich, z. B. durch die zur Erbeigentümlichen Disposition geschehene Veränderung der Lehen in ErbGüter, erfolgten Vermehrung und Verbesserung, freilich bestätigt; welche Wahrheit vorzüglich aus dem Unterwerfungsvertrage vom 28 Nov. 1561, besonders in den Artikeln, "sed quia praedicto principe &c. Ita tandem post varios &c. Cum au-

tem

tem in conditionibus &c. Dedimus præterea fidem &c. Omnia etiam eorum jura &c. Præterea recepimus &c. Et quicquid publice vel privatim universis & singulis &c." hinlänglich zu ersehen ist.

Alles, was seit der Zeit in Ansehung der Rechte des Bürgerstandes in Kurland vorgefallen ist, dient zum auffallenden Beispiel, wie ser Staten mit Staten, im gleichzeitigen Fortschritt in ihren StatsVeränderungen, contrastiren.

Nachdem durch auffallende Erfahrung die Warheit augensam bewährt worden, daß der BürgerStand, ohne tragend einige aus der Geburt herzuleitende Vorzüge und Vorrechte, einzig und allein durch Cultur der Wissenschaften, Künste, und anderer Gewerbe, sich um den Staat und seine Mitbürger verdient zu machen sucht; und eigentlich kein Reich, kein Staat, wo dieser aus den eben erwähnten Ursachen so schätzbare Stand, gering geschätzt, und dessen persönliche Achtung, so wie dessen Wohl und Recht, der Willkür anderer Stände untergeordnet wird (z. Ex. Polen, Ungern), im blühenden Wohlstande stehen, oder dazu gelangen könne: haben große Reiche, mit äußerster Sorgfalt, es sich angelegen sehn lassen, zur Verbesserung ihres vorigen unruhmreichen Zustandes, diesen MittelStand sogar neu zu schaffen und zu bilden, auch mit Constitutionsmäßigen, keiner Willkür anderer Stände untergeordneten Gerechtsamen, zu beglücken. — So haben England, Holland, und mehrere europäische Staten, ihren großen blühenden Wohlstand der frühern Einrichtung einer so weisen als Menschenfreundlichen StatsVerfassung zu danken. Selbst die erst neuerlich selbstständig gewordene Amerikanische Staten steigen, mit erstaunenswürdiger Schnelligkeit, zu einer colossischen Höhe der Glückseligkeit, durch die Anordnung der weisen StatsGefetze, "daß alle Ueber ihrem Ursprünge nach sich gleich gemacht sind, und bios erworbenene Verdienste den Werth und die Vorzüge eines

jeden StatsBürgers bestimmen". Ja das soust so civilisirte, jedoch durch seine in diesem Falle mangelhafte StatsVerfassung, bis zum Rande des Verderbens gediehene Frankreich, hat es endlich für nothwendig gefunden, den Grundsätzen der waren Aufklärung gemäß, mit gänzlicher Aufhebung des Statsverderblichen Systems, durch die, vorzüglich mit dem größten EdelMuth von Seiten des Adels geschehene Aufopferung unstrittig gehabter Vorrechte, den niedern Ständen geschehenen Mittheilung günstigerer StatsRechte, und die gehörige Ausgleichung der Vortheile und Lasten, eine glückseligere StatsVerfassung vorzubereiten.

Dagegen hat der Rurische BürgerStand, ungeachtet dessen, daß durch vielfältig vergossenes BürgerBlut, und aufgeopfertes Vermögen, schon seit der Gründung des Russischen Stats, demselben alle Constitutionsmäßige Gerechtsame, welche in andren Staten, aus weiser und menschenfreundlicher Politik, dem geschaffenen BürgerStande erst bezeugt worden, erworben und errungen gewesen, bis hieher mit innigstem Schmerz, anstatt der in den Unterwerfungsverträgen noch zugesicherten Vermerkung seiner Gerechtsame, vielmehr nach dem gewöhnlich den schwächeren Theil treffenden Schicksale, die größten Schmälerungen seiner, schon zur Zeit der Unterwerfung gehabten Rechte erlitten, auch aller wiederholten Versuche, und selbst der für diese Herzogtümer von der allerhöchsten Oberherrschaft im J. 1774, verfaßten Constitution ungeachtet, zur WiederEinführung in den vorigen Stand nicht gelangen können.

Je mer die Länge der Dauer die Größe des Leidens vermehrt; je mer zunehmende Aufklärung den waren Wert der Rechte der Menschen, und ihrer Verhältnisse gegen einander, kennen und bestimmen lehr: desto mer fült der Rurische BürgerStand den größten Nachtheil von den erlittenen Verletzungen, und desto mer sent er sich, die gewünschte Zeit bald eintreten zu sehen, da die Ursachen der ihn drückenden

drückenden Beschwerden völlig gehoben, auch die Rechte und Mittel hergestellt und gesichert werden sollen, wodurch er nicht allein den ruhigen Genuß seines gewissen bestimmten Antheils an der Glückseligkeit dieser Staaten erlangen, sondern auch seine Thätigkeit, für die Erhaltung und Beförderung des allgemeinen Wols mit besorgt zu seyn, wirksam zeigen kann.

So sey die Aufrechthaltung oder Herstellung der bestehenden oder verletzten Rechte der Menschheit, ein so würdiger als edler Gegenstand der Fürsorge gerechter Regenten und Väter ihres Volks sowol, als wolgesinnter Staatsbürger, ist: um so zuversichtlicher hoffen wir auch gegenwärtig, da die zum Glück der Menschheit sich wolthätig verbreitende Aufklärung, schon längst in diesen Herzogthümern eine so gerechte als Menschenfreundliche Denkungsart veranlaßt hat, durch Ew. LandesVäterliches Bestreben, und ein edelmüthiges Mitwirken einer Wolgebornen Ritter- und Landschaft, allen unsren Leiden und Beschwerden, zum Besten der gemeinsamen Wolfart, ein Ende gemacht zu sehen.

In Betracht mancher neuerlicher unglimpflichen Versuche und Declamationen wider unsre schon genugsam verletzte Gerechtsame, finden wir es für nötig, one Verzug jetzt zum Vortrag einiger HauptBeschwerden zu eilen, und solche Ewr. mit der flehentlichen Bitte zu unterlegen, HöchstDieselben wollen huldreichst geruhen, selbige auf die übliche Weise Einer Wolgebornen u. [dem Adel] gleichfalls zur Erwägung und Beratschlagung mitzutheilen, damit darüber, auf dem nächst einfallenden ordentlichen LandTage, mit derselben, und den dazu zu berufenden Bevollmächtigten der Städte, als Repräsentanten des BürgerStandes in diesen Herzogthümern, wo möglich, eine gewünschte Auskunft zur Zufriedenheit aller Theile, zu Stande gebracht werden könne.



Getroßt erwarten wir demnach von Ewr. die gerechsamste Erhörung der diesem untertänigsten Gesuch beigefügten Anträge, und ersterben in tiefster Ehrfurcht und Devotion

Ewr. Hochfürstl. Durchlaucht

Prod. in der Hochfürstl.  
Canzlei, 1790,  
12 Jul.

untertänigst: gehorsamste  
sämtliche Städte und  
vereinigte Glieder, des  
BürgerStandes der  
Herzogtümer Aurland  
und Sengallen.

II. Anträge (hier abgefaßt). S. 2—27.

Erster Antrag: Teilnehmung des BürgerStandes an den LandTäglichen Verhandlungen. Die Ansprüche auf dieses Teilnehmen haben keine stolze Absichten zum Grund; sondern einzig und allein gerechter Erieb zur eignen unmittelbaren Fürsorge und Mitwirkung in Angelegenheiten, die unser Leben, Ehre, und Vermögen betreffen, und zur Verhütung nachtheiliger fremder Dispositionen darüber, ist der untadelnswürdige BewegGrund zu diesem Gesuch. Und die endliche Berücksichtigung dieses Puncts wird für uns desto angelegentlicher und dringender, da der BürgerStand bisher mit Schmerz erfahren hat, wie sehr die Constitutionsmäßige Gerechtsame des BürgerStandes, durch die meistens ohne dessen Zuziehung vorgefallene LandTägliche Verhandlungen, und Nichtbefolgung der vorhandenen Verfügungen, verletzt worden sind.

Die an sich räumliche und große Sorgfalt, welche der Adel anwendet, selbst unmittelbar seine Angelegenheiten vorzunehmen, und solche keiner fremden Behandlung zu überlassen, bestärkt schon genugsam die Wahrheit unserer Behauptung.

Das

One dieses Recht zum Theilnehmen an den LandTägl. chen Verhandlungen, hören die Glieder des BürgerStandes auf, Bürger eines freien Stats zu seyn. Ihre Constitutionsmäßige Rechte werden fremdem Willkür untergeordnet, und sie bleiben in der That Untertanen einer unumschränkten aristokratischen Macht, wodurch aller Trieb zur Ansiedelung und Einföhrung nützlicher Gewerbe erstickt wird: wovon die geringe Zahl der Städte in diesen Herzogthümern, und der große Verfall der meisten von diesen wenigen Städten, zum traurigen Beispiel dient. Denn so lang der BürgerStand, zur Verhütung dieses Uebels, nicht durch unmittelbare Theilnahme für die Handhabung und Verbesserung der StatsGeseze mit besorgt seyn kan: ist der Flor der Städtischen Gewerbe, mithin auch die Anlegung nützlicher Manufacturen und Fabriken, nicht zu erwarten; und Kurland wird noch länger zu seinem größten Schaden, für alle Arten der daher kommenden Bedürfnisse, den Ausländern jnsbar bleiben.

Dieses Gesuch des BürgerStandes ist auch um so gerechter, da es auf keine Erwerbung eines neuen, sondern bloß auf die Herstellung eines alten Rechts, abzielt. Es ist eine in der litvischen StatsGeschichte ausgemachte Wahrheit, daß vor der Unterwerfung an Polen, die Städte auch zu den LandStänden gehört, und an den Landtägl. Verhandlungen Theil genommen haben. Nun sind, nach erstbemeidten Unterwerfungsverträgen, auch namentlich den Städten, one die geringste Einschränkung, vielmehr mit versicherter Vermerkung, alle ihre alte Gerechtsame bestätigt worden: folglich sind diese Städte, eben so wie der Adel, LandStände geblieben. Zwar sind die Städte verschiedentlich, sowol im J. 1570, als auch im vorigen und diesem Jahrhunderte noch in ganz neuern Zeiten, in Ansehung der LandTägl. Verhandlungen zusammen berufen worden; bei den meisten LandTägen aber ist ihre Berufung unterblieben: und auch dann, wenn sie solche Veranlassun-

gen erhalten haben, die LandTage abzuwarten, so sind sie doch nicht auf die Weise, wie es LandStänden zusteht, zu der zwischen Ständen üblichen Behandlung, Berathschlagung, und Beschließung über die Gegenstände der LandTägl. Verhandlung gelangt. Sie haben daher, zur Abstellung dieser Verletzung ihrer LandTägl. Gerechtsame, nicht allein schon im J. 1649 den 12 Febr., ein Respons von Polen auch unter demselben Datum ein polnisches Rescript an den Herzog Jacob, so wie auch an den Adel, veranlaßt, auch wegen deren NichtBefolgung A. 1684 die bekannte Protestation eingelegt; sondern auch, nächst her, ihre alte Gerechtsame schützenden ReichsConstitution vom 20 Dec. 1764, vorzüglich in der poln. RConstitution vom J. 1774, unter andern die Städtische Gerechtsame sichernden Erklärungen, noch besonders im 73<sup>ten</sup> Punct die Verfügung bewirkt, daß, „alles, was bis dahin zum Nachtheil der Städte geschehen, nichtig wäre, die Städte auch in die Ausübung der ihnen zuständigen Rechte eingesetzt würden, und künftig auf den LandTagen nichts, was sie beträfe, ohne ihr Wissen und Einwilligung beschloffen werden sollte. Rechtlich bleibt also unser Gesuch, um die Berufung der Städte, durch die übliche BerufungsSchreiben, mit Bellegung der zur LandTägl. Behandlung bestimmten Materien, wegen der Abfertigung ihrer Bevollmächtigten, zu allen LandTagen, auf denen für den BürgerStand mit verbindliche, oder dessen Gerechtsame betreffende Beschließungen gemacht werden sollen, zu deren Mitbehandlung und Mitbewilligung.

Ja wenn auch keine so wichtige StatsBefehle für dieses Recht des BürgerStandes sprächen: so würde schon Billigkeit es räthlich machen, einen Stand, der so viele Glieder enthält, die durch Wissenschaft, Künste, und Gewerbe zum Wohle des Stats arbeiten, und demselben nützlich werden, auch sogar einen beträchtlichen Theil der StatsEinkünfte bestragen, zur Verhandlung der öffentlichen Stats-

Angelegenheiten zuzulassen. Von einem Stande, der so brauchbare tüchtige Glieder enthält, kan man auch gewiß den Vortrag solcher heilsamen und guten Vorschläge erwarten, die künfftig der Kurlischen StatsVerfassung gewiß Ehre machen, und die Glückseligkeit des Landes befördern können.

Wir halten uns daher auch überzeugt, daß, nach einem anständigen Verhältnisse, den zum LandTage künfftig abzuordnenden Bevollmächtigten der Städte, nach den Deputirten des Adels, ein Ehrenvoller öffentlicher Zutritt und Empfang bei der LandesObrigkeit, sowol zu Anfang des LandTags, als auch beim Schlusse desselben, für die Zukunft bestimmt und versichert werden wird.

Zweiter Antrag: bisherige Verletzungen der Handels- und GewerksGerechtsame der Kurlischen Städte. Daß viele und volkreiche Städte, wortun Handel und Gewerbe blühen, starken Absatz und gute Preise der LandbesGefälle veranlassen, mithin den Wohlstand der GüterBesitzer und den Wert ihrer Güter vermehren, ist ausgemacht. So macht z. B. dasjenige, was allein in der Stadt Mitau von LandesProducten verzert und verbraucht wird, nach einem ser mäßigen Anschlage, im Wert wol 300000 R aus, welche größtentheils für solche Bedürfnisse aus dem Lande ausgegeben werden, welche der LandesEinsasse nicht füglich gleich weit versüßen, oder in andern Ländern veräußern kan oder darf. Diese so beträchtliche Summen, welche die Güter im Lande, theils von der Stadt Mitau, theils von den andern Kurlischen Städten gewinnen, würden aber theils ganz wegfallen, theils außerordentlich geschwächt, mithin die großen Einkünfte vom ViehBestand und vom BrannteweihsVerkauf, als HauptGegenstände des Ertrags der Güter, zur größten Verringerung des Werts der Güter, ser verändert werden, wenn die Stadt Mitau, sowie die andern Städte, durch die fernere Beeinträchtigung ih-

des Handels, und der sonstigen Städtischen Gewerbe, zum größeren oder völligen Verfall gebracht werden sollten.

Die an sich schon unpatriotische Einwendung, daß in jeder Stadt Riga Abnehmer zu finden wären, bleibt unstatthaft. Denn zu geschweigen, daß die BranntweinsEinfuhr dort verboten ist, und wegen der weiteren Entfernung, das Verschütten vieler Arten der LebensMittel dahin, zu kostbar werden möchte; so würde durch die vergrößerte Zufuhr der Wert dieser LebensMittel dort so fallen, daß auch selbst beim Absatz dennoch ein Abgang im Ertrag, und folglich auch im Wert der Güter, entstehen müßte. Daher sind jetzt schon sehr oft verschiedene LebensMittel in Mitau und andren Kurischen Städten teurer, als in Riga.

Bisher ist den Städtischen HandelsRechten und Gewerben, auf eine gemeinschädliche Weise, großer Abbruch geschehen. Viele haben zeitlier die Städte für unerschöpfliche, keines Zuflusses bedürfende GoldGruben gehalten, daraus man für alle LebensBedürfnisse, von der ersten bis zu den geringsten Arten, Geld herauszuholen bedacht seyn mußte: one dabei auch die billige patriotische Gesinnung und Statswirtschaftliche Kenntnis tätig zu bezeigen, daß Städte blos Niederlagen des Verkehrs und GeldUmlaufs sind, welche one Zufluß bald erschöpft werden; und man also dem Städtischen Einwohner, der wieder so viele Tausende für die nöthigen LebensMittel dem LandManne zurückgibt, auch vor fremden umherschweifenden Handels- und GewerkeLeuten, die one wechselseitigen Vortheil für den LandesEinwohner, mit dem gelösten baren Gelde aus dem Lande ziehen, Schutz zu schaffen, einen billigen Verdienst zu gönnen, verpflichtet ist: wenn gleich beim umherziehenden fremden Handelsmann etwas wolfeiler zu haben seyn sollte, weil diese etwaige Uebersetzung, durch den vorteilhaften Absatz der LandesProducte in den Städten, wiederum überflüssig ersetzt wird. Doch sind selbst diese wolfeileren Preise des auswärtigen Kaufmanns, meistens eingebildete

Zelle

Teils sind solche auch von schlechterer Güte; teils kan der umhergehende fremde Kaufmann, da er, nächst dem häufig freien Unterhalt auf dem Lande in den Häfen, gleich bares Geld erhält, viel wolfeiler verkaufen, als der Krämer in den Städten, bei dem gewöhnlich das meiste auf Credit genommen, und dann häufig, nach vieljährigem Mahnen, also mit Einbüßung aller Vorteile, oder wol gar nicht, bezahlt wird.

Der immer zunehmende Verfall des Städtischen Kram-Handels dient hievon zum Beweise. Bisher ist der Kram-Handel jener Fremden, die keine nützliche Bürger des Stats sind, ganz außerordentlich begünstigt, und fast der größte Teil der Landes-Einwohner von selbigen mit Waren versehen worden; spottend gehen diese Fremde weg, und bereichern ihr Vaterland mit dem gewonnenen Gelde. Sehr gerne werden die Stadt-Krämer bedacht seyn, durch die mit Waren ausgeschickten Wagen, das Land mit den kleinern Bedürfnissen zu versehen, auch die erheblicheren Landes-Märkte besuchen. Wir erklären öffentlich, daß es uns angenehm seyn wird, wenn der Herzog die schon vor der Unterwerfung vorhanden gewesene Sakel-Verke als Städte privilegiren, und dadurch dem Klagen über den Mangel an Städten abhelfen will; nur müssen zu deren Aufnehmen, so wie zur Erhaltung der schon in Verfall geratenen Städte, immer zweckmäßigere Vorkehrungen getroffen werden, als bisher geschehen ist.

Der Kram-Handel fremder Kaufleute ist schon vor und bei der Unterwerfung an Polen, und auch nachher, als dem Lande und den Städten höchstschädlich, anerkannt und verboten worden. Im adlichen Privilegio von 1561, §. 22, hat der Adel selbst um die Abstellung dieses Unfugs gebeten, und auch bewilligt erhalten. In dem, zwischen dem litthischen Adel und den litthischen Städten den 15 Jan. 1598 errichteten Vergleich, hat jener Adel es selbst eingestanden, daß dieser Handel den

den alten Städtischen Berechtigungen zuwider wäre, welche auch den livilchen Städten im Inbegriff der alten Rechte, durch den Unterwerfungsvertrag gesichert worden sind. In den neueren Zeiten ist, sowol durch einige LandTägl. Schlüsse, als durch die oben erwähnten Königl. Responce von 1649 und 1746, und durch landesherrl. Patente, bei namhafter Strafe, der Kramhandel allen fremden Leuten, die nicht Bürger, oder sonst der Bürgerl. HandelsRechte nicht fähig sind, verboten worden. Und durch die Handlungs- und GränzConventionen vom J. 1783, sind die, diesen verbotenen Handel betreffende Punkte, aus dem im J. 1615 mit der Stadt Riga geschlossenen Vergleich, unverändert als rechtmässig beibehalten geblieben.

Dennoch hat die Schäumerei (der fremde Kramhandel) im Lande eben so seinen Fortgang, als die, in den eben angeführten Gesetzen und Verträgen verbotene Vor- und Aufkäuferi aller Arten von Lebensmitteln und LandesProducten, wodurch die ordentliche Zufuhr zu den Städten sehr behindert, und der Preis unbillig verteuert wird. Sogar in den Städten wagen es die Aufkäufer, unter dem Vorwande eigenen Bedürfnisses, allerlei Lebensmittel aufzukaufen; dies ist in Kurland eben so, wie in Riga, verboten, und jener Vorwand ist meist nur ein Deckmantel des Betrugs: sehr oft hat man Aufkäufer, die z. B. in Mitau zum Bedürfnis LandesProducte zu kaufen vorgaben, solche gleich hernach in Riga zum Verkauf bringen gesehen. Unter dem Vorwande des eignen Bedürfnisses können solche Misbräuche auch nicht statt finden: denn außer dem, daß jeder GutsBesitzer seine Untertanen selbst, mit dem nötigen Unterhalt zu versorgen verbunden ist, und die den Städten zustehende Rechte nicht verletzt werden müssen, so hat sich die Kaufmannschaft stets willig gezeigt, mit einem sehr mässigen Vortheil diejenigen, welche vom Lande in den Städten Lebens-

Der

Bedürfnisse einkaufen wollen, damit zu versorgen. Nie würde die Stadt Riga, unerachtet ihrer zum ausgebreiteten Handel günstigen Lage, zu dem Grade des Wohlstandes gelangt seyn, wenn sie nicht bei dem privilegierten Rechte des Verbots des Gast-Handels geschützt worden wäre.

Die im Lande so sehr eingerissene Vor- und Aufkäuferet, gereicht selbst den Bauern, mithin auch den GutsBesitzern, zum unmittelbaren Verderben. Viele Bauern werden durch die in den Gütern umherziehende Aufkäufer, durch Ueberredungen und Getränke, zum Verkauf eines zum eignen Bedürfnis oft sehr nötigen Vorrats, für geringere Preise, als in den Städten, wo mehrere Mitwerber solche steigern, verleitet, und fallen hernach ihrer Herrschaft, durch Nachsuchung der Beihilfe, zur Last. — Eben so wie der auf dem Lande umherziehende Schäumer, seine Waren wolfeiler einzukaufen oder zu verkaufen im Stande ist, kan auch der auf dem Lande wohnende Pfuscher, weil Wohnung, Holz, und Stadtkosten, dem Stadtbewohner seine gefertigten Arbeiten theurer machen, seine Kunst- und Handwerksarbeiten wolfeiler liefern, die aber auch meist schlechter in der Güte befunden werden. Auch erhält er sein bares Geld gleich, wenn der Städter bei dem bisherigen GeldMangel, oft lange Credit geben muß. Selbst in den Städten erdreistet er sich, sein Gewerbe zu treiben.

Die notorische Größe des fortdauernden Unfugs der Schäumerelen, Auf- und Vorkäuferelen, und Bönhäserelen, bestätigt es auch, dieß die bisherigen StrafVerbote im Handels- und Gewerksachen, ohne Ergreifung wirksamer Maaßregeln, zur Herstellung der alten, und in deutschen Rechten wolgegründeten Gerechtsame derselben, nach dem Gebot der ReichsConstitution von 1774, zur Steuung desselben unzulänglich sind, deren schließliche Festsetzung



setzung wie auch auf dem nächsten LandTage mit zu bewirken wünschen.

**Dritter Antrag:** Bedenkliche Lage, in der sich der BürgerStand in Ansehung der Versorgung in öffentlichen Aemtern und Bedienungen befindet. Aus der Geschichte Kurlands ist bekannt, daß die Herrmeister das uneingeschränkte Recht hatten, außer den OrdensWürden und Chargen, alle übrige StatsBedienungen mit tauglichen und ihnen gefälligen Personen zu besetzen. So bekleidete z. B., kurz vor und sogar nach der Unterwerfung, beim Herrmeister und nachherigen Herzog Gottbard, ein Bürgerlicher die RatsWürde. Nun ist in den obangeführten Artikeln der UnterwerfungsVerträge, dem BürgerStande, wie dem Adel, ja sogar jeder PrivatPerson, die Erhaltung aller bis dahin geübten Gerechtsame, ohne die geringste Veränderung, und vielmehr mit versessener Verbesserung, zugesagt worden. Also hat der BürgerStand durch dieses GrundGesetz wirklich sein altes Recht behalten, durch Geschick und Beifall zu den höchsten LandesWürden zu gelangen; und so blieb der Bürgerliche Rat Hennig auch nach der Unterwerfung in dieser Würde.

Zwar ist nachher, mit einer offenbaren Einschränkung dieses BürgerRechts, in der RegimentsFormel die Verfügung gemacht worden, daß viele LandesWürden allein mit Adlichen besetzt werden sollen: aber in Ansehung der übrigen ist doch das alte Recht uneingeschränkt geblieben; von diesen also wenigstens, die dort nicht ausdrücklich dem Adel zugestanden worden, ist keine Ausschließung der Bürgerlichen, einseitig durch veranlaßte Versicherungeu der Herzoge, auf einseitigen LandTagen, oder sonst Statt.

Zur Entschädigung für die, durch die RgtsFormel dem Adel zugeeignete viele Aemter, könnte zwar der BürgerStand, nach dem Rechte der gleichmässigen Billigkeit, auch

auch manche LandesBedienungen sich allein zueignen, und bei den übrigen die Willkür der Wahl aus den Ständen statt finden lassen. Allein zur Erleichterung der gütlichen Auskunft, ist es erbödig, alle Ansprüche auf StaatsWürden, die gegenwärtig vom Adel bekleidet werden, außer der Competenz auf die StaatsWürden, gänzlich aufzugeben, und solche demselben allein zuzugestehen: wenn ihnen das gegen vom Herzog und Adel, alle Ämter im Kirchen- und CivilStande, welche jetzt mit Bürgerlichen besetzt sind, allein für die Zukunft überlassen werden. Auf die Weise kan das gerechte Misstrauen, welches bei im BürgerStande, durch das fortschreitende Streben des Adels sogar nach den niedern LandesBedienungen, veranlaßt worden, gänzlich gehoben werden. Je mer die Würden, welche der Adel jetzt bekleidet, an Vorzügen und Vorteilen die geringeren mit Bürgerlichen besetzten Bedienstungen übertreffen; je mer wir freiwillig dem Adel ausgezeichnete Vorrechte dadurch zugestehen: desto sich zutrauen wir, unsern Antrag mit billiger Menschenliebe und Willfährigkeit angenommen zu sehen.

Vierter Antrag: die vom Adel in Streit gezogene Berechtigung des BürgerStandes, zum Ankauf und Erwerb Besiz solcher ErbGüter, die zuerst an Adliche veräußert worden. Bekannt ist aus der litvischen Geschichte, daß der BürgerStand als ein LandStand, der seit dem Anfang der litvischen StaatsVerfassung mit unter dem Orden selbige gegründet, und dafür gestritten, auch ohne den geringsten StandesUnterschied, des LebensBesizes fähig gewesen, und eine Menge von Gütern wirklich verlehnt erhalten, die in Kurland wol den 4ten Teil der LandGüter betragen haben. Diese Besizthaltungen wurden 1. durch die Unterwerfungsverträge, ohne den geringsten StandesRechtsUnterschied, ihren Besizern gelassen; 2. sie wurden auch, sowohl durch den 4ten Artikel des Adlichen Privileg

Privilegii, als auch durch den 6ten Art. des Borchard'schen Privilegii, dergestalt allodificirt, daß ein jeder, one nachsuchende Oberherrlich: Erlaubnis, und one die geringste Einschränkung und Ausschließung des adlichen oder bürgerlichen Standes, das Recht erhielt, solche zu vergeben, zu verschreiben, zu verkaufen, und darüber nach Gutbefinden zu disponiren. Adliche und Bürgerliche deutscher Herkunft, waren also durch diese GrundGesetze berechtigt, ihre ErbGüter wechselseitig an einander zu verkaufen. Eben die Unterwerfungsverträge bestimmen, daß Keines seine durch die Unterwerfung erlangte Gerechtsame, one seine Einwilligung eingeschränkt oder vermindert werden sollen. Folglich hat auch seit der Zeit keine zu Recht beständige LandTägl. Beschließung gemacht werden können, wodurch der BürgerStand, nachdem vom Adel one Bedenken, jenen GrundGesetzen gemäß, die meisten, bürgerlichen Personen verlehnt gewesene ErbGüter angekauft worden, vom erblichen Ankauf der, an den Adel zuerst verlehnten ErbGüter ausgeschlossen werden sollen.

Die Statuten sind kein GrundGesetz; und gleich bei deren Verfassung ist die Vermerkung, Veränderung, und Verbesserung derselben beschloffen worden. Hingegen die GrundGesetze, so wie die RegimentsFormel, laut dem 27sten Art. derselben, sollen von ewiger Auctorität seyn. Folglich hat weder in den Statuten, noch auf den LandTägen, irgend etwas dawider beschloffen werden können. Der 10te § der Statuten, auf den man sich beziehen dürfte, gehöret so wie einige andre, zu den einseitigen, also unstatthaften Sphen, und ist gleich A. 1618 vom AppellationsGericht in der Gröningschen Sache verworfen, auch daher in der durch den LandTägl. Schluß vom J. 1636 beschloffenen, gedruckten, deutschen und lateinischen Ausgabe, ausgelassen worden.

Selbst wenn der Adel einseitig mit den Herzogen oder der LandesRegierung, solche dem BürgerStand vom

Ankauf der an den Adel ursprünglich verlehnten Güter, ausschließende Verfügungen zu machen, befugt gewesen wäre: so würde eine solche Verabredung, nachdem der grössere Theil der Bürgerlichen GutsBesitzer schon vom Adel ausgekauft worden, doch dem RechtsGrundsatz, *summum jus summa injuria*, zuwider laufen, wenn der Adel sich nicht bequemen wollte, zur Schadloshaltung des BürgerStandes, entweder die angekauften Bürgerlichen Güter dem BürgerStande wieder zu überlassen, oder sie dafür mit adlichen Gütern anständig zu entschädigen. Die geringste Weigerung dagegen, bliebe also eine hohe Verletzung der Moralität und natürlichen Billigkeit.

In den, vor der A. 1717 im Lande gewesenen polnischen Commission, von dem Adel eingebrachten Beschwerden, erklärte derselbe, und zwar, wie wir gesehen, mit Recht, in der 27ten Beschwerde, das einseitig, one Vorwissen und Genemigung des Adels gemachte Verbot, daß kein bürgerlich-städtisches Grundstück an den Adel verkauft oder verpfändet werden sollte, für eine unerlaubte Beeinträchtigung des freien Handels zwischen Adel und BürgerStand, und erhielt auch wirklich eine günstige Entscheidung. Nun so wenig der LandesHerr einseitig mit dem BürgerStand, den Adel, one dessen Einwilligung, vom Ankauf bürgerlicher Grundstücke, one ganz alte besondere Privilegien, sogar in den Städten nicht, ausschließen kan: eben so wenig kan der Adel, selbst mit Einwilligung des LandesHerrn, den BürgerStand vom Ankauf adlicher Grundstücke ausschließen.

Da der Adel wol überzeugt ist, daß der Verkauf anfänglich an Adliche verlehnter Güter in Kurland, keineswegs nur auf den Adel allein eingeschränkt werden könne: so hat derselbe immer Bedenken getragen, das Recht der Herzoge zum Ankauf mehrerer adlicher Güter zu bestreiten. Erst auf dem LandTage 1763 hat er die landesherrl. Verzicht darauf nachgesucht.

Erwiesen ist also aus den GrundGesezen, daß dem Adel wie dem BürgerStande, der wechselseitige Kauf und Verkauf ihrer ErbGüter zustehe; von keinem Theil kan dieses Recht einseitig eingeschränkt oder aufgehoben werden.

Der freie HandelsVerkehr gewinnt offenbar dabel, wenn, besonders beim jetzigen GeldMangel und CreditVerfall, beide Theile ihre Grundstücke wechselseitig zu guten Preisen verkaufen können.

Eine Verdrängung hat dabel der Adel von Seiten des BürgerStandes nicht zu besorgen. Es ist nicht nur sehr unwahrscheinlich, sondern auch wol statistisch unmöglich, daß viele Güter von Bürgerlichen werden angekauft werden, und lange in deren Besitze bleiben. Wol aber ist, nach den schon bekannten Beispielen, sehr zu besorgen, daß vermögende Bürgerliche, beim Mangel der Gelegenheiten zum ausgebreiteten guten HandelsVerkehr, worinn man sein Geld völlig und sicher nutzen kan, und wegen der schlechten Beschaffenheit des CreditSystems hier im Lande, wodurch man sich gar nicht für den ZinsenVerlust, und oft nicht einmal für den Verlust der Capitalien, sichern kan, sich mit ihrem Vermögen in andere Länder begeben, wo Wohlhabende wol gar mit StandesErhebungen und andern Begünstigungen aufgenommen werden. Indessen wird der BürgerStand, zur Verhütung auch der entferntesten Besorgnisse wegen Verdrängung des Adels, mit solchem gerne Bestimmungen machen, wie weit der Ankauf oblicher Güter durch Bürgerliche sich erstrecken könne; ohne daß es zum Nachtheil des freien HandelsVerkehrs nötig seyn wird, gewisse Güter auf immer dem Adel oder dem BürgerStande zuzueignen.

Die Abhelfung dieser Beschwerde, die auf die dem BürgerStande, als gewesenen höchsten MiStande, zu flatten kommende GrundGeseze, und auf die natürliche Billigkeit, die sogar eine Entschädigung des BürgerStandes für die viele vom Adel angekauften, ursprünglich bürgerliche

gerliche ErbGüter erbeischt, gegründet ist, hoffen wir vom Herzog und dem Adel um so mer, nachdem die Oberherrschaft (Polen) schon mit einem Beispiel vorausgegangen, und auf dem Tage 1775, nach so Menschenfreundlichen als politischen Grundsätzen, so wol im Königreich Polen, vielen namentlich benannten Bürgerlichen den Ankauf adelicher Güter, als auch im Großherzogtum Littauen so gar ganz unbedingt, Bürgerlichen und Fremden zugestanden hat, LandGüter nicht blos Pfands- und Arrendweise, sondern auch erbeigentümlich, an sich zu bringen. Dies war Gnade: denn der BürgerStand in beiden Staaten, hat nicht so wie der Adliche, als MitStand den Stat und dessen Verfassung mitgegründet, hat sich also keine Constitutionsmäßige Rechte selbst erworben; sondern großmüthige Könige, und ein edelaffinirter Adel, hat es, bei der von Zeit zu Zeit zugenommenen Cultur des Reichs, für nöthig, Menschenfreundlich, und weise gehalten, diesen in jedem wolverfaßten Stat notwendigen MittelStand gleichsam zu erschaffen, und ihn nach und nach mit sehr bedeutenden Privilegien (worunter jedoch bis dahin das Recht zum Besiß der Lehen und ErbGüter nicht mitbegriffen gewesen) zu beglücken.

Also — der Grundsatz des natürlichen Rechts, *Aequitas suprema lex esto*, verbunden mit den GrundGesetzen und Oberherrschaftlichen Verfügungen, die der Herzog und der Adel auch für ihr eignes Palladium halten, läßt uns Gewährung hoffen.

Außer diesen rechtlichen Gründen, hat die jetzige unser Daseyn beglückende Epoche dieses philosophischen Jahrhunderts, so viel Aufklärung und Licht über Menschen-Recht, Menschenliebe, und natürliche Billigkeit, auch vorzüglich in Kurland verbreitet, daß wir die dem Herzog schuldige Ehrfurcht, und die dem Adel gewidmete besondere Verehrung, zu verletzen glauben, wenn wir noch einen Augenblick zweifeln wollten, daß der Herzog nicht

den höchsten Namen als eines gerechten und Hülbreichsten LandesVaters, mit gesegnetem Andenken verewigen, auch der Adel, nach der Würde seines Standes, nicht mit EdelMut und Gerechtigkeit, uns die erwünschte so billige Gerechtsame treuer StatsBürger zugestehen wollte, die ebenfalls von edlem Patriotism befelet, mit Herz Verstand und Vermögen, für die Aufrechthaltung der guten Constitution dieser Herzogtümer, mitzuwirken bestrebt sind und bleiben wollen.

---

## 10.

## Ueber deutsche Klöster.

Vielleicht verdient nach allem dem, was von dem ersten Aufsatze an, in den StatsAnz. Heft 51, S. 344, bis hieher, über deutsche Klöster neu gesagt und wiederholt worden ist, diese Nachlese, in Hinsicht der Wichtigkeit der Sache, einige Rücksicht?

Die KlosterVerteidiger scheinen freilich, und aus guten Gründen, sich nur ungern mit der Frage abzugeben, ob ihre Existenz dem State nützlich oder schädlich sei? und gründen deren Fortdauer vielmehr auf die Unverletzlichkeit des Eigenthums. Allein es ist schon mermalen dargetan worden, welcher Art das KlosterEigenthum sei. Auch steht denselben gewiß keine göttliche Verordnung zur Seite: denn außer der Israelitischen Theokratie, haben sich alle Staten selbst gemodelt; haben ihre Religion gewälzt; und deren Diener haben kein so unantastbares Recht auf die zu ihrer und der Kirchen Erhaltung angewiesene Güter, wie die Leviten; und KlosterGüter zum Besten des Stats und der Menschheit verwenden, ist gewiß Gottgefälliger, als ihre Gelübde.

Wä.

Wären nun gar Mönche, ihrer ersten Entstehung und Gelübden nach, eine unter gewissen Regeln zusammengetretene Gesellschaft, deren Zweck ist, abgesondert von der Welt Gotte zu dienen, und durch eignen Fleiß sich ihren Unterhalt zu schaffen: so sind sie nicht einmal Diener der Religion und der Kirche — diese können ganz sicher ohne sie bestehen —; und wenn man auch, wie man es seyn soll, überzeugt ist, daß sie lieber Mann für Mann dem Abaelard gleich seyn, als das Gelübde der Keuschheit brechen wollten, so wie sie das des Gehorsams gegen ihre Oberen im allerweitesten Umfange ausüben: so liegt es doch klar zu Tage, daß sie das Gelübde der Armut so ganz außer Augen gesetzt haben, daß man wol gar in die Versuchung geraten könnte, ihre Existenz in dieser Hinsicht für eine Blasphemie zu halten, und da sie wenigstens die wesentlichste Bedingung gebrochen haben, worunter der Stat sie dultete, auch schon daher die Klöster auf ihre Fortdauer keinen Anspruch machen könnten.

Der Verf. des Aufsazes Num. 1 in Heft 56, S. 385, hat nicht unrecht, wenn er unübersehbare Schwierigkeiten bei Aufhebung oder Umschmelzung der Klöster findet. Das ist aber nicht Unmöglichkeit! selbst bei unmittelbaren nicht! Wenn man Recht, Billigkeit, und das allgemeine Interesse des Stats, nie außer Augen setzt: so werden selbst die in Brabant gebrauchte Waffen, die Stimme des Aufrurs, ohne Kraft seyn.

Sollen sie keine Capitalien ausleihen; so müßten die kräftigsten Mittel angewendet werden, daß es nicht unter verdeckten Namen geschehe. Öffentlich gemachte Inventarien und Rechnungsablage, wären vielleicht sehr nützlich. Fänden sich unter den ersten die Mönche und deren Berufsarbeiten selbst: so sähe der Stat desto deutlicher; zu welchen Zwecken die Schätze des Landes verwendet werden.



Die Hospitalität sollte wol unter die verbotenen Ausgaben gesetzt werden, weil jedes Mittel, günstige Vorurtheile zu gründen, ihre Dauer stützt.

Wäre es auch ungerecht, wenn bei SchiedsRichterlichen Entscheidungen, die so wol eine Berufung bestimmt werden könnten, die rechtliche Vermutung gegen die Klöster angenommen würde? Da der nützliche Bürger den Schutz der Gesetze vorzüglich verdient, sein Eigentum besser erworben ist, und frommer Zweck so leicht die Ehre bemäntelt, und Leidenschaften in Schutz nimmt.

Den Aufsatz Num. 4 (S. 403) dürften wol der "veremigte Seip und unübereressbare Same" so wenig unterstützen, als der untergehaltete Name. Die Schädlichkeit unbedingter Almosen, des *juris asyli*, sind längst entschieden. Da aber Klöster einmal erstere geben müssen: so siehet deren Minderung um so eher einer Habucht gleich, als sie sich um die über diese Spenden geführten Klagen so wenig kümmern, als um die Wolfart des Staats. Warum sollte nun dieser sie nicht bestimmen, ihnen nicht Richtung geben? Das Klösterliche Verdienst wird dadurch nicht gemindert: denn wo Pflicht ist, ist kein Verdienst.

Es hat wol niemand gesagt, daß Klöster in einzelnen Fällen nicht auch Gutes tun. Allein wenn sie auch, besonders die Wetterauer, auf Fürbitte einiges Getreide um billigere Preise verkauften: so wollen dagegen dasige zum Einkauf dahin abgeformte Landleute bemerkt haben, daß nach verschiedenen Communicationen, während deren man sie aufhielt, die Preise allenthalben gestiegen sind. Sei es, oder nicht! Indes bleibt es doch ein größeres Uebel, daß so viele NahrungsProducte in die Hände und Willkür solcher Gemeinshaiten kommen, die an dem State keinen weitem Anteil nemen, als daß sie auf dessen Unkosten nicht nur zeron, one zu arbeiten, sondern sich auch bereichern. Würden diese Früchte nicht auch gewonnen,  
wenn

wenn sie nicht mer wären? und würde nicht seltner eine Teuerung entstehen, wenn sie unter mehreren Erzeugern vertheilt blieben?

Daß Klöster die Pächterungen nicht immer erhöhen, liegt öfters an der Veranstaltung der Obrigkeiten, seltener an ihnen, oft an politischen Rücksichten. Würde aber der Stat nicht auch alsdenn gewinnen, wenn wirklich bei Aufhebung derselben die Pächte erhöhtet, die Güter dagegen ganz zur Steuer gezogen, und die einzelnen Beiträge dadurch gemindert werden? Der Pächter selbst dürfte wol weniger dadurch belastet werden, als es im ersten Ueberblick scheinen möchte.

Einkaufung der Novizen — denen die Verwandten doch wol mit unter auch in den Klöstern noch beisteuern müssen — mit Diebst Verkaufungen rechtfertigen, möchte wol weniger Beifall finden. Und Klöster mit Zünftern vergleichen, dürfte, je nachdem man die Sache aus einem Gesichtspuncte betrachtete, sie zu hoch oder zu tief gewürdiget heißen. Müßiggang und Fleiß! Erde und Himmel!

v. G.

II.

St. Petersburg,  $\frac{11}{24}$  März 1792.

Hr. Hofrat und Ritter von Stritter hat seine russische Geschichte, an der er seit dem J. 1783 arbeitet, bis zum J. 1564 in der Handschrift fertig, die gedruckt wol 6 starke OctavBände ausmachen möchte. So lange blos Handschriftliche Chroniken und gedruckte Bücher die Quellen waren, ging seine Arbeit ziemlich schnell. Da aber, wo die ArchivNachrichten von den Verhandlungen mit auswärtigen Mächten anfangen (d. i. in der letzten Hälfte des 15ten Jahrhunderts), ward die Arbeit unendlich schwerer.

Das russisch-kaiserl. Archiv in Moskau, in welchem Hr. v. *Sritzer* täglich 4 Stunden arbeitet, war bisher den Ausländern unbekannt; ich will Ihnen einiges davon erzählen, was jeden europäischen Geschichtsforscher interessiren muß. Es ist unglaublich reich. Die Schrift der Urkunden ist oft sehr unleserlich, oder vielmehr verblichen; denn an sich ist sie, wenn man einmal daran gewöhnt ist, sehr deutlich, und geübtere Schreiber, als die damalige *Posolskoj Prikas* (Gesandtenkanzlei) hatte, wird man nicht leicht finden: sie waren in ihrem Schreiben so fest, daß man nur selten *Correcturen* antrifft. Die Acten selbst sind außerordentlich weisläufig und pünktlich in Erzählung einer ganzen Verhandlung: daher muß man oft bei einem einzigen Jare, ganze Bücher durchlesen und excerpiren, ehe man die Nachrichten in die Geschichte eintragen kan. Und dieses war vermutlich die Ursache, daß der im vorigen Jar verstorbene *Rnäs Sczerbatov*, zumal da er zu Ende eilte, die reichsten Quellen russischer ArchivNachrichten, zuletzt beinahe gar nicht nutzte, und lieber, welches gewiß nicht zu verzeihen ist, aus einem *Levesque* und andern schöpfte, als aus den reineren inländischen Quellen. Daher wird in der *Sritterschen* Geschichte ein Jar oft so viele Bogen einnehmen, als der *Rnäs* QuartBlätter damit angefüllt hat. Aber bei der außerordentlichen Menge und Weisläufigkeit der vorhandenen, noch gar nicht verarbeiteten Materialien, hätte auch der fleißigste Mann noch volle 20 Jare zu arbeiten, ehe er nur bis zu den neuesten Zeiten käme.

Vom J. 1560 ongefär, bis zu Ende der Regierung des Zaren *Iwan* Wasiljewitsch, schweigen die Chroniken: daher von den inneren Begebenheiten in diesem Zeiträume wenig zu sagen ist. Vermuthlich wagte es, bei der mit den Zaren zunehmenden Strenge jenes Zaren, niemand, zu schreiben. Der *Rn. Kurbskij* hat in seinem seltenen Jar-Buche, vieles von den Grausamkeiten des Zaren aufgezeichnet.

zeichnet, welches aber zum Telt überleben seyn mag; so wie manches von dem, was *Oderborn* und andre Ausländer von ihm erzählen. Die Verhandlungen mit auswärtigen Mächten sind desto zuverlässiger, und finden sich im Archiv.

Alle Verträge der alten Großfürsten mit andern russischen Fürsten, Testamente, Bürgschaften u., hat Hr. v. Stritter in der von *Nowikow* angefangnen alten russischen Bibliothek, aus den Archivurkunden abdrucken lassen, und zugleich die diesen *Gramoty* (Documenten) beigebrachte oder anhängende Sigel, so viel möglich genau beschrieben, auch andre Anmerkungen beigelegt. Jetzt wird er, in eben derselben perlothischen Schrift, die Verhandlungen zwischen den Großfürsten und Zaren von Rußland und den Nagaischen Fürsten, publiciren. Von den Begebenheiten der Nagajer aus diesen Zeiten, ist meines Wissens gar nichts bekannt, außer dem Wenigen, was sich bei *Sczerbatov* findet.

Eine Geschichte von *Kazan* von einem Ungenannten aus dem 16ten Jahrhunderte, der um die Zeit der Eroberung von *Kazan* gelebt hat, ist bei der Akademie der Wissensch. in Petersburg, besonders, auf 263 Seiten in 8 gedruckt worden. *Sczerbatovs* hinterlassene Bibliothek, sowol Handschriften als gedruckte Bücher, hat die Kaiserin für 50000 Rbl. gekauft, und sie auch bereit nach St. Petersburg bringen lassen.

## 12.

Geschichte der Tortur in Deutschland und im Norden\*.

Das von dem Helbentum ererbte unsinnige Mittel, die Schuld oder Unschuld durch Ordalien zu entdecken, ist

§ 5

end.

\* Aus des Hrn. DomPropst und Syndici in Låbeck *Dreyers*, antiquarischen Bemerkungen (Låbeck, 1792, 8)

endlich durch einen andern unsaubern Geist, die Tortur, abgelöst worden, der gewiß noch ärger war, als der ausgefarne. Diese gräßlich-Erschütterung ist, in der Geschichte der Cultur d-s menschlichen Geschlechts, noch weit interessanter als jenes Abenteuer dadurch geworden, daß sie sich, bis auf unsre Zeiten, bei vielen Gerichtshöfen noch im Gebrauch erhalten, welcher gewiß keine Entschuldigung, als aus dem Geist der Zeiten, der seine Aufnahme beförderte, bekommen kan.

Es ist unläugbar, daß fromme Einfalt, und die herrschende Denkungsart der Zeit, die Tortur für ein neues GottesUrtel oder Ordal angesehen; und daß es sich als einen GlaubensSatz tief eingepreßt hab, daß eben dieselbe göttliche Gerechtigkeit, welche den Beschuldigten in der FeuerProbe (denn diese war die gewöhnlichste) nicht verletzen, und in einem gerichtlichen Zweikampf nicht unterlegen lassen würde, sich auch bei der Folter offenbaren, und ihn mit übernatürlichen und außerordentlichen Kräften ausstatten könnte, solche eine alle Empfindung standhaft zu überstehen.

Von dem eigentlichen ZeitPuncte, wenn man angefangen, diese AusterGeburt in TatSachen wirken zu lassen, hat man sich bald mit dieser bald mit jener Mutmaßung unterhalten; und sich zuletzt beschäftigt, jene darüber hervorgebrachte verschiedene Meinungen mit einander zu verbinden, welche den ursprünglichen Gebrauch der Tortur in Deutschland, entweder von der Geistlichkeit, und von dem von derselben ausgeheckten InquisitionsProceß, oder lebhaftlich von der Einführung des römischen Rechts, abgeleitet hatte. Nach dieser Coalition hätte also die,

---

S. 156—168. Hier bloß ein Auszug, mit Weglassung der vielen wichtigen Citaten, die dem Hrn. Verf. seine bekannte unermessliche Belesenheit in Menge darböt. S.

die, mit dem römischen Rechte eher bekannt gewordene, und den HerenProceß dirigirende Klerisei, sich dieses Mittels zuerst bedient; welches die weltlichen Gerichte, von dem obgedachten Vorurtheil ganz durchdrungen, sollten angenommen haben.

SENKENBERG setzte es zur Preisaufgabe aus: Apollo erit, qui ante hoc Sæculum XIV vestigia torture in Germania mihi commonstraverit! Heineccius, Böhmcr, Gerstlacher, setzten ihm den Conrad Bozho entgegen, welcher erzählt, R. Rudolf I habe den berühmigten Betrüger Tille Kolup, oder Diederich Stelle, der sich für Kf. Friedrich II ausgegeben, schon im J. 1284 mit der Ohnvermuth, d. i. mit der Tortur, befragen, und nach ausgestandenem examine rigorofo, zu Weßlar, auf den Scheiter-Hausen setzen lassen. Aber Conrad Bozho ist ein Compilator, der im Ausgange des XVten Jahrhunderts lebte; alle andre gleichzeitige oder beinahe gleichzeitige Annalisten, gedenken bei dieser Geschichte der mit dem Betrüger vorgenommenen Tortur nicht; den einz'gen gleichzeitigen Verf. der *Paralipomenorum* historiz Abbatis Urlichsperg. p. 262 (nach der Baseschen Ausgabe vom J. 1569) ausgenommen, welcher schreibt: Rudolfus Imperator, cum veritatem in eo compertam haberet, confessionem falsitatis expressit questionibus.

Nach demonstrativer gegen SENKENBERG zeugen die alten Lübschen Rechte. Der Codex jur. Lubec. vom J. 1254 (in CRONHELM *statut. provinc. Holsat.* p. 27. art. 132) sagt: Misset dat dar yemand dem andern beschütget (beschädigt, anklagt) umme Düste, und nicht by dem wert begrepen, und secht he, he is unschuldig, ys he een Man, de quaad Gerüchte hesse gehatt, den mag men pinigen. — Diesen Artikel stelle ich mit einem andren, aus dem in eben diesem XIIIten Jahrhundert in Latein verfaßten RechtsCoder zusammen (*Codices jur. Lubec.* von den Jaren 1240, 1243, 1266, in des von WESTPHAL. Mo-

*Monum. T. III, p. 637*): Si cum *sex* inculpatis hominibus & iudice *septimo* probare poterit (accusator), reus *capitali sententia* subiacebit. Und ich ziehe daraus folgende Schlüsse. I. Der Dieb, welcher in handhafter und nicht übernünftig gewordener That ergriffen worden, wenn er solche mit frecher Stirn läugnete, ir. dessen doch überführt wurde, war one weitere Umstände zur Strafe reif. II. Wenn eines, in der That nicht begriffenen, aber sonst berüchtigten, und schon vorher angeklagten Diebes, von ihm abgeläugnete Anklage des Diebstahls, übernünftig geworden: so konnte er nach lübchem Rechte auf die Solter gelegt werden, weil die FeuerProbe, wozu in eben diesem Fall an andren Orten ein solcher Verbrecher verurtheilt ward, in lübchen Gerichten niemals statt gefunden \*. III. Ein sonst unberüchtigter, eines Verbrechens aber angeklagter Mann, konnte sich, nach allgemeiner deutscher Sitte, durch seinen Eid losmachen.

Bei dem allem dürfte es doch den Forschern der Rechts-Altentümer schwerlich gelingen, die ware Epoche der allgemeinen Einführung der *Tortur* herauszubringen: und ich zweifle, ob das Resultat aller Bemühungen ein anders seyn werde, als die Abschaffung der Gottesurtheile und der Befehlungen zu einem terminus a quo anzunehmen, welche an einigen Orten, wie im Nidern Deutschland, später, und an andren, wie im Obern Reiche, früher geschehen ist. Demnach möchte ich nicht die Meinung, "daß die

---

\* An den Orten, wo das FeuerOrdal gebräuchlich war, geschah diese Procebur gerade so, mit einem Ehrlosen und berüchtigten Kerl, welcher sich mit der FeuerProbe von der übernünftigen That reinigen mußte, wenn der Ehebaste Mann solches mit seinem Eid tun konnte: s. das aus deutschen RechtsGewonheiten zusammengebrachte Stifische und Rigsche RitterRecht, S. 116 (nach Oelrichs Ausgabe), Dr.

die Tortur im 15ten Jarh. bei dem vermeynten Ansehen des römischen Rechts, das allgemeine wiewol unverdiente Bürgerrecht erhalten habe", one Beschränkung unterschreiben.

Gewiß ist es, daß die Tortur nie mit dem Gottes-Urtheilen, an einem und ebendemselben Orte zugleich, im Brauch gewesen. — A. 1430 erteilte der Rat zu Hannover einem Hrn. von Münchhausen auf eine Anfrage die Belerung, daß der von ihm im Diebstal erkappte Dieb die Wal habe, sich des Verbrechens entweder durch die Tragung des glühenden Eisens, oder durch das Eintauchen der Hand bis an den Einbogen in einen wallenden Kessel zu entladen (GRUPEN Obfl. rer. & antiq. german. p. 65). — A. 1440 mußte sich der letzteren (Kessel-) Probe, nach dem Urtheil des holsteinschen, zu Bramstedt gehaltenen Goedings, ein Straßendräuber unterwerfen (STRYK Collectan. Holstica). — In der in diesem Säch. verfaßten Braunschweiger CriminalOrdnung heißt es: er soll treten zu dem heißen Eisen, und erst seine Hand mit kaltem Wasser waschen, dann das glühende Eisen anfassen. (RETHMAIR Chron. Brunsv. Luncb. p. 627). — Ein andres lebendes gerichtliches Zeugnis vom J. 1489 aus dem Lande Ditmarsen hat VIETHEN (Beschreib. von Ditmarsen, Th. III, c. 4, S. 168) aufgestellt. Hier wurde auch noch 1461 die FeuerProbe an einem sehr verdächtigen Nordbrenner, mit aller Feierlichkeit, zu Weddingstedt vollzogen. — Nicht zu gedenken, daß 2 ganze Artikel von dem GadesRecht und dar HERN 10 dregende, in dem 1539 gedruckten LandBoek ganz offenbar zeigen, daß das Ungeheuer noch im 16ten Säch. in dem Lande wüthen dürfen, worinn man, wie in allen Nordseeprovinzen, bis in die späteste Zeiten, keinen Scharfrichter, keinen Büttel, noch dergl. Handlanger der hell. Justiz, gehabt, und wo man folglich an die Tortur wol nicht denken können. — Ein ähnliches muß man von den Friesischen Landen



den sagen. Die von dem Abt Menco (*Chron. in HUGO's Monum. sacra antiq. p. 462*) über den anhaltenden Gebrauch der Feuerprobe geführte bittere Klagen, wurden nur lauben Dren gepredigt. Und man stößt beinahe auf kein Ost-Nord- und Westfriesisches Gesetz, welches nicht die abgeschmackte Regel, oder nach ihrer Sprache, die Krone der Wahrheit empfohlen haben sollte: wer angeklagt wird um eines heimlichen Todschlags oder Verbrechens, der soll sich mit dem Eisen davon befreien, oder sich schuldig machen. — Noch im J. 1508 führen die 16 Ratgeber und 18 Vollmächtige des Landes Wursten, in der Willkür (bei PUFENDORF *Observatt. iur. universi* T. III, App. p. 116) die Sprache: "so soll der angeklagte Mordzüchter ein heißes Eisen tragen auf beiden Händen vor den XVI und dem ganzen Lande".

Was die Nordischen Reiche, und insbesondere Dänemark, betrifft: so hat die schon im 13<sup>ten</sup> Säk., und also hier früher als in Deutschland geschehene Verbannung des FeuerOrdals (*Fjörnbyrd*), gleichfalls der Tortur die Thüre geöffnet. Zwar in K. *Waldemars II* Gesetz-Buch finden sich keine Spuren davon: wol aber in K. *Eriks* und *Olofs* Verordnungen von 1282 und 1370, in *Christians V* Koldinger R. ceß von 1558, und in *Christians V* dänischem Gesetz-Buch. Wie konnte dies Arpe läugnen?

Nur in Schweden möchte es sich wol anders verhalten. In diesem Reiche hatte der Uasinn der Feuerprobe, schon zu Birger Jarls, und des K. *Magnus Laduläs* Zeiten, sein Grab gefunden. Daß man aber die Tortur nicht in die erlebigten Stellen eindringen lassen, versichern 2 HauptMänner, *Loccenius* und *Sjærnhök. Lundius* und *Solander* behaupten das Gegentheil: aber das *kuska* im WestGotischen Gesetze, auf das sie sich beziehen, bedeutet höchstwahrscheinlich nicht torquere, sondern sermo-

nis

nis illecebris permovere. BECCARIA treuet also (von Verbrechen und Strafen, S. 87 der Hommelschen Ausgabe), wenn er sagt, in Schweden sei die Tortur abgeschafft. Sie war niemals da; und noch im neuesten *Codice Legum Suecicarum* von 1734, L. de actionibus, 17, p. 370 (nach Königs Ausgabe) heißt es klar: Nec iudex vel praefectus regius ad confitendum aliquem torquendo ac cruciando adigant; si fit, multentur pro gravitate delicti. In causis criminalibus gravioribus tentet iudex, gravi aliqua incarceratione veritatem in lucem proferre, si probabiles praesumptiones & circumstantiae contra accusatum militent: circumspicte tamen procedendum.

### Nachschrift,

ob niemals Tortur in Schweden gewesen?

Raum sollte man daran zweifeln. *Stjernbök, Botin*, und andre, erzählen nicht nur pünctlich und prognetisch, wie sich die 3 Mittel, die Wahrheit zu erforschen, Zweikampf, Feuerprobe, und Eide, einander in wilden, abergläubischen, und hellere Zeiten abgelöst, one das alte grausame Mittel der Tortur einzuschleichen: sondern *Stjernbök de Jure Sveonum vetusto* (Stockholm, 1673, 4) spricht S. 124 noch ausdrücklich von dem allgemeinen odio *torturae* bei seiner Nation.

Und gleichwol sagen die schwedischen Reichsstände, in ihrer, auf dem Tage 1769, feierlich verfaßten „Acte om personlig säkerhet ic, Num. 6, S. 5: „alle Torturen müssen unter einem freien Volke unbekannt seyn; „denn die persönliche Sicherheit ist weit von dem Lande weg, wo die Untersuchungen durch Torturen regulirt werden. Folglich soll bei allen Verbrechen insgemein, mit „zärtlichster Sorgfalt bewerkstelliget werden, was das Allgemeine Gesetz von schwererem Gefängnisse sagt; bei „als

„allen StatsVerbrechen aber sollen solche ganz und gar verboten und abgeschafft seyn“.

Und gleichwol sagte *Gustaf III.*, in seiner BerichtErstattung an sein Volk 1778 (s. oben, Briefwechsel „Hest 22, S. 234): . . . Ich hielt es für meine erste „Schuldigkeit, mit der Abschaffung der Tortur und „dieser [vorhin beschriebenen] PeinDerter, die ersten Tage „meiner Regierung zu bezeichnen. Ich lies also, den 27 „Aug. 1778, . . . Befehle ergehen, daß eiligst alle die „Werkzeuge weggeschafft und zerstört werden sollten, die „keinen Grund im Geseze haben, sondern gegen Frei- „heit, Menschheit, und Billigkeit streiten. . . Zugleich „sollte der OberStatthalter unverzüglich die sogenannte Ro- „senCammer, das Weiße Pferd, und alle dergleichen „MarterDerter, zerstören lassen: ein gleiches wurde auch „den LandsHauptleuten, jedem an seinem Orte, zu be- „werkstelligen, anbefohlen“.

Nur ist dieser offenbare Widerspruch ein Rätsel, er mußte sich denn so auflösen lassen. Bis zum J. 1719 war keine Tortur im Reiche: nun aber fing Ochlokras- tit, damals in Schweden Freiheit genannt, an. Der Ochlokrate respectirt bekanntlich weder Gesez noch Herkom- men, ergreift alle Mittel, die ihn zu seinem Zwecke füh- ren: und so ein Mittel war damals — Tortur. Es wurde fürchterlich auf dem Tage 1741, besonders gegen vermeintliche StatsVerbrecher, genüßt.

S.

13.

Die Bürger von Frankfurt an den Fränkischen  
Bürger und General, Hrn. Cuslin.

Gedr. auf 4 S. in 4.

Hr. General! Sie haben in Ihren erlassenen Ma-  
nifesten zu uns gesprochen, und haben darinn allzudeut-  
lich

lich erklärt, daß Sie es mit der geringern Classe von Bürgern besonders gut meinen, als daß uns dieses nicht ein vollkommenes Vertrauen zu Ihnen einflößen sollte.

Sie erlauben uns also, daß wir auch einmal öffentlich, nach unsrer Empfindung, zu Ihnen reden dürfen! Sie wollen uns für Bedrückung schützen, von der Frankfurts Bürger, Gottlob! nichts wissen, und noch weniger sie fühlen. Sie wollen uns eine Freiheit versichern, die wir schon genossen. Wenn Sie also glauben, Hr. General, daß wir bisher unterm Druck gestanden, Erpressungen ausgelegt, oder sonst übel dran gewesen seien: so müssen Sie offenbar von Feinden unsers Wolstandes durch solche Vorstellungen hintergangen worden seyn.

Unsre Vorgesetzte sind unsre Mitbürger; der Magistrat wird selbst aus unsrer Mitte, mit Handwerkern besetzt, die sogar  $\frac{1}{3}$  des ganzen Rats ausmachen. Bei Verwaltung der öffentlichen Cassen stehen Bürger zur Seite, und es wird über deren Zustand auch von Zeit zu Zeit der gesammten Bürgerschaft Rechenschaft gegeben.

Die Magistrats-Personen tragen die gemeinen Lasten so gut, wie wir: sie haben keine andre Vorzüge, als dasjenige Ansehen, welches zur Führung ihres obrigkeitlichen Amtes erforderlich ist.

Die Reichern unter uns haben nie eine besondre Classe ausgemacht. Ihr Wolstand verbreitet sich auf alle Nahrungszweige, und der blühende Handel macht uns alle glücklich: wer nur arbeiten kann und will, findet sein Auskommen in jeder Gewerbsart. Von jedem Nahrungsstand treten hier Wohlhabende auf, um dieses zu bestärken. Arme gibts allenthalben. Die unsrigen finden, bei den vielen öffentlichen und Privat-Stiftungen (deren Daseyn wir dem Vermögen und der Milbrätigkeit unsrer Vorfahren, und deren Erhaltung wir dem allgemeinen Wolstande, zu verdanken haben), so viele Unterstützung, daß sich unser klei-

ner Stat darinn vor vielen weit größern und blühenber:n ausgezeichnet. Was die Reichern aber außerdem noch den Dürftigen im Stillen Gutes tun, wird uns täglich laut gepriesen; wir schweigen aber davon, weil jene keinen Dank verlangen.

Unsre Abgaben sind äußerst gering, und keiner unter uns hat sich darüber zu beklagen. Kurz, wir sind alle glücklich, alle zufrieden. Aber unsre allgemeine Wohlfahrt hängt mit unsrer glücklichen Verfassung, und dem Wohlstand unsrer reichern Mitbürger, allzueng zusammen, als daß wir uns nicht für diese verwenden sollten. Denn wenn Sie, Hr. General, unsren reichern Mitbürgern so viel Geld abnehmen: so sind wir, der Mittelstand, und ärmere Bürger, mitgestraft, weil unser Handel, unser Gewerbe, sinkt, und unser Verdienst abnimmt. Wir leiden also alle darunter.

Indem Sie, Hr. General, sich als einen Verteidiger der Freiheit, als einen Beschützer der öffentlichen Wohlfahrt, darstellen: so würden Sie Ihren eignen Grundsätzen zuwider handeln, wenn Sie uns nicht bei der unsrigen lassen, und wenn Sie nicht von aller Contribution abstünden, die wir so wenig, als unsre reichere Mitbürger, verschuldet haben, und welche unsern bis daher glücklichen Stat zu Grunde richten muß.

Uebrigens wüßten wir nicht, womit wir unsern Eifer für die Fränkische Republik lebhafter an den Tag legen könnten, als durch den aufrichtigsten Wunsch, daß die Fränkische Nation mit ihrer neuen Verfassung so glücklich seyn möge, als wir bisher mit der unsrigen waren.

Also erwarten wir von Ihnen, Hr. General, daß Sie uns bei dem für uns unschätzbarsten Gut, unsrer bisherigen Verfassung, und unsrem davon abhängenden Wohlstand, unerrückt lassen, und Sie dadurch Ihren Ruhm, unsern lauten Dank, und allgemeines Lob, als den herr-

## 14. Mainz, Reichsstadt?



herrlichsten Schmuck in der unverwelklichen Bürgerkrone, sich erhalten mögen.

Die Bürger von Frankfurt.

Frankfurt, 5 Nov. 1792.

---

### 14.

Mainz, eine deutsche freie Reichsstadt?

Gründe und GegenGründe, beide mit den nötigen Belegen, mit höchster Unparteilichkeit, one Entscheidung, dargestellt.

A. Gründe für die Reichsfreiheit der Stadt Mainz.

1. Mainz, ein römisches Hauptquartier, kommt durch Eroberung an das Fränkische Reich. In der Theilung von Verdün, werden die Städte Mainz, Worms, und Speier, ausdrücklich zum deutschen ReichsTheil geschlagen. Also ist die Vermutung, daß Mainz auf die nämliche Art beim Reiche geblieben, wie Worms und Speier. Man kennt keinen ächten Titel, unter dem sie an den Erzbischof veräußert worden wäre. Vielmehr ist sie

2. in gleichen Schritten mit ihren Nebenstädten, zu einer eigenen selbstständigen Verfassung übergegangen, und durch Cammerer, -Schultheissen, Richter, und Raths-Herren, theils aus den Geschlechtern, theils aus der gemeinen Bürgerschaft, regirt worden. Der Erzbischof, ihr erster Mitbürger und BundesGenosse, wohnt in der Stadt, so wie heut zu Tag der FürstAbt zu St. Emmeran in Regensburg. Doch hatte er, als Grund-Herr der weltläufigen Stifts- und CapitelGebäude, als Metropolitan, und als erster kaiserl. Beamter, manche einzelne Befugnisse und Servituten innerhalb der Mauern.

3. A. 1115 gelobte Erzbischof Adelbert, von den außerhalb der Mauern gelegenen Gütern der Bürger,

keine Bebe zu verlangen, noch die Bürger außerhalb der Stadt, vor das Gericht seines Vogts zu laden: welche Versicherung in die ehernen Thüren der f. FrauenKirche gegraben wurde, wo sie noch heut zu Tag lesbar seyn soll<sup>1</sup>: so wie sie auch A. 1135 wiederholt worden. An eine Steuerbarkeit, und an eine Gerichtsbarkeit binnen den Mauern, war also gar nicht zu denken.

4. Die Stadt führte sogar förmliche Fehden mit den ErzBischöfen, in dergleichen einer, ErzB. *Arnold*, A. 1160 todtgeschlagen worden<sup>2</sup>.

5. A. 1163, 1235 u. f. w., wurde ein Reichstag in Mainz gehalten, welches man nur in ansehnlichen Reichsstädten zu tun pflegte.

6. A. 1244 macht ErzB. *Siefrid III* mit der Stadt solches Bündnis: "sich in die Wal ihrer RatsPersonen nicht zu mengen, den Bruch des Umgelchs nicht zu widersprechen, mit allen Bürgern guter Freund zu seyn; nie mit mer Sol aten in die Stadt zu kommen, als derselben räthlich scheine; derselben, wenn sie angriffen werde, beizuspringen; den Juden den versprochenen Schuß zu halten, in der Ründung einer Melle keine Festung anzulegen, das nahegelegene Castell niederzureißen, und von den außer der Stadt begüterten Bürgern, keine KriegsDienste und Beden, noch sonst einige Zölle oder Abgaben, zu verlangen<sup>3</sup>. Dieses Bündnis erneuerte Siefrids Nachfolger *Christian II* A. 1250.

7. A. 1259 hat die Stadt, one Zutun des ErzBischofs, mit den auch Reichsfreien Herren von *Bolanden* und

1. Historisch, politische Briefe. Nebst dem Versuch einer Geschichte der ehemaligen ReichsStadt Mainz. Mannheim, 1789. — GUDEN. *Codex diplomat.* I, 117. — SENKENBERG. *Sol. juris & bist.* II, 119.

2. JOANNIS *rer. Mogunt.*

3. GUDEN. l. c. I, 27. — SENKENBERG. *Sol.* II, 140 — *Ejusd. Meditatt. fascic.* III, p. 492.

und *Falkenstein*, über obgeschwebte Proceßse Vergleich getroffen. (GUDEN. II, 132).

8. A. 1273 vereinigten sich die Städte Worms, Oppenheim, Frankfurt, Friedberg, Wenzlar, und Gelnhausen, und an deren Spitze die Stadt Mainz, keinen als Römischen König anzuerkennen, der nicht von den Kurfürsten einmütig erwählt worden (GUDEN. II, 744).

9. A. 1288 verklagte der P. *Nicolaus* die Mainzer Bürger bei dem Kaiser, weil sie das auf Stifftischem Grund und Boden gebaute Paradies nicht erweitern lassen wollten (GUDEN. II, 258).

10. A. 1293 verbanden sich die Städte Mainz, Worms, und Speier, keinem Könige zu hulden oder gehorsamen, bevor er ihre Freiheiten bestätiget; desgleichen keinem Bischofe zu hulden oder gehorsamen, bevor auch er ihre Freiheiten, Rechte, und Gewonheiten, schriftlich bestätiget; und daß jede Stadt den beiden andern beistehen wolle, wenn sie ihr Bischof an ihren Freiheiten beleidigen würde (SENKENB. Sel. II, 122).

11. A. 1294 befehnte ErzB. *Gerhard II* die Richter, Bürgermeister, und Bürger der Stadt Mainz, wegen der ihm geleisteten vielen Dienste, mit der Vorstadt Silsbach, dem WeinMarkt, Jurisdictionen, Gerichten, Einkünften (GUDEN, I, 873). Dergewegen mögen sie auch wol, in den späteren Urkunden, der ErzBischöfe liebe Getreue helfen.

12. A. 1321 bewilligt und billigt ErzB. *Matthias* alle Privilegien und Freiheiten der Stadt zu Mainz, von seinen Vorfahren *Sifrid*, *Werner*, *Heinrich*, *Gottbard*, *Peter*, verliessen (SENKENB. Sel. II, 129). — Eben derselbe erklärt A. 1325, daß alle Bürger Zollfrei seyn sollen von seinen Zöllen, und von der Vöde auf ihren Häusern im Rhingau (ID. p. 157): sagt auch seine liebe getreue Bürger, los und ledig aller Gelübd, die sie ihm oder seinen Amtleuten getan haben, von dieser Steu-



er ober Bede wegen (*Ibid.* p. 132). — Am merkwürdigsten aber ist dessen Vertrag vom nämlichen J. 1325, in welchem enthalten, "daß Nachtschwärmende Geistliche durch die bürgerliche Patrolle festgesetzt, in geringfügigen Sachen kein geistliches Interdict erkannt, kein Bürger, der vor seinem eignen Richter in der Stadt stehen will, vor des Erz-Bischofs Gerichte evocirt, und in des Erz-Bischofs Städten und Festungen kein Feind und Widersäger der Stadt Mainz gehegt werden solle".

13. Erz-B. *Baldwin* von Trier, suchte während seiner Verwesung des Mainzer Stiffts von 1328 — 1337, beständig der Stadt das Commerc mit Frankfurt abzuschneiden, woraus auf das ganze fremde Verhältniß des Stiffts und der Stadt zu schließen.

14. Noch heut zu Tag ist auf einer alten Tafel in dem Erz-EngelKirchlein zu lesen, daß "A. 1330 die Vicars-Kirche von den Mainzer Reichsbürgern selber zerstört worden sei" (*Hist. Briefe* S. 59).

15. In den Jaren 1308, 25, 32, 38, 50, und 1351, machten die Städte Worms, Speier, Strassburg, Oppenheim, und an ihrer Spitze jederzeit Mainz, besondre Land-Frieden, theils unter sich allein, theils mit Beistritt des Kaisers selbst.

16. A. 1348 kommen Cämmerer, Schultheis, Richter, Burgemeister, und Rats-Herren der Stadt Mainz überein, um der Stadt Recht zu behalten und zu beschirmen, keinen

4. *SENKENBERG. Schl. II, 135.* Man sieht hier des Erz-Bischofs Städte und die Stadt Mainz sehr genau unterschieden.

5. *LEHMANN'S Speiersche Chronik VII.* Daß aber jene Städte, die sich unter Vorstiß des Kaisers in einen Land-Frieden begeben, Reichs-Städte seyn mußten, ist zu schließen aus der Stelle des Egerer Land-Friedens, "dass gleichen sollen auch unser und des Reichs Städte je zu den Zeiten schwören."

Bündnis mit dem Kurfürsten *Ludwig* von der Pfalz entsagen, und das tun, was sie dem Erzbischof und seiner Kirche von altem Herkommen und Recht tun sollen (SENKENB. *S.* II, p. 178).

k. A. 1416, den 18 Jan., also fast zur nämlichen Zeit, wurden Bürgermeister und Rat der Stadt Mainz nach Costnitz zur Kirchenversammlung vorgeladen, weil der Erzbischof gegen sie ein Klagsibell eingegeben, daß er von der Stadt in seinen geistlichen und weltlichen Rechten gestört werde. In diesem Klagsibell behauptet der Erzbischof folgende Rechte, geistliche u. weltliche Jurisdiction, viele einzelne Freiheiten, Bestimmung mererer Stadtkämter, und besonders des Schultreissens und der Richter, Huldigung (SENKENB. *Meditt.* p. 503).

l. A. 1420 bestätigt Erzb. *Conrad* III der Stadt alle Privilegien und Rechte, die sie von seinen Vorfahren den Erzbischöfen erhalten; doch unschädlich ihm und seinem Stift an seinen Privilegien und Rechten (SENKENB. *Sel.* II, p. 181).

m. A. 1421 begeben sich Erzb. *Conrad* und Pfalzgr. *Ludwig* beiderseits ihres Bündnisses mit den Städten Mainz, Worms, und Speier. Doch möge sich der Erzbischof mit seiner Stadt Mainz verbinden; und wenn ihn diese an seinen Herrlichkeiten, Rechten, und Herkommen, verkürzen wolle, so soll dem Erzbischofe von dem Pfalzgrafen getreulich beigestanden und geholfen werden (SENKENB. *Sel.* II, p. 200).

n. A. 1434 bestätigt Kf. *Sigmund* dem Erzstifte alle Herrlichkeit, Gerichte, hoch und nieder, geistlich und weltlich, und alle andre, die es hat in der Stadt zu Mainz (SENKENB. *Meditt.* p. 517).

o. A. 1478 erteilte *Sixtus* IV (der Vorgänger des bekannten *Alexanders* VI) eine Bulle, und erklärt: er habe vernommen, das Erzstift sei von uralten Zeiten im Besiz der superioritatis omnimoda über die Stadt Mainz  
ge-

waren Papst anerkannt, und wurden daher ist aller Fehung und Furchtung entbunden, womit sie von wegen des Erwürdigen Ludwigs, ErzBischofs zu Menez, für den König und sein HofGericht geladen worden: also daß diese Ladung Bürgern und der Stadt zu Menez und allen ihren Inwonern, die dem Rat zu Menez zu versprechen stehen, keinen Schaden bringen soll (SENKENB. *meditatio*. fasc. II, p. 368).

20. A. 1380 macht ErzB. Adolf I, mit seinen besondern Freynden, dem Bürgermeister, Rat, und der Stadt gemeinlich, ein Bündnis auf 4 Jare. Auch waren Mainz, Worms, und Speier, Mittler zwischen dem ErzBischof und dem PfalzGrafen Ruprecht (JOANNIS T. I, p. 694).

21. A. . . wurde von Kf. Wenzel, den Städten Mainz, Worms, und Speier, seinen und des Reichs lieben Getreuen, die Execution gegen den ErzBischof, im Fall er die verbotenen Zölle wieder aufrichten würde, übertragen (Hist. Briefe, S. 132).

22. A. 1381 kam, zwischen den Städten Strasburg, Worms, Speier, Frankfurt, Hagenau, Weissenburg am Rhein, zu Ehren des heil. Römischen Reichs, der Rheinische StädteBund zu Stand, dessen erste Stadt Mainz war. Auch ist zu bemerken, daß unter den vielen angenommenen Herren, gegen welche sich jede einzelne Stadt nicht zu streiten vorbehalten, des ErzBischofs gleichwol mit keinem Wort gedacht war. Bielmer mußte sich derselbe A. 1384 entschließen, sich von den Bürgermeistern Rat und Bürgern der Städte Mainz, Strasburg, und Frankfurt, Namens aller andern Städte am Rhein, im Elsaß, und der Wetterau, in den nämlichen Bund aufnehmen zu lassen.

23.

23. A. . . des ErzB. *Konrad II.*, 36 Mainzer Bürger, die als Waldenser Käser in seine heilige Inquisition geraten waren, nach Bingen führen, und dort (warum nicht in Mainz selbst?) verbrennen <sup>7</sup>.

24. A. 1400. ErzB. *Johann II.*, der die Bestätigung aus Rom, vor seinem durch Strimmen-Merheit gewählten *NeuenBischof Gotsfried*, bloß auf die bedeutende Empfehlung der Stadt Mainz erhielt, dagegen aber sich verbindlich machte, der Stadt beizustehen, wofern sie sollte angegriffen werden, weil sie ihn aufgenommen, und des Stiftes Nutzen befördert, — dieser nämliche ErzBischof begehrt und bittet A. 1400 von den erßamen weisen Bürgermeistern und Rat und andern Bürgern der Stadt zu Mainz, ihn wegen des Mordes Herzogs *Heinrich* in Braunschweig, für unschuldig zu halten, und sich darinn gegen ihn freundlich zu beweisen. Desgleichen gab er der Stadt Mainz, so wie allen übrigen ReichsStänden, Nachricht von der Absetzung *Wenzels*, und ersucht sie bei den Eiden und Eulden, damit sie dem heil. Römischen Reich verbunden sei, gedachten *Wenzel* nicht mer für einen Römischen König zu halten <sup>8</sup>.

25. A. 1400 bestätigt K. *Rupert* der Stadt zu Mentze alle und jegliche ihre Rechte, Freiheiten, und Briefe, von K. *Friedrich II.*, *Wilhelm*, *Rudolf*, *Adolf*, *Albrecht*, *Heinrich*, *Carl*, *Wenzel* (*SENKENB. Sel. II.*, p. 172).

26. A. 1414 des Kf. *Siegmund* den Städten prophezen, sich zusammen zu tun und zu vereintigen, als sie vorgahls bei einander gewesen; darüber sich nachher die

§ 5

Städte

7. *Petri MERSEI Fratris Minoritæ, Elector. Ecclesiast. Catalogus* (Colon. 1580), p. 212.

8. *JOANNIS I.*, p. 710. *GUDEN. III.*, 654. *Mosers Staatsrecht*, VII, 120.

Städte Mainz, Worms, Speier, und Frankfurt, berathschlägt<sup>9</sup>.

27. A. 1430 schlichtet ErzB. Konrad III, nicht als Richter, sondern als Austrag, mit Zugug der Städte Worms, Speier, und Frankfurt, den Rat und Bürgerschaft wegen ihrer Streitigkeiten mit den Geschlechtern (JOANNIS 460). Wobei noch zu bemerken, weil man im Mittelalter nur von seinen Genossen gerichtet werden konnte, Worms Speier und Frankfurt aber beständig als Austräge der Stadt Mainz erscheinen: so muß Mainz notwendig eine Genossin dieser ReichsStädte, d. i. selbst eine ReichsStadt, gewesen seyn.

28. A. 1431, bei den Brarschlagungen über die erste ReichsMatrikel, kam die Stadt Mainz vorläufig in Anschlag mit 5 Giesen, 6 CammerBüchsen, und 100 HandBüchsen. Hierauf ließ der Kaiser den Städten Mainz, Frankfurt, Worms, und Speier, bedeuten, sich über ihren Beitrag binnen 3 Wochen zu erklären. Wirklich kam auch Mainz, zwischen den Städten Dortmund und Worms, in die ausgefertigte Matrikel: und auch noch einmal in die 2te Matrikel von 1467, zwischen Trier und Worms, mit 10 Mann zu Pferd und 20 zu Fuß<sup>10</sup>.

29. A. 1446 ersucht die Stadt Mainz ihre MitStädte Köln, Worms, Speier, Augsburg, Nürnberg, und Ulm, um Schuß und Hilfe, damit sie nicht endlich unter des ErzBischofs Gewalt gezwungen werde<sup>11</sup>. Ein aus Gelegenheit einer Citation der Costl. KirchenVersammlung entstandener weltläufiger CompromißProceß mit dem ErzStift, scheint der Stadt Sorgen erregt zu haben: in dessen vermochte sie nicht, diesem vorausgesehenen Schicksal

9. Sarprecht CammerGerichtl. StaatsArchiv, I, 316.

10. DATT de pace publ. p. 166. CORTREIVS.

11. Mosers StaatsRecht Th. 40, S. 336.

sal auszuweichen. Die Veranlassung war, daß der Erz-Bischof *Dietherr* A. 1461 vom Papst abgesetzt, und an dessen statt Graf *Adolf* von Nassau ernannt wurde. *Dietherr*, der nicht zu weichen Willens war, bemühte sich, die Freundschaft der Mainzer beizubehalten: und ob sie gleich der Papst in einer Bulle ermant, den Grafen *Adolf* als ihren Pastor, wie die Bulle sagt (also nicht Landes-Herrn), anzunehmen; so protestirten sie doch A. 1462 in einem feierlichen Instrument, und erklärten, daß sie als fromme Söhne der Mainzer Kirche, sich mit dem *Dietherr* conföderirt, auf die nämliche Art, als wir sie mit dem Kurfürsten *Friedrich* von der Pfalz, *Dietherr*s Bundes-Genossen, conföderirt seien <sup>12</sup>. Allein der Ausgang davon war, daß der Gegen-Kurfürst, *Adolf*, die Stadt noch im nämlichen Jar 1462, am Tag Simonis und Juda, überrumpelte, und sie nicht nur auf seine Lebens-Zeit, bis 1475, als eine Eroberung befehlte, sondern sie auch also seinem Nachfolger übertieferte.

30. Gleichwol finden sich, auch selbst bei diesem gewaltsamen Auftritt, Bekännnisse der Mainzer Reichs-Freiheit. Denn *Adolf* verwies die angesehensten Bürger aus der Stadt bis auf kaiserl. weitem Befehl; und die Reichs-Städte schrieben deswegen einen besondern Tag nach Wormis aus, in der Absicht, dem Kf. *Friedrich* III, über diese augenscheinliche Gefar der Stadt, als eines vornehmen Glieds aus ihnen, und darzu einer Lager-Stadt, dringende Vorstellungen zu machen; konnten aber, weil *Friedrich* wegen seiner eigenen Befreiung aus der Wiener Gefangenschaft, einen Convent zu Regensburg veranlaßte, mit dieser für minder wichtig gehaltenen Sache nicht zur Sprache kommen <sup>13</sup>.

31.

12. Schenk Beiträge zur Mainzer Geschichte, II, S. 119.

13. Müllers Reichs-Angs-Theatrum.

31. Wieſſich kam auch Mainz A. 1467 abermals in die ReichsMatrikel, wurde auch A. 1475 vom Kf. Friedrich, gleich jeder andern ReichsStadt, zu dem Zug gegen den Herzog Carl von Burgund aufgerufen<sup>14</sup>. Hiedurch aufmerkſam gemacht, verlangte das DomCapitel von dem ErzBiſchof eine Verſicherung, daß die durch Schickung und Gnade des allmächtigen Gottes gewonnene Stadt Mainz, bei dem Stift und Capitel bleiben ſolle; außerdem ſich das Capitel bemüßiget ſähe, es bei dem Vater Papſt anzubringen, damit dieſer verſehe, daß die Stadt bei dem Stift, dem Sent Martin, und ſeiner Kirche bleibe (SCHUNK III, 359).

---

B. Gründe gegen die ReichsFreiheit der Stadt Mainz, theils von GUDENUS und andern aufgeſtellt, theils ganz neue und noch nicht benutzte GegenGründe.

a. Das alte römische, im 5ten Jarhundert mermal durch Vandalen und Hunnen zerſtörte *Magontiacum*, iſt ganz unterſchieden von dem, viel ſpäter, und an einem ganz andern Ort auferbauten deutſchen Mainz.

b. Das deutſche Mainz hat, ſo wie die älteſten Städte in Deutschland, ſeine Entſtehung dem Rum des heil. *Martins*, dem fixirten Sitz eines Biſchofs, und der Wichtigkeit ſeiner chriſtlichen Miſſio-en, zu danken. — Wäre aber auch dieſes nicht, und hätte ſich der ErzBiſchof einſprünghches ReichsGut, ſchon in den älteſten Zeiten zugeeignet: ſo hätte er nichts anders gethan, als was ſich die damaligen Herzoge und Grofen, die ja blos kaiſerl. Beamten vorſtellten, mit ihren anvertrauten ReichsGütern allgemein erlaubten.

---

14. Königs ReichsArchiv, pars ſpec. Cont. I, p. 85.

c. Es war im Mittelalter ein ganz besonderes Verhältnis der Städte zu ihrem LandesHerrn. Das Bedürfnis einer Sicherheit binnen den Mauern, und ihr bedeutender Handel, verrieth ihnen eine Menge bürgerlicher Vorrechte, die aber nichts weniger als eine ReichsUnmittelbarkeit mit sich brachte. Das Recht, Bündnisse zu machen, welches den landfässigen Städten so gut wie dem landfässigen Adel zukam, öffnete den mittelbaren Städten fer viele Gelegenheiten, an ReichsGeschäften Theil zu nehmen; wozu sie außerdem, für sich allein betrachtet, nicht befugt gewesen wären. Konnte man, ohne Nachtheil seiner ReichsStandschaft, die ReichsTage ganz unbesucht lassen; so mochte man eben so wenig aus einer Theilnahme an ReichsGeschäften auf eine ReichsStandschaft schließen: besonders da, wo auffallende Kennzeichen der landfässigkeit vorhanden waren. Nun findet sich aber, bei der Stadt Mainz, von den ältesten Zeiten, in nie widersprochenen Urkunden,

d. daß sie die ErzBischöfe gewöhnlich ihre Stadt, den Rat ihren Rat, und die Bürger ihre liebe Getreue Bürger, nennen, die ihnen huldigen mußten. Z. Er. in einer Urkunde von 1363, gebiet der ErzB. Gerlach seinem Schultzei und seinen Rathherren gemeiniglich seiner Stadt Mainz, eine SchuldExecution aufzuheben<sup>15</sup>.

e. Hierzu kommt, daß auf den Münzen und Siegeln der Stadt, der heil. Martin als SchutzPatron des ErzStiftes vorkommt<sup>16</sup>.

f.

15. Schunk II, 249. Der nämliche KanzleiStyl war jedoch auch in den Eölnischen Urkunden gewöhnlich, und die Huldigung auch bei Worms und Speier.

16. Doch ist hiebei zu bemerken: in dem Siegel der ReichsStadt Leuckkirch präsentirt sich auch die Kirche des h. Martins. In den Hamburger Wapen kommt sogar das Holz



f. A. 1247 befreit P. Innocenz IV die Bürgerschaft zu Mainz, daß sie niegends außer ihren Mauern Recht zu nehmen schuldig sei, so lange sie der römischen Kirche und dem Mainzer Erzbischof treu und gewärtig (in fidelitate & seruitio) verbleibe (SENKENB. *Meditt.* Fasc. III, 491).

g. A. 1349 bittet Carl IV die Stadt, an die Stelle des abgesetzten ErzB. Heinrichs, den neugewählten Gerlach aufzunehmen, ihm getreu und untertänig zu seyn, und mit Huldigung, Schwören, und allen andern Sachen zu thun, als sie einem ErzBischof und ihrem rechten Herren (vielleicht domino *directo*? man sehe oben Num. 11) zu thun schuldig seien <sup>17</sup>.

h. A. 1380 hat zwar Kf. Wenzel eine Urkunde ausgestellt, worinn er bekennt, daß die Stadt zu Mainz ohn alle Mittel in des Röm. Reichs Cammer und Pflichten gehöre; dasselbe aber 1383 wieder cassirt: wie denn auch der K. Rupert diese Cassation in einer, freilich bisher noch nicht dem ganzen Inhalt nach, producirten Urkunde erneuert haben soll <sup>18</sup>.

i. A. 1416, den 6 Jan., gebeut Kf. Sigmund Bürgermeistern, Rat, und Bürgern der Stadt zu Mainz, seinen und des Reichs lieben Getreuen, gleichwie der Kaiser vorher schon die dem ErzBischof Johann abgedrungene Einigung cassirt, als sollten sie auch dem  
Bünd-

---

Holsteinische mit vor. Noch im 15den Jahrhundert erhielt die Grafen von Veringgen ein MünzPrivilegium, mit der Bedingung, auf den Stempel das Bildnis des h. Wolfgangs zu setzen.

17. SENKENB. *Sol.* II, p. 168. Man vergleiche jedoch hiemit die Urkunden von dem nämlichen Kaiser Carl und ErzBischof Gerlach, oben Num. 17 und 18.

18. SENKENB. *Meditt.* Fasc. III, p. 498. Man vergleiche jedoch eine Urkunde von dem nämlichen K. Rupert, oben Num. 25.

Bündnis mit dem Kurfürsten *Ludwig* von der Pfalz entsagen, und das tun, was sie dem Erzbischof und seiner Kirche von altem Herkommen und Rechte tun sollen (SENKENB. *S.* II, p. 178).

k. A. 1416, den 18 Jan., also fast zur nämlichen Zeit, wurden Bürgermeister und Rat der Stadt Mainz nach *Costnitz* zur Kirchenversammlung vorgeladen, weil der Erzbischof gegen sie ein Klagsbrell eingegeben, daß er von der Stadt in seinen geistlichen und weltlichen Rechten gestört werde. In diesem Klagsbrell behauptet der Erzbischof folgende Rechte, geistliche u. weltliche Jurisdiction, viele einzelne Freiheiten, Bestellung mererer Stadtkämter, und besonders des Schultheißen und der Richter, Huldigung (SENKENB. *Meditt.* p. 503).

l. A. 1420 bestätigt Erzb. *Conrad* III der Stadt alle Privilegien und Rechte, die sie von seinen Vorfahren den Erzbischöfen erhalten; doch unschädlich ihm und seinem Stifte an seinen Privilegien und Rechten (SENKENB. *Sel.* II, p. 181).

m. A. 1421 begeben sich Erzb. *Conrad* und Pfalzgr. *Ludwig* beiderseits ihres Bündnisses mit den Städten Mainz, Worms, und Speier. Doch möge sich der Erzbischof mit seiner Stadt Mainz verbinden; und wenn ihn diese an seinen Herrlichkeiten, Rechten, und Herkommen, verkürzen wolle, so soll dem Erzbischofe von dem Pfalzgrafen getreulich beigestanden und geholfen werden (SENKENB. *Sel.* II, p. 200).

n. A. 1434 bestätigt Kf. *Siegmund* dem Erzstifte alle Herrlichkeit, Gericht, hoch und nieder, geistlich und weltlich, und alle andre, die es hat in der Stadt zu Mainz (SENKENB. *Meditt.* p. 517).

o. A. 1478 erteilte *Sixtus* IV (der Vorgänger des bekannten *Alexanders* VI) eine Bulle, und erklärt: er habe vernommen, das Erzstift sei von uralten Zeiten im Besiße der superioritatis omnimodæ über die Stadt Mainz  
ge-

gewesen, und die entgegenstehenden Privilegien der Bürgerschaft seien erschlichen. ErzB. *Dietherr* habe sich die Stadt neuerdings unterworfen: und weil also ist nur noch dieses im Weg stehe, daß die Stadt wol dem ErzBischofe, durchaus aber nicht dem Capitel, unterworfen seyn wolle; so finde der heil. Vater keinen Anstand, die deshaß mit dem ErzBischof von Seiten des Capitels für dienlich erachtete Uebereinkunft zu genehmigen, und alle hierbei etwa vorgegangene Mängel zu suppliren, vermöge dessen die Stadt allein einem jeweiligen Bischof, so lang er im leben, und in der Stadt gegenwärtig sei, untertänig bleiben solle <sup>19</sup>.

p. A. 1486 bekennet Kf. *Max* auf eine ähnliche Art: er habe befunden, daß die Stadt und die Bürgerschaft zu Mainz, in vorderen Zeiten, den Röm. Kaisern und Königen mit Hulbe, Pflicht, Steuern, Tributen, Gerichten, oder sonst, nicht verwandt, oder auch besessen worden, sondern daß die ErzBischöfe und das Stifte, von all'n Zeiten bis hieher, die Eigenschaft, Herrschaft, Huldigung, hohe und niedere Gerichte, gehabt und hergebracht; dem zufolge die Bürger in Versehung ihrer Stadt nur so viel handeln mögen, als sie durch Begnadigung von ErzBischof und Stifte erlangt. Deswegen habe sich der Kaiser auf Vorstellung des ErzB. *Bertholds*, mit Wissen und Rat seiner trefflichen Räte (also nicht mit Rat und Willen von Kurfürsten Fürsten und Ständen?) für sich und alle seine Nachkommen (?) am Reich, seiner Forderung verziehen, abgetan, und fallen lassen <sup>20</sup>.

9.

19. GUDENI *Cod. diplom.* IV, p. 437. Die Entstehung dieser Bulle s. oben Num. 31.

20. GUDEN. I. cit. p. 475. Von diesem, als dem feinsten Negotiateur seiner Zeit bekannten ErzB. *Berthold*, verdient hier seine Ermanung bemerkt zu werden, die er auf

9. Im Fall es aber auch mit dieser Reichsfreiheit in alten Zeiten seine Richtigkeit hätte: so würde doch den heut zu Tag lebenden Bürgern in Mainz, die Ausflucht der Verjährung, und die darauf gebaute rechtliche Vermutung, im Wege stehen, daß sich ihre Vorfahren, durch ihr beständiges Stillschweigen, alles weiteren Klage-Rechts wolbedächtig und mit allem Vorfaß begeben: besonders da die Geschichtschreiber melden, daß sich die Stadt A. 1462, durch die Ergabung an den ErzB. *Adolf*, auch ihrer ungeheuern Schuldenlast entledigt<sup>21</sup>. An Gelingenheit, diese Sache zur Sprache zu bringen, hätte es nicht gefehlt. So gut bei dem BauernAufsturz von 1525, in welchen die Stadt mitverwickelt war, so daß sie sich am 1. Jul. auf Gnade und Ungnade ergeben mußte, geschah dieser Sache nicht die geringste Erwähnung. Vielmehr schloß damals die Bürgerschaft dem DomCapitel mit Gewalt einen Vertrag ab in welchem sie die Capitularen ausdrücklich für ihre Erbherren, den Erzbischof aber für ihren rechten Herrn, erkennt (SCHUNK III, 62). — Die Schweden hatten Mainz über 5 Jare, nämlich vom 6

Dec.

auf dem Rath zu Worms 1497 an die Stände hielt: „O lieben Herren, es geht gar langsam zu; es ist wenig Fleiß und Ernst in den Ständen des Reichs vom Oberrn bis zum Untern, und billig zu erbarmen. Es ist aber zu besorgen, wo man sich nicht anders, denn noch bisher, in die Sache schicken, und getreulich und fleißiger sich zusammenstellen wird, daß eines Tags etwa ein Fremder komme, der uns alle mit eisernen Nuten regiren werde“ (Müllers ReichsTagsTheatrum, Th. II, Vorst. IV, cap. 2, S. 144). Der obenangeführte Minoriten Bruder *Mirisai* beschließt seine Lebensbeschreibung p. 217 also: erat severus reformator disciplinae monasteriorum, paterfamilias feminei sexus, & obiit Anno Christi 1504 Verolae live morbo Gallico.

21. Der Abschied von 1548, §. 52, läßt es bei dem Aussehen der Stände bewenden, wenn der ausgezogene StaatsAnz. XVIII: 69.

§

Stand

Dec. 1631 | bis 9 Jan. 1636, im Bfß: und da eben diese ein lutherisches Consistorium und ReligionsExercitium in Mainz einführen wollten; so würde niemand lieber als sie der Stadt zu einer unmittelbaren Selbstständigkeit verholten haben. — Und da bei den Westfällischen Friedens-Handlungen, die ebenfalls unter Mainzische Botmäßigkeit geratene Stadt Erfurt, ihre Reichsfreiheit so laut reclamirte: so läßt sich nicht begreifen, warum die Stadt Mainz selbst so ganz hätte stillschweigen sollen.

r. Nach dem Geiste der deutschen ReichsConstitution, können nicht einmal mer die liquidesten ReichsPfandschaften ausgelöst, wie viel weniger noch ganz illiquide Präensionen, die sich blos auf historische Untersuchungen gründen, geltend gemacht werden. Die allgemeine Ruhe macht es nötig, sich an einen *Statum quo* zu halten. Außerdem wäre man in Gefahr, aufgewärmte Prozesse der Willen und Walßinger zu erleben. Könnte das Recht einer ReichsStadt durch keinen StatsVertrag, keine Verjährung, oder sonstige freiwillige Begebung, erlöschen: so müßten auch notwendig Strassburg, Colmar, Sagenau und Conforten, dem ReichsStädtischen Collegio wieder einverleibt werden.

Göttingen, 21 Nov. 1792.

Carl Heinrich Lang.

Stand damit zufrieden ist; und der §. 54 des nämlichen Abschieds weist das CammerGericht an, zu erkennen, in wie weit in solchen Fällen präscribiret sei.

Zusatz zu oben S. 108.

32. Absch. von 1548, §. 57: Kein Stand soll wider seinen Willen von einem andern ausgezogen, und von dem heil. Reich gedrungen, vielmehr von dem Rfiscal, wenn es bisher geschehen, darauf one alle Nachsicht geklagt werden. Seitdem haben auch die Kaiser in allen WalCapitulationen versprochen, die RMatrikel and die Kreife wieder zu ergänzen.

## 15.

Neue Constitution der ONEIDA,  
einer bis zum J. 1788 wilden Nation in Amerika.

Schon seit langer Zeit sind in Amerika eine Partei wilder Völker, unter dem Namen der Fünf Nationen bekannt, die die Specialnamen (nach der englischen Orthographie), *Mohawks*, *Oneydoes*, *Onondagas*, *Cayugas*, und *Sennekas*, und den allgemeinen, Irokesen, tragen. (Manchmal wird auch von 6 Nationen gesprochen; und dann werden die *Tuskaroras* mitgezählt).

Jede dieser Nationen teilt sich in 3 Stämme, die sich durch die 3 Zeichen, eine Schildkröte, einen Bär, und einen Wolf, in ihren Wapen unterscheiden: doch nur die Ältesten dieser Stämme gebrauchen diese Wapen bei Unterzeichnung öffentlicher Papiere.

Jede dieser Nationen ist eine völlig unabhängige Republik, deren StaatsGeschäfte durch die *Sachems* (Ältesten) verwaltet werden. Diese Leute dienen bloß der Ehre wegen: es gibt kein Amt bei ihnen, das Besoldung eintrüge. Dahier geht bloß alles nach Verdienst; und die Authorität dieser Sachems beruhet bloß auf der guten Meinung und der Achtung, die sie bei dem Volke haben.

Alle diese 5 Nationen dünken sich über das übrige MenschenGeschlecht erhaben zu seyn. Diese hohe Idee, die sie ihren Kindern früh einpflanzen, gibt ihnen den Mut, der sie lange Zeit den andern Nationen fürchterlich machte. Einige sind von ihnen unterjocht worden, und müssen ihnen einen jährlichen Tribut bezahlen.

Ihre Waterlands, und Freiheitsliebe, so wie ihre Bravour im Krieg, und ihre Standhaftigkeit im Leiden, ist völlig der der ältesten Römer gleich. Auch befolgen sie eine eigne Maxime dieses Volks, daß sie andre Nationen dahin zu bringen suchen, daß sie sich der ihrigen incorporiren.

Wenn sie einen Krieg anzufangen willens sind: so halten die Anführer ein großes Gelag, wobei sie einen Bund, als das Sinnbild der Treue, verzerren. Abends vorher, ehe sie zu Felde gehen, halten sie einen kriegerischen Tanz; wobei die Anführer ihre vorhabenden und schon vollbrachten Thaten abfingen, und die Ungerechtigkeiten ihrer Feinde,

be-, so wie den Rump ihrer Vorfahren, herausstreichen. Zu diesem Tanz bemalen sie sich ihre Gesichter auf eine fürchterliche Weise; und eben so gehen sie in den Krieg, um ihren Feinden schrecklich zu seyn.

Bäume sind ihre Annalen. Ehe sie in den Krieg gehen, malen sie gewöhnlich an Eichen einige Kähne, und die Anzahl der ausziehenden Mannschaft. Am das Ende der Kähne wird die feindliche Nation in Gestalt eines Thiers gemalt. Kommen sie zu rück; so verweilen sie an eben dieser Stelle, und lassen ihre im Orte zurückgebliebene Freunde von ihrer Ankunft benachrichtigen, damit diese sie dem Erfolg ihrer Expedition gemäß, empfangen. Dann wählen sie einen, dem ersten nahe stehenden Baum, und malen so viel schwarze Hirnschädel darauf, als Feinde geblieben sind. Auch die Anzahl der Gefangenen, denen sie übrigens äußerst gut begegnen, zeichnen sie darauf.

So viel von diesen Erzwilden berühmten 5 Nationen, aus: *the History of the five Indian Nations of Canada*, . . . by . . . Cadwallader Colden Esq., one of His Majesty's Counsel, and Surveyor-General of New-York (London, 8, 1747, 204 und 283 Seiten).

Eine derselben, die *Oneida Nation*, hat in unsern Tagen von sich selbst den Plan gemacht, aus Wilden cultivirte Menschen zu werden. Ob die ganze Weltgeschichte ein einziges Beispiel von der Art hat? Ich fand diesen Plan in dem "*Pennsylvania Packet and Daily Advertiser*", Num. 3143, vom 27 Febr. 1789, und theile ihn, da es meines Wissens sonst noch nicht in Europa bekannt ist, hier wörtlich übersetzt mit.

Göttingen, 5 März 1792.

D. S.

The Plan of Government adopted by the  
ONEIDA Nation.

Art. 1. Die Marken und Gränzen der Souverainete't der Oneida Nation sollen bestimmt werden. Ihre wüste Ländereien sollen genau übersehen, verlosset, und numerirt, und eine accurate LandCharte darüber versfertiget werden.

Art.

Art. 2. Es sollen 2 Männer durch das *grand Council* ernannt werden, welche als Männer von Grundsätzen, und für das Interesse der Nation besorgt, wolbekannt sind. Diese sollen mit der Macht investirt werden, alle Geschäfte, die besagten Ländereien zu verpachten, oder in gleiche Teile an eine Person oder Familie zu vertheilen, betreffend, zu besorgen; unter der Verpflichtung, daß sie von Zeit zu Zeit, treue und gerechte Rechenschaft von ihrem ganzen Verfahren an das *national Council* abgeben.

Art. 3. Von den Eigentumslinien an, soll ein gewisses Stück Holzland zum Vorteil beider Parteien aufbehalten werden, nämlich für die Pächter der Staten, und für die Pächter der Grundeigenümer von der *Oneida Nation* um allen Schwierigkeiten vorzukommen, die von einer Seite entstehen könnten.

Art. 4. Ein Strich Landes, 4 Meilen breit, und der sich von der Eigentumslinie bis an die Westliche Gränze des *Oneida Gebiets* erstreckt, und durch den Tractat von *Fort Stanwix* gesichert ist, soll blos zum Vorteil besagter Nation verpachtet werden; welcher Landesstrich auf immer ein *township* bleiben soll.

Art. 5. Alles *Oneida Gebiet* (nur dasjenige ausgenommen, was durch Tractate bestimmt ist) soll sogleich und in gleichen Teilen, an alle Menschen von der *Oneida Nation*, Männer, Weiber, und Kinder, ohne alle Ausnahme, vertheilt werden. Nur ein Teil von besagtem Lande soll auf immer ein *National Fund* bleiben, ohne daß ein Stück davon veräußert werden dürfte; und die daraus entstehende Einkünfte, sollen zur Bezahlung der öffentlichen Kosten, die künftig nötig seyn werden, bestimmt seyn. Die Verwaltung besagten Landtheils soll durch die Häupter im *Council* dirigirt und angeordnet werden; welche aber einmal im Jahr, treue und gerechte Rechenschaft darüber, an die *grand Assembly* bemeldter Nation abzuliegen haben.



Art. 6. Kein Mann, keine Frau, kein Kind, von der Oneida Nation, soll befugt seyn, einen Fuß von dem auf ihr Los gefallenen Lande, an jemand anders, als von ihrer eigenen Nation, zu verkaufen. Alle andre Verträge über dergleichen Land, sollen null und nichtig seyn.

Art. 7. Wenn eine Erzgrube in einem Theile des Oneida Gebiets, von einem Eingefessenen desselben entdeckt würde: so soll ein solcher unmittelbar das Haupt der Nation davon benachrichtigen; und dieses Haupt soll die Sache untersuchen. Findet sich die Grube ergiebig, so befolhmet die Oneida Nation den Zehenden davon. Salzquellen aber, wenn sie sich aufstun sollten, werden allgemein zum Besten der Nation reservirt.

Art. 8. Das *grand Council* von Oneida soll befugt seyn, die vielen Familien von unsrer Nation zu Niagara, oder wo sie sonst auswärts zerstreut sind, zu benachrichtigen, daß, da wir sie aufrufen, in ihr Geburtsland zurückzukehren, und wenn sie zu uns zurückkommen, sie aller unsrer Glückseligkeit und Vorteile theilhaft seyn sollen, und wir in allen Stücken zur Beförderung unsrer Wohlfahrt Eins seyn wollen. Falls sie aber, nach dem Jar und dem Tag, nachdem sie zeitig gewarnt worden, auf keine Rückkehr denken sollten: so soll ihnen künftig nichts von unsern Einkünften, die aus unsern Ländereien und Pachtungen fließen werden, zu gute kommen; sondern ihre Rechte sollen auf immer, zum Besten von uns, die wir hier gegenwärtig sind, confiscirt werden.

Art. 9. Sobald die Ländereien verpachtet, und die Zinsen eingegangen sind, soll das *grand Council* die Macht haben, alle Schulden zu bezahlen, die irgend jemand in der Nation zu fordern hat. Doch soll jeder aus seinem eigenen so verpachteten Landstück bezahlt werden.

Art. 10. Das *grand Council* soll die Macht haben, von dem Stat eine Acte oder ein Gesetz zu fordern, daß

daß wenn jemand, der auf unsern Ländereien sitzt, seine Pflichten-Artikel nicht erfüllt, wir an den ersten Friedens-Richter, der irgendwo zunächst an unserm Gebiete zu finden wäre, appelliren mögen, um unsern Beschwerden, von welcher Art sie auch seyn möchten, abzuheffen. Eben diese Justiz [justice, Friedens-Richter?] und eben dieses Gesetz sollen auch in diesem *grand Council* gegen jeden, Mann, Frau, Kind, statt haben, der irgend einen auf unsern besagten Nachbarn Eingeseffenen, beleidigen, verletzen, oder vortheilen würde.

Art. 11. Das *national* oder *grand Council* soll aus 9 Mitgliedern, 2 Häuptern [Chiefs] und dem Königs-Haupt [Head Warrior] von jedem Stamme bestehen. Die Ernennung der 9 Häupter soll durch die *great Assembly* der Nation geschehen. In Zeiten der Geschäfte soll sich niemand nähern, er sei denn von den Häuptern des besagten Councils vorgerufen. Diese Mitglieder des Councils erhalten volle Macht, alle und jede Geschäfte, die die Nation angehen, abzutun; und deshalb sollen sie, Einmal im Jar, eine *General Assembly*, wo jede Person, die 18 Jar alt ist, eine Stimme hat, zusammenrufen, und wo über alle Geschäfte des laufenden Jars vorlirt werden soll.

Art. 12. Alle Kinder die unter der *Oncida*-Nation geboren sind, sollen ihren Eltern untertänig bleiben, bis sie volljährig werden, d. i. Knaben bis zum 21sten, und Mädchen bis zum 18ten Jar: bis dahin mögen Vater und Mutter so viel an sie verwenden, als sie zu verwenden haben. Die Tochter soll hierinn mit dem Son, ohne allen Unterscheid, gleich seyn: und stirbt der Vater, so soll ein Drittel seines ganzen Vermögens seiner Wittwe bleiben, so lang sie lebt; stirbt aber diese auch, so soll das ganze Vermögen unter die Kinder des Verstorbenen verteilt werden.

Art. 13. Stirbt ein Mann oder eine Frau von deutscher Nation ohne Erben, und hat über seine Ländereien oder Güter, nicht bei seiner Lebzeit, zu Gunsten eines Verwandten, oder eines adoptirten Verwandten, disponirt; so soll aller Nachlaß des Verstorbenen an Waisen gegeben werden, wenn gerade welche da sind. Sind keine da, so wird alles an die Nation überhaupt, so weit es reichen will, verteilt.

Art. 14. Das *grand Council* soll ebenfalls die Macht erhalten, einen Mann von nüchternem und ehrbarem Charakter zu ernennen, der auf die Kinder am Orte acht gebe; und zusehe, daß sie sich insgemein gegen ihre Eltern und Obern gut betragen. Auch soll er scharf darauf sehen, daß kein Kaufmann oder Krämer in dem Castell starke Getränke verkaufe. Das Council soll ihn bevollmächtigen, die Gefäße, worinn Rum und dergl. Liqueurs gefunden werden, nach der ersten Warnung zu zerbrechen; und würde ein Kaufmann oder Krämer zum zweitenmal, nach gescheneher Warnung, über dem Verkauf betrogen, so sollen alle seine Liqueurs weggenommen werden, und auch seine übrige Habe dem Publico anheimzufallen.

Art. 15. Zum Besten der *Onida* Nation soll eine Regelmäßige Schule in der englischen Sprache errichtet werden. Zu diesem Behuf wird die Nation ein eignes Haus bauen; auch wird sie ein eignes Stück freien Landes, zum Teil zum Unterhalt des Schullehrers und seiner Familie, aussetzen; das übrig bleibende kan bemeldeter Schullehrer zu seinem Vortell pachten, so lang er im Dienst bleibt, und dann geht solches an seinen Nachfolger über.

Art. 16. Auch ist für zuträglich befunden worden, daß das *grand Council* mit einem oder 2 Inspectoren [*Surveyors*] versehen werde, die die Ländereien von Linie zu Linie ausmessen, und dann alles in eigene Lose mit ihren Nummern teilen, wie die Charte ausweisen wird, um allen künftigen Disputen hierüber vorzubeugen.

Art.

Art. 17. Auch ist für nötig befunden worden, daß das *grand Council* der *Oneida-Nation* mit einem *Colmiersch* aus seinem eignen Mittel versehen werde, auf den man sich immer verlassen könne, daß er von allem ihm Anvertrauten die Wahrheit angebe, damit keine Mißverständnisse entstehen, und man der Unruhen über falsche Auslegung überhoben sei.

Art. 18. Sobald es die Einkünfte der Nation erlauben werden, soll das *grand Council*, nach seiner Einsicht, 6 zu 9 Leute, 12 oder 13 Jahr alt, aussuchen, die von gesammtem Begriff, zum Lernen fähig, und dabei von guter und honestet Moral sind um sie auf Reisen zu schicken: vielleicht 2 nach England, 2 nach Frankreich, und 2 in einige Gegenden der benachbarten Staaten, oder auch anderswohin, wo sie nur ihre Neigung unter die Weissen Leute hingleichen mag: damit sie nicht allein die Sprachen lernen, sondern auch ihre Wesen und ihre Staaten beobachten; welches gewislich in we. 19 Jahren für die ganze Nation sehr erprieslich seyn wird, wenn gehörige Acht darauf genommen wird.

Art. 19. Es ist der Wunsch der *national Assembly*, daß den *Chiefs* vom *grand Council*, außer dem ihnen gehörenden Rang Regierung, U.terwürfigkeit, und Gehorsam, auch äußere Zeichen der Distinction erteilt werden. Dem zufolge ist beschlossen, daß sobald die behüfigen Materialien angeschafft werden können, 18 eigene Ehrenzeichen zu dem Ende ausgeteilt werden sollen, nämlich 3 für jeden Chieff der 3 Stämme vom Bären, Wolf, und der Schildkröte. Die Ehrenzeichen der Kriegshäupter sind, ein grünes auf der Seite rot gestreiftes Band, das auf der linken Seite getragen wird: 9 Ehrenzeichen für die Häupter oder die *Councillors*, mit dem Bilde eines Adlers, auf einem roten Band, das rund um den Hals geht, und vorne auf der Brust herab hängt. Zu merken, daß diese Häupter, sowol Krieger als Räte,

Die diese Zeichen tragen, Männer von Rechtschaffenheit, Ehre, und Weisheit, seyn müssen; die des großen Vertrauens werth sind, daß ihnen nun die NationalAngelegenheiten zu treuen Händen anvertraut werden; und daß man zu Haus, so wie auswärts, wenn man diese Zeichen sieht, daran denken müsse, daß sie von diesem *grand Council* sind und ihnen jederzeit großer Respect erwiesen werden müsse.

Art. 20. Alles was zum NationalBesten gerichen, und künftig vorkommen mag, hier aber nicht berührt ist, soll zu jeder Zeit, durch dieses *grand Council*, zur Zufriedenheit der ganzen Nation, rectificirt werden.

Wir, die *Sachems, Chiefs, HeadWarriors*, von wegen der ganzen *Oneida Nation*, haben, in Erwägung unsrer gegenwärtigen Situation, gewünscht, eine reguläre Regierung, gute Ordnung, Religion, und Grundsätze zu errichten, nicht allein zur Beförderung der Civilisirung, sondern auch um unsre Freundschaft und unsern Eifer für alle unsre Brüder, die Amerikaner, nicht minder auch für ihre Allirte, die französische Nation, zu versichern. In Betracht dessen haben wir, die obbesagte Nation, 20 ConstitutionsArtikel festgesetzt, in Gegenwart des Ehrengedachten *Peter Penet Esq.*, unsers wahren und treuen Freundes, auch auf immer adoptirten und erwählten Agenten, um für uns und für das Wol und Glück unsrer Nation zu handeln. Welche 20 ConstitutionsArtikel, wie die im Council versammelte *Oneida Nation*, hienit einstimmig ratificiren und confirmiren, und uns selbst und unsre ganze Nation fest verbindlich machen, obbemeldete Artikel, alle und jeden, zu halten, zu befolgen, und zu erfüllen, zum künftigen Wolsseyn unsrer selbst und unsrer Nachkommenschaft auf immerdar, damit wir den Charakter

ter einer *sociable & credible* Nation erhalten, und dafür von allen Nationen der Welt angesehen werden.

Zu Bestätigung dessen haben wir, von unsrer Nation wegen, unsre Namen unterzeichnet, und unsre Sigel untergesetzt. Auch sind 2 Abschriften davon gemacht worden, die eine für S. Exc. den Gouverneur von New York, und die andre für den nun in New York residirenden französischen Ambassadeur.

Gegeben in dem Großen Hause von *Scanondoe*, den 25 Oct, im Jahr unsers Herrn 1788, und unsrer neuen Regierung im 1sten.

Gashaweda	—	—	X	his mark
Jeaghiwoangalolis Puligl	—	—	X	
Agwilentengwas Dom. Peter	—	—	X	
Joneaghshiesheu Daniel	—	—	X	
Thaacageandagoyon	—	—	X	
Allowestones Blacksmith	—	—	X	
Kenjako David	—	—	X	
Kahiktaton	—	—	X	
Sagoyontha	—	—	X	
Shonondongh	—	—	X	
Hannah Sodalh	—	—	X	
Seyonghnehalk Konwagalet	—	—	X	
Konoawayete	—	—	X	
Odaghseghte	—	—	X	
Kanaghguraya	—	—	X	
Peter Otfiquette	—	—	X	
Thaghniyongo	—	—	X	
Thonigweoghfohate	—	—	X	
Jekcandyakkon	—	—	X	
Oloftulate Hanury	—	—	X	
Otfetogen	—	—	X	
Teyohagwanda	—	—	X	
Oneyianha Beech Tree	—	—	X	
Thaghneghtolis Hendrick	—	—	X	

Ohonouglego Anthony	—	X
Thaghtagwileca	—	X
Shanaghakigh	—	X

Unterzeichnet und besiegelt in Gegenwart von

P. Penner.

Edward Johnston, Tolmetsch.

P. Chevalier de Goyon,

Vaumano de Fonclaire.

J. F. Lebon.

Colonel Luc Cook.

Zeugen:	Rogienher	—	X
	Margritte Guarinda	—	X

Diese 2 Zeugen, der eine ein junger Mann, die andre eine junge Frau, wurden von dem *grand Council* unserer Assembly vorgerufen, um dieses neuen, anheute ratificirten, bestätigten, und beendigten Regierungsplans, eingedenk zu seyn.

Zu den 2 im 6ten Artikel erwähnten Männern, die die National-Geschäfte besorgen sollen, sind vom *grand Council* der Oneida-Nation ernannt und angestellt, Colonel Luc Cook, und Peter Otisquette.

In fidem

P. Penner Agent,

16.

### Aus Anhalt: Zerbst.

I. Consistorial-Rescript an die Special-Superintendenten in Anhalt-Zerbst, vom Mai 1791.

Nachdem *Sermus* gnädigst zu befehlen geruhet haben, daß wegen des, am 21. März d. J. gewesenen starken Sturms und Schadens, so das Jeverland erlitten, 10 Stunden lang bis in die Nacht, ein Zus. Ber. und Fast. Tag extraordinär, und zwar am 5ten Jun. d. J., in allen Kirchen des hiesigen Landes nach befolgender Ordnung

gehalten werden, zugleich auch Dankfagung, daß nicht mer Schaden und Nachtheil geschehen, ferner zumal Kirche in den Hauptstädten, in allen Dörfern aber amai, so wie auch Kinderkreze gehalten, den Tag über aber alle Musik, und sogar das Orgeln in den Kirchen, verboten, und solcher als ein von der Landes-Herrschaft extra angeordneter Bus- und Fasttag gefeiert, an beiden Kirchen angeschlagen, auch in allen Häusern und Wirts-Häusern &c., bei Strafe, alle Ausschweifungen, so wie an andern Bus-Tagen gebräuchlich, verboten werden sollen: so ist Unser Begeren, die Herren Special-Superintendenten wollen dieserwegen das Weitere verfügen, auch am Himmelfahrts-Feste die dlesfallige Abkündigung veranlassen, zugleich auch dabei die Geistlichen anweisen, wie sie hierbei solchen Schaden, zumal als am 21 März geschehen, als Strafe der Gottlosigkeit und Irreligion, und Nachhängung der Laster und Meineidigung gegen Gottseht darzustellen, und davon Gelegenheit zu nehmen hätten, die Untertanen zur Tugend und Treue gegen Landes-Herrschaft und Wohlstandung der Tugenden anzumaneu, und daß also zu bitten sei um Abwendung aller ferneren göttlichen Strafen, weil Gott nicht brauche zu strafen durch Krieg allein, Gott hätte mer Strafen als nöthig. Wornach sich zu achten u.

---

II. Rescript an die Dienerschaft,  
vom 1 Apr. 1792.

Seymus haben geruhet, den schon vorhin, durch öffentliche Anschläge publicirten höchsten Befehl [s. oben, StaatsAnz. Heft 53, S. 120], daß Höchstbenenfelben niemand nachlaufen, und einer unmittelbaren Bebellion sich unterfangen solle, dahin zu erstrecken, daß schärfest und nachdrücklich allen Civil- und Militär-Personen, so in herrschaftlichen Diensten stehen, angedeutet werde, daß der

Er.



Erste, so sich unterstehen möchte, Höchstbenenselben nachzulaufen, nicht allein seines Dienstes verlustig seyn, sondern auch bestraft werden, und die Familien, so solche angehören, responsabel seyn, und sich an solche gehalten, auch am Ersten, wenn solche Befehle und Warnungen nicht helfen, ein hartes Exempel statuirt werden soll. Wornach ic.

### III. Zu oben StaatsAnz. S. 59, S. 366.

In Sachen des JustizRathmanns *Jtzig* zu Zerbst, gegen den Geh. Hofr. *Hase* daselbst, die von letzterem ausgestossenen sehr beleidigenden Schimpfwörter betreffend, hat auf gerügte Injurien, erfolgtes Geständnis, gefürzte Bescheinigung und ferneres Verfahren, die JuristenFacultät zu Marburg, im Jan. 1791 gesprochen:

*Hase* soll, seiner GegenDenunciation ungeachtet, wegen der wider *Jtzig* zu Schulden gebrachten Ehreverletzlichen SchmachWeden, vor Fürstl. Regierung eine schriftliche Abbitte und EhrenErklärung, jedoch seiner Ehe unnachtheilig, dem *Jtzig* thun; dahnebst die durch seine unleidliche Vergehung verursachte GerichtsKosten, nach vorhergehabter ic. Ermäßigung, erstatten. Auch wird derselbe hierüber noch in 25  $\text{rL}$  Strafe zu milden Sachen anzuwenden nicht unbillig verurtheilt. Dann ist die von *Hase*, nach der vom Gegner gehörig eingebrachten Duplik und Schluß-Schrift, der klaren ProceßOrdnung zuwider, überreichte neue Schrift, für zulässig nicht zu achten; daher dieselbe von den Acten zu verwerfen steht. Im übrigen hat Denunciat und GegenDenunciant, diesen UrtheilsBetrag ebenfalls zu bezahlen.

Dieses Urtheil soll von der Zerbster LandesRegierung schon vor Jar und Tagen publicirt —, aber noch den 22 Nov. dieses Jars von ihr, deren Mitglied *Hase* ist, in den wesentlichsten Stücken nicht vollzogen worden seyn.

17.

Aus Lippe-Detmold, 12 Mai 1792.

„Urteil in Untersuchungssachen gegen den Fürstl.  
Lippischen Regirungs- und CammerPräsidenten von Hoff-  
mann (S. 23 — 25), mit den EntscheidungsGründen  
(S. 26—102), und einer Erzählung von ihrem Anlasse  
(S. 3—22). 1792, 8.

In Sachen der Landschaft der Grafschaft Lippe-  
Detmold, dann des Rats und HofRichtsAssessors Mü-  
ller zu Detmold, dann der sogenannten Deputirten der Lip-  
pe-Detmoldischen LandesUntertanen, Knollmanns und Con-  
sorten, Denuncianten, gegen . . . von Hoffmann zu Det-  
mold, Denuncirten, sprach die JuristenFacultät in Jena:

Die LandStrände so wenig, als der codenunciantische  
Müller, sind in denen unter den Anlagen zum GeneralCom-  
missionsProtocoll sub Num. 7, und 2, 5, 1, befindli-  
chen Eingaben des sel. Grafen Wilhelms zur Lippe, und  
der sogenannten Deputirten der LandesUntertanen, dem Prä-  
sidenten gemachten Beschuldigungen weiter, als sie sich sol-  
che in dem Gen.CommissionsProtocoll S. 146, und in der  
unter den Anlagen zu diesem Protocoll anzutreffenden Ver-  
anlassung, zu eigen gemacht, zu vertreten, wol aber die so-  
gen. Deputirten sind solche ihres Theils zu begründen, schul-  
dig. Weil aber letztere solches zu tun nicht vermocht,  
auch bei den nichts desto weniger Amtshalbher angestellten  
Commissariischen Untersuchungen sämmtlicher dem Denun-  
cianten in obigen Eingaben gemachter Beschuldigungen, sich  
deren Ungrund allenthalben ergeben: so ist Denunciat nun-  
mer von denselben, und aller weiteren desfalligen Verant-  
wortung, frei ledig und los zu sprechen

Demnächst sind die LandStrände dem Präsidenten  
eine außerordentliche schriftliche Erklärung, daß sie ihn we-  
gen der 2ten Beschuldigung für unschuldig halten, und ge-  
gen denselben keinen Verdacht hegen, Müller aber eine  
dargleichen Abbitte und EhrenErklärung zu tun gehalten,  
und

und hierüber leſeret noch mit 20  $\text{R}$  in öffentliche Strafe zu nehmen. Die sogenannten Deputirten hingegen ſind mit Gröblichſter Zucht Haus Strafe oder öffentlicher Karren- oder andrer dergleichen Arbeit zu belegen: ſie könnten und wollten denn, nach vorübergehender ſcharfer Verwarnung vor dem Mitleid und deſſen ſchweren Strafen, ſich eiblich reinigen, und daß ſie die unter den Anlagen . . . befindliche Schrift nicht fertigen laſſen, auch dem Verfaſſer derſelben deren Inhalt nicht eingegeben, vielmehr auf die von ihnen . . . angegebene Art ſelbe ihnen zugebracht, und ſie zu deren Unterſchrift und Eingabe verleitet worden, ſchwören; in welchem Fall ſie mit 14tägigem B. ängnis, wechſelsweiſe bei Waſſer und Brod, zu beſtrafen. Die ſämmtlichen Unterſuchungs- und Verſchickungskoften, ſind von des ſel. Graſen *Wilhelms* Erben zum einen, und den ſogen. Deputirten zur andern Hälfte, nicht unbillig zu tragen.

---

18.

Hannover, 19 Oct. 1792.

Zu oben Heft 66, S. 196.

Von dem Könige iſt der extrao-dinäre Conſiſtorial-Secretär, Fried. Chriſtn. *Gladbach*, da er auf eine höchſt ungebührliche und Pflichtwidrige Weiſe, one Urlaub, aus dem Dienſt entwichen, und nach Frankreich gegangen, ſeines Dienſtes one Abſchied verluſtig erklät; und zugleich verordnet, daß ſelbigem der künſtliche Aufenthalt im Allerhöchſt Ihro ſämmtlichen d. u. r. i. ſchen Län- den, bei wiſſenſchaftlicher Strafe, ſchlechtersdings untermagt ſeyn, und auf keine Weiſe geſtattet werden ſoll. Welches demnach iſt.

---

Decemb. 1792.

Schlözer's  
Stats-Anzeigen.

Heft 69.

XVIII. Band.

Göttingen  
bei Ruprecht  
1792.

December.

temporal Government of the Pope's State (London, 1788) liegt hier bloß zum Grunde.

Göttingen, auf Kosten des Verf. 1792 Parallele zwischen Peter dem Großen und Karl dem Großen, gezogen von A. I. L. von Wackerbarth. 8, 276 S. — Von Ebendems. zu Leipzig, bei Beer: Parallele zwischen Leopold II und Albrecht II, 8, 200 S. — Noch hat Ebenders. den 6 Nov. 1792, eine Vergleichung Ludwigs XIV mit Aurore auf Pränumeration zu 16 ggr. angekündigt.

Göttingen, 1792. Index chronologicus, sistens foederis pacis, navigationis ... a regibus Daniae ac Norvegiae ac comitibus Holstiae inita cum gentibus intra & extra Europam ..., ab anno 1200 usque ad 1789, editus ab Ivaro Quistgaard, Seelando-Dano. 10 Bogen in 8, die eine ausgebreitete Belesenheit, und die seltne Kunst systematischer Anordnung, bei dem Verf. beurkunden.

Göttingen, auf Kosten des Verf., 1792. Elemente des russischen Staturrechts, oder Hauptzüge der Grundverfassung des russischen Kaisertums, in systematischer Ordnung (tabellarisch, in Columnen) dargestellt, von Balthasar Freiherrn von Campenhausen: 6 Bogen in Fol. Die Schrift selbst macht den historischen und politischen Einsichten des Verf., und die vorangesetzte Zuschrift seinem Herzen, Ehre.

Von ebendems. Verf. ist: Versuch einer geographisch-statistischen Beschreibung der Statthalterschaften des russischen Reichs. Istes Stück, Statthalterschaft Olonetz. Verlegt von Ruprecht, 1792, 8, 72 S., mit einer Charte.

Prag. Die Böhmische Litteratur lebt mit Macht auf. Schon 1785 schrieb Maxim. Schimek ein "HandBuch für einen Leser der böhmischen Litteratur (Wien, 8, 138 S.). Nun ist bei Calve in Prag, 1792, herausgekommen, I. Joh. Dobrowsky Geschichte der böhmischen Litteratur und Sprache, 8, 219 S. II. Paul Stranfsky's Stat von Böhmen, übersetzt, berichtigt, und ergänzt von Prof. Ignaz Cornova: Ister und Iler Band, von 523 und 555 S. in 8. — Fortunatus Durich hat auf 4 Seiten in 8 angekündigt, eine Bibliotheca Slavica antiquissimae dialecti communis & ecclesiasticae universae Slavorum gentis. V Vol. comprehensa.

Hannover, Michaelis-Messe, 1792. Hier haben die Buchhändler, Brüder Hahn, drucken lassen: Istes systematisches (nicht durchaus nach dem A B C, sondern nach den Wissenschaften geordnetes, also in mancher Absicht weit brauchbareres) Verzeichnis der Bücher, welche bei ihnen zu haben sind: 216 S. in 8.

Leipzig, bei Crusius, 1792. Ueber die Mittel gegen die Ueberhandnehmung des SelbstMordes. 8, 48 S.

daß er nichts weiter zuzufügen hätte. Und auf weiter, Vorstellung, daß das HofGericht nur von ihm ein umständliches, zusammenhängendes, und wahrhaftes Bekänntnis von allem fodre, was in dieser Sache von Anfang bis zu Ende ihm bekant seyn könnte, äußerte er sich:

Er habe nicht die geringste Kenntnis von irgend etwas gehabt, was diese Sache betrafte, als erst nach seiner Ankunft in der Stadt, in der Nacht zwischen dem 13 und 14ten vorigen März. An bemeldtem Tag nachmittags habe er von *Lilljeb.* einen Besuch bekommen, welcher ihm gesagt, er habe von *Bjelke* davon sprechen gehört, daß der König den Freitag vorher, oder den 9 März, auf der angelegten Mascarade hätte in Gefar seyn können, wenn solche nicht damals aufgeschoben worden wäre; und daß diese Gefar, von der er v. *Engestr.* geglaubt, daß sie des Königes Leben angehe, dem Könige noch weiter bevorstehen könnte: worüber sie beide bestürzt gewesen. Was weiter

zwischen ihm und *Lilljeb.* über diese Sache gesprochen worden, könne er sich nicht mer besinnen; er bezeuge aber, daß dieses Gespräch nicht davon gewesen, was vorgenommen werden solle, falls sich das Unglück mit dem König zutrage. Den folgenden Donnerstag abends zwischen 7 und 8 Ur, wäre der Obr.Lieut. wieder zu ihm gekommen: hier hätten sie von eben der unangenehm'n Sache gesprochen, und daß einer von beiden indeß weitere Nachrichten darüber erhalten hätte.

Freitag morgens habe er wieder den Obr.Lieut. besucht, um zu hören, ob solcher seit gestern nichts weiter von der Gefar erfahren, mit der der König bedroht würde: worauf *Lillj. b.* geantwortet, er habe niemand darum gefragt, und hoffe, daß das Unglück nicht geschehen solle. Doch hätten sie hernach darüber raisonnirt, was ein solcher Vorfall für Unruhe im Lande, und sonderlich in Stockholm, nach sich ziehen würde; wobei er v. *Engestr.* die Reflexion gemacht, daß, wenn das Unglück geschehe, es gut wäre, daß die RegimentsChefs in der Stadt zeitig

daß dem Königemächtes wißriges begegnen möge; wen wir dabei im Verbocht haben sollten, wußten wir nicht. Am Freitag vormittags bezog ich die Visite bei *Lilljehorn*, und wir kamen auf eben die Materie, und machten die Reflexion, daß die höchste Unruhe im Lande, und zuerst in der Hauptstadt, entstehen würde, wenn dem Könige ein Unfall begeben sollte. Was *Stockholm* betrifft, so glaubten wir, es käme rar darauf an, daß die hiesigen Chefs zeitig davon benachrichtigt würden, wenn etwas vorfiele; doch wünschten wir inniglich, daß nichts geschehe. Der Obr. Lieut. rechnete einige derselben her, auf alle aber konnten wir uns nicht besinnen. Ich ging sodann nach Haus, und mir fiel ein, ihre Namen nach dem Calendar aufzuzeichnen: dieses Verzeichniß steckte ich zu mir, falls ich den Obr. Lieut. antreffen sollte, der gesagt hatte, er würde zu Mittag bei dem Gen. *Pachlin* speisen, wohin ich auch gehen war. Ich hatte es vergessen, bis ich weggehen wollte: da ich aber den Obr. Lieut. mit *Pachlin* im Cabinet erblickte, und aus ihrem Gespräch urtheilte, daß von eben der Sache die Rede wäre; besann ich mich auf jenes Verzeichniß, wobei einer von uns erwänte, daß außer der allgemeinen Bestürzung darüber, wenn dem König ein Unglück begegnen sollte, der Königin Maj. vorzüglich in die höchste Unruhe versetzt werden würde. Dem zufolge wurden einige Damen und Cavaliers genannt, von denen man glaubte, daß sie bei Ihrer Maj. Zutritt hätten. Hierauf ging *Lilljehorn* und ich zusammen weg, und wie wir uns auf dem *Norrmalms* Markt trennten, vereinten wir unsres Wunsche für des Königes Wol.

*Stockholm*, 29 März 1792.

Jac. von *Engeström*.

1. Wenn der Gen. *Pachlin* versprochen hat, mich von den Anstalten in *Stockholm* während des Tags in Hesse zu benachrichtigen: so hat er es vergessen. Ich konnte sie nicht, auch gehören sie nicht zu der vorliegenden Sache.

2. Der

2. Der Obr. Lieut. *Lilljeborn* beliebe zu verzeihen, daß ich die mir beigemessene Aeußerung, in so weit solche irgend einen Wunsch von mir, enthalten solle, daß der König in fremden Ländern ein Unglück haben möchte, nicht anerkenne. Hoffentlich läßt mir der Obr. Lieut. nun, wie vorhin, die Gerechtigkeit widerfahren; daß ich vor der schrecklichen That, die im Werke war, einen Absehen hatte. Auch weiß ich nicht, daß ich auf irgend einen Mitbürger einen Schatten geworfen hätte.

3. Auf die gemachten schweren suppositionen antwortete ich: ich habe mich mit niemand über einen Plan besprochen; ich weiß auch von keinem Plan, oder irgend einem gemachten Anstalten. Freiwillige, oder wie sie heißen mögen, habe ich nicht gekannt; Arresturgen habe ich mir nie vorgestellt. Aber ich war überzeugt, daß *Lilljeb.* reines Absichten, und blos Ruhe zum Zweck, hatte; und dies, verbunden mit meiner wirklichen Hochachtung für ihn, machte, daß ich, wie ich oben gemeldet habe, in dem Teil seinem Zutrauen entsprach, wenn er gleich meiner Wifire einen andern Zweck unterlegt. Bei dem ganzen angeführten Discours bei *Pechlin* war *Lilljeb.* zugegen; und mit allem Grunde kan ich sagen, daß die Ideen, während des Discourses, unreif und wenig entwickelt waren. Sie konnten auch nicht anders seyn, da sie zu keinem System gehörten, sich auf keinen Plan stützten.

Mein Promemoria, wie ich schon bemerkt habe, war gewiß kein Plan zu irgend etwas, sondern es enthielt nur einige Worte zu meiner Erinnerung, wie ich täglich aufzulesen pflegte. Von einem Manifest war keine Frage. Ich weiß nicht, daß man an so etwas, oder zu was Ende, gedacht habe. Wie die Reichs-Regirung auf den fatalen Fall, wenn den König ein Unglück träfe, werden könnte, darüber ward beklüget. Ich lasse dahin gestellt seyn, wie das Compliment lautete, das dem Gen. *Pechlin* gemacht worden seyn soll: aber man vermutete, die vorige Rats-Cam-



nier würde wieder hergestellt werden. Wie die Königin auf eine schließliche Art die Nachricht erhalten könnte, faßte selber den König ein Unglück treffen sollte, davon war man auch bald ab, als von einer Sache, die Ihrem Hof-Stat zugehörte. Alles das ward sehr heftig gesprochen, wie gewöhnlich in Gesellschaften bei Sachen geschieht, woran man nicht fähig ist, Theil zu nehmen. Der Discours war kurz, bei dem Verdruß und der Wut über den Anlaß desselben, und vermischte mit Hoffnung, daß der Fall nicht eintreten würde, worüber mir *Lilljeb.*, unter dem wir weggingen, wie ich oben gemeldet, einige Betrüstung gab.

4. Vielleicht muß ich auch etwas von dem Mittags-Essen bei *Pechlin* sagen. Hier ward blos von gleichgültigen Dingen gesprochen; und ich sprach mit niemanden besonders: *Lilljeb.* irrte sich ganz gewiß darin, so wie er sich auch nicht erinnert, daß wir zusammen fortgegangen sind.

5. Wie ich verneine, hat *Lilljeb.*, als von seinem ersten Besuch bei mir die Rede war, vermuthen wollen, als hätte ich durch den Baron *Bjelke* von dem abscheulichen Anschlag auf des Königs Person Nachricht gehabt: aber diese Vermuthung ist ungegründet. *Bjelke* besuchte mich Mittwoch; aber die Visite war kurz, und die Rede blos von unserm Reffen auf der Rückert von Geste. Er sagte, er werde ein andermal zu mir kommen; aber er war nachher nicht bei mir. Stockholm, 3 Apr. 1792.

Jac. von Engeström.

An dem Plane und der Zurüstung zu dem an dem sel. Könige verübten scheuslichen und höchstverabscheuungswürdigen Mord, habe ich nicht den geringsten Antheil. Wo aber hat mir *Lilljeb.* unglücklicher Weise im Vertrauen eröffnet, daß etwa 8 Tage vor meiner Rückkunft nach der Stadt, dem Könige eine Gefahr bevorgestanden sei, und daß der König auch damals noch Gefahr laufen könnte. Mit welcher Bestärkung ich diese vertrauliche Eröffnung angenommen.

nennen, kan er gewiß bezugen, da er mit mir in den  
 größten Abscheu-davor elastimmte. Auch nachher habe  
 ich mit ihm davon gesprochen, wie die Aussagen erlautern.  
 Ich bin solatlich dartin schuldig, daß ich gewußt, daß der  
 König in Gefahr sei, und es nicht angegeben habe. Es  
 hat mich innigst gereut, ob'r leider zu spät, als der Schaden  
 geschehen, und das Unglück schon eingetroffen war, nach-  
 des den Einwohnern des schwedischen Reichs den unerträ-  
 glichen Verlust eines großen und weisen Königes gebracht  
 hat. Gewiß stand ich mer als einmal auf dem Punct, ab-  
 neuen Schritte zum Angeben zu tun; aber, mich hielt die  
 Furcht zurück, ich mögte nicht beweisen können, was mir  
 im Vertrauen unter 4 Augen gesagt worden war, oder ich  
 würde dadurch einen Mann exponiren, den ich hochschätzte,  
 wenn der sich selbst an meine Stelle setzte. Ihn selbst durfte ich  
 in keinem Verdacht haben. Dem, der ihm die Nachricht  
 gegeben, traute ich damals auch nichts böses zu. Ich  
 wußte keine Particularitäten, ich hatte nicht den mindesten  
 Begriff von dem oder denen, die mit in dem Complot wa-  
 ren. Ich hoffte immer, daß die Nachricht ungegründet  
 seyn würde, und rechnete stark darauf, daß Lilljoh., der  
 die beste Gelegenheit, ja mer als ich, dazu hatte, Mittel  
 und Wege finden würde, dem befürchteten Unglück vorzu-  
 kommen. Bei allem dem bin ich gleichwol Strassfällig,  
 daß ich das, was ich wußte, so unvollkommen es auch  
 war, verschwiegen habe. Ich bin darüber innigst gerührt.  
 Ich seufze zu dem Höchsten um dessen gnädige Vergebung  
 für diese und viele andre von mir begangne Sünden.  
 Nächstdem flehe ich zu Sr kgl. Hoheit des Regenten  
 Gnade, daß er die Strafe, die mir das weltliche Gesetz  
 auferlegen möchte, zu mildern geruhe. Die Aufrichtigkeit  
 könnte einiger maßen für mich sprechen, mit der ich mein  
 Verbrechen sogleich eingestanden habe, dessen ich sonst nicht  
 gefesslich hätte können überführt werden: aber ich liebe die  
 Wahrheit. Möchte doch der Regent, der mir immer Huld

benutzen, mir diese meine unterthänige Bitte nicht versagen! Ich bin ganz voll von der Sr Hoheit Person ganz ergebener Dankungs Art; und diese Dankungs Art soll bei mir nie aufhören. Aber ich überlasse mich selbst dem Andenken an eine liebe und unschuldige Frau und Kinder: möchten sich deren Thränen mit meinen eigenen vermischen dürfen! und wann sie nichts für mich ausrichten können, möchten sie wenigstens Sr Hoh. güttes Herz bewegen, deren Unschuld gnädigst zu beherzigen! möchten sie, falls sie mich verlassen, nicht das Nothwendigste zu ihrem Unterhalt entbehren müssen! Die Gnade und Milde, die Se Hoh. mir und Ihnen zu erweisen gütigen würde, würde von einer zahlreichen Familie, die an meinen Versehen keinen Anteil hat, die aufrichtigen Vorbiten und SegensWünsche über Se Hoh. bringen. Ich mag nicht viele Worte machen; alles kommt auf Sr Hoh. Gnade an; für diese falle ich nieder, zu dieser fliehe ich.

Stockholm, 3 Apr. 1792.

Jac. von Engeström.

Nachdem diese Aufsätze dem CanzleiRat vorgelesen, und alle 3 von ihm, als von ihm eigenhändig geschrieben, anerkannt worden, für der Actor, Bürgerm. *Fagerström*, fort, wie folget. "Aus allem dem, was sowol des CanzleiR. eigene Bekännnisse enthielten, als andre gegen ihn während der Untersuchung vorgekommene Umstände aufklärten, wäre völlig ausgemacht, daß der CanzleiR. bei der Anlage des nun vorliegenden HalsVerbrechens mitwissend gewesen. Dennoch vermisse er, Actor, in des CanzleiR. abgegebenen Berichten die Accurateffe und den Zusammenhang, der von einem aufrichtigen Bekännnisse unzertrennlich sei; und stelle daher anheim, ob dem CanzleiR. nicht solle angezeigt werden, nun vor dem HofGericht einen ordentlichen und vollständigeren Bericht von allem dem, was ihm in dieser Sache bekannt geworden, abzugeben.

v. Engestr. erwiederte, er habe bereits alles, was ihm hietzu bekannt wäre, so aufrichtig zu erkennen gegeben,

des

genau bekannt gewesen sei; welches des Canzl.R. Vorgeben, als wenn er von deren übrigen Planen und Projecten so gar nichts wüßte, hinlänglich zu widerlegen schiene. Aber der Canzl.R. antwortete: wenn Lilljeh. dieses ausgesagt, so habe er sich geirrt. Er versicherte, daß Bjelke nie mit ihm von dieser Sache gesprochen habe. Schliesslich hielt er um Erlaubnis an, den schriftlichen Aufsatz, den er bereits angefangen hätte, fertig machen, und dem HofBericht übergeben zu dürfen.

Hierauf äußerte der Actor: insofern der bestimmte weitere Bericht nicht hauptsächlich eines andern Inhalts wäre, als was der Canzl.R. nun angeführt; so brauche man solchen nicht. Und da derselbe, wiewol er selbst eingestanden, was ihm durch die Aussagen der Uebrigen zur Last gefallen, daß er nicht nur etwas von der Esar, die dem Könige vorgestanden, gewußt, sondern auch Gespräche über —, und Kenntnis von der nach des Königes Wegschaffung erzielten RegimentsVeränderung gehabt; er aber dem ungeachtet zaudere, näher auseinander zu setzen und zu erklären, was es damit für eine Bewandnis habe, vielmehr solches unter Prätecten, die nicht glaublich wären oder seyn könnten, zu vertuschen suche: so stelle er Actor anheim, ob nicht der Canzl.R., als bereits durch sein eignes Bekenntnis eines schweren Verbrechens überführt, mit härterem Verhaßte anzusehen wäre, um in dieser höchst wichtigen, und das ganze Reich angehenden Sache, ein vollständiges und wahrhaftes Bekenntnis abzugeben.

Der Actor und der Canzl.R. traten ab. Nachher wurde beiden mündlich eröffnet: dem Canzl.R. werde bis morgen früh um 10 Ue Zeit gelassen, seinen schriftlichen Bericht zu verfassen, in der Vermutung, er werde dorthin genau der Aufrichtigkeit folgen, die die Wahrheit erfordere. Mit des Fiscals Ansehung aber, wegen einer härteren Gefangenschaft, wolle das HofBericht seinen Ausspruch noch

davon abverlet wurden, in der Absicht, nie etwa die Mor-  
te fisten, die tranquillité zu befördern. Und während dieser  
Unterredung soll *Lilljeh.* einige gewisse Chefs, wiewol one  
alle Absicht, genannt haben. Wie er v. *Engestr.* nach  
Haus auf sein Zimmer gekommen, habe er den Almanach  
vorgelegt, um die Namen der Chefs nachzusehen; welche  
er auch auf ein Promemoria geschrieben, verglichen er für  
jeden Tag gewöhnlich zu machen pflege, wenn er etwas in  
Gedächtnis behalten zu vornehmen wollte: auf bemeldtem Pro-  
memoria aber soll nichts gestanden seyn, was diese Sache  
betrafte. Doch habe er diesen Auftrag nicht mit bei der  
Hand; denn er sei gewohnt gewesen, jeden Abend verglichen  
Promemorien auf den Ofen zu legen, und sie zu verbren-  
nen, wenn er vorher das, was er nicht getan, und sich des-  
sen folglich den andern Tag weiter erinnern müssen, extra-  
hirt, und auf ein andres Papier geschrieben hätte. Fre-  
tag Mittags den 16 März, wie er sich zu *Pechlin* be-  
geben, zu dem er gebeten gewesen, und wo er unter andern  
auch *Lilljehorn* und *Bjelke* angetroffen; habe er vorbemel-  
tes Promemoria mit sich gehabt. Ueber Lische soll das Ge-  
spräch nur gleichgiltige Sachen angegangen haben: nachher  
habe er v. *Engestr.*, da er vergessen gehabt, mit *Lilljeh.*  
von den auf dem Promemoria angezeichneten Chefs zu spre-  
chen, bis er eben weggehen wollen, sich dessen erinnert,  
und sei zu *Pechlin* hingegangen, der mit *Lilljeh.* ganz al-  
lein im Schlafzimmer gewesen wäre. Er, dem solche von  
der Sache zu sprechen geschienen, über die sich er und *Lill-  
jeh.* vorhin besprochen, habe sodann letzterem die Namen  
der auf dem Promemoria verzeichneten Chefs vorgelesen:  
worauf die Frage entstanden, wie doch wol, auf den be-  
fürchteten unglücklichen Vorfall, die ReichsRegierung wer-  
den könnte? Hierüber hätte man, wie in andern Gesell-  
schaften, in die Kreuz und Quer rasonnirt. Von der al-  
ten RatsCammer, und wie solche aus den Mitgliedern be-  
stehen könnte, die solche vorher ausgemacht, wäre zwar ge-  
spro-

sprochen worden; wobei er v. Engestr. samt Lilljeb. dem Bau-Rat Pechlin eine Art von Compliment gemacht: "wie wärs, wenn der General dahinein kommen sollte"? Aber alles das sei nur Reflexionsweise, und eine gewisse Direction jemandem aufgetragen werden sollte; geschehen. Das Gespräch zwischen Pechlin, Lilljeb., und ihm v. Engestr., betreffend, wie die Königin, falls das Unglück geschähe, davon avisirt werden sollte, sei auch eine Ueberlegung und Beschluß geschehen. Weiter meldete der Canzl.R., sie alle hätten erkannt, daß der Verlust des Königes groß seyn würde, und daß sie demzufolge wünschten, daß dem Unglück vorgebeugt werden könnte.

Der R.Drost stellte dem v. Engestr. vor, wie unbekannt die Berathschlagung über die Wiederherstellung der Rats-Cammer auf den Fall des Todes des Königes gewesen, besonders da ihm v. Engestr. nicht unbekannt haben können, daß der König bereits sein Testament verfaßt hätte, welches, der Regirungs-Form §. 37 zufolge, die Reichs-Regirung bestimmen, und im übrigen das Gesetz wäre, welches auf den unglücklichen Fall des Hingangs des Königes, befolgt werden müßte. — Der Canzl.R. antwortete: vom Inhalt des Testaments des Königes wisse er nichts; er könne sich aber nichts anders als die Rats-Cammer vorstellen, wenn der König, der das Leben und die Seele in allem wäre, nicht mehr existirte: und versicherte übrigens, daß er wirklich nichts zu irgend einem Plan getan, oder Theil daran gehabt habe.

Auf die Vorstellung, warum er Canzl.R., da er doch das Unglück abzuwenden gewünscht, nicht bei Zeiten, wie seine Schuldigkeit gewesen, lieber das, was er davon erfahren, angegeben, als auf das hinausgedacht habe, was geschehen sollte, wenn sich das Unglück ereignet hätte? erwiederte er: nachdem er zum erstenmal von Lilljeb. mit wenigen Worten und ohne Detail erzählt gehört, daß der

König in Gefahr seyn könnte, habe er wol mehrere Male darauf gedacht, solches anzugeben; aber er habe gar keine Particularitäten davon gewußt, und keinen Verdacht auf einen Freund haben können, der ihm im Vertrauen etwas mittheilt, was er selbst von andern sprechen gehört. In dieser Rücksicht, und da er gesehen, daß er keine Denunciation in einen Beweis einklagen könnte, sei er von seinem Drang abgehalten worden, durch Angebung der wenigen unsichern Nachrichten, die er von der Gefahr eingelesen, einen Schritt zu thun, durch den dieselbe hätte können gehindert und abgewert werden. Er versicherte weiter, er habe dabei nicht die Absicht gehabt, etwas in Ansehung der ReichsRegierung auszurichten, falls der König unkommen würde, ob er gleich beim Discourirn hierüber Reflexionsweise seine Gedanken geäußert: dies fände er zwar, wie er sagte, dumm; aber auf alle Fälle hätte er doch in einer solchen Sache nicht das Geringste zutun können.

Auf die Frage, ob er bei *Pechlin* nicht über diese Sache mit *Bjelke* gesprochen, erklärte er: während dessen, daß er bei *Pechlin* gewesen, habe er alles, was diese Sache betraf, gänzlich vergessen gehabt, bis er weggehen wollte. Uebrigens habe er von *Bjelke* nichts böses gewußt, und bei *Pechlin* wäre gewöhnlich immer alles munter und lustig. Die Unterredung wäre auf allgemeine Dinge gefallen; und nach deren Endigung mit *Lillieh.*, sei er mit diesem weggegangen, ohne sich mit irgend einem andern in ein besonders Conversation einzulassen.

Der Fiscal erklärte, daß, da er den Canzl. R., theils nach seinen eignen Bekännntnissen, theils nach dem, was während der Untersuchung sonst gegen ihn aufgetaucht wäre, schon eines Verbrechens gegen *Mißg. Balk. Cap. 4. §. 3.* überführt fände, er nicht umhin könne, zu verlangen, daß nach besagtem Gesetz, des v. *Engestr.* Verurtheilung mit *sequester de non alienando* bis aufs weitere belegt

belegt würde. Der Canzl.R. erwiderte: er wisse nicht, was Gesez und Verordnungen hierinn vorschrieben. Die Worte bemeldten Gesezes wurden ihm hierauf vorgelesen; und er äußerte sich, er glaube nicht, daß sein Verhalten für Theilhaftigkeit an einer Verrätheri angesehen werden könne. Er hätte alles abläugnen können; habe aber aus Liebe zur Wahrheit redlich bekant, was er gewußt, und auch die Gründe angeführt, warum er das ihm im Vertrauen Entdeckte nicht denunciren können. Er wurde durch den Wachthobenden Officier abgeführt; und das HofGericht wollte in der Folge über des Fiscals Forderung sprechen.

Nun wurde der Major *Hartmansdorf* (oben Heft 68, S. 450), dann der CanzleiRath *Lilljeström*, abgehört: worauf der CanzleiR. v. Engestr. wieder vorgeführt wurde.

PROTOCOLL. 147 — 149. Das HofGericht führte ihm die gerühmte Wahrscheinlichkeit zu Gemüthe, die sich in seinen, so wol schriftlichen als mündlichen Bekännnissen zeigte, und wie sich daraus genugsam ergäbe, daß diesen seinen bisher abgegebenen Bekännnissen die Aufrichtigkeit und Vollständigkeit fehle, die man von ihm hätte erwarten müssen, und auf deren zu Tagelegung bedacht zu seyn, er nun hinlänglich Zeit gehabt. — Der Canzl.R. erklärte: er könne nicht läugnen, daß seine Berichte wol in ihrem Zusammenhang unvollständig wären; aber er glaube auch, daß sie nicht anders seyn könnten, weil sie, so wie sein Verhalten selbst, blos leere Discourse und solche Raionnements enthielten, die zwischen ihm und *Lilljeb.* vorgefallen wären. Jedoch habe er, um mer Ordnung zu gewinnen, statt der mehreren von ihm Stückweise verfaßten Berichte, einen ordentlicheren und zusammenhängenderen aufzusetzen angefangen, den er aber noch nicht ganz fertig kriegen können: auch bezeugte er, daß er auf keine Weise etwas verschweigen wolle, was zur Sache und zur Wahrheit gehöre.

Ihm



Ihm wurde sodann vorgestellt: wie er, da er durchaus behaupte, daß er das gegen des kgl. Königs hohe Person, vorgehabte gräßliche Attentat, mit Abkheu und Schauern angesehen, gleichwol nicht, da er doch noch sehr nem eigenen Geständnis darum gewußt, dieses Unglück wenigstens abzuwenden, oder dergleichen Plane gehörig und beizelten anzugeben gesucht, dahingegen vielmehr in Gespräche und Berathschlagungen über die Anstalten, welche, falls sich das Unglück ereignete, in den allgemeinen ReichsGeschäften zu machen wären, eintretet sei? Er antwortete: gewißlich sei er mehrere male darauf bedacht gewesen, eine solche Denunciation zu machen; aber außerdem, daß er sich immer mit der Hoffnung geschmeichelt, daß dieses verbrecherische Vorhaben nie zur Ausführung kommen würde, und daß *Lilljeh.*, der ihn ebenfalls mit dieser Versicherung getröstet, solchem, als welcher die beste Gelegenheit dazu hätte, vorzukommen suchen würde — sei er auch durch die Betrachtung davon zurückgehalten worden, daß das Wagnis, was er hiervon gewußt, ihm im Vertrauen von einem Freund, von dessen Rechtschaffenheit und Absichten er sich immer den vorteilhaftesten Begriff gemacht, mitgeteilt worden; daß er keine Particularkräften gewußt, die seiner Meinung nach zu einer ordentlichen Denunciation erforderlich gewesen wären; und endlich daß er gefürchtet hätte, im Beweis stecken zu bleiben, den er in solchem Falle führen zu müssen geglaubt, den er aber nie hätte führen können. Nie habe er einige Berathschlagungen oder Plane über das, was geschehen sollte, gehabt; sondern die Gespräche hätten nur Raisonnements und Reflexionen darüber enthalten, was sich vielleicht ereignen könnte, falls der bevorstehende unglückliche Zufall, wider seine Erwartung, eintreffen sollte.

Der *Aktor* erkannte hierbei: *Lilljeh.*, dessen Aussage für den *v. Engestr.* in vielen Stücken sehr grabirend wäre, habe auch gemeldet, daß der *Canzl.R.* mit *Bjelsk* genau

genau bekannt gewesen sei; welches des Canzl.R. Vorgeben, als wenn er von den übrigen Pönen und Projecten so gar nichts wüßte, hinlänglich zu widerlegen schiene. Aber der Canzl.R. antwortete: wenn *Liljeh.* dieses ausgesagt, so habe er sich geirrt. Er versicherte, daß *Bjelke* nie mit ihm von dieser Sache gesprochen habe. Schliesslich hielt er um Erlaubnis an, den schriftlichen Aufsatz, den er bereits angefangen hätte, fertig machen, und dem HofGericht übergeben zu dürfen.

Hierauf äußerte der *Actor*: Insoferne der bestimmte weitere Bericht nicht hauptsächlich eines andern Inhalts wäre, als was der Canzl.R. nun angeführt; so brauche man solchen nicht. Und da derselbe, wiewol er selbst eingestanden, was ihm durch die Aussagen der Uebrigen zur Last gefallen, daß er nicht nur etwas von der Gefahr, die dem Könige bevorstanden, gewußt, sondern auch Gespräche über —, und Kenntnis von der nach des Königes Wegschaffung erzielten RegimentsVeränderung gehabt; er aber dem ungeachtet andere, näher auseinander zu setzen und zu erklären, was es damit für eine Bewandnis habe, vielmehr solches unter Prätecten, die nicht glaublich wären oder seyn könnten, zu vertuschen suchte: so stelle er *Actor* anheim, ob nicht der Canzl.R., als bereits durch sein eignes Belänntnis eines schweren Verbrechens überführt, mit härterem Verhaßte anzusehen wäre, um in dieser höchstwichtigen, und das ganze Reich angehenden Sache, ein vollständiges und wahrhaftes Belänntnis abzugeben.

Der *Actor* und der Canzl.R. traten ab. Nachher wurde beiden mündlich eröffnet: dem Canzl.R. werde bis morgen früh um 10 Ur Zeit gelassen, seinen schriftlichen Bericht zu verfassen, in der Vermutung, er werde darian genau der Aufrichtigkeit folgen, die die Wahrheit erfordere. Mit des *Fiscals* Anforderung aber, wegen einer härteren Erfangenschaft, wolle das HofGericht seinen Ausspruch noch

nach anstehen lassen. — Munter erhielt der Canzl. R. Fedtr, Dinte, und Papis.

PROT. 160 — 164. 5 Apr. Der Canzl. R. las nun folgenden von ihm unterzeichneten Bericht ab. Alle meine Kenntnis von dem verabscheuungswürdigen Mord-Anschlag auf des sel. Königs Person, fängt sich von der unglücklichen Confidenz an, die mir *Lillieb.* Mittwoch nachmittags machte, ehe sich noch der scheussliche und tiegenug zu beklagende Vorfall ereignete. Ich war erst in der Nacht nach der Stadt, nachdem ich dem KTag in Geste betgetwont, zurückgekommen. Er kam zu mir, und sagte, *Bjelke* habe ihm gesagt, des sel. Königs Person sei vorigen Freitag in Gesar gewesen, und etwas von der Art könne noch bevorstehen. Nun aber mich auf die Ausdrücke zu besinnen, die bei dieser Unterrichtung gebraucht wurden, ist mir unmöglich; gewiß aber ist, und das wird Er bezeugen, daß wir beide den größten Ansehonor hegten und erklärten, und von Herzen wünschen, daß die Nachricht ungegründet seyn, und ein so großes Unglück abgewandt werden möchte. Diese Confidenz unter 4 Augen beunruhigte mich, und ich trug sie mit dem größten Kummer bei mir, hoffte doch zugleich immer, daß die Nachricht ungegründet seyn könnte, besonders da sie nicht mit den geringsten Particulargründen begleitet war, sondern gerade so einzeln, wie ich sie angeführt habe.

Am Donnerstag, wie ich eben meine Affairs besorgte, die während meiner Abwesenheit vernachlässigt worden waren, erinnerte ich mich mit Schrecken an die den Tag vorher erhaltene Nachricht, und dachte mer als einmal daran, was zu tun wäre, um das befürchtete Unglück abzuwenden. Die Sache anzugeben, davon hielten mich folgende Betrachtungen ab. 1. fürchtete ich Verantwortung, wenn ich das, was mir unter 4 Augen anvertraut war, nicht beweisen konnte. 2. befürchtete ich, den Obr.  
steut.

stent. *Lilljeb.* in eben die Verlegenheit zu bringen, falls er sich an meine Stelle setzte. 3. Ihn konnte ich in keinem Verdacht haben; von seinem Gewärsmann war mir nichts böses bekannt. 4. mußte ich keine Particularitäten, weder wann, noch wie, das Unglück geschehen sollte; hatte auch keine Spur, jemanden in Verdacht zu haben. 5. hoffte ich, die Nachricht würde ungegründet seyn; und 6., rechnete ich um so viel mehr auf *Lilljeb.*, daß er, der die besten Gelegenheiten hatte, das zu besorgende Unheil abzuwehren, sie gewißlich nützen würde.

Ich hatte den Abend meine Post geschlossen, als *Lilljeb.* zwischen 7 und 8 Ur zu mir kam. Wir hatten eine Zeit lang von indifferenten Sachen gesprochen, da wir zuletzt auf die unglückliche Affaire kamen, die er mir vorher gesagt hatte. Er sagte, er habe nichts weiter davon gehört; mit unter schmeichelten wir uns mit der Hoffnung, daß die Nachricht falsch seyn könnte. Wir wünschten beide innigst, daß sich das befürchtete große Unglück nicht ereignen, und Mittel und Wege, selchem vorzukommen, sich finden möchten; dies stärkte mich in der Hoffnung, daß er, der mir die Nachricht gegeben, und die beste Gelegenheit dazu hatte, darauf bedacht seyn würde.

Am Freitag vormittags bezalte ich die Visite bei *Lilljeb.* Er sagte, er habe seitdem nichts weiter von der unglücklichen Affaire in Erfahrung gebracht; so wie ich auch nie etwas davon, als von ihm, vernommen: und ich hoffte immer noch, daß solcher vorgebeugt werden würde. Ich machte die Reflexion, wenn den König ein Unglück treffen sollte, wofür uns Gott beware! so wäre viel Unruhe im Lande, und zuerst in der Hauptstadt, zu besorgen; in einer so unglücklichen Lage käme es darauf an, daß die Chefs in der Stadt den Vorfall zeitig erfähen. *Lilljeb.* nannte einige, aber auf alle konnten wir uns nicht besinnen. Es verblieb bei bloßen Reflexionen, und das war das erste mal, daß etwas, über die Materie von dem be-  
fürcht-

schlechteren Unglück hinaus, gesprochen wurde. Er sagte, er würde zu Mittag bei *Pechlin* speisen, wohin ich auch gebeten war; und ich ging aus, den Baron *Riland* zu suchen, der nicht in der Stadt war, und dann verfügte ich mich wieder nach Haus. Nachdem ich mich zuerst mit einigen alten Mäzen beschäftigt, stels mir ein, aus dem Almanach die Namen der Chefs in der Stadt auf mein gewöhnliches Promemoria zu setzen. Nachher ging ich in die *Bant* hinaus, um nachzufragen, was während meiner Abwesenheit vorgefallen, und besonders nach der Publikation, die über die vom *Bant* Ausschuss festgesetzte Materien ausgefertigt werden sollte.

Mittags war ich bei *Pechlin*, wo von nichts anders als indifferenten Sachen die Rede war, und meist gespaselt wurde. Wie ich aber nach dem Essen eben weggehen wollte, fiel mir erst die vorbemerkte Aufzeichnung ein. Und wie ich den *Lilljeb.* bei *Pechlin* im Schlafzammer (habe ich dieses ein Cabinet genannt, so habe ich mich versehen, denn er hat kein Cabinet) erblickte, und aus einigen Worten, die ich hörte, schloß, daß das Gespräch das befürchtete Unglück betraf: so las ich ihm diese Namen vor; weiter aber war keine Rede davon. Sodann entstand die Frage, wie doch die ReichsRegierung werden würde, falls den König ein Unglück treffen sollte, welches man gleichwol weit weg wünschte. Man riet verschieden auf die Personen, die man in Rat nemen könnte, und stellte sich unter andern die Wiederherstellung der vorigen RatsCommer, oder die Verwendung an diejenige, die solche ausmachten, vor. Hier fiel das bemerkte Compliment an *Pechlin* vor, "wie wärs, wenn der General dazu gerufen würde", und seine Antwort, daß er seine commodis nicht aufgeben wolle.

Unter der allgemeinen Bestürzung, die man voraus sah, falls leider dem Könige etwas Ublriges zustoße, stellte man sich auch die Ursache der Königin über einen so kläg.

Möglichen Vorfall vor. Dies gab Anlaß, daß man einige Damen und Herren nannte, die bei Ihr Zutritt haben möchten. Eine weiter zu gehen, zweifelte man nicht, daß die Nächsten vom Hofe die besten Mittel bei einem so höchst unglücklichen Vorfall nützen würden, wenn das leider eintreffen sollte, wovon man wünschte, daß es nicht geschehe. Der Discours war kurz, mit Verdruss und Unruhe über den Anlaß dazu, vermischt mit der Hoffnung, daß das befürchtete Unglück würde abgewert werden können; worauf mich *Lilljeh.*, indem wir mit einander weggingen, einigermaßen vertröstete, uns gleichwol der Methode Erwänung zu thun, die er im Schilde führte. Wir trennten uns auf dem NorrMalmsMarkt. Ich ging nach Haus, und speiste abends bei meiner Schwägerin, der Bischöfin *Taube*; von hier ging ich zur gewöhnlichen Zeit heim, und legte mich schlafen, nachdem ich in meinem Gebet den Höchsten angerufen hatte, den König zu bewahren.

Dies ist der Verlauf der Sache, so weit ich, die wenigen Tage über, da ich in der Stadt gewesen, mit dabei gewesen bin, und ich vermute, daß *Lilljeh.* solches bezeugen werde. Mehr Verbrechen habe ich erkannt, und erkenne es noch; und bereue es herzlich, daß ich das verschwiegen habe, was mir von *Lilljeh.* von der Gefahr, die dem König bevorstehen könnte, so unvollkommen auch seine Nachricht war, anvertrauet worden. Die Ursachen dieses Verschweigens habe ich angeführt. Erst gestern nachmittag, wie ich in dem einen SessionsZimmer des Hofgerichts wartete, habe ich die Stelle in unserm geschriebenen Gesetz kennen gelernt, die über das Verbrechen spricht, das ich begangen habe; ich fand solches in *Misgj. Balk.* cap. 4, §. 4. Demnach vermute ich, Ew. Exc. und das Hofgericht werden nicht gestatten, daß der 3te § auf mich angewandt werde. Ich habe durchaus nicht das geringste von dem Plan und den Anstalten zu dem verabscheuungs-

würdigen Anschlag auf des sel. Königes Person gewußt; ich kannte die Personen nicht, welche daran verwickelt waren, eben so wenig die Pläne und Absichten, die sie dabei haben konnten. Ich war nicht in der Stadt, wie sie, der Sage nach, zum erstenmal sich vorgenommen hatten, ihr Vorhaben auszuführen, welches doch der Höchste damals in Gnaden abwardte. Dies bezeuge ich vor dem Höchsten, der alles sieht und weiß.

Ich kan mir nicht vorstellen, daß Lilljeb. unter den legebemeldten seyn solle; und wäre er wider alle Vermuthung tats darunter, so hat er solches vor mir verborgen. Ich habe ihn hochgeschätzt, und zu ihm das sichere Zukunten gehabt, daß er Ruhe und Stille liebe, wie ich. Ich habe nicht des Königes Tod gewünscht. Ich habe unter seiner weisen Regierung das Beste gehofft, nachdem durch ihn selbst auf dem letzten Zug mer Einigkeit und Eintracht erreicht worden ist.

Daß der Discours bei Pechlin one Absicht war, geruhen Ewr. erleuchtet zu urtheilen. Er wäre unnötig und überflüssig gewesen, wenn die verhandelten Materien zu einem festgestellten Plan gehört hätten. Es wäre ser spät gewesen, alsdann erst wegen eines Plans übereinzukommen, falls solcher Bezehung auf das Unglück haben sollte, das sich leider die Nacht darauf zutrug. Von keinen Beschlüssen war die Rede, keine wurden gefaßt, noch weniger nahm sich jemand vor, etwas ins Werk zu setzen. — Ich gestehe es, die Ideen waren mer als unreif: sie waren unpräparirt, und so, wie man oft in PrivatGesellschaften hazardirt, wenn man seine Gedanken nicht bestimmt, nicht ins Reine gebracht hat, u. hastig und unbedachtsam raisonnirt. Dies war das erste und letzte mal, daß dergleichen Materien in einer Gesellschaft, wo ich mit war, vorkamen: das kan ich heilig versichern. — In ProceßSachen bin ich unerfahren. Demnach hoffe ich, daß meine Fehler barhm, von einem so erleuchteten Gericht übersehen werden werden; von

von welchem Gerichte ich auch ein milderer Urtheil zu vermuthen wage, als der Hr. Actor von mir zu fällen scheint; denn mein Herz und meine Denkungs Art, nicht das Glück haben kan, bekannt zu seyn. Empfehle mich in Ervr. Erc. und des hochlöbl. königl. Hofgerichts hohe Gunst.

Stockholm, den Apr. 1792.

Jac. von Engeström.

Dem Canzlei-R. wurde vorgestellt, daß dieser Bericht fast eben so unvollständig wie der vorige wäre, und nicht die Aufrichtigkeit bezeugte; die einem Aemtervolken H-rzen gezieme: weßhalb derselbe sowohl ernstlich als beweglich ermonnt wurde; alles, was ihm von dem gegen Se höchstl. Egl. Maj. hohe Person verübten schweren Verbrechen, beskannt wäre, treulich zu bekennen; mit beigefügter Erinnerung, daß die Art, den er bereits eingestanden, noch schwererer Beschaffenheit befunden werden würde, als er sich vorgestellt, und Er sich folglich nicht durch eine falsche Hoffnung von einem aufrichtigen und vollständigen Bekenntnis abhalten lassen solle. Aber der Canzlei-R. läugnete in Einem weg, und beteuerte bei allem, was heilig ist, er wäre sich keiner mereren Schuldbarkeit bewußt, und hätte in der vorliegenden Sache keine andre Kenntniss, als die er bereits angegeben: wobei er vernehme, seine Aufrichtigkeit und seine Denkungs Art wäre genugsam dadurch an den Tag gelegt, daß er sogleich freiwillig bekant, wissen er vielleicht nie hätte überführt werden können.

Auf weitere Fragen setzte der Canzl. R. hinzu, und erklärte: nie sei er selbst auf Mittel und Wege zu einer Veränderung in der Regierungs-Form bedacht gewesen; eben so wenig habe er sich deshalb in Berathschlagungen mit irgend jemand eingelassen. Die Gespräche, die über diese Materie zwischen ihm und Lilljeh. vorgelassen, könnten keine Berathschlagung genannt werden, insofern sie nicht auf einen gewissen Zweck gezelet hätten, oder bei denselben einige Beschlüsse genommen worden; sondern diese Gespräche hätten



in bloßen Reflexionen bestanden, so wie solche in Privat-Gesellschaften zwischen guten Freunden vorkommen könnten. Der Namen der Chefs, welche er aus dem Almanach auf sein Promemoria geschrieben, könne er sich nicht erinnern. Während des Klags in Gefle habe er keine Berathschlagung über den KönigsMord, oder eine vorgehabte Veränderung in der Regierungsform, vermerkt; auch nach seiner Rückkunft vom Klag, habe er nicht die geringste Kenntnis davon gehabt, daß dergleichen vor wäre, bis er erst Mittwochs den 14 März, von *Lilljeborn* Obangeführtes erzählen gehört: um so mer da man am Ende des Klags geglaubt, daß die allgemeinen Sachen auf einem sehr guten Fus wären. In Gefle sei er weder mit *Ribbing* noch mit *Ankarström* umgegangen: den ersteren habe er einige male bei der Gelegenheit gesehen, daß der Graf in eben dem Hause gespeiset, wo er Canzl.R. gewont: aber *Ankarstr.* habe er nie gesehen, und daß sich dieser mit Anstalten zur Formirung eines Clubs abgebe, habe er nicht gehört.

PROTOK. 186 — 195. Den 11 Apr. nachmittags. Der Fiscal verlangte, daß, da sich zwischen *Engeströms* und *Lilljeborns* abgegebenen Bekenntnissen, merere Verschiedenheiten fänden, beide mit einander zur Entdeckung der Wahrheit confrontirt werden sollten. Demzufolge wurden beide durch den Wacht habenden Officier vor das HofGericht gebracht. Dem *Lilljeb.* ward das Protocoll vom 3ten dieses, in so weit es ihn anging, vorgelesen, und von ihm anerkannt. Hierauf fürte der Actor an: *Lilljeb.* habe in seinem schriftlichen Bekenntnisse gemeldet, wie er Mittwochs den 14 März nachmittags den v. *Engestr.* besucht, habe letzterer gesagt, er sei von *Bjelke* wegen dessen, was mit dem König im Werk wäre, prevenirt; was gegen der v. *Engestr.* ausgesagt, *Lilljeb.* habe zuerst Mittwochs nachmittags dem Canzl.R. Nachricht davon gegeben; auch läugne der Canzl.R., daß er diese Nachricht von *Bjelke* be-

bekommen, oder dieses zum *Lilljeh.* gesagt habe. Also solle die Verschiedenheit dieser Aussagen, allen beiden vorgehalten, und *Lilljeh.* befragt werden, ob der Canzl.R. nicht gesagt, wann er vorbemeldte Nachricht von *Bjelke* bekommen habe? Indem der Obr.Lieut. die Frage mit Nein beantwortete, suchte er dem Canzl.R. wieder ins Gedächtnis zu bringen, daß derselbe bei der Gelegenheit gesagt, *Bjelke* sei bei ihm gewesen, und habe ihn von dem gegen des Königes Person vorgehabten criminalen Anschlag prevenirt; und habe der Canzl.R., indem er in dem Zimmer, wo das Gespräch vorgefallen, beim Ofen gestanden, von der Sache gerührt zu seyn, und das Project durchaus nicht zu goutiren, geschienen.

Der Canzl.R. erwiderte: einer solchen Aeußerung gegen den Obr.Lieut. könne er sich nicht erinnern. *Bjelke* sei zwar den Vormittag am 14 März bei ihm gewesen, habe aber nicht von der Sache, sondern blos von ihrer Bräuer Rückreise vom Tag, gesprochen. Er blieb durchaus dabei, daß er mit *Bj.* in dieser Sache keine Unterredung gehabt, oder eher, als durch den Obr.Lieut., etwas davon erfahren habe.

*Lilljeh.*, befragt, ob nicht der Canzl.R. bei bemeldter Gelegenheit einen etwas umständlichen Bericht von dem, was er vorberührter mafen von *Bjelke* gehört haben wollte, gemacht habe? Antw. dies sei nicht geschehen, besonders da er sich nur eine kurze Zeit beim CanzleiRat aufgehalten.

Der Fiscal führte weiter an: *Lilljeh.* habe in seinem Bericht vom 29 März hinzugesetzt, der Canzl.R. habe bei obbemeldter Gelegenheit geäußert, wenn ein solcher coup je geschehen sollte, so wäre es am besten, wenn der König außer Landes wäre, oder so etwas müßte einzlg und allein *Pechlin* reservirt werden; der Canzl.R. habe gesagt, er werde selbigen Abend zu *Pechlin* gehen; der Obr.Lieut. sei

nach auch dahin gegangen, aber etwas später, so daß der Canzl.R. schon fort gewesen. Diese Umstände habe der Canzl.R. in seiner Erklärung ganz und gar vorbeigegangen: also dringe der Fiscal darauf, diese Variante dem Canzl.R. vorzuhalten, und ihn zu befragen, ob er bemeldte Neben geführt? v. Engestr. widerstrebt durchaus, daß seine Worte so, wie vorgegeben würde, gefallen wären: denn so würden sie einen Wunsch involviren, daß dem Könige ein Unfall in fremden Ländern begegnen möchte, welchen Gedanken er Canzl.R. nie gehegt, noch anerkennen könne; umgekehrt habe er gewünscht, daß sich das Unglück nirgends ereignen möge, ob er sich gleich der hierbei gebrauchten Ausdrücke nicht *précis* erinnern könne. *Lilljeh.* dagegen bestand darauf, was er vorherzürter mafen angegeben, sei der Wahrheit gemäß, und setzte hinzu: der Canzl.R. habe bemeldte Phrase mit einem Ton ausgesprochen, welcher seinen Wunsch, daß der Leiden nie geschehen möge, und vorzüglich von keiner schwedischen Hand, auszudrücken geschienen. Auch läugnet der Canzl.R., daß er bei bemeldter Gelegenheit den Gen. Maj. *Pechlin* genannt, noch weniger habe er sich geäußert, daß die Vollziehung des coups ihm reservirt werden müßte: bevorab da der Canzl.R. durch eine solche Rede den Gen. Maj. gebrandmarkt haben würde, wozu er Canzl.R. kein Recht gehabt.

Bestaät, sagte der Canzl.R. auch aus, bei *Pechlin* sei er nicht Mittwochs den 14 März, sondern den nächsten Donnerstag abends, gewesen. *Lilljeh.* sagte, er könne sich nicht anders besinnen, als daß er Mittwochs bei *Pechlin* gewesen, und dieser ihm da gesagt, der Canzl.R. sei kurz vorher bei ihm gewesen.

Da der Canzl.R. ausgesagt, daß *Lilljeh.* Donnerstags den 15 März bei ihm gewesen, da sie in ein Gespräch über die unglückliche Sache gekommen wären, welche ihm *Lilljeh.* vorher gemeldet; der Obrt. leut. aber nichts von diesem seinem Besuch beim Canzl.R. gesagt: so ver-

lang.

langte der Fiscal, den *Lilljeb.* hierüber zu befragen, und ihm anzudeuten die Zeit des Besuchs, und was dabei vorgefallen, näher auseinander zu setzen. Antw. des Obr. Leut.: er habe bios den andern Tag den v. *Engestr.* besucht, und erinnere sich ganz genau, daß eines Mittwoch Abends geschehen: den folgenden Donnerstag Abends wären sie bei *Pechlin* zusammen gewesen, wo auch mehrere Gäste gewesen, doch von der Sache sei nichts gesprochen worden. Der Canzl.R. aber sagte, er könne sich nicht anders besinnen, als daß der Obr. Leut. am Donnerstag bei ihm gewesen.

Da des Canzl.Rats Bekanntheit enthielt, daß er Freitag Morgens den 16 März erstbemeldte Wiste beim Obr. Leut. bezalt, welcher da gesagt hätte, er habe nichts weiter von der unglücklichen Sache gehört; daß hiebei Reflexionen gemacht worden wären, wie im Fall des Todes des Königes, die Ruhe in der Hauptstadt zu conserviren wäre, wobei man geschlossen, daß solches sodann auf die Chefs hier in der Stadt ankäme, welche alle herzugähen der Obr. Leut. sich nicht besinnen gekonnt; der Obr. Leut. aber dieser Unterredung nicht einmal Erwähnung getan: so fand der Fiscal nötig, daß beide, *Lilljeb.* und *Engestr.*, angegeben sollten, wie es sich damit eigentlich verhielte?

v. *Engestr.* antwortete: er habe bei diesem seinem Besuch bei *Lilljeb.* bios die Reflexion gemacht, daß wenn dem Könige etwas begegnen sollte, wovon er Canzl.R. doch auch damals wünschte, daß es nicht geschehen möchte, es nötig wäre, daß die resp. Chefs davon avertirt würden, um die Ruhe in der Stadt zu erhalten. *Lilljeb.* hingegen erklärte, er könne sich nicht erinnern, daß hiebei irgend ein anders Gespräch vorgefallen, als daß der Canzl.R. ihn *Lilljeb.* mit besonderem empressement gefragt hätte, ob er an dem Tage bei *Pechlin* gewesen würde? also sie sich nachher auch einander angetroffen hätten.

Da *Lilljeb.* in seinem schriftlichen Bekanntheit angegeben, daß er nach dem Mittagessen bei *Pechlin* den 16

Wäre, diesen *Pechl.* heimlich mit *Ribbing*, *Bjells*, und dem *Canzl.R.*, mit jedem besonders, habe sprechen gesehen; der *Canzl.R.* hingegen ausgesagt, daß, wie er den *Obr. Hunt.* in der SchloßKammer mit *Pechlin* allein habe sprechen gesehen, und es ihm geschienen habe, als wenn sie von dem beschlossenen Unglück sprächen, er hineingegangen, um daß er zugleich gemeldet hätte, ob er vorher mit *Pechlin* allein gesprochen: so verlangte der *Fiscal*, der *Canzl.R.* solle befragt werden, ob ein so ches besondres Gespräch zwischen ihm und *Pechl.* vorgefallen, samt was es betreffen hätte? — Der *Canzl.R.* läugnete hierauf durchaus, daß *Pechlin* mit ihm allein gesprochen: und *Lilljeh.* bemerkte, daß diese von ihm erwänte Unterredungen nicht in einem, sondern Zimmer geschehen, sondern er *Lilljeh.* sei mit *Niereren* im Vorzimmer zusammen gewesen, wiewol *Pechlin* besonders und leise mit dem *Canzl.R.* gesprochen hätte. Das erstere gab nun der *Canzl.R.* als der Wahrheit gemäß zu, bestritt aber noch weiter, daß er irgend ein besondres Gespräch mit *Pechl.* gehabt.

Weiter bemerkte der *Fiscal*: *Lilljeh.* habe berichtet, der *Canzl.R.* habe, wie er an bemeldtem Tag in *Pechlin's* SchloßZimmer gekommen, wo *Pechlin* und *Lilljeh.* beisammen gewesen, mit *Pechlin*, dem zufolge, wovon sie, wie er *Lilljeh.* gemeint, warscheinlich vorher allein gesprochen, zu discourirten angefangen; dieser ihr Discours sei, so viel er *Lilljeh.* abgebrochen und in Eile vernemen können, darouf hinausgegangen, daß die Freiwilligen, welche *Pechlin* schaffen zu können gesagt hatte, die Ruhe bewachen müßten, bis sich die Truppen zusammenzögen, vielleicht auch sich, im Falle des Widerstandes, gewisser Personen versichern; von allem diesem aber habe der *Canzl.R.* in seinen abgegebenen Berichten nichts gesagt. — Der *Canzl.R.* läugnete, gehört zu haben, daß bemeldtes Gespräch in diesen Sachen vorgefallen sei.

Woh

Weiter: *Liljeb.* habe ausgefragt, bei dieser Gelegenheit wäre man auch auf die Personen gekommen, welche, im Fall sich das Unglück ereignete, die Königin davon avertiren, und ihr mit Rat beitreten sollten; und in dieser Absicht sei auch von dem Rat Graf Rosen, und den Generalen Horn und Duvall, die Frage gewesen; weil aber diese im geringsten nicht über das Project prevenirt gewesen, so hätten sich gegen diesen Vorschlag Bedenkllichkeiten gedunsert. — Der Canz. R. gestand zwar, daß diese Materie in der Eile berührt worden; läugnete aber, daß einige gewisse Personen dabei genannt —; erkannte jedoch, daß von einer RatCammer gesprochen worden. In Betreff derselben ward,

auf Verlangen des Fiscals, der Canz. R. befragt, wie es sich damit verhielte, und wie das Gespräch zwischen ihm und Pechlin über diese Sache gewesen? — Antwort des Canz. R.: er erinnere sich, daß etwas von der Königin gesagt worden, und daß man für nöthig angesehen, daß Ihre Majest, falls das Unglück geschähe, davon avertirt würde; aber hierinn wäre kein Entschluß gefaßt —, sondern bloß discourirt wäre hierüber, ohne Absicht, worden, und hätte man sich darinn auf den HofStat verlassen; und von irgend einem Rat für die Königin auf vordemelten Fall, habe er Canz. R. nicht sprechen gehört.

Weiter befragt, in welcher Absicht der vormalige Rat Graf Rosen, und die Generale Horn und Duvall, genannt worden, ob sie der Königin mit Rat beitreten, oder mit ihr die ReichsRegierung bestreiten sollten, auch ob nicht von Wiederherstellung der vorigen RatCammer die Rede gewesen? antwortete der Canz. R.: bemeldte Herren wären nur genannt worden, als die, die zu der Königin Zutritt haben könnten; auch wäre von der ReichsRegierung die Rede gewesen, und da hätte man die vorigen Räte genannt, doch ohne daß gewisse Personen angegeben oder vorgeschlagen worden wären.

Das HofGericht stellte dem Canzl.R. vor: Diese seine Antworten wären unbestimmt, und wir ersuchten dem, was *Lalijob*. in eben der Sache gemeldet; demnach ward derselbe ernstlich ermahnt, sich bei der Wahrheit zu halten. — Hierauf erklärte derselbe berührte Umstände noch weiter auf folgende Weise. Zuerst sei die Reflexion vorgefallen, daß, falls dem König ein Unglück zustossen sollte, es nützlich wäre, daß die Königin bei Zeiten und auf eine gute Art dazu präpariert und davon avertirt würde. Wie diese Reflexion vorbei gewesen; wären die Personen genannt worden, von denen man vermutete, daß sie zu der Königin den nächsten Zutritt hätten, nicht aber in der Meinung, daß solche darum ersucht werden sollten, oder als wenn Gemisse dazu ausersesehen worden wären. Auch habe der Discours nicht zur Absicht gehabt, einige Entschlüsse darüber zu nehmen, was geschehen sollte, falls das befürchtete Unglück den König träfe, sondern man habe nur vermutet und sich vorgestellt, was geschehen könnte. Der Canzl.R. versicherte, daß seine Unterredung mit *Pechlin* nicht anders gewesen, und keine andre Gegenstände gehabt habe, als die er bereits angegeben. — Man erinnerte, wie unbehörig diese Ueberlegung, und auch überflüssig gewesen, da die HofDamen, die um die Königin sind, wol die TrauerNachricht ihr hinterbracht haben würden, und der Canzl.R. folglich nicht nötig gehabt hätte, dafür zu sorgen. Antw. diese Materie sei auch nicht anders, als wie ein loses Gerede, vorgefallen.

Der Fiscal fuhr fort: nach des Obr. Heut. schriftlichem Befehl, sei *Pechlin* vom CanzlerR. befragt worden, ob es nicht auf den Vorschlag zum Conseil kommen wolle? und *Pechlin* habe geantwortet, er als ein alter Mann, wolle lieber in seinem Hause bleiben, von welchem aus verschiedene Dispositionen am bequemsten vollführt werden könnten. Erstere Frage an *Pechlin* habe zwar der Canzl.R. ebenfalls eingestanden, aber *Pechlins* Antwort nicht erwähnt. Also ward nun der CanzlerR. befragt, ob in *Pechlins* Haus

welche Entschuldigung gehört habe? Antw. ja! wie könne er sich nicht mit Gewißheit erinnern, ob er oder *Lilljeh.* sich auf beneldte Weise gegen *Pechlin* geäußert hätten. Aber *Lilljeh.* wiederholte und blieb dabei, der ConzilsR. habe zuerst dieses Compliment gemacht, und *Lilljeh.* habe nothwendig dazu eingestimmt.

Dann fürte der Fiscal an: *Lilljeh.* habe gemeldet, der ConzilsR. habe, in *Pechlins* Schlafzimmer, in seiner *Lilljehurns* Gegenwart, ein Dromemoria abgelesen, welches verschiedenes enthalten, was nach des Königes Tod geschehen sollte; als Kundmachung, Formirung eines Conzils u. s. w. Dagegen habe der ConzilsR. zwar zugegeben, daß er ein Dromemoria gehabt, und solches vor *Pechlin* und *Lilljeh.* gezeigt [*uprepar*, verlesen], aber gesagt, daß solches aus ein Verzeichnis von den hiesigen Garnisons-Regimentern gewesen: dem zufolge solle er den Inhalt dieses Dromemoria näher angeben. Antw. er läugne, daß etwas von *Conseil* darin gestanden; wol aber habe das Wort Kundmachung darin stehen können, jedoch gar nicht im Zusammenhang mit der Sache en question, sondern diese habe bloß eine Verfassung in Banco-Geschäften betrafen, wegen deren Ausfertigung die Bevollmächtigten bei Sr Majestät in Untertänigkeit einkommen sollten. Uebrigens bestritt der ConzilsR., daß er dieses aus dem Dromemoria hergelesen, sondern meinte, der Obr. Leut. habe dessen Inhalt dadurch bemerkt, daß er auf das Papier hingesehen, während dessen er es in Händen gehabt. Da ihn aber der Obr. Leut. nun erinnerte, daß er das Dromemoria wirklich abgelesen [*uprepar*]; so gab der ConzilsR. zu, daß es wol möglich sei, inwiewol er sich dessen nicht erinnern könne. Wie *Lilljeh.* weiter fragte, äußerte sich der ConzilsR.: wenn im Dromemoria das Wort *Conseil* gestanden, dessen er sich nicht erinnere, so habe es auf nichts anders Bezug gehabt, als auf den Discours, der darüber gewesen, wie man die Königl. präveniren wolle. Auch gab der ConzilsR.



N., auf des Obr. Leut. Erinnerung, zu, daß auch auf eben diesem Promemoria das Wort Canzlei gestanden; sagte aber, das habe er sich zur Erinnerung aufgeschrieben, um nicht zu vergessen, daß er an dem Tage dahin gewolle.

Da Lilljeh. in seinem Bekenntnis vom 29 März vermeldet, daß zwischen Pechlin, dem Obr. Leut., dem Maj. Hartmannsdorff, und dem Leut. Ehrenswärd, verabredet worden, daß falls man sicher erfäre, daß während des Tags in Gesele Gewalt gebraucht werde, die in den Regimentern für die Ruhe in der Hauptstadt verantwortlich seyn sollten: so habe Lilljeh. zugleich geäußert, daß der Canzl. N. und sein Bruder der Secretär hiervon durch Pechlin avertirt worden wären. Da aber der Canzl. N. hiervon in seinen Berichten nichts gesagt: so hielt der Fiscal an, daß der Canzl. N. befragt werde, ob und wie er bemeldte Nachricht bekommen, und wie solche beschaffen gewesen; auch solle ihm zugleich vorgestellt werden, daß solches mit seines Bruders Bekenntnis, was er hiervon gehört und erfahren gehabt, übereinstimme. — Auf diese Frage und Vorstellung antwortete der Canzl. N., er wisse nichts davon. Wenn Pechlin auch versprochen hätte, ihn davon zu benachrichtigen, so sei es doch zuverlässig nicht geschehen. Lilljeh. merkte hierbei an, er sei nicht zugegen gewesen, wie Pechlin den Maj. Hartmannsdorff und den Baron Ehtenswärd davon benachrichtiget, sondern er habe nur von Pechlin gehört, daß solches geschehen wäre.

In Ansehung dessen, daß Lilljeh. in seinem letzten Bericht vom 1 Apr. geäußert, er sei überzeugt, daß Pechlin die erste höchst unglückliche Idee erzeugt, und daß er glaube, daß der Canzl. N. derjenige sei, der in der That einen Plan, was geschehen sollte, wenn sich das Unglück ereignet hätte, formiret, — ward der Obr. Leut. auf Verlangen des Fiscals befragt, was er hiez zu Anlaß, und welche weitere Kenntnis, als seine in kurzen Ausdrücken

verfaßte Berichte enthielten, er hieyon hätte? Antw. die Art, wie *Pechlin* mit ihm gesprochen, da er Obr. Leut. ihm erzählte, was der Graf *Ribbing* gesagt, habe ihn in dem Gedanken bestärkt, daß *Pechlin* von der Sache wisse, in dem derselbe nicht über die Sache selbst, sondern bloß über des Gr. *Ribbing's* Namen, surprenirt zu seyn geschienen. — V. *Engestr.* befragt, ob er des Obr. Leut. obbemeldte Aeußerung, daß er v. *Engestr.* derjenige gewesen, der den Plan gemacht, anerkenne? Antw. Nein! der Discours, der zwischen ihm, *Pechlin*, und *Lilljeb.* vorgefallen, wäre nicht so ordentlich gewesen, daß man ihn hätte einen Plan nennen können.

Der Fiscal erklärte, da der Canzl. R. bereits seiner Leihhaftigkeit an, und Mißwissenschaft von einem so groben Verbrechen übersüßig wäre, und durch mehrere Warnungen zu keinem aufrichtigen und vollständigen Bekenntnis gebracht werden können, sondern den rechten Zusammenhang beständig zu vertuschen gesucht; so wäre er Fiscal nun veranlaßt, seine schon vorhin getane Forderung zu erneuern, daß gegen den Canzl. R. die strengeren Mittel, welche in dem Fall das Gesetz verstatte, zur Hand genommen werden; bevorab da er Fiscal die Entschuldigungen, welche der Canzl. R. im 3ten moment seines schriftlichen Berichts vom 3ten dieses Monats angebracht, nicht für gültig ansehen könne.

Der Canzl. R. erklärte: er habe aufrichtig alles be-  
 kannt, was er in dieser Sache erfahren, und was ihm zur  
 Last liege; er gab zu, darin schuldig zu seyn, daß er das  
 ihm Erzählte nicht angegeben, welches ihm herzlich leid tue;  
 die Gründe und Betrachtungen, die ihn davon abgehalten,  
 habe er angegeben, und unterwerfe sie der Prüfung des  
 Hofgerichts, vermuthete auch, daß wenn sie auch seine voll-  
 ständige Losprechung nicht bewirken könnten, sie doch wenigstens  
 Milderung verdienten. An der Deliberation über den Re-  
 sultat habe er nicht den mindesten Antheil gehabt, noch  
 weniger an dessen Vollstreckung.

Befragt, läugnete er, se mit *Bjelke* über diese Sache gesprochen zu haben. Wol sei er einmal mit demselben in Gesellschaft gewesen, aber dabei sei nur von gleichgültigen Dingen geredet worden. — Der Fiscal erinnerte, er und *Bjelke* wären Freunde gewesen, und hätten beide dem *K. Tag* in Besle beigewohnt, folglich sei viel Grund zu vermuten, daß *Bjelke*, der selbst an dem Verbrechen theilhaftig gewesen, ihn darüber Confidenz gemacht. Der *Canzl.R.* antwortete: *Bjelke* wäre während des *KTags* fast immer krank gewesen, und habe er ihn nur Einmal angetroffen, da sie zusammen gespeist hätten.

Hierauf lies das HofGericht dem *Canzl.R.* diejenigen Passagen aus des Obr. Reut. schriftlichem Bericht vortlesen, die einigermassen ihn *Canzl.R.* betrafen: wobei derselbe noch weiter ermahnt wurde, seine Theilhaftigkeit an dem Verbrechen aufrichtig und näher, als bisher geschehen, anzugeben und anzuerkennen. *Lillch.* fürte ihm ebenfalls zu Gemüte, sie wären beide in einer gleich unglücklichen Lage, und er vermute daher, der *Canzl.R.* werde sin. Partei nehmen, und die Wahrheit bekennen. Aber der *Canzl.R.* blieb steif dabei, er wisse nicht mer, als was er schon ausgesagt. — Befragt, erklärte er weiter: was auf der *Mascara* den 16 März passiert, habe er nicht ehor, als den Tag darauf, durch das allgemeine Gerücht erfahren; auch von keiner Anstalt habe er etwas gewußt, daß gewisse Leute in der Nacht herumgehen, und den Ausgang abwarten sollten. Ob die Herren, die bei obbemeldetem Gespräch zwischen ihm und *Pechlin* genannt worden, die die Königin am schrecklichsten von dem befürchteten Unglücksfall, wenn er sich ereignete, avertiren könnten, auch Ihr mit Rath beistehen sollten, könne er sich nicht mit Gewißheit erklären: er wolle nicht bestreiten, daß die Worte so gefallen, aber positiv könne er es doch nicht bejahen. Der Discours sei ganz geschwinde gegangen, und sei außerdem eine Absicht

ge

gewesen, so daß er Canzl.R. nicht ins Gedächtnis gefaßt; was gesprochen worden. Weiter gab er zu, daß bei eben der Gelegenheit vom *Conseil* die Rede gewesen; er könne aber sich nicht mit Gewißheit erinnern, oder nun erklären, wie die Worte gelaute; auch nicht, ob diese Sache mit auf seinem *Promemoria* gestanden.

Das HofGericht beschloß, dem Canzl. noch Zeit und Raum zu einem vollständigeren und der Wahrheit mehr gemäßen Bekannnis zu lassen, ehe dieses Protocoll verfaßt, und von Ihm jurirt würde: alsdenn erst wolle es sich über die vom Fiscal gegen den Canzl.R. getane Forderung erklären.

PROT. 232—236. Den 14 Apr. Dem *Lilljeb.* und v. *Engestr.* wurde das Protocoll vom 1ten dieses in Esten, die das mit ihnen zusammen gehaltene Verhör betrafen, vorgelesen. Beide erkannten solches an, und *Lilljeb.* setzte hinzu: wie der Canzl.R. Freitags den 16 März zu ihm *Lilljeb.* ins Haus gekommen, und gefragt, ob er zu *Pecklin* wolle, um allda zu Mittag zu essen, habe der Canzl.R. zugleich geäußert, es dürfte vielleicht nötig seyn, daß die Chesa hier in der Stadt bei guter Zeit präventiv würden, falls dem Könige ein Unglück begegnete. Weil damals aber keine Gelegenheit gewesen, über diese Sache weiter zu sprechen: so habe der Canzl.R. gesagt, sie wollten hierüber weiter sprechen, wenn sie sich des Mittags bei *Pecklin* träfen. Der Canzl.R. läugnete, gesagt zu haben, daß er bei *Peckl.* hierüber mit *Lilljeb.* weiter sprechen wolle; er habe bloß, auf die vorhin gemeldete Art, die Reflexion gemacht, daß die Chesa avertirt werden müßten: in dieser Rücksicht habe auch der Obr. Meut. hiebei zugleich einige hier in der Stadt befindliche Chesa hergenannt.

In der [oben S. 155, Z. 2] gegebenen Antwort auf die Frage, was ihn zu der Ueberzeugung veranlasse, daß *Pecklin*

lin die erste unglückliche Idee, den König aus dem Weg zu räumen, ausgeheckt habe, sagte nun *Lilljeb.* hinzu: er erinnere sich, bei der Gelegenheit, wie er mit *Pechlin* von des *Gr. Ribbings* Ideen gesprochen, von denen *Pechlin* damals auch gesagt, daß er sie schon vorher wisse, habe er *Pechlin* sagen gehört, "merere Leute wären schon in so einer Sache an ihm gewesen (wie die Worte gelauret), und er wundre sich, daß sich unter allen nicht ein einziger gefunden, der aus purem Motiv für die Freiheit in eine solche Unternehmung entziren wollen, sondern alle wären von PrivatRache oder andern Absichten dazu getrieben".

*Lilljeb.* ward nun abgeführt. Dem v. *Engstr.* wurde das Protocoll vom 1ten dieses, nach den Stellen, die das mit ihm gehaltene Verhör enthielten, vorgelesen. Er erkannte es in allen Stücken an; und befragt, erklärte er, er habe die heute bei dem HofGericht eingereichte Schrift selbst aufgesetzt, und mit eigener Hand geschrieben und unterschrieben. Diese Schrift ward nun verlesen, und lautete wörtlich so:

"Nachdem bei der Confrontation den 1ten dieses zwischen *Lilljeb.* und mir, merere Verschledenheiten in unsern Berichten, mit dem meinigen ausgeglichen worden; so waren *Erw. Exc.* und das Hochlöbl. kgl. HofGericht, besonders aufmerksam auf den Discours nach Elche bei *Pechlin*, zwischen ihm, *Lillejeborn*, und mir, von welchem *Lillejeborns* Bericht abgelesen worden. Was mir deshalb aufgebürdet worden, darauf sei mir erlaubt Folgendes ehrenbletig zu antworten.

Ob bei meinem Eintritt ins Zimmer, eine Frage von Freiwilligen und Arresten aufgeworfen worden, lasse ich dahin gestellt seyn: und daß *Lilljeb.* daraus vermutet, daß ich solches gehört, kan ein sehr geringes Versehen hinten nach seyn. NB. Anfangs hies es wol, die Liebe sei an mich gerichtet gewesen; aber bei der Confrontation wurde

besagt, sie sei auch an *Lilljeb.* selbst adressirt gewesen. Ich hörte sie nicht; wie ich aber herein kam, hörte ich *Lilljeb.* die Worte "Eille und Ruhe" sagen: und dies veranlaßte mich sogleich, wie ich schon gemeinet habe, ihm die Ehre in der Stadt herzunehmen, von denen ich glaubte, daß sie etwas dazu beizutragen könnten, wenn sie zeitig M. d. h. nicht davon erhielten, falls wider alles Vermuthen, und alle Hoffnung, das Unglück abzuwenden, solches leider doch noch sich ereignen sollte. Doch die Marcellie, die bei meinem Eintritt ins Zimmer vor war, mag auch gewesen seyn, wie sie wollte: so blieb doch alles bios bei hastigen Reflexionen, ohne eine Art von Ueberlegung oder Beschluß. Dies hat auch *Lilljeb.* zugegeben.

Von Zurechtwilligen habe ich keine M. d. h. nicht gehabt, habe keine dergleichen gekannt, habe nicht gemußt, was sie für Absichten mögen gehabt haben. — Arretirungen hab ich mir nie vorgestellt; und in dergleichen hätte wol weder *Lilljeb.* noch ich jemals eintret.

Ob meinem Berichte von dem Discours, die Aetzung der Königin betreffend, billig das Wort raten hätte beigelegt werden sollen, kan ich nicht mit Gewißheit sagen, weil ich mich nicht erinnere, wie der übrigen Herren Worte bei diesem hastigen Discours gefallen sind. Aber wenigstens ein Teil von denen von *Lilljeb.* hergenannten Herren, waren unter denen, von welchen man vermutete, daß sie würden in den Rat genommen werden können. — Bekanntmachung, die auf meinem Promemoria stand, gehörte nicht hierher; auch war während des Discourses keine Rede davon. — *Conseil* stand nicht auf meinem Promemoria.

Nachdem ich nun die Punkte durchgegangen bin, welche in dem verlesenen Teil des Berichtes von *Lilljeb.* vorgekommen; so darf ich mich wol auf das berufen, was ich in meinem an Erbr. eingegebenen Bericht angeführt habe, um *Lilljebornes* supposition von einem von mir formirten hastigen Plan — ich weiß nicht, wozu? sieht nicht zur

Rollzulegung des an des Königs Person verübten gräßlichen Verbrechens — zu entkräften. Von so etwas muß des Obr. Rhet. billiges Urtheil mich freisprechen. Außerdem wurde mir gesagt, die Ausführung sei 8 Tage vorher bestimmt gewesen; und an dem Plan, den sie damals formirt gehabt, und nachher leider ins Werk gesetzt, habe ich, als abwesend, keinen Antheil haben können, so wie ich ihn auch niemals nur gewußt habe.

Unter der größten Reue und Betrübnis über mein Verbrechen, welches ich schon und soaleich eingestanden; lebe ich, so lang es Gottes Wille ist, in der demüthigen Hoffnung, Ew. r. hochgepriesene Gerechtigkeit und Milde werde nicht verstaten, daß irgend ein loser Verdacht oder eine supposition mir zur Last falle. Stockholm, 14 Apr. 1798.

Jac. von Engeström.

Der Fiscal bat hierauf, dem CangelR. folte angegeben set werden, anzugeben, an welchen Orten er Freitags den 16 März, sowol vormittags, als wie er von Pechlin weggegangen, gewesen sei? Antw. Nachdem er des Morgens, wie schon gemeldet, bei Lilljeb. in seinem Hause gewesen, habe er sodann den HofStallmeister Baron Adlund ausgesucht, der aber, wie man ihm gesagt, auf dem Lande gewesen; von hier sei er nach Haus gegangen, nachher hinauf in die Bank, und zuletzt zu Pechlin zum Mittagessen: worauf er sich zuerst heim begeben, und nachher nach einiger Zeit sei er zu seiner Schwägerin, der Widdöfin Taube gegangen, wo er gebüben und soupiert, und zur gewöhnlichen Zeit, gleich nach 10 Ur, nach Haus gekommen, und sich schlafen gelegt.

Der ReichsDrots fragte ihn: ob er vorigen Abend, da er erfahren können, daß des Königes Leiche beigesetzt wurde, keinen Vorwurf und keine solche Angst gefüht, die ihn zu einem vollkommenen Bekenntnis dessen, was das an Se Maj. verübte gräßliche Verbrechen anginge, oder mit demsel-

selben auf irgend eine Art zusammenhänge, bewegen könnte?  
**Antwort:** Aus dem läuten habe er merken können, daß so etwas vor gewesen, und habe in Wahrheit eine innerliche Unruhe über das höchstjubeuhauernde Unglück, das des Königes Tod verursacht, empfunden; so wie er auch herzlich bereue, daß er nicht zeitig genug entdeckt, was er unglücklicher Weise in dieser Sache gewußt. Uebrigens aber versichert er, sein Bekenntnis sei in allen Stücken aufrichtig, und wie habe er bei denen durch des Königes Tod verursachten unheiligen Folgen, andre Gedanken gehabt, als die Reflexionen, die er eine irgend eine Absicht dabei gemacht. Aufgefordert, zu erklären, was er eigentlich mit dem Worte Reflexion meine, welches er so oft brauche? erklärte er: es werde ihm schwer, dieses Wort recht schwedisch zu geben; er glaube aber, es dürfte am besten durch eine Art Anmerkung, die man bei einer Sache macht, ausgedrückt werden können.

Hierauf hieß der Fiscal an, ihn über die Stelle in *Pechlins* Bericht zu befragen, als hätten v. Engestr. und *Lilljeb.*, den 10 März vormittags, in *Pechlins* Schlafkammer, ein Papir zu lesen gehabt. — **Antwort:** er könne sich nicht besinnen, daß er bei dieser Gelegenheit etwas von einem Papir verlesen.

Da der Canzl.R. in seinem so eben verlesenen Bericht angeführt, die Worte Stille und Ruhe, die er beim Eintritt in die Kammer zu *Pechl.* und *Lilljeb.* sagen gehört, hätten ihm Anlaß gegeben, ihnen die auf seinem Promemoria angezeichnete Ehre herzullesen; dieses aber der vorigen Aussage des Canzl.R. widerstritte, daß es ihm nämlich beim Weggehen eingefallen, daß er dieses Promemoria habe, u. er deswegen wieder zu *Pechlin* und *Lilljeb.* hieher gegangen sei, um solches abzulesen: so solle er nicht geben, wie es sich recht damit verhalte. **Antwort:** diese Umständen enthielten keinen Widerspruch, denn so war es damit hergegangen. Wie er fertig gewesen, von *Pechlin* weggegangen,



sei ihm eingefallen, was er in sein Promemoria geschrieben, und da habe er beschloffen, in die Kammer hineinzugehen, wo *Pechl.* und *Lilljeb.* gewesen. Und wie er beim Eintritt von ihnen die Worte Stille und Ruhe gehört, woraus er vermerken gekonnt, daß sie von eben der Sache gesprochen, über die sich er und *Lilljeb.* vorhin unterredet hatten, habe auch er davon Anlaß genommen, sogleich die auf dem Promemoria stehende Namen der Chefs in der Stadt herzunehmen, welche nach dem, was er für nützlich angesehen, im Fall eines Unglücks, hiervon zur Erhaltung der Ruhe averfirt werden könnten.

Schließlich bemerkte der Fiscal, der Congl.R. habe gesagt, er und *Lilljeb.* seien von *Pechlin* mit einander weggegangen, *Lilljeb.* aber habe nun gestreut, er sei zuerst weggegangen, und der Congl.R. sei eine Zeit nachher gekommen, und bei der Fr. *Brandell* kleinem Hause hätten sie sich begegnet; — Antw. des Congl.Rats: es wäre wol möglich, daß er noch einige Minuten nach *Lilljeb.* gebilichen, bis er seinen Mantel und seine Galoschen bekommen; aber zugleich hätten sie sich zum Weggehen fertig gemacht, und wären nachher bis zum NorrMalmsMarkte miteinander gegangen.

PROTOCOLL. 301—306. Den 18 Apr. Auf Verlangen des Fiscals wurden des Congl.Rats Domestiken, 2 Bediente, 1 CammerJungfer, und 3 Mägde, nebst dem Comertier beim FreiMaurerKindeHause *Arnquist*, der mit dem Congl.R. in Einem Hause wohnt, als Zeugen vorgerufen, die eidlich auszusagen sollten, ob einige von den Arrestirten bei dem Congl.R. ein- und ausgegangen, ob derselbe in der Nacht vom 16 zum 17ten März zu Haus gewesen, ob er nachher einige Papiere aufgebraunt, oder auf andre Art vernichtet ic. Gegen alle diese hatte der Congl.R. nichts einzumenden, *Arnquist* wußte nichts. Die meisten hatten außer *Lilljeb.* niemand beim Congl.R. gesehen, oder doch nicht

nicht gekannt; alle behaupteten für gewiß, daß letzterer die Nacht über in seinem Hause gewesen; keiner wußte von verbrannten Papieren. Dem Canzl.R. ward nun verstatet, sich durch seine Leute einiges, was er brauchte, von Haus holen zu lassen.

Den 19 Apr. berichtete der Landshauptmann vom Upsalazehn, daß der vom HofGericht den 4 dieses anbesohne Sequester von des Canzl.R. un- und beweglichem Eigentum vollzogen worden. (Prot. 307).

PROT. 313 folg. Er wurde nochmals mit *Lilljeh.* confrontirt, und ihm aus des letzteren schriftlichem Bekannntnis (oben Heft 68; S. 418—425) das, was ihn betraf, vorgelesen. Aber er läugnete standhaft dessen Inhalt ab ausgenommen was er vorhin davon eingestanden. Nachdem er wiederholt, was er schon mehrere male gemeldet hatte, bezeugte er, in dem Gespräch bei *Pechlin* sei nichts davon erwähnt worden, daß der KronPrinz zum Könige —, auch nicht daß einitag ausgerufen werden sollte; sondern wie die Reflexion aufgetommen, man wäre neugierig, wie die ReichsRegirung werden würde, falls der König abginge, habe man darüber hin und her geraten, wie die Worte fielen, one etwas Gewisses zu beschließen.

*Lilljeh.* suchte zwar die von ihm vorherörter maffen angegebne Umstände dem Canzl.R. ins Gedächtnis zu bringen, und erinnerte, er Canzl.R. müßte in der höchstbedauerndwürdigen Lage, in der sie sich nun beide befänden, leicht finden, daß das die sicherste Partei wäre, alles aufrichtig zu bekennen, und demnach dasjenige nicht weiter abzuläugnen, was er Canzl.R. ganz gewisß wüßte, daß es mit der Wahrheit übereinstimme. Aber ungeachtet auch das HofGericht den Canzl.R. durch dringende Warstellungen zu einem wahrhaften Geständnis zu bewegen suchte, verblieb derselbe doch one Aenderung bei dem, was er vorhin angestelt hatte.

Der Fiscal dufferse sich: bei dem, was der Canzl.R. in seinem Bericht vom 17<sup>ten</sup> dieses davon gesagt, wo er Freitags den 16 März immer gewesen, könne er Fiscal nicht umhin zu bemerken, der Canzl.R. habe darinn nicht gemeldet, daß er an eben dem Tage in des Königes Cabinet gewesen, welches er Fiscal nachher erst erfahren. Der Canzl.R. erklärte: er erinnere sich zwar nun, daß er in jenen Tagen in des Königes Cabinet gewesen, um einen Wechsel an seinen Bruder zu schicken; daß aber dieses am Freitag geschehen, könne er nicht mit Gewißheit sagen; doch sei er auch nicht im Stande, es gänzlich zu bestreiten, daß es vielleicht so geschehen, weil er nachher, wie er sich erinnern wollte, mit der folgenden Dienstage Post den Secundo Wechsel an bemeldten seinen Bruder abgesandt habe.

## 20.

Bekennung des Adels in der Graffschaft Lippe Detmold, über den Beitrag zum KreisContingent in dem gegenwärtigen Reichskrieg: Decemb. 1792.

Nachdem von Deutschlands Kaiser und Ständyn des Reichskriegs gegen Frankreich beschlossen, und jeder ReichsStand zur Teilname daran, durch Leistung des KreisContingents, aufgefordert worden war: versammelten sich in der Graffschaft Lippe Detmold auf vorhergegangene Einladung von fürstl. Anführung, die LandStände von der Ritterchaft und den Städten, im Decemb. 1792, um über diese Angelegenheit nötige Berathschlagung, und sowohl vortheilhafte als zweckmäßige Massregeln, zu treffen.

Der Graffschaft Lippe, in welcher, außer einer Compagnie zur Besetzung der Schloß- und Stadtwache in Detmold, keine Soldaten gehalten werden, würde der Beitrag des Contingents durch die erforderliche Mannschaft, sehr nachtheilig seyn. Denn wenn gleich diese nur die Sol. von

270 Mann begreift, und solche in einem Lande, dessen Einwohner auf 60 — 70000 Köpfe geschätzt werden, an sich wol aufzubringen wären; so würde doch, außer dem großen KostenAufwand für Waffen, Equipage &c. &c., der Verlust mererer dem Staat unentbehrlicher Menschen der unaussprechliche Erfolg seyn.

Der lipplische Untertan ist zum Kriege nie gewöhnt, und er vorzüglich liebt Ruhe, Frieden, und Bequemlichkeit. An eine freiwillige Anwerbung wäre demnach nicht zu denken; eine gewaltsame aber würde, noch ehe man dazu schritte, sowohl die Handwerker in den Städten, als die Söhne und Knechte der Bauern in Haufen aus dem Lande treiben, mithin alles was auf Nahrung, Betriebsamkeit, und Cultur des Bodens, Bezug hat, in sichtbaren Verfall geraten.

Die für das Wol und Glück des Landes so tätige als weise Regierung, in voraus überzeugt von diesen schädlichen Folgen, und besorgt für Abwendung derselben, hielt daher die Unterhandlung mit einem benachbarten armirten ReichsStande über die von demselben, gegen Empfang einer gewissen jährlichen GeldSumme, zu stützende Mannschaft, für vorteilhafter.

Sie machte diese Absicht den versammelten LandStänden zur Proposition; und damit weder der Bürger noch Bauer durch die — im Fall jener Unterhandlung in Ueberetunft überginge — anzuschaffende Geld Summe gedrückt werde, wurde von fürstl. Regierung der Wunsch und Antrag hinzugefügt: „daß zur Erlangung dieser GeldSumme, auch jeder von gewöhnlichen Steuern und Abgaben freie Untertan, — mithin der Adel, und die herrschaftl. Dienerschaft vom geistl. und weltlichen Stande — sich nach Verhältnis seines Vermögens zum Beitrage verpflichten möge“.

Wurde nun gleich diesem Antrage, in so fern er sich auf die für eine GeldSumme zu bewirkende Vertretung bezog, von den Ständen der Ritterschaft und Städte einstimm-

mliger Willfall gegeben; wurde dieser gleich, von den Repräsentanten der letztern, über die Art und Weise, wie? und wo? der Beitrag geleistet werden solle, erklärt: so behaupteten dagegen die Stände von der Ritterschaft, daß sie "von allem Kostenbeitrag, und jeder sonst damit verbundenen Last, vermöge ihrer adelichen Vorrechte, frei seien, im uralten Besiz dieser Freiheit sich befinden, und ein darüber im vorigen Jahrhundert beim kaiserl. HofRat anhängig gemachter Proceß, zu ihrem Nachteil noch nicht entschieden sei; sie selbst könnten sich also dieser Abgabe auch diesmal nicht, wol aber wären sie, als Repräsentanten der Untertanen des platten Landes, geneigt, die se jener zu unterwerfen; und ein *Donativum* von 500 Rthl. ein für allemal sei das Einzige, wozu sie sich selbst verstehen könnten".

Ungeachtet anfangs die Repräsentanten der Städte, und gleich darauf die fürstl. Regierung, der Ritterschaft dagegen vorzustellen und einleuchtend zu machen suchten: "daß in Angelegenheiten dieser Art, nach deutscher Verfassung, kein Untertan, was Standes und Würden er auch sei, ohne Rücksichtlich auf Privilegien, Herkommen, und sonstige Exemtionen, eine Freiheit für sich anführen, und sich zueignen könne; daß die Freiheit des Adels von Steuern und andern öffentlichen Kosten, nicht von dieser außerordentlichen Ausgabe zu verstehen sei; nur jene, nicht diese, den Gegenstand des beim kaiserl. HofRat rechtsabhängigen Processes ausmache; daß wenn der Adel eine Ausnahme verlange, die herrschaftl. Dienerschaft, und andere den gewöhnlichen Steuern nicht unterworfenen Untertanen, wo nicht mit mehrern, doch gewiß gleichem Rechte, darauf Anspruch zu machen berechtigt seien; daß die bereits sehr belasteten Bewohner des platten Landes und der Städte, im Fall jene Ausnahme verlangt würde, zu hart gedrückt, in Morungs-Verlegenheiten geraten, und vielleicht für die allgemeine Ruhe

Freitags den 16 März unter 4 Augen, in der Nacht dürfte von einer Revolution die Frage seyn. Der General schlug vor, ich sollte auf allen Foll herumgucken, und zusehen, ob etwas daraus würde. Dies tat ich auf eine kurze Zeit, fand aber nicht die geringste Volkszusammensetzung, sondern fand alles still, außer daß Se Maj. in das Schloß zurückgefahren ward. Weil so leicht gefahren wurde, fragte ich nach der Ursache, und ein StallKnecht antwortete, Se Maj. sei nicht wol. Wer kan ich mich mit Gewißheit nicht erinnern, meinem vorigen Berichte zuzusetzen.

Johan von Engeström.

Auf die Frage, ob ich einige Bekannte angetroffen, wie ich herumging nachzusehen, ob alles still wäre? darf ich nicht verschweigen, daß ich beim RorderMalmöMarkt von dem HäradsHauptmann Nordst erkannt worden, den der Secretär Netzel und den Stadtfiscal Nykstedt in seiner Gesellschaft hatte, mit dem wir bis in die RegirungsKasse gingen.

Johan von Engeström.

Mit Bjelke war ich wenig bekannt, ehe er vom RTag in Geste zurückkam. Nach dem unglücklichen Freitag traf ich ihn einmal an, da er sagte, er sei perplex, wie er einen Brief erklären sollte, den er bemeldeten Freitag an seinen SchwiegerSon, den Capitain Baumgarten geschrieben, und der unselbar geöffnet worden: er habe darin gemeldet, er habe seine versprochne Helmreise aufschieben müssen, wolt er auf eine spanische Farte gebeten worden; wenn der Capitain den Dunst vom Schmaus gerleßen wolle, könne er künftig hier herein reisen. Was er auch für eine Erklärung erfinden könnte, lag ihm doch das am meisten am Herzen, daß der Capitain, wenn er abkehrt würde, keinen andern Begriff vom Briefe äußern möchte. Ich suchte einen bloßen Spas daraus zu machen; aber er sagte mit einer dñten Laune: Ich hätte gut so schwäzen, wolt ich von den Sachen nichts

men, Bündnis u. s. w. vorzuschlagen, befugt, sondern dieser Abgabe sich willig zu unterwerfen schuldig sey: gegen den Ungehorsamen aber der ReichsFiscal erklart werden soll.

Und ist die von der Ritterschaft sich angemessene Freiheit der jetzigen Politik gemäß? — Nachdem der französische NationalConvent seine Befehlshaber angewiesen hat, in den von ihren Heeren überzogenen fremden Gebieten, alle Pächte, Zehnten, und gutherrliche Gefälle, ja den Adel selbst, aufzuheben, jene Prästationen aber eine vorzügliche Quelle des Vermögens des Adels ausmachen: so läßt sich wol nicht bezweifeln, daß, oneingedenk aller übrigen Zwecke des gegenwärtigen ReichsKrieges, dieser auch zum Vortheil des Adels geführt wird, und die politische Existenz desselben für die Zukunft, von Erhaltung der bisherigen Verfassung Deutschlands abhängt.

In ehemaligen Zeiten war es NB. Pflicht des Adels, den wehrlosen Untertan zu schützen. Ein großer Teil seiner Einkünfte war Folge von jener. Jetzt soll ein entgegengesetztes Verhältnis eintreten? Der Untertan von der untersten allein zahlreichsten Volksklasse, welcher durch jene Verfügung des NationalConvents, dem ersten Anschein nach — und wie leicht reißt der den großen Haufen hin? — unstreutig gewinnt, muß gleichsam mit Gewalt auf den Gedanken geleitet werden: "du sollst dein Vermögen anwenden, nicht um dich selbst zu schützen, nein um dich entweder unter dem auf dir ruhenden Joch noch tiefer zu beugen, oder es doch wenigstens für die Zukunft in gleicher Schwere zu erhalten"?

Der Untertan dieses Landes besitzt noch zur Zeit zu tiefes Gefühl für Ordnung und öffentliche Ruhe, zu viel Achtung gegen seine Obrigkeit, als daß er sich in diesem für ihn rechtlich sprechenden Fall, einer gewaltsamen Widersehtlichkeit schuldig machen sollte; welche oneht in einem so kleinen, von benachbarten armen Reichsfürsten umgebenen

nen Lande, und bei gegenwärtiger Lage der Dinge, nicht zu fürchten ist. Die gewaltsame Weigerung wird er also demjenigen Theil dieser neuen Auflage, welchen der Adel pflichtmäßig übernehmen sollte, auch jetzt tragen. Ob sich aber sein Herz willig und gern dazu verstehen, ob sich sein blasperiges Zutrauen, seine Liebe und Folgsamkeit gegen den Adel, nicht in Misträuen, Ränke, und Grausigkeit, die Verhänisse, welche ihn an denselben knüpfen, anzulösen, zu ändern, und ob diese Stimmung, wenn das wankende Kriegesglück die Franzosen in das Lippsche Land führen sollte — ein Verhängnis, wovor jeder Patriot zittert — den großen Haufen der Untertanen für das französische Freiheits-System auf eine dem Adel vorteilhafte Art, empfänglich machen dürfte? ist eine bedenkliche Frage.

Dies alles aber bei Seite gesetzt, so läßt sich, mit Beibehaltung aller der Ritterschaft schuldigen Achtung, noch fragen, ob diese ihre Weigerung auf Billigkeit und Edelthut beruhe?

Den Untertan auf dem platten Lande und in den Städten; drücken — jenen aber vorzüglich — fortdauernde Abgaben und ansehnliche Schulden. In Schwelz seines Angesichts muß er sein Brod essen. Die erste Anlage zur Stellung des ReichsContingents durch Mannschaft, würde, nach gewisser, hafterm Anichlage berechnet, eine Summe von 40000  $\text{rL}$ , die jährliche Unterhaltung aber 10000  $\text{rL}$  erfordern. Gesezt, daß ein benachbarter ReichsStand sich zur Vertretung für eine geringere Summe verstände: so bleibt diese doch, da rücksichtlich auf die vom Adel sich angemessene Freiheit,  $\frac{2}{3}$  auf den Bürger, und  $\frac{1}{3}$  auf den Landmann fallen, eine große, beide Stände tiefbeugende Last. — Und zur Erleichterung derselben offerirt die mit so vielen und einträglischen Gütern eingeseffene Ritterschaft, ein für allemal ein Sümmechen von 500 Rthl. !? Wohlmerkt, in einer Angelegenheit, die sie und ihr Wol-



vorzüglich trifft, und one sich durch den allgemeinen, freiwilligen Entschluß der sämmtlichen Dienerschaft, vom höchsten bis zum geringsten des welt- und geistlichen Standes, welche sich, obgleich gewiß eben so Steuerfrei wie der Adel, in diesem Fall auch, one einen Gedanken an Ausnahme und Freiheit, zum verhältnismäßigen Beitrag der Kosten verstehen will, zu gleichem Patriotismus und edeler Nachseiferung aufregen zu lassen!!

Lebten wir noch in Zeiten, wo Verdienste um Geist, Kenntnisse und Charakter, die Achtung des Menschen weniger bestimmten, wie eine Reihe längst der Vergessenheit entgegen geschlummerter Ainen; hätte die Ritterschaft in der Grobheit tiefe weniger Einsichts- und Verdienstvolle Männer unter sich, wie der Fall wirklich ist; wäre die Gesinnung, das Schicksal dürftiger Unterthanen und redlicher Mitbrüder zu erleichtern, kein dem Adel würdiges Verdienst: so würde die obengedachte FreiheitsPrätension weniger oder gar nicht auffallen.

Jetzt muß sie aber jeden Edel denkenden um so mer befremden, ja kränken, da die Veranlassung zu gegenwärtigem Reichskriege, weder in Stolz, Rumpfsucht, noch EroberungsGeist, sondern außer in der Erhaltung der deutschen Verfassung, in der von den menschlichsten Fürsten beabsichtigten, wiewol nun vereitelten Rettung eines unglücklichen und tugendhaften Königs, in der Befreiung einer ganzen Nation von den eiserne Fesseln der Jacobiner, kurz in Verbreitung allgemeiner Glückseligkeit, ihren Grund hat.

Wie MönchsTrug und blinder Aberglaube ehemals die Kreuzzüge predigten, opferten sich die Ritter Deutschlands in zahlloser Menge, unerbittlich und ungerührt gegen die Bitten und Thränen ihrer Weiber, Kinder, und Verwandten, dem Schwerdt der Ungläubigen, um — das heilige Grab zu erobern. Und jetzt, da — alle übrigen Zwecke bei Seite gesetzt — Banditen, Räuber, Factionisten, Schwärmer, Giftmischer, und KönigsMörder, gezüch-

nüchtern werden sollen, verlangt die Ritterschaft in der  
Gräflichen Lippe. Detmold einen mäßigen Geld-  
Beitrag!!!

---

21.

## Schwedischer KönigsMord.

Bekanntnisse des Secret. Johan von ENGSTRÖM,  
48 Jahr alt.

PROT. 196 — 211. Den 12 Apr. Gemeinder  
Secretär ward nun vorgeföhrt, und ihm die von ihm den  
29 März bei der OberStatthalterei eingegebenen schriftliche  
Aufsätze mit Zusätzen, samt neuen Zusätzen vom 1, 2,  
und 5ten April, vorgelesen, wie folget.

An dem unglücklichen Freitag war ich Abends spät  
bei *Liljeborn*, den ich auch um die Zeit besucht hatte. Ich  
erwarte, ich hätte bei *Pechlin* etwas von politischen Sachen  
gehört, aber keinen richtigen Begriff davon bekommen.  
*Liljeb.* sagte hierbei, wenn ich mich recht erinere: es ist  
Schade, daß keine Verbesserung erreicht werden kan, one  
ein großes Unglück; das hab ich nicht gewollt, aber *Rik-  
ding* will es so. Ich antwortete hierauf, ein Geheimnis  
wußte ich nicht, wollte auch keins wissen. — Ich war  
übrigens aus eigener Bewegung zu *Liljeb.* gegangen, und  
hätte keine Communion an ihn von *Pechlin*, bei dem ich vor-  
her gewesen war.

Einen Plan zu einer Revolution, oder einer Verände-  
rung in der Regierungsform, habe ich nie gesehen, und  
wied kein Mensch sagen können, wann und wie ich einen  
gesehen hätte.

Noch minder hatte ich von *Ankarströms* Untat irgend  
eine Nachricht: diesen Mann kenne ich nicht einmal, und  
mit seinen angegebenen Compagnons habe ich keinen Umgang  
gehabt. Ich muß auch sagen, daß ich es immer für un-  
mög.

möglich angesehen, daß sich Jemand durch sein Mißverhå-  
gen zu einer solchen That bringen lassen sollte; daher ich  
Nachrichten, die von so was auskamen, zu ser verach-  
tet habe.

Stockholm, 29 März 1792.

Johan von Engeström.

Wegen der mannichfaltigen großen Bedrückungen in den  
allgemeinen Haushalts-Geschäften, ist bei Vielen ein Kum-  
mervolles Nachdenken entstanden, und ich habe diese Urnu-  
he mit ihnen geteilt. Die Folge davon mußte seyn, daß  
man eine Verbesserung in der Haushalts-Methode wünschte:  
aber wie sollte solche erhalten werden? Die Unruhigeren ha-  
ben behauptet, dies könne nicht geschehen, so lang der Kö-  
nig lebe; und dies hat vermuthlich etwas zu dem scheußlichen  
Vorfall, den wir nun überlebt haben, beigetragen. Mei-  
nes Theils habe ich nie an einem Mord oder Schurken-Strei-  
che Theil genommen; einen König zu morden, habe ich  
für so gräßlich und zugleich für so gefährlich angesehen, daß  
ich mir nicht vorstellen konnte, daß Einer hier im Lande der-  
gleich-n unternehmen würde; und meine Meinung hierüber  
habe ich immer auf gleiche Weise erklärt. Ich hätte ei-  
nen and-ern Weg gewünscht, um Verbesserung in der Haus-  
haltung zu gewinnen, nämlich durch Abschlüsse bei den  
Reichs-Tagen. Wenn ich mich für berechtigt hielt, zu spr-  
chen, hab ich es, nach Masgabe meines Verstandes, rein  
und o: freichlig getan. Der letzten K:Versammlung in  
E:st: wurde ich nicht bei; aber nach denen von daher erhal-  
tenen Nachrichten glaubte ich, daß allda Vieles so gut ge-  
macht worden, als die Umstände verstanden konnten. Da-  
her bestrebt ich mich, Viele meiner Bekannten darüber  
aufzuklären, und die Gemüther zu beruhigen, die über den  
K:Tags-Beschluß unruhig seyn konnten. *Pechlin* ver-  
langte auch von mir, daß ich die Ruhe unter unsern Freun-  
den befördern sollte; und bei dieser Abrede, meinte ich, soll-  
te es sein B:wenden haben. Gleichwol sagte mir *Pechlin*  
Frei-

Freitags den 16 März unter 4 Augen, in der Nacht dürfte von einer Revolution die Frage seyn. Der General schlug vor, ich sollte auf allen Foll herumgehen, und zusehen, ob etwas daraus würde. Dies tat ich auf eine kurze Zeit, fand aber nicht die geringste Volkszusammenkunft, sondern fand alles still, außer daß Se Maj. in das Schloß zurückgefahren ward. Weil so nichts geschehen wurde, fragte ich nach der Ursache, und ein Stallknecht antwortete, Se Maj. sei nicht wol. Wer kan ich mich mit Gewißheit nicht erinnern, meinem vorigen Verichte zuzusehen.

Johan von Engeström.

Auf die Frage, ob ich einige Bekannte angetroffen, wie ich herumging nachzusehen, ob alles still wäre? darf ich nicht verschweigen, daß ich beim RoderMalmöMarkt von dem Hårads-Hauptmann Nordström erkannt worden, der den Secretär Netzel und den StadtFiscal Nyström in seiner Gesellschaft hatte, mit dem wir bis in die RegistrungsKasse gingen.

Johan von Engeström.

Mit Bjelke war ich wenig bekannt, ehe er vom RTag in Gefle zurückkam. Nach dem unglücklichen Freitag traf ich ihn einmal an, da er sagte, er sei perplex, wie er einen Brief erklären sollte, den er bemeldten Freitag an seinen SchwiegerSon, den Capitain Baumgarten geschrieben, und der unfehlbar geöffnet worden: er habe darinn gemeldet, er habe seine versprochne Heimreise aufschieben müssen, weil er auf eine spanische Lorte gebeten worden; wenn der Capitain den Dünst vom Schmaus gelesen wolle, könne er künftigher hier herein reisen. Was er auch für eine Erklärung erfinden könnte, lag ihm doch das am meisten am Herzen, daß der Capitain, wenn er abreist, keinen andern Begriff vom Briefe äußern möchte. Ich suchte einen bloßen Spas daraus zu machen; aber er sagte mit einer üblen Laune: Ich hätte gut so schwagen, weil ich von den Sachen nichts

nichts wüßte; er hingegen wisse das ganze Project vom *Niklas* Mord, welches er mir, zur Aufklärung der künftigen Historie, erzählen wolle. Nun merkte ich wol, daß *Bjelkes* Nachrichten überhaupt nicht so ganz richtig wären; doch auf alle Fälle war ich bange, die Erzählung, die er mir anbot, anzunehmen, und ich weigerte mich schlechterdings, weiter nur Ein Wort von der Sache zu hören. Mer erinnere ich mich nicht mit *Helke* über solche Dinge gesprochen zu haben.

Das läugne ich nicht, daß ich davon sprechen gehört, der Adel werde Widerstand leisten, falls der König beim *Krag* in Gesele Gewalt gegen ihn brauchen würde. Bei einer solchen Gelegenheit habe ich auch gehört, daß *Lilljeh.* hier in der Stadt die Sache des Adels unterstützen werde; aber mit Gewißheit kan ich mich nicht erinnern, ob ich dieses von ihm selbst, oder von *Pachlin*, oder von jemand anderen, gehört habe.

Daß ein eigner Plan zu einer neuen Regierungsform entworfen worden, weiß ich nicht: flüchtige Gedanken über besondere Theile derselben habe ich gesehen, und die, die man mir mitgeteilt, habe ich aufgebrannt. Wenn je einmal die Frage von einer neuen Reg. Form, insofern alles Menschliche veränderlich ist, werden könnte; so bin ich der Meinung gewesen, daß die Gesetzgebende Macht mit Bedacht solches überlegen, und ihre Beschlüsse nicht übereilen müsse.

Wenn eine Revolution vorgehen sollte, habe ich wol sagen gehört, daß diejenigen Beamten, die dabei hinterlich seyn könnten, vielleicht auch der Herzog von *Södermanland*, so lang arreirt werden sollten, bis die Revolution vollföhrt sei; aber nachher sollte auch keiner dabei leiden. Allein alles das habe ich mir um so weniger tief ins Gedächtnis geprägt, weil ich alles das für ein GedankenSpiel angesehen, und dabei an den Gang der Revolution vom J. 1772 gedacht, one zu bedenken, wie leicht es für einen König sei, dergleichen zu unternehmen; besonders da er seines Bruders  
Bel.

Besteht zu nutzen, und Leute wie Tolle und Sprängporten zu Werkzeugen, hatte.

Ich kan mich nicht auf die Namen aller derer besinnen, die von solchen Arrestirungen gesprochen haben; aber ihrer waren viele. Wenn ich nun einige gewisse Personen nannte: so machte ich dadurch einen Versuch, Leute unglücklich zu machen, die vielleicht ganz unschuldig, im andern Fall aber doch Leute sind, die geglaubt haben, daß sie mir etwas anvertrauen könnten; und ich wäre auf immer Ehrlös. Daß der Lagnan Lilljensparre alle möglich Aufklärungen sucht, wundert mich nicht; dies erfordert sein Amt. Aber er mußte sich über mich wundern, wenn ich aus Furchtsamkeit, oder um einen Vorteil zu gewinnen, mehreren meiner Mitbürger ein Unglück zubereitete.

Und der hohe Herr, Herzog CARL von Södermanland, der nun vermutlich das schwedische Reich regirt, wie sollte der nicht einen so feigen Menschen verachten? Nicht genug, daß man dadurch einzelne Personen gefährdete; alle ihre Verwandten und Freunde würden leiden, allen Mitbürgern würde Bange gemacht, und das ganze Land könnte in Unruhe versetzt werden. Dadurch würde man, für jedes dem Herzog, der das Land regirt, und für die Zukunft dem Herrn, der alsdann die Regierung übernimmt, das größte Unglück zuziehen. Aber Gott im Himmel bewahre mich davor! Ich sitze gefangen, und dies ist eine Art von Erniedrigung; aber noch ist meine Denksart nicht erniedrigt, sondern ich glaube, ich würde für den Herzog ein nützlicher Diener werden können, wenn ich meine Freiheit wieder erhielte. Als bewegendende Gründe dazu, könnte ich anführen, 1. daß ich keinen Anteil am KönigsMord habe, daß ich nicht darüber mit in Rat genommen worden, und daß ich bloß kurz vorher, ehe er vollzogen worden, einige Worte gesprochen habe, die, wie sich nachher fand, eine Beziehung darauf hatten; 2. daß ich nicht mit im Rat gewesen, um zu gleicher Zeit eine Revolution zu machen, und daß ich

nicht den kleinsten Schritt zur Beförderung derselben gethan habe, daß ich entweder Leute, oder Gewehr und Ammunition, zusammengebracht hätte. Wol aber habe ich am eben dem Abend Nachricht erhalten, daß von einer Revolution die Rede seyn könnte, doch ohne daß ich den Namen von jemandem genannt, oder einige Umstände dabei erfahren. 3. Hätte ich irgendwo einen Verdacht bemerkt, so hätte ich ihn mit nichts beweisen können, und die Folge wäre gewesen, daß ich von allen Seiten wäre verachtet worden, gesetzt auch man hätte mich nicht noch härter gestraft.

Vielleicht streiten eben so gute Gründe für mehrere von den schwedischen Männern, die im Verhaft sitzen. Ich wünsche es von ganzem Herzen, und daß sie uns zum Vortheil gereichen. Darf ich noch einen Wunsch hinzusetzen? — daß doch nichts anders als Handlungen gestraft, Gedanken aber dem Gerichte Gottes überlassen werden, wo allein sie mit voller Gewißheit geprüft werden können! Dadurch bekäme der Herzog Gelegenheit zu dem schönsten und vielleicht nützlichsten Sieg in der Welt. Wenn seit einigen Jahren einige Gemüther von Sr. Hoheit wie getrennt gewesen, so würden sie nun alle zu ihrer vorigen Ergebenheit zurückkehren. Das ganze Land würde Seine Milde und Selten Edelmut preisen; und die daraus entspringende Stille würde jeden überzeugen, daß die Regierung des Herzogs CARL die Verbesserung in der Haushaltung angefangen, die man lange gewünscht hat.

Können diese Zeilen vor des Herzogs Augen kommen, and Gnade gewinnen, so preise ich Gott dafür, daß ich ins Gefängnis geraten bin, wiewol ich schon viel dabei gelitten habe.

Stockholm, 1 Apr. 1792.

Johan von Engeström.

Der Garabshauptmann Nordell kam Freitag Abends zu mir ins Haus, und hatte den Stadtrichter Nyström mit, mit welchem er mich sehr bekannt machte. Unter 4 Augen

sagte mir Nordell, Pechlin wolle mit mir sprechen, und diesen Abend könne wol von einer Revolution die Rede seyn. Ehe er von mir ging, bat er mich, ihn auf der Park-Tavern um Essenszeit aufzusuchen. Dies that ich, und erzählte ihm ganz allein, Pechlin habe mich ersucht, nachzusehen, wenn etwas passiren sollte. Er bat mich, bei ihm zu speisen; aber ich verbat es, und versprach am Ende, ich wolle im Rückweg, wenn ich gegessen hätte, bei ihm in seinen beiden Gärten vorsprechen. Ich blieb lange aus, und fragte im Vorzimmer, ob noch jemand da wäre? Man antwortete mit Nein, und ich ging meiner Wege. In dessen wie ich auf dem NorderMarkt herumging, fand ich überall alles ruhig und still, und wollte eben nach Haus gehen, als mir Nordell begegnete, und mich erkannte. Ich ging nun eine Weile mit ihm; und wie wir gehört hatten, daß sich der König übel befinde, drang er in mich, daß ich, als mit Pechlin am meisten bekannt, hinaufgehe, und ihm solches berichten sollte. Dies behagte mir nicht, weil es Nacht war, und ich eine solche Commission weder bekommen noch übernommen hatte: doch ich ließ mich überreden, einen Versuch zu machen. Die Thüre war verschlossen, und der Bediente, welcher wachte, wollte, ich sollte meinen Namen sagen: da ging ich weg. Man wollte mich bewegen, es durchaus zu thun; ich versprach es zuletzt, mit dem Vorbehalt, wenn ich allein wäre; und wie ich glaubte, daß mich niemand mehr sähe, nutzte ich die Gelegenheit, und stieg nur nach Haus in mein Bett.

Davon habe ich nichts gehört, daß bei einer kurz vorher gehaltenen Mascarade ein Anfall auf des Königes Person beschloßen gewesen; ich kan mich nicht einmal besinnen, von dieser Mascarade sprechen gehört zu haben. Aber während dessen, daß in Gessle Maskag gehalten wurde, sagte mir Nordell, es schiene, als wenn der König bei einer damals angestellten Mascarade eine neue Revolution machen wolle, um nicht die Stände befragen zu dürfen, die, wie



es hieß; keine Lust hatten, in gewisse Selbstsachen zu eintreten. Auf sein Verlangen ging ich sodann eine Weile in der Nacht mit ihm, um zu sehen, ob etwas passiren würde. Aber alles war still, und wir gingen heim. Alles bestärkte mich in dem Gedanken, daß seitdem die Revolutionen vom J. 1772 und 1789 vor sich gegangen, sich keine mehr, auf lange Zeit hinaus in diesem Lande ereignen könne.

Doch ich verlasse diese Kleinigkeit, und gehe in der besten Meinung zu etwas Größerem fort, worüber ich hier in meiner Einsamkeit zum Nachdenken gekommen bin. Einen Mord begehen, ist schauderhaft; und einen König anfallen, übersteigt alles andre. Je unerhörter solche Verbrechen sind; desto weniger kan es jemanden einfallen, sie zu begehen: je mer von ihnen gesprochen wird, desto weniger Schaudern erwecken sie, und die Vollbringung derselben wird gleichsam leichter. Ehe die Gerüchte auskamen, daß des Königes hohe Person A. 1788 in Finnland in Lebensgefahr gewesen, glaube ich wol nicht, daß jemand biesseits der Ost-See auf einen so grausamen Gedanken verfallen können. Aber diese Gerüchte breiteten sich auf allen Seiten aus, und die Ohren des Volks gewöhnten sich, horreurs zu hören. In Finnland wurde niemand eines solchen Anschlags wegen angeklagt, wenigstens niemand verurtheilt. Daher gerieten manche auf den Gedanken, es sei nichts an der Sache, und um so viel weniger achtete man auf alle später ausgekommene Gerüchte von einem Königs Mord. Indessen fürchte ich, die Verbreitung dieser Gerüchte habe dem Verbrecher den ersten Gedanken von der Möglichkeit, sich zu rächen, eingegeben. Hätten dieselbe in der Geburt erstickt werden können, so wäre vielleicht das nicht geschehen, was nun in diesem Lande von so schrecklichen Folgen ist. Ist diese meine Vermutung gegründet: so wünsche ich von ganzem Herzen, daß von nichts anders als von bewiesenen Verbrechen gegen Souverains hier im Lande, falls sich anders dergleichen finden, gesprochen werden möge. Der Angegebene lebte

beständig; kaum kan einige, nie eine völlige reparation gegeben werden; und Ankarströms Beispiel wird, wie verlaunt, ausweisen, was eine verborgene Rächgier bei einem wilden Menschen ausrichten kan. Aber der Himmel gebe, daß künftig Keiner, als im höchsten Nothfall, des Verbrechens gegen den Souverain angeklagt werde: so werden, wie ich hoffe, nicht Viele angeklagt werden dürfen.

Der Lagman *Lilljensparre* hat mir gesagt, er habe die Gnade, die Berichte der Verhafteten Sr Hoheit dem Herzog von Södermanland vorzulesen. Nun so wage ich dann, nach meiner Wenigkeit meine Stimme zu erheben, und so zu sprechen, als wenn ich vor diesem hohen Herrn selbst stünde. Ich weiß aus der heil. Schrift, daß des Königes Zorn ein Boten des Todes ist. Ew. M. Hoheit sind dormalen eben das, was mein König; und ich begreife gar wol alles das Gefährliche von Ew. Ungnade. Aber meine Seele ist nie eine der allerschwächsten gewesen; Unglücksfälle haben mich etwas abgehärtet. Ein sädgiger Anblick von 5 stummen Menschen-Gestalten mit drohenden Gesichtern, RingKragen, Säbeln, Degen, Bajonetten und Musqueten, hat mir das Ansehen von Bütteln vorgemalt, und mich gewöhnt, daß ich sie ohne Beden sehen kan. Ich hoffe auch, wenn es Not räte, selbst dem Tode ohne sonderlichen Schrecken entgegengehen zu können. Sollte mich aber dabel, oder noch vorher, eine Schwachheit befallen, so läugne ich solche nun zum voraus ab, und erkläre, daß sie dem schwachen Bau meines Körpers, keineswegs aber meiner Seele und ihrer Ueberzeugung, zugehört. Eraltirt von einer edlen Begeisterung, erdreiste ich mich nun, einige Gedanken zu äußern, die ich für war halte, deren Richtigkeit Ew. selbst zu prüfen bilieben; u. von denen ich glaube, daß sie für Ew. eignes Glück in Zukunft von Bedeutung sind. R. Gustaf III ist von einem MordSchuß todt; ein wilder Mensch hat denselben getan; und zu verwundern ist es, daß er solchen gewagt: aber weit wunderbarer ist es, daß edle Menschen von edler Erziehung das lebhafteste Be-

sich dabei verloren, und einige von ihnen mehr oder weniger Antheil an der Last nehmen gekonnt. Dies rührt von keinem Ungesetz her, sondern es muß eine Ursache, keine Fiktion, sondern eine der allerbedeutendsten Ursachen, haben; dazu wird eine — wirkliche, oder nur eingebildete? aber immer gleich gefährliche — Noth erfordert; dies setzt eine föhliche Desperation voraus. Wo kommt solche her entstehen? Der Mensch ist geboren, frei zu seyn, d. i. Rechte zu genießen. Je geringer der Antheil ist, den er davon genießt, für desto weniger glücklich hält er sich. Je mer Kenntnisse und Aufklärung er gewonnen hat, desto stärker fñlt er den Verlust natñrlicher Rechte. Unstreitig verloren die Schweden viele ihrer Rechte bei der Revolution von 1772; aber bei der Staatsverwaltung, die damals mild und gleich durch gefñhrt wurde, ließ alles in größter Stille ab, bis heraussehende GeldProjecte anfangen, jeden denkenden Menschen über sein künftiges Auskommen unruhig zu machen. Doch noch ging nicht die Noth an Mann; man durfte mit unter seine Klagen ausschñuten, da ward's einem leicht ums Herz, und das Volk lebte in Ruhe. Die Vorfälle von 1788 zerstörten diese Ruhe; Rathgeber wurden gehört, welche den ganzen AbolStand mit Noth zu bewerfen rieten; und die Arrestirung auf dem 22. Tag 1789 möchte wol an der Verzweiflung ihren Antheil haben, deren Wirkungen wir nun beweinen. Mit der Macht in den Händen, kan man den MißVergnügten zwingen, zu schweigen, nicht aber, vergnügt zu seyn. Der Orell stoßt sich um das Herz herum; je mer er gepreßt worden, desto heftiger bricht er aus, wenn er Lust bekñmmt, gleich einem stark geladenen Schuß aus einem Gewehr. Ein Schuß kan Schwerts aus dem Gewehr genommen werden, und dann ist er nicht mer gefährlich: ein MißVergnügter kan durch Mühe allmählig zurückgebracht, und ein nützlicher Unterthan werden. Werden diese Gedanken nicht richtig befunden, so ist ein Stück Papier bald vom Feuer verzert: nur suppliere ich unterthànigst, daß Ew.

Egl.

Egt. Gehet meine Dreistigkeit nicht ungnädig aufzunehmen  
geruhen.

O wäre ich doch durch Sr Egl. Hoh. Gnade wie-  
der auf freien Fuß gesetzt!

Stockholm, 2 Apr. 1792.

Johan von Engeström.

Beim gestrigen Verhör fiel es mir schwer, einige der  
Fragen zur Zufriedenheit der hohen Statthalterei zu be-  
antworten. Dies geschah nicht in der Absicht, die War-  
heit zu verwirren: wäre dieses meine Denkungsart gewe-  
sen, so hätte ich von Anfang her nichts aus eigener Bewe-  
gung gesagt, ich hätte auf alle Fragen Nein gesagt, und  
Zeugen hätten nicht gegen mich aufgetrieben werden könn-  
en. Aber ein und andres war mir entfallen; nur das waren  
Dinge, die ich für unbedeutend ansah; und mein voriger  
Bericht, daß ich mit dem Håradshauptm. Nordell zusam-  
men gegangen, wird genugsam ausweisen, daß ich alle die  
Umstände angeführt, deren, als zur Sache gehörend, ich mich er-  
innern konnte. Die Fragen verstand ich nicht immer recht,  
und der Fehler lag vielleicht in meiner Einsicht. Für einen  
Beamten, welcher inquirirt, muß es unangenehm seyn, ihnen  
Angenehmen in die Fülle zu bringen; aber das ist seine  
Schuldigkeit: für eine Partei würde es unrecht seyn, ih-  
ren Vorteil durch eines andern Schaden zu suchen; und für  
den, der mit einem andern Bekanntschaft und Umgang ge-  
habt, möchte man es sehr hart finden, wenn er sich als ein  
Werkzeug zu dessen Unfall zeigte. Urtheile nun die hohe  
Behörde von meinem Betragen.

Nachdem der Unglücks-Schuss gefallen, und dies den  
Tag darauf ruchbar worden war, begriff ich freilich wol,  
daß mein Ausgehen in der Nacht eine Unvorsichtigkeit ge-  
wesen war: aber was geschehen war, konnte ich nicht mer  
ungeschehen machen. Nun war blos davon die Frage, was  
zu tun wäre, um nicht in einen so schweren Proceß einge-

müht zu werden, der nothwendig entstehen mußte. Mit Nordell, der in dieser Absicht zu mir ins Haus kam, war ich da die Abrede, wir wollten sagen, er sei zu mir gekommen, um wegen eines Processus zu sprechen; übrigen wollten wir unsre Rede so abmessen, wie ich mich nicht mer völlig erinnere, wie aber, so viel mir dünkt, mit seiner Aussage beim ersten Verhör übereinstimmt. Sich herauszuhelfen, so gut man kan, ist natürlich, und vielleicht daher verzeßlich; vielleicht sah das einem Fehler ähnlich, daß ich unsre Abrede nicht befolgt habe. Aber meine Zunge ist nicht so gebittet, daß ich gerade gegen die Wahrheit sprechen kan; und ich habe keine Gelegenheit gefunden, wiewol ich sie gewünscht, den HäradsHauptmann vor meinem Vorsatz, die Wahrheit so lauter zu sagen, als ich mich ihrer erindern könnte, zu warnen: da ich zugleich gewünscht hatte, ihm zu zeigen, daß mein Bericht keine Fallstricke für ihn enthielte, und daß ich ihn nicht für schuldiger, als mich, ansähe.

Die mir getanen Fragen betreffend, sei es mir erlaubt, zu meinem betürzten Bericht einige Zusätze zu machen. Ich hörte den Nordell sagen, er müsse um 10 Ur zu Pechlin gehen; es sei aber unnötig, weil ich da gewesen wäre. Unser erster Gedanke war, wir wollten zusammen hingehen; aber wie ich eine Ausflucht fand, war ich herzlich froh, daß ich allein ging. Ein bloßer Zufall machte, daß wir uns begegneten, und dieses Unglück hinterte mich, nach Haus zu gehen. Ich war gegen die LadugarlandsBrücke nach dem BlasseholmsMarkt und dem Hafen hin, gegangen, als ich im Dunkeln von dem HäradsHauptmann erkannt wurde, der, wo ich mich recht erinnere, vom NorkRalmgMarkt kam; und an der SeeSeite, nicht weit vom OpernHause, begegneten wir uns. Kurz nachher, wie wir beim Anfang der RegierungSasse von dem Fiscal Nystedt abgingen, hörten wir, daß jemand auf Befehl des Königes zu Arrell faren sollte; da melten wir, von den Frauenglimmern

miern sei eine Aitel geworden. In der Etage eine Treppe hinauf im Opern-Hause sahen wir viel Licht und eine Menge Leute; wir glaubten daher, daß da ein Souper wäre. Wir unterließen wir um die Friedens-Casse, das Rosen-Bad, und den Norr-Malms-Markt, herum: vielleicht irrte ich mich bei den Drien, und wie oft wir herumspazirt sind. Ich sah wol, wie des Königs Wagen her kam, nicht aber, daß der König darin saß; denn ich stand zu weit weg. Am Wege unterhalb Gustaf Adolfs Statüe stand ich, wie ich den Stall-Knecht fragte, warum so langsam gefahren würde. Auch besinne ich mich nun, daß ich nachher von Secretär Netzel habe sagen gehört, einer da vorne beim Opern-Hause habe erzählt, der König sei da oben angefallen worden. In meinem vorigen Bericht habe ich erwähnt, daß mich Nordell gebeten, zu ihm auf Yorks-Tavern zu kommen, wo er Abends mit einigen Freunden seyn würde; und daß er Nordell verlangt, ich sollte dem Gen. Pechlin hinterbringen, was wir auf dem Markt von dem Vorfall mit dem Könige vernommen hätten.

Stockholm, 5 Apr. 1792.

Johan von Engelström.

Der Secret. v. Engelström erklärte vorstehende Berichte in allen Stücken an, bezugte, daß er sie eigenhändig geschrieben und unterschrieben, und behauptete, er habe daran alles, was ihm in dieser Sache bekannt wäre, und er sich erinnern könnte, mit der Aufrichtigkeit an. und zu erkennen gegeben, daß er nicht das Geringste beigetragen hätte. Der Fiscal, Bürgerm. Fagerström, äußerte sich: nicht ohne Vermuthung könne er ein dergleichen Vergehen von dem v. Engelstr. anhören, welches einen criminalen Plan und Voratz, die Wahrheit zu verbergen, und sein Verbrechen zu vertuschen zu suchen, bei ihm verräthe. Er sei angegeben, daß er von dem gegen des sel. Königs

Person, in der Nacht zwischen dem 16. und 17<sup>ten</sup> vorigen Monats, vorgehabten schrecklichen Plan, Kenntnis g. habe, und daß er, um den Ausgang dieser Nord-Unternehmung abzuwarten, in der Nacht auf den Straßen herumgegangen, und nachher bei *Pechlin* gewesen, um vom Verlauf zu rapportiren: auch habe er in seinen eignen Berichten erkannt, daß ihm eine vorgehabte Revolution bekannt gewesen, und daß er sie entdeckt, oder ihr vorzubeugen gesucht hätte. Der Fiscal wünsche daher, daß der Secretär, sein bisher gegen die Stimme der Wahrheit taubes Gewissen, durch ein aufrichtiges Geständnis alles des Theils, den er an dieser scheußlichen That genommen, erleichtern, und durch Säugnen sein Verbrechen nicht vermerken möchte. Aber der Secret. verblieb immer dabei, er habe nichts zur Sache gehörendes verschwiegen, das ihn selbst angehe, oder ihm sonst bekannt geworden wäre.

Der Fiscal bemerkte: da, nach des Secretärs' schriftlichem Bericht vom 29 März, *Lilljeborn*, wie ihn der Secretär Abends den 16<sup>ten</sup> bemeldten Monats besucht, bei der Gelegenheit, da der Secret. erzählt, daß er bei *Pechlin* etwas von politischen Dingen gehört, das er nicht verstanden, sich herausgelassen, es wäre Schade daß keine Veränderung ohne ein großes Unglück geschehen könne, und dies habe der Obr. Leut. nicht gewollt, aber der Graf *Ribbing* wolle dergleichen: so würde es nicht natürlich seyn, oder für glaublich und wahrscheinlich angenommen werden können, daß der Secret. eine wichtige und bedeutende Entdeckung von einem großen bevorstehenden Unglück, ohne alle Aufmerksamkeit gelassen, und bloß darauf die unschickliche Antwort gegeben, "er kenne kein Geheimnis, und wolle auch keines wissen". Fiscal sei daher veranlaßt, anzuhalten, daß der Secret. verpflichtet werde, sich umständlich und ordentlich darauf zu besinnen, und zu beschreiben, was für ein Gespräch zwischen ihm und *Lilljeborn* bei dieser Gelegenheit

vorgefallen, und aufklären, worin das vom Obr.Lieut. angeregte Geheimniss bestanden sei?

*Engstr.*, dem dieses vorgehalten, und der mit bemögllichen und ernstlichen Vorstellungen ermannt wurde, der Wahrheit und Aufrichtigkeit zu folgen, erwiederte: ein weiteres Gespräch zwischen ihm und *Lilljeh.* bei der besagten Gelegenheit, sei nicht vorgefallen, das zur vorliegenden Sache gehörte, außer daß er Secret. erzählt habe, *Pechlin* habe den Tag vorher an ihn Secret. gesagt, es könnte in der nächsten Nacht von einer Revolution die Frage seyn; und hiebei habe der Obr.Lieut., so viel er sich erinnern könne, den Ausdruck fallen lassen, es wäre schade, daß keine Veränderung ohne ein großes Unglück erreicht werden könne; wobei der Secret. aufs höchste läugnete, daß der Obr.Lieut. ihm entdeckt, worin dieses Unglück bestehen solle, oder daß er Secret. es zu wissen verlangt. Er gab dabei vor, wie die Worte fielen, sein Grundsatz sei, sich es immer zu verblüthen, wenn man ihm Geheimnisse anvertrauen wolle; diesen Grundsatz habe er auch diesmal befolgt. Weiter meldete er, es sei gegen 8 Uhr Abends gewesen, wie er zu *Lilljeh.* hinausgegangen, und habe er dabei keine andre Absicht gehabt, als demselben wie gewöhnlich eine Visite zu machen.

Da der Secret. erstbemeldeter massen erkannt, daß *Pechlin* Freitags den 16 März ihm gesagt, es dürfte die Nacht darauf von einer Revolution die Frage seyn: so sollte er, auf des Fiscals Verlangen, angeben, was für ein weiteres Gespräch zwischen ihm und *Pechlin* damals vorgefallen, und deutlich erklären, ob des letzteren bemeldete Aeußerung, oder etwas anderes, das Politische gewesen, das er Secret. bei seinem Besuche bei *Lilljeh.*, noch am eben dem Abend, laut seines schriftlichen Berichts, von *Pechlin* gehört, aber nicht verstanden, haben wolle? Er er nicht, da ihm eine so wichtige Neugierde, daß eine Revolution



den bevoorzündet, mitgeteilt worden, natürlicher Weise näher Nachricht verlangt, wie es sich damit verhielte, und was für Maßnahmen dazu gemacht wären? ob er dem Hptm. Nordell Confidenz davon gemacht, und ob die Unterredung mit Pechlin vor oder nach seinem des Secr. Besuch bei Lilljeb. passiert sei? v. Engestr. antwortete: In dem Augenblicke, da Pechlin einer Revolution erwähnt, und ihn Secret. gebeten, indessen herumzugehen, und nachzusehen, ob etwas passire, sei ein Fremder zu Pechlin gekommen, weshalb er Secret., der mit Pechlin im äußeren Zimmer gesprochen, sogleich weggegangen, ohne daß er näheren Bescheid verlangt oder bekommen, ob wirklich an eine Revolution gedacht worden, oder wie und auf was Art sie ausgeführt werden solle. Diese obbemerkte Aeußerung von Pechlin sei das Politische gewesen, von dem er dem Obr. Lieut. gesagt, daß er es gehört, aber nicht begriffen habe.

Wie Nordell vorher, Abends um 6 Ur, ihm Secret. gemeldet, daß diesen Abend von einer Revolution die Frage seyn könnte; habe er demselben wieder mit dem, was ihn Pechlin gesagt hatte, Confidenz gemacht. Folglich sei diese Unterredung mit Pechlin noch vorher geschehen, ehe er zu Lilljeb. hinaufgegangen. Ubrigens läugnerte er, daß ihn Pechlin angesprochen hätte, in der die Revolution betreffenden Sache den Obr. Lieut. zu besuchen.

Welter. Der Secret. hatte eingestanden, daß Pechlin ihn ersucht, herumzugehen und nachzusehen, ob eine Revolution vor sich gehen würde. Also trug der Fiscal darauf an, den Secret. die Frage beantworten zu lassen, ob ihm dies nicht Anlaß gegeben, sich in der Nacht in Pechlins Haus einzufinden, und da hinein zu wollen, um von dem ihm gemachten Auftrag zu rapportiren, nachdem er vernommen, daß der König von der Mascarade blessirt in das kgl. Schloß hinauf gefahren würde? v. Engestr. bestritt, daß Pechlin davon gesprochen, oder ihn gebeten habe, ihm Nachricht zu erteilen, wenn etwas passirte; und

etc.

erklärte, aus keinem andern Ursache, als weil ihn Nordell dazu überredet; habe er sich einmal in der Nacht nach Pechlins Haus begeben, um diesem das mit dem Könige geschlossene Unglück zu hinterbringen; zu diesem Ende habe er auch an die Thür geklopft, sei aber nicht hineingekommen, weil er seinen Namen nicht sagen wollen; und nachher sei er, ohne weitere Versuche zu machen, um hinein zu kommen, noch Haus gegangen, und habe sich gelagert. Er setzte hinzu, die Zeit, wann er in der Nacht nach Haus gekommen, könne er nicht ganz gewiß angeben; aber es sei gleich nothwendig gewesen, wie er erfahren, daß sich der König übel befände. Auf die weitere Frage, ob nicht Nordell in der Nacht den Pechlin besucht, antwortete er: er wisse es nicht.

Der Fiscal erinnerte: da sich aus Lilljeborns Geständnis vom 29 März ergebe, daß der Secret. von der, vor letzt abetstandnem RTag, zwischen Pechlin, Lilljeborn, Major v. Hartmannsdorff, und Leut. v. Ehrensfürd, genommenen Abrede, daß sie, falls man von Gesele her von gebrauchter Gewalt hörte, für die Ruhe hier in der Hauptstadt verantwortlich seyn sollten, durch Pechlin benachrichtigt worden; und der Secret. in seinem schriftlichen Bericht vom 1ten dieses, auch eingestanden, daß er von einer solchen Anstalt Nachricht gehabt: so solle er angeben und erklären, was für Kenntnis er hieron gehabt, auch wann er solche bekommen, und was noch mehr damit zusammenhinge. Zur Antwort hierauf berief sich der Secret. auf das, was vorbemaßter sein schriftlicher Bericht hierüber empfohlen, und sagte, er könne sich auch nicht derjenigen mehr erinnern, die Vorgesetztheit bezeugt hätten, daß beim RTag gegen den Abel-Gewalt gebraucht werden würde; welche Furcht außerdem auch eine Grund gewesen, und sich daher auch nachher verloren habe.

Weiter führte der Fiscal an: da der Secret. in obbemeldtem schriftlichen Bericht auch gemeldet, nicht nur davon spre-

sprechen gehört zu haben, daß auf den Fall einer Revolution die Beamten, die dabei hinterlich seyn könnten, und dieselbe auch der Herzog von Södermanland, arretrirt werden sollten, sondern auch, daß er diese ige, die solches gesagt, nicht nennen könnte, weil sie sonst unglücklich würden, und er Secret. Hierdurch das Vertrauen mißbrauchen würde, welches ihm hierinn zu Gute gekommen: also sei Fiscal, ehe er sich hierüber äußern, oder den Secret. zur Angabe der Namen derer, die von einer solchen Arretrung gesprochen, verpflichtet könnte, veranlaßt, darauf zu dringen, daß, um zu erfahren, in wie fern solches auf die nun vorliegende Sache Bezug hätte, oder für das allgemeine Wol des Stats noch von Folgen seyn könnte, dem Secret. aufgegeben werde, näher zu erklären, wie die bemeldete Revolution angestellt gewesen, was man damit habe beabsichtigen wollen, und zu welcher Zeit von ihr und den bestimmten Arretrungen mit dem Secret. gesprochen worden sei? Der Secret., dem ernstlich vorgehalten wurde, ein aufrichtiges und ungekünsteltes Bekänntnis von allem dem, was ihm hierinn bekannt wäre, abzugeben, beteuerte, er wisse von keinem Plan zu einer Revolution, habe auch sonst nicht davon sprechen gehört, was damit beabsichtigt würde. Was ihn zu seiner Aeußerung hiervon in seinem schriftlichen Bericht veranlaßt habe, seien blos Reflexionen, welche, als das Gerücht eingelaufen, daß der sel. König und der Herzog von Södermanland, mit den schwedischen Flotten, in Dörckesund von dem Feinde eingeschlossen wären, bei einem und andern aufgestiegen waren, was wol zu tun wäre, wenn mit dem Könige ein Unglück geschähe. Die, so mit solchen Gedanken umgegangen wären, und auch von den bemeldeten Arretrungen gesprochen hätten, deren Namen aber er nicht angeben könne, besonders da es so leicht durch auf Unschuldige einen Schatten werfen könnte, hätten sich von einer Freiheitsfucht regiren lassen, und wären, einige von der englischen, andre von der nun in Frankreich

reich dominirenden Regierungsform, eingenommen gewesen. Doch habe er keinen Anlaß zu glauben, daß dergleichen Denkungsart noch daure, so wie er auch nichts vernommen, das auf eine beabsichtigte Aenderung in der Regierungsform führen könnte; er habe nicht gehört, daß wirklich an eine Revolution gedacht worden, sondern nur davon habe er sprechen gehört, was zu tun wäre, falls solche vorkäme.

Der Fiscal erklärte: mit dieser Erklärung könne er sich nicht begnügen, sondern bestand darauf, daß der Secret., um zu verhüten, daß nicht ernstlichere Mittel vor die Hand genommen werden, auf die widerigenfalls der Fiscal, um die Wahrheit aufzuhellen, zu bringen nicht umhin könnte, ein dem wären Hergang gemäßes Bekenntnis abgeben müsse. Aber der Secret. verblieb bei dem, was er oben zur Erklärung angegeben, und bestand darauf, er habe darin nicht im geringsten gegen die Wahrheit gefehlt.

Der Fiscal fragte: wann der Secret. davon sprechen gehört, daß, wie auch sein schriftlicher Bericht enthielte, der Adel, falls beim RTag etwas seiner Meinung nach Gewaltthätiges vorgefallen wäre, gegen seinen König Gewalt brauchen würde, und Lilljob. hier in der Stadt die Sache des Adels unterstützen sollte? v. Engestr. antwortete: er habe wol vor dem RTag in Gese (nur könne er die Zeit nicht angeben) von mehreren sagen gehört, daß falls darselbst Gewalt gegen den Adel gebraucht würde, dieser wider Gewalt brauchen würde, und dieses habe er in der Lage, worinn er sich nun befinde, nicht vertuschen zu dürfen geglaubt; doch könne er solches nicht beweisen, daher enthalte er sich auch, einige zu nennen, die dergleichen Reden geführt. Uebrigens habe er, seines Zells, dergleichen Reden für ungereimt angesehen, weil der Fall, daß der König gegen den Adel Gewalt brauchen wolle, unmöglich sei, daher auch alle Anstalten, solches zu hemmen, Torheit gewesen wäre.

Der Fiscal äußerte: er wolle zwar den Secret. nicht auf accusationen setzen, noch weniger dazu verpflichten; jedoch könne er nicht umhin, zu bemerken, wie unbedacht-  
 sam dies gewesen, daß der Secret., da er sich für verpflichtet gehalten, gewisser Leute Vertrauen zu verschweigen, und in seinem Bericht von einigen gegen die Regierungsform und das königl. Haus gerichteten Gewaltthatigkeiten, sich auf etwas bezöge, das vor langer Zeit passirt war, und mit der befragten Sache in keiner Connerision stand, gleichwol einen ganzen Stand genannt und ausgezeichnet habe; dies müsse ihm der Fiscal mit Recht zur Last legen, und als aus dem Grunde geschehen ansehen, um sein eignes Verbrechen zu verdecken, dessen ihn seine erdichtete Ausflüchte, und der Vorfaß, die Wahrheit zu verschweigen, hinlänglich verdächtig machten. Daher verlange der Fiscal weiter des Secret. Erklärung über den Widerspruch und die Zweigültigkeit, die sein schriftlicher Bericht vom 2ten dieses enthielt, indem der Secret. darinn anfangs erkannt, daß er von einer vorgehabten Revolution vor dem 2ten Tag Nachricht gehabt, und sprechen gehört, nachher aber vorgegeben, er habe erst Freitag Abends den 16 März von einer weiteren Revolution Nachricht erhalten. Er Fiscal vermeine, dies solle dem Secret. in jedem Fall zur Last, daß er, sobald dergleichen Gerüchte von den in diesem Bericht erwähnten Gewaltthatigkeiten, und von der von einigen Unterthanen vorbereiteten Revolution, verspürt worden, solches nicht auf eine schickliche Weise angegeben, um den gefährlichen Folgen vorzukommen, denen anfangs leicht hätte können vorgebeugt werden. Des Secret. abgelegter Treue- und Huldigungseid hätte dies erfordert, und hätte ihm nicht unbekannt seyn können, daß die Verheimlichung solcher gefährlichen Projecte, nach dem *Misfigjern. Balk. Cap. 4, §. 3*, mit der Todesstrafe belegt sei. Antwort des Secret.: seine Aeußerung über Revolutionen zu verschiedenen Zeiten, emphielte um so weniger einen Widerspruch, weil er an

erstem Orte auf das, was er im J. 1790 gehört, sein Absehen gehabt, an letzterem aber die neuerlich befürchtete Regierungs-Veränderung verstanden habe; mit dem Beifügen, wie die Worte fielen, one Beweis in der Hand habe er keinen Ausweg gekannt, das, was ihm von bemeldtem Revolutionen und Arrestirungen bekannt geworden, anzugeben. Außerdem sei er überzeugt, je seltener dergleichen HochVerbrechen zur Sprache kämen, desto glücklicher sei sowohl König als Untertanen; und Misvergnügen könne bei empörten Gemüthern gedämpft werden, one jemanden unglücklich zu machen.

Der Secret. weiter befragt: wann, und wo er, laut seines schriftlichen Berichts vom 1ten dieses, nach dem unglücklichen Vorfalle mit dem sel. König, mit *Bjelke* die Unterredung über einen Brief gehabt, den dieser an seinen Schwieger-Sohn, Cap. *Baumgarten*, geschrieben? Antw. er glaube, ganz gewiß sagen zu können, daß diese Unterredung bei seinem Bruder, dem BergRat v. *Engeström*, nachmittag Sonntags nach der unglücklichen Mascarade, vorgefallen sei. Der Fiscal bemerkte: seines Wissens sei *Bjelke* von und mit bemeldtem Sonntag, oder dem 18 März, an, immer zu Haus in seinem Zimmer gewesen, bis er sich den 22ten darauf umgebracht. Der Secret. antwortete: durch den Banco-Commissair *Wennerstjerné* wolle er, wenn es verlangt würde, beweisen, daß *Bjelke* an bemeldtem Tag bei seinem Bruder dem BergRat gewesen sei.

Der Fiscal ermahnte ihn, die Ursache anzugeben, warum er, nachdem, seinem eignen Geständnisse nach, ihm *Bj.* seine Mitwissensheft bei dem ganzen Plan des Königs-Mords entdeckt, und er Secret. gewußt, daß die Untersuchung darüber bereits beim kgl. Hof-Gericht ihren Anfang genommen, und jedem durch die hier in der Stadt ausgefertigte Publicationen, bei härtester Verantwortung angedeutet worden, alles anzugeben, was zur Entdeckung des schrecklichen

Verbrechens füren könnte, gleichwol nicht allein unterlassen, das zu benunciren, was er davon gewußt, sondern auch, anstatt Nichtmäßig auszuforschen zu suchen, wie es damit zusammenhinge, vielmehr, seinem eignen Geständniß zufolge, der Entdeckung der grausamen Mordthat vorzukommen gesucht. Der Secret. gab vor, er sei überzeugt gewesen, daß dies doch one sein Zutun entdeckt werden würde. — In dieser Erklärung, sagte der Fiscal, erkenne ich des Secret. schwache und unannehmliche Ausflüchte: dessen eigenem Urtheil wolle er überlassen, ob er sich nicht, durch Verschweigung dessen, was ihm Belke von dem Verbrechen gesagt, einer näheren Theilhaftigkeit, an demselben mit Grund verdächtig gemacht: und solle er sich nicht mit der eiteln Hoffnung schmeicheln, daß ein halsstarriges Lügnetz ihm Befreiung von Verantwortung bewirken werde.

Schließlich solle der Secret. noch beantworten: zu welcher Absicht er, in seinen schriftlichen Berichten, verschiedenes die Regierung und die Freiheit betreffend, samt Anmerkungen darüber, die zu dieser Sache nicht gehörten, einfließen lassen? Antw. Nachdem er auf die ihm vorgelegte Fragen, bei der OberStatthalterei alles, was ihm bekannt gewesen, angegeben, sei ihm von dem Landmann und Polizeimeister Lilljensparre befohlen worden, seine Berichte schriftlich aufzusehen; und wie er zugleich auf die Vermutung gebracht worden, daß solche vor des Herzogs von Södermanland Augen kommen könnten, habe er, in der besten Meinung, einige zur Sache nicht gehörige Materialien eingerückt, die seiner Meinung nach für die Zukunft nicht unnütz seyn würden. Uebrigens sei es kein Wunder gewesen, wenn sein empörter Geist eine Unordnung in seinen Berichten verursacht, die er, one sie vorher zu concipiren, sogleich *currenti calamo* niedergeschrieben. Außerdem habe er, bei Einmischung solcher Materialien, keine böse Absicht gehabt; sollte er aber darinn gefehlt haben, so wäre

wäre so, wie seine Ausdrücke gelaute, ein Papir vom Feut bald versert.

Der Fiscal meinte: für diesmal verlange er kein weiteres Verhör des Secret. über mehrere Umstände, behalte sich aber vor, künftig gegen ihn Zeugen abhören zu lassen.

Dem Secret. wurden mehrere Vorstellungen getan, daß er sich doch genau auf alles besinnen möchte, was er in der Sache erfahren, vielleicht aber noch vergessen hätte; auch ward er verständlaet, ihm würde zu dieser Absicht eine hinlängliche Bedenkzeit nicht verweigert werden: aber die verlange er nicht, sagte der Secret. v. Engelstr., und ward in den Arrest zurückgeführt. Nordell kam sodann zum Verhör.

PROT. S. 277—287. 17 April. Dem Secretär ward vorstehendes Protocoll vom 12ten dieses vorgelesen. Er erkannte es in allen Theilen an; nur zu der Antwort, die er damals auf die ihm vom Fiscal vorgelegte Frage gegeben, "warum er, nach der Nachricht, die ihm Bjelke von dem Entwurf zum KönigsMord erteilt, unterlassen habe, das was ihm bekannt geworden, anzugeben, und anstatt den ganzen Zusammenhang auszuforschen, vielmehr der Entdeckung der Schuldigen vorzukommen gesucht"? machte er nun folgenden Zusatz. Die Pflicht, bei Hochverbrechen anzugeben, was man mit Gewißheit wisse, kenne er wol; aber daß man auch verpflichtet sei, sich Nachrichten davon zu suchen, habe er nicht geglaubt. Ehe sich Bjelke erboten, ihm etwas davon zu sagen, sei der Verbrecher entdeckt gewesen, habe seine Missethat eingestanden, sei arretirt worden, und die Behörde wäre in der Untersuchung schon so weit gekommen gewesen, daß es Stadtkundig gewesen, daß die Complicen ebenfalls entdeckt und arretirt wären. Eine weitere Denunciation von ihm v. Engelstr. sei nun nicht nötig gewesen, und folglich habe er in



keiner Rücksicht zu seyn geglaubt, wie er sich gewelget, die ihm von *Bjelke* angebotene Nachricht anzunehmen.

§. 279 — 287. Ueber v. *Engeströms* und *Nordells* Zusammenseyn am Freitag Abends den 16 März, wurde nun abermals, der StadtVic. Fiscal *Nystedt*, der Copist *Netzel*, die Magd *Oerndahl*, und der Junge *Sander*, als Zeugen, und zwar diesmal eidlich, abgehört. Beide Beklagte hatten nichts gegen sie einzuwenden. — Ihre Aussagen betrafen meist *Nordell*, welcher sie für sich so verantwortlich zu seyn glaubte, daß er um Entledigung aus dem Arrest anhielt. Abgeschlagen.

§. 294 — 297. 18 Apr. Der Fiscal verlangte, daß der BancoCommissär *Wennerhjerna*, auf den sich der Secret. oben (§. 193, Z. 24) berufen, abgehört werde, um zu vernemen, was für ein Gespräch zwischen *Bjelke* und dem Secretär, in des letzteren Bruders Hause, vorgefallen sei. Der Secret. hatte nichts gegen den Zeugen; nur habe er sich blos auf ihn bezogen, um zu beweisen, daß *Bjelke* am bemeldten Sonntage wirklich außer seinem Hause gewesen, welches der Fiscal bezweifeln wollen. *Wennerhjerna* sagte nun aus: am Sonntag nachmittag habe er den *Bjelke* zufälliger Weise auf der Straße angetroffen, der dem kranken BergRat v. *Engestr.* einen Besuch machen wollen, habe da des BergRats beide Brüder, den Canzl. R. und Secret., vorgefunden; über den KönigsMord sei gesprochen worden, aber nicht insgeheim zwischen *Bjelke* und dem Secret.

*Lindbom*, Bedienter beim Secret. (Protoc. 295), sagte aus: sein Herr sei Freitag Abends sehr spät nach Haus gekommen, und habe ihm gesagt, er sei beim Spiel so lang aufgehalten worden. (Dies habe er erdichtet, sagte nachher der Secret., weil er dem Bedienten die wahre Ursache nicht sagen wollte). Den Tag darauf, Sonnabends früh etwa um 7 Ur, sei *Nordell* zu seinem Herrn gekommen, und habe sich eine Weile bei ihm aufgehalten; Zeu-

es sei aber nicht mit bei ihrer Unterredung gewesen. — Daß dieser Nordall mehrere male bei dem Secret. gewesen, und namentlich auch an bemeldtem Sonnabend früh um 7 Ur., sagte gleichfalls Hr. Lindstram aus, die damals dem Secret. den Kasse gebracht. Also, befragt, was er Secret. damals mit Nordall gesprochen, antwortete er, sie hätten beide nachgedacht, ihr Gang in der vorigen Nacht, falls er bemerkt wäre, könnte soupçons unterwerfen seyn, und in dem Falle könnten sie in Verdrieglichkeiten geraten; dem zufolge hätten sie überlegt, wie dem Dinge vorzukommen sei, und auf was Art sie sich, wenn die Frage entstehen sollte, erklären sollten. Nachher aber habe er Secret. bei weiterem Nachdenken diesen Vorschlag nicht genügt, sondern keine Partei genommen, der Warheit so, wie in seinen schriftlichen Berichten geschehen wäre, ungekünstelt zu folgen, um, wie die Worte stelen, auf keiner Zwelgungigkeit betroffen zu werden. Er wurde in seinen Arrest abgeführt.

227

Briefe aus Nachen, von einem AugenZeugen:  
vom 5 Febr. — 3 März 1793.

... Also mit Neugierkeiten, und mit der Beschreibung unsers Elendes, wäre Dir gedient? Bis jetzt ist es eben noch nicht zu sei-er ganzen Größe angewachsen; aber es wird eben so wenig, als das KopfWeh, nach einem Rauch, ausbleiben. — Noch begehen die FreiheitsMänner keine Ausathwessungen, einige, die sie im Trunke begingen, ausgenommen; aber mit ihrer Constitution hudein sie uns gar jämmerlich. Schon seit 14 Tagen ist der provisorische Magistrat eingesetzt worden, NB. mit Gewalt. Einer Section, die sich zu lange widersezte, und gar nichts von Constitutionen hören wollte, wurden in der

N 3

Kirche

Kirche 350 Mann Wache über den Hals gestellt, und auf diese Art ward sie zum Wälen gezwungen. Dennoch sprang ein Kerl vom Esse auf, und schrie dem General auf französisch zu: plantés vos canons devant l'église, massacrez nous y, mais jamais vous ne me forcerez de changer notre vraie liberté contre une chimère. Und hierauf wählten sie einmütig zu ihrem Repräsentanten einen alten Bettler, der vor der Kirche Almosen sammelte. Da der General sah, daß sie ihn zum Narren hatten, ließ er noch 100 Mann Cavalerie holen, die dann alles, was nicht Ja rufen wollte, herausführten. Ungefähr 20-30 blieben in der Kirche, die dann endlich auch wählten, nachdem diese Section 7mal vergeblich versammelt gewesen war. Den General hatten sie so in Respect gesetzt, daß er für gut befand, sich die Nacht drauf durch 30-40 Mann bewachen zu lassen; und bei einem Ball sagte er laut, daß alle Umstehende es hören konnten, nie hätte er einen rasenden und wütenden Pöbel angetroffen, als hier. Hierauf wurde zur Mal des Maire geschritten, die dann ganz ruhig abließ; außer daß der Gewälte, der diese neue Stelle nicht annehmen wollte, durch die Drohung, daß man ihm 30 Mann Execution schicken wollte, dazu gezwungen wurde. Dem ungeachtet sagte er öffentlich auf dem Rathhause, das jetzt Gemeindehaus genannt wird, zum General-marechal de camp *Dampierre*: in Deutschland hieße man ein solches Verfahren nicht *Liberté*, sondern *Despotie*. Bei dieser Gelegenheit sagte der General *Dampierre* folgende merkwürdige Worte: "Ihr seid noch zu weit zurück, als daß Euch der ware Begriff göttlicher Freiheit deutlich einleuchten könnte. Ihr müßt gleich einem Kranken, dem eine schmerzhaft Operation heilsam ist, dazu von wolmeinenden Freunden gezwungen werden. Erst nach ein par Jahren, wenn Ihr aus Erfahrung merken werdet, daß die Freiheit über alles geht, werdet Ihr an uns denken". Als wenn die . . . uns mer geben  
senna

es sei aber nicht mit bei ihrer Unterredung gewesen. —  
 Daß dieser Nordell mehrere male bei dem Secret. gewesen,  
 und namentlich auch an bemeldtem Sonnabend früh  
 um 7 Ur., sagte gleichfalls Hr. Lindkam aus, die da-  
 mals dem Secret. den Kasse gebracht. Also, befragt,  
 was er Secret. damals mit Nordell gesprochen, antwor-  
 tete er, sie hätten beide nachgedacht, ihr Gang in der vorigen  
 Nacht, falls er bemerkt wäre, könnte soupçons unterwor-  
 fen seyn, und in dem Falle könnten sie in Verdrießlich-  
 keiten geraten; dem zufolge hätten sie überlegt, wie dem  
 Dinge vorzukommen sei, und auf was Art sie sich, wenn  
 die Frage erwischen sollte, erklären sollten. Nachher aber  
 habe er Secret. bei weiterem Nachdenken diesen Vor-  
 schlag nicht genutz, sondern seine Partei genommen, der  
 Wahrheit so, wie in seinen schriftlichen Berichten gesche-  
 hen wäre, ungekünstelt zu folgen, um, wie die Worte  
 seien, auf keiner Zwelgungigkeit betroffen zu werden. Er  
 wurde in seinen Arrest abgeführt.

227

Briefe aus Nachen, von einem AugenZeugen:  
 vom 5 Febr. — 3 März 1793.

... Also mit Neugierden, und mit der Beschrei-  
 bung unsers Elendes, wäre Dir geizent? Bis jetzt ist es  
 eben noch nicht zu sei-er ganzen Größe angewachsen; aber  
 es wird eben so wenig, als das KopfWeh, nach einem  
 Rauch, ausbleiben. — Noch hiegehen die FreiheitsMän-  
 ner keine Ausschweifungen, einige, die sie im Trunke be-  
 gingen, ausgenommen; aber mit ihrer Constitution hudein  
 sie uns gar jämmerlich. Schon seit 14 Tagen ist der pro-  
 visorische Magistrat eingesetzt worden, NB. mit Gewalt.  
 Einer Section, die sich zu lange wildersetzte, und gar  
 nichts von Constitutionen hören wollte, wurden in der  
 Kirche

Was die blässigen Bürger noch mehr gegen die Fran-  
 zen erbittert, ist ihre gar geringe Anhänglichkeit an den  
 Christenthumlichen Glauben, ihre Gleichgültigkeit gegen  
 Religion, die bei sehr vielen in Verachtung und Spott  
 ausartet, und endlich (und dieses ist der HauptGrund ih-  
 res unerbittlichen Hasses), weil sie alle Klöster mit Wachen  
 besetzt, und alle Effecten der Geistlichkeit unter Stiel  
 genommen, die JesuitenKirche zum Backhaus, die Capu-  
 ciner- und noch eine andere zum MehlMagazin, die Cor-  
 nelliten- und Bernhardiner- zum Hospital, und endlich die  
 FranciscanerKirche zum PferdeStall, gemacht haben.  
 Bei keinem Volke wirst Du dümmern Aberglauben, bei  
 keinem größere Fanegoriker und enthusiastischere Anhänger  
 der Pfaffenrei und des Mönchs Wesens, finden, als bei uns  
 und in Brabant. Wie konnte es also bei einem auf seine  
 Dummheiten so veressenen Pöbel seyn, daß dies Ver-  
 fahren nicht die größte Eärung unter demselben zu Stande  
 brachte? Nicht Anhänglichkeit an die deutsche Reichsver-  
 fassung, nicht Treue gegen den Kaiser, sind die Beweg-  
 Gründe ihres heftigen Widerstandes: — nein! bloß Aberg-  
 glauben, und weil sie sich in ihrer Religion gekränkt zu  
 seyn glauben, weil man ihren irdischen Göttern, den Pfaf-  
 fen, ihr überflüssiges Geld ein bisschen in Circulation bringt,  
 dies sind die Ursachen ihrer Erbitterung. Ehe die Franzo-  
 sen hier waren, schickte die mit unserm Magistrat wiß-  
 vergnügte, und von Wehlar verurtheilte Parthe, ihnen eine  
 Deputation, bat sie, sich der Stadt anzunehmen, und sie  
 für die Bedrückungen ihres Magistrats zu rächen. Die  
 Franken haben es getan, den Magistrat ihrem Willen  
 gemäß abgesetzt, und uns ihre neue Constitution aufge-  
 drungen. Dies war noch alles gut. — Aber da sie den  
 Pfaffen zu helfen gingen, da kam man ihnen an die Seele;  
 und wo die Franzosen sonst so Anhänger hatten, da haben  
 sie jetzt keine so mer. Alles was ihnen jetzt die Cou-  
 rage macht,

macht, ist der ware Schaum, der ächte Auswurf des Übels.

Gestern Abend kam der Befehl vom General an alle Sectionen, sich heute Morgen in ihre resp. Kirchen zu versammeln, um zu der Wahl eines NationalConvents zu schreiten, damit der provisorische Rat, der schon zu lange geschlossen hätte, abgelöst werden könnte. Man ist aber in allen 9 Sectionskirchen diesen Morgen nichts zu Stande gebracht worden. In den meisten schrieb alles: wir wissen von keinem Convent, von keiner Constitution, wissen, und in 3 waren keine 30 Menschen. Der General ist auf das äußerste erbittert, und ließ nach dem Essen durch den Druck einen Befehl publiciren, sich heute über 8 Tage aufs neue zu versammeln, und eine Widerstand zu wählen, sonst würde er sich ernsthafter ins Spiel mischen.

Was es noch geben wird, muß die Zeit lehren. Ich kann bei meiner Seele aus ihren Projecten nicht klug werden. Die Clairfautsche und die französische Armee werden beide sehr verstärkt. Täglich kommen Pelotons hier durch, die zur Avantgarde fließen; es sind aber immer nur Trupps von 3-4-500 Mann. Noch nie kam ein stärkerer Zug durch, als vor 2 Stunden. Wenn es wenig war, so waren es 3000 Mann. Es dauerte über 1 Stunden, immer 4 Mann übereinander.

Heute Morgen ist auch beinahe unsere ganze Garnison (die aus 1 Bat. von Flandern, 1 von Dauphin, 1 von Penthievre, 1 von Rouillon, und 2 Bataillons Nationalgarde bestand) abgegangen. Diesen Abend aber erwarten wir dagegen andere, wovon bereits schon einige Bat. eingetroffen sind. Die meisten gehen nach der Gegend von Ruremonde hin, wohin auch viel Geschütz abgeführt wird. Sie müssen sich von dieser Seite nichts gu'es vermuten; der alte Braulten kommt ihnen zu nahe. Er steht nur noch 3 Stunden von Seabio und Mal-

medi, und also nur 6 Stunden von hier. Eine ungeheure Menge Geschütz und Munition schleppen sie durch. Das ganz schwere steht zwar noch in Lüttrich, indessen ist doch auch schon vieles passiert, wo 10-12 Pferde vor waren. Dumourier wird schon seit 8 Tagen erwartet; ob er aber kommen wird, weiß man nicht: — mit ihm sollen noch 12000 Mann kommen. Ganz gewiß ist es aber, daß heute Abend 5000 Mann aus Lüttrich marschiren, um morgen in unseren Gegenden einzutreffen.

Jetzt eben um 10 Ur Abends, kommt noch ein HusarenOfficier, mit dem ich bekannt bin, und der zu den Vorposten gehört, Abschied von mir zu nehmen. Vor einer halben Stunde haben alle hier in der Stadt befindlichen Officiere, die zur Avantgarde gehören, und sich hier, weil blos kleine Scharmüthel vorkamen, aufhielten, Ordre bekommen, sich ungesäumt auf ihre Posten zu verfügen. Nun müssen die armen Teufel, in dem schrecklichsten Wetter, und der stockfestersten Nacht, einige noch 3, andere noch 4-5 Stunden, reiten. Das ist, so war Gott febt! ein rechtes Hundeleben! Nein, da liegt es sich besser im Bette, wo ich mich auch gleich hinstrecken will, um mir wenigstens auf 7 Stunden glücklichere Zeiten zu träumen. Morgen gedenke ich Dir mer zu schreiben.

6 Febr.

Ich glaube, die Franzosen werden uns am Ende noch die Stadt in Brand stecken. In 7 Tagen hat es nun doch 7mal gebrannt. So unvorsichtig, wie die Kerls mit Licht und Feuer umgehen, kann es kein Kind thun. Nicht genug, daß sie uns wie Kramsvögel rupfen, wollen sie uns auch noch verbrennen.

Sie trauen den hiesigen Einwohnern gar nicht. Sobald die Sturmblöcke angeschlagen sind, glauben sie, es sei Aufruhr unter dem Volke; und augenblicklich ist die ganze Garnison unterm Gewer, und stellt RibbenStöße  
und

und Prügel nach Noten aus. Ihr Mißtrauen geht so weit, daß sie in dem Bürgerhause, wo sie einquartiert sind, nicht eher anbeißen wollen, bis der Hausherr selbst vom Essen gekostet hat. Sie haben aber auch warhastig Ursache, mißtrauisch zu seyn: von Vielen wären sie schon vergiftet worden, wenn sie die scharfe Examination nach dem Tode eines jeden Soldaten nicht fürchteten.

Diesen Morgen kam Ordre, daß alle StadtSolbaten, deren Zal sich auf 3-400 beläuft, Ober- und UnterGewer abliefern sollten. (Seit der Ankunft der Franzosen hatten sie schon keine Dienste mer getan, durften sich auch in der Uniform nicht blicken lassen). Man fand es aber bei keinem; hingegen erfuhr man, daß ihr Obrister sich es schon seit 8 Tagen in seinem Hause hatte zusammenbringen lassen. Alsobald wurden ihm 40 Mann und 2 Officiere gesandt, ihn höflichst zu ersuchen, das Gewer abzuliefern; und da sie fanden, daß er sich wohlwollig schon aus dem Staube gemacht hatte, quartieren sie sich sämmtlich in sein Haus ein. Diese Woche sollen alle Häuser visitet werden, und jeder Bürger sein Gewer auf das Gemeindehaus bringen; es ist aber bis jetzt noch nicht geschehen. Die Frankreicher sind teuflmässig bange. Sie trauen, glaube ich, dem Himmel selbst nicht einmal.

Die Teuerung nimmt stark überhand, und läßt uns schreckliche Folgen befürchten. Seit 8 Tagen bleibt alle Zufuhr aus, und es ist auch keine Hoffnung da, daß so bald welche kommen wird. Mel ist zwar genug hier, mer als 20000 Mann in 6 Monaten verzehren: aber das ist auch alles, an allem andern felt es. Hornvieh kömmt gar nicht, und sie haben wirklich schon den Bauern in unserm Gebiet einige hundert Ochsen und Kühe weggenommen (unserm Pächter allein 4). Sie geben zwar Assignationen auf ihre Commissaires des vivres, die hier sind; wenige sind aber noch bezahlet worden, und wer-



den es auch allem Anschein nach nicht. An Fournage aber leiden sie den abscheulichsten Mangel. Bloß die Canonen-Pferde bekommen ordentliches Futter. Die Husaren-Pferde haben schon seit 3 Wochen keinen Haber gesehen, und seit 8 Tagen bleibt auch noch das Heu aus, und sie müssen jetzt ErbsenStroh und Brod fressen. Fast alle Bauern, die Pferde haben, erstechen sie, oder verkaufen sie, wenn sie können; denn für Geld ist bei den Bauern kein Haber mehr zu bekommen. Der arme LandMann wird in 30 Jahren den Einfluß noch spüren, den die verfluchte Freiheit auf seinen Beutel hatte. Auf den Dörfern ist kein HornVieh mehr zu sehen: wo ein Franzose etwas von feinem Geflügel wittert, da wird kein Pardon gegeben, und es wird gefressen.

An Gelde aber felt es am meisten. Der General Seangel (bei dem mein . . . oft um Pässe gehen muß, und der überdem sein Landsmann ist) erzählte ihm, um 1500 lumpichte Livres, die man einem hiesigen Apotheker für Ordnschulde schuldig wäre, sei er expres nach Lüttich gereiset, und habe sie doch nicht bekommen. Der Kert ist das originellste Original, das man sich denken kann. Von Jedermann auf das schrecklichste gefürchtet, verbindet er mit dem raubesten wildesten Charakter das beste Herz. Sein drittes Wort ist ein Fluch, und wer sich durch sein auffarendes Wesen abschrecken läßt, kann nichts mit ihm ausrichten. Meinem . . . hat er wesentliche Dienste geleistet, denn ohne ihn wären wir um 16-18000 Thaler geprellt worden. Er commandirte die AvantGarde bis her allein, seit einigen Tagen aber ist ihm der Pole Miaczynsky zum Gehilfen gegeben worden. Vor einiger Zeit wurde ange schlagen, daß alle diejenigen, die durch Plünderung geirret hätten, sich zu den Commissarien verfügen sollten, welchen der Schaden vergütet werden sollte. Wirklich waren auch vom Nat. Convent 60000 Liv. dafür ausgesetzt worden: man machte aber so viel Umstände, wollte Zug

Zugends haben, wolle diejenigen angegeben haben, die geplündert hätten, daß wenige ein Gerümpel erhalten haben. Freilich lief viel Unterschleif mit unter, und machte, dem kein Thaler gestohlen war, kam, und verlangte 30. — Bis her haben sie noch alles bar bezahlt. Jetzt aber fangen sie an, mit Assignaten und Papiergeld zu zahlen, freilich mit Verlust von 45 bis 60 vom Hundert.

Die schreckliche Ermordung ihres guten Königs hat große Sensation gemacht, und unter den Soldaten eine entsetzliche Gärung hervorgebracht, vorzüglich unter den Linientruppen. Seit viele weinten wie Kinder, und am nämlichen Tage, da der Courier des Rot-Convents diese Hiobs-Post dem General brachte, vermißte das Regiment Flandern 8 seiner ersten Officiere. Seit dieser Nachricht nimmt die Desertion merklich überhand. Hin-gegen freuen sich die meisten Nationalgardisten und Volontairs sehr darob. Sie sagen: on a bien fait de lui couper la gorge; c'était un maudit aristocrate. Der Teufel möchte in seiner Zeit nicht Aristokrat gewesen seyn. Viele Freiwillige kehren nach ihrer Heimat zurück, unter dem Vorwande, sie hätten dem Vaterlande geschworen, es zu verteidigen, nicht aber fremde Länder zu erobern.

Daß der National-Convenc den Krieg an Holland und England erklärt habe, wird Dir jetzt schon bekannt seyn. Heute Abend kam die erste Nachricht hier an. Die Leute müssen rasend seyn; aber sie sagen, un homme de plus ou de moins, cela ne nous fera rien, und viele behaupten noch steif und fest, in 6 Wochen würden sie den Kaiser in Wien vom Thron. — Quo non ascendam!

So erbost die Leute hier über die Freiheitsknechte sind; so wollen sie doch fast alle lieber 3 Franken, als Einen Kaiserlichen, in Quartir haben. Die Linientruppen führen sich auch wirklich recht brav auf, und verdienen alles lob. Ueberdem erhält der Franzose täglich Brod, Fleisch,

Fleisch, und Salz, nebst Reis, beschäftigt sich auch ganz. Sed nulla regula sine exceptione. Hingegen kriegt der Oestreicher nichts, und ist auch überdem wie ein glutton. Vorzüglich die Ungarn. Ich kann davon ein Liedchen singen. Beim Rückzuge der Oestreicher wurden wir mit 3 Husaren von *Blaukenstein* bedacht. Diese aßen an einem Mittage einen ganzen Schinken, ein halb Duzend Ellen Bratwürste, einen ungeheuren Teller Zugemüse, ein tüchtiges Stück frisch Fleisch, und endlich einen Hammelbraten der sich gewaschen hatte. Wenn ich nicht selbst, während sie Tafel hielten, in der Küche gewesen wäre, würde ich geglaubt haben, sie hätten es versteckt. Aber außer den kleinen Taschen in ihren Husarenjacken hatten sie nichts, worin sie es hätten verstecken können.

Den 7 Febr.

Die Franzosen haben schon wirklich diese Nacht 3 bis 4 herumliegende holländische Dörfer besetzt, und die darinne befindlichen Braunschweigische Sauvegarden nach Maestricht gejagt, wo alle Canonen auf den Wällen diese Nacht geladen worden sind. Auch sollen sie sich schon der Festung *Sar-van Gent* im Holländischen Flandern bemächtigt haben.

*Brissot de Warville*, der im Convent die KriegsErklärung zu Stande gebracht hat, muß doch seinen Mut ein bißchen zu verlieren anfangen; denn in seiner Rede, die ich heutel in 2 verschiedenen Pariser Zeitungen las, sagt er unter andern: préparons nous à des malheurs et à des souffrances. Que chaque citoyen en état de porter les armes, marche vers nos ennemis. Que les *banquiers* mettent de côté les speculations et leurs interets, et viennent offrir sur l'autel de la patrie leur argent afin de soutenir le credit de nos assignats. Bientôt nous ferons un crime au citoyen qui a deux habits tandis que son concitoyen n'en a qu'un. Das Vaterland soll wieder in danger declarirt werden, und alle ins Feld ziehenden

de Bürger sich auf eine Zeit lang selbst mit allem Nöthigen versehen. Wenn die Oesterreicher losbrechen (bis jetzt cantonirt noch alles), fürchte ich, wird es den Franzosen hier herum übel gehen. 22000 Mann sollen schon durch Köln passirt seyn, die Clairfautische Armee zu verstärken. Hier erhalten wir über Köln von den dort herum cantonirten Truppen keine Nachricht. Es darf nichts hierüber geschrieben werden, und wehe dem, den sie darüber ertappen.

Heute verbreitete sich die Nachricht, Mainz sei von den Preussen mit einem Verluste von 17000 Mann weggenommen worden. Wenigstens 40 Leute sind diesen Morgen hier gewesen, um zu wissen, ob es war sel; denn man hatte in der ganzen Stadt verbreitet, mein . . . habe diese Neuigkeit diesen Morgen mit der Briefpost erhalten. — Nun sind aber diese ganze Woche noch keine Posten angekommen, und folglich hatten wir auch keinen einzigen Brief erhalten. Du siehst also, wie man hier lügen kann. Es ist auch gar nicht glaublich, denn die Preussen müssen erst über den Rhein, oder über Mannheim, ihnen in die Flanke kommen. Nun ist aber noch keine Armee über den Rhein: und wann sie auch wirklich aus Rossel geschlagen worden wären, so ergibt sich Mainz, das von 400 Canonen verteidigt wird, nicht sogleich. Vielleicht ist Königstein über, und das Gerücht rührt daher. Wie wollen auch die Preussen so geschwind Mainz einnehmen, da sie schon seit 5 Wochen vergeblich Königstein blockiren; ein bloßes Dorf, nicht einmal ein Flecken, mit dem elendesten Bergschloß, dessen kleines Werkdienst ist, so hoch auf einem Berge zu liegen, und in denselben gebaut zu seyn. Ich bin gewiß 4mal da gewesen, und habe es eher für ein altes Raubschloß, als für eine Festung, angesehen. Wie müßt Ihr dort oben herum, durch die Zeltungen felogen werden, da wir, die wir fast mitten zwischen den Armeen liegen, es so gräßlich werden.

Wo.

Vorige Woche war nichts gewisseres, als daß die Destreicher, die in einem 2 Stunden von hier entlegenen Dorfe (*Marzem*) gelegne Franzosen umzingelt, und 400 niedergerichtet hätten. Gestern Morgen aber lud ein Fürmann aus dem nämlichen Dorfe. Er wußte von dem ganzen Vorfalle weiter nichts, als daß ein Schwabron *Esterhazy'scher* Husaren das Dorf bei Nacht umgeben, aber einen Weg offen gelassen, so daß viele Franzosen entflohen, einige 40 aber gefangen worden wären. Bloss 1 Destreicher und 3 Franzosen seien geblieben.

Heute Morgen ist das Gerücht allgemein, der Hr. General hätte dem Magistrat 3 Punkte zum Wälen vorgeschlagen, 1. 2000 Mann zu stellen, oder 2. 2 Mill. BrandSchäpfung zu zahlen, oder 3. die Stadt der Plünderung preis zu geben. Daß es gelogen sei, will ich eben nicht sagen, denn im JacobinerClub- der eben so hier wie in Paris regiert, sind die 2 ersten Punkte in Vorschlag gebracht worden; und überdem sind die Volontärs sehr zum Plündern geneigt. Vorgestern Abend spielte ich mit einem Freunde in einem der ersten hiesigen Gasthöfe an der *Wirt's* Tafel. Zehen Volontär-Officiere, die an der *Wirt's* Tafel saßen, sprachen so lange, als unsere Sitzung dauerte, und dies war wol 2 Stunden, von nichts als vom Plündern, bekamen aber Streite mit 2 Officieren von den *Alten* Truppen, die ihnen ihr schändliches Gespräch vorwarfen, und es kam zu einem Duell, das aber eben ein sonderliches *Blutvergessen* abließ.

Es werden auf beiden Seiten der Stadt Wege um dieselbe gemacht. Mer denn 400 Menschen arbeiten schon seit 8 Tagen daran. Nun versicherte mich diesen Morgen unser abgefehrter Bürgermeister (der mit den beiden Generalen in dem besten Vernemen steht, und fast täglich bei ihnen ist), General *Dampierre* hätte ihm sein Wort gegeben, daß die beiden Wege in keiner andern Absicht gemacht würden, als, damit im Fall einer Retirade die Volontärs, Steis

FreiCorps, RothweilGarben, und alles Gefindel, um die Stadt geführt werden könnten, und bloß die kleinen Truppen durch die Stadt passiren würden. Aber bei dem allen ist doch jedermann in der bangsten, in der schrecklichsten Erwartung. Hätte ich z. von dem, was hier jetzt und seit einiger Zeit vergraben und versteckt wird, ich wollte dem türkischen Kaiser vor seinen Thron damit abhandeln.

Heute Morgen war ich 2 Stunden von hier auf ein kleines und ungehöriges Vorwerk geritten. Unterwegs begegneten mir im größten Galopp 100 bis 200 Husaren, fast alle ohne Säbel und Mäntel. Ha! dachte ich, *post equitem sedet atra cura*, und so war es auch. Denn als ich auf unser Vorwerk kam, hörte ich, daß sie von den Kaiserlichen, eine halbe Stunde weiter heraus, einen lästigen Besuch erhalten hätten.

Die kaiserl. Vorposten lassen nichts durch, bloß alle 3 Tage einmal den BriefPostillon. Mein . . . , der dies nicht wußte, kommt vor 8 Tagen von Erier, bei Jülich aber wird er von den Vorposten zurückgewiesen. Er setzt ins HauptQuartier nach Burghelm, und gerade zum FeldMarschall *Clairfait*. Seine FlügelAdjutanten wollen ihn, unter dem Vorwande, der General gäbe keine Pässe, nicht durchlassen. Er paßt aber seine Zeit ab, und bleibt stehen, bis *Clairfait* alle andere expedirt hatte, introducirt sich vermittelt durch türkischen Bedienten des Generals, der etwas französisch verstand, wird von *Clairfait* sehr höflich und artig empfangen, bekommt aber keinen Paß, und muß wahrhaftig, da er nur noch 5 kleine Stunden nach Machen hatte, nach Eöln zurück, daselbst aber den Rhein setzen, und kommt endlich gestern Abend, um 11 Ur, von Jülich über Eöln, Krefeld, Bentzen, und Ruremonde, hier an — mußte also einen Umweg von 40 — 50 Stunden machen.

Den 8 Febr.

Die Nacht sind durch StreifParteien 2 holländische Dörfer rein ausgeplündert worden, und morgen erscheinen

alle Officiere und Gemeine mit Hior um den Arm und den Degen, Als ich diesen Abend einen Officier um die Ursache fragte, gab er mir zur Antwort: vous allez peut-être croire que c'est pour notre coquin de roi, mais gardés Vous en bien, c'est pour *Pelletier* de St. Fargeau. Es wird Dir bekannt seyn, daß dieses Mitglied des Nat. Convents, am Tage der Verurtheilung des Königs, von einem ehemaligen Garde du corps, Namens *Paris*, im Kaffe-Hause im palais royal ermordet wurde, weil er auch für die schreckliche Hinrichtung des Königs gestimmt hatte. Nun ist, durch die ganze Armee, eine zügige Trauer für diesen Mann, der für "Freiheit und Vaterland" starb, anbefohlen worden!

Den 2 März.

Freilich wird die Erzählung auf Dich den Eindruck nicht machen, den ich als AugenZeuge empfand. Schrecklich war die Idee, die ich mir immer von einer Schlacht machte, aber doch nicht so schrecklich, wie es mir jetzt vorkommt. Also — Gestern Morgen um 9 Ur war alles noch in guter Ruh. Ich wollte eben mit ein par französischen Officieren nach Maastricht, die Belagerung ein wenig von fern zu sehen: aber um 10 Ur kam das Gerücht, die franzöf. Avant-Garde wäre an 4 Orten von den Oestreichern zurückgeschlagen, und letztere seien schon alle über die Ruhr. Niemand glaubte es, weil man so oft belogen wird, und überdem unfre ganze Garnison sich ruhig verhielt. Am Mittwoch wird der General-Marsch geschlagen; die Regimenter *Flandern*, *Roussillon*, und einige Bataillons Nat. Garden, rücken aus, um die Avant-Garde zu unterstützen. Eine Menge Blessirte in dem elendesten schauerhaftesten Zustande werden hereingebracht, unter andern ein Officier, der ehemals bei uns logirt hatte. Von diesem hörte ich, daß die Oestreicher, in der Nacht vom 28 Febr. auf den März, um Mitternacht, von Düren bis Sinnich (eine Strecke von 8 Stunden) auf einmal und

zu gleicher Zeit über die Aube gesetzt, und die bleibende des Flusses stehende französ. Vorposten angegriffen und zurückgeschoben hätten. Sie hätten sich in ihre Retranchements 2 Stunden von der Stadt zurückgezogen, und hätten sich bis den 2<sup>ten</sup> März halten zu können; alsdann würden sie sicher von Maastricht u. Lüttich unterstützt werden. Das Blutbad wäre schrecklich gewesen: 8000 Mann sollen beiderseits geblieben seyn. Vorzüglich sollten die östreich. Husaren, die sie in ihren Retranchements hätten angreifen wollen, durch die französ. Canonade viel gelitten haben. War ist es, daß viel Volk von beiden Seiten geblieben ist, und der Kampf heiß gewesen ist. Wir hörten die nämliche Nacht eine schreckliche Canonade; da wir es aber seit 3 Tagen von Maastricht her immer hörten, so glaubten wir auch, es käme auch diesmal daher, und gaben nicht acht, daß die Canonade viel näher, und also auch viel hörbarer als gewöhnlich, war.

Den 1<sup>ten</sup> Nachmittags, da unsre Garnison zu der Avantgarde abgegangen war, blieben wir ruhig: aber Abends um 7 Ur, da man glaubte, sie würden sich halten, fing die Retirade in optima forma an. Kein Bürger durfte sich auf der Straße sehen lassen, die Häuser mußten erleuchtet werden, und so dauerte es, unter dem furchterlichsten Geschrei und in der größten Eile, bis 6½ Uhr heute Morgen. Ich blieb, und mit mir glaube ich ½ der Stadt, die ganze Nacht auf. Furcht und Besorgnis verscheuchte den Schlaf. Heute Morgen um 7 Ur war kein Franzos, und folglich an unsern Hüten keine Cocarde, mer zu sehen. Alle Bürger waren auf den Beinen, um den Östreichern entgegen zu gehen. Endlich um 9 Ur kamen u. gefür 100 Mann Scharfschützen. Unter dem enthusiastischsten Jubel, und unter dem beständigen Ausruf, *vivat der Kaiser!* wurden sie auf den Markt geführt, der Freiheitsbaum abgerissen, und dem Kaiser Karl das rote Köppchen abgenommen. 20 Franzosen, die sich noch in der Stadt befanden,



wurden auf der Straße erschossen. Unter andern waren bei der Ankunft der Oestreicher noch 3 französ. Husaren in einem unserer berühmtesten Vordelle. So bald sie diese HubsPost hörten, setzten sie sich auf, und jagten in größtem Gallop weg. Nahe aber am Thor, wo ich eben war, sahen schon 4 Scharfschützen, und legen sie alle 3 von den Pferden. Kaum bin ich 20 Schritte weiter gegangen, kommen 2 bliesige Bürger mit einem Franzosen in ihrer Mitte geschleppt, bringen ihn einem Scharfschützen. Ganz kaldbütig nimmt der seine Büchse, hält den Lauf derselben dem Franzosen dicht vor den Kopf, und speidirt ihn zu seinen Vätern. Mag entscheiden wer da will, ob unsre Einwohner sich edel bei der Sache betragen haben.

Also um 9 Ur heute, kamen die ersten Oestreicher. Um 10 Ur aber erschienen an einem andern Tore, ungefähr 1500 bis 2000 Franzosen, schossen das verschlossene Thor mit 2 Canonenschüssen auf, und rückten durch die Stadt nach einem andern Thor, von welchem die Oestreicher noch eine halbe Stunde entfernt waren. Die 100 Oestreicher, die schon in der Stadt waren, und schrecklich brandobasirt hatten, liefen nun eben so geschwind zum Thor wieder hinaus. Die Franzosen stellten sich auf den Wällen in Roth und Gled, pflanzten 4 Canonen auf dem Wall, und 2 in unserer Straße, auf. Bis halb 12 blieben sie sich ruhig. Nun kam aber die AvantGarde der Oestreicher, und das schreckliche Schließen mit dem kleinen Gewer fing an. Es war nicht anders als wie ein HeckenFeuer. Unaufhörlich dauerte dies bis 1 Ur. Nun fingen die Canonen mit an zu spielen. Alle Häuser in unserer Stadt glitterten, und in der viele fielen CanonenKugeln. Mit einem Wort, es ist mir platterdings nicht möglich, Dir den Zustand, in welchem wir 2 Stunden waren, zu schildern. Stelle Dir vor, unser Haus liegt in der HauptStraße, wo alles durch muß, und 20 Schritte von dem Thor, wo sie so fürchterlich aneinander waren.

Ich

Ich lag im Fenster auf dem Boden, konnte alles sehen und hören, und sah voraus, daß es noch besser kommen würde.

Endlich um 12 schlugen die Franzosen den General-Marsch, und nun kamen 6 Canonen, hinter jeder ungefähr 50 Mann, und jagten und ließen, was sie laufen konnten. Gerade vor unserm Hause führen 2 große Straßen nach dem Markte. Hier also unter unserm Fenster, commandirte der Officier der bei den 3 letzten Canonen befiel diesen Mannschuft, unter den kräftigsten Blüthen, zu halten. Aber von 150 bis 200 ließen alle hinter den Canonen, nur 40 bis 50 blieben stehen, stellten sich vor unserm Hause, und hielten das Gewehr vor. Wie ich das sah, andete ich Kugeln in den Fenster, worin ich lag, und lief unter's Dach, wo ich mich auf den Bauch legte. Es warte wol eine Viertelstunde, ehe Oestreicher kamen. Ich hörte, daß die Soldaten die 3 Officiere baten, sie möchten sie doch fliehen lassen, da 40 Mann die ganze Armee doch nicht würden aufhalten können; aber die Officiere waren unerbittlich. Unter andern fluchte einer so jämmerlich, daß mir die Haare zu Berge stunden, und besal ihnen, stehen zu bleiben: sie könnten freilich die Armee nicht zurücktreiben, aber doch so lange in der Stadt aufhalten, bis ihre Canonen hinaus wären. Nun schrie ein Gemeiner ganz laut: allons camarades, vous voyez quel nous ne pouvons echapper à la mort, bravons-la, defendons nous en Français, heureux de pouvoir mourir pour la patrie. Nun suchte einer dem andern Mut einzusprechen, und gleich darauf kamen die Oestreichischen Scharschützen, und sie stiegen tüchtig auf einander zu feuern an. Ungefähr 10 Minuten blieben die 40 Mann Franzosen stehen. Aber da sie keine Rettung sahen, ließen sie noch den Markt zu, bückten sich, und schossen immer gebückt noch hinter sich. Auf dem Markte blieben sie wieder stehen, weickte hinauf noch einmal, und so hielten sie die Oestreicher

Der noch  $\frac{1}{2}$  St. auf. Nun gings zum Thor hinaus. Die Oestreicher immer hinter drein, bis im Nachen Wald ( $\frac{1}{2}$  Stunde von hier), wo die vorher entflohenen Franzosen auf Blößen ihrer Officiere noch hielten. Nun ging das Gemüsel aufs Neue los, und von dem ganzen Commando Franzosen ist nicht Einer entwichen. Man sah den Leuten die Verzweiflung im Gesichte, und man muß es ihnen nachsagen, daß sie sich wie Rasende gewert haben. Der General, der diese wenige Mannschaft noch einmal nach Nachen gegen die ganze kaiserl. Armee, da die französ. Avantgarde schon bei 5 Stunden von der Stadt war, zurück beorderte, muß ein Schurke seyn; denn es war unmöglich, daß ein einziger Mann davon kam. Inzwischen sollen doch 4 bis 500, die gleich beim ersten Schuß links um gemacht hatten, entwichen seyn. Die Oestreicher haben auf dem Markte eine Kartetsche losgebrannt, die à mitraille geladen war, und auf dem großen Platz ist fast keine Fenster Scheibe ganz geblieben.

Grade vor unserer Thür liegen 4 todt Franzosen, und ein todt Oestreicher. Einer von den letzteren wurde schwer verwundet von 2 andern weggetragen. Durch alle Straßen, wodurch ihr Zug ging, liegen Todte. Die Oestreicher aber, um nicht merken zu lassen, wie viele von ihnen geblieben sind, haben ihre Todte, wie sie fielen, gleich wegnemen lassen. So eben wurden auch 3 französ. Canonen, bei denen vor  $1\frac{1}{2}$  Stunden noch Franzosen waren, von den Kaiserlichen eingebracht.

Den 2ten März vergeß ich in meinem Leben nicht!... das gräßliche Geschrei der Fliehenden, das Brüllen der Tyroler und Ungarischen Scharfschützen, das Gewimmer der Sterbenden, das unaufhörliche Krachen der Canonen, die ob sie gleich nur 6 Pfünder waren, in den Straßen der Stadt einen unaussprechlichen Lärm machten...

Heute ist in der ganzen Stadt nicht gearbeitet worden. Unsere Comptoir Bediente waren nicht hier, und die weib-

weiblichen Dienftboten waren zu bange, um auszugehen. Ich ging daher selbst auf die Post, und da ich hörte, daß sie wegen der heutigen Verwirrung erst morgen abginge, nahm ich meinen Brief wieder mit, wenn etwas vorkommen sollte, einen kleinen Appendix zu machen, und das will ich denn morgen auch tun.

Ich habe auf meinem Ritt nach der Post 21 Todte gezählt, wovon allein in unserer Straße 16 liegen. Jetzt ist es schon 8 Uhr, und noch keiner ist weg, alle sind bis aufs Hemd ausgezogen.

Den NationalGarden ist kein Parbon gegeben worden, den Infanterie-Truppen aber wol. Auf dem Markte liegt ein junges Mädchen von 17 bis 18 Jahren, das niedlichste Geschöpf, das ich je sah, im bloßen Hemde, mit einer Kugel durch den Rückgrad. Wie ich sie genauer in den Augenschein nahm, erkannte ich sie. Bei meinem . . . hat sie mit ihrem Vater, der Major beim 29<sup>ten</sup> Regiment war, 7 Wochen logirt. Vorgestern ging sie weg; wo sie aber mit den 1500 Mann zurückgekommen seyn mag, weiß ich nicht. Um 12 Uhr, da die ersten Canonen zurückzogen, kam das arme Ding, recht artig angezogen, zu Fuß vorbeigelaufen, und fragte mich noch an der Haustür, ob ich ihren Vater nicht gesehen hätte? Wäre die auf meine vernehmende Antwort gleich weggelaufen, lebte sie vielleicht noch: aber so hielt sie sich noch bis ein Viertel nach 1 Uhr auf dem Markte auf. Nun kam zwar ihr Vater, aber fliehend, hinter ihm die Oestreicher: ein Scharfschütz bläst ihm vor ihren Augen das Lebenslichte aus. In der Angst ihres Herzens ruft sie: ach Gott! mein armer Vater! Im Augenblick schreiet ein anderer Oestreicher: warr' geh' du auch zu deinem Vater, und drückt sein Gewer auf sie ab. Sie hat beinahe noch 1 Stunde gelebt, und verlangte zu beichten, niemand aber hörte sie. Hätte sie nichts gerufen, so hätten die Oestreicher vielleicht geglaubt, es sei ein Mädchen aus der Stadt. —

Aber die Tochter eines Mannes, der ihnen so tapfer widerstand, und auf den sie ihr HauptAugenmerk richteten, am Leben zu lassen, schien ihnen zu stark. — Die Kasse war klein.

3 März.

Diesen Morgen um 10 Ur lagen noch alle Töde in der Straße. Erst um 10 Ur wurden sie zur Stadt herausgebracht, werden aber erst morgen begraben werden. Sie sind alle ganz nackend, 31 an der Zahl auf einem Haufen. Es ist ein empörender Anblick.

Mastricht soll schon entsezt, und in kürzich die Festreicher auch schon eingerückt seyn. Welch ein Glück, daß ich vorigen Donnerstag von Lütich, wo ich Geschäfte halber über 3 Wochen war, zurückkam! 96 französis. Gefangne wurden eben hier, durch nach Köln gebracht.

23.

### Schwedischer KönigsMord.

GeneralMajor und Ritter vom SchwerdtOrden,

Baron Carl Friedrich PECHLIN,

alt 72 Jar.

PROTOK. 218 — 225. 14 Apr. Folgende von Pechlin, in seinem Arrest aufgesetzte, und bei dem HofGericht eingeebene schriftliche Berichte vom 31 März, 2 und 13 April, wurden nun verlesen, wie folget.

1. Ich reiste nach Befehl auf Sr Maj. gnädigen Ruf, in der Meinung, etwas zu Sr. Maj. Vergnügen, etwas zur Flattracht in meinem Grand und bei meinen Mith-Ständen, beizutragen: welches auch glücklich erreicht wurde, wie ich beweisen kan.

2. Ich war auch einer der ersten, die, sobald die Trompete gegangen war, von dort abreisten, und lebte, wie

wie ich beim Kam, in meiner Stille mit meinen gewöhnlichen Freunden.

3. 8 Tage vor dem fatalen Tag merkte ich, daß Bjelke etwas öfter als gewöhnlich kam. Einst kam er Abends, und verlangte Brantwein, und sprach immer davon, es heiße, es werde einen Aufsur geben, und die Leute wollten entweder die französische oder die englische Regierungsform haben; aber so co-sus, daß ich nicht klug daraus werden konnte, immer mit einer unschreiblichen Furcht, der Adel möchte um seine Güter und adliche Würde spoliert werden. Er fragte mich, was der Adel in dem Falle tun sollte? „Auf seiner Stelle stehen beim Vaterland“, antwortete ich, aber mit dem Zusatz, es sei nicht möglich, daß ein Aufsur entstünde, denn der König habe eine hinlängliche Macht, ihn in der Hauptstadt selbst zu hintern. Allein ich hatte ihn im Verdacht, daß er entweder ein Schwärmer, oder angebrannt und ein Schwachkopf wäre, wie ich beweisen kan.

4. Am Sonntag nach der vorigen Mascarade kam einer meiner Freunde zu mir, und sagte mir, was ihm auf der Mascarade begegnet sei; eine Masque habe ihn angestossen, und wie er sich umgekehrt, habe er neben ihrem Arm ein Pistol blinken sehen; er sei darüber so erschrocken, daß er weg- und zu der Quadrille hinggesprungen wäre. Ich lachte, und sagte, das sei nicht möglich, denn niemand dürfe mit Gewehr auf die Mascarade gehen. Einige Tage nachher kam er wieder zu mir, und sagte: der Hr. General meinen wol, ich hätte wegen der Pistole Unwarheit gesagt; aber ich betsure bei Gott, daß es war ist. Ich erwiderte: das ist schenslich, und Gott gemade uns in den Zelten, die wir haben.

5. Einige Tage nachher kam Lilljeborn zu mir, den ich fragte, ob das, was man mir erzählt hatte, nur möglich sei? Das wäre unglaublich, antwortete er; aber ich sagte ihm, er habe ja seine Wache da. Er antwor-

tete, nein, denn die weiße Garbe habe nun die Weihe da; aber ich erwiderte: Sie bekommen ja den Befehl dabei alle Morgen auf der Wach-Parade; kommen Sie doch dieser Unordnung vor, und sagen Sie es den Officern, denn das königl. Haus und viel anders gutes Volk geht ja dahin. Er versprach es, und um ihn noch attenter darauf zu machen, sagte ich ihm alles, womit sich *Bjelka* seit 8 Tagen von Aufruhr und Gewaltthätigkeit getragen hatte. Dies versprach er auch gewiß zu thun.

6. Nachher fiel der Unglücks-Tag ein, und an diesem hatte ich 9 bis 10 teils gegebene teils ungegebene Gäste.

7. Und dann fiel mein eigener Unglücks-Tag ein, da mich der General *Klinspor*, wie ich eben vom Tisch aufstand, von königl. Regierung wegen in Arrest nam. Nachdem ich mich mit ihm in den Wagen gesetzt hatte, bat ich ihn, erstlich, mir zu sagen, ob ich von jemand eines Verbrechens wegen angegeben worden, oder ob einer der arretirten Missethäter mich in seinen Berichten genannt habe? Er antwortete, er wisse nichts davon, aber über 60 Personen wären Verdachts wegen arretirt. Zweitens sagte ich ihm: "wie kan doch der Herzog und die königl. Regierung einen 73 Jahre alten Mann, in Verdacht haben, daß sich ein so infamer Schwede finden sollte, der einem so alten Mann Confidanz von einem Mord machte? Der Hr. General können sich kaum einen Hunde-Türken oder Barbaren vorstellen, der dies täte. Der General erwiderte hierauf, der Herzog *Carl u.* die königl. Regierung hätten es übel genommen, und wären böß darüber, daß ich mich nicht persönlich eingestellt, und wegen des nun so kläglichen Zustandes des Königes nachgefragt hätte. Ich antwortete: A. 1786 hätte ich vom Könige und Hof Abschied genommen, und seit der Zeit wäre ich keine 24 bis 30mal aus meinem Haus gewesen, und während der Zeit hätte ich mich 6 bis 7mal, von blinden Hämorrhoiden gequält, so verkränket, daß ich jedesmal dem Tod nahe gewesen. Dieses ersuchte ich

ich ihn, nebst meinem unterthänigen Respekt, anzuberechnen: worauf er erwiederte, es sei kein Wunder, wenn man in so gräßlichen Zeiten misstrauisch würde; der Gen. Horn sei auch Verdachts wegen in Arrest, und ich solle vor das Hofgericht gebracht werden, welches Ordres habe, um 4 Ur zusammen zu kommen. Daß sich alles so verhalte, wie ich geschrieben habe, bitte ich demüthigst, daß der Gen. Klingstor als Wachhabender, nach dem schwedischen Geß, eidllich bzeuge.

8. Nachdem ich einige Tage gefessen, kam der Polizei-Meister Lilljensparre zu mir herein, condolirte mir sehr höflich, und brachte mir zugleich ein Compliment von meinem alten Freund, dem Capit. Sidhammar, welcher gesagt, mehr als seines einzigen Volkäters Unglück, gehe ihm unendlich nahe.

9. Tags darauf kam der Polizei-Meister wieder, befohl der Wache, hinauszu gehen, und sagte mir, sobald dies geschehen war, so viel Sortiren und Infiltrationen, wie alle Stockholmsche Poillarden [Bromonglerskor] zusammen genommen nicht sagen könnten; und dies so laut, daß die Wache und das gemeine Volk es mehr als deutlich hören konnten. Ich strengte meine Stimme eben so stark an, und bat ihn, einige Leute zu Zeugen herein zu nehmen, oder ein Protocoll zu füren, dann solle er auch deutliche Antwort kriegen: aber er schrie noch ärger, immen eins durchs andre; ich hingegen antwortete: "wollt Ihr wieder den Pöbel auf mich hegen, wie ich Euch beweisen kan, daß Ihr in Eurer Gegenwart, amal vorher, gegen Euer Amt und die allgemeine und Privat-Sicherheit, wenigstens zugelassen habe? Nun sollt Ihr wissen, daß Ihr privatim mir und dem Ael [dafür verantwortlich seid], und von mir kriegt Ihr one Zeugen oder Protocoll keine Antwort auf alle Eure Eide und Lügen. Da fur er zur Thür hinaus, und befohl, mir Tabak und Pfeife wegzunehmen.



10. Tags darauf kam er wieder, wie ich im Bette lag, besaf der Wache wieder hinauszu gehen, und sprach abermals mit mir, wie ein Besessener; so hübsch ich ihm auch sein ungeselliges und gewaltthätiges Betragen vorstellte.

11. Ich habe vor ein geselliges Gericht zu kommen verlangt, noch gestern verlangte ich dies vom Obristen *Aminoff*, denn mein unschuldiges Leiden ist zu hart.

Stockholm in meinem Gefängnis, 21 März 1792.

Carl Friedr. Pechlin.

Dieses Papir hat der Gen. *Pechlin* dem *Lagmann Lilljensparre* zugestellt, solches bezeugen Unterzeichnete

Cap. *Boucht*.

Major *Zachau*.

Den 1 Apr. 1792 kam *Lilljensparre* samt dem Major *Zachau*, mit vieler Hestigkeit herein, besaf meiner Wache hinauszu gehen, und sagte, er wolle das Papir haben, das ich geschrieben hätte. Ich bat den Maj. *Zachau*, die Wache hier zu lassen, denn ich hatte verlangt, und auch Erlaubnis erhalten, es nicht eher von mir zu geben, als bis es verlesen worden, und ich ein Attest darüber zu meiner Sicherheit, sowol von den Obristen *Rosenstein* und *Gyllengranat*, als dem Gen. Adjut. *Aminoff*, erhalten hätte. Aber der *Lagmann* ward so heftig, daß er mir das Papir aus der Hand riß, die Wache hinausjagte, nur den Maj. *Zachau* ausgenommen, und sagte: er lasse kein Papir in Besitz von meiner Wache ablesen, er neme auch keine Befehle weder von dem Gen. Adjutanten, noch von einem der Obristen, an, sondern er bekomme immer seine Ordres von Sr Maj. selbst; dabei kam er so in Hise, daß er über 2 Stunde lang schrie, stuchte, und schalt. Weil ich aber dabei blieb, ich müßte wenigstens von 2 Officieren Attest und Unterschrift haben; so wurde der Capit. *Boucht* hereingerufen, um es nebst dem Maj. *Zachau*,

ebau zu unterschreiben: doch *Liljensparre* war so schost, daß er beim Weggehen meine Pfeifen auf dem Boden zerschlug, die er mir 2 Tage vorher selbst hatte reichen lassen.

11. Mit *Ribbing* hab ich einmal in meinem Leben gesprochen, 2mal in Stockholm, kurz ehe wir nach Gese reisten, 1 oder 2mal in Gese, und 2mal in Stockholm nach unsrer Rückkunft vom Krag; niemals unter 4 Augen, immer in andrer Gegenwart: 2mal war er mittags bei mir, einmal gebeten, das andermal ungebeten, an dem fatalen Tag, an dem ich ihn um so weniger erwartete, weil er mit dem Baron *Mackler* wol 8 Tage vorher schon Abschied von mir genommen hatte, um mit seiner Mutter aufs Land zu reisen. Der Baron kam gegen 1 Ur. Wie ich ihn sah, sagte ich zu ihm, ich dachte, Sie wären schon vor 8 Tagen verreist? Er antwortete, es sei etwas dazwischen gekommen, aber gestern wäre sie gereist, und morgen dächte er nachzukommen, aber "Sie sind wol so gut, und geben mir heute mittags zu essen"? — Gut gerne, seyn Sie willkommen! — Sodann redete ich ihm zu, und sagte: aber, Baron, Sie müssen nicht so böse und desperat seyn, wie Sie in Gese waren, da Sie sagten, Sie hätten Ihre Partei genommen, und wollten Ihr Vaterland verlassen. Sie haben so viel Guts, und wie mir der Graf *Leyonhufvud*, *Sejernerud*, und *Mackler* gemeldet, applaudiren und excoliren sie es täglich und stündlich, so daß sie der Nützlichste im Dienste des Adels fürs Vaterland werden können. Hierauf antwortete er: er würde wol wiederkommen, wenn so viel Aufklärung gewonnen werden könnte, daß man wenigstens nicht unschuldig verfolgt würde, und für Leben und Ehre und Person Gleichheit genießen, wenigstens freie Luft genießen, könnte. Ich erinnerte ihn an *Voltaire's* Ausdruck: wenn man die Hoffnung verloren habe, so habe man alles verloren. — Aber von allem dem, was der Baron im Protocoll von

mit

mir gesagt, ist durchaus kein Wort gesprochen worden oder wahr.

12. Lilljehorn hat meine Bekanntschaft, vor einiger Zeit, durch einen meiner Freunde, dessen ich mich nicht erinnere, gesucht. Er war mir als der Tugendhafte aller Miebürger beschrieben, der viele Kenntnisse und Lectüre hätte, der vom sel. König aufgezogen, und von demselben bis diese Stunde mit Wohlthaten überhäuft worden wäre. So aufgeklärt fand ich ihn, als er mir beschrieben worden war, und freute mich, seine Bekanntschaft erhalten zu haben. Bei den 1sten und 2ten Besuchen, die er mir machte, beschrieb er mir, wie gnädig und jährlich der König gegen ihn und bei seiner Erziehung gewesen; und noch außerdem wäre er mit merern Wohlthaten überhäuft worden, habe auch die Gnade, jeden Augenblick zum sel. Könige gehen zu dürfen, wenn und so oft er wolle; und ob er gleich von der OppositionsPartei sei, erlaube ihm doch der König, in jeder Sache alle seine Gründe zu sagen. Ich erwiderte hierauf: ob er nicht einmal, da er so freien Zutritt hätte, sich einmal über die Ungnade beschwert, in die der Adel gefallen wäre? Der Adel müsse mit Recht des Monarchen Gunst besitzen; die monarchische Regierung hätte derselbs immer, hier sowohl als in andern Ländern, begünstigt und gewünscht, wovon er bei der Veränderung im J. 1772 volle Beweise gegeben; der Neid, den einige Unadeliche gegen den Adel und dessen Privilegien erregten, wäre das Werk einiger Einzelnen unter ihnen, die die andern verblenden wollten, um ihr eigenes Glück zu machen; denn die Hälfte des adlichen Guts sei in den Händen der Unadlichen, und die Rechte, RitterGüter zu besitzen, könne der König jedem nach Bedarf erteilen, wie auch die tägliche Erfahrung gelehrt habe. Einige Zeit nachher beschrieb er mir seine Familie, und bat mich, ein völliges Vertrauen in ihn zu setzen: denn wenn er gleich Lilljehorn hieße, so abhorrire er doch alle die infamie, die der ViceLandMarshall gemacht; glaube  
aber

aber auch nicht, daß es mehrere dergleichen in jeder Familie gebe, ob sie gleich sonst ungleich denken könnten. Nachher sprach er davon, er sei mit im Ministerclub, und dies sei eine ortige Einrichtung, besonders für les nouvelles du jour, denn alle Zeitungen finde man da, und wenn mir dies Vergnügen mache, wolle er abschreiben, wenn etwas interessantes darinnen stehe. Ich dankte ihm dafür. Uebrigens sprach er oft von den malheurs des Reichs, und des Adels insonderheit, der beim König in Ungnade wäre, und von den Bürgerlichen unschuldigen Weibe verspottet würde. Wir kamen überein, dem könne eine Aufklärung nicht abgeholfen werden, und ein Unglück sei es, daß man diesen Zweck nicht durch Pressfreiheit erhalten könne. Er sprach viel von der englischen Regierungsform, die sei blos Freiheit im Maul; mer hielt er auf die französische, die Eottise abgerechnet, die sie mit dem Adel gemacht, denn das das größeren Theils eine Eottise wäre, darüber waren wir einstimmig. Er zog die Regierungsform von 1778 vor, wenn nur darin eine nötige contrebalance gegen ungesetliche Macht bestimmt worden wäre. In unsern Gesprächen waren wir darüber einig; aber auch in dem Punct waren wir einerlei Meinung, daß das größte Unglück in unsrer Organisation [Sammensatzung] bestünde, daß nämlich die Reichsten und Aufgeklärtesten der Nation eine Stimme wären, indem weder Besitzer von Fabriken und Bergwerken [Beurks Patronen], noch bürgerliche Standespersonen, zu KlagsDeputirten gewählt werden könnten, und daß wir, bei unsern Deliberationen, nicht unter Einem Dach wären, um uns unter einander über Dinge aufzuklären, über die wir in unsern Discoursen meistens Einer Meinung wären; und daß die Freiheit, die ächte Freiheit, blos darin bestünde, daß man freie Gesetze selbst machte, und alle gleiches Recht dabei genossen; so wie auch, frei contribuiren zu dürfen, und der Administration des Geldes auf den Augen auf

auf die Finger sehen zu dürfen; und daß sich kein Despotismus, als das fürchterlichste, einschleiche. Das waren, außer les nouvelles du jour, beständig alle unfre und die übrigen Discourse. Er war 7 oder 8mal bei mir, ehe der Ruf zum Mittag erging; 2 bis 3mal speiste er bei mir. Da fingen die Unterredungen an, meißt da hinaus zu gehen, wie den Reichsfinanzien zu helfen wäre, um das Geld zu kriegen; wie wie eines Theils der Contributionen los werden könnten, besonders für minder vermögende Edelknechte, welche durch die Umstände gezwungen worden, sich hart zu beschaffen: samt der unbilligen Auflage auf alle Beamte, und das ärmere arbeitende Volk. Unter 4 Augen erkannte ich mich nie, mit Lilljeborn öfter, als 2mal, gesprochen zu haben: das einmahl vor der Reise zum Mittag; wo ich ihm sagte, der Adel in Stockholm habe einige Furcht, den Landshauptmann Lilljeborn von Wennerborg zum Landmarschall zu bekommen, und wenn's möglich wäre: hat ich ihn, seinen Bruder oder einen andern von der Familie zu persuadiren, daß er es nicht annehme. Er sagte, das habe er ebenfalls gehört, und das, worum ich ihn bat, schon vorher gethan; auch versprach er mir, einen Brief diese Sache betreffend, vorzulegen, und auch die übrigen, wenn sie einliefen. Das andre mal vertraute ich ihm an, was sich, seit meiner Rückkunft von Gesele, mit der Pistol auf der Mascatade ereignet hätte, und worin ich schon in meinem vorigen Dictamen meldete, worum ich bei der Gelegenheit gebeten hatte. Seit meiner Rückkunft von Gesele ist er auch nicht mer als 2mal in meinem Hause gewesen, und zwar das letztemal an dem unglücklichen Tag: hier aber sprach er weiter nichts mit mir, als wie er hergekommen, bat er mich um Verzeihung, daß er den Heut. Ehrensvärd mitbringe. Und da solchergestalt 2 ungebetene Gäste mir gekommen waren, mußte ich den Tisch umdecken lassen, weil ich gewöhnlich nicht mer als 8 Couverts hatte, so daß ich, meines Wissens, mit

mit Vielen von den Gästen nicht viel sprach. — Was übrigens der Obr.Lieut. von einer Revolution gesprochen, so daß ich ihm darüber Confidenz gemacht: so verhält sich das nicht so, sondern es muß nun ihm vorthellhaft seyn, so von der Wahrheit abzugehen.

IV. Mit dem Canzl.R. und dem Secret. v. Engestr. habe ich nichts anders gesprochen, als ihnen erzählt, was *Bjelke* so confus von Alarm und Aufruhr gesagt; und wenn sie mich sonst besucht, habe ich mit ihnen wie mit *Lilljeb.* gesprochen. Aber *Bjelke* nam mich unter den Arm, wie ich ihn zum Vorzimmer hinaus begleiten wollte, und sagte, er gehe nun zu seinen Damen, und zu 2 Bürgern, und wolle den jungen *Liljeströle* zu mir schicken, wenn was neues vor wäre. 3 Gäste hatte ich an dem Tage gebeten, die mich besuchten: das war der Obr.Lieut. *Lilljeborn*, Baron *Hermelin*, und Baron *Rosenbane*; letzterer entschuldigte sich aber, weil er schon ausinvittet war, und versprach, den nächsten Montag zu kommen, welches er auch that.

V. Mit *Hartmannsdorff* und *Ehrensvärd* habe ich nicht besonders gesprochen. Jener ist, seit meiner Rückkunft von Geste, einmal des Mittags, und dieser amal, bei mir gewesen.

VI. Nicht mer als amal bin ich, seit meiner Rückkunft, außer meinem Haus gewesen: das einamal beim General *Siegeroth*, der krank war, und beim Grafen *Rosen*; und zuletzt beim Grafen *Försten*, immer um die Mittagszeit.

VII. Von Beamten und vom bürgerlichen Stande kenne ich nicht 10 Personen, denn ich war 14 Jar in Elnem weg in Smoland; und in diesen letztern 6 Jaren, da ich mich mer in Stockholm aufgehalten, habe ich diese Bekanntschaft gemacht: woraus der Iogman und Polizei-Meister leicht die Unwarheit und Falschheit der Denuncia-

tionen in den Protocollen finden wird. Mit meinem Stab aber bin ich nur sehr wenig bekannt.

VIII. Hier folgt nun die Antwort auf die verlangten Aufklärungen. Von einem *Conseil* in einem Revolutions-Plan hab' ich nie geträumt, oder etwas davon gewußt.

Stockholm, in meiner ArrestStube, 2 Apr. 1792.

Carl Fr. Pechlin.

1. Ich weiß nicht, daß ich den Canzl.R. v. *Engeström* auf den fatalen Tag zu Mittag gebeten hätte; denn einmal hatte ich alle *Engeströme* eingeladen, falls sie mit HausMannsKost bei mir vorlieb nehmen wollten. Ich weiß auch nicht, daß ich an dem fatalen Tag, entweder allein, oder mit Mereren, mit dem Canzl.R. Ein Wort nur gesprochen, als wie der Bediente sagte, daß das Essen auf dem Tisch stünde, und ich meine Gäste bat, hineinzugehen, und ein Schälchen zu nehmen, und ich, wie sie hineintraten, nach Gewohnheit meine SchlafZimmerThür zuzuschließen wollte, ich bemerkte, daß *Lilljeb.* und der Canzl.R. an meinem SchreibTisch saßen, und jeder ein Papiir vor sich hatte: und wie ich ihnen sagte, das Essen stünde auf dem Tisch, steckten sie jeder sein Papiir in die Tasche, und gingen voraus gegen den SpeisSal hin. Ich machte die Thür meiner SchlafKammer zu, steckte den Schlüssel zu mir, und erreichte sie bei der Thür des SpeisSals. So verhält sich die Sache in Wahrheit.

2. Was *Hartmannsdorffs* Bericht betrifft, so habe ich nie mit ihm unter 4 Augen gesprochen, weiß auch nichts von allem dem, was seiner Erzählung nach geschehen seyn soll; will mich aber doch erinnern, daß ich in meiner MittagsGesellschaft laut gesagt, ich wunderte mich, daß ich in 1½ Jahren nicht mehr als Einmal die Ehre gehabt, den Hrn. Obristen *Gyllengranat* bei mir zu sehen.

3. Der Secret. v. *Engeström* war des Abends bei mir, und rauchte mit mir eine Pfeife Tabak; ich weiß aber

aber nicht, daß da von StaatsSachen gesprochen worden.

4. Der Háradeh. Nordell kam zu mir, wie ich eben von meinem MittagsSchlaf aufgestanden war, und fragte mich, ob ich die deutschen Afsen bekommen hätte? Ich antwortete ihm, nein, hat ihn aber, seine Pseife zu stopfen, welches er auch that, sie aber gleich wieder weglegte, und sagte, er werde um 5 Ur einige Freunde antreffen, die ihm mit Reinschreiben von GerichtsSachen helfen würden. Hierauf ging er weg, ohne daß weder von Souper, noch einem SpazierGang in der Nacht, und noch weniger davon, daß er Abends um 10 Ur wiederkommen sollte, die Rede gewesen wäre. Und auf die Art ist er nie bei mir gewesen, noch minder konnte er den Obr. Lieut. Lilljehorn bei seiner Ankunft, oder einen Grafen, antreffen. Denn nachdem diese vom MittagsEssen weggegangen, ist meines Wissens niemand bei mir auf der Stube gewesen, als er und der Secret. Engeström.

Stockholm, 13 Apr., in meinem Arrest 1792.

Carl Fr. Pechlin.

PROTOK. S. 237 — 247. 14 April nachmittags. Dem arretirten Baron wurden im HofGericht die von ihm an die OberStatthalterei eingegebene 3 besondere schriftliche Aufsätze vorgewlesen, welche, nebst einem nachher hier eingegebenen Memorial, das ihm vorgelesen wurde, der Gen. Maj. erkannte, selbst verfaßt und unterschrieben zu haben. Das Memorial lautete, wie folgt.

Allerdemüthigstes Memorial. Das . . . HofGericht beliebe gütig und nicht ungeneigt aufzunehmen, daß ich diese Worte schriftlich vorbringe; erschrocken und vom innigstem Herzen gerührt, kan ich kein Wort mündlich so ordentlich vorbringen, als meine Schultigkeit erforderte.



Unerhörte gräßliche Missethaten, die unsre gnädige Obrigkeit und das ganze königl. Haus, samt dem ganzen schwedischen Reiche und dessen Einwohnern, in Verwirrung versetzt, fordern wol auch unerhörte gräßliche Untersuchungen: aber daß ich, unschuldiger Mann, solche ausstehen müssen, sie blos auf die bloßen und boshaften, arglistigen Berichte dieser Verbrecher ausstehen müssen; setze mich in die größte Betäubung, um so mer da ich versichert bin, daß außer meinem moralischen Betragen, und ihrer daraus hergenommenen Arglist und Missethat, nichts anders dazu hat veranlassen können. Ich erwarte also meine gerechte Befreiung, und jeder Augenblick, ehe sie mir zu Theil wird, vermehrt meine unerträglichen Qualen, da ich vor meiner gnädigen Obrigkeit, und dem ganzen königl. Hause, und allen Einwohnern des schwedischen Reichs, meine reine Unschuld nicht an den Tag legen kan. Ich bitte demnach allerdemüthigst, daß es dem königl. HofGericht beliebe, mir durch sein gerechtes BefreiungsUrtheil dazu zu verhelfen, und meine unverdiente Qualen aufhören zu lassen, wogegen ich mit aller Hochachtung und Ehrfurcht stets verharre

Stockholm, 16 Apr. 1792, in meinem ArrestZimmer.

Carl Fr. Pesclin.

Dem Gen.Maj. wurde vorgestellt, daß da die von ihm in diesen Aufsätzen angegebene Umstände verstümmelt wären, und folglich gar keine Glaubwürdigkeit hätten, er müßlich einen vollständigen und mit der Wahrheit übereinstimmenden Bericht zu ertellen hätte, was ihm übrigens, abgemeldtes gräßliches Project betreffend, bekannt wäre. Antw. der Graf Ribbing, nachdem er kurz vorher bei ihm Gen.Maj. Abschied genommen, als wenn er aufs Land reisen wollte, und er Gen.Maj. geglaubt, daß er schon fort sei, sei eines Tags ungebeten zu ihm zum Mittagessen gekommen, da Lilljeborn, der ihn Gen.Maj. bei

bei eben der Gelegenheit gleichfalls besucht, über Lische von der ausgezeichneten Gnade erzählt, die ihm der König von seiner Jugend an erwiesen; aber weder *Lilljehorn* noch *Ribbing*, hätten, weder bei dieser noch andern Gelegenheiten, mit ihm Gen.M. etwas gesprochen, das auf das gegen des Königes Person nachher begangne Verbrechen, eine vorgehabte RegimentsVeränderung, oder dergl., Bezug gehabt.

Man meldete ihm *Ribbings* und *Lilljehorns* Aussagen in vorberörter Sache, und stellte ihm vor, *Ribbing*, *Lilljehorn*, nebst andern Beklagten, die ihr Verbrechen erkannt; könnten nicht mit Grund einer falschen Angabe verdächtig gehalten werden, da solche durchaus nicht ihre Schuldbarkeit minderte, und sie folglich ihnen nicht zu einigem Vortheil gereichen könnte: weshalb er ernstlich ermahnt wurde, bei der Wahrheit zu bleiben. Antw. Nie habe er ein Gespräch wegen einer Revolution, weder mit *Ribbing*, *Lilljeb.*, v. *Engestr.*, *Ehrensward*, v. *Hartmansdorff*, noch jemand anderem, gehabt; alle mit einander hätten Unwarheit gesagt, und aus List auf ihn Gen.Maj. bekannte, um sich selbst zu disculpiren; es wäre ein wahrer Complot gegen ihn, und gewißlich würden sie anders gesprochen haben, wenn eine Untersuchung beim HofGericht geschähe wäre, und nicht bei der Ober-Statthalterei, allwo sie Zeit und Mittel gehabt, unware Ausfagen gegen ihn zu verabreden.

Das HofGericht hielt ihm weiter vor: mehrere Personen, die indessen nicht beisammen gewesen oder mit einander gesprochen, hätten gleichwol darin eingestimmt, daß er *Pechlin* von dem vorgehabten Verbrechen Kenntnis gehabt, und an den darüber angestellten Deliberationen Theil genommen; und folglich schicke es sich vorzüglich für dessen Alter sowol als Stand, den rechten Zusammenhang anzugeben. Aber er konnte durch mehrere dergl. Vorstellungen

lungen zu keinem näheren Bekännntnis vermocht werden, sondern läugnerte beständig alles weg.

Nun wiederholte der Fiscal, mit Erlaubnis des Hofgerichts, Stückweise aus den Bekännntnissen der Beklagten, was er für seinen Theil glaubte, daß es dem Gen. Maj. zur Last stiehe: nämlich,

1. Ribbings schriftliches Bekännntnis enthalte, er Ribb. sei Freitags vormittag den 16 März bei Pechlin gewesen, und habe ihm Ankarströms Vorhaben gesagt; Pechlin habe da geschwiegen, als müßte er nichts davon, und gesagt, er habe Ankrstr. nur 2 oder 3mal gesehen, dieser aber habe ihm nie von seinem Vorhaben Confidenz gemacht. Pechlin habe sodann gesagt, wenn er wolle, könne er durch die alte Garde, die Artillerie, das Regiment der verwittbten Königin, und durch zahlreiche Haufen von der Bürgerschaft, eine Revolution machen; sobald der König aus dem Wege wäre, wolle er sie ausführen; Pechlin habe den Grafen gebeten, 5 bis 6 rasche Kerls zu Anführern zu schaffen, und dem Grafen versprochen, Leute zu schaffen, damit es auf der Mascarade recht voll würde. Pechlin behauptete, das sei eitel Unwarheit; Ribbing sei wol 8 bis 10 Tage vorher, ehe das Unglück geschehen, bei ihm gewesen, habe gesagt, er wolle auf Land reisen, und habe Abschied genommen; aber Freitags den 16 März, wie sich der Graf bei ihm eingefunden, habe er gesagt, er werde den andern Tag reisen, und gefragt, ob ihn nicht der Gen. Maj. beim MittagsEssen behalten wolle, one daß der Graf weder diesmal noch bei einer andern Gelegenheit, von irgend einem Plan oder so etwas gesprochen hätte; ihm käme es unmöglich vor, daß der Graf einen so unrichtigen Bericht abgeben können. Zu Folge dieser Antwort lies das Hofgericht, aus des Grafen eigenhändigem Bericht obberührte Umstände herlesen. Aber Pechlin blieb dennoch bei seinem Läugnen, mit dem Zusatz: das Einzige von des Grafen Gespräch, worauf er Gen.

Gen.Maj. einige Attention gerichtet, sei die Aeußerung gewesen, daß der Graf sein Vaterland verlassen wolle; welchen Gedanken jedoch er *Pechlin* dem Grafen als einen überreichten Einfall vorgehalten, da er der Graf eine ganze Menge seiner Kenntnisse hätte, und sie täglich ercolirte, wodurch er mit der Zeit für das Reich sehr nützlich werden könnte. Diese Materie habe das ganze Gespräch ausgemacht.

II. *Lilljehorn* sage in seinem schriftlichen Bekäntnis: wie er Mittwoch Abends den 14 März, bei einem Besuch bei *Pechlin*, davon gesprochen, was *Ribbing* und *Bjelke* von dem beschlossenen KönigsMord gesagt, habe *Pechlin* gesagt, *Bjelke* habe ihm schon davon Nachricht gegeben. — Nicht Ein Wort wäre war, äußerte *Pechlin*, und beieuerte bei dem lebendigen Gott, daß so ein Gespräch zwischen ihm und *Bjelke* niemals vorgesehen, folglich auch nicht dem Obr.Lieut. *Lilljehorn* erzählt werden können. Eben so läugnete er, von *Lilljeh.* erfahren zu haben, was *Lilljeh.* von *Ribbing* und *Bjelke* wegen des beschlossenen Mordes gehört haben solle. Er sei bereit, einen Eid darauf abzulegen, daß *Bjelke* vor ihm nicht einmal des Königes Namen genannt, sondern blos von der franzöf. Revolution, der englischen RegierungsForm, dem Plündern der Bank &c., gesprochen: und fügte hinzu, wie die Worte fielen, *Bjelke* sei närrisch gewesen, und wie ein rasender Mensch gesprungen, daß er *Pechlin* sich wirklich vor ihm gefürchtet habe.

Weiter fürte der Fiscal aus *Lilljehorns* Bekäntnis an: *Pechlin* habe gesagt, er habe gehört, es habe jemand (ohne diese Person zu nennen) schon in obbemeldter Mord-Absicht die Gegend bei *Saga* untersucht; der Gen.Maj. habe gefragt, ob man sich auf die GardeTruppen verlassen könne? und gesagt, daß im NothFall einige Freiwillige zu haben wären. Auch habe er bedauert, daß *Gyllengranat*

bei der Artillerie nicht mer wie Stumal zu ihm kommen gewollt. — *Pechlin* merkte hiebei an, daß alles unwahr sei, ausgenommen, daß er einmal über Lische seine Verwunderung darüber geäußert, daß *Gyllengranat* 1½ Jahr lang ihm nicht zugesprochen hätte. Einiger Freiwilligen habe er nie erwärt, kenne auch, außer seinem Stande, keine 20 Personen in der Stadt.

Der Fiscal fur fort: Freitags den 16 März habe *Pechlin* heimlich mit *Ribbing*, *Bjelke*, u. *Conzl. N. v. Engeström*, und mit jedem à part, gesprochen. Gleich darauf, wie die meisten von der Gesellschaft beim Gen. Maj. weggegangen, hätte letzterer mit *Liljeh.* gesprochen: so eben sei v. *Engestr.* in das SchlafZimmer getreten, und habe ein Promemoria verlesen, von Verschiedenem, was nach des Königes Hintritt zu beobachten wäre, als Publicationen, Formirung eines Conseils u. s. w. Man habe von Avertirung der Königin gesprochen, und von denen, die Ihrer Maj. Rat geben sollten; der Rat Graf *Rosen*; und die Generale *Gr. Horn* und *Baron Duvall*, wären dabei genannt worden; v. *Engestr.* und *Liljeh.* hätten dabei ihm *Pechlin* vorgeschlagen, mit ins Conseil zu kommen, er habe aber gesagt, er wolle lieber in seinem Haus bleiben, um von daraus nötige Dispositionen zu machen. *Pechlin* läugnete, daß er bei der befragten Gelegenheit mit jemanden anders heimlich gesprochen habe, als mit *Bjelke*, welcher ihn unter den Arm genommen, und zum Sofa hingeführt hätte, mit den Worten, er solle es erfahren, wenn was Neues passirte. Von allem übrigen sei nicht Ein Wort war, sondern habe er *Pechl.* sie alle im Verdacht, daß sie im Complot gegen ihn wären.

III. Da der Heut. Baron *Ehrensvärd*, in seinem schriftlichen Bekannnts, unter andern gemeldet, *Ribbing* habe den 16 März bei *Pechlin* an *Ehrensvärd* gesagt, *Pechlin* wisse von der Sache, und *Pechlin* habe nachher den

den *Ehrensu*, gefragt, ob er auf die *Mascarade* gehen würde: so hielt der *Fiscal* an, *Pechlin* solle erklären, ob er eingestünde, bemeldete Frage gethan zu haben, und in welcher Absicht solches geschehen sei? — Antw. *Pechlins*, er könne sich dessen nicht erinnern.

IV. Der *Fiscal* fur fort: des *Engl. R. v. Engestr.* schriftlicher Bericht falle dem *Pechlin* in folgenden Umständen zur Last. Freitags den 16 März sei in *Pechlins* Schlafzimmer, zwischen ihm und *Lilljeborn*, von dem dem Könige bevorstehenden Unglück gesprochen worden; wobei *Engestr.* aus einem Verzeichniss die Chets der hier in der Stadt liegenden Garnisonen hergerechnet; hier wäre zugleich von Avertirung der Königin und Ihrer Unruhe, falls dem König etwas begegnete, die Frage gewesen; auch wäre von einem Conseil und von der Wiederherstellung der Ratskammer die Rede gewesen; ihm *Pechlin* sei angeboten worden, oder die Frage entstanden, ob nicht Er dazu gerufen werden könnte? er aber habe sich erklärt, als ein alter Mann wolle er lieber in seiner Commodität bleiben. — Nicht Ein wares Wort, antwortete *Pechlin*.

V. Des Maj. *Hartmansdorffs* Bekännntnis enthielte: er, als mit *Pechlin* bekannt, sei mereremals bei ihm gewesen, und zuletzt einige Tage vor dessen Abreise nach Gessle; bei welcher Gelegenheit *Pechlin* ihn in das innere Zimmer genommen, und erzählt hätte, man fürchte, der König wolle beim Nöthig Gewalt brauchen, und in dem Falle wäre man darauf bedacht, wider Gewalt zu brauchen; in welcher Absicht er *Pechlin* zuversichtlich hofte, daß man sich auf die Artillerie verlassen könne, und daß *Hartmansdorff* mit dazu behülflich seyn werde. *Pechlin* habe gesagt, *Lilljeb.* sei davon prevenirt, und *Hartmansdorff* habe einen zuverlässigen Mann an dem Baron *Ehrensvärd*. — Antw. lauter Unwarheit.

VI. Der Secret. von Engestr. habe ausgesagt: nachdem er durch Nordell gerufen worden, habe er sich den 16 März nachmittags bei Pechlin eingestellt; der ihm gesagt, in der Nacht dürfte von einer Revolution die Frage seyn, und ihm vorgeschlagen, herumzugehen, und nachzusehen, ob was daraus werden könnte. — Antw. Alles Unwarheit und pure Erfindungen: Engestr. sowol als Nordell wären mit im Conspit gegen ihn Pechlin; doch gebe er zu, daß er vielleicht dem Secret. v. Engestr. davon gesagt, was Bjelke von Aufrur und Gewalt geschwaßt hätte.

VII. Nordell habe in seinem schriftl. Bericht gemeldet: wie er Freitags den 16 März nachmittag zu Pechlin hinaufgegangen, habe dieser ihn getragt, ob er den Secret. Engeström gesehen, und ihn Nordell ersucht, dem Engestr. zu sagen, er solle zu ihm Pechlin kommen; habe auch den Nordell gebeten, eben den Abend um 10 Ur zu ihm zu kommen, mit beigefügtem Ausdruck, es könne indeß nicht schaden, wenn Nordell einige Freunde zu sich bäte, bis sie zusammenkämen. — Auch dieses läugnete Pechlin, und meidete, Nordell; der ihn gewöhnlich alle Freitage besuche, um die deutschen Zeitungen zu lesen, sei wol am bemeldten 16ten März da gewesen, habe sich aber sei-llig eingestellt, und gesagt, ihn hielten GerichtsArbeiten ab, und sei gleich weggegangen.

Hierauf führte der Fiscal an, in Pechlins schriftlichen Erklärungen kämen verschiedene Umstände vor, die einer näheren Auseinandersehung bedürften, welche er also nun ihm abzufordern bäte. In dieser Absicht legte ihm der Fiscal, aus dessen berürten Erklärungen, folgende Artikel vor.

1. 8 Tage vorher, ehe dem Könige das Unglück begegnet, sei Bjelke öfter, als vorher, und auch des Abends, zu Pechlin gekommen, und habe immer davon gespro

gesprächen, es werde ein Aufrur entstehen; sie wollten die französische oder englische Regierungsform haben; aber immer habe er confus gesprochen, und Furcht geäußert, daß dem Adel seine Güter und seine adliche Würde abgeplündert werden würde. Einmal habe *Bjelke* beim Weggehen, wie *Pechlin* im Begriff gewesen, ihn aus dem Zimmer zu begleiten, ihn unter den Arm genommen, und dabei den Ausdruck fallen lassen, er ginge zu seinen Damen und 2 Bürgern, und wolle den jungen *Lilljestråle* an ihn *Pechlin* schicken, wenn etwas neues passirte. Dem zufolge frage der Fiscal, ob *Pechlin*, wie *Bjelke* von Aufrur gesprochen, nicht nachgefragt, wo solcher geschehen sollte, und wie es damit hergehen würde? *Pechlin* erkannte, bemeldten Umstand schriftlich von sich gegeben zu haben, und antwortete: *Bjelke* habe geäußert, er fürchte, die Bürgerschaft hier in der Stadt wolle rebelliren, um den Adel zu dämpfen und zu ruiniren; er *Pechlin* habe ihm zwar die Unmöglichkeit davon zu beweisen gesucht, weil der König eine hinlängliche Macht habe, solches zu hintern; aber *Bjelke*, wie nun *Pechlins* Worte fielen, sei ein Narre gewesen, und daß er *Pechl.* ihn dafür angesehen, vermehle er durch mehrere seiner Freunde, und darunter den Baron *Rosenhans* und den Major *Stael* von Holstein, beweisen zu können, bei welchen er über *Bjelkes* Narrheit geklagt, und sich geäußert habe, er habe den *Bjelke* im Verdacht, daß er entweder ein Enthusiast oder timbré ware. *Pechl.* befragt, ob er nicht weiter Beschreib verlangt von *Bjelkes* Rede, daß dieser zu seinen Damen und Bürgern gehen wolle, oder nachgefragt, in was für Affairen *Lilljestråle* zu ihm geschickt werden solle, antwortete mit Nein!

2. Sonntags nach der vorigen Mascarade sei ein Freund zu *Pechlin* gekommen, und habe ihm gemeldet, was auf der Mascarade passirt sei; eine Masque nämlich habe ihn, *Pechlins* Freund, angestossen, und wie der sich umgewandt, habe er ein Pistol an dessen Arm hin blinken gesehen



gesehen, worüber er erschrocken sei: dieser *Pechlins* Freund sei der *Lieut. Strussenfels* gewesen, der zuerst geläugnet, nachher aber eingestanden habe, daß er dies auf der *Mascarade* den 2 März gesehen, und es dem *Pechlin* erzählt habe. Einige Tage darauf sei *Lilljek.* zu *Pechl.* gekommen; da sei zwischen ihnen von diesem Pistol, und was *Pechl.* von seinem Freunde gehört, gesprochen worden. Dem zufolge ward *Pechlin* befragt: warum er einen so sonderbaren und wichtigen Vorfall, nicht bei der Behörde angegeben habe? Antw. da er sich mit seiner Confidenz über den berührten Vorfall an den ObristLieut. als an einen *B. amten*, und der, wie er selbst versichert hatte, bei dem Könige in so ausgezeichnete Gnade stände, daß er, wenn er wollte, zu *Sr. Maj.* gehen könnte, gewagt; so vermehne er *Pechlin*, alles völlig getan zu haben, was er als ein Mann, von Ehre und guter Mitbürger tun konnte: bevorab da er nicht auf die geringste Weise Anlaß gehabt, in den Obr.Lieut. ein Mistrauen zu setzen, welchen er *Pechlin* für einen Engel, und für Vater Abraham selbst, wie seine Worte fielen, gehalten. Er setzte hinzu: er, den *Arter* und *Gebrechlichkeiten* hinterten, aus seinen Zimmern zu kommen, und der außer dem von dem Vorfall mit dem Pistol nichts näheres gewußt, als was oben angeführt worden, habe unmöglich ein andres Mittel ergreifen können.

3. Er *Pechlin* habe mit *Ribbing* nicht öfter, als 5mal, in seinem Leben gesprochen, nämlich 2mal hier in *Stockholm* vor dem *RTag*, 1 oder 2mal in *Gefste*, und 2mal hier in *Stockholm* nach dem *RTag*; niemals unter 4 Augen, sondern immer in andrer Gegenwart; auch sei *Sr. Ribbing* nur Einmal zum MittagsEssen zu ihm gebeten worden, und das andermal sei er ungebeten gekommen. Frage: ob *Pechlin* nicht am Freitag den 16 März vormittags eine PrivatUnterredung mit *Ribbing* gehabt? Antw. Nein.

4. Weiter enthalte seine Erklärung: er habe mit *Lilljeh.* Bekanntschaft gehabt, und habe Freundschaft für ihn gefaßt, auch wären bei ihrem Beisammensitzen verschiedene politische Reflexionen vorgefallen; *Lilljeh.* sei 7 bis 8mal vor dem RTag bei ihm *Pechl.* gewesen; mer als 2mal wisse er nicht mit demselben allein gesprochen zu haben, das einemal vor dem RTag, da *Pechlin* erzält, der Adel fürchte, den Landshauptmann *Lilljekorn* zum Landmarschall zu bekommen, das andremal, wie *Pechlin* dem Obr.Lieut. mit dem Pistol, und demjenigen, was *Bjelke* von Aufrur und Gewaltthatigkeiten erzält, Confidenz gemacht; nach *Pechlins* Rückkunft vom RTag sei *Lilljeh.* nur 2mal bei ihm gewesen, und zum letztenmal an dem fatalen Freitag, da der Obr.Lieut. den Baron *Ehrensvärd* mit sich gehabt. — Alles das erkannte nun *Pechlin* an, und erklärte, die Ursache, warum er bei bemeldeten beiden Gelegenheiten mit *Lilljeh.* allein zu sprechen gekommen, sei gewesen, weil solcher sitzen geblieben, wie die andern Gäste fortgegangen gewesen.

5. Mit dem Canzl.R. v. *Engeström* und dessen Bruder dem Secretär, habe er von nichts anderem gesprochen, als von *Bjelkes* Aeußerung von Alarm und Aufrur; fast habe er mit beiden auf eben die Art gesprochen, wie mit *Lilljeh.* Den 16 März seien *Lilljeh.* und der Canzl.R. v. *Engeström* in seinem Schlafzimmer geseßen, und jeder hätte ein Papier vor sich gehabt; da *Pechlin* sie gebeten, herauszukommen, und an den Tisch zu gehen. Alles dieses nun erkannte *Pechlin* an, und versicherte, es sei der Wahrheit und dem ganzen Verlaufe gemäs: mit dem Beisügen, keiner der Beklagten habe mit ihm *Pechlin* von der gräßlichen That, oder einem Revolutionsplan, gesprochen. Auf des Fiscals Verlangen wurde *Pechlin* befragt, wann obbemeldte besondre Unterredung im Schlafzimmer mit dem Canzl.R. und dem Obr.Lieut. vorgefallen wäre? Antwort sie sei vormittags gesche-

geschähen. Aber wie der Fiscal erinnerte, *Liljoh.* sei nicht eher dahin gekommen, als wie sich die andern Gäste eben zu Tische setzen wollen, äußerte sich *Pechlin*: vielleicht sei das nachmittag geschähen, dies bedeute nichts; was zwischen ihnen gesprochen und geantworte worden, könne er sich nicht besinnen.

6. Weiter erwänte der Fiscal aus *Pechblins* schriftlicher Erklärung: derselbe habe nichts mit dem Maj. *Hartmannsdorff* und dem Baron *Ehrensvärd* allein gesprochen; seit *Pechblins* Rückkunft vom KZage habe Ersterer einmal, und *Ehrensv.* 2mal, bei ihm zu Mittag gegessen; nie habe *Pechl.* mit *Hartmannsdorff* unter 4 Augen gesprochen, wol aber erkläre er sich, daß er sich einmal Mittags bei Tische darüber gewundert, daß ihn der Baron *Gyllergranat* in 1½ Jaren nur Einmal besucht habe. Dies erkannte *Pechlin* an, ohne Veränderung, ohne Zusatz.

7. Dem Secret. v. *Engeström* habe er erzählt, was ihm *Bjelke* gesagt, daß eine Revolution wie die französische bevorstehen dürfte. Dem zufolge befragt, wann er dieses dem Secretär erzählt habe? — Antw. Möglich wäre, daß der Secretär, der die Woche gewöhnlich 2 bis 3mal zu ihm käme, und eine Pfeife rauchte, auch an dem UnglücksFreitag da gewesen, und daß er *Pechl.* damals mit ihm von franzöf. RegierungsForm, und *Bjelkes* geäußelter Furcht, gesprochen, wiewol er sich des Tags nicht mit Gewißheit erinnern könne.

Weiter befragt: aus was Anlaß so viel Leute in der Nacht, zwischen dem 16 und 17ten März, an dessen Thüre geklopfet und geklingelt, und hineingewollt hätten? Antw. Er habe nicht eher, als den Morgen, etwas davon erfahren, wie seine Domestiken davon gesprochen hätten; er habe niemanden hin beschieden. Zugleich äußerte er seine Verwunderung, warum sie nicht 14 Tage früher gekommen wären.

Der

4. Weiter enthalte seine Erklärung: er habe mit *Lilljeh.* Bekanntschaft gehabt, und habe Freundschaft für ihn gefaßt, auch wären bei ihrem Beisammenseyn verschiedene politische Reflexionen vorgefallen; *Lilljeh.* sei 7 bis 8mal vor dem RTag bei ihm *Pechl.* gewesen; mer als 2mal wisse er nicht mit demselben allein gesprochen zu haben, das einmahl vor dem RTag, da *Pechlin* erzählt, der Abel fürchte, den LandsHauptmann *Lilljehorn* zum LandMarshall zu bekommen, das andremahl, wie *Pechlin* dem Obr.Lieur. mit dem Pistol, und demjenigen, was *Bjelke* von Aufrur und Gewaltthatigkeiten erzählt, Confidenz gemacht; nach *Pechlins* Rückkunft vom RTag sei *Lilljeh.* nur 2mal bei ihm gewesen, und zum letztenmal an dem fatalen Freitag, da der Obr.Lieur. den Baron *Ehrensvärd* mit sich gehabt. — Alles das erkannte nun *Pechlin* an, und erklärte, die Ursache, warum er bei bemeldeten beiden Gelegenheiten mit *Lilljeh.* allein zu sprechen gekommen, sei gewesen, weil solcher sitzen geblieben, wie die andern Gäste fortgegangen gewesen.

5. Mit dem Canzl.R. v. *Engeström* und dessen Bruder dem Secretär, habe er von nichts anderem gesprochen, als von *Bjelkes* Aeußerung von Alarm und Aufrur; fast habe er mit beiden auf eben die Art gesprochen, wie mit *Lilljeh.* Den 16 März seien *Lilljeh.* und der Canzl.R. v. *Engeström* in seinem SchlafZimmer geseßen, und jeder hätte ein Papier vor sich gehabt; da *Pechlin* sie gebeten, herauszukommen, und an den Tisch zu gehen. Alles dieses nun erkannte *Pechlin* an, und versicherte, es sei der Wahrheit und dem ganzen Verlaufe gemäß: mit dem Beisügen, keiner der Beklagten habe mit ihm *Pechlin* von der gräßlichen That, oder einem RevolutionsPlan, gesprochen. Auf des Fiscals Verlangen wurde *Pechlin* befragt, wann obbemeldte besondre Unterredung im SchlafZimmer mit dem Canzl.R. und dem Obr.Lieur. vorgefallen wäre? Antwort sie sei vormittags gesche-

könnten, und wenn sie ihres Theils schon übersüßt wären, machten sie sich gerne alle ein Verdienst daraus, auf ihn *Pechlin* zu lügen. Noch setzte er hinzu, wenn ihm das Hofgericht die nötigen SchreibMaterialien zugesendet wollte, so wolle er schriftlich beweisen, daß alle ihre Angaben und Bekännnisse auf ihn, sich widersprächen, und wie offenbare Unwarheit sich selbst widerlegten. Das Hofgericht erinnerte ihn, er solle lieber Dinte und Papier zum Aufschreiben eines aufrichtigen und wahrhaften Bekännnisses nützen. Seine Antwort hierauf war: man könne nicht verlangen, daß er sich und andre unglücklich machen solle. Er wurde in seinen Arrest zurückgeführt; und *Nordell* kam weiter vor.

PROTOK. 261—269, 16 Apr. nachmittags. Bei Abhörung der oben (S. 239, Z. 3) geforderten Zeugen, gab der wieder vorgeführte Gen. Maj. *Pechlin* folgende von ihm eigenhändig unterzeichnete Schrift ein:

Allerdemüthigst.

1. Ob ich an dem höchst unglücklichen Tag, vor oder nach dem Mittagsessen, den Canzl. R. v. *Engeström* und den Obr. Lieut. *Lilljeborn*, aus meinem Schlafzimmer zum Schnaps oder Kaffeetrinken herausgerufen, ändert die Sache nicht.

2. Eben so wenig kan des Hrn. Fiscals, vermutlich freundschaftliche Anzeige von *Bjelkes* vorzüglicheren Geistes Gaben und dessen richtigem Verstand, etwas beweisen, da derselbe mit seinem Tod sein Irreseyn und seine Nartheit vollkommen bestärkt hat.

3. Einer meiner Bedienten *Nils Åberg* ist ein von mir aufgezogener 11jähriger Bauerjunge, welches ich auf diese Art berichtigen muß.

Stockholm, in meinem Arrest, 16 Apr. 1792.

Carl Fr. *Pechlin*.

Der Fiscal erklärte: die beiden ersten Puncte wolle er bei einer andern Gelegenheit beantworten; wegen des  
sten

sten habe er schon zugegeben, daß der Junge *Aberg*, als minderjährig, seine Aussagen unbeeidigt tun dürfe. — Eben dies war dem Baron *Hjerta*, als SchwesterSohn von *Pechlins* verstorbener Frau, zugestanden. Gegen alle übrige Zeugen hatte *Pechlin* nichts einzuwenden; nur mußte er, auf des Fiscals Verlangen, während der Abhörung, einen Aberset nemmen.

1. Die Haushälterin *Lidberg*, seit Michaelis bei *Pechlin* im Dienst, vorher bei der verwittibten ReichsRätin Mutter des Grafen *Ribbing*, sagt: sie kenne diesen Grafen sehr gut; sie sei mit *Pechlin* nach Geste auf den RTag gereist; während dieses RTags habe sie den Grafen mehrere Visiten bei ihrem Herrn machen gesehen; wie oft aber, wisse sie nicht, eben so wenig, ob indeß *Ribbing* und *Pechlin* mit einander allein gesprochen hätten: nie aber wäre die Zeit über ihr Herr one Fremde gewesen. Den *Rjelke* kenne sie gar wol, habe ihn aber während des RTags nie bei *Pechlin* gesehen. Nach der Rückkunft von Geste habe sie bemerkt, daß *Ribbing* ihren Herrn öfter wie vorher hin besucht. Befragt, erinnerte sie sich auch, daß *Ribbing* an dem fatalen Freitag vormittags vor 11 Ur zu ihm gekommen, wie er allein gewesen; ob er aber zu Mittag da geblieben, oder wann er weggegangen sei, wisse sie nicht. Den Canzl.R. und Secret. von *Engeström*, so wie auch *Liljeb. Hartmansd.* und *Ehrensv.*, kenne sie nicht; nur vom Canzl.R. v. *Engeström* habe sie gehört, daß er den 16 März bei *Pechlin* Mittags zu Tische gewesen. Den *Nordell* aber kenne sie sehr wol, und glaube, es sei selten eine Woche vorbeigegangen, wo er ihrem Herren nicht Visite gemacht. So lang sie hier im Dienst sei, sei die Ggfr. *Pettersson* nie auf einer Mascarade gewesen, außer den 16 März. Warum sie diesmal hingegangen, wisse sie nicht; sie vermute nur, der Jändrich von *Plomgren* habe sie hia invitirt. In der Nacht zwischen dem 16 und 17ten März, habe sie sich, sobald die Ggfr. *Pettersson* nach der Mascarade abgegangen, schlafen gelegt; gegen 1 Ur aber habe sie der Bediente *Lönngren* geweckt, und gesagt, viele Leute schellen an der Thür; und unter denen sei ein dem Buchse

nach langer und schmaler Mann, in einem blauen Sarkout, den er, um nicht erkannt zu werden, vor das Gesicht hinaufgezogen, etwas nach 12 Ur in den VorSal gekommen, und habe mit *Pechlin* sprechen wollen, sei auch in dieser Absicht bis zu dessen VorzimmerLür vorgegangen, welche zu gewesen; wie er aber nicht hineinkommen können, sei er weggegangen. Auch habe sie sagen gehört, daß der

Etallmeister *Bruse* unter mehreren andern geschellt, und dabei seinen Namen genannt, dem ungeachtet aber nicht eingelassen worden sei. Um 3 auf 5 habe sie jemanden an der HausLüre schellen hören, und wie sie hingegangen, um nachzusehen, wer es wäre, habe der Mann, ohne seinem Namen zu sagen, gefragt, ob nicht in der Nacht ein kgl. Secretär bei *Pechlin* gewesen? und wie sie hierauf mit

*Klein* geantwortet, sei er von der Lüre, die sie ihm auch nicht aufgemacht gehabt, weggegangen. Wann die Gäste bei *Pechlin* am Mittwoch den 16 März, nachmittags weggegangen wären, wisse sie nicht.

2. Der Junge *Aberg* sagte aus, unbekidigt: er kenne den Hr. *Ribbing*, und habe ihn vor dem KTag oft, auch beim MittagsEssen, bei *Pechl.* gesehen; nach dem KTag aber, so viel er wisse, sei derselbe seltner bei ihm gewesen. Er könne alle die sehen, die zu *Pechl.* kämen, ob er gleich nicht öfter in den Zimmern wäre, als wann ihm geschellt würde, um entweder bei Lische oder bei andrer Belegens heiten aufzuwarten: in der Woche, da Se Maj. geschossen worden, sei *Ribbing* eintgemale bei *Pechl.* gewesen, aber am Freitag habe er ihn nicht da gesehen. Er meine auch, *Ribbing* habe an diesem Tag nicht bei *Pechl.* zu Mittag gegessen; sondern niemand, als der Händrich *Plomgren* und die Igfr. *Potterson*, hätten seinem Herrn bei Lische Gesellschaft geleistet. Abends sei er mit der Igfr. *Potterson* nach dem Opernhaus gegangen, um die Masquen zu sehen; wisse also nicht, was sich indessen zu Haus habe zutragen können. Auch warum die Igfr. auf die Mascarade gegangen, wisse er nicht; nur das wisse er, daß sie den Gen. Maj. gebeten, hingehen zu dürfen, worauf er zwar anfangs geantwortet, es sei nicht der Mühe werth, wie sein Ausdruck gewesen, und sie zu persuadiren gesucht habe, wegzubleiben; endlich habe er es ihr doch erlaubt.

3. Die KöchenMagd *Inga*, seit vorigem Herbst im Dienst: Sie kenne weder den Hr. *Ribbing*, noch sonst jemand, der mit ihrem Herrn Umgang hätte. In der Nacht zwischen dem 16 und 17ten sei sie beschäftigt gewesen, den Boden zu scheuern, habe da an der Thür schellen gehört, und vom *Lönngren* erfahren, daß ein unbekannter Mann, lang und schmal von Statur, in einem blauen Särkout, den er vor das Gesicht hinaufgezogen, vom Bedienten eingelassen worden, und nachher bis vor die Salstür gegangen sei, wie er diese aber verschlossen gefunden, sei er zurückgegangen: worauf die Thür nicht wieder aufgemacht worden, als bis die Jgfr. *Pettersson* von der Masfcarade heimgekommen. — Ihr wurde hierauf der bei der OberStatthalterei abgegebene Bericht vorgelesen, und von ihr in allem übrigen anerkannt.

4. Hr. *Sundström*, seit Michaelis Städerska [die das Aetz machen im Haus besorgt] bei *Pechlin*, und die während dessen Abwesenheit auf dem *Wag*, hier im Hause geblieben: 1mal vor, und 1mal nach dem *Wag*, habe sie *Ribbing* den Gen. *Maj.* besuchen gesehen; *Bjelke* aber und *Liljeborn*, die sie nicht kenne, seien, so viel ihr bekannt wäre, nicht bei demselben gewesen. In der Nacht zwischen dem 16 und 17ten März habe sie, wie sie den Boden im Sal gescheuers, verschiedene mal am Thor schellen gehört; der Bediente *Lönngren* habe einmal aufgemacht, sie sei mit einem Licht hinausgegangen, und habe dabei in der VorStube einen langen schmalen Mann in blauem Särkout, den sie übrigens nicht gekannt, erblickt, welcher mit *Pechlin* sprechen gewollt, und in dieser Absicht auch bis zur Salstüre vorwärts gegangen, wie er aber nicht eingekommen, sich sogleich wegbegeben habe. Sie wisse nicht, wer am Freitag den 16ten März bei ihrem Herrn zu Mittag gegessen, außer dem Hcut. *Seruffenselt*, Händr. *Flomgren*, und Baron *Hjerpe*, welche da gewesen wären.

5. Jgfr. *Pettersson*, die ins 3te Jar bei *Pechlin* gewesen, sagte aus: Hr. *Ribbing* habe, so viel sie wisse, den Gen. *Maj.* vor dem *Wag* nicht mer als 1 oder 2mal besucht, und während ihres Aufenhalts in Geste, als wohin sie mit gewesen, alle 7 oder 8 Tage. Nach dem *Wag*, und wie sie wieder nach der Stadt gekommen, habe sie ihn nur 1mal



bei Pechl. gesehen; bei welcher Gelegenheit der Graf auch hier in Gesellschaft mit mehreren Gästen zu Mittag gegessen. Diese Gäste waren in der Zeugin bei der OberStatthalterei eingegebenem Bericht namhaft gemacht: dieser Bericht ward nun aus dem darüber gehaltenen Protocoll verlesen und anerkannt; nur mit der Erinnerung, Zeugin könne sich nicht gewiß erinnern, ob der Copist *Liljeskråle*, den sie nicht kenne, einer von diesen Gästen gewesen; auch erinnere sie sich nicht, ob diese Mahlzeit den 15 oder 16ten gegeben worden. — So bald man von Tisch aufgestanden, und sie den Kaffe servirt, wobei der Gen. Maj., so wie alle die andern, im Vorzimmer beisammen gewesen, sei sie weggegangen, und habe folglich nicht bemerkt, daß derselbe mit jemanden von seinen Gästen, weder im Vorzimmer noch Schlafgemach, allein gesprochen. Auch habe sie darauf nicht acht gegeben, ob einige andre von der Gesellschaft, als *Liljeborn*, der Canzl. R. v. *Eugeström*, *Bjelke*, der Cop. *Liljeskråle*, oder andre anwesende Herren, in einem der Zimmer mit einander gesprochen. Abends sei *Bjelke* zu ihr hineingekommen, und habe was zu essen gefordert; worauf sie, in Gesellschaft mit dem Lieut. *Struvsenfeld* und *Händr. Plomgren* und Baron *Hjerpe*, in ihrem Zimmer zusammen soupirte; wobei Pechl., one mit *Bjelke* zu sprechen, mit im Zimmer gewesen, aber beim Ofen gesessen, und gebratene Äpfel gegessen. Sie, die überhaupt die Mascaraden liebe, und den ganzen Winter noch auf keiner gewesen wäre, habe, wie die auf den 16 März bestimmt gewesen, den Gen. Maj. um Erlaubnis gebeten, hinfahren zu dürfen; dieser habe zwar anfangs gesagt, es sei nicht nöthig, habe endlich aber doch eingewilligt: sie habe sich also dahin begeben; wiewol sie dadurch ganz gegen des Gen. Maj. Willen gehandelt hätte. Bei ihrer Rückkunft sey sie gleich zu ihm hineingegangen, der, wie sie an die Thür gepocht, aufgestanden, und ihr aufgenischt; worauf sie ihm den unglücklichen Vorfall erzählt, der sich mit dem Könige auf der Mascarade ereignet; wobei er so bestürzt und erschrocken geworden, daß er von ihr Thee verlangt habe. Wer des Nachts an das Thor gepocht, wisse sie nicht; nur gehört habe sie, daß der Stallmeister *Bruse* unter andern die Schelle angezogen; mit Gewißheit aber glaube sie sagen

zu können, daß keiner zum Gen.Maj. hineingekommen, sei.

6. Dem Bedienten Lönngren, der 22 Jare beim Gen. Maj. gedient, wurde sein hierüber schon an die Obers-Statthalterei abgegebener Bericht vorgelesen, den er anerkannte, und anführte: während desselb, da sein Herr auf dem RTag in Gasse gewesen, habe er gesehen, daß der Gr. Ribbing, Maj. Staël von Holstein, Bar. Herwelin, Bjelke, Cänzl R. v. Engeström, und bisweilen Gr. Krabe, mit seinem Herrn Umgang gehabt; den Ankarström aber kenne er nicht, und wisse nicht, ob derselbe je seinem Herrn eine Visite gemacht. Nach dem RTag habe er wol mehrere Fremde bei dem Gen.Maj. gesehen, aber keinen von ihnen gekannt, als Ribbing, Bjelke, und Cänzl R. v. Engeström. Der erste, Ribbing, habe einmal bei Paubl. zu Mittag geipist. Wer den 10 März da zu Mittag gegessen, wisse er nicht: denn gewöhnlich dürfe kein Domejst beim Essen zugegen seyn, außer dem Jungen Åberg, dem ein andermal geklingelt würde, um die Teller wegzunehmen. Abends um 8 Ur, wie er Zeuge Bier in der Igfr. Pettersson Zimmer gebracht, habe er gesehen, daß Bjelke nebst Strömsfeld, Pomgren und Hjerta, da gewesen; letztere hätten nachher in diesem Zimmer soupiert; ob auch Bjelke da geblieben, wisse er nicht. Da er am Tor warten müssen, bis die Igfr. von der Mascarade nach Hause gekommen, so könne er melden, daß in der Nacht Viele am Tor geschellt hätten, und einer von denselben, etwa um 12 Ur, hereingekommen sei. Dieser, lang und schmal von Wuchs, in einem blauen Särkout, den er hoch hinauf vor das Gesicht gezogen, sei mit niedergesenktem Kopf bis zur Eis Thür hinaufgelaufen, an der der Schlüssel abgezogen gewesen; und wie er nicht, wie er gewollt, mit dem Gen.Maj. sprechen können, sei er in eben der Stellung, wie er hereingelaufen, zurückgegangen, ohne daß ihn Zeuge erkennen gekonnt. Befragt, äußerte er: nach der Beschreibung, die er kurz vorher von Lallhorn bekommen, habe er geglaubt, dieser unbekannte Mann wäre er vielleicht gewesen; doch nähern Bescheid könne er nicht darüber geben, weil er ihn nicht kenne, auch in der Eile auf den Unbekannten nicht genug Achtung gegeben habe. Von allen denen,

die in bemeldter Nacht vorgekommen, und mit *Pechlin* sprechen gewollt, aber nicht eingelassen worden, habe sich bloß der *Stallmeister Brust* genannt, welcher dabei zugleich gemeldet, er habe wegen etwas, das mit einem Reisenden weggeschickt werden sollte, notwendig mit *Prebl.* zu sprechen; den andern Morgen um 8. Ur habe er sich auch bei ihm eingefunden, und wie et da ihn Zeugen angetroffen, habe er gesagt: es war gut, daß ich in der Nacht in der Lage, wie sie damals war, nicht einkam.

7. *Baron Hjerta*, SchwesterSohn von *Pechlins* verstorbener Frau, antwortet unvereidelt auf die ihm vorgelegte Fragen: im Jänner dieses Jars habe er den *Gr. Ribbing* 1 oder 2mal bei *Pechlin* gesehen; er, als in der tgl. Kanzlei angestellt, kenne deswegen den *Canzl. R. v. Engeström*, als seinen Oberen, sehr wol. Mit demselben, so wie auch mit *Liljeh. Ribb. Ebrmsv. Strussenfelt* und *Plomgren*, habe er den 16 März zu Mittag gespeist; außer diesen wären noch 2 andre da gewesen, die er nicht gekannt, die aber, wie ihm Einer aus der Gesellschaft gesagt, *Bjelke* und der Copist *Liljestråls* gewesen. Ungefähr um 1 Ur an bemeldtem Tag sei er, *Hjerta*, zu *Pechlin* gekommen, und habe ihn gefragt, ob dessen *Wetter*, der *Händl. Plomgren*, zu Haus sei? Wie man gesagt, derselbe wäre in seinem Zimmer, sei er hingegangen, und bis 2 Ur, da das Essen fertig gewesen, da geblieben. Nach Tische, und nachdem in *Pechlins* Zimmer Kaffe getrunken worden, sei er zur *Jöfr. Potterson* gegangen. Er habe nicht gesehen, daß Einige von der Gesellschaft allein unter sich gesprochen hätten; sondern die Unterredung sei nur über indifferente Dinge, und darunter, wie er sich besinne, aber einige an dem Tage in das *Dagligt Allahanda* eingerückte Verse, gewesen. Kein Papiir habe er in *Engeströms* Hand gesehen. Auch könne er nicht mit Gewißheit angeben, ob an dem Tage *Bjelke* zu Abend bei *Pechlin* gegessen. Uebrigens erklärte er, sein bei der *OberStatthalterei* vorhin abgegebener Bericht sei nicht vor ihm justirt worden, folglich könne er nicht unbedingt anerkennen, was darin vielleicht auf seine Rechnung eingeführt worden.

Noch wurde, in Gegenwart des wieder zurückgebrachten *Pechlins*, auf Verlangen des *Fiscals*, endlich abgehört, *Jöfr.*

zu können, daß keiner zum Gen.Maj. hineingekommen, sei.

6. Dem Bedienten Lönngren, der 22 Jare beim Gen. Maj. gedient, wurde sein hierüber schon an die Obers. Statthalterei abgegebener Bericht vorgelesen, den er an, erkannte, und anfügte: während dessent, da sein Herr auf dem RTag in Gsfe gewesen, habe er gesehen, daß der Gr. Ribbing, Maj. Stael von Holstein, Bar. Herwelin, Bjelke, Cansl R. v. Engeström, und bisweilen Gr. Brabe, mit seinem Herrn Umgang gehabt; den Ankarström aber kenne er nicht, und wisse nicht, ob derselbe je seinem Herrn eine Visite gemacht. Noch dem RTag habe er wol mehrere Fremde bei dem Gen.Maj. gesehen, aber keinen von ihnen gekannt, als Ribbing, Bjelke, und Cansl R. v. Engeström. Der erste, Ribbing, habe einmal bei Pabl. zu Mittag gespeist. Wer den 10 März da zu Mittag gegessen, wisse er nicht: denn gewöhnlich dürfe kein Domestik beim Essen zugegen seyn, außer dem Jungen Åberg, dem ein und andermal geklingelt würde, um die Teller wegzunehmen. Abends um 8 Ur, wie er Zeuge Bier in der Jgfr. Pettersson Zimmer gebracht, habe er gesehen, daß Bjelke nebst Strusswels, Pömgren und Hjerta, da gewesen; letztere hätten nachher in diesem Zimmer soupiert; ob auch Bjelke da geblieben, wisse er nicht. Da er am Tor warten mußten, bis die Jgfr. von der Mascarade nach Hause gekommen, so könne er melden, daß in der Nacht Viele am Tor geschellt hätten, und einer von denselben, etwa um 12 Ur, hereingekommen sei. Dieser, lang und schmal von Wuchs, in einem blauen Särkout, den er hoch hinauf vor das Gesicht gezogen, sei mit niedersenktem Kopf bis zur Eisdür hinaufgelaufen, an der der Schlüssel abgezogen gewesen; und wie er nicht, wie er gewollt, mit dem Gen.Maj. sprechen können, sei er in eben der Stellung, wie er hereingelaufen, zurückgegangen, ohne daß ihn Zeuge erkennen gekonnt. Befragt, äußerte er: nach der Beschreibung, die er kurz vorher von Lallhorn bekommen, habe er geglaubt, dieser unbekante Mann wäre er vielleicht gewesen; doch nähern Bescheid könne er nicht darüber geben, weil er ihn nicht kenne, auch in der Eile auf den Unbekannten nicht genug Achtung gegeben habe. Von allen dreien,

## Nachschrift.

Das große lesende Publicum scheint dermalen keine Zeit mehr zu haben, von dem schwedischen KönigsMord Notiz zu nehmen: es ist zu sehr mit dem französischen noch scheuslicheren KönigsMord, samt dessen weit wichtigeren Folgen, beschäftigt.

Über dem Geschicht- und StatsGelehrten bleibt jener immer interessant: er fodert fürs erste Acten darüber; und dies um so begieriger, weil sich so viel falsche Nachrichten darüber im Drucke zu verbreiten anfangen.

Die HauptActe enthält das Protocoll beim HofGericht, welches ich jezo, auf 72½ Quartbogen in schwedischer Sprache gedruckt, vor mir habe. Die Bekännnisse der HauptVerbrecher sind nunmehr in diesen StatsAnzeigen, wörtlich übersezt, nur eine die ProtocollsWeitläufigkeit, geliefert, nämlich vom Obr. Lieut. Lilljeborn, den Grafen Ribbing und Horn, Lieut. Ehrensvärd, Maj. Hartmannsdorff, Baron Bjelke, im 68ten Heft, und von den Brüdern Camil. R. und Secretär v. Engeström, und Gen. Maj. Pechlin, in diesem 7ten Heft.

Die Aussagen der übrigen Mitschuldigen oder doch Mitwissenden sind minder wichtig. Um den Leser in den Stand zu setzen, den ganzen Gang der großen Untersuchung beim HofGerichte zu beurtheilen, habe ich schon (Heft 68, 493-524) mit einem Chronologischen Auszug aus dem Protocoll von S. 1--103 den Anfang gemacht. Dieser Auszug soll in den folgenden Heften, jedoch Stückweise, um Ermüdung zu verhüten, fortgesetzt; und auf diese Weise nach und nach etwas Vollständiges geliefert werden.

Die Annäherung der Messe nötigt mich, die ActenStücke über die musterhaft sanfte Revolution, die sich unlängst in Schweden ereignet hat, — musterhaft sowol für die eine Partei, die die Revolution gemacht, als für die andere, die, weil sie evident unrecht hatte, der Reformation schuldigst und vernünftig nachgegeben hat — samt andern erheblichen Communicatis, in das nächste Heft zu versparen.

15. Apr. 1793.

A. L. G.

Schlözer's  
Stats-Anzeigen.

Heft 70.

XVIII. Band.

Göttingen  
bei Ruprecht  
1793.

April.

# Inhalt.

Heft LXX.

Schwedische KönigsMörder, Fortsetzung von  
Heft LXVIII:

19. Bekännnisse des CansleiRats Jac. von Engeström 146

20. Unglaubliche Behauptung des Adels in Lippo: Dess  
mold, noch im Dec. 1792! daß er, seiner Creuer-  
Freiheit wegen, zum ReichsKrieg nichts beitragen  
dürfte 146

Wie steht dagegen nicht der jetzige Hildesheimis-  
sche Adel, zu seiner waren Ehre, ab!

21. Bekännnisse des Secret. Joh. von Engeström 173

22. Briefe und Nachen, von einem Augenzeugen, über  
die häufigen Vorfälle vom 5 Febr. bis 3 März d. J. 197

23. Räumungen des 72jährigen Gen. Maj. Puchlin 216

Nachschrift. Anzeige, was künftig in diesen  
StaatsAnzeigen, von dem schwed. KönigsMord,  
Actenmäßig, miemol nur Auszugsweise, aus dem  
72 Quartbogen starken gedruckten Protocoll des  
HofGerichts, geliefert werden soll 242

Die Acten über den franzöf. KönigsMord, über-  
lasse ich dem histor. polit. Magazin, wo bereits  
damit ein genugtuender Anfang gemacht worden ist.

## AVERTISSEMENTS.

Göttingen, bei Ruprecht. 1784. NewJarsBeschreibg aus  
Westfalen: Geschichte des SchneiderKönigs Bockbold in  
Münster 1535, 146 S. in 12. — Ebenfalls 1786, Ge-  
schichte aus OberSachsen, von dem schwärmerischen Pfarrer  
Manzer in Thüringen 1525. Beide Büchlein, die schon  
vor Jahren, von 2 verschiedenen Verfassern, bloß für Kinder  
geschrieben worden, gewären jezo vielleicht auch Erwachsenen  
eine belerende Lectur. Die Knipperdölinge unser Tage in  
Paris, Mainz u., sind den alten in Münster und Mülhau-  
sen gar frappant ähnlich. Nur die Terminologie ist bei letz-  
ten verschieden. Den neuen Eid nicht schwören wollen, hieß  
damals, sich nicht umtaufen lassen wollen; Gleichheit und  
Freiheit einführen, nannte man damals deutlicher, alle todte  
schlagen, die keine Gemeinschaft der Güter zulassen wollen;  
Alte

Klöster und andre Reiche plündern, hieß, das Reich Christi aufzurichten u. s. w.

Frankfurt und Leipzig, 1791. Theologisch-statistisches Versuch über die kirchliche Gewalt auf die EheSachen in den katholischen Staaten. 1ter Teil, Untersuchung der kirchlichen Ansprüche in Beziehung auf die Hindernisse der Ehe. Von *Palaeophila*, einem Verehrer der alten Kirche, gr. 8, 584 S. 1ter Teil . . . in Beziehung auf die Unauflöslichkeit der Ehe, 331. Ein grundgelehrter Mann zeigt hier, mit erstaunlicher Belesenheit, was KirchenVäter, einzeln und in Concilien, über das EheWesen, das sie gar nichts anging, raisonnirt, oder vielmehr deraisonnirt haben.

Halle, bei *Hammerde & C.* Geschichte der wichtigsten geographischen Entdeckungen bis zur Ankunft der Portugiesen in Japan, von Hrn. Prof. *Sprunzel* in Halle. Zweite [sehr] vermehrte Auflage, 1792, 8, 420 S., außer dem übersaus brauchbaren Register. (Die erste Auflage vom J. 1783, hatte nur 106 S.). Welcher Reichtum von wichtigen versteckten Nachrichten! welche Kunst in der Darstellung und Anordnung derselben!

à *Ratisbonne*, 1793. *La vie & le martyre de Louis XVI* . . . immolé le 21 Janv. 1793. avec un *Examen du Decret regicide*. Par M. de *Limon*. 4, 78 S. Mit Wärme und Wahrheit geschrieben, vorzüglich das *Examen* p. 61 — 76, wo 24 *prévarications*, oder grobe Widersprüche der Procédur mit der beschworenen Constitution, anschaulich gemacht werden. Wäre nur nicht der Verteidiger des Schuldlosen aller Könige, zugleich p. 34 LobRedner des C. d' A. . . geworden!

Hamburg, bei *Bohn*, 1793. Nachricht von dem Zweck, der Einrichtung, und dem Fortgang, des im J. 1791 von der Hamburgschen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe veranlaßten unentgeltlichen LehrVortrags für junge Handwerker, Künstler, und Fabrikanten. Nebst einigen allgemeinen Reflexionen über die Bildung des Handwerksstandes. Von Joh. Arnold *Günther*. . . Aus dem 2ten Band der Verhandlungen der Gesellschaft besonders gedruckt. 3, 52 S. Wir Deutsche zum Teil, konnten bisher nur die Gesellschaft von der Art in London an; und wenige wußten, daß gerade eine solche Gesellschaft auch in unserm Hamburg existire, wo ebenfalls, wie dort, sich die hiezu unumgänglich nöthigen 3 *Requisiten*, 1. Patriotismus, 2. Aufklärung, und 3. Geld, vereint finden,



**Göttingen, bei Ruprecht, 1793.** Vorbereitung zur Waarenkunde, oder zur Kenntniß des vornehmsten ausländischen Waren. Von Hrn. Rat und Prof. der Oekonomie Beckmann. Erstes Stück (von Baumwolle, Schildpat, Handstöcken, Soya, Rappern, Gelbholz, Lusch, und Coloquintiden), 8, 144 S. Ein interessantes Phänomen für die Literatur, wenn ein Mann von demselben Fleiß, und Salmasischer Belesenheit, mit der Göttingischen Bibliothek zusammenrifft.

**Frankfurt, bei Varrentrapp Sr., 1792.** Die Herkunft des deutschen Königs Conrads I aus dem Welfischen Stamm. Von Hrn. ConsistorialRat Wenck in Darmstadt. 4, 55 S.

**Lübeck, bei Donatius, 1792.** Frankreichs Handlungsbilanz . . . besonders von 1714 bis 1788, von Arnould, Sousdirecteur du Bureau de la Balance du Commerce: 8, 2 Bändgen, von 238 und 196 S. Die franzöf. Urschrift (warum ist sie nicht genannt?), Paris, 8, 1791, ist von 335 und 304 Seiten. — Auch als bermalige Antiquitäten haben diese Untersuchungen einen entschiedenen Werth. Sie harmoniren sehr mit den ehemaligen Angaben des Austrasiens.

**Mitau, 28 Febr. 1793.** Hr. Joh. Magd. Wehr, kgl. Notar. publ., will auf seine Kosten, bei Unger in Vesseln, mit Didotschen Lettern, drucken lassen: *Thomus Hjörne* *Abt*, *Liv.* und *Leutländische Geschichte*, bis zum J. 1609, 2 QuartBände. Subscription 1½ Ducaten (Wiel zu teuer! Alte Chroniken müssen so wolfeil als möglich, also nicht mit Didotschen Lettern, geklestert werden). — Mit Subscribentensammeln geh ich mich bekanntlich niemals ab. 8.

**Braunschweig, in der SchulBuchhandlung, 1792.** Statistische Beschreibung der Besizungen der Holländer in Amerika; von Hrn. Prof. Lüdov. Kestler Teil (von Sardinien, dieser überaus wichtigen Colonie, die 25000 Menschen im Mutterlande nährt). 8, 230 S.

**Stockholm, gedr. bei Nordström, 1792.** Repertorium *Benzelianum* . . . Verzeichniß der Msce und Briefe, aus der Verlassenschaft des ErzBischofs *Benzelii* jun., die ich in der Bibliothek zu Linsöping find: in schwedischer Sprache, von Hrn. Lidén. 8, 224 S. one das Register.

**Stensburg, in der Kortsschen Buchhandlung 1793.** Skizze des Charakters des KronPrinzen von Dänemark . . . 3 Briefe aus dem Englischen übersetzt von D. Reinhard, PrivatDocenten in Göttingen. 8, 243 S.

A. L. Schlözer's  
**Stats-Anzeigen.**  
 Heft LXXI.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

24.

Beweis, daß die königl. Preussische allgemeine  
**Wittwen-Verpflegungs-Anstalt**, in den nächsten 7  
 oder höchstens 10 Jahren, Bankerut  
 machen müsse:

von Hrn. J. A. Krieger,  
 Senator und Cammerer in Göttingen.

Das "Patent und Reglement erstbemelbter Wittwen-  
 Verpflegungs-Anstalt, d. d. Berlin, 28 Dec. 1775;  
 erschien gedruckt in 4, samt den Tabellen, auf 6 Bögen.  
 Einer der vornehmsten Urheber dieser Anstalt übersandte da-  
 von ein Exemplar an mich; um mein Gutachten einzuho-  
 len. Dieses erfolgte auch, und wurde im J. 1776. in  
 meiner "Sammlung zur Aufsätze über die Preussische,  
 Calenbergische, und Dänische Wittwen-Pflegschaft;  
 S. 5—16, in Hamburg abgedruckt. Das Resultat die-  
 ser Schrift, lief dahinaus, daß dieses Institut unmöglich  
 lange Jahre bestehen könnte, weil die Kurmärkische Land-  
 schaft, und die General-Bank zu Berlin, welche unter  
 höchster Erlaubnis und Genemigung des Königes, die  
 Garantie geleistet hat, von einem jeden 100 Interessens-  
 ten, einen Schaden von  $\frac{1}{2}$  Tonneu Goldes haben wür-  
 de; so daß, wenn nach und nach 6000 Interessenten auf-  
 genommen würden, der Schaden auf  $4\frac{1}{2}$  Millionen  
 steigen könnte.

StatsAnz. XVII: 71.

X

Dec

Der Beweis davon ist *loc. cit.* S. 7—10 enthalten. Hierauf folgt eine scharfe mathematische Berechnung, die die vorhergegangne, nach einem scharfen Ueberschlag gemachte Rechnung, genau bestätigt. Nun ist es zwar ein kleiner Vortell für die Berlinische Casse, daß die Wittwen, die in dem 18ten Jar nach dem Eintritt entstehen, keine Pension bekommen: aber dagegen haben die neuesten Erfahrungen gezeigt, daß die Frauen ein par Jare länger leben, als Männer von gleichem Alter, wodurch die Wittwen Jare verlängert werden.

Der Erfolg von dieser Warnung war folgender. Man antwortete auf mein verlangtes Gutachten gar nicht, sondern fur fort, den einmal gedruckten und in ganz Deutschland publicirten Plan einzuführen: und vom 1 April 1776 waren etwa 800 Mitglieder angetreten, so daß den 1 Oct. 1792 schon 2756 Mitglieder und 370 Wittwen vorhanden waren. Wenn man nun die in 16 Jaren gestorbenen, oder als Wittwer herausgetretenen Männer, dazu rechnet: so mögen leicht 4000 Männer in diesen 16 Jaren aufgenommen seyn. Und wenn die Societät, noch 5 Jare fort, jährlich 400 Recruten dazu nimmt: so kommen die 6000 aufgenommenen Männer heraus, worauf ich einen Schaden von  $4\frac{1}{2}$  Mill. berechnete. Ob nun die Landschaft diesen Schaden übernehmen, oder die *exceptionem erroris* \* und *lætionis ultra dimidium* anwenden werde, das wird die Zeit leren.

Indessen ist mir ein Aufsat A. von einem Mitgliede der Berlinischen Societät mitgeteilt, welcher eine Rechnung enthält, wodurch die Bestandbarkeit dieser Casse erwiesen

---

\* "Mohammed sah einst im prophetischen Geist seine Nachfolger in der Regierung vor sich; unter andern erblickte er den Moavija, und brach darüber in den Seufzer aus: O Gott, lere den Moavija schreiben und rechnen!"  
Abbt vom Verdienst. S. 357. S.

wlesen werden soll; und ich habe. darauf B. geantwortet.  
Beide Aufsätze folgen hiernächst.

Wie schwer es aber halte, unangenehme Warbeiten zu glauben; davon zeugt das neue *Reglement* zu einer allgemeinen *Officiers WittwenCasse* für die ganze Preussische Armee, welche also wol 3000 Mitglieder haben wird, und genau nach dem Fus der Berlinischen *Casse* eingerichtet ist.

A. Eines Mitgenossen der Berlinischen Wittwens *Casse* Versuch eines Beweises, daß dieselbe bestehen könne.

Man stelle für das erste nur eine Rechnung auf 100 Männer an, die beständig vollzählig gehalten werden, und im Durchschnitt 38, und ihre Frauen 30 Jahre alt sind, und die ein Antrittsgeld zu 112  $\text{rL}$  deponiren, welches aber bei der Trennung der Ehe zurückgegeben wird. Daneben bezahlen sie alle halbe Jahre auf 100  $\text{rL}$  Pension, Beitrag zu  $4\frac{1}{2}$   $\text{rL}$ .

## Einnahme.

1ster Termin, den 1 April 1776  $\text{rL}$   
100 Personen à 112  $\text{rL}$  Antrittsgeld — 11200  
Halbjähriger Beitrag à  $4\frac{1}{2}$   $\text{rL}$  — — 425

11625

Termin	Zinsen zu 4 proC.	Beitrag		
I		425	XII	von 19099 382 125
II	von 11625 $\text{rL}$ 465	425	XIII	19906 398 425
III	von 12515 — 250	425	XIV	20729 414 425
IV	13190 263	425	XV	21568 431 425
V	13878 277	425	XVI	22424 448 125
VI	14580 291	425	XVII	23297 466 425
VII	15296 306	425	XVIII	24189 483 126
VIII	16027 320	425	XIX	25098 502 126
IX	16772 335	425	XX	26026 520 126
X	17532 351	425	XXI	26972 539 426
XI	18398 366	425		

tut auf 100 Genossen 16737  $\text{Rthlr.}$

R 2

Wtr

Wir wollen es aber auf 2000 Genossen setzen  
und mit 20 multipliren:

also Summa — 34740  $\text{rL}$ .

Aufgabe dagegen auf die Wittwen von

100 Genossen:			
VIIter Termin	300 $\text{rL}$	XVter Termin	1500
IXter —	600	XVIIter —	1800
XIter —	900	XIXter —	2100
XIIIter —	1200	XXter —	2400
<hr/>			
10800			

Also auf 2000 Genossen, mit 20 multiplirt

Summa 216.00  $\text{rL}$ .

NB. Im 3ten Termin, den 1 Oct. 1792 waren  
Interessenten — — 2756  
und Wittwen 370.

### B. Meine Antwort.

Zur Widerlegung dieser Rechnung sehe man den  
"Plan der neuen Einrichtung und Verbesserung der  
Bremischen WittwenPflegschaft (zu haben in Bre-  
men bei dem OberPostmeister *Anthony*, für 6 Mgr.), nach.  
Die alte Einrichtung derselben, die im J. 1756 anfing,  
war weit besser als die Berlinische. Denn ein Mann  
bezahlte auf 100  $\text{rL}$  Pension, ein Antrittsgeld von 100  
 $\text{rL}$ , welches niemals zurückgegeben wurde, und außerdem  
einen jährlichen Beitrag von 15  $\text{rL}$ . Dem ungeachtet  
konnte die Casse nicht bestehen, und mußte die Pensionen  
auf die Hälfte setzen, nachdem sie 24 Jahre bestanden hatte.  
Wie will denn die Berlinische Casse in die Länge beste-  
hen, da sie die 100  $\text{rL}$  Antrittsgeld, bei der Trennung  
der Ehe, wieder zurückgibt, und nur die Zinsen zu 4 proC.  
genießt? Außerdem bedünkt sie noch an Beitrag jährlich  
8  $\text{rL}$ . Es ist also eben so gut, als wenn ein Interessent  
gar

gar kein Antrittsgeld, sondern nur jährlich 12  $\mathcal{R}$  Beitrag, bezalle.

Daß die Berlin'sche Ges. - Schaft sich in 16 Jaren, von den anfänglichen 800, bis auf 2756 Männer vermehrt hat, welche erst 370 Wittwen zu ernähren haben: das wird keinen vernünftigen Mann blenden. In der Calenberg'schen Societät ging es eben so, und sie mußte doch nach 16 Jaren über den Haufen geworfen, und eine neue Einrichtung nach meinen Berechnungen gemacht werden. Die Calenberg'sche Gesellschaft fing 1766 mit 1400 Männern an, und vermehrte sich in 16 Jaren auf 3800; und an Wittwen waren vorhanden 750, weil viel fer alte über 60. bis 80jährige Männer hineinkamen.

Die Berlin'sche Gesellschaft ist von 800 Männern auf 2700 gestiegen, und die alten über 60jährigen sind völlig ausgeschlossen. Die Zahl der Wittwen konnte also verhältnismäßig nicht so steigen, wie in der Calenberg'schen Gesellschaft, und sie hatte nach 16 Jaren erst 370 Wittwen. Dem ungeachtet muß sie nach 7, höchstens 10 Jaren, zu Grunde gehen, weil die Männer nur den 3ten Theil so viel an Beitrag bezalen, als sie nach meinen Berechnungen, die von den größten Mathematikern approbirt worden sind, bezalen müßten.

Dieses wird den Hrn. Verfasser der vorstehenden Rechnung wol schwerlich beruhigen. Ich will ihm also näher treten.

Die Hinsässigkeit der Berlin'schen WittwenCasse kan noch auf eine andre Art erwiesen werden. Der Hr. Verfasser hat dieselbe bis zum XXIsten Termin oder halben Jir der Berliner Casse fortgeführt, und hat die sämtliche Einname an Zinsen und Zinseszinsen, von den Beiträgen und deponirten Antrittsgeldern, auf 2000 beständige Mitglieder herausgerechnet, auf — 334740  $\mathcal{R}$ .

Gagegen hat er, bis zum XXIsten Termin, für die Wittwen Pensionen in Ausgabe gebracht — 216000  $\mathcal{R}$ .

Es würde also im XXIIsten Termin das erübriggte Capital seyn ————— 118470  $\text{rL}$

Und bis dahin steht die Casse vortreflich. Nun wollen wir der Rechnung des Hrn. Verf. pünktlich folgen, und noch XXI Termine weiter gehen. Es würde also an die Witwen bezalt werden müssen, wenn 100 Genossen wären:

Im Termin $\text{rL}$	In Termin $\text{rL}$
XXIII 2700	XXXV 4500
XXV 3000	XXXVII 4800
XXVII 3300	XXXIX 5100
XXIX 3600	XLI 5400
XXXI 3900	XLIII 7500
XXXIII 4200	46200 $\text{rL}$ .

Aber weil 2000 Genossen sind, so wird mit 20 multiplicirt

Summa 924000  $\text{rL}$ .

Dünkt dieses dem Hrn. Verf. zu viel, so neme er nur 504000  $\text{rL}$  an, welches fast nur die Hälfte ist.

Die Einname dagegen würde seyn, 1. der Ueberschuß von den ersten XXI Terminen — 118470  $\text{rL}$ , und Zinsen davon bis zum XLIIIsten Termin — 500000  $\text{rL}$ . 2. Ferner abermals von den folgenden XXI Terminen, die Einname nach des Hrn. Verf. eigener Rechnung

334740  $\text{rL}$ .

Summa Einname 503210  $\text{rL}$ .

Dagegen soll die Ausgabe schon bis an den XLIIIsten Termin seyn —————

924000 —

Es kömmt also die Casse in diesen abemaligen XXI Terminen zu kurz auf

420790  $\text{rL}$ .

Wenn ich auch das Aeußerste zugeben wollte, daß dieser Zuschuß wegfallen, und die Ausgabe mit der Einname gleich seyn würde: so wäre doch im XLIIIsten Termin, also nach 5 Jaren, kein Capital mer vorhanden, von dessen

dessen Pfaffen man die immer stärker anwachsende Zahl der Wittwen befriedigen könnte.

Ich habe in meinen Schriften erwiesen, daß in der Folge die Zahl der Wittwen gegen 2000 Genossen, die immer completirt werden, endlich auf 1000 steigen wird, welche jährlich 100000  $\text{rL}$  Pension haben wollen: also alle halbe Jare — — — 50000  $\text{rL}$ .

Dagegen ist die Einnahme alle halbe Jare

1. an Beiträgen von 2000 Genossen à  $4\frac{1}{2}$   $\text{rL}$

8500  $\text{rL}$

2. an Zinsen des deponirten Capitals der 2000 Mitglieder à 112  $\text{rL}$ . Zut 224000  $\text{rL}$ , zu 4 proC. tut halbjährlich — — — 4480 —

Summa 12980  $\text{rL}$ .

Wovon nur 260 Wittwen pensionirt werden können. Dagegen wollen 1000 Wittwen alle halbe Jare — 50000  $\text{rL}$  haben. Es müßte also die Cassé alle halbe Jare — 37000  $\text{rL}$  zuschleßen, da sie, wie ich schon gemeldet, im XLIIsten Termin — 420790  $\text{rL}$  zuschleßen müßte. Geschiehet dieses nicht, so müßte die Societät ihre Beiträge fast doppelt bezahlen. Dieses wird sie aber wol bleiben lassen, und nach 7 bis 10 Jaren wird der Umsturz vor Augen liegen.

Göttingen, 24 Apr. 1795.

J. A. Ritter.

25.

Lüneburg, 2 Jan. 1793.

I. Die Viertmäner in Balle, an die Lüneburgsche Landschaft: übergeben den 8 Decbr. 1792.

. . . Wir nahen uns Ihm, dem besten Könige, dem Oberhaupt seiner großen Familie, durch Sie, die berufen sind, ihm die Angelegenheiten seines großen Haushaltes vorzutragen. Vortreffliche Minister des Königes wer-

N 4

den



den mit Ihnen gemeinschaftlich das, was *Georgs Volks* auf dem Herzen liegt, beherzigen, und zur Erfüllung unserer Bitten und Wünsche edelmüthig mitwirken. . . . Bedenke, patriotische Minister und Landstände, erwarten nun den Augenblick, wo sie als Organ des Volks die Wünsche und Bitten desselben vor den Thron bringen können.

. . . Die Sitten der Menschen ändern sich mit der Zeit, selbst nach dem Plan der Vorsehung von der Erziehung des MenschenGeschlechts: und sollen gute weise Gesetze sich auf die Sitten gründen, so folgt notwendig, daß sich jene von Zeit zu Zeit mit diesen ändern müssen. Unveränderlichkeit in menschlichen Gesetzen, sie seien Stats- oder PrivatGesetze, ist ein Widerspruch: nur die Gesetze der Natur sind unveränderlich. Auch in unserm Lande, dünkt uns, sei die Menschheit zu einer solchen Periode gekommen, wo manches des alten Hergebrachten nicht mehr paßt: Privilegirte; Er. müssen jetzt cessiren, weil ihr in alten Einrichtungen liegender Grund, schon längst weggefallen ist. Was ist diesem gemäßer, als jetzt, wo der Stat sich selbst schützt, alle Freiheiten von den Statskosten in Ansehung derer aufhören zu lassen, welche vielleicht ehemals unmittelbar den Stat schützten?

Künftig ist die Gerechtigkeitsliebe, welche dieses schon in Ansehung einiger Punkte des SteuerSystems ausgeführt hat. Legen Sie nun, erhabene VolksRepräsentanten, die letzte Hand an dieses große Werk; heben Sie allen Unterschied, alle Vorzüge im SteuerSystem, auf; machen Sie alles gleich: nur das sei inskünftige der Unterscheid, daß der StatsBürger, welcher viel besitzt, auch für den merern Schutz, welchen ihm der Stat für sein mereres Eigentum gewärt, mer zu den Kosten des Stats beitrage; daß also jeder proportionirt, nach den Regeln der distributiven Gerechtigkeit, die Last des Stats trage!

Der Geist, welcher überall in der StatsVerwaltung dieses Landes herrscht, ist Liebe zu jedem der Einwohner dessel.

selben. Wo ist der Fürst, welcher es *Georgs Vaterherzen* zuvordrte? Wo ist ein Land, worin alle Diener der öffentlichen Verwaltung mit dem Geist des Landes Herrn ausdrückten, als bei uns? Nur noch dieses, was Deutschlands größter Kaiser *Leopold II.*, auch der Vater seiner *Florentiner*, in seiner öffentlich abgelegten Rechenschaft anpreist:

“Das einzig wirksame Mittel, das Vertrauen des Volks, in welcher Regierungsform es auch sei, zu erhalten oder zu befestigen, ist, jedes *Individuum* in den Stand zu setzen, sich von den Ursachen der Verfügungen unterrichten zu können, und mit möglichster Klarheit, und ohne allen Rückhalt, von der Verwendung der Abgaben öffentlich Rechenschaft abzulegen”.

Nur noch eine den jetzigen Zeiten angemessenere *Repräsentation* derjenigen Classen von *Statsbürgern*, welche sowohl zum Schutz als der Unterhaltung des *Stats* das meiste beitragen! und alles wird Ein Herz und Eine Seele seyn.

. . . . Wir sind mit größtem Respekt, *Exor. Excellenzen*, *Hochwol.* und *Wolgeborn* x. x.

## II. Antwort der Landschaft auf vorstehende Vorstellung der ViertMänner.

. . . Diese Vorstellung kan überhaupt, sofern sie Anträge enthält, welche auf Vernichtung von einer oder der andern in *Recessen* und *Herkommen* gegründeten *Gerechtfame* abzielen, nicht durch das *Landschaftl. Collegium* an den *Rödig* gelangen, weil die *perpetuwillichen* Mitglieder desselben es in ihrem *DienstEide* übernommen haben, die *Privilegien* aller *Stände* aufrecht zu erhalten, diese auch bei jedesmaligem *RegirungsAntritt* der *LandesHerrschaft* ausdrücklich bestätigt werden; folglich ein *Gesuch*, das solchem *Eide* und den *LandesReversalien* entgegen liefe, ohne vorgängige ausdrückliche *Wergicht* derer, welche hiebei *interfirt* sind, zu *Eingriffen* leiten würde, die so gut den *Städtischen* als andern *Privilegien* nachtheilig werden könnten.

## Anlangend aber Insonderheit

I. die gewünschte Aufhebung der Freiheit von Abgaben, welche der Adel, mit andern Teilnehmern, bislang genossen: so darf das Landschaftl. Collegium, anerachtet die Neigung des Adels, durch freiwillig übernommene Beiträge, die öffentlichen Cassen der übrigen Stände erleichtern zu helfen, sich immer in zunehmendem Wachstum gezeigt hat, dennoch derselben überall nicht darunter vorgreifen, ähnlichen oder erweiterten Beweisen ihrer patriotischen Denkmalsart Mas und Ziel zu setzen: vielmehr muß die Erledigung dieses Gegenstandes, bis zu einem ohnehin nahe bevorstehenden, allgemeinen LandTag verschoben bleiben. Betreffend

II. die desiderirte Publicität der Landschaftl. Rechnungen, so erachtet man es zwar nicht für zulässig (?), daß jedem einzelnen Contribuenten umständliche Rechenschaft von allem der landschaftl. Administration anvertrauten Hebungen abgelegt werde, für deren gerechte Verwendung, nicht bloß die Pflichten der Repräsentanten, sondern auch die unmittelbare Aufsicht der königl. Landes-Regierung, beruhigende Sicherheit billig gewären sollte. Gleichwol ist man auch weit davon entfernt, den Zustand der Cassen als ein Geheimniß zu verbergen. Und wie daher, schon seit mehreren Jahren, die Deputirte der Stifter und Städte zur Abnahme der SteuerRegister mit zugezogen sind, auch auf dem letzten allgemeinen LandTage, detaillirte Nachrichten von dem CassenBestand vorgelegt worden: so werden den VierMännern der hiesigen Stadt gerne RechnungsNotizen geodnnet, welche die Verwendung der Intraden erläutern, nebst demjenigen, was zur Aufklärung über den Anlaß und Zweck der verordneten Abgaben dient: weshalb sie sich an die den LandTag besuchende Deputirte der Stadt zu wenden haben, welche theils aus eigener Kenntnis, theils mit demjenigen, was denselben nöthigen Falls

fer.

ferner zu communiciren wäre, ihnen hinreichende Belehrung zu geben geneigt seyn werden. Endlich und

III. greift der geschahene Antrag wegen Veränderung der Repräsentation so tief in eine gänzliche Umwandlung der bisherigen LandesVerfassung, daß wenn auch in einem schicklichen ZeitPuncte, sich zu derselben wichtige Veranlassung darbieten könnte, so noch das Landschafst. Collegium, aus obgedachtem Grunde nie befugt seyn werde, darunter Vorschritte zu thun, welche die jetzigen Gerechtsame eines oder des andern Standes schmälern.

Uebrigens wird den VierMännern noch zu bedenken anheimgestellt, daß die Städtische Verfassung überhaupt, besonders aber auch die Gerechtsame einzelner Ämter und Gilden, auf Privilegien beruhen, die aus Zeiten und Umständen, sehr verschieden von den gegenwärtigen, ihren Ursprung genommen, die für manchen nicht privilegierten, und dennoch gleiche Lasten tragenden Bürger, nachtheilig sind, oft zur Beschwerde des LandManns gereichen, unerachtet dieser den Städtischen Gewerben gar keinen Zwang aufbürdet, und welche dann und wann der allgemeinen Wolfart Abbruch thun. Sollte dieser der erste EntstehungsGrund solcher Privilegien, wornach alte Verfassungen organisiert sind, bei veränderten Verhältnissen ihre Anstaltshaftigkeit von selbst erweisen: so könnten hiedurch viele Gerechtsame der Gilden und Ämter in den Städten in Gefahr geraten, nicht mehr als geltend anerkannt zu werden.

Man erwartet, daß diese Betrachtung den 4Männern selbst Anlaß geben, und ihnen auch beihilflich seyn werde, ihre Mitbürger dahin zu bewegen, nicht jedes anscheinende Mißverhältnis zum Vorwurf einer Unzufriedenheit zu machen, und nicht jede vermeintliche oder ware Unvollkommenheit, auf Gefahr andrer leicht in ihre Stelle wieder tretenden Uebel, wegzuwünschen; sondern auch ihrer seits, durch damit übereinstimmendes Verhalten, wechselsei-

stiges Vertrauen zwischen allen Ständen zu gründen, und hierauf allgemein beglückende Volkswirthschaft bauen zu helfen, welche das einzige Ziel ist, wofür die Landschaft jederzeit ihre Bemühungen richten wird.

Beschlossen im Landschaftl. Collegio des Fürstenthums Lüneburg, Zelle den 14 Decbr. 1792.

---

## 26.

Modelle von preussischen Volkslisten,  
seit dem J. 1786.

4 gedruckte Bogen in Folio, die ich durch Num. I, II, III, IV, bezeichnen will. Die 4 Seiten deuten A, B, C, D, an. Wo ich Punkte . . . setze, ist in dem Modell mer oder weniger leeres Platz gelassen, um die gefragte Angabe einzuschreiben. Natürlich sind die Rubriken durch Linien von einander abgefondert.

## Num. I.

A, Name der Strasse oder des Platzes, wo das Haus liegt . . . Nummer des Hauses, oder wenn es keine Nummer hat, was es für ein Haus oder Gebäude ist . . .

Name des Herrn oder Wirts vom Hause, dessen Amt, Charakter, Gewerbe u. s. w. Name der Frau oder Wirtin vom Hause. Wenn die Haushaltung mehreren ledigen Personen zugehört, so werden deren Namen eingeführt . . . Alter . . . Religion . . . Vaterland . . .

Ob der HausWirt in MilitärDiensten gestanden hat? wie lange? unter welchem Regimente? in welcher Qualität? . . . Ob derselbe noch in MilitärDiensten steht? wie lange? unter welchem Regimente? bei welcher Compagnie?

Wor.

Vor- und Zunamen sämmtlicher lebenden Töchter  
 . . . Alter . . . Religion . . . Vaterland . . . Ob  
 sie bei den Eltern wohnt, oder wo sie sich aufhält? . . .

Vor- und Zuname sämmtlicher im Hause wohnenden  
 Verwandtinnen und anderer zur Haushaltung gehörigen  
 Personen weiblichen Geschlechts, als z. E. Hausjung-  
 fern, Dienstmädchen u. s. w. . . . Alter . . . Religion  
 . . . Vaterland . . . in welcher Qualität sie sich im  
 Hause aufhält? . . .

B und C. B. Vor- und Zuname sämmtlicher leben-  
 den Söhne . . . Alter . . . Religion . . . Vaterland  
 . . . C. Ob derselbe beim Vater wohnt, und zu dessen  
 Haushaltung gehört? Oder wenn er nicht beim Vater  
 wohnt, wo er sich aufhält? in welcher Qualität? wie lan-  
 ge er abwesend gewesen? . . . Ob derselbe in Militär-  
 Diensten gestanden hat? wie lange? unter welchem Re-  
 gimente? in welcher Qualität? . . . Ob derselbe in  
 MilitärDiensten steht? wie lange? unter welchem Regi-  
 mente? bei welcher Compagnie? . . .

B. Vor- und Zuname sämmtlicher im Hause wo-  
 nenden Verwandten, und anderer zur Haushaltung ge-  
 hörigen Personen männlichen Geschlechts, als z. E.  
 Bedienten u. s. w. . . . Alter . . . Religion . . . Va-  
 terland . . . C. In welcher Qualität sich derselbe im  
 Hause aufhält? . . . Ob derselbe in MilitärDiensten  
 gestanden hat? wie lange? unter welchem Regimente? in  
 welcher Qualität? . . . Ob derselbe in MilitärDiensten  
 steht? wie lange? unter welchem Regimente? bei welcher  
 Compagnie? . . .

D. Die ganze Haushaltung besteht also aus fol-  
 genden im Hause wohnenden, oder doch nur auf kurze Zeit  
 verreiseten, und sicher zurückkommenden Personen, one die  
 zur Miete wohnende und einquartirte, Reisende und Frem-  
 de, zu rechnen, die sich nur einige Tage aufhalten,

Ans

Anzahl männlichen Geschlechtes, Herr oder Wirt vom Hause . . . Söhne . . . übrige Haus Genossen . . .  
*Summa* . . . männlichen Geschlechtes. Anzahl weiblichen Geschlechtes, Frau oder Wirtin vom Hause . . .  
 Töchter . . . übrige HausGenossinnen . . . *Summa* . . .  
 weiblichen Geschlechtes.

Also überhaupt . . . Personen.

Einzelne Personen, welche zur Miete wohnen, und deren Gesinde. Name, Amt, Charakter, Narung und Profession . . . Alter . . . Religion . . . Vaterland . . .

Die im Hause wohnende Einquartirung, sie mag eingelegt seyn, oder sich für ihr Geld eingemietet haben. Mann . . . Frau . . . Söhne . . . Töchter . . . übrige Personen . . . *Summa* . . .

Namen der Fremden oder Reisenden, welche sich im Hause aufhalten . . . woher sie kommen . . . wohin sie reisen . . .

ViehStand. Pferde . . . Ochsen . . . Kühe . . .  
 Kinder . . . Schafe . . . Lämmer . . . Ziegen . . .  
 Schweine . . .

Ob der HausWirt Ackerbau treibt, und wie viel gewöhnlich in einem Jahre auf den Ländereien, welche er unter hat gewonnen wird? Weizen . . . Roggen . . .  
 Buchweizen . . . Gerste . . . Haber . . . Flachs . . .  
 Hanf . . . RübeSamen . . .

Aufgezeichnet den . . . 1786

Als richtig bescheiniget von . . .

Num. II.

A. Kirchspiel . . . Bauerschaft . . . Numer . . .  
 . . . Wem die Stätte (das Haus) zugehört? . . .  
 In welcher Qualität der HausWirt solche [solches] bewohnt? . . .

Vor- und Zuname des 1. HausWirts . . . und  
 2. der HausFrau . . . Alter . . . Religion . . . Vaterland

land . . . Seit wie viel Jahren sie die Städte oder Wirt-  
schaft gehabt . . .

Womit sich der HausWirt außer dem Ackerbau er-  
nährt? . . . Ob derselbe jetzt in hiesigen Provinzen anwe-  
send ist? Oder wo, seit wie lange, und warum er sich  
außer Landes aufhält? . . .

Ob der HausWirt in MilitärDiensten gestanden  
hat? wie lange? unter welchem Regimente? in welcher  
Qualität? warum er verabschiedet worden? . . . Ob der-  
selbe noch in MilitärDiensten steht? wie lange? unter  
welchem Regimente? bei welcher Compagnie? . . .

ViehStand. Pferde . . . Bullen . . . Ochsen . . .  
Kühe . . . Kinder . . . Schafe . . . Lämmer . . . Ziegen  
. . . Schweine . . .

Was und wie viel gewöhnlich in einem Jar in der Haus-  
haltung gesponnen und gewebe wird? Garn, Stück . . .  
Sorte . . . zum Verkauf . . . zum eignen Verbrauch . . . Lei-  
nervand, Ellen . . . Sorte . . . zum Verkauf . . . zum  
eigenen Verbrauch . . .

B und C. B. Vor- und Zuname sämmtlicher noch  
lebenden Söhne . . . Alter . . . Religion . . . Vater-  
land . . . Ob derselbe beim Vater wohnt, und zu dessen  
Haushaltung gehört, auch jetzt in hiesigen Provinzen an-  
wesend, oder wohin er verreiset ist? . . . Wenn er nicht  
beim Vater wohnt, wo er sich aufhält? in welcher Qualität?  
wie lange er abwesend gewesen? . . . C. Ob derselbe  
in MilitärDiensten gestanden hat? wie lange? unter wel-  
chem Regimente? in welcher Qualität? warum er verabs-  
chiedet worden? . . . Ob derselbe in MilitärDiensten  
steht? wie lange? unter welchem Regiment? bei welcher  
Compagnie? . . . Ob derselbe dem Canton verpflichtet,  
und Diensttauglich ist? oder warum nicht?

B. Vor- und Zuname sämmtlicher im Hause wonen-  
den Verwandten, Kostgänger, Bedienten, und andern  
HausGenossen männlichen Geschlechts . . . Alter . . .

Ne



Religion . . . Vaterland . . . In welcher Qualität sich derselbe im Hause aufhält . . . Ob derselbe jetzt anwesend, oder wohin er verreist ist? . . . C. Eben dieselben Ausdrücken, wie gleich vorher bei den Söhnen.

D. Vor- und Zuname sämmtlicher Töchter des HausWirts oder der HausFrau . . . Alter . . . Religion . . . Ob sie bei den Eltern wohnt, und vorzeitig in hiesigen Provinzen anwesend ist? . . . Oder wenn sie nicht bei den Eltern wohnt, wo sie sich aufhält? in welcher Qualität? . . .

Vor- und Zuname sämmtlicher im Hause wohnenden Verwandtinnen, Kostgängerinnen, und übrigen HausGenossinnen . . . Alter . . . Religion . . . Vaterland . . . In welcher Qualität sie sich im Hause aufhält? . . . Ob sie jetzt anwesend oder verreist ist? und wohin? . . .

Die ganze Haushaltung besteht also — — — Personen (Wollig so, wie oben S. 261 folg. D).

Namen der Fremden — — wohin sie reisen (wie oben S. 262 Z. 15).

Aufgezeichnet — von . . . (wie oben S. 262 Z. 26 folg.)

### Num. III.

A. Wo der HausWirt wohnt? . . . Zu welchem Kirchspiel er gehört? . . . Ob das Haus abgesondert allein liegt? oder in einem Dorfe, und in welchem?

Vor- und Zuname 1. des HausWirts, . . . und 2. der HausFrau . . . (Von beiden) Alter . . . Religion . . . Vaterland . . . In welcher Qualität der HausWirt auf dem oblichen Hause oder dessen Arzde wohnt?

Womit sich der HausWirt — — aufhält? (oben S. 262, Z. 3).

Ob der HausWirt — Compagnie? (oben S. 263, E. 7).

Dieß.

Viehstand — Schweine (ebendas. 3. 12).

Wie viel gewöhnlich — Verbrauch (ebendas. 3. 15).

B und C. (Völlig wie B und C auf Num. II. oben S. 263 folg.; außer daß bei den Söhnen die Rubrik Vaters land fehlt).

D. (Völlig wie D auf Num. II. oben S. 264).

#### Num. IV.

A. Namentliche Liste Nach dieser Liste waren am 31 Decbr. 1786 vorhanden vom männlichen Geschlechte . . . vom weiblichen Geschlechte . . . Summa . . .

In Rücksicht auf den Canton sind frei . . . Anzahl . . . Latas und Transport . . . Summa . . .

Zweifelhaft, oder unter Einschränkungen frei . . . Anzahl . . . Davon sind unter 21 Jahren . . . von 21 bis 31 Jahren, über 5 Jus . . . unter 5 Jus . . . von ungewissem Mas . . . über 30 Jar . . .

B. Es bleiben also dem Canton verpflichtet a) unter 21 Jar . . . vom 21sten bis 31sten Jar, über 5 Jus . . ., unter 5 Jus . . . von ungewissem Mas . . . über 30 Jar . . . Summa . . .

b) Abwesende Cantonpflichtige unter — Summa [völlig wie die vorstehende Rubrik a)] Von denen in der Gemeinde Anwesenden Soldaten stehen c) bei der Garde . . . Regiment von Scholinskij . . . Regiment von Jung Woldeck . . . Grenadier zu Magdeburg . . . bei andern Regimenten . . . Summa . . .

Außerdem stehen noch aus der Gemeinde in Ketten und Gliedern [völlig wie die vorstehende Rubrik c)].

Anmerkungen. [Die Hälfte der Seite ist hierzu leer gelassen.].

C. Recapitulation . . . FeuerStellen . . . Familien  
 . . . Anwesende Personen . . . Abwesende Söhne . . .  
 Unten, Locus für alle diese Rubriken.

D. Transport . . . [von den vorigen Rubriken  
 FeuerStellen — abwesende Söhne. Summa . . .

EndesUnterschriftener bezeugt hiedurch auf Eid und  
 Pflicht, daß er diese Namentliche Liste, mittelst sorgfältiger  
 Nachfrage bei den HausWirthen und anderen, welche die  
 aufgezeichneten Familien kennen, aufgenommen hat. . .

Nachschrift.

Wie wichtig dergleichen MenschenRegistraturen für eine  
 schuldigst Menschenfreundliche Regierung sind, liegt am  
 Tage. Wie gefährlich sie für eine tyrannische Regierung  
 werden können, hat ein ungenannter StatsGelehrter  
 aus Hannover, in diesen StatsAnz. Heft XVII, S. 63  
 folg., bemerkt. S.

---

27.

Vorstellung der protestantischen LandStände des  
 HochStifts Hildesheim, an ihren gnädigsten LandesHerren  
 und ihre geliebte MitStände: übergeben  
 den 7 und 9 März 1793:

I. Jetzt, zu einer Zeit, wo der menschliche Geist  
 sich von den verächtlichen Fesseln losgewunden hat, welche  
 ein fanatischer Glaube, bei dem Zwiespalt der Begriffe  
 über die so sanfte ChristusReligion, ihn leider lange ge-  
 nug tragen lies; — jetzt, da höchstens nur noch derjenige  
 Sectirer, der selbst hassenswerth ist, den Dissidenten  
 haßt und verdammt; — in dieser Zeit, wo in der mensch-  
 lichen Brust lauter, wie sonst, eine Stimme redet, die  
 allen Men-schen die freie Teilnahme an gesellschaftlicher Woh-  
 lart zuspricht, welche ein jeder, nach Masgabe seiner in-  
 dividuellen Fähigkeiten und seiner Nothdurft, daran nehmen  
 kan;

kan; jetzt endlich, wo Fürst und Stände unsers Vaterlandes öffentlich eine SicherheitsActe errichteten, vermöge welcher kein LandesBewohner unter dem Druck des Mächtigsten leben, und kein verährter Raub am Eigentum, durch Behauptung alter unbilliger Vorrechte weiter geduldet werden, bleibner alle Bevortellung in dem Genuß bürgerlicher Glückseligkeiten aufhören soll: — jetzt halten wir, als Repräsentanten der evangelischen Untertanen unsers geliebten Vaterlandes, es für Pflicht, auch über die in der That sehr herben ReligionsVerdrüssungen, worunter sie schon so lange litten, ein Wort laut und freiwillig zu reden.

II. Ehe noch ReligionsMeinungen Veranlassung gaben, daß aus Einem verbrüdertern Volke zwei Parteien von einander schieden; ehe noch Glaube und Fanatismus eine ScheideWand zwischen Christen zog: — wie war da die Verfassung in unserm geliebten Vaterlande? Da war der LandesHerr Vater über alle seine Untertanen, da war er ihr allgemeiner Selenhirt; da brachte Ritter Bürger und Baur, reichliche Schenkungen Stiftern und Klöstern dar, da bereicherte er sie, bald weil er's zu seinem SelenHeil nötig glaubte, bald weil er einsah, "dein Kind, dein Bruder, deine Schwester, geniest das mit, und betet für dich". Da sattelte der Ritter sein Roß, um seinem LandesHerrn in Fehden beizustehen, um für ihn, um für Kirche, um für Vaterland, zu streiten; da folgte ihm willig der Landmann, um diesen Endzweck gleichfalls zu erfüllen; da baute der Bürger Wall und Mauern, da stritt er für seinen LandesVater, für Kirche, für Geistlichkeit, für Vaterland; da hatte Ritter Bürger und Baur, Hoffnung und Gelegenheit, an Aemtern Würden und Pfründen Theil zu nehmen; da wurde Ritter Bürger und Baur, DomHerr, StifthsHerr, KlosterGeistlicher, Rat, und

folgt. Da wars noch eine glückliche Zeit; da belebte Vaterlandsliebe den Mut und die Thätigkeit des Sächsischen Untertanen; da konnte er sich empor schwingen; da war ihm noch keine Hoffnung, zu Amt und Würden zu gelangen, abgeschnitten; da hatte der Hildesheimer noch ein Vaterland; da kochte noch warmes Blut für solches in seinem Ader.

III. Allein, welch eine traurige Epoche folgte! Adel Bürger und Baur namen andre Meinungen an: sie sagten, wir halten irgend etwas anders für war. Nur die Geistlichkeit, mit wenigen ihrer nächsten Hinterlassen, blieben beim alten Glauben. Und nun behauptete der damalige fanatische Geist der Zeit gegen die, welche vom alten Glauben abwichen, ein System, welches Verfolgung und Unterdrückung zur Begleiterin hatte: und warum? — weil sie einige Warheiten der Religion von einer andern Seite betrachteten, als die Verehrer des alten Glaubens. Die Geistlichkeit hatte die Macht der Regierung in Händen; und sie, die dem Ritter, dem Bürger, dem Baur, diese Regierung, die Mittel sie zu erhalten, die großen Güter, größtentheils zu danken hatte, gebrauchte diese Macht, um die LandesEingebornen von den Einkünften, Ämtern, und Würden des Landes, auszuschließen. Nun machte Landes Herr, Bischof, Geistlichkeit, Ritter, Bürger, und Baur, nicht mer wie vorhin, ein Ganzes aus; nun waren es keine verbündete Kräfte mer, die zu Einem Endzweck hinstrebten. Nein, nun wurde eine eiserne Scheidewand gezogen. Die Geistlichkeit regierte, befahl, und genoß! dem Ritter, Bürger, und Baur, blieb nichts übrig, als zu arbeiten, und zu gehorchen!

IV. Der Protestant hier im Lande, bei welchem der allergrößte Theil der Untertanen, der nützlichste Theil, der den Acker bauet, der Handwerke treibt, der Geld durch seinen Fleiß ins Land bringet, der dem Landes Herrn

nebst

nebst der Geistlichkeit durch seinen Fleiß den größten Theil ihres Unterhalts verschaffen muß, — der hat hier im Lande, nichts zu erwarten, nichts zu hoffen! Der Mensch, der das ruhig erwägt, und den's nicht rührt, der kan wol auf kein seines richtiges Gefühl von wolwollender Menschenliebe Ansprüche machen. Der Protestant sieht hier im Lande so viele reiche Pfründen, so viele schöne Bedienungen, meistens von Ausländern verzeren. Alle Hoffnung, dazu zu gelangen, ist ihm abgeschnitten: das heißt viel! Er wird nicht von seinen Glaubens-Genossen regirt; seine Handel werden nicht, oder doch selten, von seinen Glaubens-Genossen geschlichtet. Staats-Aemter und Bedienungen, die zur Wolfart aller Eingebornen, folglich auch zur Wolfart des evangelischen Untertanen, eingeführt und notwendig sind, werden entweder von Ausländern, oder doch aus dem katholischen ungleich kleinsten Theil der Einländer, besetzt. Dadurch werden diese über die, bei weitem größte Zahl evangelischer Eingebornen, beinahe zu erblichen Regenten erhoben. Jeder eingeborne Protestant siehet sich warlich oft von dem wirklichen Fremdling als Fremdling behandelt. Der Bauer schafft unmittelbaren Nutzen, sein Fleiß liefert die ersten Bedürfnisse des Lebens, das empfindet man; deshalb ist dessen Zustand, im Verhältnis gegen den Bürger, noch etwas erträglicher. Für letztern sucht man aber nicht allein keine Nahrungsquellen; nein, man legt ihn, auf mer wie eine Waise, Hindernisse in den Weg, um sie zu erlangen. Man sucht seinen Fleiß, seine Tätigkeit, seine Talente, nicht anzuspornen, nicht zu wecken; nein, man weist ihn, wie einen Unwürdigen, von sich, und läßt's ihn viel zu wenig empfinden, daß die LandesRegierung auch für ihn väterlich sorge.

V. Welches sind die Folgen von allem diesem? Es erlöschet immer mer und mer wahrer Patriotismus, wahre VaterlandsLiebe, in der Brust des protestantischen Untertanen

tenen. Es erkaltet in ihm Liebe für LandesVerfassung, für Regenten, und alles was zur LandesRegirung gehört: weil man ihn in seinem Vaterlande wie SilesKind, wie Fremdling, behandelt; weil man auf ihn als einen solchen herabsieht, dem gar kein Antheil an der LandesRegirung, an der Verwaltung der Justiz, an allen öffentlichen Aemtern, gebührt; weil man ihm in so vielen Fällen wehe, beinahe aber nie wohl, thut. Der Mut sinkt dem Protestanten in dieser traurigen Lage, wo kein Emporschwingen hilft; es erlischt allmählich GemeinGeist in ihm, er wird wie ein Unbehöriger betrachtet, wenn er Theil an der Verwaltung seines Vaterlandes nehmen will: und von der so allvermögenden Leidenschaft, stolz auf sein Vaterland zu seyn, belebt kaum ein Funke seine Thaten, Handlungen, die das Beste des Vaterlands zum einzigen Endzweck hätten, das sind und werden daher im Eifer Sildesheim ware *Phänomene*. Dagegen wird aber persönliches Interesse immer mehr der Grundtrieb der Handlungen.

VI. Es ist eine traurige Wahrheit, daß der hiesige LandAdel, größtentheils um dieser kläglichen Verfassung willen, von dem Wohlstande seiner Vorfahren, der durch Kluge und Stat empor gehalten ward, gänzlich herabgesunken, und wirklich verarmt ist. Ansehnliche Theile seines Eigentums, die er vor Zeiten willig hergab, weil er mit der Ehre und dem Reichthum der Selbstlichkeit, dem Glanz seines Hauses fester zu gründen glaubte, sind für ihn nunmehr dahin, und dienen jetzt nur dazu, den Reichthum ausländischer Familien zu erhalten, oder doch zu verwerren. Er kan sich seinem Vaterlande nicht widmen: denn ihm gewärt man durchaus keine andre Beziehung auf dasselbe, als die, welche ihm der precäre Einfluß eines LandStandes noch etwa übrig läßt. Traurend muß der protestantische Adliche sehen, daß mit den gerechtesten Ansprüchen, die ihm ErstesBildung, Adel, und

und ehemalige Schenkungen verleißen, die hiesigen reichen Präbenden für ihn nicht zu erlangen stehen, weil ihm der Westfälische Friede das MitGeber in der hiesigen Cathedrale nicht ausmüthete; und keine spätere Toleranz ihm den Eintritt ins Capitel zu gönnen vermögend war.

Den gerechtesten Unwillen muß er aber empfinden, wenn alle sonst für den Adel bestimmte LandesBedienungen, durch Männer besetzt werden, deren ausländisches Interesse sie bei weitem nicht so innig, wie ihn, ans Wol des Vaterlandes knüpft; und deren anderweltiger Beruf und glückliches Geschick, es schon hart seyn lassen, sich in einem solchen conventionellen AlleinBesitz stets zu erhalten.

Doppelt hart, ungeracht, und schädlich, wird dieses aber, wenn ihre Fähigkeiten und Bildung den Aemtern, die sie bekleiden, ganz und gar nicht entsprechen, und dadurch die wichtigsten StatsBedingungen bloß in einträgliche Renten umgeschaffen werden.

Nichts bleibt daher dem protestantischen Edelmann, als die wenigen Portalle, die ihm die LandStandtschaft gewährt, übrig. Allin auch dieserhalb sieht er in eine trübe Zukunft, die seine Tätigkeit, seinen Eifer für Wol des Vaterlandes, gewiß nicht zu beleben und anzufachen vermag. Alle Quellen, sich außer seinen Erbgütern emporzuschwingen, sind für ihn versiegelt: er muß bei oft starken Fimillen diese seine Güter teilen; selbige werden dadurch verichuldet, oder doch zu sehr verspktert, als daß sie ein Standesmäßiges Auskommen gewärten: kurz, diese beschriebene bebrängte Lage schreckt ihn vom Heiraten ab, und der LebensStamm erlischt. Tritt der Fall aber ein: dann wird, wie eine traurige Erfahrung lehrt, entweder zum künftigen LehnTräger ein Katholik gewählt; oder das Lehn wieder in römische Hand gebracht, und fließet so wiederum für katholische Astände der reiche Einkünfte. Der eingeborne protestantische Adel siehet also für seine Kinder nur Untergang auf vaterländischem



Boden. Sein einziges Rettungsmittel ist der schwer zu erringende Ausweg, auf fremdem Boden das zu erlangen, was ihm in seinem Vaterlande geraubt wird. Erlangt er dazu nicht; so verarmt er, und stirbt allmählich aus. Ist diese eben geschilderte Lage der Sache von der Art, daß der protestantische Adel hier im Lande seines Lebens nicht froh werden kan; hat sie für ihn die übelsten Folgen unmittelbar: so äußert sie außerdem für das ganze Land mittelbar den größten Nachtheil, und wirkt auf das empfindlichste zurück. Denn alle Geld-Quellen des Landes werden nun von fremden Händen ausgeschöpft; die so nöthige Circulation des Geldes wird gehemmt; es werden für den erwerbenden Stand keine neuen Nahrungquellen eröffnet, nein, sie versiegen vielmehr allmählich.

VII. Der NichtAdliche, hat er etwas gelernt, fült er seine Talente, — dann sieht er sein Vaterland mit Bedauern, wo nicht mit Verachtung, an; weil's ihn verachtet. Fült er Kraft in sich, emporzustreben: so sieht er bald ein, daß ihm in seinem Vaterlande alle Mittel dazu benommen sind. Er gehet also in andre Länder, sucht und erhält da sein Brod, und wird — was in seinem Vaterlande nicht geschieht — belohnt. Bedächten doch alle LandesHerrn, alle die Theil an der Regierung haben, wie viel, wie außerordentlich viel, ein einziger Talentvoller Mann einem Lande nützen kan! Bedächten sie, daß dieser oft mehr, als große Summen Geldes, werth ist! Was bleibt aber im Stifte? Talente wenigstens selten, denn diese muntert man nicht nur durch gar nichts auf, sondern man behandelt sie noch überdem wie Fremdlinge, indem man sie beinahe gar nicht belohnt, und nimmt dagegen wol gar ausländische Subjecte wieder auf, die zu Zeiten, in Ansehung des Werths, weit unter den protestantischen LandesKindern stehen. Dieses sind denn die

die Personen, die hier im Lande als Advocaten immatriculirt werden, oder sich Pfarrerri erhandeln.

VIII. Der Prediger. und Advocatenstand sind beide für den Staat wichtiger, als der kurzfristige Politiker vielleicht glaubt. Der Prediger soll den Untertan zu einem moralisch-guten Menschen bilden, er selbst soll ihm das Muster eines moralisch-guten Menschen seyn. Der Prediger fängt aber, der Regel nach, hier im Lande, sein Amt mit einer unmoralischen Handlung an: er kauft seine Pfarre. Er zerrütet dadurch vom Anfang seinen häuslichen Wohlstand. Bloss dieses hat schon äußerst böse Folgen: denn wo es im Innern der Haushaltung nicht wol steht, wo Armut eintritt: da pflegen moralische Handlungen die Fülle auf dem Fuße nachzufolgen. Der Prediger, der auf die gewöhnliche Weise als Seelenhirt einer Gemeinde angewiesen wird, macht auf letztere gleich vom Anfang einen übeln Eindruck: sie hat kein Vertrauen zu ihm; es wirken daher auch noch so gut vorgetragene Leren auf sie nicht; und oft wird erst eine Reihe von Taten und guten Handlungen erfordert, um diesen übeln Eindruck zu vermindern, und um die so nöthige Liebe, und das so viel vermögende Vertrauen einer Gemeinde, zu wecken. Der Prediger selbst macht sich nicht mer die wirklich große Bestimmung, die ihm als Volkslehrer, als dem, der die Jugend bilden soll, obliegt, zum Hauptzweck: nein, er denkt zu oft, du hast die Pfarre bezahlt. Er fängt an, sie als eine erhandelte Rente zu betrachten; er mißt sie bloss, statt daß sein erster Endzweck, Nutzen zu stiften, seyn sollte. Seine Kenntnisse zu erweitern, sich selbst zu vervollkommen, daran denkt nun vollends der protestantische Prediger wenig: denn der mächtige Reiz, weiter zu kommen und sich empor zu schwingen, ist für ihn dahin. Ja was das ärgste ist, so verursacht ein unglücklicher bejammernswerthiger Streit, daß der evangelische Prediger in einem großen Theil des Stifts kaum wiß, ob und was für

eine Obrigkeit er hat; und nicht selten hat er Gelegenheit, hinter jenem Landesverderblichen Streite seine unmoralischen Handlungen ungestraft zu verbergen.

Der Mann von gutem Kopf und Herzen füllt sich zu groß, als daß er sich zu jener Handlungsart, eine Pfarre zu erlangen, herabwürdigen sollte. Ist er Inländer: so scheut er sein Vaterland, wo man den wichtigsten aller Stände, den VolksLehrer, so herabwürdigt, so entehrt. Ist er Ausländer: so wird er sich hüten, die Schwelle eines Landes zu betreten, wo solche Misbräuche herrschen. Was ist also die Folge? Der inländische Candidat, der sonst nirgend unterkommen kan, der bleibt im Lande, hat wol gar den verderblichen Gedanken, "du hast Geld, du brauchst nichts zu lernen, du kaufst dir eine Pfarre", statt SchulWissenschaften, mit nach der Universität genommen. Oder, der an moralischer Bildung vernachlässigte Ausländer, der in seinem Vaterlande kein Fortkommen findet, der wird, wenn er nur zahlen kan, hier im Lande an die so Ehrwürdige Stelle eines Lehrers der Moral gesetzt. Diese Männer, die sollen dann Menschen bilden? die sollen ihnen Moral predigen? die sollen sie zu guten fleißigen Untertanen umschaffen? die sollen ihnen mit einem guten Beispiel vorgehen? — Es ist wirklich kein Wunder, daß wir so viele schlechte unmoralische —, es ist höchlich zu verwundern, daß wir, bei der Lage der Sache, noch so viele gute und biedere Untertanen im Lande haben, als wirklich darinnen sind.

Auffallend ist's hierbei, daß katholische Pfarren hier im Lande unentgeltlich besetzt werden. Man siehet blos auf die Person, und sucht tüchtige, brauchbare Subjecte zu erhalten. Allein ist vor einer protestantischen Pfarre die Rede: dann betrachtet man sie wie eine Rente; dann tritt das bekannte und inveterirte Uebel ein; dann werden die Einkünfte der Pfarre berechnet, und darnach calculirt, wie viel ein Candidat zahlen kan.

Es  
ist

Ist in der That gar nicht zu begreifen, wie man einen solchen Unterschied, nur mit einigem Schein, machen könne. Ist denn der protestantische Prediger nicht eben so gut Lehrer der Moral, als der katholische? Muß dieser denn nicht auch die Jugend, und eben dadurch den Untertan, bilden? Beruhet etwa auf seinem Beispiele, seinem Charakter, seinen Kenntnissen, weniger, als auf denjenigen eines katholischen Predigers? Oder ist etwa dem Staat nichts daran gelegen, wenn bei weitem der größere Theil der Untertanen in seiner moralischen Bildung gänzlich vernachlässiget wird? Hörte doch endlich jener verdaßliche Unterschied auf!

IX. Der Advocatenstand, dieser so oft verachtete, so allgemein betastete Stand, der von so mancher Regierung vernachlässiget wird, der wird denn auch hier im Lande aufs äußerste vernachlässiget. Dieser Stand ist's, der den Rathgeber des Volks ausmacht. Der Advocat ist's, bei dem der Untertan, wenn er in Verlegenheit ist, wenn er sich selbst nicht hinreichend zu helfen weiß, Zuflucht, Rat, und Trost, sucht. Er ist's, dem der Untertan sein Herz eröffnet, dem er Geheimnisse offenbart, die er sonst niemanden anvertraut. Er ist's endlich, der nicht selten das blinde Zutrauen des Untertanen erhält, und dadurch die Gewalt bekommt, ihn zu leiten, wie er will. Wer allem dem reiflich nachdenkt, und es dann doch nicht begreifen will, welch eine wichtige Person der Advocat im Staat ist, wie viel darauf ankomme, daß das ein geschickter, fleißiger, und rechtschaffener Mann sei, wie sehr Regierungen dafür zu sorgen haben, daß der Untertan hier nicht in böse Hände gerathe —: der ist wirklich ein kurzsichtiger Politiker.

Was für Rathgebern gerät nun aber hier im Lande der Untertan in die Hände? — Beinahe eben so, wie's vorhin von Theologen gesagt worden, so geht es auch hier bei

bei den RechtsGelehrten. Männer von ausgezeichneten Talenten wird man wenigstens selten in unserm Vaterlande finden, weil ihnen auch so gar die bloße Aussicht zum Fortkommen benommen ist. Man ruft dagegen oft, der Religion wegen, Ausländer ins Land, die auch bei dem besten Willen Kopf und Herzen, dennoch Mühe haben, sich ganz in die hiesige äußerst verwickelte Verfassung hineinzustudiren. Jare gehen darüber hin, und während derselben ereignet sich manches Paradoxon, welches vermieden würde, wenn LandesKinder ohne Unterschied der Religion zu Bezeichnungen befördert würden. Die proceßantischen Juristen werden hier im Lande zu wenig geachtet, als daß sie die Würde ihres Berufs füllen können. Es ist undäugbar, derjenige Mensch, der von jedem hintanzesetzt wird, der schämt sich selbst am Ende nicht mehr, und wird eben dadurch vieler Untugenden fähig. Ist die er Schritt aber erst geschoßen: dann ist jeder, der ihn tut, schon verloren, und so eben auch ein ganzer Stand, mit dem es so weit gekommen ist. Der Advocat, dieser wichtige Ratgeber des Volks, der siehet klar vor Augen, er wird nicht weiter geholfen: er bemühet sich also auch selten, sich selbst zu bilden; er läßt sein Bestreben nicht seyn, sich einer höhern Bestimmung werth zu machen. Nein, das Ziel seiner Handlungen ist gewöhnlich nur dahin gerichtet, wie es am besten und mit der wenigsten Mühe möglich ist, von denen, welchen ein Rath erteilt wird, Geld zu erhalten. Dieses wird von ihm zum unedlen Endzweck gemacht, und sein Kopf ist kaum fähig, eine höhere Bestimmung zu fassen.

X. Lerer und Ratgeber des Volks, können also hier im Lande, im Ganzen genommen, gewiß nicht die edelste und beste Menschenklasse ausmachen: und wehe dem Lande, wo dieses der Fall ist, wehe dem Untertan, der unmoralische Prediger der Moral, der unwissende felle und unedle Ratgeber, hat! Beide, Ratgeber und Le-

rer des Volks, sollten billig in jedem wolkegünstigten Staat sehr geehrt und recht hoch geschätzt werden, weil von beiden so unsäglich viel abhängt, weil beide in der That den großen Haufen leiten können, wie sie wollen, weil sie es sind, denen man sich anvertraut, und deren Rat und Beispiel man nicht selten blindlings folgt, wie die Geschichte der neuern Revolutionen mehr als zu deutlich beweist.

XI. Man ziehe einmal eine Parallele zwischen den Vorteilen, die der katholische, und denen, die der evangelische Untertan, hier im Lande genießt; und jeder muß erstaunen, wie sehr sie zum Nachtheil der Protestanten, die doch bei weitem den größern Theil ausmachen, ausfällt. — Der katholische Edelmann kan Domherr, kan Landes Herr, werden; kan zu allen ersten Bedienungen des Landes gelangen, die nur Adliche bekleiden. Der protestantische kan höchstens zu einigen wenigen Vorteilen, die ihm als Landstand noch übrig geblieben sind, gelangen. — Der katholische NichtAdliche, Bürger und Bauer, dem steht der Zugang zu so vielen reichen Aemtern, zu schönen Präbenden, zu so vielen Vicarien, zu so vielen schönen LandesBedienungen, offen; und nur an ihm allein liegt's, wenn er diese große Vorzüge nicht genießt. In seinen Händen ist die ganze Verwaltung der Justiz, und alle damit verknüpfte Vorteile. Der katholische Bürgerliche allein wird HofRat, CammerRat, Amtmann, Secretär, AmtSchreiber, Voigt u.: der weiß daher auch wahrlich sein Glück nicht genug zu schätzen; der betrachtet von der Höhe, worauf er steht, den Protestanten nur wie seinen Untergebenen; der bedenkt nicht, daß er hier im Lande ursprünglich nur Fremder, und daß der, auf den er so herabsteht, derjenige ist, dem durch ihn seine Rechte so sehr gekränkt werden; der sinnt noch wol gar darauf, dem Protestanten die wenigen Bedienungen, zu denen er hier im Lande gelangen kan, zu entziehen und

zu beschneiden; der trachtet wol gar darnach, um mehrere Rechte zu erlangen, als er schon hat, und übersieht es; daß er's eigentlich ist, der hier im Lande dem wahren Landes-Eingebornen zu nahe tut, daß er's ist, denn, wenn natürliche Rechte gelten sollen, vieles genommen, aber wahrlich nichts zugelegt werden darf.

Dagegen werfe man einen Blick auf den protestantischen Bürgerlichen: kein Kloster, keine Präbende, kein Amt, keine Würde, steht ihm offen. Er wird von der Verwaltung der Justiz, von aller öffentlichen Administration, beinahe gänzlich ausgeschlossen; er soll und muß nur gehorchen. Er darf an keinem Theile der Verwaltung seines eignen Vaterlandes Theil nehmen. Er genießt beinahe gar nichts von allen Aufkünften des Landes; ein paar elende Bedienungen, die man ihm gelassen, und die kaum hinreichen, um ihn vor Hunger zu bewahren, das ist's alles, was ihm übrig geblieben ist.

Ja, will er durch Handel, durch Gewerbe, durch sogenannte bürgerliche Thätigkeit, sein Brod sauer verdienen: dann wird er nicht nur nicht weiter geholfen; nein, es werden ihm vielmehr Mittel und Wege, um seinen Wohlstand blühender zu machen, entzogen, weil bislang kein wahres Interesse zwischen der Landesverwaltung und diesem Theile der Eingebornen vorhanden war; weil das Land noch immer zerrissen bleibe, da doch Haupt und Glied der aufs genaueste vereinigt seyn sollten.

Der Bauernstand kan hier im Lande, so bald er Protestant ist, eben wenig auf Ermunterung, auf Emporheben seiner Söhne, rechnen, hätten sie auch für Künste und Wissenschaft von der Natur noch so reichliche Gaben erhalten: nein, sie müssen immer beim Pflug bleiben, one zu untersuchen, ob sie der Welt nicht auf eine andre Weise nützen könnten; statt daß in andern Ländern, diejenigen seines Mittels, welche mit vorzüglichen Natur Gaben beschenkt sind, dort auch jedwede Möglichkeit zu der Stelle  
 sich

sich zu erheben, zu welcher ihr Kunstzies oder Verstand sie geschikt macht, antreffen, und Belohnung des waren Verdienstes finden.

XII. Das ist die traurige, aber um nichts desto weniger ware Lage, worinn sich das protestantische Land des Rind in diesem Eulst befindet. Das ist hier im Lande das Glück der katholischen ReligionsBekenner, gestiftet durch das Unglück der evangelischen Untertanen. Die DenkmalsArt der ältern Zeiten gründet jenes; und die so gerühmte Aufklärung neuerer Zeiten hats noch nicht vermocht, den Protestanten eine mildere Lage zu verschaffen. Wenn wir nun jetzt, nach einem so langen geduligten Ausharren unter einer drückenden Last, es abermals versuchen, jene zu erlangen: vor welchem RichterStuhl könnten wir wol, mit größerer Hoffnung auf Unparteilichkeit, mit mererer Zuversicht auf gerechte Entscheidung, unsere bittere Klagen vortragen, als vor demjenigen, welchen ein höherer Richter, in dem menschlichen Gefühle von Recht und Unrecht, zum Glück der Menschheit stizet? da nur ein mit Uebermacht gepanzerter BesitzStand — gewiß nicht Natur der Sache, und Vernunft — es ist, der hier im Lande die vorerwähnten gewaltthätigsten Mishandlungen unsrer unverlierbaren MenschenRechte privilegiret: da ein solcher BesitzStand allein es aber gewiß nie vermag, uns solche Rechte zu rauben, die uns als Untertanen und Menschen zustehen.

XIII. Wir sämmtlich LandesKinder protestantischer Religion, würden selbst eine intolerante DenkmalsArt verrathen, wir verdienen es, unter der Geißel der Intoleranz fern zu bluten, wenn wir noch zweifelten, unser katholischer LandesHerr, unsre geliebte MitStände katholischer Religion, von einer wahrhaft erhabnen DenkmalsArt, von wahrhaft christlichen ReligionsBegriffen befeelt, anzutreffen, um zur Wiederherstellung unsrer so fer gekränk-



ten Rechte, um zur gänzlichen und ewigen Vernichtung der Scheidewand, welche Intol ranz zwischen Katholiken und Protestanten aufrichtete, liebreich die Hände zu bieten. Welche Aussicht könnte unsern gnädigsten Landes Herrn wol mer beglücken, als diejenige, die ware Liebe des größern Theils seiner Untertanen, die Er — obwol one Schuld — der LandesVerfassung bisher aufopfern mußte, sich zu erwerben? da nur die Regenten wahrlich glücklich sind, die durch Weisheit und Liebe regiren, die sich an die Spitze der gesunden Vernunft, und an die Spitze des Geistes ihres Zeitalters, stellen; und da es Thorheit ist, dem entschiedenen Geiste eines Zeitalters einen Damm entgegen stellen zu wollen. Welcher Menschenfreund mußte nicht frohlocken, wenn er sähe, daß die Religion — die doch Menschenliebe so laut predigt — nicht mer zur Mutter des Hasses gemacht würde; wenn die Katholiken die Protestanten nicht mer als Apostaten, diese jene nicht mer als Usurpatoren, betrachteten; wenn keinem bürgerliche Vorzüge entzogen, und keiner im ausschließlichen Genuß derselben bliebe; wenn sich beide als Brüder und Genossen gleicher Rechte liebreich die Hand böten, und nicht bloß Lasten und Pflichten, sondern auch Einkünfte und Rechte des Stats, brüderlich unter sich theilten? Wir halten uns überzeugt, solche tugendhafte Gesinnungen, eine solche Vorurteilsfreie Beurteilung der Sache, bei unserm Landes Herrn und unsern MitStänden anzutreffen. Wir zweifeln nicht, beide müssen es einsehen, welche üble Folgen daraus für das Wol des Ganzen herfließen, wenn man bei weitem die größte und nützlichste Classe der Untertanen so fer unterdrückt, wenn man ihnen die Rechte nicht angedeihen läßt, die ihnen der Natur der Sache nach zustehen. Unbegreifliche Wahrheit ist's, daß der Untertan dem State willig gibt, von dem er empfängt, klagen stets murre, wenn der Stat immer fodert, nie gibt, nie wohnt. Die jetzigen aufgeklärt und edel denkenden Mit-

Mitglieder eines Hochw. DomCapitels müssen daher überzeugt seyn, wie sehr es gegen alle richtige Politik, ja am Ende gegen eigenes Interesse, laufe, wenn ein gemeinschaftlicher LandesVater keine freie Hände behält, die Diener des Vaterlandes bloß nach Verdienst zu wählen; wenn er einen großen Theil der Eingebornen ausschließen muß, Theil an der Verwaltung und den Einkünften des Staats zu nehmen.

XIV. Wir hielten es zwar für unnötig und überflüssig, hier durch Schilderung aller der Grausamkeiten zu rühren, die seit der StiftsRestitution, der Protestant in unserm Vaterlande, unter der blutigen Gelfel der Intoleranz, erdulden mußte. Allein indem wir dieses zu unserm LandesHerrn und zu unsern MitStänden reden: so reden wir auch vor der ganzen Welt für uns und unsere Nachkommen; und glauben, Pflicht sobere das von uns. Fürst und Stände müssen es uns daher verzeihen, wenn wir ohne Schöpfung, ohne Rückhalt, redeten; wenn wir mit lebhaftesten aber waren Farben, das Bild nicht bloß der Kränkungen und Beraubungen unsrer Rechte, sondern auch der üblen Folgen, die solches für den Staat hat, freimütig einwarfen.

Wer könnte es aber wagen, eine Härte darum nicht hart, eine Unbilligkeit darum nicht unbillig, zu nennen, weil diese Handlungen JahrSunderte hindurch mit kalter Brust begangen sind?

Zurückschauern mußte man zwar bei dem Gedanken, daß Gott und Religion zu diesen Handlungen ein Vorwand wurden, wenn Geschichte uns selber nicht lerte, zu wie vielen verabscheuungswürdigeren der Mensch denselben Vorwand lieh? Wer könnte noch jetzt einen Vorwurf daraus machen wollen, ob einer Protestant geworden, ob jemand Katholik geblieben, da beide einen Zweck des Lebens glauben, beide die sanfte Moral der christl. Religion  
 StaatsAnz. XVIII: 71.      2      ger

gemeinschaftlich anerkennen und verehren? Aber auch angenommen, daß die Katholiken die uns zugefügten Kränkungen, als eine natürliche und verdiente Folge dessen ansähen, daß unsre VorEltern von der katholischen Religion abwichen: so blieben sie, indem sie Protestanten wurden, doch Menschen, und gewiß eben so gute Menschen als die Katholiken. Sie blieben StatsBürger, trugen als solche zu der Erhaltung und Aufrechterhaltung aller Vortheile der bürgerlichen Gesellschaft, nach wie vor, bei; und kein Landesherr, kein katholischer Regent evangelischer Untertanen, wird je mit Grunde darüber Klage führen können, daß letztere weniger fleißig, weniger betriebsam, weniger folgsam, als seine katholische Untertanen, waren. Warum sollten also erstere von den Einkünften und Vortheilen des Stats ferner ausgeschlossen bleiben? Nur ein von ReligionsFanatismus umnebelter Verstand, oder ein hartes Herz, dem es sauer wird, Vortheilen zu entsagen, deren Besitz es, auf Kosten seiner Mitbrüder, durch Gewalt erheilt, kann es daher missbilligen, wenn wir, Namens aller evangelischen Einwohner des hiesigen Elfts, darauf bringen, in eine mildere und der Natur der Sache angemessenere Lage versetzt zu werden; wenn wir hier darauf antragen, den bekannten Recesß von 1711 in alle Wege zu erfüllen.

XV. Wie könnten sich auch unser verehrungswürdiger LandesVater, unsre geliebte MitStände, dessen noch weigern, wie könnten sie hierüber von den ReichsGerichten einen RechtsSpruch erst abwarten wollen, da wir von ihnen ganz andre großmütige Aufopferungen zu erwarten berechtigt sind? Es wäre bitterer Hohn ihrer uns bekannten Tugend, das auch nur im geringsten zu glauben. Wenn aber auch jetzt jener Recesß erfüllt wird: welches soll unsre Entschädigung seyn, für den unbeschreiblichen Verlust in einer so großen Reihe von Jahren?

Eine Billigkeit, die wahrlich den Protestanten noch viel zu wenig in die WagSchale an vorenthaltenem bürgerlichem Glücke

Stücke legte, bliesste den Recesß. Kein einziger Vortheil ist den Protestanten darinn eingeräumt, der wider Natur der Sache, wider deutsche Constitution, liefe. Nem, der Endzweck des Recesses gehet bloß dahin, daß vortheilhafte Zänkereien vermieden, daß unverkennbare Mängel abgemittelt, daß den eingebornen evangelischen Untertanen unveräußerbare Rechte gesichert, und überhaupt das Wol des Ganzen befördert werde. Dieses ist und war ein heiliger Vertrag: Katholiken und Protestanten, räumten sich wechselseitig Rechte ein; diese traten erhebliche Rechte an jene ab, erstere nahmen sie an, behielten sie, haben sie noch bis auf diese Stunde im Besiz, und — alles, durchaus alles, was in diesem so feierlichen so heiligen Vertrage, den Protestanten versprochen worden, das wird gar nicht gehalten, dabon genießen Protestanten schlechterdings nichts. — Das Verfahren, die Behauptung, muß in der That jeden, der es beherzigt, er sei Katholik oder Protestant, wenn er nur Mensch ist, unwillig machen. Der Untertan, der so viele in der Natur der Sache liegende Rechte auf alles das, was ihm in dem Recesß von 1711 versprochen ist, hat, — der Untertan, dem man wider alle gesunde und richtige Politik das vorenthält, was man in jenem Vertrage heilig und öffentlich versprach, — der Untertan räumt den Katholiken ansehnliche Vortheile ein, die nimmt letzterer hin; die eignet er sich zu; verbirht, feierlich und öffentlich, den Protestanten das zu erfüllen, was er oneidem, der Natur der Sache nach, zu erfüllen schuldig war, und — kaum hat's der Katholik versprochen — so läßt er wiederum alles unerfüllt, stützt sich auf seine Macht; und — der gedultige Protestant muß auch das dulden, und schweigen!

XVI. Die Macht kümmert es zwar wenig, ob es was, das sie ihrem Interesse nicht gemäß findet, erlaubt und wolthätig für den Stat sei, oder nicht. Allein ruft uns dann die Geschichte unsrer Tage nicht laut genug zu,

wie schwankend und hinfällig jede Macht sei, die nicht auf Natur der Sache und Vernunft gegründet ist? Iert sie uns noch nicht genug durch schreckende Beispiele, welche unseelige Folgen es für die Menschheit haben kann, wann auch die best gegründete Macht, die ihr von der Vernunft gezeichneten Gränzen nur überschreitet? Das Reich der Täuschung, die Tage, wo bloße Macht glittige Münze war, die sind zu Ende. Die Vernunft allein kam die Uebel heilen, die der Mißbrauch der Vernunft verursacht hat; und nur die Macht, welche, geleitet von Vernunft, ihren Untertanen durch ThatSachen beweist, daß ihr Endzweck bloß dahin gerichtet sei, Wohlthaten über alle Untertanen in gleicher Maße zu verbreiten, die wird ewig unerschütterlich seyn.

XVII. Doch wozu diese Ausschweifung? Wir halten uns vielmehr überzeugt, die großmütige, edle, und Rummwürdige Denkungs Art Sr Hochst. Gnaden und unsrer Hrn. MirStände, müssen es empfinden, wie ser hier im Lande der Protestant unter dem Druck lebe; sie müssen es einsehen, daß einer so angesehenen Anzal Menschen, Rechte und Vorteile nicht länger vorenthalten werden dürfen, die ihm der Natur der Sache nach zustehen, und die man ihm noch oben drauf feierlich und öffentlich versprach. Wir bitten daher Se. Hochst. Gn. untertänigst, wir tragen daher bei unserm geliebten MirStänden hier im Wege der Güte, und mit Vorbehalt unsrer Rechte, nochmals darauf an:

den Recess de 1721 von neuem als ein verbindliches Land GrundGeseß anzuerkennen, und ihn in allen Puncten und Clausuln sofort in Erfüllung zu bringen.

Wie ser würde unser gnädigster Landes Herr, unsre geliebte MirStände, ihren waren Rumm vergrößern, wann sie sich freiwillig zu dem verständen, was Recht und Billigkeit von ihnen fodert? Wie ser würde sie der eingeborne pro-

protestantische Untertan segnen, daß sie ihn wieder als Land des Kind betrachteten! Wie sehr würde dadurch auf immer der Fleiß, die Thätigkeit, die Vaterlandsliebe des protestantischen Untertanen angefeuert werden, wenn Edelmann, Bürger, und Bauer, sähe, daß ihm doch die Wege nicht ganz versperrt wären, um an der Verwaltung und den Einkünften des Staats einigen Theil zu nehmen, um doch wenigstens zu einigen Verdienungen zu gelangen! Wie sehr würde dadurch Zutrauen zwischen Haupt und Gliedern hergestellt, und das Wohl des Ganzen dauerhaft befördert werden!

G. H. G. v. Kniestadt.	L. v. Görta gen. Wrisberg.	v. Rheden für mich
v. Oberg.	G. Bock v. Wälfingen.	v. Hammerstein.
F. W. Gudewill qua Deput.	G. L. Bodensiedt.	und in besondrer Woll-
der Stadt Alfeld.	Deput. der Stadt	macht des Hrn. v.
G. W. Dieterich qua Deput.	Peina.	Steinberg.
der Stadt Alfeld.		G. Fr. Schmidt Dep.
		der Stadt Bockenem.
		M. I. Lauenstein, Syn-
		dic. & Deput. der
		Stadt Elze.

### Nachschrift.

Bei dieser Vorstellung u., soll Hr. Syndicus Crome, der Redacteur gewesen seyn, 2 würdige Mitglieder des Adels aber, die Herren v. B. und v. Abi, vorzüglich schätzbare Materialien dazu geliefert haben.

Der in dieser Vorstellung aufgerufene "neue Hildesheim'sche ReligionsRecess vom J. 1711", steht wörtlich gedruckt in Lauenstein's diplomatischer Historie des Bistums Hildesheim (Hildesheim, 1740, 4), Th. 1, S. 220 — 228. Vielleicht tue ich nicht Hildesheim'schen Lesern einen Gefallen, wenn ich aus eben angeführtem Lauenstein (vergl. mit dessen Hildesheim. Kirchen- und Reformation's Historie, Hannover, 1736, 8), folgendes zum Verständnis der äußerst wichtigen Debatte excerpire.

A. 1521 kam Johann IV, 46ster Bischof von Hildesheim, geb. Herzog von Sachsen-Lauenburg, Ueberwinder der Braunschweiger auf der Heide bei Soltan, durch Ks. Karl V in die Reichsacht: und seit 1523 ward der bei

weitem größere Teil des Bistums (das große Stift seitdem genannt) Braunschweig incorporirt.

A. 1542 drang die Reformation in diesen Braunschweigisch gewordenen Teil des Bistums ein, und ward seit 1568 allgemein im Lande.

Seit 1627, wie Kf. Ferdinand die protestantische Religion samt der deutschen Freiheit zu ermorben drohte, kam auch Hildesheim vorzüglich in die Enge. Der evangelische Pfarrer zu Gdren, Bissendorf, wurde 1629 geköpft, weil er gegen Jesuiten geschrieben hatte. Das ganze große Stift ward von den Kaiserlichen erobert, und dem Bischof wieder eingeräumt. Aber im Jul. 1634 wandte sich das Blatt; das große und kleine Stift kam an Braunschweig; selbst im Dom in Hildesheim ward evangelischer Gottesdienst eingeführt. Gleichwol wurden beide Stifter im J. 1643 von Braunschweig an den Bischof zurückgegeben, unter dem Beding der "freien Religionsübung für den protestantischen Adel auf 70, und für nichtadliche Protestanten auf 40 Tare"; nach welchen Terminen alle Protestanten, die bis dahin nicht katholisch werden wollten, ihre Güter verkaufen, und emigriren mußten. Der Westfälische Friede vernichtete A. 1649 diese schreckliche, die Menschheit und Deutschheit entehrende Bedingung.

Seitdem wurden noch mehrere Reccessse zur Sicherheit der Protestanten gemacht. Gleichwol — machten 1668, DomsCapitel, die 7 Stifter, und die 9 Feldklöster, eine Union zum Nachteil der Protestanten: die 7 Stifter schoben sich bei der Gelegenheit zum 4ten Stand auf dem Landtage ein, und Adel und Städte litten es! Auch wurden die Protestanten noch auf viele andre Arten mißhandelt.

A. 1696 rief Kf. Leopold die Bedrucker vor das CammerGericht. Schweden und Braunschweig, als Niebersächsisch KreisDirectoren, ließen ein überaus nachdrückliches Schreiben an den Bischof ergehen, worin 15 gravamina hergerechnet, und namentlich der ärgerliche PfaffenVerkauf derb gerügt wurde. Nichts half!

A. 1702 stächete der neue Bischof, geb. Herzog von Baiern, gekrönt mit seinem Bruder, aus dem Lande: 10. Tare lang regierte indeß das DomCapitel, und häufte die

die Bedrückungen, anstatt sie abzustellen. Schon A. 1703 schrieben Schweden, Preußen, Kurhannover, Saxe und Wolfenbüttel, an das DomCapitel; auch der Niedersächsische Kreis schrieb wieder, und drohte. Nichts half! Nun belegte der Kurfürst von Hannover alle in seinen Landen belegene Güter des DomCapitels mit Sequester: das half! A. 1709 erklärte sich das DomCapitel mündlich und schriftlich gegen Kur- und das Herzogl. Braunschweig, den ehemaligen Verträgen gemäß zu handeln: so gleich ward das Sequester aufgehoben. Aber bald lies das DomCapitel verlauten, der vor einem Jar errichtete Recess sei nicht gültig, weil man denselben nicht in vollen Capitel einstimmig abgefaßt hätte. Da lies der Kurfürst von Hannover, A. 1710, den 14 Febr. die Stadt Peina, und den 21 Febr. die Stadt Hildesheim selbst, mit seinen Truppen besetzen, und in des DomCapitels 3 Aemter Dragoner legen. Das half! Nach mühsamen Unterhandlungen, ward endlich 1711, den 11 Jul., durch Kurhannoversche Vermittelung, zwischen DomCapitel einer-, und Adel und Städten (d. i. Protestanten) anderer-, der "neue-Religions-Recess" gemacht. Er enthält 24 Nummern; in der 13ten wird namentlich wieder der Krämerei mit den Pfarreien entsagt.

A. 1714 ward der geächtete Bischof (auch Kurfürst von Eöln), *Jos. Clemens*, durch den Badischen Frieden wieder eingesetzt, nam Besitz von Hildesheim, wollte aber — an vormeldten Recess nicht gebunden seyn. Er starb 1723. Während seiner Regierung von 1715—1720 passte raube Intoleranz. Die Evangelischen Stände klagten in Hannover: von dar kam ein nachdrückliches Ermanungsschreiben an das DomCapitel; dieß fruchtete etwas in den Jaren 1722 und 1723. — A. 1730 wollte die kleine Anzahl Katholiken, meist Etrangers, den 80000 eingebornen Hildesheimern verwehren, das Jubiläum der Augsburgischen Confession zu feiern: der große Publicist *Serulle* bewies das Selbstthum davon in einer Druck-Schrift, und man gab nach.

Was von 1730 bis 1793 in dem Lande Hildesheim vorgefallen, ist meines Wissens noch zur Zeit dem Publico nicht en détail geoffenbart, wird es aber wahrscheinlich werden: dann wie verlautet, ist die Sache beim Cammer-Gerichte



anhängig, weil die Vorstellung mit keiner Antwort beehret worden ist.

---

28.

Ueber GeldStrafen auf Akademien;  
und eine damit zu Göttingen gemachte Veränderung.

Unter allen auf deutschen Unversitäten bisher üblichen DisciplinStrafen, welche nach Verhältnis zu der Strafbarkeit der Vergehungen, in außergerichtlichen oder gerichtlichen Verweisen, Geldbussen, CarcerStrafen, stiller Begreifung oder dem sogenannten *Confilio abeundi*, und der Relegation, zu bestehen pflegen, ist keine so oft gemisbilligt, oder so verschieden beurteilt worden, als die GeldStrafen.

Der gewöhnliche dagegen gemachte Vorwurf ist dieser: daß damit mer die Eltern, als der Straffällige Studirende gedrückt würde. Da nun überdem, nach der Verfassung der meisten protestantischen Unversitäten, der zeitliche Prorektor einen Anteil von den einkommenden StrafGeldern, als einen Teil seiner AmtsBesoldung, bekömmt; so hat dieses den allgemeinen Widerwillen gegen diese Strafen noch vermehrt. Auf der einen Seite ist man nämlich wol so weit gegangen, daß man unbillig genug urtheilte, bloßer Eigennuß hatere die gänzliche Abschaffung dieser unzweckmäßigen Art der Strafen. Auf der andren aber haben manche Prorectoren, die den Verdacht, als ob eigenes Interesse sie in der Wahl der Strafen leite, durchaus vermeiden wollten, mit Beseitigung aller andern Rücksichten, die Erkennung derselben in jedem vorkommenden Falle aufs sorgsamste zu vermeiden gesucht. Sie blieben alsdenn entweder bei bloßen Verweisen stehen; oder sie gingen gleich zu CarcerStrafen über, und strafen in

in ein oder dem andern Falle gelinder oder härter, als ihre Vorgänger und Nachfolger.

Daß hieraus eine der ganzen akademischen Disciplin höchst nachtheilige Ungleichheit entsteht, — daß ferner hiemit überhaupt, richterliches Willkür ein viel zu freies Feld gewinnt, wenn es sich über Strafarten, die durch Gesetze oder Herkommen sanctionirt sind, hinaussetzen darf; — daß dieses auch insonderheit für diejenigen unter den akademischen Bürgern, welche zu künftigen Richtern gebildet werden sollen, ein sehr schändliches Beispiel sei; das alles fällt in die Augen, und muß jeden überzeugen, daß eine allzugroße Delicateffe gegen einen an sich unbilligen Verdacht, auf eine andre Weise noch mehr Schaden verursachen könne, als wirklicher Eigennuß; und daß folglich ein gerades, gleich durch gehendes und legales Verfahren, auch in Verwaltung einer disciplinarischen Gerichtsbarkeit, allemal das beste sei.

Denenjenigen, welche hierüber etwas gefällig zu bestimmen vermögen, muß auch noch diese Betrachtung von Wichtigkeit seyn, daß bei einer so großen Mannfaltigkeit der auf Universitäten vorkommenden Vergehungen, und ihrer individuellen Strafwürdigkeit, es wohl nötiger seyn mögte, auf Verminderung als auf Verminderung der verschiedenen Stufen der Strafen zu denken. Es ist sehr wichtig, daß zwischen Verweisen und Carcer auch ein Drittes in der Mitte ist: weil es viele Fälle gibt, worin Carcer entweder überhaupt, oder doch wegen individueller Umstände des Straffälligen, eine zu harte, und nach billigen, zum Theil auch notwendigen Rücksichten, unanwendbare Strafe seyn würde; bloße Verweise aber nicht die erforderliche Wirkung, besonders in Abschreckung anderer von ähnlichen Vergehungen, tun würden. In dem Raisonement über protestantische Universitäten, Th. IV, S. 326 folg., ist hierüber vom sel. Michaelis sehr viel richtiges, und auf lange Erfahrung gegründetes, gesagt worden, welches hier zu wiederholen überflüssig seyn würde; und man muß das Ur-

tell dieses scharfsehenden Beobachters hierüber für desto unparteilicher halten, da er selbst die Uebernehmung des Prosectorats jederzeit abgelehnt, mithin nie an den Strafgebern Antheil genommen hat.

Was aber den vorhin erwähnten HauptVorwurf gegen die GeldStrafen betrifft, so mögen darwider hier nur folgende Bemerkungen Platz finden. Erstlich ist es nur in dem einzigen Falle war, daß GeldStrafen die Eltern, und nicht die Straffsälligen Studirende, treffen, wenn Eltern so schwach sind, ihren Söhnen so viel Geld zu geben, als diese Lust haben zu vertun. Zum Besten aller Universitäten wäre, aus vielen andern jetzt nicht zu berührenden Gründen, zu wünschen, daß es solcher schwachen Eltern nur wenige geben mögte. Da der Sohn, nach geendigter akademischer Laufbahn, seine Ausgaben nach einem bestimmten Etat der Einnahme wird einrichten müssen, wenn er nicht ein neues Beispiel der alltäglichen Geschichte, Johann konnte nicht leben! (*Möser patriot. Phantasien*, Th. I, n. 29) werden soll: so ist ja nichts heilsamer, als ihm gleich beim ersten Eintritt in die Welt, eine seinen Vermögens- Umständen, und den wirklichn akademischen Bedürfnissen, angemessene Summe zu bestimmen, womit er auskommen soll. Wenn das vernünftiger Wille geschehen ist, und darüber genau gehalten wird: so fällt die GeldBuße, wozu er etwa verurteilt werden mögte, nicht den Eltern zur Last; sondern sie vermindert dasjenige, was dem Studirenden sonst, nach Beschaffenheit seines Wechsels, zu seinem Vergnügen übrig blieb. "Aber vielleicht läßt er sich hieran doch nichts abgehen, und macht lieber Schulden"? Das ist freilich sehr möglich: indessen zeigt das Credit Edict den Eltern auf diesen Fall Mittel, bei deren Anwendung solche Schulden für sie eben nicht drückend werden können; u. dieser Mittel werden sie sich bei einem Sone, der nun einmal noch nicht Hauspalten gelernt hat, doch bedienen müssen, wenn er auch keine Geld.

GeldStrafen zu erlegen gehabt hätte; falls sie nicht lieber auch durch seine Verschwendung gestraft seyn wollen.

Zweitens machen sich die Gegner der GeldStrafen gewöhnlich darin eine sehr unrichtige Vorstellung vom Carcer, indem sie glauben, daß CarcerStrafe mit keinem GeldVerluste verbunden sei. "Das Carcer ist das teuerste Logis, sagt *Michaëlis*, welches man auf Universitäten finden kan"! Es wirkt also auch auf den Beutel der Studirenden und ihrer Eltern, wenigstens völlig so viel, und oft mer, als eigentliche GeldStrafen; wenn man auch den unsichtbaren Segen nicht mit in Anschlag bringt, welcher, nach der Bemerkung des vieljährigen nahen Beobachters, über dem Hause eines CarcerWärters walten soll. Andere großen Inconvenienzen, welche von der CarcerStrafe unzertrennlich sind, und nicht wünschen lassen, daß sie gar zu gewöhnlich, oder mit Ausschluß der GeldBuße allein üblich werde, nicht zu gedenken, — ist noch

Drittens, bei dem Unterschied des Carcers und der GeldStrafe, zu erwägen, daß für den Studirenden bei ersterem das verloren geht, was mit keiner GeldErsparnis ersetzt werden kan, — Zeit! auf deren Zweckmäßige Anwendung doch auch wol in der Wahl der Strafen, insbesondere wenn der Straffällige sonst in dem Rufe des Fleißes steht, von der akademischen Obrigkeit billige Rücksicht genommen werden muß.

Wenn nun gleich diese wenigen Bemerkungen für jeden Unbefangenen hinreichend seyn mögten, das gemeine Vorurtheil gegen den Gebrauch der GeldStrafen auf Universitäten zu entkräften, und den Nutzen und die Unentbehrlichkeit derselben in vielen Fällen außer Zweifel zu setzen: so sind sie doch nicht hinlänglich, denjenigen ganz zu beruhigen, welcher gern allen — auch den entferntesten — den unbilligsten —, u unverdienstlichen Verdacht von seiner Amtsführung zu entfernen wünscht, daß nämlich eigenes In-

teresse bei ihm auf die Bestimmung der StrafArt irgend einen Einfluß haben könne.

Auf der Universität Göttingen bekam, nach der bisherigen Statutenmäßigen Verfassung, der Prorektor den dritten Teil der eingegangnen StrafGelder; und dieses war gerade der einzige Artikel, welcher eigentlich bestimmt zu seyn schien, daß er für den beschwerlichsten Teil seiner AmtsPflcht, — für die Verwaltung der Gerichtsbarkeit in DisciplinSachen —, Vergeltung seyn sollte. Schon in dieser Rücksicht konnte den Prorectoren billiger Weise nicht zugemutet werden, daß sie, um allen Verdacht des eigenen Vorteils von sich abzuwenden für sich und ihre Nachfolger im Amte, auf diesen Teil der Einnahme hätten völlig Verzicht tun sollen; wenn gleich verschiedene unter ihnen, aus gänzlich er Abneigung gegen eine solche Art der Belohnung, wol den ganzen StrafDritteil den Armen, oder dem Waisenhaus, überlassen haben.

Daß man übrigens gleich bei der ersten Einrichtung der Akademien darauf gefallen ist, einen Teil solcher GeldBussen zur Besoldung auszusetzen, wird niemanden befremden, der mit unsrer deutschen GerichtsVerfassung etwas genauer bekannt ist; nach welcher GeldBussen, insonderheit bei solchen PatrimonialGerichten, welche ganzen Corporibus angehören, der Regel nach, als bloße fructus jurisdictionis betrachtet, und denen, welchen die Verwaltung derselben obliegt, wenigstens zum Teil als DienstVergeltung angewiesen werden.

Welchen sparsamen Gebrauch gleichwol, die Prorectoren und das akademische Gericht zu Göttingen, bisher von dieser Art der Strafen gemacht haben; davon kan folgende genaue Berechnung den sichersten Beweis geben. In einem ZeitRaum von 9 Jahren, nämlich vom J. 1783 bis 1792, betrugen die sämtlichen StrafGelder, nach einem aus 18 halbjährigen ProrektoratsRechnungen gemachten Auszuge, eine Summe von — 882  $\text{rL}$  8  $\text{Ggr}$ . Im Durchschnitte

schnitt kam also auf jedes halbe Jar überhaupt nicht mer, als — 49  $\text{R}$  5  $\frac{1}{2}$   $\text{S}$ . Hieron wurden, nach der bisherigen Statutenmäßigen Verfassung,  $\frac{2}{3}$  dem akademischen Fiscus berechnet; und der übrige  $\frac{1}{3}$ , welcher hiernach einem halbjährigen Prorektor zu Theil worden ist, beträgt im Durchschnitt nur — 16  $\text{R}$  8  $\text{gg}$ . 17  $\text{S}$ .

Man sieht also schon aus dieser Berechnung, daß zu Göttingen die Beutel der Studirenden und ihrer Eltern durch die GeldStrafen nicht gedrückt sind; und es dürfte wol nicht leicht auf einer andern protestantischen Akademie in Deutschland, eine nach Verhältnis der Zal, des Vermögens, und Standes der Studirenden, größere Schonung im Gebrauch der GeldStrafen beobachtet seyn. — Daß übrigens bei dieser Berechnung ein ZeitRaum von 9 Jaren zum Grunde gelegt worden, geschah theils deswegen, weil bei Anschlägen, welche den Werth einer Patrimonial-Gerichtsbarkeit nach ihrem Ertrag auszumitteln gemacht werden, diese Zal der Jare an sich die gemein-übliche ist; theils auch, weil bei Verwaltung der akademischen Gerichtsbarkeit zu Göttingen, noch der besondere Umstand eintritt, daß die Zal derjenigen Mitglieder des akademischen Corporis, welche Prorektoratsfähig sind, gerade aus 18 Personen besteht, von welchen ein jeder diese Stelle, der Regel nach, ein halbes Jar bekleidet.

Um nun endlich auch noch die, bei einer wechselnden akademischen Justizverwaltung, onehin so schwer zu erreichende, gleich durchaehende Disciplin, so viel möglich auf einerlei Regel zurück zu führen, und auch den ihr von dieser Seite im Wege stehenden Gedanken eines eigenen Vortheils, von dem Amte des Prorectors gänzlich zu entfernen, ons die Einkünfte des Fiscus oder des Prorectors zu vermindern, ist, nach einem von königl. Regierung zu Hannover genehmigten Vorschlag des akademischen Senats zu Göttingen, nummero die Einrichtung getroffen worden, daß

1. vom 1 März d. J. an, alle GeldStrafen dem Prätor berechnet werden, der jedesmalige Prorektor aber keinen Verhältnismäßigen Dritten Theil davon weiter erhalten; dagegen soll

2. die nach dem vorhin erwähnten Anschlage ausgemittelte Summe von 16 Rthlr. 8 ggr. für den zeitigen Prorektor in jedem halben Jare, als ein fixes Surrogat für den ehemaligen Drittel der StrafGelder, ohne Rücksicht auf die während seiner Amtsführung aufgetommene Summe der StrafGelder, in Ausgabe gebracht werden.

Da übrigens die ganze Einrichtung einen unständigen RechnungsArtikel zum Gegenstande hat, auf welchen mancherlei nicht vorauszu sehende Umstände und Ereignisse Einfluß haben können: so ist damit fürs erste nur ein Versuch auf 9 Jare getroffen worden; nach deren Ablauf das jetzt beliebte Surrogat allemal wieder erhöht oder vermindert werden können.

Sehr heilsam aber ist's für die Universität und den jetzigen Prorektor, daß letzterer nunmehr auf keine Weise weiter dabei interessiert ist, ob viel oder wenig StrafGelder eingehen; mithin auch aller Argwohn einer Rücksicht hiernauf, von seiner Amtsführung entfernt ist.

Göttingen, 22. Mai 1793.

Kunde.

29.

Juden in Göttingen, eingeschränkt.

Aus den Götting. Gel. Anzeigen, 1793, St. 79, S. 785.

Durch die höchste väterliche, nie genug zu verehrende Vorsorge, ist noch eine Wohlthat der Universität, und nicht

1. Vergl. mit oben StatsAnz. Heft 60, S. 439—478; sonderlich S. 467 folg., wo die Geschichte der Juden in Göttingen Actenmäßig erzählt worden. Auch vergl. mit dem Umschlag zu Heft 63, S. 4.

2. Dieses noch zielt auf das unlängst gemachte Geschenk des Königs von 1000 Rthlr. an den ProfessorWittwenFiscus.

nicht weniger der Stadt und Gegend, zugeflossen, daß durch ein unterm 5 Apr. d. J. erlassenes Rescript, den hier vorhandenen Juden, bei der auf den 1 Mai 1796 erfolgenden Erlöschung der Schutzbriefe, der Schutz unabänderlich insofern aufgekündigt worden, daß von den 11 hier vergelteten Juden, nur 4en der Schutz erneuert, fortin aber nach Abgang des Einen von diesen, es eine unverbrüchliche Regel seyn soll, daß nie mehr als 3, aber wol weniger, handelnde Schutzjuden, und blos für ihre Person, hier geduldet werden sollen, deren Betragen sich übersehen läßt, und die selbst bei der ersten straffälligen Unternemung entfernt werden sollen.

Wir haben endlich dadurch die frohe Aussicht erhalten, daß die große Leichtigkeit, Schulden zu machen, abgeändert seyn wird, welche so viele junge Studirende, zumal von Stande, zu unmäßigem Aufwande verleitet hat, der den Familien, und zugleich uns allen selbst, so nachtheilig war. Eine solche Zal Menschen, wie die in den Judenfamilien begriffene war, Menschen, die selbst nichts productiren, mußte zu ihrer Erhaltung alles versuchen, um auf Kosten anderer zu leben.

Sie können, in angelegter Zeit, um Schutz an andern WohnPlätzen hiesiger Lande ansuchen, nur nicht im Göttingischen und Grubenhagenschen.

Desto schärfer soll es aber, und unausbleiblich, an hiesigen Bürgern und Kaufleuten gehandelt werden, wenn sie in die Tustapfen der Juden treten, und mittelbar oder unmittelbar, es sei auf eine noch so versteckte Art, den verschwenderischen Neigungen der Studirenden Vorschub leisten sollten.

Zu gleicher Zeit ist das akademische Gericht angewiesen, auf alle diejenigen unter den Studirenden zu achten, die sich durch einen bekannlich über ihre Kräfte gehenden Aufwand auszeichnen; sie zu warnen, den Eltern und Vormündern davon Anzeige zu thun, und wofern von die-



dieser Sekte, wie so oft der Fall ist, keine Abänderung erfolgt, an die königl. Regierung zu berichten, welche sofort solche Verschwender, die ein verderbliches Beispiel geben, schnell von der Universität entfernen wird.

---

## 38.

## Aus KurSachsen.

Vorstellung an die Hrn. Abgeordneten des Städtischen engern Ausschusses. [Hier nur im Auszug].

... Sachsens Städte sind das nicht mehr, was sie sonst waren. Sie sind von ihrem blühenden Zustande tief herabgesunken, und die Armut hat ihren traurigen Wonsitz in selbigen aufgeschlagen.

Wir dürfen in der Geschichte unsers Vaterlandes nur eine mäßige Reihe von Jahren zurückdenken, und wir finden die glücklichen Zeiten, daß die Plätze zum Erbauen der Häuser in den Städten nicht hinreichend waren. Man mußte es daher erlauben, daß diejenigen, welche Teilnehmer der geschätzten Städtischen Nutzung zu werden wünschten, sich außerhalb der Ringmauren anbauen durften; und es entstanden daraus die Vorstädte.

Damals vermochten es die Bürgerschaften, sich Tempel und Rathhäuser und andre öffentliche Gebäude, ja sogar kostbare FestungsWerke, zu erbauen und zu erhalten, die nach dem Geschmack jener Zeiten, und nach den damaligen Kenntnissen der Baukunst, bei welchem unter die prächtigsten gehörten. Die Städte vermochten es, Commungüter um nicht geringen Wert, und nicht selten benachbarte Landgüter, sich anzukaufen: so blühend war ihr Zustand. Aber sie sind dahin, jene glücklichen Zeiten, und der allgemeine Nothstand ist ihnen auf dem Fuße nachgefolgt.

Man

Man ist genöthigt gewesen, die meisten von den gemeinschaftlichen Städtischen GrundStücken zu veräußern. Man vermag es nicht, aus dem Vermögen der Bürgerschaft, die Wüsteneien in Städten, auch nur mit mäßigen bürgerlichen Wohnhäusern zu bebauen; und sogar liegen die Schutthäufen vor unsern Augen noch da, welche die zerstörende Gewalt des 7jährigen, vor bereits 3 Jahren beendigten Kriegs, nicht wenigen Städten unsers Vaterlands zurückgelassen hat. Noch bis zum heutigen Tag läßt man, z. B. an Wüsteneien, die der angewandten Bemühungen ongeachtet, keinen Erbauer gefunden haben, HausBaustellen

343 zu St. Annaberg	215 zu Marienberg
68 — Buchholz	144 — Oschatz
300 — Herzberg	60 — Pirna

mischen in 11 Städten 1130 Bürger-Häuser. Es läßt sich daraus ein Ueberschlag machen, wie groß die Anzahl derseben durch das ganze Land seyn müsse.

Der Werth der Häuser ist gegenwärtig in den meisten Städten außerordentlich herabgesunken; und es gibt der Städte nicht wenig, wo annoch stehende Häuser, die man unentgeltlich sell bietet, keinen Anwerter finden.

Das bare Vermögen der BürgerFamilien ist größtentheils so unbedeutend, daß es zu Anschaffung der nöthigsten Bedürfnisse, die ihr BrodErwerb erfordert, nicht hinreichend ist. Täglich ziehen daher mehrere BürgerFamilien auf das Land mit den Ihrigen. Und es ist nicht zu bezweifeln, daß sobald es einen benachbarten Fürsten gäbe, der durch Ansehen, seines Landes VolksMenge zu vermehren gut achtete, die Bewohner der Städte unsers Vaterlandes ihm in solchen Haufen zuströmen würden.

Dieses Uebels Ursachen liegen am Tage. Die die Städte umgebenden RitterGüter haben nämlich, so wie die CammerGüter und Vorwerke, alle Arten des Städt-

schen NarungsErwerbs an sich gezogen. Unter dem Vorwand des ihnen Steuerfrei zu brauen begünstigten Tisch-Trunks, haben sie sich so ansehnliche Brauereien zugelegt, daß von jeder derselben eine ziemliche Bürgerfamilie würde leben können, wenn man sie ihnen nicht entzissen hätte. Denn es gibt der RitterGüter nicht wenig, bei welchen der Brau-Orbar allein, in den Pacht- und NarungsAnschlügen, auf mehrere 1000  $\text{r}$  reinen Gewinnes, alljährlich von den Eigentümern zugesichert wird.

Auf den meresten Dörfern fährt man fort, die Anzahl der Häuser durch neuen Anbau, besonders auf RitterGuts-Grund und Boden, zu vermehren; welches die von Kreis- und Amtshauptleuten alljährlich hierüber eingesandte Berichte, ohne Widerspruch beweisen. Alle diese Häuser werden nicht mit AckerLeuten, als für welche kein Land zu erteilen mer übrig ist, sondern metentells mit Handwerkern und DorfHändlern, besetzt, die den Städtler auch von dieser Seite Brodlos machen. Denn frei von allen Städtischen Beschwerden, ohne SchockSteuern, GeneralConsumptionsAccise, NarungsGeldern, und andern bürgerlichen Lasten, können sie dort die Waren für weit wolfeilere Preise lassen, als der Städtler: und wenn sie dieses auch nicht tun, so ist es schon dem Landmann Veranlassung genug, ihnen abzukaufen, weil er sie näher als die Städtler bei sich hat. In den WerkStellen des Städtischen Meisters hingegen, herrscht indessen eine Armut gebärende traurige Stille

.....

Es ist jetzt nicht die Absicht zu behaupten, daß der Unterschied der Stände, mit der Wolfart eines Landes an sich, nicht bestehen könne. Das aber wird mit gutem Verstand der Wahrheit laut behauptet, daß der zu große Abstand der Stände von einander, wenn man nämlich die arbeitenden Classen im State ganz hin in die Gefilde des schmachtenden Hungers verbannet, ernsthafteste Folgen für den

den Etat und seinen Thron befürchten läßt. Dem Vortrang vor jedes verhaßte Beispiel, das diesen Satz zwar unwidersprechlich beweisen würde! . . . Jeder wolle und für sein Land Vaterliebe im Busen fühlende Fürst, wird onedies von dieser Wahrheit überzeugt seyn, und dafür sorgen, daß die WagSchale hierunter auf keine Weise überwogen werde. Das aber, glauben wir, ist jetzt in unserm Vaterlande unläugbar der Fall, wenn man den Adel und dessen blühenden Wohlstand auf einer, und den fast in den letzten Zügen liegenden Narungslosen Zustand der Bürger auf der andern Seite, in Betrachtung nimmt.

Fast alle einträgliche StaatsBedienungen, und dazu unter selbst solche, die dem BürgerStande sonst aufbehalten waren, werden ihnen jetzt Vözugsweise zu Theil. — Der Ertrag der RitterGüter ist, seitdem alle ländliche Products im Wert so hoch gestiegen sind, und seitdem alle RitterGüter die Narung der Städte an sich gezogen haben, um die Hälfte gegen sonst, und noch höher, gestiegen. — Die meisten besitzen des baren GeldVermögens so viel, daß sie wünschen, es möchte die SteuerCreditCasse mit der CapitalsÜbertragung ewig anstehen, damit sie bei selbiger ihr überflüssiges Metall zinsbar und sicher unterbringen könnten. — Bei jedem zum Verkauf ausgetreten werdenden RitterGute wird der KaufWert desselben gegen ehedem, zur Hälfte und drüber überstiegen. Alles dieses sind lautredende Beweise, daß die Ritterschaft im größten Wohlstande lebt.

Wie groß ist aber nicht der Abfall dagegen; wenn man das Darben des täglich mer verarmten BürgerStandes, jenem Ueberflusse gegen über stellt? . . . [Fakta zum Beweise, sind nicht angegeben; deren Stelle sollen rührende Schilderungen, d. i. Declamationen, vertreten].

Aber woher dieser zu auffallende Abstand? Es fällt in die Sinne, daß die vorher erwähnten Ursachen die einzigen nicht sind, welche die dormalige Armut des Bürgers nach

sich gezogen haben. Man hat vielmehr eine noch weit elchere gere damit zu vergesellen gewußt, die darinn besteht, "daß man, zu Aufbringung der allgemeinen LandesBedürfnisse, einz mit dem Verhältniße gegen die Besizungen des Adels so ungleiche last, auf die Schultern des Bürger- Standes gelegt hat, welche ihn notwendig so tief hat "beugen müssen".

Die Richtigkeit dieses Anführens wird anschaulich, wenn man den Ertrag eines Ritter Sitzes, und einer Stadt, die nach QuadratMas gerechnet, beide ungefähr gleich viel LandEigentum besizzen, neben einander aufstellt. — Der Ritter Sitz trägt z. B. in diesem Falle alljährlich seinem Herrn ungefähr 2000  $\text{r}\ell$  und drüber, an gewissem PachtGelde oder Mäzungen, ein: und davon zalt er, zur Bestreitung aller und jeter LandesBedürfnisse, auf ein volles Jar mer nicht als 19 bis 20  $\text{r}\ell$  an Donativ Geldern von einem vollen RitterPferde, und 2  $\text{r}\ell$  an PersonSteuerBetrag. — Die Stadt hingegen bringt zu den LandesBedürfnissen, nach einem fer mäßigen Ansat, alljährlich auf:

1100 $\text{r}\ell$	an Schoß und QuatemberSteuern,
100 —	LandAccise,
50 —	Gleite
1800 —	GeneralAccise
200 —	PersonenSteuer
300 —	ordliche Gefälle ins RentAmt, an Zinsen, JarRenten, KüchenGeldern, und wie man alles nennt, dergleichen
150 —	Servis, und
150 —	FleischSteuer.

3850  $\text{r}\ell$  SUMMA.

Berechnet man dies auf eine Zeit von 20 Jaren: so wird binnen dieser Zeit, die Stadt um 77000  $\text{r}\ell$  ba- res Geld ärmer, wo es der adliche GutsBesitzer höchstens gut

nur um 440  $\text{r}\ell$  wird. Dieses ersetzt aber bei Vielen die Befoldung für seine Stats-Bevlehung, in einem einzigen Jare, doppelt und drüber. Die Stadt und ihre Bürger-schafft hingegen, muß über obiges mer als 200  $\text{r}\ell$  zu dem beiden Brand-Cassen jährlich aufbringen, muß alle geistliche und Gemeln-Gebäude, nebst dem Stadtpflaster, unterhalten, und was der Dinge dieser Art mer sind.

Offenbar kan daher, selbst bei Anspannung der letzten Kräfte, hier so viel durch den angestrengtesten Fleiß nicht er-zungen werden, als zur Aufbringung obiger Stats-Bedürfnisse, und noch überdies zur Erhaltung von ungefähr 200 Bürger-Familien, erforderlich ist. Man müßte nicht er-wagen haben, wie mannichfaltig die Bedürfnisse unsers Lebens, auch selbst bei denen zu seyn pflegen, die es unter Kummer und Thränen dahin hauchen, wenn man das Gegentheil hie-ßen behaupten wollte.

Welcher Edele im Volke wird aber, bei dem eben aufge-stellten Gemälden, die so treu sind, Mut genug haben, noch ferner behaupten zu wollen, daß es billig, daß es ge-recht sei, diese drückende Lasten dem Bürger nicht nur nicht zu mindern; sondern daß auch das Was eines richtigen Ver-hältnisses es fer wol verstatte, alle übrige Erfodernisse des Landes, deren bei jeder Versammlung der Stände immer verlangt werden, zu jenen Lasten noch hinzuzufügen?

Ser unzureichend wird hiebei der Einwand seyn, wenn von Seiten des Adels, alle diesfällige Mittelbenheit von sich abzulenken, man auf den bloßerhgen Brauch, und auf die hierunter gehabte gnädigste Nachsicht des Fürsten, zu viel sich stützen wolle. Dann sind nicht alle Befreiungen, welche die Vasallen wegen ihrer Ritter- und Lehn-Güter ge-nossen, von Seiten des Landes-Herren, ihnen ursprünglich und einzig, unter den unlängbaren und unabänderlichen Be-dingungen zugestanden worden, daß zur Zeit des Kriege, sie mit allen ihren reifigen Antheilen aufsitzen, und unbefol-det, auf ihre alleinige Kosten, ins Her ziehen wollten?

Kann das Vaterland, wenn die gefürchtete Wille des vorererbenden Kriegs, über dasselbe daher zu ziehen beginnt, diesen Dienst, diesen onentgeltlichen Schutz wider seine Feinde, sich von ihnen noch immer versprechen? Werden sie, als Beschützer ihrer LehnGüter, gleich den ersten Erwerbbern derselben, den feindlichen Legionen die Stirne noch jetzt dar? Oder fñhrt ihr Arm das StråttSchwert ohne Sold, nach RitterArt, gleich ihren VorEltern noch ist?

Es sage niemand unter ihnen, daß sie dieser Obliegenheit, durch Zahlung obiger DonatioGelder, sich entledigten: denn es ist leicht abzunehmen, daß mit dieser unbedeutenden Summe, wenn sie von 20 RitterPferden zusammen gerechnet wird, man nicht einen einzigen Reiter ins Feld zu stellen, und ihn Jar lang daselbst zu erhalten, vermag.

Hat aber der Adel seine Lånderlehen und Gåter, ursprånglich und eigentlich, wegen der fñr sich und die Seinen gen onentgeltlich dafñr zu leisten angelobten KriegsDienste, ausgetan bekommen: so folgt auch richtig, daß er die zur Erhaltung des vaterlåndischen KriegsHeers erforderlichen Kosten, wo nicht allein, doch vorzñglich, zu tragen habe.

In Rücksicht dessen, und da ùberhaupt auch zu den åbrigen LandesBedürfnissen, der Adel einen Verhåltnismåßigern Beitrag, als bisher, zu geben sich nicht weigern wird, tragen wir hienit darauf an:

daß die RitterGutBesitzer kñnstighin, zu den gemeinen StatsBedürfnissen, alljåhrlich wenigstens 1 Million Rthlr. mehr als zeithero, in das SteuerArerarium, und zwar halb zur Erhaltung der Armee, und die andre Hålfte vorzñgt zur SteuerCredittCasse, und nach deren Aufhebung dann ferner zur LandesSteuer, beizutragen, sich geneigt finden lassen mögen; dagegen man die Abgaben des Landes, und insonderheit der Stådte, um so viel zu erleichtern, gehorsamt bittet.

Das

Das Directorium, und den Ängern Ausschuss unserer Städtischen Mitstände, ersuchen wir übrigens nicht nur um Vorsprache und Beistand hierzu, sondern bitten auch, dieses unser Anliegen und Gesuch der löbl. Ritterschaft mitzutheilen, derselben bestimmte Erklärung darauf zu erbitten, sodann aber diese Angelegenheit zu Ihro Kurst. Durchl. höchster Cognition zu bringen, damit nach Erörterung derselben, wir wegen der übrigen Landes Angelegenheiten, gemeinschaftliche Beratschlagungen mit Nutzen anzustellen, und bestimmt darüber uns zu erklären, in den Stand gesetzt werden.

Denn wenn von der gegenwärtigen LandesVersammlung, wir nicht die Hoffnung von einigen Erleichterungen der Lasten, unter welchen die arbeitenden VolksClassen bis jetzt seufzen, mit uns zurückbringen; wenn im Gegentheil allenthalben nur von Vermehrung und Erhöhung der Abgaben, die zu jenen noch hinzukommen sollen, hinwiederum die Rede bleibt: so dürften die getäuschten Hoffnungen des erwartenden und dennoch unabänderlich treu verbleibenden BürgerStandes, sowohl gegen uns, die wir doch für ihren Wohlstand zu sorgen verbunden sind, als sonst, zu dem lautesten Klagen und Misvergnügen Veranlassung geben.

Es geschehen, Landhaus Dresden, am 23. Jänner 1793.

C . . . Schm . . .

## 31.

Ablass in Aachen, noch im J. 1793.

Des noch bis auf neuere Zeiten, in einzelnen finstern Gegenden Deutschlands, fortgedauerten, die christliche Religion, selbst nach dem Geständnis aufgeklärter Katholiken, so sehr entehrenden Ablasswesens, ist in diesem Journal häufig gedacht worden; und die Art der Erwähnung hat erweislich gute Wirkung gethan. Von dem Capuciner:



Abläß zu Coſtinz 1780, ſ. Briefwechſ. Heft 43, S. 371, von päbſtlicher Abläß Verfündigung in Baiern 1782 (StaatsAnz. Heft 1, S. 100), JeſuitenAbläß zu Mannheim 1782 (StaatsAnz. Heft 3, S. 258), *Portiuncula* Abläß und S. *Domatus* BligAbſetter im Trierſchen 1784 (H. 16, S. 399, und H. 23, S. 273), in Münſter 1785 (H. 32, S. 480), dem Abläß Handel verboten oder eingeſchränkt in Salzburg (H. 5, S. 108), und im Trierſchen (H. 28, S. 519) u. ſ. w. Aber

noch im Febr. dieſes Jahr, fand ein reiſender nordiſcher Gelehrter in Achen folgende beide AbläßZettel, gar elend und mit einer unzerſtlichen Einfaffung gedruckt, öffentlich angeſchlagen, und ſchickte ſie mir in original zur erſprießlichen Bekanntmachung zu. Wirklich der Klerus im SWlichen Deutſchland ſollte eben ſo in der Aufklärung vorrücken, wie ſeine neuen übrigen Collegen; vornämlich in unſren Tagen, wo notoriſch die Religion mer. wie jemals in Gefahr iſt. S.

### „Vollkommener. Abläß.

Nächſtkünftigen [mitwoch. Iſt eingeſchrieben.] welcher iſt der 7. Novembris, wird in der PredigerKirchen zu Aachen hochfeyrlich gehalten werden das Feſt deß gloriwürdigen und wunderthätigen, H. Erzbischoffs Willibrordi, deſſen H. H. Haupt daſelbſten ruhet, bey welchem diejenige, ſo es andächtig beſuchen, und ſich damit beſtreichen laſſen, w. er das Haupt. Augen. und Ohren. Weß und andre dergleichen Mängel jederzeit groſſen Troſt und Linderung ſpühren, wie die tägliche Erfahrung gnugsam beweiset. Wie von Ihro Päbſt. Heiligkeit. Clemens. dieſes Namens der XI. von dieſer Andacht berichtet, damit die Chriſtgläubige zu mehrerer Andacht dieſes Gloriwürdigen Vatters auffgemuntert würden, hat allen und jeden, welche auff gewöhnliche Weß ſelben Tag ihre Andacht und Communion verrichten, für Geleb. und Einigkeit Chriſtlicher Fürſten und Potentaten, für Aufreutung der Regierungen, und Erhöhung der

der Christ. Catholischen Kirchen andächtig betten werden vollkommenen Ablass verliehen.

Das hohe Amt wird gesungen bei Morgens um 9 Uhr, unter welchem eine kurze Predig gehalten wird, die Vesper und Complet auff gewöhnliche Zeit mit dem Segen des Hochw. Sacrament beschloffen werden. Zu welcher Andacht alle freundlichst eingeladen werden.

### „Vollkommener Ablass.“

Am nächstkünftigen Sonntag, welcher ist der [28] Tag Monats [octobris] wird in der Kirche deren Domnikanessen allhier in Mariä Baumgarten feyerlichst gehalten werden das [Titular] Fest der hochlöblichen Bruderschaft, unter dem Titel der allereeligsten Jungfrauen MARIE und Beichtigers LIBORII, ein sonderbarer Patron wider den Stein; er wird verehret für die Befreyung der vom bösen Feinde Besessenen; denen Blinden, Lahmen, Tauben und Stummen ist durch Fürsprach des H. Liborii das Gesicht, gerade Glieder, Gehör und Sprache mitgetheilet worden; er wird verehret zu Abtreibung des Sandgerißtes und Nieren-Schmerzen; er ist ein wahrer Tröster der Kranken, ein Helfer der Armen und Nothleidenden.

An welchem Tage alle Brüder und Schwestern vollkommenen Ablass verdienen, wenn sie nach vorhergehendet reumüthigen Beicht und empfangener H. Communion diese Kirche andächtig besuchen, allda betten werden für Einigkeit Christlicher Fürsten und Potentaten, Ausreutung der Ketzeren und Erhöhung der Catholischen Kirche, wie auch am letzten Sonntag eines jeden Monats.

An selben Tag wird Morgens um [6] Uhr die erste Mess mit Aussetzung des höchsten Guts, um 10 Uhr das mass. Catholische hohe Amt, sodann die Procession durch den Kreuzgang, Nachmittags um 5 Uhr die Aborianische Andacht und Predig gehalten.

Zu welcher Andacht alle freundlichst eingeladen werden.

## Nachschrift.

Daß Bigoterie, Intoleranz, und Publicistscheue (eine böse Krankheit, wie WasserScheue), immer noch in Achen herrschend sei, ist Reichskundig: alle Reisende erzählen, viele ReiseBeschreiber sprechen im Drucke, davon. Wie findet es der christliche, oder auch nur menschliche Leser, daß die dortigen Geistlichen, d. i. Volkserer, ihre Latenz für die Ausrottung der Ketzerereien, d. i. nach Jesuiters-Erklärung, für die Ausrottung ihrer MitMenschen, Mitbürger, und MitChristen, beten lassen? . . .

Ein sicherer Beleg zu dem, was in den obigen Nachrichten aus Achen (im nächstvorhergehenden 70sten Hest dieser StaatsAnz., S. 199), von Intoleranz gemeldet worden, läßt sich nicht denken. Was müßten die fremden Gäste, die die Achner bis zu Ende Februars bei sich hatten, gedacht haben? Bestärkt mußten sie dadurch in ihrer Irreligion werden: verächtlich, lächerlich, hätte ihnen die ganze deutsche Religion werden müssen; hätten sie nicht nachher in Mainz, Frankfurt u. c., eine andre, selbst dem Gottesläugner ehrwürdige, deutsche Religion angetroffen.

Wegen erstbemeldter Nachrichten, eile ich, auf Verlangen, folgende Erklärungen zu geben.

1. Den Hrn. Verf. jener Briefe kenne ich nicht. Nicht an mich, waren seine Briefe; ich bekam sie durch die 3te oder gar 4te Hand. Wer sie las, dem behagten sie: sie waren so naiv, von einem AugenZeugen, so unbefangen, nicht fürs Publicum absichtlich, geschrieben; desto willkommener für jeden Leser, der der oft faden, noch öfter unzuverlässigen ZeitungsNachrichten, herzlich müde war. — Nicht der Hr. Verf. gab die Erlaubnis, Auszüge davon im Drucke zu machen: seine Freunde, die solche gaben, befragten ihn nicht einmal darum; sie konnten aber auch nicht denken, daß ihm solches unangenehm seyn, oder Unannehmlichkeiten zuziehen könnte: und noch weniger konnte ich es denken.

2. Aber er bezeugte nachher sein Mißvergnügen in seinem Grad darüber. Der gute Mann hats nicht Ursache: denn — die Briefe, so wie sie im Drucke jetzt da liegen, sind nicht mer sein, sondern mein. So lange mein Journal dauert, gehe ich mit Briefen, die ich durch die 3te Hand

erhalte, und deren Verfasser sich nicht wagen wollen, ganz anders, als mit Acten-Stücken, so frei wie mit mündlichen Nachrichten glaubwürdiger Reisenden u., um: ich lasse aus, ich schmelze mehrere Briefe zusammen, oder setze zu, ich mildere die Ausdrücke, ich verstärke sie, so gut ich kann, und wie ich es für den Leser zuträglich, und den Zeitläuften angemessen, finde u. s. w. Gerade diese Freiheit habe ich mir mit meinen Briefen genommen. Ich verantworte also alles: und sollte sich, wider Vermuthen, ein Unfactum eingeschlichen haben; so wird doch kein Leser so un menschlich seyn, und glauben, ich oder der Hr. Briefsteller hätten es, wider besser Wissen, hingeseht? Also, belehre man uns. Nur daß die Katholiken in Achen, noch bis jezo, unpolitisch und unchristlich intolerant gegen die Protestanten sind (S. 299), und daß unter den Achnern selbst, schenklische LandesVerwälder waren, die die eingefallenen Räuber gegen ihre eignen LandesLeute hielten (S. 200): das demonstire mir einer der Herren in Achen zu Unfactis!

Göttingen, 20 Mai, 1793. Schlözer D.

## 32.

Votum Capituli S. Mauritii, beim Landtage  
in Hildesheim, im Novemb. 1792.

Capitulum stattet Sr Hochfl. Gn. für die dem Lande gegebene Merkmale Höchst Ihrer landesVäterl. Vorseorge, und die den öffentlichen Angelegenheiten des Landes gewidmete Aufmerksamkeit, den wärmsten treuehorsaamsten Dank ab; und versichert untertänigst, daß Capitula nichts angenehmers seyn solle, als seine Ehrfurchtsvolle Gesinnungen gegen Se. H. Gn., seinen gnädigsten Herrn und Bischof, bloß durch seinen aufrichtigsten Eifer für das Beste des Landes, in allen Fällen durch höch. patriotische Beywundungen, an Tag legen zu können.

Capitulum überzeuge sich auch, daß es bis höchste Noth erfordert, endlich mal dem mit Lasten und Abgaben

gea

gedrückten Untertanen, bei seinen vielfältigen gerechten Beschwerden, zu Hilfe zu eilen, und die ernsthaftesten realen Mittel zu seiner Unterstützung zu ergreifen. Capitalum stimmt daher dem Voto des Hochw. DomCapitels, mit der vollkommensten Aufrichtigkeit, darin gänzlich bei, daß "eine Erleichterung<sup>1</sup> der Abgaben, und zwar eine ansehnliche, nothwendig veranlaßt werden müsse".

Zur Erreichung dieses Endzwecks schlägt selbiges, nach dem Beispiel Capituli S. Crucis, den Weg der Ersparnisse in den willkürlichen Ausgaben, welche nicht zu den StaatsBedürfnissen gehören, und in der auffallend kostspieligen Administration der LandesCasse bestehen, als das erste natürliche und gerechteste Mittel vor. Denn es ist bekannt, wie viele Schulden nach dem 7-jährigen Kriege, durch die schlechte und kostliche Administration noch, aufs neue<sup>2</sup> dazu gemacht sind, und die Administration der LandesCasse, an Douceurs, Vlären, und Salarien, fast eben so viel gekostet hat, als bis jetzt Schulden abgetragen sind.

Die

1. "Erleichterung": also nicht bloß in dem Falle ist es wesentliche Pflicht der Stände, die Untertanen zu vertreten, wenn ihnen widerrechtlich etwas zur Last gelegt, und sie dadurch "unvermögend gemacht werden, dem State genügend zu contribuiren". Ein harter Ausdruck, der sich in ein Votum des DomCapitels vom 26 Nov. 1790 einschließt; und woraus man folgerte, für den Hildesheim'schen Landmann, wie den Melkenburgischen und Böhmschen Leibeigenen, Sorge sein Herr nur darum, damit er gesund und lebend bleibe, und für den Herrn sein viel arbeiten und erwerben thue; der individuelle Wohlstand des Landmanns, sein häusliches Glück u., ginge also Stände nichts an. S.

2. Alle diese, einem Nicht-Hildesheimer unverständliche Stellen, erhalten in den nächstfolgenden Aufsätzen ihre Erläuterung. S.

Die einzige Rubrik, "auf sonderlichen Befehl", berechnet allein schon seit 1763, über 650000 r $\ell$ . Capitulum findet sich daher im Gewissen verpflichtet, dem capitulariter mitgetheilten Voto Capit. S. Crucis in allem beizutreten, und gleichfalls den Weg der Ersparnisse vorzuschlagen; und glaubt, in Rücksicht der allgemein treffenden Noth, dieselbe in folgendem sehen zu müssen:

I. daß nur die Gegenwärtigen die Diäten <sup>2</sup> verdienen; jene der Abwesenden aber der Casse zufließen; wovon jedoch die in der Stadt erschienene, durch notorische Krankheit und Schwachheit behinderte Herren, auszunehmen wären.

II. müßte ein gleiches beim SchatzWesen verfügt werden; das Collegium selbst aber,

III. weil denehm alle, aus den SchatzRegistern entstehende Uberschüsse, von den SchatzEinnemern aus der Hand dem LandRentmeister in die ContributionsCasse abgeliefert, und gleich in dem nämlichen Jahre, im ContributionsRegistret aufgenommen und berechnet werden müssen, als zum meero unnötig und unnützlich cessiren müßte: denn unerhört auffallend und verantwortlich ist es, über eine Einnahme von circa 30000 r $\ell$ , noch eine besondere, eine Geschäftlose Administration <sup>2</sup>, welche jährlich 7 bis 8000 r $\ell$ , was nicht mer, erfordert, auf den Beutel der Untertanen der ärmsten VolksClasse zu unterhalten.

IV. daß die Soldatesca <sup>2</sup> wenigstens auf  $\frac{1}{7}$  vermindert werde, welches eine jährliche Ersparnis von 4000 r $\ell$  darbletet.

V. daß, außer den Capitalen Zinsen und Gehältern; alles in Münze bezahlt werde.

VI.

---

3. Sie kostet jährlich (nach einem 10jährigen Durchschnitt) 9998 rthl., 8 Mgr., 1 pf.; und deren Mondirung (nach einem 5jährigen Durchschnitt) 1508 rthl., 8 Mgr., 7 pf. S.

VI. daß die sogenannte *Agio*, loco seiner Desttel, mit 10 pro C., auf Zerung der Stände, Douceurs, und alle sogenannte Ausgaben "auf sonderlichen Befehl", gänzlich aufhören mögten.

VII. So billig Capitulum nun auch findet, daß dem LandesHerrn, im Fall er es nötig hat, und die LandesCasse in dem wolhabenden Stande dazu ist, ein *donum gratuitum* von den Ständen des Landes, zur Bezeugung ihrer untrüglichen Dankbarkeit, bewilligt werde: so findet es sich dormalen in dem hier nicht also vorhandenen Falle, und in Betracht allgemeyn bekannter Umstände, im Gewisser verpflichtet, für diesmal, in das soist *citra consequentiam* bewilligte *donum gratuitum*, *salva conscientia* nicht einwilligen zu können. Capitulum hält sich zugleich gänzlich überzeugt, daß Ihro Hst. Gn., U. G. H. und Bischof, diese Genirungen in Rücksicht der benotwendigenden Umstände, gnädigst aufnehmen und beloben werden.

VIII. trägt Capitulum als ein wesentliches Stück der Ersparnisse ferner an, daß beim LandTage die Geschäfte beschleuniget werden.

IX. Endlich würde die Abstellung der, wider die ausdrücklichen LandesGeseze eingeschlichenen, die Untertanen, und deren Freyhelt druckenden allgemeinen Beschwerden, als "die häufige CammerConcessionen und gehässigen *Monopolia*, Bier.<sup>2</sup> und Mühlenzwang, Kesselhandel, SchornsteinsegetVerpachtungen, vorzüglich die seit CammerRats Berikheram Operationen angeleitete unerlaubte Verpachtungen der DorfCammerKrüge an Weisbletende, deren KrugZins nach ausdrücklichen LandesGesezen nicht erhöht werden soll", eine große Erleichterung den lasttragenden Untertanen gereichen: selbige wären Ihro Hst. Gn. untregst wiederholend zur Abstellung vorzulegen. Wie auch

X. das Rechtsbegründete Desiderium bei HsFürstl. Gn. zu wiederholen, daß doch endlich alle LandTageAb-

schien

schiede, die FundamentalGeseze unsers Vaterlands, und Verträge zwischen dem LandesHerrn Ständen und Untertanen, gleich den neuen LandesVerordnungen, endlich abgedruckt werden; auch

XI. den gnädigsten Herrn um eine Klärmachung der DienstOrdnung, und ein Regulatid verbessert nach dem Sinn, unterst zu bitten, und hiedurch die häufigen Beschwerden über den Druck und Mißbrauch von Seiten der DienstHerrschaften zu heben.

XII.

---

4. Die schreckliche, Landesverderbliche Desorganisation der LandStände in Hildesheim, ist erweislich hauptsächlich durch die unselige Verheimlichung entstanden: s. Darstellung der allgemeinen LandesBeschwerden, § 7—11. Wie viele andre, große und kleine Staaten, namentlich in Deutschland, sind durch diese böse Verheimlichung bis auf den heutigen Tag unglücklich geworden? Die Wölfer kommen nach und nach zur Besinnung. Eine Zeitlang schob man alle Schuld des despotischen Drucks auf die Monarchen, und betete Stände als SchutzEngel der Freiheit an. Längst hat sich die Meinung geändert: man wird den Monarchen gut, und findet, daß viele Stände, aus Unkunde, oder aus Bosheit, oder Feigheit, das Volk, ihre Committenten, "Constitutionsmäßig verraten" haben. Sind die Häufe schuld daran, wie man zu ihrer, der Stände, Entschuldigung sagt? — Sie hätten sich nicht, durch HofEinfluß, verderben lassen sollen; sie hätten nicht auf die Art verhorben werden können, wenn sie nicht das apokalyptische *Mysterion* (Apoc. XVII.) erschlichen hätten. Folglich — Preis und Dank den aufgetakelten Männern Capituli S. Mauritii! Sie wollen Publicität: und alle streitende Parteien in ihrem ansehnlichen Fürstentum, durch ihre Stimme aufgeregt, wollen Publicität. Beweise genug davon, wird man, in diesem Hefte sowol, als in den künftigen Aufsätzen, Datis, Votis &c., finden, die mir, aus sehr ehrwürdigen Händen, von allen Parteien, zum freien Gebrauch fürs Publicum, mitgeteilt worden sind. S.



XII. wiederholt Capitulum das im J. 1775 von 1661. Stillern abgegebene Vorum, um Anstellung eines GeneralRevisors aller Register im Zusammenhange.

Uebrigens ist Capitulum keineswegs der Meinung, daß dasjenige, was in dem Wege der Ersparnisse über Douceurs gesagt ist, einige Anwendung auf die hergebrachten, wiewol citra consequentiam bewilligten Douceurs für die Hrn. Canzler, Syndicos, und Secretär, haben soll: indem diese Gelegenheit genug haben, durch patriotische Bemühungen und Arbeit des Douceur zu 100 proCent, zum Besten des Landes, jährlich zu verdienen; daher es in einigem Betracht als ein pars Salarii zu halten seyn kan.

XIII. glaubt Capitulum; daß durch vorgedachte Ersparnisse, welchen noch die gegründete Hoffnung, daß durch einzelne Verpachtungen der Accise an Meistbietende, eine Verbesserung der Einnahme auf 7 bis 8000  $\text{rL}$  hinzukömmen, jährlich an die 25000  $\text{rL}$  gewonnen werden; daß also, nach dem Voto des Hochw. Dom Capitels, den contribublen Untertanen, auch wenigstens 20000  $\text{rL}$  an ihren Abgaben abgesetzt werden können.

XIV. ist Capitulum der Meinung, daß das Fixum gänzlich, doch ausschließlich der 3 exempten Stände, bil-

---

5. Ist es mir erlaubt, künftig in dergleichen Acten den kaiserlichen ActenStyl zu ändern, und statt, *contribuable, contrabiler* Untertan, "steuerbar, oder steuerpflichtig", so wie für *exempt*, "steuerfrei", zu setzen? Die ersteren Ausdrücke haben etwas beleidigendes; man denkt dabei an den unmenschlichen CanzleiStyl der Ungriechen Aristokraten, "*misera contributus plebs*", durch den der Landmann — der wesentlichste Teil der Nation — als Lastvieh gebrandmarkt wird. Auch die Titulatur, "die 3 votstündigen Stände", ist equal dem Medium Aevum-Weiberstisch Ausdruck, "*Facultates superiores*". S.

lig aufhören müsse; indem die Stetsdienerschaft in gar geringfügigen, unter Maximilian gesetzten, damals angemessenen Gehalten steht, und dieser Classe in Ansehung ihrer Familien zum Bedruck gereicht.

Uebrigens findet sich auch Capitulum, in allem Betracht, für ihre und ihrer Kirche Unterhaltung zu sorgen verpflichtet; daher es eist den Weg der Ersparnisse notwendig ergreifen muß. Bekannt ist es, daß Capitulum durch ihren Turnbau, noch in einer großen Schuldenlast zinsbar steht; daß es sich die heruntergesetzten Zinsen, zum Besten der Casse, patriotisch und gern gefallen läßt, ihre Capitalien keineswegs um eines höheren Zinses willen zu belosen, und außer Landes zu bringen denkt.

In Betracht der ganzen bürgerl. Klerisei justificirt sich das Votum des Weges der Ersparung willkürlicher Ausgaben: denn im Durchschnitt genommen, hat ein Bürger-Geistlicher kaum 250 *℞* jährlicher Einnahme, da er "hier im Lande" in Circulation und Verdienst des Ndr. Standes bringet"; ein andres Ißs mit dem hochw. Dom-Capitel, wo "die Kirche allein einen jährlichen Ueberschuß über 10000 *℞* in immerwährendem Anwuchs hat, und ein

---

6. Im Gegensatz der DomCapitularen. Dieser sind in Hildesheim 42: und diese sind, bis auf 3 aus einer einzigen Familie, der Freiherrlichen von Weichs, sämtlich Ausländer aus Westfalen und dem Oberlande. Ihre Einkünfte betragen, nach einer ziemlich genauen Berechnung, 120000 *Rthlr.* jährlich (al. 90000: die Hildesheimische Statistik ist noch voll von Varianten). Diese 120000 *Rthlr.* gehen, Jar aus Jar ein, meist außer Landes: denn die meisten DomHerrn halten sich nur einige Wochen im Jar, bei ihrer Kirche in Hildesheim auf; einige derselben leben daselbst oft sehr ökonomisch mit Einem Bedienten, u. s. w. Anders wie in Mainz, wo DomHerrn Stadt und Land durch fremdes Geld reich machten. S.

ein jeder in individuo, im Durchschnitt eben so viele tausend  $\text{rL}$  jährlicher Einnahme, als ein BürgerGeistlicher hundert", hat.

Satis est, um die Pflicht und äußerste Noth, den Weg der Ersparnisse willkürlicher Ausgaben einzuschlagen, bewiesen zu haben.

Das Votum Capituli *S. Crucis*, auf die LandTags Proposition, "auf welche Art den contribuablen Untertanen soviel möglich eine Erleichterung<sup>1</sup> verschafft werden könne", worauf sich Capit. *S. Mauricii* bezieht, ist vom 24 Nov. 1792, und enthält 10 Numern.

Num. 1 und 4, wie oben I und II. — Num. 7 wie VIII, mit dem Besage: "michin dadurch der Beitrag der Diäcen vermindert würde".

Num. 2. Ueberhaupt haben keine Beschenkungen für Glocken und dergl. mer Statt. — Num. 3. Die in statu bemerkten 2 Rubriken, "auf sonderlichen Befehl, und gemeine Ausgaben", sind vorderstamst specific zu extrahiren, um darinn vielleicht mehrere Ersparnisse zu entdecken. — Num. 5 wie III. Da onehin alle aus dem SchwarzRegister resultirende Ueberschüsse zum ContributionsRegister überwiesen werden, samthin dadurch dormalen das ganze löbl. Collegium nicht mer notwendig ist: so soll dasselbe aufhören. — Num. 6. Obbemelte Ueberschüsse aus dem SchwarzRegister, wie auch aus den Registern des Caalenbergschen und Wolsenbüttelschen Theils, und des kleinen Cistis, sollen in dem ContributionsRegister gleich in dem nämlichen Jare, worinn sie erhoben werden, berechnet werden.

Num. 8 wie VI. Die Agio a) auf die für Jehrung und Diäcen der Hrn. LandStände berechnete 6557  $\text{rL}$ , b) die unter der Rubrik "auf sonderlichen Befehl" berechnete Gelder, insofern sie in der Zukunft noch bleiben sollten, sollen cassiren.

Num.

Num. 9 wie VII. Capitulum . . . befindet sich, lediglich in dem Betracht eigner und allgemeiner Landesständischer Lage, außer Stande, das *Donum gratuitum* zu verwilligen.

Num. 10 zu IV und XIV. Auf die Verminderung des MilitairWesens<sup>3</sup> soll ein gleichmäßiger Bedacht genommen werden, um daraus eine gleichmäßige Ersparnis zu erzielen. Capitulum verhofft, daß dadurch soviel werde gewonnen werden, daß wenigstens 2 Contributionen, nebst dem ganzen so fer gehässigen *Fixo*, dem contribuablen Untertan erlassen werden könne. Uebrigens will Capitulum, in Ansehung ferneren Beitrags *ratione futuri & praesentis*, nach genommener Einsicht der dazu einschlagenden Papiere, Anträge u., zu seiner Zeit näher und patriotisch sich zu erklären, nicht entstehen.

## 33.

Ruch den Aufwieglern!

Aber auch kein Segen den unzeitigen Aufrubr's Schreiern!

I. Jena, 25 Mai 1793.

Zwr. Journal hat, wenn ich den Gesichtspunct nicht ganz verfele, die eben so allgemein bekannte, als . . . (nützliche) Absicht, Begriffe und Grundsätze solcher Art immer mer in Umlauf zu bringen, welche, unter andern großen Gegenständen, auch das richtige Verhältnis zwischen Herrn und Untertan zu bestimmen, da, wo die Rechte des Einen sich in die des Andern verwirren, sie gewissenhaft aus einander zu winden, und indem sie dem aufsteigenden Despotismus auf einer, so wie dem unseligen Tausch einer missverstandnen Freiheit auf der andern Seite, vorbeugen, den von der Menge so oft verfolgten Mittelweg der Wahrheit, Menschenfreundlich zu öffnen, im Stande sind; hinter welchem einzig und allein wahres Wohl für die Menschheit hervordämmert,

Diese eines [hiedern Deutschen] so würdige, und von ZeitGenossen wie von NachWelt dankbar geschätzte Absicht ist es, die mich hoffen läßt, daß Ew. Beigehenden, von einigen dieser Rücksicht entsprechenden Punkten nicht ganz ledigen Beitrag — ein Urtheil des hiesigen Schöppens-Stuhs —, zu obgedachtem Behuf zu publiciren keinen Anstand nemen werden 2c. 2c.

### Urtheil [hier im Auszug.]

Nach den, in Denunciations- und UntersuchungsSachen des Gräfl. SchaumburgLippischen Fiscals L — Denuncianten an einem, des Bürgermeister und Kaufmanns B — Denunciaten am andren Theil, ergangnen Acten, die uns in 2 Voluminibus, und was letzterer zu seiner Verteldigung, gegen ein in causa eingeholtes Urtheil eingewandt, samt einer Frage, zugesandt worden, sprechen wir für Recht:

Denunciat hat in der eingereichten SchutzSchrift so viel ausgeführt, daß er von der wider ihn verhängten Untersuchung zu entblinden und loszusagen —, hingegen, wenn er den Ertrag der Kosten von Denuncianten mit Recht fordern zu können glaubt, damit zur besondern Ausführung zu verweisen, inzwischen aber auch die, seiner dormaligen Defension wegen aufgelaufenen Kosten zu tragen, gehalten ist.

A. Das R... er in der Sache eingeholte Urtheil hält des Denuncianten gänzliche Losprechung von der wider ihn anhängigen Untersuchung für bedenklich, und hat ihn daher nur von der Instanz absolvirt, weil 1. dessen Vennemen bei der Veranstaltung der Entwerfung der BeschwerdenSchrift . . . \* noch manchen Verdacht erzeuge. Denn a) habe er die Beschwerden entwerfen lassen, und einzelne Bürger zur Unterschrift vermocht, ehe darüber, der dortigen Verfassung gemäß, nach des Bürgermeisters H. und Syndici

Kr.

---

\* Die Punkte . . . weisen auf Stellen and Belege in den Notizen. S.

Kr. eiblichem Zeugnisse . . . , dem Magistrat Vortrag geschrien gewesen. b) habe er, zur Entwerfung der Beschwerden-Schriſt, nicht den Syndicum Kr., sondern den Advocat R. gebraucht, da doch jener zu deren unentgeltlichen Fertigung verbunden gewesen, dahingegen diesen er Denunciat selbst bezahlen müssen, one einigen Wieder-Ersatz aus dem Stadt-Aerario zu erwarten zu haben. c) habe er die Rats-Beisitzer D. und Schm. durch schleſe Vorstellungen zur Unterschrift vermocht. Auch d) sein Son habe sich den 14 Jan. 1790 ſer geſchäftig bewieſen, die Bürger zu bereben, daß die Beschwerden-Schriſt in ihrer ursprünglichen Beſchaffenheit höhern Orts übergeben worden. Außerdem II. habe er sich auch in der St—schen Deposition . . . als ein solcher, der mit *Frortop* und *Rauschenbusch* in ſer genauer Verbindung gestanden, dargestellt, und eben darum andre nicht zu billigende Massregeln . . . , betnahe um die nämliche Zeit unternommen. Dieser Verdachts-Ursachen wegen, ſchelte es bei dem A—er Urtheil zu laſſen zu ſeyn.

B. Ferner ſürt Denunciat auch zugleich darüber Beschwerde, daß 1. der Fiscal, bei dem gänzlichen Grunde seiner Denunciation, nicht in den ihm Dnciat zu leistenden Kosten-Ersatz condemnirt, überhaupt aber nicht 2. das ganze Verfahren, wegen Mangels eines *corporis delicti*, und da man bloß nach dem Verlangen des Fiscals und ganz einseitig verfahren, ihm Denunciaten aber alle Verteidigungs-Mittel abgeschnitten gewesen, für null und nichtig erkannt worden.

Allein, ad A, 1. Der Rechts-Regel nach, muß ein Beklagter, wofür ein Denunciat und Inculpat zu achten, nach vollendeter Untersuchung der Sache, entweder absolvirt oder condemnirt werden<sup>1</sup>. Nun pflegt man zwar

E 3

beim

---

1. L. I D. de re judic.

beim UntersuchungsProceſſe, wiewol mer nach dem Reichsbrauch, als in Gemäßheit der Geſetze, zuweilen einen MittelWeg einzuschlagen, und den Inculpaten nur auf ſo lange, als ſich keine mehrere Anzeigen gegen ihn hervorbrun würden, unter dem Namen der Abſolution von der Inſtanz zu abſolviren <sup>2</sup>. Allein hiezu kan nur dann geſchritten werden wenn wirkliche VerdachtsUrsachen vorhanden ſind, dieſe aber entweder zur weiteren Fortſetzung der Unterſuchung zu trüglieh, jedoch den Inculpaten zu condemniren zu hart, ihn aber zu abſolviren zu unvorſichtig ſeyn würde <sup>3</sup>; oder allenfals zum ReinigungsEide zwar zureichen, jedoch ein Meineid zu beſorgen wäre <sup>4</sup>. Außer dieſen Fällen hingegen, und wenn nicht einmal ein erheblicher Verdacht gegen den Inculpaten obwaltet, läuft die bloße Abſolution von der Inſtanz, wider Recht und Billigkeit an <sup>5</sup>. Nun aber iſt dormalen keiner der beiden Fälle vorhanden. In denen alle falls eine Ausnahme von der geſetzlichen Eigenschaft eines En Urtheils, zu abſolviren oder zu condemniren, ſtatt finden könnte. Denn Einmal hat ſich ſelbſt das corpus delicti, durch die Unterſuchung nicht im mindereſten verificirt. Weber enthält die Beichwerdenſchrift etwas den der LandesHerrſchaft ſchuldigen Reſpect im Gehorſam Verlegendes: noch hat ſich, bei allem müßiamen Inquiriren, nicht im geringſten bewäret, daß Denunciat die Bürger zur hartenäckigen Durchſetzung ihrer Beſchwerden, oder zum Ugehörſam und zur Widerſeglichkeit gegen ihre unmittelbare oder mittelbare Obrigkeit, zu verleiten geſucht.

---

2. KRESS ad C. C. C. art. 97. Koch Inſtit. jur. crim. §. 901.

3. BOEHMER ad C. C. C. art. 99, §. 1.

4. QUISTORP Grundſätze des peinl. Rechts, §. 776.

5. MATTHARI de Crim. Lib. 48, Tit. 17, cap. 27 n. 3.

sucht. Zweitens, auch die obangeführten, in dem A—er Urtheil angegebenen Verdachtsursachen, sind von keiner Erheblichkeit. Denn

ad a) der Bürgermeister H. und der Syndicus Kr., sind durch die Unbestimmtheit der an sie geschehenen Fragen, als in welchen man nicht gehörig von einander unterschieden, was der Denunciat, als Bürgermeister Namens des Magistrats, und was er hingegen als Bürger und Kaufmann auf seinen eignen Namen, getan und tun sollen, zu den unbestimmten und zu allgemeinen Antworten, welche die vorgebliche allgemeine Verfassung beweisen sollen, veranlaßt worden. Beiderlei Fälle aber sind darinnen gar sehr verschieden, daß es im ersteren schon in der Natur collegialischer Geschäfte liegt, daß sie von einzelnen Gliedern nicht ohne Wissen und Genemigung des Collegii unternommen werden dürfen, und es also hiezuvu einer besondern Verfassung gar nicht bedarf; im letzteren Fall aber die vorgebliche Verfassung irrationable, und nicht zu attendiren seyn würde. Denn zuwilleu sind ja die höhern Orts anzubringende Bürger-Beschwerden, gegen den Stadt-Magistrat selbst gerichtet: und noch öfter, wie auch hier es der Fall zu seyn scheint, trägt der Magistrat, aus diesen und jenen politischen Rücksichten, Bedenken, der Rechte der Bürgerschaft sich ernstlich anzunehmen; folglich würde es erst von der Discretion desselben abhängen, ob und in wie weit er dergleichen Beschwerden zu lassen wolte? Willmer muß solchenfalls der Bürgern, gleich jedem der geringsten Untertanen, der Weiz zu ihrer hohen Landes-Herrschaft frei und offen stehen. Hier nach aber das Benemen des Denunciaten zu beurtheilen hat derselbe lediglich als Bürger und Kaufmann bei der Sache gehandelt, in dieser Eigenschaft die Beschwerde entwerfen lassen, und mit seinen Mitbürgern, und selbst mit dem Bürgermeister H., ohne daß dieser es damals Verfassungswidrig gefunden, vielmehr die ganze Procduer genemigt, darüber communicirt, ihnen auch, ob



beitreten wollen oder nicht, die ganz freie Wal gelassen. Nirgends ist in den Acten eine Spur vorhanden, daß er sein Bürgermeister Amt dabei gemisbraucht habe; folglich ist h. erinn ein Verdachts Grund ganz unerfindlich. Das nämliche findet auch

ad b). In Ansehung der adhibirung des Advocat R. als Conciipienten, mit Uebergehung des Syndici Kr., statt. Auf den Fall nämlich, wenn die Bürgerschaft ihre habende Beschwerden schlechterdings vom Syndico müßte fertigen lassen, und solche nicht auch durch jede andre, zur Fertigung gerichtlich zu exhibirender Schriften öffentlich aufgestellte Person, aufsetzen lassen dürfte, — würde es abermals von des Syndici allgemeinem Ermessen abhängen, ob und wie weit die Beschwerden an die höheren Behörden gelangen sollten? Dermalen war dem Denunciat der Gebrauch eines Advocaten um so weniger zu verdenken, da der Syndicus Kr., nach Inhalt der Beschwerden Schrift, selbst in speciellen herrschaftl. Pflichten, deren wegen er die meisten Beschwerden, wo nicht ungegründet, doch bedenklich gefunden haben würde, gestanden; und eben diese enge Verbindung, wegen der zuweiligen Collision des herrschaftl. und bürgerchaftl. Interesse, wobei wahrscheinlich das letztere immer am meisten periclitirte, einen Gegenstand der Beschwerden mit ausmachte. Was aber den Verlag der Gebühren für die Fertigung der Beschwerden Schrift betrifft, so kan solchen der Denunciat bona fide, in Hoffnung des WiederErsazes, entweder von den Teilnehmern an der Schrift, oder aus dem StadtAerario, bestritten haben: also ist auch hieraus nichts Widriges gegen ihn zu folgern.

ad c). Die von den RatsBeisitzern D. und Schm. dem Denunciat gemachte Beschuldigung fällt auf sie selbst zurück. Denn D. hat selbst . . . eingestanden, daß ihm die Schrift vor deren Unterschrift vorgelesen worden. Eben dieses muß auch dem Schm. geschehen seyn, weil er bereits beim Denunciaren zugegen gewesen, als D.

da.

dahin gekommen . . . Ueberdies haben beide die Schrift selbst bei den Bürgern hausiren getragen, und solche dabei selbst in Händen gehabt: folglich haben sie sich von deren Inhalt aufs genaueste informiren, auch als RatsBeisitzer wissen können und sollen, wie weit sie den Anträgen des Denunciaten, als eines bloßen Mitbürgers, und außer seinem Bürgermeister Amte, statt geben können: zumal sie ihre Pflicht . . . anweist, sich nachtheiligen Magistrats Verfügungen entgegen zu setzen. Daher gereicht ihnen ein blinder Gehorsam gegen burgermeisterliche oder andre Magistratische Befehle zu keiner Entschuldigung. Zudem können sie eine ihnen von der Sache gemachte schiefe Vorstellung gar nicht angeben; dergleichen generelle Beschuldigungen aber verdienen; weil der Beschuldigte sich dagegen zu verteidigen außer Stand ist, gar keine Rücksicht; am wenigsten, wenn sie von Complicen (vergleichen D. und Schm., wegen des durch Verbreitung der Beschwerden Schrift und Anwerbung der Subscribenten genommenen großen Antheils, unläugbar seyn würden, falls der Denunciat in illicito verfaßt hätte) herrührt, und darauf abgesehen ist, sich damit selbst helfen zu wollen <sup>6</sup>.

ad d). Denunciat läugnet ständhaft, daß sich sein Son am 13<sup>ten</sup> (nicht wie das A—er Urtheil angibt, am 14<sup>ten</sup>) Jan. 1790, da die Bürger unter sich, über die Beibehaltung oder Ausstreichung der Unterschriften, in Uneinigkeit und lauten Unwillen geraten, dabei gegenwärtig befunden habe. Das Gegentheil hiervon hat auch niemand als D. . . angegeben: diesem aber kan hierunter desto weniger Glaube beigelegt werden, als er insonderheit auch, gegen alle Evidenz, in der nämlichen Deposition angegeben hat, als hätte ihm und Schm. der Denunciat die an den

F 5

Ma.

Magistrat gerichtete BeschwerdenSchrift, um sie unmittelbar der verwittelten Fr. Fürstin Durchl. zu überreichen, eingehändiget, er sie aber, aus eigenem Gutfinden, dem versammelten StadtRat ad deliberandum vorgelegt. Zus dem ist D. nur ein einziger Zeuge; eine Anzeige aber muß durch 2 untadelhafte Zeugen erwiesen seyn<sup>7</sup>. Außer alle dem aber, wenn auch des Denunciaten Son bei dieser Unruhe unter den Bürgern auf dem Rathhuse zugegen gewesen wäre, und sich dabei etwas hätte zu Schulden kommen lassen (wogegen ihm jedoch das Zeugnis des Keller-Wirts K. . . ., und das Stillschweigen aller übrigen, so über die Geschichte vernommen worden, billig zu staten kommen muß): so sind das delicta personalissima, und hat also der Vater so wenig für den Son, als dieser für jenen, zu haften.

ad II. Die dem Denunciat zur Last gelegte genaue Verbindung mit Froriep und Rauschenbusch, ist durch des gewesenen Froriepschen Bedienten St. D position . . . keineswegs erwiesen. Denn solcher ist nicht nur ein einziger Zeuge, sondern auch ein offener Schwärzer, indem er fast lauter Vorgänge erzählt, worüber er nicht gefragt worden, und die mit der gegenwärtigen Sache in gar keiner Verbindung stehen, vielmehr nur seinen gewesenen Dienst- und BräbHerrn zu ver-raten sucht. "*Testis nimis verkosus autem valde suspectus est*"<sup>8</sup>. Ueberdem redet auch des St. Auslag, teils dem Denunciat selbst das Wort, daß dieser nämlich gegen die Froriepschen auffallenden Zusätze gewesen: teils ist sie unbestimmt, und beruht auf bloßen Mutmassungen. *Testis de credulitate vero nil probat*<sup>9</sup>. Diese des Denunciaten Zellname an den Fro-

riep-

7. Reichs-HalsGerichtsOrdnung, Art. 23 und 30.

8. FARINAC. de testibus, Qu. 60, n. 30.

9. MASCARD. de probat. L. I, Concl. 458, n. 2 sqq. & L. III, Concl. 1363, n. 1 sqq.

riepsthen Unruhen ist also um so weniger erwiesen, als sich auch Denunciat dagegen, mittelst seiner Deposition, die er als Zeuge in der h—schen Untersuchungs-Sache gethan, defendiren wollen; welches Defensions-Mittel ihm aber versagt worden . . . : daher in favorem defensionis angenommen werden muß, daß durch deren Mittheilung des Denunciats Intention zu erreichen gewesen; besonders da auch dessen ihm mitgetheilte damalige Vernehmung . . . nichts enthält, woraus eine Theilnahme an gedachten Unruhen abzunehmen wäre. Falls aber auch Denunciat mit Fr. und Rauschenbusch in genauer Verbindung gestanden, wie wegen der geistlichen Verhältnisse, worinn sie gewesen, leicht seyn könnte: so läßt sich doch daraus nicht sofort auf eine Theilnahme an ihren übertriebenen Anmassungen und erregten Unruhen schließen <sup>16</sup>. Mit desto weniger Grund also, kan sein Betragen bei der Canzlist. Cr—schen Sache, für die Folge einer unerlaubten Verbindung mit gedachten Geistlichen angesehen werden, als der Denunciat in dieser Sache, ohne allen Tadel, und vielmehr lobenswerth verfahren hat. Denn die Bürger sind, durch die unbesonnenen Äußerungen des Canzlisten, äußerst aufgebracht gewesen, und haben Tathlichkeiten gegen denselben zu verüben gedroht . . . : hier war also, zu baldiger Besänftigung der Gemüther, ein geschwinder modus procedendi erforderlich und dennoch hat Denunciat recht klüglich gehandelt, da er, als amtierender Bürgermeister, keine förmliche Injurien-Klage verlangt noch erwartet, sondern den Cr. nur mündlich vorladen lassen; auch dadurch, daß dieser . . . sein Unrecht anerkannt, und um Verzeihung gebeten, veranlassen und somit die ganze Sache secundum equum & bonum, d. h. die aufgeführten Bürger mit solcher Cr—schen Erklärung

31

zustieben gewesen, debattirét hat. . . Hierbel ist nicht abzusehen, warum ein amtirender Burgermeister, eine geringfügige Sache, wenn zumal periculum in mora versiert, one den Syndicum nicht abmachen könnte; da derselbe eigentlich die Person des Richters, der Syndicus aber nur den Consulenten in RechtsSachen, die ultra caput eines NichtJuristen gehen, darneben auch wol den Actuarium, macht: diese beide Stellen aber sind bei geringfügigen InjurienSachen entbehrlich. Uebrigens aber kan es dem Syndico Kr. zu keiner Empfehlung bei blässgen Richtern gelingen, daß er, um den Denunciaten nur desto mer zu graviren, bei seiner Vernemung, die gegen Cr. erhobenen, und bei dessen von ihm selbst nicht gelängneten unbesonnenen Aeußerungen gegen die EvangelischLutherischen Geistlichen, als deren Amt wenigstens, auch wenn sie Excesse begehen, geschont werden muß, ser gegründete Klagen, für ungezeimt ausgegeben; und wie er sie nicht angenommen, noch Citation darauf erlassen haben würde, sich vernemen lassen mögen. . . Denn bekanntlich ersodern doch dergleichen InjurienKlagen keine Formalitäten, am wenigsten, wenn, wie in dormaligem Falle, die Sache keinen Aufschub leidet: und grobe Injurien gegen Geistliche qualificiren sich dazu, daß jeder Einwohner eines Orts dieselben denunciliren kan <sup>11</sup>. Auch von Seiten des legitimationsPuncts lies sich gegen die Klage der Bürger nichts mit Grunde einwenden. Auf solche Weise verschwindet nun aller, dem Denunciat im R—er Urrel aufgebürdete Verdacht gänzlich; und ist daher derselbe, wie er mit Recht verlangt, von der Untersuchung selbst, und nicht blos von der Instanz, zu absolviren gewesen. Hingegen

ad

ad B. und besonders ad 1. in Ansehung des KostenPuncts, weil der Fiscal darüber mit seiner Nothdurft nicht gehört worden, eine Sentenz aber gegen einen Ungehörten nicht gefällt noch geändert werden darf; so kan man das K—er Urtheil vorhero nur einstweilen suspendiren, und Denunciaten, falls er auf den KostenErsatz zu bestehen gesonnen ist, damit zur abgesonderlichen Ausföhrung verweilen. ad 2. Da das Judicium, durch die fiscallische Denunciation, zur Untersuchung rechtmäßig veranlaßt gewesen, und zu Aufstellung einer generellen Untersuchung, die Gewißheit des corporis delicti (als dessen Berichtigung eben den Einen HauptGegenstand derselben mit ausmacht) nicht erforderlich, darneben in die Protocolle hin und wieder zugleich set erhebliche, und zu des Denunciaten Verteidigung gereichende Umstände, mit aufgenommen, ihm Denunciaten auch, nach Ausweis des Protocoll rerum exhibitarum, seine Verteidigung so wenig versagt worden, daß er vielmehr dazu inermallge Fristen erhalten hat: so ist das vorherige Verfahren keineswegs für null und nichtig zu achten.

## II. Kisleben, 13 Febr. 1793.

In Ew. StaatsAnzeigen, und andern vielen Schriften, hat man seit einigen Jahren eine Menge von wirklichen Aufzurs- und RebellionsGeschichten gelesen: aber eine Geschichte von einem vorgespigeltm Aufzurs, in der Art wie folgende ist, ist mir noch in keiner öffentlichen Schrift vorgekommen.

Der Amtmann Schw. . . zu Allstädt, im Herzogtum Weimar, ist seit dem Ausbruch der französischen Unruhen, beständig darauf ausgegangen, das Amt Allstädt, das kein Amt in der Welt, an Liebe und Treue gegen seinen Durchl. LandesHerrn übertrifft, und wo kein Mensch an die geringste Unruhe denkt, der Rebellion verdächtig, und alle Rechtschaffene als Rebellen verhaßt zu machen.

Nun kam im J. 1788, zu Grätz im Voigtlande, eine MonatsSchrift, der VolksFreund, mit Kaiserl. Königl. Gen.

Censurfreiheit und Kurzl. Sächsischem Privilegio, heraus, die die Absicht hatte, dem gemeinen Mann mehrere Kenntnisse von natürlichen Dingen beizubringen, den Aberglauben auszurotten, und ihn moralisch zu verbessern. Ein dortiger Gutsbesitzer, Hr. v. Schl. . . . hielt diese Monats-Schrift bis zum Neu-Jar 1792, wo sie nicht mehr fortgesetzt wurde, auf seine Kosten mit; und gab sie einigen Bauern zu Mittelhausen (bei Eisleben), welches in das Amt Allstädt gehört, unentgeltlich zu lesen; und fügte bei physikalischen Dingen, zur besseren Einsicht, auf einem beigelegten Blatt, bisweilen Erklärungen und Erläuterungen, z. Er. bei der Nutzbarkeit der Wetter-Ableiter, die Zeichnung eines Turms mit einem solchen Wetter-Ableiter, bei.

Hievon nam der Amtmann Schw. Unlaß, folgenden Bericht an die Weimarsche Regierung unter dem 14 März 1792 zu erstatten, dem ich zugleich die Vernehmlassung des Hrn. v. Schl. bei jedem Punkt unten anfüge.

### Bericht.

„Der von Schl. zu Mittelhausen, hat daselbst eine Gesellschaft errichtet <sup>1</sup>, welche eine Zeit-Schrift, den sogenannten Volks-Freund <sup>2</sup>, und sich für Illuminaten, halten; dergestalten, daß sie einander schriftlich <sup>3</sup> ihre Gedanken darüber mittheilen: welche Aufsätze er sammlet, und in

---

1. Ich läugne, daß ich eine Gesellschaft errichtet, welche eine Zeit-Schrift . . . halten.

2. Ich gestehe aber, daß ich die zu Grätz mit kaiserl. Censurfreiheit . . . auf meine Kosten gehalten [s. oben S. 325, Z. 2 von unten, bis S. 326, Z. 1—7], u. selbigen, ohne aber eine Gesellschaft zu errichten, einigen Inwohnern allhier, es unentgeltlich, bis zum J. 1791, zum Lesen communicirt habe.

3. Ich läugne, daß diese Gesellschaft (inmassen ich auch läugne, daß eine Gesellschaft gewesen) einander schriftlich ihre Gedanken darüber mitgeteilt.

in Bände bringt<sup>4</sup>, deren mir einige zu Gesicht gekommen<sup>5</sup> sind. Da jetzt das AufklärungsSäculum<sup>7</sup> eingetreten, und jedem, was er will, zu denken<sup>7</sup> und zu schreiben<sup>9</sup> erlaubt ist: so mag er wol in aller Unschuld<sup>11</sup> die  
Ab-

4. Ich läugne, daß ich diese Aufsätze gesammelt, und in Bände gebracht.

5. 6. Ich läugne, und es ist unmöglich (weil keine solche Bände existiren, noch existirt haben), daß einige davon dem Amtmann Schw. zu Gesicht gekommen. — Ich gestehe aber, daß ich bei physikalischen und andern Dingen, die in dem VolksFreunde abgehandelt wurden, bisweilen auf ein dazu gelegtes Blatt, zur bessern Einsicht Erläuterungen hinzugefüget, z. B. bei der Nutzbarkeit der Wetter-Ableiter, die Zeichnung eines Turms mit einem solchen Ableiter, nebst genauer Erklärung, beigelegt habe: so wie der Hr. Pastor R. allhier, bei Abhandlungen, die den Aberglauben betrafen, in Absicht der Moralität, bisweilen ebenfalls Erläuterungen auf einem beigelegten Blatte gegeben hatte.

7. 8. Ich gebe zu, daß das AufklärungsSäculum eingetreten, und daß jedermann zu denken, was er will, freistehe. — Ich weiß aber auch, daß die libertas cogitandi mit der Reformation schon ihren Anfang genommen; und daß mit eben dieser Periode die servitus sentiendi et conscientiarum ihre Endschafft unter den Protestanten erreicht habe, und nicht erst in diesem Säculo Mode geworden ist.

9. 10. Ich läugne, daß jedem erlaubt sei, zu schreiben, was er wolle: denn sonst müßten die Schw-schen schriftlichen und berichtlichen Anschwärzungen und rebellionsverschreibungen, die er sich so häufig beikommen läßt, auch erlaubt seyn, one daß jemand rechtliche Satisfaction desselben verlangen könnte. — Ich weiß aber auch, daß eine Aufklärung des gemeinen Manns, wodurch ihm mehrere Kenntnisse von natürlichen Dingen beigebracht, der Aberglaube wenigstens vermindert, und er nach und nach moralisch gebessert wird, nicht nur erlaubt, sondern sogar Pflicht, sei. Es ist unwidersprechlich heilsamer, wenn  
man



Absicht haben <sup>11</sup>, auch unter den Bauern Aufklärung zu verbreiten, one um die Folgen davon bekümmert zu seyn. Eine unselbare derselben ist diese, daß die Mitglieder dieser Gesellschaft sich klüger und weiser als andre dünken, andre  
ver-

man den gemeinen Mann durch moralische und physische Gründe überzeugt, er werde seinen Wohlstand gewisser bes-  
sordern, und in bessere Umstände kommen, wenn er flei-  
sig mäßig und sparsam sei, als wenn er in der Walburg-  
gisnacht an alle Türen Kreuze male, und alle Wesen dar-  
unter lege, damit die Hexen an seiner Narung keinen Theil  
hätten. Dieses war die Absicht des vom Amtmann Schw.  
so fer verschrienen Volks-Freundes, und auch die meinige,  
worüber er mich zum Aufrur-Stifter macht!

II. Ich revocire mir den Ausdruck, so mag er wol...  
bekümmert zu seyn, ad animum: denn dadurch hat er  
nichts anders sagen wollen, als daß ich aus Einfalt oder  
Dummheit Aufrur stiftete. Nicht um mich zu schonen,  
denn dazu denkt er zu vernünftig, sondern um mich zu  
beleidigen, ist dieser Ausdruck von ihm gewält worden.  
Der HauptParoxysmus der Schw-schen Rebellious-Vers-  
chreibungen, fällt gerade in die Zeit der Commissarischen  
Untersuchung des Sebachschen Excesses . . . . . und  
der Sebachschen noch unentschiedenen Denunciatorum, die  
so viel Aufsehen und Erwartungen im Publico, weit und  
breit erregten. Alle Zeugen, die der Amtmann Schw. für  
sich angegeben hatte, die das aber nicht aussagen konnten,  
was er von ihnen verlangte, machte er zu Rebellen und  
Theilhabern an dem wider ihn angeblich errichteten Com-  
plot; um durch diese Wendung darlegen zu können, wars  
um sie die Wahrheit für ihn nicht ausgesagt hätten. So  
verschrie er auch alle Zeugen, die wider ihn abgehört wur-  
den, ebenfalls für Rebellen und Complotisten, um ihren  
Adem ganz zu untergraben: und wer eine gegründete Be-  
schwerde wider ihn hatte, den machte er auch zum Re-  
bellen, um sich notwendig zu machen, und sich für den  
einzigen, rechtschaffenen Mann im ganzen Orte simuliren  
zu können. Diesen Vorspiegelungen gab er, durch die frem-

berachten, politisch kennegelesen, philosophischen Unfug stiften <sup>12</sup>.

Ich

zöfischen Umrufen (so wenig diese auf das Amt Anstalts auch nur idealisch paßten), den Anstrich der Möglichkeit, und durch den sidem-judicialen, der ihm zu seiner etgenen exculpation nicht zu statten kommen konnte, den Anstrich der Wahrscheinlichkeit: und so malte er, wie aus dem wider mich erstatteten Bericht vom 16 März 1792 zu ersehen, das ganze Amt Anstalts ab, als ob es schon durch den Aufrur, den die Lesung des Volksfreundes verursacht, wie durch einen Strom, der alle Dämme durchbrochen, überschwemmt worden wäre; und als ob die Greuelthaten, die die EisGrube zu Avignon bedeckt, daselbst zu befürchten gewesen wäre, wenn es ihm nicht gelungen wäre, die [verschiedenen] aufgebrachten Gemüther zu besänftigen. Da ich nun bei damaliger Untersuchung auch als Zeuge mit angegeben worden war, und nicht allenthalben das aussagen konnte, was von mir verlangt wurde: so ist dieses der Grund, daß auch ich ein Aufrur-Stifter und Complotist werden mußte. Zu gefährlich schien es dem Anwaltmann Schw. zu seyn, mich geradezu zum Aufrurs-Prediger zu machen; mithin mußte der Volksfreund herhalten, und er mir zur Last legen, daß ich in aller Unschuld Aufrur stifte, one um die Folgen bekümmert zu seyn.

12. Ich läugne, daß eine unfehlbare Folge dieser Gesellschaft wäre, daß "die Mitglieder sich Kläger und weiser dankten, als andre . . . Unfug stiften". Ich habe schon oben angeführt, daß ich gar keine Gesellschaft, geschweige dann eine, die sich für Illuminaten hielt, und noch dazu unter Bauern, wo der Gedanke keinen gesunden Menschenverstand admittirt, errichtet; sondern daß ich nur einigen aus Mittelhausen, die mit privilegiis gedruckte, und noch von keinem nur halb, geschweige ganz vernünftigen Menschen, getadelte Schrift, unentgeltlich zum Lesen gegeben habe, one daß an eine Verbindung zwischen mir, oder denen, die die Monats-Schrift von mir erhielten, unter sich, die mit Zusammenkünften und Ratson

Ich habe es für Pflicht gehalten, aufmerksam darauf zu seyn, und wo möglich vorzubeugen.

[Nun fährt der Amtmann fort, mit einem air d'importance zu erzählen, wie er Denunciaten und Denuncianten vorgefordert, sie aber nicht confrontirt habe, "damit die aufgebrachten Gemüther nicht noch mer erhist würden". — Dann hätten sich die Leute beschwert, daß ihr Pfarrer und Cantor übermäßige Gebühren nach ihrem eigenen Gutbefinden von den Eingepfarrten foderten. — Dann wären Forderungen wegen der Fronen erregt worden. — Dann habe der HofAdvocat Kaufm. Acten in sein Haus verlangt: dieser Advocat 24 "suche auch noch andre Särung unter Untertanen

sonniren verknüpft gewesen, gedacht worden ist. Es ist daher nichts als eine Erfindung des allerschwarzesten und niederträchtigsten Herzens, daß in dieser Gesellschaft, die nie existirt hat, politisch gekannengiesert, und philosophischer Unfug gestiftet worden wäre. Aber eben darinn sollte, nach der Schw—schen Absicht, der Gift liegen, wodurch das Amt Allstädte, das er, Einzingen ausgenommen, als ein aufrührisches Chaos entsetlet, und wo es ihm noch als ein großes Glück gelungen, die aufgebrachten Gemüther zu besänftigen, vergiftet worden ist.

13. Ich gestehe, daß ich die Absicht gehabt habe, Aufklärung unter den Bauern zu verbreiten, jedoch keine andere, als die, von der in vorhergehender Num. 10 die Rede ist, und die auch die Absicht der ihnen communicirten Volkschrift war.

14. Ich läugne, daß die in dem Berichte, von Mittelhausen und andern Orten, von dem Hrn. HofAdvocat Kaufm. und andern angeführten, bei den Haren auf das lächerlichste herbeigezogene ThatSachen, Folgen von der Lesung des VolksFreundes seyn sollen. Wie ich denn die ganze Erzählung in der Mase, wie sie erzählt worden, nämlich daß der vorgespigelte Aufrur allenthalben, als zum völligen Ausbruche reif, durchschimmern sollte, für die unerschämteste Unwarheit, die zum Nachtheil und Schaden des ganzen Amtes und aller rechtschaffenen Leute abzweckt, mithin für die schandbarste Lüge hiermit ausdrücklich erkläre. Und so gewiß ich überzeugt bin, daß Aufrur und Rebellion

tanen wegen ihrer schuldigen Herrschaftl. Abgaben und präkandorum anzufachen". — Er Amtmann habe geeilt, dagegen Maßregeln zu nemen, "weil bei jetzigen Zeitläuften zu besorgen sei, daß ein Kleiner von Einem oder mer unruhigen Köpfen angeschlagener Funken, der nicht zeitig ausgelöscht wird, um sich freffen, und in eine große Flamme ausbrechen könne". — Nun berichtet er weiter]:

"Ich habe immer dafür gehalten, daß die hier so gewöhnlichen Zusammenkünfte des sogenannten LandBodings, one Bessern Obrigkeitlicher Personen nicht zu dulden seyn möchten, aber besorgen müssen, wenn ich sie untersagen wollte, den Vorwurf, daß ich Neuerungen auf-, und die Untertanen um ihre alten Rechte bringen wollte, zu bekommen. Gleichwol ist die Schädlichkeit eines dergleichen Corporis, das, wenn die Mitglieder bei den Zusammenkünften vom Trunk und Gerde ergriffen sind, über das gemeine Wol sich zu berathschlagen, und sich zum Richter zu machen, sich anmasset, der Menschenkenntnis in die Augen leuchtend; und zu wünschen wäre es, daß es, wo nicht gar aufgehoben, dennoch eingeschränkt werden könnte. Ich bin bemühet gewesen, den Ursprung desselben aufzufuchen, habe ihn aber nirgends als in der Vermutung finden können, daß so'ches sich von der Publication Hochfürstl. Befehle herschreiben möge, zu welcher jedesmal die Amts-Schultheissen eintre werden, und zuvor zu einer gewissen Stunde, sich in der Rath-Keller-Stube versammeln, dabei aber das Gesetz gemacht haben, und fest darüber halten,

D 2

daß

lion das abscheulichste Verbrechen wider den Stat und wider die Glückseligkeit aller individuum sei; eben so gewiß bin ich überzeugt, daß kein Mensch ein strafbareres und abscheulicheres Verbrechen wider seinen NebenMenschen und den LandesFürsten selbst begehen könne, als der, der wider Wahrheit, besser Wissen, Pflicht und Gewissen, und Uebergengung, Sonnenklar unschuldige Menschen als Rebellen anschwärzet: und das hat Schw. bisher schon vielfältig, ungestraft, und ungescheut gethan!

Andreas Christoph Georg Schlegel,

daß derjenige, der sich nicht mit dem Glockenschlag gegenwärtig befindet, von den übrigen vertrunken wird, d. i. er muß 5 R 3 L bezahlen, welche im RatsKeller vertrunken werden. Da die Publication, welche durch bloßes Vorlesen geschieht, das Uebel mit sich führt, daß die Zuhörenden das Vorgelesene nicht recht verstehen, sich auch schämen, darüber zu fragen, mithin nachher bei den Gemeinben das Publicirte verkert vorbringen, zudem das Angehörte nicht allezeit im Gedächtnis hängen bleibt, und daher oft die heilsamsten Verordnungen, zumal wegen der mit den GerichtsPersonen vorkommenden Veränderungen, gar bald in Vergessenheit kommen: so habe ich geglaubt, mit Einem Stein 2 Würfe zugleich zu thun, nämlich die schädlichen Zusammenkünfte des LandGedings abzustellen, und zugleich bessere Beobachtung landesherrlicher und anderer Befehle zu bewirken, wenn ich die Publication per Circulares schriftlich bewerkstelligte; dergestalt, daß die AmtSchultheißen jeden Orts sich Abschriften davon machen, und solche nach geschehener Publication vor den Gemeinben, in den Gemeinbeladen, auch zur künftigen Nachricht für die Nachkommen, sammeln und aufbewahren müßten.

„Aber die Advokaten\*, denen nach der wichtigen Bemerkung des Amtmann Schulze zu Schlieben (in seinem Versuch über die KaufBriefe und BesitzungsUrkunden, S. 5, 17, 34, 35, 48), dadurch ein starker Nahrungszweig abgehen würde, — diese abgelegten \* Reinde aller zum Besten der Untertanen abzweckenden Anordnungen, und anderer, die bei der Unordnung ihren Vortheil finden —, würden gar bald alle Steine umwenden, um sie

---

\* Für diese Stelle hat der HofAdvocat K. den Amtmann für sich injuriarum belangt; und die übrigen Advocaten haben es alle zusammen in einer Klage noch besonders gethan.

ſie mir in den Weg zu legen, wenn ich ſolches, ohne Ewre vorhergegangene gnädigſte Genemigung, oder vielmehr höchſten Vorſchrift, verfügen wollte.

Ewre. habe ich anheim geben wollen, was höchſt Demſelben hierunter ſowol, als auch wegen der Urheber der Unruhen, zu reſolviren gnädigſt gefällig ſei. In dieſer Erniedrigung . . .

Antwort des Hrn. v. Schlegel, an die Fürſtl.  
Canzlei in Weimar.

Ewre. haben d. d. 15 Nov. & präſ. d. 25 ejusd. a. pertr., mit den von dem CammerConſulenten zu Alſtadt, unter dem 16 März v. J. wider mich erſtatteten Bericht, in welchem er mich der Errichtung einer Geſellſchaft, welche eine Zeitſchrift, den ſogenannten Volksfreund, und ſich für Illuminaten, hielten, beſchuldiget, zu meiner Vernemlung gnädig und hochgeneigt in Abſchrift zu communiciren geruhet. Da aber ſchon daraus, daß Ewre auf ſolchen Bericht, — in welchem er alle die nichtsbedeutenden Dinge, die in der Gemeinde Mittelhausen vorgegangen ſeyn mögen, als Folgen meiner Rebellionsſtiftung angegeben, und ſo entſtellet hat, als ob dadurch der Auſtur im ganzen Amte (Einzigen ausgenommen) ſchon bis zur hellen Flamme ausgebrochen geweſen wäre, welchen aber zu dämpfen ihm noch geglückt hätte, auch um Reſolution wider den Urheber ſolcher Reſolution gebeten hat — nichts verfügt haben, ich mit voller Gewißheit verſichert ſeyn kan, daß Ewre. die in beſagtem Berichte wider mich enthaltenen Beſchuldigungen für das, was ſie wirklich ſind, aufgenommen haben, und von meiner Unſchuld ſowol, als von der Gehäſſigkeit der Unſchuldigungen, bis zur Evidenz überzeugt geweſen ſeyn möchten: denn ſonſt wäre unmöglich, daß in einer ſo wichtigen Sache, und in einem ſo kritiſchen ZeitRaum, in

welchem das Wort Aufrur, in den Augen aller Rechtschaffenen, so abscheulich geworden, und wo die erste Pflicht ist, alle Rebellen und AufrursStifter bei dem geringsten gegründeten Ansehen so fort auszurotten, von Ewr. bis nach meinem 2maligen unterdänigsten Nachsuchen, in der Sache nichts verfügt worden ist, da doch der Amtmann Schw. die Resolution wider die Urheber solcher Unruhen so dringend gemacht hat, und sein fides judicialis, auch die Versicherung, einige Bände solcher von mir gesammelten IlluminatenAufsätze selbst gesehen zu haben, diesen Anschwärzungen wenigstens den Grad der Wahrscheinlichkeit anzustreichen vermögend gewesen sind: (hier möchte man aber wol fragen, warum hat denn Schw. diese von ihm gesehen worden seyn sollende gefährliche Aufsätze nicht behalten, und solche, wie es Pflicht von ihm gewesen wäre, an Ewr. sogleich eingesandt?) So bin auch ich überzeugt, daß Ewr. ei er jeden exculpation von mir Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und sie für auslängend anzunehmen, die Gnade haben würde. Weil jedoch dieses nur eine beruhigende, aber keine auslängende Satisfaction für mich seyn, auch die nach dem Art. 110 der peinlichen GerichtsOrdnung anderwelte Bestrafung, als die dem Publico gebührende Satisfaction, das durch dergleichen gehässige und ungegründete Anschwärzung äußerst beleidiget worden, ganz cessiren würde. da doch unläugbar ist, daß die Bestrafung derer, die Rebellion und Aufrur öffentlich und gefährlicher Weise vorspielen, als eine Satisfaction des Publici eben so nötig ist, als Rebellen selbst dem Publico gefährlich und schädlich sind. Ewr. werden mir daher nicht ungnädig nehmen, wenn ich mich nur blos darüber, was ich an den Schw—schen Anschuldigungen einräume oder abdrücke, ohne etwas zu meiner Defension anzuführen, vernemen lasse; zugleich aber unterdänig bitte, durch einen zu ernennenden Commissarium die Sache untersuchen, dem Amtmann Schw. bis in dem

Dr.

Berichte vom 16 März 1792 angezogenen Acten abfordern, ihm unter der Verwarnung, daß er widerigenfalls für einen *Calumnianten* rechtlich declarirt, und so bestraft werden solle, den Beweis der Anschuldigungen auferlegen, jedoch ihm alle selbst eigene Zeugen-Abhörungen in seiner eigenen Sache, die schon an sich widerrechtlich sind, untersagen, mir aber sodann die Defension vorbehalten zu lassen.

Dafern aber Ewr. dieser rechtliche *modus procedendi* zu weitläufig scheinen möchte: so bitte ich untertänigst, mir sofort die Injurienklage, die ich sogleich aus abgesetztem Art. 110 wider ihn anstellen würde, zu gestatten: da dem Amtmann Schw. die *exceptio veritatis* auszuführen unbenommen bleibt. Eine rechtliche privat- und öffentliche Satisfaction aber kan ich mich, als der treueste Untertan und Vasall, unmöglich beruhigen. Ich verspreche mir rechtliche deferirung, und verharre ic.

Mittelhausen, 16 Jan. 1793.

A. C. G. v. Schlegel.

### III. Classification der deutschen Klubbisten:

aus "Etwas über die Klubbs und Klubbisten in Deutschland, und was dabei Rechts ist. (Offenbach), 1793, 8, 37 Seiten.

Ganz Deutschland ercent von Klubbisten; aber noch vernimmt man wenig Bestimmtes und Richtiges von diesem Gegenstande; und doch hängt das Schicksal so vieler Menschen davon ab!

Die *Clubbs* sind in unserm deutschen Vaterlande eine neue Erscheinung; selbst der Name ist fremd. Weder die Carolina, noch andre ReichsGefetze, kennen sie. Ist es nun ein Verbrechen, Klubbist zu seyn: so hat entweder unser merkwürdiges Jarhundert die Ehre, vor seinem Abschelden noch ein neues Verbrechen erfunden zu haben; oder die *Clubbs* müssen auf irgend eine Gattung von Verbrechen



nach der alten Sitte reducirt werden können. Hier tritt das letztere ein: denn jedes Verbrechen setzt ein Verbot voraus, one neues Gesetz ist keine neue Gattung von Verbrechen möglich: gegen die *Clubs* aber war bis zu der, erst im Maj d. J. bekannt gemachten kaiserl. Ratification des Reichs-Gutachtens vom 25 Febr., kein altes und kein neues G. s. vorhanden.

Das Verbrechen, dessen man die *Clubs* bezüchtigt, ist Empörung und Aufwiegelung, insgemein in dem hohen Grade genommen, da es sich mit dem crimine *lese maj.* und dem HochVerrat verschwistert. Dies ist also der Vorwurf oder der Verdacht, gegen den sich der Klubbiist zu verantworten hat. Würde jeder Klubbiist schon darum, weil er Klubbiist ist, dieses Verbrechens schuldig geachtet: so müßte das Wort *Clubb* eine Gesellschaft bedeuten, deren GrundGesetz, wozu sich jedes Mitglied verbinden müßte, darin bestünde, daß sie ihrer rechtmäßigen Obrigkeit den Gehorsam aufkündige, und das Volk wider dieselbe aufregte. Kan aber ein *Clubb* one diese Verbindlichkeit seyn: so ist nicht jeder Klubbiist ein Empörer, so ist der Name Klubbiist zur Beschuldigung nicht genug; sondern es muß auf den Klub, dessen Mitglied er war, insbesondre Rücksicht genommen, und erst untersucht werden, "ob der Klub das vorbemeldte Gesetz gehabt, und zwar damals schon gehabt habe? ob die Verbindlichkeit hiezu für jeden Eintretenden schon zu der Zeit eingeführt gewesen, als der Klubbiist sich aufnehmen lies"? Daß das GrundGesetz der Empörung nicht zur Definition eines Klubbs gehöre, und nur etwas Zufälliges sei, lehrt die Geschichte der Klubbs (s. nachher). Oder soll das Wort *Clubb* ein für allemal heißen, "eine Gesellschaft, deren Grundgesetz die Empörung ist": so folgt daraus, daß die Gesellschaften, welche dieses GrundGesetz nicht haben, keine wahren *Clubs* sind; also wären die Mitglieder derselben keine wahren Klubbiisten; also wären solche auch des wahren KlubbiistenVerbrechens, der

Em

Empörung, nicht schuldig. Dann wäre man also, wie bei jedem Wortstreit, wieder auf dem alten Fleck.

Das ursprüngliche Vaterland der *Clubs* ist England. Von daraus wurden sie nach Frankreich, und von das nach Deutschland, übergepflanzt, und behielten ihren englischen Stammnamen. In England sind sie in ihrem Ursprunge nichts anders, als "Gesellschaften, von Privat-Personen durch gewisse Statuten zu einem gewissen Ziel gebildet". Die edleren derselben, haben das gemeine Beste entweder in einzelnen Zweigen, z. B. in Beförderung der Künste und Wissenschaften, der Botschaften u., oder im weitern Umfang, in der Berathschlagung über politische innere und äußere Angelegenheiten des Vaterlandes, zum Gegenstand. Diese letztere Gattung von *Clubs*, die in England eben so wie die erstern erlaubt ist, amten die Franzosen zu der Zeit nach, als ihre Revolution schon in helle Flammen ausgebrochen war: aber die Nachahmung war von dem Meister so verschieden, als 1. die damalige innere politische Lage Frankreichs von der in England, und 2. als der französische Nationalcharakter von dem englischen.

Die englische Verfassung — unerschütterlich, weil das Volk sich in derselben glücklich fühlte — verursachte bei dieser gegen den Reiz der Neuheit nicht empfindlichen Nation, daß ihre *Clubs* die sorgfältigste Wachsamkeit über die unverleßliche Erhaltung ihrer geliebten Constitution zum Grunde haben.

In Frankreich waren, bei der Einführung der *Clubs*, die morschen Pfeiler der alten Verfassung zusammengebrochen. Es war noch keine neue Constitution; die Anarchie hatte ihre verwüstende Herrschaft ausgebreitet, das Volk fand sich unglücklich, sah die alte Verfassung als die Ursache seines Unglücks an, und haßte sie deswegen; die ihm eigene Liebe zu Neuerungen trug ohne Zweifel das Ihrige mit

mit bei. Daher hatten diese Clubbs gleich bei ihrer Entstehung das Hauptziel, die Herstellung der alten Verfassung, oder die Auferstehung der vorigen köntgl. Gewalt mit ihrem Anhange, zu verplatern, und eine andre Constitution auf den Grund der VolksGewalt zu bauen. Sie wurden in Frankreich als Constitutionsmäßig anerkannt. Eine ihrer wesentlichen Erfodernisse war, daß sie sich öffentlich versammelten. Obbemeldtes Ziel befolgten sie alle bei; nur in der Art, es zu erreichen, befolgten sie nichts weniger als ein festes System, sondern rissen selbst wieder ein, was sie gebaut hatten. Alles war schwankend, ohne Fundament: das Volk war nach, wie vor, unzufrieden; und so arbeiteten die Clubbs selbst an neuen Revolutionen, um das vorgesezte Ziel zu erreichen; wobei der dieser Nation eigene Hang zur Abwechslung mit ins Spiel kam.

Sind die Clubbs, bei ihrer Einführung in Frankreich, wie Pflanzen, die aus ihrem vaterländischen Klima in ein andres wesentlich verschiedenes versetzt werden, ausgeartet: so arteten sie bei ihrer weiteren Verbreitung in Deutschland von neuem aus. Denn hier trafen sie abermals ein andres Klima an; überdies waren sie nicht der Natur oder dem freien Boden überlassen, sondern wurden in Ziehhäusern durch gewaltsame Hitze zum Auskeimen gebracht; auch war die Verschiedenheit des innern politischen Zustandes, und des Nationalcharacters, zwischen Deutschland und Frankreich so groß, wie zwischen Frankreich und England.

In Deutschland führten die Franzosen die Clubbs, unter dem Schuß ihrer siegenden Waffen, in den Gegenden ein, die als eroberte sich jedes Joch der Ueberwinder gefallen lassen mußten. Sie die Franzosen, und diejenigen Deutsche, die schon öffentlich zu ihnen übergetausen waren, wandten zum Auskommen derselben alle Mittel an, welche Gewalt und List an die Hand geben konnte. Aber der Zustand dieser deutschen Gegenden war anders, als in Frankreich. Dieses Reich befand sich bei der Einführung der Clubbs  
in

In einer gänzlichen Anarchie; alles war schwankend, und das Volk sich selbst überlassen. Im Lüttichschen hatte das Volk ebenfalls seine Unzufriedenheit mit der alten Verfassung, und das Verlangen nach einer neuen, durch öffentlichen Aufstand, und durch die größten Gewaltthatigkeiten, an den Tag gelegt. Es fehlte diesem Volke nur an Kräften, den RevolutionsPlan auszuführen; den Abgang derselben ersetzten die Franzosen durch ihr anfängliches WaffenGlück. Demnach war dieses Lüttichens innerer politischer Zustand mit dem in Frankreich sehr nahe verwandt: und so mögen auch die Lütticher Clubbs den französischen sehr nahe gekommen seyn. Aber die RheinGegend von Speier, Worms, und Mainz, befand sich in dem entgegen gesetzten Zustande, und im MittelStande zwischen Britten und Franzosen. Das Volk war in seiner bisherigen Verfassung ruhig, und hatte noch keine Gedanken zu einer Revolution geäußert; aber es hatte sich auch nie einfallen lassen, über die Erhaltung seiner Verfassung selbst zu wachen, sondern es überließ diese Sorge seiner Obrigkeit: entweder in dem Glauben, daß dieser eben so viel, als ihm, daran gelegen seyn möchte, oder aus einer seinem Temperament angemessenen Gewohnheit, sich nur leidend zu verhalten. Es wänte nicht, wie der Britte, daß seine Verfassung die moralisch beste in der Welt sei; es hielt sich aber auch nicht, wie der Franzos, für ein unglückliches unterdrücktes Volk, dessen Verderben in seiner Verfassung liege; es war nicht einmal gewönt, über seine Verfassung nachzudenken. Aus diesem ruhigen Zustande wird es auf einmal, durch ein fremdes Volk, das die Mine eines Freundes annimmt, mit Gewalt verschoben. Seine Fürsten werden vertrieben: seinen obrigkeitlichen Stellen wird gleich im Anfange, nur noch der Schatten einer Gewalt übrig gelassen; man kündigt ihm, unter dem Geräusch der siegenden Waffen, eine Revolution an, und es sieht sich one Schuß, in der Gewalt seiner Uebervölker, mit der traurigsten Anarchie bedroht. — Dies war

war der politische Zustand der RheinGegenden, als die Franzosen die Clubbs dorthin verpflanzten.

Die Absicht der Franzosen (und ihrer deutschen Ueberläufer) war, den französischen RevolutionsGeist in diesen Gegenden zu verbreiten, und dadurch das Volk zu einem freiwilligen Umsturz seiner alten Verfassung zu verleiten. Daß dies nur der erste Versuch der Franzosen, und der Plan dabei schon fest angelegt war, den Umsturz der alten Verfassung am Ende mit Gewalt durchzusetzen, dies beweist das berühmte Decret vom 15 Decbr. Sie gaben dies gleich im Anfang, sogar in ihren Proclamationen, deutlich genug zu erkennen, wie ortig sie überhaupt den Zwang mit dem Ansehen des freien Willens zu bekleistern mußten. Stanreich war ihre Erfindung, mit der sie ihrem Decrete, keine Eroberung machen zu wollen, eine Nase dreheten. In den von ihnen besetzten Gegenden nötigten sie zuerst das Volk, mit den fürchterlichsten Drohungen, und mit der äußersten Gewaltthätigkeit, zum Eide der Freiheit und Gleichheit, zu Urversammlungen, Municipalitäten und Deputirte auf einen deutschen NationalConvent zu wählen; und zwar alles nach ihrer wörtlichen Vorschrift, und unter der Aufsicht ihrer mit unbeschränkter Gewalt versehenen Commissare. Auf diese Art trieben sie einen NationalConvent zusammen, der sich unabhängig erklären, die Vereinigung mit Frankreich beschließen, und bei ihnen gar demüthig um die Ehre bitten mußte, als ein neues Departement an- und aufgenommen zu werden. Nun war aller Anstand gehoben. Ein Volk, oder ein Teilchen von einem Volke, welches sich unabhängig erklärt hatte, mithin nach dem franzöf. VölkerRechte wirklich unabhängig war, also auch über sich disponiren konnte, gab sich selbst ganz freiwillig der franzöf. Nation zum Geschenk hin, um ihrer Glückseligkeit theilhaftig zu werden. Wie hätte die großmüthige franzöf. Nation, die nicht so wol für sich als für die Erlösung der Menschheit kämpfte, die Unbarmherzigkeit vor der Welt

bere

verantworten können, diese gutmüthige Deutsche von sich zu stoßen, und die Mainzer Depurirten, die so schöne Empfehlungsschreiben von den Commissaires du pouvoir legislatif et executif mit sich brachten, mit einem Köbchen zurückzuschicken? Ueber den kleinen Umstand, daß es nicht ein ganzes Volk, sondern nur ein im Verhältnisse des Ganzen unbedeutender Teil war, welcher sich die Unabhängigkeit herausnam, setzten sich die Franzosen hinaus; ob sie gleich keiner ihrer eignen Provinzen das Recht einräumten, sich von dem ganzen Körper loszureißen. Denn alle Dinge in der Welt müssen einen Anfang haben: und so sollte dieser Schritt der Rhein-Gegend, nur das erste Beispiel für die übrigen deutschen Provinzen seyn. Wie konnte es, bei diesen so sichtbaren KunstGriffen, den Franzosen gleichwol gelingen, einen großen Teil des übrigen deutschen Publici in der Nähe und in der Ferne, dergestalt zu täuschen, daß es die Rheinische Revolution für etwas Freiwilliges, die Mitwirkung weniger SchwindelKöpfe für den Wunsch des größesten Theils ansah, und seine Brüder zu hassen anfang, die so gerechten Anspruch auf Mitleid und Lohachtung zugleich hatten!

Auf diese Art war die Errichtung der *Clubbs* unhluttreiblich entschleden. Alle Gattungen menschlicher Leiden-schaften und Schwachheiten, welche die Stifter der *Clubbs* durch Drohungen, Verheißungen, und alle Arten von Täuschungen, in Bewegung zu setzen wußten, — Misvergnügen über erlittene oder eingebildete Kränkungen, Rachsucht, Eitelkeit oder Begierde, in öffentlichen Versammlungen zu glänzen; Elannuß, oder auch wol gegründete Maturungs-Edregen, die Hoffnung bei einer neuen Verfassung eine Stelle zu erhalten, die Furcht, die wirkliche Stelle zu verlieren; — die Absicht, manchen Verfolgungen zu entgehen, die Neugierde, und der Leichtsin — führten noch eine Menge Glieder hinzu; wovon I. einige sich mit ganzem Herzen an die Franzosen angeschlossen; II. ein großer Teil ober  
hat

hatte von den wahren Absichten der *Clubbs* Stifter eben so wenige Begriffe, als von der franzöf. Constitution selbst, und diente nur als Automaten oder als ein Spielwerk [als Hanswurst] den ersteren. III. Ein anderer Theil, der das Ganze einsah, aber doch nichts Bessers anderte, und nur aus sitlichem Zwang beigetreten war, hatte den Vorfaß gefaßt, sich von allen gefährlichen Anschäuen zu enthalten, und vielmehr den Absichten der *Clubbs* Stifter nach allen Kräften entgegen zu arbeiten. IV. Zu diesen gesellten sich viele aus einer ganz reinen Absicht, um die Partei der Gedenkenden zu verstärken, und die Entwürfe der *Clubbs* Stifter zu vereiteln.

Die *Clubbs* hatten, bei ihrer ersten Entstehung in diesen Gegenden Deutschlands, noch keine Statuten oder GrundGeseze. Es war nur die Rede von "Freunden, von Grundsätzen, der Freiheit und Gleichheit"; Worte von sehr unbestimmter Bedeutung, die man ausdehnen und einschränken kan, wie es jedem beliebte. Also waren diese erste deutsche *Clubbs* den französischen nicht gleich. Zwar die *Clubbs* Stifter hatten die Absicht, die völlige franzöf. Revolution in Deutschland einzuführen: aber noch war kein GrundGesez da, das dieses zur Absicht der ganzen Gesellschaft machte, wovon wirklich ein großer Theil sich einen ganz andern Zweck vorgesetzt hatte (s. oben). Einige namen es ernsthaft: andre für ein PuppenSpiel, welches auf das Volk entweder gar keinen Eindruck, oder den entgegengesetzten von dem machen würde, den sich die Franzosen versprachen (und diese haben sich, wie der Erfolg bewiesen hat, nicht geirrt). Letztere glaubten deswegen, daß man, um die Franzosen in guter Laune zu erhalten, und dadurch reelle Vorteile zu erlangen, wol eine "übrigens unbedeutende" Rolle auf diesem Theater spielen könnte, ohne etwas Böses zu begehen, oder verantwortlich zu werden.

Die Franzosen, als Eroberer, kündigten dem eroberten

ten Worte an, daß es sich jetzt eine Constitution zu machen hätte; und sprachen von nichts, als Sklavenmäßiger und feindlicher Behandlung, wenn das Volk seinem Fürsten und seiner alten Oberherrschaft getreu bleiben wollte. Jeder Vernünftige sah ein, daß wenn die Gegend (wie es allerdings das Ansehen hatte) lange in französischen Händen bliebe, der gänzliche Umsturz der bisherigen Verfassung, und die Einführung einer neuen nach den französ. Grundsätzen, unvermeidlich seyn werde; und daß die Franzosen, nach dem vergeblichen Versuch der Versöhnung, gar bald zur offenkundigen Gewalt schreiten würden. Die *Clubbs* oder Constitutions-Gesellschaften, wie sie sich insbesondere nannten, waren der Ort, wo das Volk sollte gestimmt, und der Entwurf zur neuen Constitution gemacht werden. Auf dieser Seite hatte die Sache ein sehr ernsthaftes Ansehen. Jedem Bürger, der sein Vaterland liebte, war daran gelegen, dieses Werk nicht den Fremdlingen und ihren blinden Anhängern, die in ihrer Tollkühnheit keine Gränzen kannten, allein zu überlassen. Jedem war daran gelegen, Mäßigung, Rücksicht auf das *Locale*, und Gerechtigkeit, eintreten zu machen; und dadurch manchen wichtigen Theil der alten Verfassung, zum allgemeinen Besten, und zur Rettung ganzer Classen von Menschen, zu erhalten. Also sahen die, die dem französ. System nicht anhängen, die *Clubbs*, sowol von der lächerlichen als der ernsthaften Seite, als eine durch die Gewalt der Eroberer eingeführte Gesellschaft an, die eben darum im Ganzen nie den Namen einer Empörung verdienen konnte.

Die englischen *Clubbs* haben zur Grundregel, die unverrückte Erhaltung ihrer Constitution. Die französischen haben zur Grundregel, die Verhinderung der Rückkehr ihrer ausgewiesenen monarchischen Verfassung, und die Einführung einer auf der Volksgewalt beruhenden Constitution. Die deutschen *Clubbs* hatten bei ihrer Entstehung gar keine feste Grundregel. Die Absichten der *Clubb*-Stifter mit  
ih



ihrem Anhang, und die Absicht eines großen, vielleicht auch des größeren Theils der übrigen beigetretenen Glieder, waren vielmehr einander entgegengesetzt (s. oben), und kamen nur in dem Allgemeinen überein, daß sie eine Gesellschaft bildeten, welche öffentlich über die Angelegenheiten und das Beste des Stats und der Bürger sich berathschlagen wollten. Das war im Anfang das einzige GrundGesetz der Gesellschaft. Und in diesem Gesichtspuncte war auch solche Gesellschaft auch in Deutschland (anders in England) nicht gegen die Gesetze: denn die deutsche Freiburg erlaubt einem Deutschen Bürger, seine Meinung über StatsAngelegenheiten zu sagen; also erlaubt sie es auch mehreren Männern, hierbei mit ihren Einsichten einander an die Hand zu gehen.

So lange also der Clubb die EmpörungStiftung, den freiwilligen Umsturz der alten Verfassung, oder die Aufbegehrung der Untertanen gegen ihre LandesHerrschaft, nicht zur festen GrundRegel hatte, vermöge welcher jedes eintretende Mitglied sich zur Mitwirkung an diesem Vorhaben anheischig machen mußte: so lange ist der bloße Beirath oder die Einverleibung in einen deutschen Clubb, an sich selbst noch kein Verbrechen. Also bringt der Name eines Klubbisten an sich selbst noch kein Verbrechen mit sich. Denn bei deutschen Clubbs kann jenes GrundGesetz nicht vermutet werden (s. oben): folglich, um einen Klubbisten als Klubbisten für einen Verbrecher zu achten, muß erst mit aller der Wichtigkeit des unterliegenden Verbrechens angemessenen Zuverlässigkeit, consiliren, daß der Clubb, dessen Mitglied er war, die mer erwante EmpörungAbsicht, und zwar schon zur Zeit seines Beitritts, zum GrundGesetz gehabt habe.

So lange ein deutscher Clubb dieses GrundGesetz nicht ausdrücklich in seine Statuten aufgenommen hat: so lange sind die empörerischen Handlungen und Schlüsse eines Clubb, nur die StimmenMehrheit der überwiegenden Partei;

zel, welche ihn uebergewölht wieder verlieren kan — eine Wirkung des zu der Zeit in dem Clabb herrschenden Geistes, welcher wieder verdunsten, oder ausgetrieben werden kan — eine Zufälligkeit, welche die Wesenheit nicht efficirt, und die sich verändern kan, ohne daß der Clabb aufhöre, Clabb zu seyn.

So lange, also ein deutscher Clabb dieses GrundGefes nicht ausdrücklich hatte: so bringt auch die Eigenschaft eines Klubbisten die Nothwendigkeit nicht mit sich, an den wirklichen aufrührerischen Handlungen eines solchen Klubbs Theil genommen zu haben. Und ein Mitglied eines solchen Klubbs ist darum noch nicht Verbrecher, weil er in einem Clabb war, der wirklich empörerische Handlungen ausübte; sondern er muß, um Verbrecher zu seyn, einer eigenen Theilnahme an diesen Handlungen schuldig befunden werden.

Ist der Beweis einer solchen Theilnahme vorhanden, so ist die Sache entschieden. Fällt aber die Vermutung darum auf ihn, weil, was die Mehrheit der Stimmen entschied, im Namen der ganzen Gesellschaft geschah: so sind 1. Vermutungen, wenn sie nicht sehr bindend sind, in peinlichen Sachen, wo Beweise heller als das Mittagslicht erfordert werden, ein viel zu leichter Grund, oder eine viel zu schwache Beweis Art. 2. Da jeder Beweis, er sei natürlich oder künstlich, halb oder ganz, zu seiner Entkräftung nicht mehr als einen GegenBeweis von gleichem Gewicht erfordert: so muß auch diese Vermutung hinwegfallen, wenn der Klubbist, aus seinen übrigen Handlungen, oder aus sonstigen anpassenden Umständen, in einem zureichenden Grad der Wahrscheinlichkeit dargethan kan, daß er überhaupt bei seinem Eintritt keine Gesegwidrige Absicht gehabt habe; woraus die Vermutung fließt, daß er auch an den bösen Handlungen des Klubbs keinen Antheil genommen habe.

Ist jemand einem Clabb beigetreten, der wirklich den freiwilligen Umsturz der alten Verfassung, mithin Empörung, zum GrundGefes hatte; so ist zwar die physische Handlung

lung da, welche in die Rubrik von Verbrechen gehört; aber der sie begangen hat, ist noch kein Verbrecher, wenn nicht auch die moralischen Erfordernisse zu einem Verbrechen (s. *Kenntnis des Bösen*, das in der Handlung liegt, und *2. die böse Absicht*) dabel waren. Diese Erfordernisse, welche bei den meisten Verbrechen so wenig Zweifel unterworfen sind, verdienen hier eine genaue Prüfung, weil die *Clubs* als eine neue, mit Gewalt und Täuschung eingeführte Erscheinung, ein so vielseitiges und verschiedenes Ansehen hatten, und von jedem nach dem Mas seiner Einsicht, oder nach dem persönlichen Verhältniß, anders beurteilt wurden, und eben deswegen auch die Absicht des Betretenden verschieden war. "Wenn je mit einer, dem äußerlichen Ansehen nach bösen Handlung, eine gute Absicht vereinbarlich war: so ist es gewiß bei den *Clubs* in Deutschland der Fall".

Die ganze moralische Vorwelt einer Handlung, welche das Wesen des Verbrechens ausmacht, besteht in der Teilnahme der Seele oder des Willens am Bösen. Wer das Böse, das in einer Handlung liegt, nicht lenkt (der Unwissende), kan nicht sündigen. Fällt ihm dabel auch einige Schuld zur last, daß er nicht tiefer nachforschte, nicht reifer überlegte, oder sich täuschen lies: so gestatten unsre der Natur getreuen Gesetze in der Regel nie, daß die bloße Schuld der Arglist oder vorsätzlichen Bosheit gleich geachtet, oder zum wirklichen Verbrechen angerechnet werde.

Wer eine Handlung, die in der Classe der bösen oder der Verbrechen steht, nur dem äußerlichen Scheine nach begeht, dabel aber eine gerad entgegen gesetzte gute Absicht hat; wer, wenn man so sagen darf, ein Verbrechen heuchelt: der ist so wenig ein Verbrecher, als jener, der in einer bösern Absicht eine dem Scheine nach gute That begeht, ein Tugendhafter ist. Z. B. es ist ein Verbrechen, seinen Fürsten zu lästern; und es ist eine tugendhafte Handlung, ein armes Mädchen auszustatten. Wenn

oder

aber der fromme Diener, zum Besten seines Fürsten, notwendig findet, die Gesinnungen anderer auszuforschen, und zu diesem Ende über seinen Fürsten schimpft: so wird man ihn eben so wenig des criminis *lata* &c. schuldig finden, als man dem das Verdienst einer tugendhaften Handlung zugesessen wird, der ein armes Mädchen in der Absicht aussteuert, damit sie als Frau ihm ihre Dankbarkeit als Gefar bezeigen kann.

Ein dem äußern Schreine nach böse Handlung (eine physische That, die unter der Reihe der Verbrechen steht), bringt insgemein die Vermutung mit sich, daß sie mit den moralischen Erfordernissen (Kenntnis des Bösen, und böser Absicht), begleitet gewesen sei. Folglich liegt dem Beschuldigten die Pflicht ob, das Gegenteil (den Mangel der Kenntnis, oder den Irrtum des Verstandes, und die Abneigung des Willens vom Bösen, oder die gute Absicht) zu beweisen. Er hat also zu erweisen, was in seinem Kopfe, und in seinem Herzen, vorgegangen ist. Die Natur der Sache schließt hier alle directe natürliche Beweise, Zeugen, und Documente, aus, weil sie den Blick versperrt hat, unmittelbar in das Innere eines Menschen zu sehen. Es ist also kein anderer als künstlicher Beweis (eins aus vernünftigen Vermutungen, und aus der Verbindung aller Umstände, gezogene Wahrscheinlichkeit, oder sirtliche Zuverlässigkeit) möglich. Musste billige Geseze verlangen aber nie einen stärkern Beweis, als aus der Natur der Sache möglich ist: sie nennen deswegen in manchen Fällen die Zeugnisse der Verwandten als willkürlich an.

Bemerket man hiebei, daß die moralischen Erfordernisse (Kenntnis des Bösen, und böse Absicht) hier nur auf einer Vermutung beruhen; und daß jede Vermutung durch Gegenvermutung von gleicher Stärke entkräftet werden kan (s. oben): so ist es erwiesen, daß bei dieser vielschichtigen Sache, von dem Beschuldigten kein strenger

Beweis der abgängigen Kenntniß und der guten Absicht gefordert werden könne; sondern daß die persönliche Lage, die persönliche Eigenschaft des Beschuldigten, sein übriges Betragen bei der ganzen Krise überhaupt, sowol vor als nach dem Eintritt in den *Clubb*, mit der waren Lage der ganzen Sache verglichen, dem Richter den ächten Aufschluß hierüber geben müsse.

#### Verglichen mit:

Die Franzosen am RheinStrom. 1793, H. 8, 248 S. Beitrag zur RevolutionsGeschichte von Worms, von den Jaren 1792 und 93. Mit dem Motto: *creat successibus opto, quisquis ab eventu* &c. 8, 1793. Erster Beitrag, mit Beilagen, 88 Seiten. Zweiter Beitrag, Denkschrift der 4 CollegiatStifter zu Worms an *Cylinus*, mit Bemerkungen und GegenBemerkungen. 101 Seiten.

Summarische Vorlegung der, dem Fürsten zu Nassau-Weilburg, und dessen dies- und jenseits Rheinischen Landen, von den Franzosen zugefügten Vergewaltigungen und Schäden. 1793, fol. 22 S., mit Beilagen S. 23 — 47. (Von dem Hrn. Geh. Reg. Rat *Medicus*). Enthält zwar nichts von *Clubb*, aber höchst interessante Actenmäßige Berichte, auf welche lächerlich-grausame Weise, vorzüglich *Blesmann* die guten Leute im Weilburgschen durch Gewalt und List perzmocht, "der Nation, dem Volk, und den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit zu schwören", Municipaltäten anzustellen &c.

#### 34.

Decisum über den SuccessionsStreit wegen des Markgräfl. Schwedischen alten *Allodii*.

Der StreitSache zwischen den Markgräfl. *Friedrichschen*, und Markgräfl. *Heinrichschen* Erben, wegen einiger aus der Herrschaft Schweds zu erstattenden Gelder, und der darüber erschienenen Schriften, aus des ersten Urtheils,

ist in den *Saxing. Gel. Anz.* verschiedentlich Erwähnung geschehen (z. B. St. 124, 1789, S. 1247 folg.). In letzterer waren die Markgräfl. *Friedrichschen* Erben, und die vermittelte Herzogin von Mecklenburg, mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Nun hat aber, in der weiteren Instanz, die Sache eine andre Wendung genommen, da jene Sentenz abgeändert, und den sämtlichen gedachten Interessenten die streitigen Gelder zuerkannt worden. In den darüber von den ernannten Commissarien abgefertigten Gutachten, haben diese sich lediglich an den Inhalt der Urkunde von 1670 gehalten, und daraus hergeleitet, daß die streitigen Gelder selbst niemals mit einem FideiCommiss belegt, sondern nur ein von der Kurfürstin *Dorothea* erlegter PfandSchilling gewesen wären, welcher nun den Erben, gegen Abtretung der verpfändeten Aemter und Güter, nach den deutlichen Ausdrücken des Vertrags, wieder ersetzt werden müßten. Und so ist die Sache ganz einfach, nach dem Sinn der Verträge, entschieden und abgetan worden.

Nachdem *Se Maj. von Preussen* . . . sich über die Streitigkeiten, welche zwischen den Töchtern des Markgrafen *Friedrich Heinrich* zu Brandenburg an einem, den Töchtern des Markgrafen *Friedrich Wilhelm* zu Brandenburg am andern, und der verwitweten Herzogin von Mecklenburg, Schwerin, geb. Prinzessin von Württemberg, jetzt ihres Neffen, des regierenden Herzogs von Mecklenburg. Schwerin, am dritten Theil, wegen der Succession in das, für den Rückfall der Herrschaft Schwedt nebst Zubehör an die Krone, von dieser herauszugehende alte Allodium, entstanden sind, und von den desfalls auf jeder Seite beigebrachten, in dem ersten Erkenntnis vom 16 Jan. 1791 sowol, als in dem rechtlichen Gutachten vom 8 Febr. a. c., erörterten Gründen, durch die des Endes aus Höchstbero Cabinets, und JustizMinisteris ernannten Commissarien, Völkemüßigen Vortrag tun lassen: so hat der König, als Oberhaupt des Kur- und

Markgräfl. Brandenburgischen Hanse, diesen Successions-  
Streit, nach den unter fürstlichen Personen geltenden gemei-  
nen Rechten, und den hier mit eintretenden HausGesezen  
und Verträgen, so wie selbige in dem angeführten rechtli-  
chen Gutachten vom 8 Febr. c. umständlich aus einander  
gesetzt worden, dahin entschieden,

daß dieses alte Allodium, den beiden Töchtern des Markgr.  
*Friedrich Heinrich* keineswegs allein zugesprochen, vielmehr  
mit ihnen zugleich die 3 Töchter des Markgr. *Friedrich Wil-  
helm*, und der Herzog von Mecklenburg-Schwerin, jedoch  
letzterer nur auf den Fall, wenn er den ihm entgegengesetz-  
ten Mangel der Legitimation zu heben vermöchte, zur Suc-  
cession in dieses alte Allodium nach Stämmen zuzulassen, —  
auch in Ansehung der streitig gewesenem Effecten, oder den  
von der Krone dagegen zu zahlenden Gelder, eine gleiche  
Succession nach Stämmen statt finde, übrigen aber jeder  
Theil seine Kosten zu tragen habe.

Der König befielt also hiedurch der in der Schwede-  
schen Successions-Angelegenheit verordneten Commission, das  
gegenwärtige *Decisum* den Behörden Ordnungsmäßig zu  
ertheilen, und darnach das Weitere in der Sache zu verfügen.

Signatum Frankfurt am Main, den März 1793.

*Friedrich Wilhelm.*

v. Finkenstein. v. Carmer. v. Schulenburg. v. Reck.

35.

Detmold, 21 Jan. 1793.

Gegen oben, Seite 70. S. 166 — 173.

Der obiger Aufsatz ist voll von Unrichtigkeiten,  
und selbst offenkundigen Unwarheiten. Z. B. S. 166 heißt es  
gleich anfangs, die Stände hätten sich, auf Einladung von  
"fürstl. Regierung" versammelt, da doch diese Einladung  
zum fürstlichen Landtag, so wie immer, nicht von der Regie-  
rung, sondern vom "LandesRegiment selbst", geschehen  
[Klei]

[Meinigkeit!]. Und offenbar unwar ist die S. 162, Z. 13, wörtlich, mit großen Lettern angeführte Gegen-Erklärung der Stände vom Adel, und beschimpft daher den Erfinder derselben nur ganz allein.

Daß die lippischen Landstände überhaupt, seit 50 Jahren wenigstens ununterbrochen, der Adel aber, der wegen seiner EigenBehörigen<sup>a</sup> und Gutsleute auf dem platten Lande, mir noch als die Städte [?], dabei interessirt ist, insbesondere für das Wol der Untertanen<sup>a</sup> besorgt gewesen: davon zeugen alle LandTagsVerfolge während dem ganzen Zeitraum, vorzüglich wenn von Bewilligungen die Rede war<sup>1</sup>. Er, der nicht zahlreiche, und mit eigentlich großen Gütern gar nicht begabte Adel, übernahm unter andern vor 4 Jahren — noch ehe Franzosenartige Umwälzungen ihn bedroheten — bei einem Vergleiche mit Paderborn, wo es auf Erhaltung eines ansehnlichen Fonds zur Contributions-Casse ankam, bloß aus Vaterlandsliebe, und ohne einige Schuldbiligkeit, den [Mit]Untertanen<sup>a</sup> mit mehr als 5000  $\mathcal{R}$  in Golde zu Hilfe zu kommen, wie diese deswegen mit einer PersonenSteuer, auf festgesetzte wenige Jahre, belegt werden mußten; und hierzu bezahlte er nun noch jährlich 1000  $\mathcal{R}$ , welches ungefähr, wegen der inbeß aufschwellenden Zinsen und Kosten, wol 6 Jahre lang fortbauern wird, und unter

a. Mühten sich doch die Hrn. GutsBesitzer das, wann gleich herkömmliche, aber doch (wenn von Menschen, nicht von Erdreich, Geräte, und Vieh, die Rede ist) offenbar unmenschliche Wort, EigenBehörige, abgewöhnen? — Eben so unschicklich ist das bald nachher folgende Wort, Untertanen. „MitUntertanen, MitBürger“, muß jeder, der nicht der Souverain ist, auch von Bauern sagen. S.

1. Ein Mitglied des Adels, Hr. v. H—stein, opferte [doch nicht vorzüglich?] den Untertanen im J. 1746 sogar ein Bein, welches er bei einem CourierRitt nach Wehlar, um da eine darauf erfolgte, hier berufene Artel zu deren Befreien auszuwirken, zerbrach.



te anbeth \* für den Besizer der oblichen Güter in Darn-  
rup und Wierborn 480  $\text{rL}$ , den von Jggenshausen,  
Schafenburg, und Niederntalle 402  $\text{rL}$ , den von  
Dorkhausen 390  $\text{rL}$ , den von Lüdershofen, Lfape,  
und Masbruch 363  $\text{rL}$  und f. w., betragen dürfte.

In dieser Lage nun, kam es zur Sprache um die  
Kosten zur Stellung des KreisContingents. Sämmtliche  
Stände verlangten einstimmig, daß fürstl. Cammer aus  
bewegenden Gründen ein Mereres davon übernehmen mög-  
te, als geschehen wollte; und dann ward auch von Seiten  
der Städte, ein alter am HofRat anhängiger, für sie  
nicht gut stehender Proceß zwischen ihnen und dem Adel,  
über das Mittragen einer solchen gemeinen Reichelast,  
in Antegung gebracht. Welches stimmte nun schon den  
Adel nicht zum Besten; und bewog ihn, um auch seine  
Kräfte nicht zu überspannen, nur zu einem freiwilli-  
gen <sup>b</sup> Beitrag von 500  $\text{rL}$ , Observanzmäßig unter der  
nicht bindenden Benennung von *Dan gratuit*; wol fügend,  
daß sie auf andre Weise den [Mit]Untertanen aus eigenen  
Mitteln, wenn es Noth tat, schon ansehnlich geholfen <sup>3</sup>,  
und auch gelegentlich in Zukunft helfen würden.

Nun

2. S. v. Donop Beschreibung der fürstl. Lippischen Lan-  
de: 2te Auflage, Lemgo 1790, S. 163 folg., das obliche  
Kataster.

b. Hier ist der Ausdruck, freiwillig, sowol ReichsGesetz  
als NaturRechtswidrig. Ersteres ist in unsern Tagen  
abermals, bei Gelegenheit der Disputen in Hildesheim,  
nach STRUBE Obf. jur. II 6, besonders aus dem Gesetze  
vom J. 1562, ad oculus demonstrirt, und vom Ge-  
genteil selbst endlich anerkannt worden. Letzteres ist so-  
gar schon in einem *Compendio* ausgeführt, in v. Sonnenfels  
Grundsätzen der FinanzWissenschaft (Wien 1776) S.  
169—174. S.

3. Als im J. 1775 die Unterstützungscasse für herun-  
tergekommene Lippische [Mit]Untertanen des platten Lan-  
des,

Nun frage sich denn doch aber auch wol: wie viel sollte denn, nach der Meinung des Verf. jenes Aufsatzes, der Adel im Verhältnis gegen die [Mit]Bürger, [Mit]Untertanen des Bürger- und BauernStandes beitragen? — und ob die freiwillig b hingeebene 500 rL, wol nicht gar, im Verhältnis gegen den Beitrag aus der VermögensMasse der sämmtlichen genannten [Mit]Untertanen stehen möchte? Darüber schwelgt er, welches er doch, wenn er gründlich räteln wollte, nicht tun durfte. Er hat seine im Einzelnen erzählte Geschichte so gedreht, daß man glauben sollte, den [nicht-ablichen Mit]Untertanen allein kämen diejenigen Kriegerkosten, die der Adel nicht tragen wollte, gar fast, und schon im 1sten Jar auf 69500 rL, und dem Adel nur auf  $\frac{1}{40}$  tel derselben, zu stehen. Wir wollen nun mal sehen; eine unverdrehete, der reinen Wahrheit gemäße Berechnung, wird es zeigen.

Die Kosten des 3fachen KreisContingents werden, nach einer Vereinbarung auf dem Reichs- und nachherigen KreisTage, statt der naturellen Stellung, für jeden Mann zu Fuß, auf 100 fl. ConventionsGeld zu setzen kommen; also für 270 Mann, welche die Grafschaft Lippe zu stellen hat, in allem nach hiesiger Rechnung betragen

18000 rL

35

fler

des, von lauter Patrioten gestiftet ward: trug einer vom Adel 50 Pistolen, und die übrigen alle, dem Verhältnis ihres Vermögens gemäß, reichlich dazu bei; oder trafen statt dessen, zum Besten ihrer eigenen Gutsleute, die in Wäckerburgschen Heimern wonen, und daher von dieser Unterstützungscasse keinem Nutzen hatten, andre ser-lostbare Verfügungen. — Doch, dies sind bald 20 Jare her! und für gute Handlungen haben manche Menschen kein Gedächtnis. [Aber können Handlungen des Grosmut, von Handlungen der Pflicht dispensiren? B.]

c. Nach einer vom Kreise erfolgten Rectification des Contingents, die wir erst kürzlich aufgenommen, ist folches für die

Nun gibt nun

1. Fürstl. Cammer, schuldiger Massen, die gewöhnlichen Kreis-Gelder zurd, mit	10204
2. Die Sternberger Relucions-Casse, welches Fürstl. Cammer decken muß und will	1023
3. Büschburg für das Amt Blomberg, einem alten Vergleich gemäß	600
4. Der dahin gehörige Fiecken Alverdisen, etwa	60
5. Das kleine Amt Lipperode, eben so	60
6. Der Adel, als <i>Dangratuit</i> [?]	500

12447  $\text{rL}$

Erfoderlich nach Obigem — 18000 —

Fehlten daher noch hier — 5553 —

Zu diesen fehlenden geben die Städte  $\frac{1}{2}$  1851

Würden also mangeln — 3702  $\text{rL}$

Diese 3702  $\text{rL}$  nur allein, fielen daher auf die hiesigen zutrichen, wolhabenden, und nach der jetzt genug bekannten französischen Verfassungs Art, so gut als die Edelleute, welt. und geistliche Diener <sup>d</sup>, auch Bürger, Gesess. laur. sen.

Die Grafschaft Lippe, von den eben angegebenen 270, auf 202 Mann zu Fuß herabgesetzt worden. Also vermindern sich die Kosten der 18000 Rthlr. (à 100 fl., auf 2 Mann) um 523 Rthlr. 12 Mgr.; mithin auch um  $\frac{1}{2}$  dieser Summe, oder um 355 Rthlr. 20 Mgr., der B. trägt von den Wit. Unterthanen des platten Landes. — Die starke Variante zwischen 18000 und 70000 Rthlr. wird wol nachseßend erhalten werden? S.

d. Nach Dienerschaft darf dem Adel nicht entgegen gesetzt werden. Alle Privilegien, die der Geburts-Adel genießt, sehen (wie bei Mönchen) Dienste voraus, die derselbe der Gesellschaft leistet, oder leisten sollte: one das, läßt sich vornehmlicher Weise seine Existenz nicht denken. S.

senden [Witt]Unterthanen des BauernStandes — für die der Adel vorzüglich zu sorgen hat [?] — und zwar so, daß ihnen dadurch kein unmittelbare Auflage geschieht. Man nimmt sie vielmehr von einer ansehnlichen und höheren Summe, die jährlich von der nur zu 12 Monaten jezt gezahlt werden- Contribution übrig bleibt, und zu Verminderung der land- oder ContributionsCasse Schulden bisher verwendet worden ist, und ferner wird. Es würden also nur in diesem Jar, 3702 r<sup>t</sup> LandesSchulden weniger bezahlt; und hierinn besteht denn der ganze sogenannte Druck der [Witt]Unterthanen: Indeß manchem Besitzer adlicher Güter, dessen Einkünfte mer den Schuldeuten [sans pis!], als ihnen gehören, mit Souffren seinen nun gedoppelten Beitrag zur Personen- und KriegsSteuer, dar zusammen bringen muß. Der Sohn, Neffen, und Mündel, die von diesen gegen den Feind dienen<sup>e</sup>, Gesundheit und Leben, oft zu setzen, und KriegsBeiträge genug fordern, nicht einmal zu gedenken.

Die ganze hiesige Dienerschaft<sup>d</sup> und Geistlichkeit gibt zwar etwas mit zur temporellen PersonenErfür, nichts aber zur Verteidigung des Landes, wovon eigentlich die Rede ist; obgleich der unberufene<sup>e</sup> Verf. jener Schrift das Gegentheil zu verstehen gibt. Geschähe dies wirklich: so würde das, was die [Witt]Unterthanen nun noch dazu beitragen, sich um so viel mer vermindern, wie es nun freilich nicht geschieht.

Dies

---

e. Das tun ja, für Gold und Ehre, auch Nicht-adliche, und klagen sogar in vielen Gegenden jämmerlich, daß sie von der Ehre, gegen den Feind als Officiers zu dienen, durch den Adel verdrängt werden. S.

f. Unberufen: ich reclamire Menschen, Bürger, und deutsches Recht: s. oben S. 344, Z. 9. Muß man patentirt seyn, um eine nützliche Wahrheit zu sagen? und von wem patentirt? S.

Dies sind undäussbare Werken, welche allein für-  
 taken werden, das Ungerechte jener hässlichen Rüge in  
 ein helles Licht zu setzen [?] . . . . .

## 36.

Ueber ReichsSteuern und Hilfen, besonders in Be-  
 ziehung auf Mecklenburg, nach Anleitung der Reichs-  
 und LandesGeseze, auch öffentlicher Handlungen  
 und archivalischer Nachrichten.

1793, 8, 24 S.

1. Von den Ständen und Untertanen des deutschen  
 Reichs, werden in außerordentlichen Fällen die Beiträge  
 zur Volks- und GeldHilfe, gemeiniglich nach Römer-  
 Monaten, aufgebracht.

2. Die Benennung dieses ReichsSteuerFusses entste-  
 het daher, weil dem Kaiser Karl V im J. 1521, zu seinem,  
 damals zur KaiserKrönung vorgesezten RömerZuge, ein  
 KriegsHeer vom gesammten Reich bewilligt, und auf alle  
 Stände verteilt ward.

3. Dies KriegsHeer bestand aus 4000 Mann zu Ross;  
 und 20000 Mann zu Fus, nach Ausweise der ReichsMa-  
 tricul von 1521.

4. Diese ursprüngliche MannschafteBewilligung ist in  
 der Folge für GeldBeiträge zum RepartitionsFus dahin  
 angenommen, daß MonatsBeiste für den Reiter 12 fl.,  
 und für den FußKnecht 4 fl., gerechnet werden. Die sol-  
 chergestalt sich ergebende Summe hies ein RömerMonat-  
 Mann also 10, 30, oder mehrer RömerMonate bewilligt wer-  
 den: so wird diese Summe 10., 30., oder mehrfach,  
 entrichtet.

\* Verfaßt von dem LandSyndicus, Hofr. M —, und ver-  
 theilt auf dem LandTage zu Sternberg, der den 1 Mai eröff-  
 net worden. Die Citate aus Pütter, Grisenlacher, Moser,  
 u. a., habe ich weggelassen. C.

entrichtet. Für 1200 Römische Monate kommen vom ganzen Reich auf, etwa 50000 fl.: mithin werden zu 1 Mill. fl. 20 Römische Monate erfordert.

5. Nach dieser, ursprünglich auf Volkshilfe gerichteten Matricul von 1521 (womit man die Cammergerichtsmatriculn, Behuf der CammerZiele, nicht verwechseln muß), ward bei einem ReichsKrieg, von den ReichsStänden, die Mannschaft zu Pferd und zu Fuß, so lange gestellt: bis daß 1681, aus Anlaß des damaligen ReichsKriegs gegen Frankreich, das KriegsHer des deutschen Reichs zu 40000 Mann (nämlich 28000 zu Fuß, und 12000 zu Pferd) erhöht, und die Einteilung auf die 10 ReichsKreise, nach deren damaliger Erträglichkeit, in der That gemacht ward, daß das zugelegte Quantum unter den Kreisen, von den KreisStänden selbst, particulariter repartirt werden sollte.

6. Dieser MatricularFuß ist kein auf beständig verglichener oder festgesetzter Fuß, wie die ReichsMatricul von 1521: daher er bei Vorfällen jedesmal aufs neue zum Grund gelegt, und geltend gemacht wird; wie zum Beispiel 1704, 1734, und jetzt neuerlich 1792, geschehen ist. Das unter den Kreisen verteilte KriegsHer von 40000 Köpfen, wird dadurch gedoppelt, auch 3fach, müßten das Duplum oder Triplum, wie die Ausdrücke auch wörtlich lauten, ausgesprochen.

7. Man hat aber auch bald nach Einführung dieser BeitragsFuße, sowol die Matricul von 1521, als die Repartition von 1681, auf GeldAnschläge in Reichs- und KreisAngelegenheiten erstreckt. Man legte die GeldHilfen nach dem MannschaftsQuanto um, und hies dies die KopfStücksRechnung, weil auf einen Reiter 6 KopfStücke (2 fl.), und auf einen FußKnecht 2 KopfStücke (40 Kr.), gerechnet wurden: wie 1681, 1704, 1705, 1707, 1708, 1710, und 1712, geschehen ist.

8. Es sind indessen auch nachher, zu verschiedenen Nothwendigkeiten, die Beiträge nach dem, von der alten ReichsMatrikul von 1521 bestimmten RömerMonaten verwilligt: als vermöge der ReichsEntscheiden von 1729, ein RömerMonat zum Westphälischen CammerGerichtshaus-Bau; und 1757 dreißig RömerMonate zur Operations-Casse gegen KurBrandenburg: eine mehrere und neuere Beispiele anführen zu dürfen.

9. Vermuthlich werden vorstehende Sätze zu den nöthigen Vorbestimmungen hinreichen, um den verschiedenen RepartitionsFuss, welcher im deutschen Reich, für die Stellung der Mannschaft, und Einrichtung der SubBeiträge, anstehen für die Leitung der Contingente, angenommen ist, kennen zu lernen; und sodann zur Beurestellung mancher Ereignisse, Forderungen, Ablenkungen, und Verbindlichkeiten, mit mererer Bestimmtheit schreiten zu können.

10. Demnächst wird ferner auszumitteln seyn, in welchem Verhältnis einzelne Reichsstände zu solchen allgemeinen Beiträgen angeschlagen sind? Eine Ausmittlung, die mühsamer ist, als man vermuten sollte. In Beziehung auf die Mecklenburgischen Lande, sowol wegen der Herzogthümer Schwerin und Güstrow, als der Fürstenthümer Schwerin und Ratzburg, ergeben sich folgende Resultate.

11. Nach der ReichsMatrikul von 1521 stellen zum RömerZug:

Weltliche Fürsten, *Mecklenburgk*, XL zu Ross, LXVII zu Fuß,

Bischove — *Schwerin*, XII zu Ross, XIX zu Fuß, *Ratzburg*, V zu Ross, XV zu Fuß.

12. Zu Befolgung des ReichsSchlusses von 1681, nämlich für den NiederSächsischen Kreis das demselben zugewiesene ReichsContingent unter den einzelnen KreisStänden zu repartiren, ward ein KreisTag, der letzte seiner Art, 1689, nach Lüneburg ausgeschieden, auf selbigem, durch  
Mer-

Reichs der Stimmen, mit damaliger Uebersetzung des Rheinischen Kreise, eine Repartition wegen eines Reichshers von 60000 Mann zur Dietatur gebracht, und die diese Repartition beständige ReichsAbtheilung am 23 Jun. publicirt. Auf dieser KreisVersammlung erhielt das säcularisirte Stift Schwerin eine 40jährige, also mit 1722 schon beendigte Moderation. Infolge der 1682, auf dem Landtag, von den LandesFürsten, den landständischen Auszugweise mitgetheilten KreisRepartition, hatte Mecklenburg, wegen der Reichsverfassung zu 18000 Mann zu Pferde und 42000 Mann zu Fuß, 276 Reiter und 248 Fußgänger zu stellen. Dieser durch den Repartitionsfuß von 1682, auf die Herzogtümer Mecklenburg gebrachte Anschlag, ist stets für so prägrävirend gehalten worden, daß er eine Ruin nicht ertragen werden könnte: daher ist auch schon vom Herzog Friedrich Wilhelm, in den *Resolutionibus ad Gravamina* von 1701, in *Additamentis* in Classe 3, num. 1. u. 2, welche in dem §. 3 des LandesVergleichs abermals landesfürstlich anerkannt sind, versprochen, sich eine moderatorem Matriculaz angelegen seyn lassen zu wollen: welches aber noch nicht zur Wirkung gebracht ist.

13. Wenn also, wie nun neuerlich unterm 22ten Decbr. 1792 geschehen ist, das *Triplum* des Reichs- und KreisMilitärs, nach dem Fuß von 1681, nicht ein Heer von 36000 Mann zu Pferde, und 84000 Mann zu Fuß, ausgeschrieben wird: so würden die Herzogtümer Mecklenburg, mit Ausschluß der Fürstenthümer Schwerin und Rostenburg, zu stellen haben 558 Mann zu Pferde, und 496 zu Fuß, nämlich das *Duplum* zu einer Armee von 60000 Mann.

14. Allein diese sonst so wahrscheinliche Berechnung, dürfte sich, zur Erleichterung der Mecklenburgischen Lande, wol etwas mindern; besonders wann, wie vorausgesetzt steht, die 1682 geschehene Uebersetzung der Rheinischen Kreise wegfällt. Denn in derjenigen Repartition, welche



che dem, unterm 21.ten März 1702 erlassenen NiederSächsischen KreisDirectorialSchreiben, wegen des in dergl. ReichsSchluß vom 17. Novbr. 1702 bewilligten Quanti von 120000, beigelegt ist, hat das NiederSächsische resp. KreisDi. und Condirectorium, die dem NiederSächsischen Kreise zugetheilte Quote von 3926 Mann zu Roß und 8121 Mann zu Fuß, auf 6374 zu Roß und 6498 zu Fuß reducirt; und in diesem CircularSchreiben angenommen, daß zu stellen wären:

	zu Roß	zu Fuß
von Mecklenburg-Schwerin	241½	199½
— — Güstrow	241½	199½
Für beide Herzogtümer	483	399
vom Stifte Schwerin —	72½	35½
moderirt 1682 auf	48	24
vom Stifte Ratzburg	12½	18

In eben diesem NiederSächsischen KreisDirectorial-Ausschreiben, ist das nächstvorstehende Contingent, nach der obgedachten KopfstücksRechnung, jährlich, mit Ausschluß 1. der Anwerb. Remontir. und Recrutirung, 2. des Proviantes, 3. des Trains, 4. der Ammunition, Artillerie, und 5. des GeneralStabs, angeschlagen

für die Herzogtümer	zu	88632 R
für das Stifte Schwerin	zu	8064 —
für das Stifte Ratzburg	zu	2602 —

Bei der letzten aus den Mecklenburgischen Landen entrichteten ReichsHilfe, ist auf dem LandTage 1773 eine gleiche Berechnung untergelegt; so daß, nach dem Further angelegt wieder beabsichtigten Repartition von 1681, schwerlich eine andre Norm. wird ausgemerkelt werden können.

In den Jahren 1735 und 1736 ist die Vertretung des, nach dem Fuß von 1681 zu stellenden Mecklenburg-Schwerin. und Güstrowischen Contingents, mit Ausschluß des Stargardschen Kreises, vom Kaiser, für 657.00 R über-

übernommen worden, wie die Anlagen des LandTagsProto-  
colls vom J. 1737 nachweisen.

15. Uebrigens beträgt ein RömerMonat in Gelde,  
für die Herzogtümer Mecklenburg (mit Einfluß der schwed-  
ischen Besizungen) 748  $\text{fl.}$  Wenigstens ist dieser Cal-  
cul annoch 1757 untergelegt worden, als der 1755 auf dem  
LandTag, zum Westphälischen CammerGerichtshausBau,  
eine Folgerung bewilligte 10 RömerMonat berechnet, dieser  
Beitrag, unter begründeten Abzügen, aus dem LandKasten  
zur Schwerinschen Renterei eingeliefert; und der Herzogl.  
Cammer unterm 17 Oct. 1757 aufgegeben ward, den En-  
gern Ausschuß über den Empfang dieses bewilligten 10 Rö-  
merMonats zu quittiren. An das Fürstl. Haus Baden  
haben die Herzoge von Mecklenburg 1766, für 10 Rö-  
merMonat 753  $\text{fl.}$  bezahlt (Moser von ReichsTagsGeschäften,  
B. IX, S. 1210, S. 108).

16. Von dem Beitrag der Herzogtümer Mecklen-  
burg, ist auf jeden Fall die Quote der schwedischen, in  
Mecklenburg belegenen Besizungen, abzuziehen: wie nicht  
allein der §. 111 des LandesVergleichs der Ritter- und  
Landtschaft zusichert, sondern auch von Kaiser und Reichs-  
wegen, schon unterm 6 Maj 1686, und 29 März 1691,  
anerkannt ist. Diese Quoten betragen, nach dem  
Herkommen, und zufolge der im J. 1757 (num. 15) an-  
wendlich gewordenen Berechnung, a. wegen Wismar,  
7 $\frac{1}{2}$ , und b. wegen Pöl und NeuKloster, 1 $\frac{1}{10}$  des Ganzen.

17. Uebrigens sind nunmehr, der auch bereits 1757  
zur Anwendung gekommene 2te Artikel des LandesGrunds-  
Gesetzlichen ErbVergleichs vom 18 Apr. 1755, von  
Reichs- Kreis- und PönzeßinSteuer, wie auch der §. 7 der  
zwischen dem Schwerinschen Regir.Hause und der Stadt Ro-  
stok 1748 getroffenen Convention, die §§. 74, 75, und  
519 des LandesVergleichs, die zunächst entscheidende  
Normen. Vermöge dieser Vereinbarungen überträgt

die LandesHerrschaft I. ihre Ritterschaft für sich und ihre Hinterlassen, wenn nicht über 200 RömerMonate in Et-nem Jar, von Kaiser oder Reichs oder Kreises wegen, er-fodert werden; II. die LandStädte auf 300 Römer-Monate, und III. die Stadt Rostok wegen aller Reichs- und KreisSteuern.

Minder auffallend wird diese Ue-berrtragung demjenigen seyn, welcher sich der fast verges-senen Wahrheit erinnert, daß vor dem LandesVergleich, wann Reichs- und KreisSteuern ausgeschrieben wurden, nicht die ganze gewöhnliche LandesContribution, wie aber jetzt geschieht, aufgebracht, sondern nach Verhältnis der ausgeschriebenen RömerMonate gemindert ward: wie das Schema im 10<sup>ten</sup> §. des mittelt des 5 18<sup>ten</sup> §s des Lan-desVergleichs vom 16 Jul. 1701 nachwieset.

18. Zur Vollständigkeit kon annoch folgendes nicht unbemerkt bleiben.

Bekanntlich ist durch den Hamburgschen Successions-Vergleich vom 8 März 1701, dem Hause Streng der Stargardsche District mit der Comanturei Mitrow, mit völliger LandesHohelt abgetreten. Da nun dieser District ein Accessorium des Herzogtums Güstrow ist: so setze der Herrschaft Stargard für die Reichs- und KreisPrä-standa, auch CammerZiele, ein besondrer Matricular-An-schlag, welchen von Reichs- und Kreises wegen auszubringen, der Herzog von Mell.Strellitz, im 15<sup>ten</sup> §. des zwischen bei-den Regir.Häusern unterm 14 Jul. 1755 vollzogenen Er-thuterungsVerrtrags, versprochen hat.

Wegen der CammerZiele ist die Ausgleichung auf 7 geschehen, wie aus dem Strellitzscher Anschreiben vom 19 Febr. 1778 an die RZagsVersammlung erhellet. Ob eine gleiche Ausmittelung für die Reichs- und Kreisprä-standa ebenfalls bereits erreicht ist, muß man, bei erman-gelnden Nachrichten, um so mer unbestimmt seyn lassen, als die Absicht dieser kleinen ZeitSchrift war, für jeden Fall den Beweis entweder anzuführen, oder die Quelle nachzuwei-sen.

### 36. Mecklenburg. ReichsContingent. 363

sen. Zu dem für 1735 ausgeschriebenen ReichsContingent, hat das Haus Strelitz wegen der Herrschaft Stargard, 60 $\frac{1}{2}$  zu Ross und 49 $\frac{1}{2}$  zu Fuß, oder den Reiter auf 3 Fußknechte gerechnet, 283 $\frac{1}{2}$  Mann zu Fuß, den Mann mit 60 fl., also überhaupt mit 17115 fl., vermöge der 1737 auf dem LandTage urschriftlich vorgelegten Kaiserl. BoncellitätsMillitärBuchhaltereiQuittung, d. d. Wien, 24 Jan. 1737, redimirt: und hat dergleichen der Stargardsche Kreis, ebenfalls nach Ausweis des LandTageProtocolls vom J. 1737, auf 17, auf dem Grund einer recipirt genannten Proportion, angelegt.

19. Die vermögigten Reichshilfen sollen in grober gangbarer Reichsmünze, vermöge des Abschieds von 1594, §. 6, erlegt werden; mithin ist der MünzFuss von 12 $\frac{1}{2}$  Schein oder schwerem Courant ausgeschlossen.

20. So wie in den meistent Reichsländern, so sind auch in Mecklenburg die Landstände stets zu dem Inhalte des §. 105 des Landes Vergleichs berechtigt gewesen: nämlich zu Reichs- und KreisSteuern, der landesHerrschaft den von derselben zu bestätigenden ContributionsModum in Vorschlag zu bringen. Dazu sind dann verschiedene RepartitionsFüße gewält, welche man, in ausgezeichnete Abweichung, besonders aus den ContributionsEdicten vom 13 Nov. 1682, 26 März 1703, 18 Sept. 1703, 12 Sept. 1704, und 22 Decbr. 1734, kan kennen lernen, indem verschiedentlich nach KopfSteuer und dem ViehSchaf, nach den Revenüen, der Consumption, und der Ausfat, contribulirt ist.

### 37.

Actenmäßiger Bericht von der Recrutenaushebung  
auf dem Lande um Göttingen.

Von der NiederElbe her schrieb man mir sanderbare Nachrichten, was für Grausamkeiten bei der in hiesigen Ländern

vorgenommenen Recrutenaushebung (NB. 7000 Recruten nur, in einem Stäte, der, nach warscheinlicher Sage, gegen 900000 Seelen zält!) begangen worden wären. Die Erzählungen waren nicht detaillirt, noch weniger erwiesen: also, natürlich — nam ich keine Nothz davon.

Aus OberDeutschland, schreibt ein Ungenannter F. an Hrn. Rat Becker in Gotha, unter dem 2 Apr. d. "J.: "man sagt von Göttingen, daß die Studenten, wegen gewaltsamer Aushebung einiger ihrer Mitbrüder unter das Militär, höchst unzufrieden wären; und "daß die ganze Universität ungemein dadurch verliere, weil "die meisten von da wegzugehen gesonnen wären". — Das schreibt der Ungenannte, und fodert mich namentlich auf, das OberDeutschePublicum hierüber zu beschelden. Hr. R. Becker ruckte einen Theil dieses Schreibens in seinen Anzeiger (Num. 92, 22 Apr. 1793) ein, mit der vorläufigen Versicherung an den ungenannten Einsender, daß "jenes Gerüchterlogen sei, weil sich die Sache, bei einiger Kenntnis der Hannoverschen Regierung: und LandesVerfassung, gar nicht als möglich denken lasse". Das ganze Schreiben aber schickte mir ebenderselbe freundschaftlich zu, mit der Aeußerung, "Er überlasse es mir, ob ich mich darüber erklären wolle, oder nicht".

Selbstsam ist immer die Auffoderung des Ungenannten: — verzeihe mir derselbe diesen Ausdruck, so dankbar ich auch dafür bin, daß er sich in seinem anonymen Brief, nicht nur als einen dankbaren Eleven von Göttingen, sondern auch besonders als einen Freund von mir, kund macht. Wer in der Welt kan einer Regierung, einem *Corpori*, oder auch nur einem *Individuo*, zumuten, sich gegen Gerächte, und wären sie auch gedruckt, zu erheben, für welche kein Beweis, vielmehr eine Art von notorietät dagegen, vorhanden ist? Selbst der einzelne Mann, der sich seiner Würde bewußt ist, im öffentlichen Lichte seines OrtsPublici, oder gar eines größeren auswärtigen Publici, wandelt, und entweder von einem unbekannten, oder wie häufiger der Fall ist, von einem entdeckten, von allen Sekten verächtlichen Thun mißhandelt wird: — wird sich so ein einzelner Mann wegwerfen, und sich gegen den Elenden verteidigen? Und gäbe es Andre, die auf solche Verläumdungen hören,

ten, und sich nicht die leichte Mähe gäben, den dummen Lügen auf den Grund zu kommen: so wären sie eben so wenig einer NotizNennung werth, als der bübische Verläumder selbst.

Ich war daher Willens, gegen vorbemeldtes Gerücht, bloß folgendes in dem Anzeiger bekannt zu machen. "Im ganzen Hannoverschen Lande ist in keinem Orte, der Stadt, Gerechtigkeit hat, auch nicht in dem kleinsten (wie z. Ex. Hedemünden), ausgehoben worden: theils, weil man zu den hiesigen, fast aus lauter LandesKindern bestehenden Truppen, die LandLeute für bessere Soldaten hält, als die Städter; theils auch, um die Handwerker und Künste in den Städten nicht zu stören, und falsche, durch HandwerksBursche ins Ausland verbreitete Nachrichten, zu vermeiden".

Indem ich aber voraussetzte, daß gewöhnlich die allerbärmteste Lüge doch einen Anlaß hätte, und deshalb bei einigen unsrer würdigen CivilBeamteten Erkundigung einzog; aber nicht nur nicht einmal der geringste Anlaß sich zeigte, sondern vielmehr das Geschäfte hier zu Lande, musterhaft, und ausgezeichnet Ehreuvoll für Beamte und Volk, verrichtet worden: so glaubte ich, durch Publication dieser Vorfälle, um so mer Dank zu verdienen, da über dieses allgemein wichtige StatsGeschäfte, dessen verschiedene Behandlung freilich in manchen Gegenden noch den LandMann zu stillen und lauten Seufzern zwingt, meines Wissens noch wenig im Drucke vorhanden ist. Vergl. mit

"Ueber die CantonVerfassung in den Preussischen Staten, und die von dem Obristen von Ströfcke verweigerste Betabsichtigung des Enrollirten Elbusch. Von dem Geh. Kriegs- und LandRat von Arnim. Straßf. und Leipz. 1768, 218, 95 S.

Unter dem 4 Febr. 1793 erging das erste LandesFürstl. Ausschreiben, daß die InfanterieRegimenter mit 7000 Mann vermehrt, und die nöthige Mannschafft auf den 25ten d. M., auf den Dörfern ausgehoben werden sollte. Ein Recrue solle nicht unter 16, und nicht viel über 40 bis 50 Jare, seyn: nächstdem gesund, weshalb ein zuverlässiger Chirurgus jeden besichtigen solle. Nur eingeborne Urecsanen sollen ausgehoben werden; auch nur unbewehrte, so

welt es die Umstände verstateten. Auswärtige, die sich als Knechte oder sonst im Lande aufhalten, und solche Leute, deren Deserction zu befürchten ist, seien nicht mit unter die Aushebung zu ziehen. Ebenso seien die Manufakturiers, Handwerker, und sonst ganz unentberliche Leute, zu verschonen. Auch die zu den LandRegimentern engagirte seien, so viel möglich, von der Aushebung frei zu lassen.

Den 11 Febr. folgte ein altes Ausschreiben nach, welches die den Ausgehobenen zugesicherte Vorteile enthielt. Gleich nach dem Kriege sollen sie unentgeltlich wieder entlassen, den untüchtig gewordenen Pensionen erteilt werden, u. s. w.

Die Repartition geschah nach der Anzahl der Feuerstellen. Dem zufolge wurden den 8 Dörfern, welche unter dem Namen KönigsGericht Leinoberg, vom GerichtSchulzenAmt in Göttingen abhängen (Grone, Rosdorf, Mengerehausen, Zortensen, Oberrn Jesa, Volkerode, Ellerhausen, Sertmarshausen), und die zusammen 350 Feuerstellen enthalten, 45 Recruten abgesehert.

Da in dem Ausschreiben nicht ausdrücklich vorgeschrieben war, ob die vom Gericht zu Recruten bestimmte Mannschaft gewaltsam ergriffen werden solle: so vereinigte sich das hiesige Gericht mit den benachbarten Aemtern und oblichen Gerichten dahin, daß alle jeden Orts vorhandene junge Mannschaft am Gericht erscheinen, und nach vorgängiger unparteiischer Untersuchung gewärtigen solle, wenn das Gericht zum Recruten bestimmen werde.

Dem zufolge forderte der GerichtSchulze den 24 Febr. die Bauernmeister der 8 Dörfer vor, machte ihnen diesen angeschlagenen Weg kund, und gab ihnen auf, daß sie alle ihre, nach den beschriebenen Eigenschaften Dierstüchtige Mannschaft stellen sollten. Die Untertanen dieses Gerichts bezeugten wiederholt ihre Dankbarkeit über dieses in sie gesetzte Zutrauen; und

den

## 37. Götting. RecrutenAushebung. 367

den 25 Febr. fanden sich alle MannsPersonen von 16 bis 50 Jaren, selbst die Reihenteute und Besizer großer Ackerhöfe (218 Mann in allem), im Gerichte ein. Abwesend waren 24, von denen sich aber die meisten nachher stellten. Völlig ausgetrreten ist kein einziger. LandSoldaten befanden sich in 4 Dörfern 32.

Den 26 Febr. wurden diese 45 Mann nach Northelm, und den 27ten nach Elmbeck, geliefert, und sodann weiter nach Hannover. Wenn ein CivilBeamter die Aushebung verrichtet; so ist solcher, auch wenn er bei offenen Thüren handelt, selten vor Kl. tscherei und dem Vorwurfe sicher, als habe er partiellisch verfahren, die größeren Leute zurückgelassen, und die schlechtesten ausgenommen. An die Obern kam hier keine Klage von der Art. Nur da bei dieser ersten Auslieferung der Recruten befunden worden, daß mehrere nicht die Größe hatten, um mit den übrigen gleiches exerciciumachen zu können; so wurde festgesetzt, daß jeder Recrute wenigstens das Mas von 5 Fuß 9 Zoll haben solle. Um nun den Gerichten die daher entstehende 2te Ausnahme zu erleichtern, so wurde verordnet, daß alle junge Leute, welche von den übrigen zum Marsch nicht beorderten Regimentern, mit Pässen auf Wartgeld versehen, und noch nicht in Gage eingesetzt wären, mit ausgehoben werden sollten. Hier nächst geschah

am 5 März, auf die vorhin bemelte Weise, die 2te Ausnahme von 16 Mann von festem Mas, wodurch die ganze auf das Gericht repartirte Zal erfüllt wurde. 4 derselben hatten epileptische Zufälle oder andre LeibesSchaden vorgegeben, welches sich aber, bei näherer Untersuchung, unwahr befand.

Ueber die Ausnahme selbst hat kein LandMann gemurret. Mehrere haben sie wiederholt am Gericht erklärt, sie erachteten sich schuldig, die von ihnen geforderte Zal der Recruten zu stellen.



Als von 2 Brüdern 1er ausgehoben werden sollte, bat der andre das Gericht flehentlich, man möge ihn dafür erwählen, weil sein Bruder seinen Eltern notwendiger sei als er. — 3 der größten Ackerleute in Oberrn Jesa hatten j-der 2 Söhne, und von jedem Hofe dient schon 1 Son als Land-Soldat. Das Dorf hatte auch schon die auf selbiges reparirte Zal Recruten geliefert. Andre Dörfer konnten aber die verlangte Zal nicht schaffen, weil schon ein großer Theil junger Leute freiwillig unter den Regimentern diene (38 aus Rossdorf, 36 aus Grone, one die Land-Soldaten, Trains-Kn-che &c), welches in hiesigen Landes-G-genden häufiger, als in an-ern, geschieht. Einzelne HausVäter, die zwar kleinen Ackerbau hatten, aber durch ihre einzige Söhne im Alter Unterstützung hoffen, murrten darüber, daß der Besitz eines Acker-Hofs den Vätern einen Vorzug in den väterlichen Rechten geben soll. Die genannten 3 Ackerleute erklärten darauf, sie verlangten eben solchen Vorzug nicht, und traten hiemit jeder einen Son zum Recruten ab.

Die sä-milichen Gerichts-Gemeinden hatten sich ganz aus eignem Antrieb unter einander beredet, allen Land-Soldaten, welche sämmtlich in ihrer Rüstung aus Gericht commandirt waren, um nötigen Falls das Gericht zu decken, auch die ausgehobene Mannschaft zu transportiren, dieses Commando täglich mit 6 Mgl. per Mann zu bezahlen, welches sonst die Landes-H-erschaft zu tun pflegt. Eben so hatten sie sich auch verabredet, jedem der ausgehobenen 45 Mann, zu ihrem Herrschaftl. Hand-Geld von 4  $\text{rL}$ , einen Zuschuß von 2  $\text{rL}$  zu tun, um sich desto besser equipiren zu können.

Eines Bauern Son, der gut abkommen konnte, aber one hier in der Stadt zu wohnen, täglich von Rossdorf aus die hiesige Schule besuchte, um vielleicht einst zu studiren, wurde deshalb von der Ausnahme verschont. Hingegen mußten einige Bauern-Söhne, die Handwerke, als Schmiede-Zimmer-Maurer- und Schneider-Profession erlernt hatten, ja-

doch

doch bei ihren Eltern worten, zu Recruten gekommen werden, weil es, aus obbemeldten Ursachen hauptsächlich, im Ganzen zu sehr an Diensttätigen fehle.

Unter dem 3 Maj 1793 erhielt unser Gerichtsschulze, Hr. Zachariae, von hoher Regierung ein Rescript, unter andern des Inhalts:

„Wir haben Euch zugleich unsere Zufriedenheit über die prompte und zweckmäßige Ausrichtung des RecrutenAusnahmeGeschäftes nicht unbezeugt lassen wollen; und da wir aus Eurem Bericht vom 16 März ersehen, daß die Untertanen eine lobenswerthe Bereitwilligkeit, die RecrutenStellung zu befördern, bezeigt haben: so tragen wir Euch hiermit auf, denen sich ausgezeichneten Gemeinden, und insonderheit denen 3 Eingefessenen zu Oberr-Jessa, den beiden Harrihausen und Apel, Namens Sr. Igl. Majestät zu bezeugen, daß ihr Benehmen und bezeugte Bereitwilligkeit, als Beweise ihrer getreuen UntertanenPflicht, nicht anders denn wolgefällig aufgenommen werden könne.

S.

### Zusatz,

aus dem nahen Amte Niedereß,  
vom 16 Maj 1793.

... Die auf dieses Amt repartirt gewesene MannZahl von 10 Recruten ist, one daß von Seiten der Untertanen Widerseßlichkeit bezeigt, und Amtsseitig Gewaltthätigkeit zu gebrauchen nötig gewesen wäre, aufgebracht worden: außer daß ein par der jungen Bursche, auf das sich in hiesiger Gegend verbreitete Gerücht von einer bevorstehenden Ausnahme, sich entfernt, und deren Cisirung einige ZwangsMittel erforderlich gemacht hatte.

Auf den zur Ausnahme bestimmten Tag, war die sämmtliche junge Mannschaft aus den AmtsDörfern, ans Amt beschieden; und sie erschien, außer jenen Burschen, obgleich die Ursache jener ungewöhnlichen Zusammenfoderung von ihnen vermutet werden konnte, gutwillig. Aus ihr wurde die verlangte Anzahl Recruten, den untersuchten Un-

ständen nach, genommen: und diese nun Ausgenommene, bezeugten so guten Willen, daß man die anfangs angeordnete Bewachung derselben wieder aufheben, und unbedenklich finden konnte, ihnen die gesuchte Erlaubnis, erst noch einmal zu den Ihrigen zurückzugehen, zu erteilen. Sie fanden sich am Tage der wirklichen Ablieferung am Orte wieder ein, und wurden an das bestimmte Regiment gesandt, ohne daß auf dem Marsch dahin die mindeste Unordnung vorgefallen.

Dieses ist, was auf Verlangen, von der Art der Ausnahme in dem hiesigen kleinen Orte, als ein kleiner Beitrag zu Widerlegung des auswärts ausgebreiteten Gerüchts, als habe in hiesiger Gegend die Ausnahme der jungen Mannschaft mit vieler Gewaltthätigkeit geschehen müssen, gemeldet werden kan.

Wobei denn noch der Fall erwähnt zu werden verdient, daß als bei jener hiesigen Ausnahme, ein junger Bursche aus dem AmtsDorfe GroßenLengden zum Recruten bestimmt werden sollte, dessen älterer Bruder, der LandSoldat war, in Rücksicht der vorgekommenen Umstände, daß die Mutter, eine alte Wittwe, jenen ihren jüngern Sohn, schon vorher zu ihrem nötigen Beistande in der Haushaltung ausersehen, dieser auch weniger als er, die zum KriegsDienste erforderliche standhafte Gesundheit habe, für denselben einzutreten, aus freien Stücken sich erbot; und als Recrut auch wirklich mit abgegangen ist.

H.

38.

Vom Landtage zu Kaschau in Ungarn,  
10 Jun. 1793.

Sauber gedruckt auf 3 Fol. Seiten.

Serenissime regie haereditarie Princeps, Archidux  
Austriae, et Palatine! Excelsum Consilium regium Lo-  
cumtenentiale Ungricum! Domine; Domini, benignissi-  
me, gratiosissimi, colendissimi!

Non

Non mediocrem animis nostris incussere sollicitudinem, complura Excelsi huius regii Consilii Intimata, quibus totidem *libros*, recentius in lucem editos, inter *prohibitos* referri intelleximus.

Ac tametsi suas Exc<sup>o</sup>. huic Dicasterio eos interdicens *causas* nequaquam desuisse, iure supponere & sperare debeamus: cum tamen eae *in specie* haud adferantur, neque tenor ipsorum librorum nobis cognitus sit; e contra vero invalescens ab aliquo tempore *Censurum rigor* passim querelas excitet, quin ipsa etiam *publica* Nationis *opinio* damnetur: hinc iussa nos incessit cura, ne *libertas preli*, antequam adhuc suo modo definiri posset, contra expressam Regis & Regni voluntatem in periculum adducatur. Quidquid sit, negari non potest, homines eos, quibus cura revidendorum librorum concredita est, *clavim ipsius culturae Nationis* in manu tenere. Cauendum itaque esse putamus, ne, Principe grauib. *belli* curis avvocato, tam *eminens publicae felicitatis adminiculum*, cum irreparabili reipublicae damno neglectum, & ipsi subin doleamus, et incuriam aut plane *conniventiam* nostram fera etiam arguat posteritas.

Immortalem sibi in patriis non minus, quam exteris annalibus, peperit memoriam gloriosus olim Ungriae Rex *Matthias* I, qui introducto in regnum *typographiae* usu, primus ad delendam gentis barbariem efficacem manum admovit; adapertoque hac ratione Ungris suum excolendi ingenium campo, placide removit necessitatem evocandorum ex oris exteris Literatorum, qui sua *auctoritate* infelicem & non culpa sua rudem populum, tot saeculis a scopo verae felicitatis detinebant.

Ope eiusdem artis typographicae, quae tanta attulit commoda generi humano, eo iam aetate nostra perventum est, ut infinitas *preli* utilitates, malis illis, quae ex *abusu* eius oriri queant (quaeve contra imprimendi libertatem

tatem per quosdam tam sedule afferuntur) longe praestare, nequaquam ignoretur.

Bene conficius erat ipse denatus August. Imperator IOSEFVS II, plurimum interesse Principum, ne industria Nationis in scribendis libris suffocetur: & ideo *saecrum* hoc tam civilis quam politicae libertatis palladium, Ungaricae etiam Nationi *aeternum* esse voluit; providoque ac salutare hoc facto suo in tantum excitavit patriae filiorum animos, ut novam literaturae, praesertim *Ungaricae*, epocham, ad tempus praevigentis Eius gubernii non ingrati referamus. Studium isthoc provehendarum literarum, & augendae linguae nationalis zelus, apud Ungros Scriptores adhuc perdurat quidem, immo his, sub tutela & protectione *articuli XV<sup>ti</sup> 1791*, non exiguum scribendi stimulum accessisse experimur: illud interim reticere non possumus, quod nisi Exc<sup>i</sup>. huius *Dicaasterii* efficax cooperatio, nimium hunc *Consorum rigorem*, usque ad subsecuturam etiam Diaetalem provisionem, pro aequo & iusto temperaverit, laudabilem hanc patriae civium industriam in ipsa herba exarescere oporteat.

Si libri erroribus & falsis principiis scatentes in publicum prodeunt, hos utique, *argumentis refutari*, ad hominum animos convincendos, quam *supprimi*, longe fuerit sapientius. Hoc ii, quorum interest, tueri & docere veritatem, eo & facilius & citius possunt, cum principia illa, ut falsa, omni careant fundamento. Frustra etiam nobis quisquam persuadere voluerit, eam esse seu hominum sive civium nostrorum perversitatem, ut tenebras lumini aut errorem anteferant agnitae veritati. Ipse enim naturae creator hominem, prout reliquis animalibus praeflare, ita & regi, *rationis* voluit.

Neque vero *temporis* ratio aliud suadere potest. Saeculorum experientia docuit, quod *suppliciu de studiis summi*, res semper sit indigna, plena periculi, ac bene ordinatae civitati contraria. Nam, ut sapiens ille *Annalium* roma-

romanorum conditor dicit, *punietis ingentis gliscit auctoritas*. Cum autem saepe optimi & praestantissimi quique libri, *prohibitorum* catalogo adscripti sint: eo jam res devenit, ut interdictos passim & *citius nosci & ardentius exquiri & legi* videamus. Sed

nec perticere possumus, cur in Regno *nostro* scribendi libertas arctioribus coustringi deberet limitibus, quam apud reliquos *Europae* populos, quos ea cum summo reip. suae commodo frui & gloriari videmus. Genius certe Ungrorum, ad summam Regi & statui publico fidelitatem longe firmitus comparatus est, quam ut in contraria deflectatur principia, tametsi haec in talibus libris intermixta subinde reperirent. Principes Regni huius, secundum Leges gubernantes, qui amari quam timeri malunt, securiores sunt, quam ut malignos conviciatorum calamitas, ad rumpendum nefors mutui amoris & confidentiae vinculum tendentes, vel in minimo pertimescendos haberent.

Ceterum nec nostra nunc intentio est, *inroscriptam* librorum scribendi & imprimendi libertatem inductam cernere. De hac Regnum ipsum cum Rege, dum tempus fuerit, statuet. Id unice urgemus, ut *Censurorum arbitria* limites ponantur; ut scriptoribus patriis, scientias & artes excolentibus, libertas & honor condecens tribuatur; ut denique *lex, mens, ac voluntas Nationis*, observetur.

Qui in reliquo Benignitati altisque gratiis commendati manemus

Celsitudinis vestrae regiae,  
& Exeelsi Consilii Locumten-  
nentialis regni

Servi humillimi, obli-  
gatissimi, obsequen-  
tissimi

Vniversitas Comitatus *Abauvarionensis*.

Ex generali Congregatione nostra  
d. 10 Jun. 1793 Cassoviae  
celebrata.

Aus Briefen aus Ofen, Wien etc,  
von diesem Jar.

Das deutsche Publicum kennt die *Diff. de Comitibus regni Ungriae*, deque organisatione eorundem, bereits aus den Götting. Gel. Anz., und der A. L. Z. In Ungern gilt sie bei allen Publicisten für die gründlichste Bearbeitung ihres Gegenstandes, und für ein Supplement zu jedem andern bisher geschriebenen Ungarischen StaatsRechte. Nachdem sie nun Jar und Tage lang allgemein bei uns gelesen worden, kommt nun erst folgendes auf folgende Gründe gestützte Verbot aus der ungarischen HofCanzlei zum Vorschein:

Num. 3088 Aulico-Consilii R. L. Num. 8745,  
Sessionis 29<sup>a</sup> d. d. 12 April. Revisionis  
librorum Referendae Num 24.

*Sacratissae Majestatis nomine intimandum: Antefatam Summam Majestatem Sacram librum "de Comitibus — eorundem", A. 1791 typis editum, velut perniciosa quaedam [Aristocratis & Hierarchis] ac ipsis regni constitutionibus [feudalibus & barbaris] adversantia principia complectentem, ad classem prohibitorum referendum, omniaque eius apud bibliopolas vel typographos reperibilia exemplaria confiscanda, ac in auctorem eiusdem solerter investigandum, clementer praecepisse. Huic proinde Locumtenentiali Regio Consilio de positivo benigno jussu regio committitur, ut ad effectum b. huius resolutionis conformia disponere, detecto vero antefati operis auctore eatenus repraesentationem isthuc submittere noverit. Datum . . . Viennae d. 26 Martii 1793.*

C. Carolus Pálffy. Io. Paloczay.

Daß dergleichen Verbote wegen ihrer Verspätung ihre Wirkung verlieren; daß sie wegen ihrer Willkürlichkeit alle gute Köpfe im Lande bestürzen, zum Widerstand auffodern, und gegen einige zur ObscurantenPartei gehörigen Räte des Königes immer mer erbittern, wissen alle Menschen in und

und außer Ungern, nur wie es scheint der Canzler *Palfy* und der Hofrat *Lányi* nicht.

Ein vernünftiger katholischer Geistlicher verfaßte dem reformirten Grafen Gedeon *Rádaj*, einem großen Gönner der Gelehrten, eine Leichenrede, wo unter andern diese Ausdrücke vorkommen: *Vive igitur, Illustrissime comes, vive vitam hac, quam posuisti, beatiorum! . . . Mirabimini forte, haec ab homine catholico ita dici; verum noveritis, utique nos quoque non alium vivorum atque mortuorum iudicem nosse, quam qui hoc muneris sibi & quidem soli divinitus datum affirmavit.* Der Erjesuit *Hübner*, ein von der k. Statthalterei aufgestellter Censor, schrieb hierzu: quod deletum est, aut immutetur totum, aut omittatur: scandalosum enim est, ut Protestanti, nullum signum poenitentiae danti, aeternam beatitatem adgratulemur. 10. Aug. 1792. Und dies schrieb der Erjesuit zu einer Zeit, wo man zu Rom für den Fortgang der protestantisch-preussischen Waffen gegen die katholischen Franzosen betete! — *E. Status regni Vngariae A. 1792 (p. 32, 8.) S. 30.*

Dieserjenigen ungrischen Comitaten, welche unter den Namen der Königreiche Kroatien und Slavonien begriffen werden, haben zu ihrer ewigen Schande (die durch den Ban, Graf Joh. *Erdödy*, und durch den v. *Skerlecz*, leicht hätte verhütet werden können), sich vom ReligionsGeseß 1791, *Artic. XXVI*, ausnehmen lassen, und die Protestanten auch künftighin aus ihrem Mittel verbannt. Den 26. Aug. 1792 schrieb nun eben dieser Graf *Erdödy* an den Griechisch-orthodoxen Bischof von *Pakracz*, bei Gelegenheit der Versammlung der Kroatisch-Slavonischen Stände, daß er seinen reformirten Secretär, der zugleich bei dem Consistorio desselben Bischofs den Dienst eines Notarius und Fiscalis verrichtete, von seinem Amte entlasse, weil die nicht-orthodoxen Griechen sich den MunicipalGeseßen, nachdem sie zu Bürgern des Stats aufgenommen worden, fü-

gen



# StaatsAnzeigen XVIII: 71:

affen, und wol aus ihrem eignen Mittel tüchtige  
 cte zu solchen Stellen finden dürften. — S. Status  
 Vngriae p. 19, wo noch das gar natürliche Epiphonem  
 steht worden: "eos, qui ipsi opprimuntur, ad alios in  
 rem causa opprimendos provocare, indignum est".

Eine Statistik von Ungern ward zur Censur rin-  
 gereicht: nach dem Urtheil einiger Kenner war sie ein sehr nüg-  
 liches Werk, wiewol sie einige kleine U. r. theiligkeiten enthielt  
 (und wo ist der Mann, der die erste Statistik seines Lan-  
 des, eine kleine Unrichtigkeiten schreiben kan?). Der Censor,  
 Referent im Studien-Rath, ehemaliger Director der königl. Fis-  
 cal-Processe, und nun — Leiter der ungarischen Literatur, ein  
 mit dem Corpus juris, sonst aber, wie man allgemein weiß,  
 mit keinen andern Büchern vertrauter Mann — der Mann  
 der die freie ungarische Nation sogar des Rechts berauben  
 will, Sachen, die selbst in der Wiener Zeitung jeder deut-  
 schen Tagelöhner lesen kan, i. Er das Verhör des Königes von  
 Preussen, in ihrer ungarischen Mutter-Sprache zu lesen —  
 Mann schrieb unter obbemeldte Statistik: *typum non*

Auch

Deiner Correspondent meldet mir nicht die Wie-  
 der-Unterschrift. War sie zugleich ein Verbot zum  
 Verbot der ungarischen Censur ein gar arrogantes  
 hier in Böhmen haben wir auch Censur  
 Regierung hat uns noch neuerlich geschärft  
 deshalb empfohlen; und nur Professore-  
 als die, wills Gott! wissen resp. Fach,  
 inner, jeder in seinem resp. Fach,  
 Aber kein hiesiger Censor ist fähig,  
 ordnungsmäßig zur Censur einge-  
 verweigern, bloß weil sie nach  
 so des Drucks unwürdig wäre.  
 Schrift, wenn er auch eigen  
 sein

Nach "Diss. statistica de industria nationali Ungarum, Viennae (Pesth), 1792, 8., 110 S.", hat Lányi verboten. Freilich erkennt man an dem Verf. einen jungen unerfahrenen, manches übertreibenden, BrausKopf: aber verbieten sollte ein Lányi ein solches Product in einem freien Königreiche nicht! Der Verf. eifert gegen BauernSchinderel, welche, wußt der Intoleranz, und dem Haß der Aristokratie gegen Ausländer, er für die Ursache der unproportionirt geringen VolksMenge in seinem großen Vaterlande erklärt. Den Einwurf [so muß es doch Leute dort geben, die dieses Einwurfs fähig sind? Doch in Zöfstein sollen von den dortigen GutsBesitzern ähnliche Einwürfe geschehen], daß die Bevölkerung den ViehWeiden schade, und der Mensch die Ochsen verdränge, hebt er durch Vorschläge von KleeBau, StallFütterung, und OchsenMast. S. 58 wundert er sich, daß sich die ReichsLageDeputirte dafür von dem elenden contribuierenden Pöbel Blößen bezahen lassen, daß sie zu dessen Unterdrückung votiren! und S. 66 warnt er, durch Frankreichs trauriges Beispiel, den großen bösen Hund nicht in die Länge zu necken. Die allgewöhnliche Klage, daß der Wiener Hof den Handel Ungerns nicht begünstige, erklärt er für einen bloßen DeckMantel der Faulheit. 2<sup>te</sup> Mill. se, meint er, gingen alljährlich bloß für SeidenWaren aus dem Reich: warum zieht Ungern diese Seide nicht selbst? warum verarbeitet es sie nicht selbst?

Aber wol folgende Schrift, die Jaksch den II und Leopold den II schmähete, hat der Censor passieren lassen:

Origo

der ordneter Professor der Statistik wäre, denken: was die schlecht vorkömmt, kömmt vielleicht andern nicht so vor. Und verlasse ihn sein MenschenVerstand: so würde ihn sogleich seine Facultät, oder gar, im unbekannten Nothfalle, die Regierung selbst, über sein arrogantes "tyram non moratur" zurechte weisen, S.

Senatus, XVIII: 71

81

Der Verf. geht in seinen schleppenden Dialogen davon aus, daß das SittenVerderbnis [der Höfe? des Adels und der Geistlichkeit? ic.] die Quelle aller Staatsumstürzungen sei. Zum SittenVerderbnis in Ungern rechnet er auch die Verschmähung der NationalTracht. Durch sein Thema, "je mer Ausländer in einem Lande wären, desto verderbter würden die Sitten", facht er den NationalHaß an, und verläumdete die in Ungern angesiedelten Deutsche, Slaven, Kroaten, und Griechen. S. 95 sagt er: Dudum suspensa tenebar mente, quid causae sit, ut nemine in Regno reclamante, haud paucis, qui exteris provinciis suam debent originem, sedem nostra in patria figere sit concessum? Der Deutsche muß ihm antworten: "wer hat die dann, Magnar aus Turfan, concedirt, sedem in Europa figere? Uns aber haben deine klügere Vorfahren nicht blos erlaubt, sondern sie haben uns gerufen, um sie aus asiatischen Barbaren zu civilisiren. Europäern zu machen. Studire die Geschichte Stefans I und Elisabethens". — Die Aristokratie geht ihm über alles; die Nation (den Bürger- und BauernStand) vergiftet er. Auf Josef II zieht die Stelle: Vidimus regni [Aristocratum] felicitatem inclinari, leges subverti, Nationis jura aboleri. . . Luximus, dissensionum funesta jaci semina, metuendasque calamitatum surgere tempestates, quibus eo ampliores accrevire vires, que ferventiore reipubl. Praesides adversus quosdam aestuabant ira, aut majore in conflandis quibusvis mandatis fuere usi festinatione, quarum utraque quantas regno invexerit misérias, satius foret silentio premere, quam paucis complecti sermone, cum verear, ne laedantur nonnulli, quos tamen laesisse, ne porro laedant alios, consultum sit. Auf Leopold II geht p. 152: Illud non inficior, subditos in iustas sub id temporis solvi querelas, dum gravi imminente bello, aut serpente intestino quodam motu, scita eduntur

regis, quibus non modo immunitates longo roboratae confirmantur, sed novi etiam adjiciuntur favores, ut iis in officio fideles contineantur; *ast baud alio fine*, quam ut *sublesto* hoc agendi modo capiti, extincto demum periculo, *multo duriori subficiantur jura*.

29.

GRODNO, le 25 Juin 1793.

. . . Je vous ai fait le rapport de ce qui se fait ici à Grodno jusqu'au 22 du courant. Vous y avez vu que notre Nation quoique malheureuse & opprimée en tout sens, ne veut pas se couvrir d'opprobre aux yeux de l'Univers, & qu'elle veut plutôt mériter la vengeance par sa conduite ferme & déterminée, que la honte de tous les Siècles par une condescendance criminelle.

Je vous ai marqué dans ma dernière lettre que Mess. Sievers & Buchholtz ont présenté des Notes à la Diète, dans lesquelles ils requièrent la République de choisir une *Delegation* ayant plein pouvoir de traiter avec les Ministres des Puissances co-partageantes de l'affaire du partage & du nouveau gouvernement. Vous avez aussi le contenu de la réponse des Etats qui est vraiment digne d'une nation indépendante, mais en même temps malheureuse. Je vous en aurois envoyé la copie si on pouvoit se la procurer. Mais les exemplaires imprimés sont si rares, que malgré tous mes soins je ne peux pas les avoir; & c'est avec douleur que je suis privé de la satisfaction de vous en faire part. Mais je crois que dans ma dernière lettre je vous ai rapporté leur contenu. On répondit à Sievers que la République quoique égarée dans les principes par la dernière Diète, n'a pas manqué de redresser l'effort envers la Russie, sitôt que l'occasion s'en est présentée: que tout le monde a accédé à la Confédération de

*Targowitz* liguée sous les auspices de S. M. l'Imperatrice, & garantie par le Cabinet de Petersbourg, dont le point principal est la totalité du pays: que la Diète travaillant dans le système de cette Confédération, ne peut pas manquer à ses engagements: que le prétexte de la nouvelle secte des *Philosophes* qui le propage en Pologne étant nul, l'envahissement du territoire de la République doit cesser: qu'enfin on déclare ne jamais accéder au *Traité du partage* &c. — A *Buchholz* on a répondu que les Traités qui existoient entre la Pologne & la Prusse n'étant pas rompus par la première, elle est en droit de réclamer leur exécution, & demande en conséquence la Cour de Berlin de faire retirer ses troupes du territoire de la République.

Ces Notes étaient rendues samedi (22 Juin) à Mess. de *Sievers* & *Buchholz*, & on en a fait communication à tous les Envoyés des Puissances étrangères ici présents selon l'ordre exprès de la Diète. Tous les Ministres ont répondu qu'ils en feront communication à leurs Cours respectives.

Sitôt que la séance de lundi (24 Juin) était ouverte, les Chanceliers de la République ont déclaré avoir reçu une Note de la part de Mr. de *Sievers*. On en a fait la lecture. Elle portait que lui *Sievers* exige que l'on choisisse la *Délégation* demandée dans la première Note sans délai. Il y fait sentir que si on la diffère, on augmentera par là les malheurs du pays sans rien changer à la détermination des Puissances co-partageantes. Cette Note était écrite d'un style menaçant, c'est à dire du *plus Fort*. Mais à vous dire vrai, cette Note n'a fait aucune impression sur les Etats. On est déjà accoutumé au malheur & à l'oppression, ils ne peuvent être plus grands qu'ils ne le sont aujourd'hui: mais on n'est pas accoutumé à la honte & à l'opprobre. Malgré donc que le Maréchal *Bielinsky* faisait tout son possible pour faire agréer la proposition.

position de *Mr. Sievers*, tous les Nonces & même les Sénateurs l'y sont opposés presque à l'unanimité, demandant en outre à haute voix de faire décider le projet de *Mr. Jankowsky*. Nonce de Sandomir, qui est l'opposé de la demande de l'Ambassadeur. Il contient l'envoyé de deux ambassades à la Cour de Londres & à celle de Vienne. On demande dans la première la médiation dans ces circonstances si critiques pour la Pologne, & à la seconde on lui rappelle ses engagements envers la République contractés par le Traité de 1773 qui subsiste & par lequel la maison d'Autriche s'oblige à la garantie des possessions de la République. Ce projet conclue qu'après qu'on n'ait le résultat de ces ambassades, on n'entrera dans aucune négociation avec les Cours co-partageantes.

Ce projet étant fait pour anéantir toutes les vues de *Sievers* & de *Buchholz*, presque tous les Nonces ont demandé la décision. D'autre côté le petit nombre des partisans Russes l'ont empêché & ont eu la bassesse de demander le choix de la Delegation selon la demande des Cours alliées. Mais dans le nombre de 140 personnes qui composent la Diète, il n'y avait que 10 qui ont fait cette demande honteuse. Comme tout dépend du *Marschal* de la Diète, on en est venu jusqu'aux menaces pour le forcer de mettre aux voix la décision du projet de *Mr. Jankowsky*. Plus de 80 voix l'ont apostrophé dans les termes les moins mesurés. Entr'autres *Mr. Mikulin* lui a tenu un discours où il le traite de parjure & ennemi déclaré de la patrie. Il lui a peint avec les couleurs les plus vives toute la noirceur de sa conduite & tout l'opprobre qu'il mérite. Mais *B.* opiniste dans sa détermination a fait le malheur & l'opprobre de son pays, voulant plutôt se risquer à toutes les injures qu'il a mérité, que de manquer à l'engagement contracté entre lui & S. & R. Cette conduite si impertinente & si inattendue de *Biel*, a forcé

même le Roi qui est très circonspect dans sa conduite, de prendre la parole & de lui démontrer toute la malice de la façon d'agir. Il l'a donc sommé au nom de la Loi qu'il ordonna de lire, de ne plus être contraire à la juste demande des Etats & de mettre aux voix le projet de Mr. Jankowsky. Mais *Biel.* était sourd à toutes ces demandes marquées au coin du patriotisme & de la justice.

Si *Biel.* avait exécuté la demande des Etats, il n'y avait plus rien à faire pour Mr. S. si ce n'est que de prendre au collet par des Cosaques toute la Diète & la forcer à coups des batoggi ou de bayonette à signer le projet de la Delegation. Mais voilà comme un seul personnage peut faire le malheur & l'opprobre de toute la Nation! Mais non, elle ne méritera jamais l'opprobre de l'Europe, & ce n'est que sur un petit nombre des ces Individus soutenus de la force étrangère que retombera toute la honte & l'infamie.

Enfin la Diète ne pouvant venir à bout de persuader notre *Biel.*, était obligée de finir ces délibérations qui seroient être consignées parmi les actes des plus honteux de la République, tant le vrai patriotisme & la Nation avaient le dessus sur la bassesse & sur le despotisme. Nous vous rappellerés, que c'est la Diète composée de Sansculottes de tout ce qui a été ou du plus vil en Pologne, que c'est la Diète composée des R., des Nonces élus avec la bayonnette tout part par les bataillons R. & les — que c'est une pareille Diète qui a fait cette dégradation, & donne l'exemple d'une Nation sans épreuve! Il faut encore ajouter que les trésors de P. & de B. dont ma patrie malheureuse est di-

mettent des actes si opprobrieux? & l'exemple ne peut-

peut-il pas se renouveler sur elles-mêmes? . . . . . On nous envahit sous prétexte que nous recelons dans notre sein la secte des *Jacobins*. Et ou en a-t-on trouvé les indices? Et même si on les trouvait, est-on en droit de nous en faire punir & de nous dismembrer? Mais treve à ces *Jeremiades*.

Après la séance de *lundi*, séance qui a désespéré S. & B., ils ont résolu de venir de nouveau aux voix de fait pour dompter le courage & la détermination inflexible des pauvres Polonais. En conséquence ils ont cru nécessaire de frapper les chefs prétendus du parti opposé à leurs vœux, sans pouvoir être ni vouloir se persuader que ce n'est que l'amour de la patrie & la vertu qui en dirigent la conduite. C'est pourquoi *mardi* le matin Mr. de *Sievers* a donné ordre *par écrit* à la Commission du trésor de ne rien payer au ROI de ce qui lui est assigné pour son revenu & son soutien. Et en même tems il a donné un ordre pareil *par écrit* à Mr. Badini pour qu'il ne fournisse la moindre chose des économies regales pour l'usage du Roi, pas même le fourage pour ses chevaux, les légumes pour la table, le bois même pour le chauffage & la cuisine. On a enjoint dans cet ordre à Mr. Badini qu'il sera responsable de la personne en cas de contravention. — Outre cela il a ordonné de sequestrer tous les biens de Mr. *Tyskiewitz*. Oh Dieu! peut-on pousser plus loin l'oppression! Et pourquoi toutes ces formalités d'usage? Est-ce que l'Europe entière ne retentira pas des gémissemens d'une Nation malheureuse à un tel point?

Tout cela étoit exécuté avant la séance d'*hier*. On a cru par là intimider la Diète & la forcer à plier: mais on s'est trompé. De pareils actes n'ont servi qu'à augmenter l'enthousiasme des Nonces. Le projet de la *Délégation* a été de nouveau rejeté, & le projet de Mr. *Jankowsky* poussé avec toute la rigueur possible. Et ce n'est encore que l'opiniâtre bassesse de Mr. *Bielinsky* qui a contrecarré les vœux de toute la Diète & de toute la Nation. La Diète ne pouvant pas forcer *Bielinsky* à mettre

aux



sux voix le projet de *Jankowsky*, etait obligée encore une fois de finir ses deliberations après 8 heures de débats vraiment patriotiques.

*Demain*, dit-on, on va entourer le chateau de Bataillons Russes & forcer la Diete par la famine à acquiescer à la demande des Puissances co-partageantes. Mais nombre des Nonces ont déclaré qu'ils periront plutôt que de permettre à la honte de leur patrie. Dans *ce moment* on vient me dire qu'à la séance de *demain* on veut faire passer un projet, que comme le ROI est privé de tous ses revenus par les ordres de Mr. de *Sievers*, & qu'il a meritè cette persécution pour son patriotisme, la bourse des particuliers est à ses ordres & pour ses besoins, & que la souscription sera faite pour subvenir aux frais d'un ROI malheureux. Si ce projet aura lieu & passera, il sera un coup de foudre pour S.<sup>te</sup> mais il sera aussi la pierre de touche du caractere des honnetes Polonais. . . . .

---

40.

*Reben*, in *Oberlingern*,  
Jun. 1793.

Belanntlich darf hier im Lande jeder Katholik Protestant werden, ohne daß er, wie malsand, befürchten darf, deswegen verbrannt zu werden: nur muß er sich vorher 6 Wochen lang von einem katholischen Geistlichen belehren lassen, und über diese Belehrung ein Zeugnis vorweisen. Hier haben Erre. eine Probe eines solchen Belehrungs-Scheins:

Caraitus Babylonem, & non est sanata. *Samuelis*  
*quippe Gramen derelinquimus vum Jeremiae cap. 51.*

*Carelus Lubnisch*, Parochus Cibiniensis.

Was der böse Pfaffe für diesen seltsamen Satkasm gegen die Protestanten (s. das Religions-Edict vom 7 Nov. 1790) für eine Strafe erhalten habe, weiß ich nicht.

---

Jul. 1793.

Schlözer's

# Stats-Anzeigen.

Heft 71.

XVIII. Band.

Göttingen  
bei Ruprecht  
1793.

Jul.

rungsformen, Alexander und Chymnatas: aber welche un-  
historische Parteilichkeit für Amerika und gegen England!

... 1793. Die neuesten Arbeiten des *partacus* und  
*Philo* in dem Illuminaten-Orden. 8, 172 und 84 S. Sind  
diese Acten ächt: so sind die Illuminaten eben so, wie die An-  
hänger des Convents zu W<sup>ss</sup> vom 3. 1776 (Berlin. Mo-  
natsschr. Jun., 1793, S. 574), und wie die franzöf. Ja-  
cobins, Verschworne gegen die Ruhe der Staaten und das  
Glück der Menschheit.

Wien, bei Kaiserer, 1792. Geschichte von Salisch  
und Wladimir (oder RotRußland), verbunden mit Ausein-  
andersetzung und Verteidigung der Ungarischen Besitzrechte  
auf diese Königreiche. Nach russischen und polnischen Jar-  
büchern bearbeitet von Christian von Engel. Erster Teil,  
bis A. 1230, S. 240. Zweiter Teil, bis 1772, S. 208.  
Eine ware und wichtige Erweiterung der nordischen Geschichts-  
kunde, aus Quellen, zu denen bisher auch den gelehrtesten  
Geschichtsforschern der Zutritt fehlte.

Leipzig, bei Weidemanns, 1793. Der 5te Teil von  
Hrn. Hofr. Heinrichs deutscher Reichsgeschichte, 855 Sei-  
ten stark, beschreibt unser Kaiserreich unter 3 Kaisern, Karl  
V. Ferdinand I. und Max. II., von 1519—1576. S. die  
Göt. Gel. Anz. dieses Jars, St. 11.

Erlangen, 1793. *Isagoge in elementa Juris publici*,  
*quo utuntur Nobiles immediati in Imperio Rom. Germ.* Au-  
ctore Io. Ludov. Klüber, ICto & Antecessore. 8, 156 S.

Halle, bei Hemmerde, 1793. Grundriß der Staaten-  
kunde der vornehmsten europäischen Reiche, von Prof.  
Sprengel in Halle. Erster Teil, enthaltend alle Staaten,  
die in dem alten Achenwallischen Handbuch abgehandelt wa-  
ren (nur Frankreich nicht). gr. 8, 376 S.

Gießen, 1792. Ueber die Recension der Leining. und  
Nassauischen DruckSchriften wegen Garwerden ic. in den  
Göt. Gel. Anz. 1792, Num. 13, vom Geh. Rat und Cange-  
ler Koch, 24 S. 4.

Erfurt, 4 Maj 1793. Oekonomisch-praktische Wasser-  
bauKunst, zum Unterricht für Beamte, Förster, Land-  
Wirte, Müller, und jeden Landmann überhaupt, besonders  
für die, welche an Flüssen wohnen: von I. G. Scheyer, In-  
genieur-Hauptmann und BauDirector. Wird auf Michael.  
fertig, 24 Bogen stark, mit 12 KupferTafeln. Pränumerat.  
nur 12 ggr.

Berlin, bei Voss, 1793. Swinsons Reisen nach Nor-  
wegen, Dänemark, und Rußland, in den Jaren 1788 —  
1791. Uebersetzt, u. mit einigen Anmerkungen versehen von D.  
Ganzler in Göttingen. 232 S. gr. 8.

35. Verteidigung des Lippe-Damold'schen Adels gegen  
oben Heft 70, S. 166 — — 350
36. Zwist in Mecklenburg über das zu stellende Reichs-  
Contingent; nicht mit dem Adel, sondern mit dem  
Landesherrn — — 356
37. Actenmäßiger Bericht von der (ganz ruhig, mu-  
sterhaft für Beamte und Bauern vollzogenen) Recrus-  
tenAushebung auf dem Lande um Böttingen 363
38. Preßzwang und Bedrückung der Protestanten in  
Ungern, samt GegenVorstellungen aufgeklärter Ungri-  
scher Landstände — — 370
39. Grodno, 25. Jun 1793. — — 379
40. Aus Leben in OberUngern (gehört zu Num. 38) 384

*Schrick, bei Orst &c., 1793. Van der Vynck's, ehre-  
maligen Mitglieds des StaatsRaths von Flandern, Geschichte  
der Vereinigten Niederlande, von ihrem Ursprung im J.  
1560 an, bis zum Westfälischen Frieden. Ister Band, 489  
Seiten: Ilter, 517 S. bis zum J. 1609: noch folgt ein  
Ilter auf die Herbst-Messe. Preis von allen dreien, 4 Rthl.  
9 gr. Uebersetzt aus dem franzöf. Original, wovon seit  
1765 nur 6 gedruckte Exemplare in der Welt seyn sollen, des-  
sen eines ich schon vor 20 Jahren in Strassburg vorfand, und  
es in den Göt. Gel. Anz. 1773, St. 151, S. 1298 folg.,  
kurz beschrieb. Mein dort gefälltes Urtheil über die Wichtig-  
keit des Buchs wiederhole ich hier.*

*Leipzig, bei Fritsch, 1793. Nachtrag zu der Litera-  
tur der Statistik, von Meusel in Erlangen. gr. 8, 278 S.  
Und Leipzig, bei Weidemanns, 1793. Bibliotheca hi-  
storica, von Ebendens. Vol. VI, P. 1. gr. 8, 512 S. Freilich  
nur Statistiker und Historiker von Profession sind fähig,  
das ausnehmend Verdienstliche dieser beiden Arbeiten gehörig  
zu erkennen: aber begnüge sich der würdige, unermüdete  
Mann, wie *Antimach*, mit dem aufrichtigsten Danke dieser  
Classe von Bücherlesern!*

*Hamburg, bei Bachmann, 1793. Versuch über den  
Patriotismus, von Henr. Christoph Albrecht. Erster Teil,  
8, 232 S. Eine Sammlung von vielen tiefgedachten, neuen,  
oft verwegenen Sätzen, über Preßfreiheit und Regir-  
ungs-*

5  
StaatsAnzeigen XVII: 71.

nicht berührte Inhalt der ganzen Verteidigung bewahrt ist  
werden könne ic. ic."

Der Kurpfälz. Hof besal hierauf unterm 13 März  
1793, "daß obgleich die in der Verteidigungschrift vor-  
gebrachten Behelfe zu Abwendung der Special Inquisition,  
für Actenmäßige Unterstellungen ic. befunden worden: so  
sollte jedennoch ihm (v. Nesselrاده) überdem ein freies  
Geleit zu seiner Verantwortung, und Beibringung auch  
Ausführung alles dessen, was er zu seiner Defension im-  
merhin vorträglich glaubte, auf ein ganzes Jar verstatet  
werden ic."

Der v. N. reiste unverzüglich nach Düsseldorf, um  
dort seine Defension diesem Ku fürstl. Rescript zufolge  
vorzunehmen, und seine Unschuld zu bewiesen. Um dies am  
geschwindesten zu bemerkstelligen, erbat er sich, seine gedruck-  
te Verteidigung in allen wesentlichen EntschuldigungsAnga-  
ben Actenmäßig war zu behalten. Zu diesem Beweiss woll-  
te ihn aber die Düsseldorfer Justiz Stell., aller angewandten  
Mühe ungeacht, und auch ob schon das vorerwähnte Rescript  
dies einhellig maßten zu bestimmen schien, nicht zulassen;  
sondern wollte lediglich mit der Special Inquisition gegen ihn  
fortfahren, da doch die Ungerechtigkeit des Erkenntnisses hiera-  
zu, durch den angebotenen Beweis dargetan worden wäre.

Der v. N. sah sich folglich gezwungen, diesen Beweis  
in einem sten Druck

"Actenmäßige Geschichtserzählung von allem demje-  
nigen, was seit der Eingabe meiner gedruckten Ver-  
theidigung, in meiner unglücklichen RechtsSache vor-  
gefallen ist."

Im März 1793, 8, 71 S.

öffentlich zu führen (worauf er sich hier Kürze halber begie-  
hen muß, und welche bei ihm selbst in Berlin unentgelt-  
lich zu haben ist). Hierinn hat er Actenmäßig bewiesen,  
daß die 9 Puncte welche als die auffallendsten Acten-  
mässigen Erleichterungen aus seiner gedruckten Verteidigung, in

vorherbemerktem Bericht ausgehoben worden waren, nur nicht/bedeutende Kleinigkeiten und NebenSachen sind, die er unbedenklich als Unrichtigkeiten anerkennen könnte, ohne sich und seiner DruckSchrift im mindesten zu schaden. Er hat aber dem ungeacht weltläufig zergliedert und bewiesen, daß nicht einmal diese 9 Punkte alle als Unrichtigkeiten, und keiner derselben als eine wesentliche Unwahrheit, angesehen werden können. Diese DruckSchrift hat er in Düsseldorf öffentlich ausstellen, zugleich auch sämmtliche Acten vom 1sten Blatt bis zum letzten, in der Registratur abschreiben, zusammenheften, numeriren, collationiren, von dem Registrator vidimiren, und jedes Convolut mit einem besondern ebenfalls numerirten Inventario versehen; auch die zeitige Wirklichkeit des vidimirnden Registrators und dessen Handschrift, durch einen Notar, nebst 2 CanzleiProcuratoren als Zeugen, bekräftigen lassen; und diesem nächst ist er nach Berlin gereist, da unmöglich ein Mereres zu bewirken war.

One weiter etwas von dem Verfahren der Düsseldorf-  
ser Justiz-Stelle anzuführen, was one zu verläumdten gesche-  
hen könnte, will der v. N. sich derma en begnügen, die  
Haupt-Gründe des Guckens hier anzuzeigen, wel-  
ches ihm die Königl. Groß-Britannische Juristen-Facultät  
in Göttingen, auf seine ihr zugestellte vollständige vidi-  
mirte Abschriften der Acten, erteilt hat: und dann mag  
die Welt entscheiden, wer in dieser Sache der Verläumder  
oder der Verläumdete sei. Diese Haupt-Gründe sind:

I. daß das zu LandesRegierungsSchäffern angestellte Jülich-Bergische GeheimeRath, oder RegistrarsCollegium in Düsseldorf, überall keine JustizStelle; und insbesondere mit der CriminalGerichtbarkeit nicht begabt, deswegen vermög der natürlichen Regel, daß keiner ein Recht, so er selbst nicht hat, auf einen andern übertragen kan, in dieser Sache eine UntersuchungsCommission zu bestellen,

ist gewesen ist; folglich da es an der Befugnis  
suchenden Richters gefehlt hat, solches Verfahren  
Recht beständig nicht zu halten ist. Daher auch keine  
al Inquisition rechtlicher Weise darauf gebaut werden  
und dies um so mer, da in der sogenannten Genes  
Interfuchung durch die gehaltenen ser umständlichen, und  
unter auch ebllichen Verhöre, so wol der Zeugen, als  
der in Verbach genommenen Personen, über zuvor  
ite Fragstücke, ein mietlicher Zeit der Special In-  
in der Wahrheit gekommenen Art des Verfahrens, in  
ann auch in der bisherigen durch die losprechung  
en Stricken, insonderheit wider den Freiherrn-  
von Geyr, und die dagegen wider den Freiherrn-  
beobachtete Besondere Contumaciastreit v. N.  
Rechtsmittelwesen Streng, welche unter  
spüren einer Präoccupation wider den v. N.  
kennen sind: so daß aus diesen Gründen  
Rücksicht auf den nähern Acien Inhalt,  
chung von demselben, den Rechten nach,

N. gegen die Bestrahlung, als  
ter der falschen Urkunde gewesen,  
cial Inquisition gegen ihn erkannt  
re Verminderung des Verdachts  
A. die Aussagen des  
his wider ihn beweisen, weil  
welcher das ganze Geschäft  
das Concept der Obligation  
dem v. N. schon Einkauf  
der v. N. überführt, die  
Verfälschung des waren  
blagen, imgleichen die  
hene Obligation, dem  
schriftlicher Angabe,  
mängung der beige-  
weise

41. Stück von 1776. 389  
messenen Schuld von sich auf den v. N., höchst interessant ist. Daß B. des HauptVerdacht, welcher wider den v. N., aus seiner Ueberbringung der Obligation mit dessen letz zuvor geschriebenen Briefe, und getanen mündlichen, dazu gehörig nicht erlesenen Aeußerungen (worauf es auch im Grund wenig ankömmt), hergenommen ist, dadurch um vieles vermindert und entkräftet wird, daß derselbe den Brief des v. Geyr vom 3 Decbr. 1776, laut welchem er die Obligation auch eine Confirmation, wenn es zu viel Aufenthalt verursachen sollte, mit umgehender Post übersenden mögte, höchst wahrscheinlich vor seiner Abreise erhalten, folglich eine glaubliche Veranlassung gehabt hat, die Obligation auch eine Confirmation zu überbringen: welches durch die Aussage seines damaligen Geschäftsfürers, des AppellationsRats Gumperz, bestätigt wird. Daß C. durch die mit dem Tode versiegelte Aussage des Aschermanns, "daß er die RegirungsConfirmation in seinem Leben nicht gesehen, viel weniger geschrieben habe", derjenige Verdacht, welcher aus der an sich trüglichen, und von keinem beeidigten SchrifteVerständigen angestellten Vergleichung der Hände entstanden, abgelenkt ist. Daß D. die in den ZweifelsGründen als verdächtig angezogenen Stellen" der Briefe des v. N., auch eine andre von ihm angegebene Erklärung leiden, Daß E. die übrigen aufgebrachten VerdachtsGründe, auf welchergeholten und trüglichen Schlüssen beruhen.

Und da im übrigen die condemnatorischen Urtheile in CriminalSachen, wozu das Erkenntnis zur SpecialInquisition, in Rücksicht seines Einflusses auf die HauptEntscheidung, und wegen der in Ansehung des guten Namens, und sonst damit verknüpften Nachtheils, mit gehört, nicht in die RechtsKraft treten: so mag dem v. N. eine nähere, auch mermals wiederholte Verteidigung um so weniger verweigert werden, als solche in diesem Fall auf Nichtigkeitkeiten be-



ruhet, auch durch das Rescript vom 19. März 1792. bereits festgesetzt worden ist.

Nach diesen prämittirten Gründen, gibt die gedachte Facultät ihr Gutachten folgender maßen ab:

„Als sind wir, solchem allen zufolge, der rechtlichen Meinung, daß dem Freihrn. von Nesselrode, nach den Rechten und nach den Acten, Gründe zur Ablehnung der Special-Inquisition zu statten kommen, mithin die darauf ergangenen Erkenntnisse billig abzuändern seien; derowegen den vom Hrn. v. N. deshalb getanen, und durch des kbnigl. Preussischen GroßCanzlers, Freihrn. von Carmers, Ausspruch unterstützten Anträgen, auch bei eingesehenen vollständigen Acten, beizupflichten sei. W. R. W. Unkundlich mit unserm Insignel besigelt.

(L. S.) Ordinarius, Senior, und sämmtliche Assessores der Juristen-Facultät der Königl. Groß-Britannischen Universität zu Göttingen, April 1793.

Der Ausspruch des Hrn. GroßCanzlers Excellenz, oben Seite 63, S. 268, sagt wörtlich:

In der Sache selbst ist der Freihr. v. N. des ihm Schuld gegebenen Verbrechens, keineswegs überführt; ja er kan desselben, so viel sich aus freilich nicht vollständigen Acten beurteilen läßt, nicht einmal für verdächtig gehalten werden.

Da nun merbesagte hochansehnliche Juristen-Facultät die vollständigen Acten eingesehen hat, und sich dennoch auf diesen Ausspruch bezieht: so kan ein jeder urtheilen, wie Himmelschreiend und unverantwortlich ein solches Verfahren ist, wodurch nicht allein dem v. N. seine gerichtliche Rechtfertigung erschwert und verweigert wird, sondern auch ein schon 26 Jar dauernder Concur, der one die Inquisition nicht hätte entstehen können, über seine Güter entsprungen, und von Richters wegen erzwungen worden ist, welcher ihn und seine Kinder, aus einem guten, mit den herrlichsten Ausichten versehenen, Wohlstand, in das Elend versetzt, folglich das ihm

ihm durch die ungerechte Inquisition zugefügte Unglück unheilbar gemacht hat

Was weiter vorgefallen wird, soll ebenmäßig dem Publico angezeigt werden. Nur muß hier berichtet werden, daß der 25-jährige Festungs-Arrest, so oben Seite 63, S. 268, bemerkt ist, nicht in der Sentenz war: welches dem v. N. aber vermutlich aus der Veranlassung zugeschrieben worden ist, weil der damalige Referent darauf angetragen hatte; das Conseil setzte aber die fernere Strafe aus, bis man den v. N. habhaft werden könnte. Als wenn, Ehre und Würde zu verlieren, nicht schon eine weit größere Strafe wäre, als ein solches Faktum verdienen könnte!

Obiger Auszug des hiesigen Barachtens, ist vor seinem Druck nochmals einem Mitgliede der Juristen-Facultät vorgelegt worden, so daß dessen Richtigkeit nicht zu bezweifeln ist.

Göttingen, 16 Sept. 1793.

H. L. C.

42.

# Preußische Justiz-Verwaltung im J. 1776.

Namen der K. Preussischen  
Justiz-Collegien.

1. Tribunal zu Berlin —
2. Cammer-Gericht —
3. Franzöf. Ober-Gericht —
4. Ucker-Märk. Ober-Gericht —
5. Alt-Märk. Ober-Gericht —
6. Neut-Märk. Regierung —
7. Ost-Preuss. Regierung —
8. Ost-Preuss. Tribunal —
9. Ost-Preuss. Hof-Gericht —

Dabei sind  
gesetzt

A	B	C	D
1	10	8	—
3	30	48	25
1	6	3	4
2	3	2	8
1	4	6	14
1	7	17	13
—	4	18	—
1	7	3	—
2	8	17	13

C: 4

10.

- A. Präsidenten und Directores.
- B. Räte. C. Subalternen-Bediente.
- D. Fiscalen und Advocaten.

# State-Anzeigen XVIII: 72.

Namen der R. Preussischen  
Justiz-Collegien.

1. Preuss. 7 Amts-Justiz-Collegien
2. Ober-Burggraf. Amt zu Königsberg
3. Westpreuss. 8 Land-Vogtei Gerichte
4. Breslauische Ober-Amts-Regierung
5. Briegische Ober-Amts-Regierung
6. Justiz-Collegium in Geldern
7. Magdeburgische Regierung
8. Clevische 23 Land-Gerichte
9. Pommersche Hof-Gerichte
10. Halberstädtsche Regierung
11. Mindenische Regierung
12. Westfälische Regierung
13. Moenensche Regierung
14. Lingenische Regierung
15. Stifts-Hauptmannschaft zu Quedlinburg

Debet also  
gesetzt.

A	B	C	D
8	12	47	
1	3	7	5
1	5	15	10
1	18	43	16
3	11	25	20
3	9	20	20
3	5	19	12
1	4	7	7
1	12	16	21
1	12	24	13
2	12	32	62
2	46	31	14
2	15	17	9
2	5	25	8
2	6	21	11
1	9	17	10
2	2	17	6
1	3	18	9
2	3	2	2
1	1		

155/263/519/332

318  
hatten bearbeitet -

Erhalten in Befolgungen

77 88 8129 12  
18981 12

2689 1173 74  
425 58 7

offen erhalten auch etwas aus Landeshaupt.  
4. 400 Rthl.  
25. 5525  
offen.  
Neben.

	Erhalten an Besoldungen				hatten bearbeitet		
	a	b	c	d	e	f	g
	℥	8	℥	8			
3.	2239	—	—	—	36	4	—
4.	500	—	—	—	143	32	7
5.	1376	8	7800	—	451	141	22
6.	3306	3	4150	—	694	268	51
7.	9793	—	1297	10	—	—	—
8.	4062	—	2330	—	316	27	—
9.	4513	1	9036	—	1363	557	17
10.	—	—	4227	—	—	—	—
11.	9352	—	1115	—	—	—	—
12.	6200	—	2745	—	1000	616	9
13.	13205	—	6100	—	—	—	—
14.	9216	—	14055	—	1233	453	9
15.	4300	—	4555	—	561	136	16
16.	800	—	8264	—	495	196	6
17.	2590	13	2084	—	157	55	2
18.	7356	—	11565	8	1693	552	24
19.	9712	16	10851	—	1436	580	11
20.	3721	—	10917	—	—	—	—
21.	9712	16	11136	22	989	404	16
22.	2796	—	5282	—	466	153	15
23.	3956	8	6165	8	653	191	13
24.	4902	—	3482	—	740	275	27
25.	3600	—	5525	—	650	286	—
26.	2100	—	—	—	115	38	3
27.	420	18	—	—	484	94	11
28.	—	—	—	—	23	12	341
					16806   6607   341		

Die besondere Pupillen- und Criminal-Collegia sind, zur Vermeidung des erroris dupli im personali, nicht mit in Anschlag gebracht; wohingegen die zu der Unterhaltung erforderlichen Kosten, in den dazu bestimmten Columnen mit ausgeworfen worden.

Wohn der Städte im Fürstenthum Hildesheim,  
durch die auf den Dörfern eingeschlichne Stadtnarungen \*.

Braunung, Handlung, und Handwerker, sind die eigentlichen, lediglich für die Städte bestimmten Narungszweige: one diese läßt sich der Name einer Stadt nicht gedenken. Städte müssen sich in einem Lande notwendig finden, wenn sonst der Bauer erhalten werden soll. Ein ganzes Land muß zu Grunde gehen, wenn der Städter nicht obbemeldte Narungszweige besorgt, der Bauer aber lediglich beim Pfluge seinen Unterhalt sucht; und jener von seiner Narung, dieser aber von seinem Pflug, seine onera praxiert. Lauter Axiomen der Statskunst, die Niemand in Zweifel zieht. Nun aber, den Hildesheimischen Städten sind jene Narungszweige ganz, mithin auch ihr Unterhalt, benommen! Beweis:

I. Braunung. So wie in allen Städten, also auch im geistl. Fürstenthum Hildesheim, war niemanden, als den Städtern, Bier zum sellen Verkauf zu brauen, erlaubt: nur wenige durften zu ihrer Hausnotdurft brauen; aber niemand durfte sich einfallen lassen, einen Zwang in der Braunung einzuführen. Der LandTagsAbschied von 1648 verbietet mit hürren Worten das Bierbrauen zum sellen Verkauf allen Unbefugten, selbst den JBlichßl. AmtHäusern; noch weniger sollen die auf letzteren gelessene Amteute sich erkünnen; Bier anderswo als bei ihnen zu holen. Eine nachfolgende Verordnung vom J. 1649 bestätigte abermals alle Städtische Gerechtsame, und

---

\* Fuß: "Nähere Erklärung und Rechtfertigung der von den 7 Städten in Hildesheim gegen die 3 andern Landstände ergriffenen Appellation (Fol. 1780), Beyl. S. 20. — Vergl. mit einer ähnlichen Klage in AerSachsen, oben Heft 71, S. 298. S.

# 42. Preussische Justizverwaltung. 393

Erhalten an Besoldungen				hatten bearbeitet		
	a		b		c	d e
	℥	8	℥	8		
3.	2239	—	—	—	36	4 —
4.	500	—	—	—	143	32 7
5.	1376	8	7800	—	451	141 22
6.	3306	3	4150	—	694	268 51
7.	9793	—	1297	10	—	— —
8.	4062	—	2330	—	316	27 —
9.	4513	1	9036	—	1363	557 17
10.	—	—	4227	—	—	— —
11.	3352	—	1115	—	—	— —
12.	6200	—	2745	—	1000	616 9
13.	13205	—	6100	—	—	— —
14.	9216	—	14055	—	1233	453 9
15.	4300	—	4555	—	561	136 16
16.	800	—	8264	—	495	196 6
17.	2590	13	2084	—	157	55 2
18.	7356	—	11565	8	1693	552 24
19.	9712	16	10851	—	1436	580 11
20.	3721	—	10917	—	—	— —
21.	9712	16	11136	22	989	404 16
22.	2796	—	5282	—	466	153 15
23.	3956	8	6165	8	653	191 13
24.	4902	—	3482	—	740	275 27
25.	3600	—	5525	—	650	286 —
26.	2100	—	—	—	115	38 3
27.	420	18	—	—	484	94 11
28.	—	—	—	—	23	12 341
				16806   6607   341		

Die besondere Pupillen- und Criminal Collegia sind, zur Verminderung des erroris dupli im personali, nicht mit in Anschlag gebracht; wohingegen die zu der Unterhaltung erforderlichen Kosten, in den dazu bestimmten Columnen mit ausgeworfen worden.

sell, und auch um diesen Preis will sie niemand haben, so daß beständig 8 bis 10 Stück per proclamata, zum öffentlichen Verkauf vergebens ausgedoten werden: und in Brau muß man sie umsonst weggeben.

A. 1701 bis 1704; zahlte der Bürger von seinem Brau-Hause 11 oder 12 Contributionen: dieses betrug, jede zu 9 Mgr., in 3 Jaren 9  $\text{rL}$ : er verkaufte alsdann sein Gebrau, erhielt 40  $\text{rL}$  dafür, und rechnete 31  $\text{rL}$  reinen Gewinn. Jetzt zahlt derselbe 18 Contributionen: diese betragen alle 8 Jar 36  $\text{rL}$ ; er verkauft alsdann sein Gebrau zu 20  $\text{rL}$ , und muß, statt jener 31  $\text{rL}$  Gewinn, jetzt 16  $\text{rL}$  zusehen.

Nur seit 1763 hat die Stadt Bockenem, eine Summe von 2137  $\text{rL}$  18 Mgr., aus der Cammerel zu Bestreitung der Brau- und MalzAccise, zusehen müssen. Und was von Bockenem gilt, findet bei jeder andern Stadt gleiche Anwendung. So verliert also der Bürger, bei der entzogenen BrauNarung, nicht bloß für sich: er verliert auch im Ganzen, und bei den StadtGütern.

Sollte die Abnahme der BrauNarung nicht sowohl darin liegen, daß andre nicht zum Brauen Berechtigte brauen, sondern vielmehr darin, daß die Geldlosen Zeiten die BrauNarung schwächen? Gewiß wirken diese auch als Ursachen mit; aber allein betrachtet, können sie unmöglich jenen enormen Abbruch verursachen: und es bleibt gewiß, daß wenn von denen, zum Brauen nicht berechtigten Aemtern und Adlichen gebraut, zum feilen Verkauf gebraut, mit Zwang zum feilen Verkauf gebraut wird, der zum Brauen berechtigte Bürger offenbar zu Grunde gehen muß.

II. Brämerei. Daß auch dieser Narungszweig dem Städter allein zukomme, bedarf keines Beweises. Auch feierliche LandesVerordnungen vom J. 1652 und 1721 befehlen es, und die allgemeinen Grundsätze hierüber, besagen  
alle

und verbot alle Bierbrauerei, zum Besten der Städte, und allen Zwang. A. 1655 schützte ein von der LandesRegierung abgesprochenes Urtheil, die Stadt Bockenem, gegen die unternommene Brauerei derer von *Stopter* privative. A. 1657 schützte ein ausdrücklicher landesfürstl. Befehl die gesammten Städte gegen die einreisende Bierbrauerei und BierZwang der Beamten, des Adels, und der Pächter. A. 1683 wurde die Stadt Alfeld, gegen den unternommenen BierZwang des Amtmanns zu Winzenburg, geschützt.

Lauter Beweise, daß den Städten, und sonst niemanden, das Brauen des Biers zum feilen Verkauf, zustund; so wie sie auch all in die Onera, besonders die Accise, davon zu tragen angehalten wurden. Aber aller dieser strengen Verordnungen ungeachtet, geschahen grobe Eingriffe in diese Städtische Gerechtsame. Die Städte klagten jämmerlich: A. 1690 ward eine besondre Commission angeordnet, um diesen Beschwerden abzuhelpfen; aber nichts geschah. A. 1701, 1704, 1715, 1726, und noch später, wurden die Beschwerden wiederholt, gerecht befunden, Hülfe versprochen, aber keine geleistet.

A. 1701 und 1704 hielt man es für etwas erschreckliches in Alfeld, daß ein Brauer nur alle 3 Jar ein Gebräu von 40 Tonnen tun konnte; und jetzt muß der Brauer voran Glück sagen, wenn er alle 8 Jar ein Gebräu von 30 Tonnen verrichten kan. In der Stadt Melne wurden 757½ Gebräu A. 1701, aber nur 302 A. 1778, getan. In ähnlicher Lage befindet sich die Stadt Gronau, und so alle übrige.

Armuth der Bürger entsteht hieraus notwendig. Sie sind es, welche vom Brauen die onera praestiren müssen, und andre verrichten dasselbe: ja man gestattet ihnen nicht einmal, das geringste außer ihren RingMauern zu versaren! Noch vor 50 Jaren konnte der Bürger sagen: ich besitze ein Brauhaus, oder welches einerlei war, wenigstens ein Capital von 5 bis 600  $\text{rC}$ ; ist stehen dieselbe zu 80  $\text{rC}$  fell,



macher, JackenSchneider, Alflicker, und LeinWeber, einge-  
 geschränkt. In unsern Länden wohnen mer Handwerker  
 auf den Dörfern, als in den Städten: S. die Anlage.  
 Und so wie es in den beschriebenen Gegenden ist, so verhält  
 es sich auch in den unbeschriebenen: so wie es sich mit den  
 angeführten Handwerkern verhält, so verhält es sich auch mit  
 allen übrigen: Schneider, Fleischer, Becker, Tischler,  
 Drechsler, und alle übrige, hat der Bauer nicht mer in  
 der Stadt zu suchen nötig; er hat die Wal sogar in seinem  
 Dorf. Und wie kan hier die Lage des Bürgers wol an-  
 ders, als höchst traurig, seyn? Ein Professionist in der  
 Stadt, muß bei seinen Lehren, Gesellen, und Meistern  
 werden, den KunstRechten gemäß, beträchtliche Kosten  
 verwenden. Ist er Meister, so muß er fast täglich den ver-  
 bunden Gesellen, den HandwerksGesellen gemäß, die Ver-  
 steuer geben; er muß die schwersten Abgaben praestiren;  
 hiesfür hat er nichts, als den Namen des Meisters. Die  
 Arbeit kann der Bauer weit kürzer auf den Dörfern haben.

Wirklich ist also den Städten die Nahrung genommen.  
 Wirklich muß also der Städter notwändig in die klügste Ar-  
 naut geraten, wenn er auch sonst der beste Wirtschaftler ist.  
 Man gebe also die vorbenannte den Städten entriffene Na-  
 rungswelge wieder: das ganze Land wird davon heilsame  
 Folgen spüren.

Verzeichnis der auf den Dörfern des Bisthofs. Amtes  
 Cronau, den 18 Oct. 1779 befindlichen Krämer, welche  
 mit allen möglichen Victualien handeln, so wie auch  
 der daselbst niedergelassenen HandwerksLeute.

	Krämer	Schuster	Schneider	Tischler	Drechsler
In Beteln sind	6	4	4	3	1
In Baarsfelde	5	4	3		1
In Rheden	7	4	4	2	1
In Wallenstedt	2	2	3	1	1
In Eberholzen	3	2	3	1	1

In

alle benachbarte Länd. So darf sich in den Kurhannoverschen Ländern kein PackenTräger sehen lassen, kein Krämer, noch weniger ein Kaufmann, auf dem Dorfe sich nicht verlassen. Ein gleiches gilt auch in den Herzogl. Braunschweigischen Ländern: und wird ja in diesen, einem Krämer mit schwerster Mühe in großen Dörfern sich zu sehen erlauben; so erhält er dieses unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er keine andre Waren, als die er aus den Städten debittirt, verkaufen darf.

Freuzig ist es aber bei uns anzusehen, wenn ganze Scharen von PackenTrägern auf dem Lande umher gehen, den Bauer so lange aussaugen, bis sie im Stande sind, offene Laden zu halten, und nummero dem Kaufmann in der Stadt, der von seiner Narung die schwersten onera geben muß; nicht allein Trost bieten, sondern ihm sogar seine Handlung zum beträchtlichsten Theil nehmen, oder aber, den allhier erworbenen Gewinn, aus unsern Ländern nach ihrem Vaterlande [wie unsere Domherren] bringen. Es ist kein mittelmäßiges Dorf, wo nicht 2 bis 3 Kaufleute, kein kleineres aber, wo nicht 1 bis 2 Krämer, wohnen. S. die Anlage. Und so wie es sich da verhält, verhält es sich auch mit dem ganzen Lande. So gar treten jezo die Zeiten ein, daß die Kaufleute aus den Städten, ihre Waren von den Krämern aus den Dörfern holen. Wie ist es aber wohl möglich, daß bei einer solchen Lage, der Kaufmann in der Stadt im Stande bleiben, seine schwere onera praestiren, und seinen Unterhalt haben kan?

III. Handwerker. Soll der Bauer ein Handwerker, der Bürger aber den Pflug ergreifen, so wird alles im Star umgekehrt: abermals ein Axiom. Schon in ältern Zeiten gehen der Sandersheimische und Salzbühlische LandtagsAbschied, gegen die auf den Dörfern mer und mer zunehmende Handwerker; und in andern Ländern sind sie, durch ganz neuerliche Verordnungen, bis auf einen Schmied, Pflug-

Im Namen der allerheiligsten Dreifaltigkeit!  
Der Umsturz, welcher durch die unrechtmäßige Revolution vom 7 Maj 1791\*, in der Verfassung und innern Verwaltung Polens entstanden ist, und die Unordnungen aller Art, welche es seit jenem unglücklichen Zeitpunkt unaufhörlich gerrütteten, so wie die schrecklichen Fortschritte, welche der Factions- und InsurrectionsGeist zu machen anfang, haben dem König von Preußen, und die Kaiserin von Rußland genöthigt, sich mit den benachbarten Mächten über die Mittel, ihre eignen Staaten gegen die ihnen dringend drohende Gefahr zu sichern, einzuvorstehen und zu verabreden.

Daher haben besagte, durch gegenseitige Uebereinstimmung der Grundsätze und Absichten vereinigte Majestäten, König von Preußen und Kaiserin von Rußland, dem Uebel nicht wirksamer abhelfen zu können geglaubt, als durch Einverleibung der angränzenden Provinzen mit ihren resp. Staaten.

Diesem zufolge haben sie der Regierung der Republik, durch eine gemeinschaftliche, am 8 Apr. zu Grodno übergebene Declaration, ihren desfallsigen festen und unwiderruflichen Entschluß angekündigt: und nachdem sie von ihren neuen Untertanen die Huldigung und den Eid der Treue angenommen; haben sie die Polnische Nation eingeladen, sich auf einem Tage zu versammeln, um die Masregeln, welche den jetzigen Zustand der Sachen, und die zukünftige Existenz der Republik sichern sollen, durch eine freundschaftliche Vereinbarung zu consolidiren  
u. s. w.

Nach-

---

\* Der *Moniteur* (num. 242, 30 Aug. 1793) nennt, wichtig und wahr, diese vermittelte Revolution eine *fausse couche politique*. Die Ursache des Abortirens beschreibt er eben so, wie oben auf dem Umschlag zu Heft 63, num. 37, — nicht geweißagt, nicht vorausgesagt, sondern — vermuthungsweise angedeutet worden.

## Nachschrift.

Es gehört zu den Sonderbarkeiten unsers Zeitalters, wo

omnia . . . fiunt, fieri quæ posse negaram, daß alle Welt nur nach Süden hinsieht, da doch im Norden unsers Erdtheils, sich gleich interessante, vielleicht in gewisser Rücksicht noch bedenklichere Ausstritte, ereignen.

Dort violente Impulsionen. Ein aufgeregter Pöbel wüthet Canniballisch gegen alles, was der Menschheit heilig seyn muß, stößt Thronen und Altäre um, vergreift sich an allem Eigenthum, mordet, raubt, und plündert. Aber nur ein Pöbel tuts: seine Verbrechen machen der übrigen Welt die Heiligtümer, die er entweißt, nur desto ehrwürdiger; auch kan die unnatürliche heftige Spannung unmöglich lange dauern.

Steht eine solide ruhige Direction, über der aber, noch zur Zeit, ein grausenvolles Dunkel hängt, welches den denkenden Zuschauer durch ihm unauflöslliche Zweifel ängstiget. Gibt es nicht ein Eigenthum der Völker, so wie des einzelnen Bürgers? und kan die Ruhe der menschlichen Gesellschaft bestehen, wenn beide nicht gleich heilig und zärtlich gewaret werden? Gibt es rechtmäßige Kriege, und wie dürfen sie geführt werden? War England befugt (wenn es könnte), Marocko zu conqueriren, weil dieses Land das Unglück hat, von seinen Scherifen, seit Jahrhunderten, auf das elendeste regirt zu werden? Erfodert nicht das eigene Interesse aller Ein Herrscher (hodie tibi, cras mihi), gegen die Thronen Ehrfurcht zu bezeigen, und sie nicht beim Volke verächtlich zu machen? Sind Ratgeber, die die menschenfeindlichsten Monarchen zu Unternehmungen bringen, die von außen, gegen das bisher allgemein anerkannte Menschen- und Völkerrecht zu seyn scheinen, nicht dem Publico den Respekt schuldig, es deshalb zu belehren? Und ist ihnen eine standhafte Belehrung unmöglich: sind sie, jene Ratgeber,

Stato Anz. XVII: 7 L.

D b

ber,

ber, nicht eine, zwar andre, aber für die Ruhe der Welt, und das Glück der Völker, eben so gefährliche Art von *Jacobins*, wie die französischen?

H.

45.

Zur Geschichte des Luxus der deutschen Höfe,  
dessen Entstehung und Folgen \*.

Wie unendlich weit der Luxus unsrer Zeiten denjenigen übertrifft, über welchen unsre Vorfahren noch nicht so lange, ungefähr vor 2 bis 300 Jahren, laute Klagen erhoben; fällt am stärksten in die Augen, wenn man in Beispielen liest, welcher Aufwand damals bei gewissen Gelegenheiten gemacht wurde, und ihn mit dem Aufwand, der bei ähnlichen Gelegenheiten in unsern Tagen gemacht wird, vergleicht. Die einzeln bekannt gemachte Beispiele verblenden, da man jetzt so vieles sammelt, ebenfalls unter eine Uebersicht gebracht zu werden; und der Geschichtsforscher sowohl, als der Philosoph, würden die Zusammenstellung derselben nicht ganz undankbar aufnehmen, wenigstens für nützlicher halten, als manche andre Compilation.

Wie verschieden sind unsre Zeiten von denen, in welchen ein Herzog seinen "groß und bengelhaft" gewordenen Sohn auf Reisen und an die Höfe andrer Fürsten schickte, "damit er *mores* lerne", und ihm Einen reisigen Knecht zu

---

\* Vergl. mit "Freihn. von MOSER über Regenten, Regierung, und Minister (Frankf. 1784) S. 401 folg., wo eine andre, eben so wichtige Ursache der Entstehung des Despotismus und Luxus in Deutschland, die häufigen Reisen nach Frankreich unter *Louis XIV*, ausgeführt wird. S.

zu seiner Begleitung mitgab! Wie würde der Herzogk. R. nischreiber, der bei dem Ausgabs Posten, "heute Dato ist unser Herzog mit allen seinen Junkern in das Weinhaus gegangen, haben da banketirt, und habe ich dafür acht Thaler ausgezalt", die Anmerkung mache, "dar her schlampampen"! — wie würde dieser erstannen, wenn er von den Millionen hörte, welche die Nachkommen seines Herzogs auf Spiel, Jagd, Opern, und dergl. verwenden!

Eine Haupt-Epoche, mit welcher an den Höfen des Deutschen Fürsten, der Lurus und größere Pracht recht eigentlich privilegiert wurde, und in kurzer Zeit Riesenmäßige Fortschritte machte, fängt sich mit dem J. 1700 an, in welchem, im Namen der correspondirenden Alt-Fürstlichen Häuser, auf einer Versammlung zu Nürnberg, der feierliche Schluß gefaßt wurde, "es sei billig und nöthig, bei den Fürstlichen Höfen in Chargen und Titeln den Kurfürstl. Höfen sich gleich zu halten. Zu dem Ende sei den Premier Ministern und wirklichen Geheimen Räten der Imperial. Excellenz, wie bei den Kurfürstl. Höfen, zu geben. Und weil die Kurfürsten auch eine besondre Prærogative durch die Cammerherren suchten, da doch erst vor 30 Jahren diese Charge bei den Kurfürsten angefangen, nachdem sie vorher nur an kaiserl. und königl. Höfen gewesen: so hätten die Reichsfürsten dergleichen Chargen auch bei ihren Höfen einzuführen". MOSERS StaatsRecht, Th. 35, S. 484 folg.

Seitdem die Kurfürsten, beim Westfälischen Friedens Congreß, sich in der königlichen Würde behauptet hatten, und nun bemüht waren, den Königen in allen möglichen Stücken nachzuahmen, befiel auch die übrigen Stände des Deutschen Reichs diese unglückliche Nachahrerungs-Sucht. Der Fürst wollte König, der Graf Fürst, und der Ritter Graf, seyn; und jetzt wurde selbst für billig und nöthig ge-

halten, was die meisten geist. und weltliche Fürsten, Prälaten, und Grafen, ohnehin schon seit dem Westfälischen Frieden zu bewerkstelligen gesucht hatten.

Dies war gerade die ungelegenste Zeit. Während die Landesherren in ihrem Glanz stiegen, war das Los ihrer Untertanen desto trauriger; und nie haben diese wol das *plectum* zur *Archivi* schmerzlicher empfinden müssen. Städte und Dörfer waren während des 30jährigen Kriegs entvölkert, durch ungeheure und unaufhörliche Brandschätzungen erschöpft, abgebrannt, und zerstört, und hatten, statt der Auflagen, Unterstützung bedurft. Und diese waren es doch, welche die Kosten des vermerten HofStats bestreken mußten! Man schien zwar in dem angeführten Schluß der Altfürstl. Häuser, darauf Rücksicht zu nemen, daß die Einföhrung der neuen Würden nicht mit allzugroßen Kosten verknüpft seyn mögte, da wegen der Einföhrung der CammerHerren ausdrücklich gesagt wurde, „zumal es keine weitere Espesen und „Unkosten verursachte, sondern anstatt des CammerJunlers, der Titel CammerHerr gegeben werden könnte“ (MOSER l. cit.). Allein bald wurden die HofMarshallen, HofCavaliere, und andre HofBediente, mit mehreren 1000  $\text{fl}$  besoldet. Der große !! Ludwig XIV brachte nun auch noch die löbliche Anstalt der stehenden Armeen auf; und die deutschen Fürsten konnten, damit ihre wolhergebrachtes *jus armorum* nicht gefährdet würde, den Königen diesen Vorzug nicht allein lassen.

Um eben diese Zeit wurden, an deutschen Höfen, wie offenen Armen Franzosen aufgenommen, von denen ein großer Theil so wenig inneren Gehalt hatte, daß sie in Frankreich selbst, nicht einmal als Tanz- oder Fechtmelster, subsistiren konnten, und deswegen zu gutherzigen Ausländern ihre Zuflucht nemen mußten. Und durch diese Gallomanie wurden die deutschen Höfe und Höfchen wieder mit unendlich vielen Geldfressenden Bedürfnissen bekannt, zu deren

De

zu seiner Begleitung mitgab! Wie würde der herzogliche Mitschreiber, der bei dem Ausgabeposten, "heute dato ist unser Herzog mit allen seinen Junkern in das Weinhaus gegangen, haben da bankettirt, und habe ich dafür acht Thaler ausgezahlt", die Anmerkung machen, "darhet Schlampampen"! — wie würde dieser erstaunen, wenn er von den Millionen hörte, welche die Nachkommen seines Herzogs auf Spiel, Jagd, Opern, und dergl. verwenden!

Eine Haupt-Epoche, mit welcher an den Höfen des Deutschen Fürsten, der Luxus und größere Pracht recht eigentlich privilegiert wurde, und in kurzer Zeit Riesenhafte Fortschritte machte, fängt sich mit dem J. 1700 an, in welchem, im Namen der correspondirenden Alt-Fürstlichen Häuser, auf einer Versammlung zu Nürnberg, der folgende Beschluß gefaßt wurde, "es sei billig und nöthig, bei den Fürstlichen Höfen in Chargen und Titeln den Kurfürstl. Höfen sich gleich zu halten. Zu dem Ende sei den Premierministern und wirklichen Geheimen Räten der Imperial Excellenz, wie bei den Kurfürstl. Höfen, zu geben. Und weil die Kurfürsten auch eine besondre Prærogative durch die Cammerherren suchten, da doch erst vor 30 Jahren diese Charge bei den Kurfürsten angefangen, nachdem sie vorher nur an kaiserl. und königl. Höfen gewesen: so hätten die Reichsfürsten dergleichen Chargen auch bei ihren Höfen einzuführen". MOSERS StaatsRecht, Th. 35, S. 484 folg.

Seitdem die Kurfürsten, beim Westfälischen Friedenscongreß, sich in der königlichen Würde behauptet hatten, und nun bemüht waren, den Königen in allen möglichen Stücken nachzuahmen, befiel auch die übrigen Stände des deutschen Reichs diese unglückliche NachahrerungsSuche. Der Fürst wollte König, der Graf Fürst, und der Ritter Graf, seyn; und jetzt wurde selbst für billig und nöthig ge-



423 Cursangelegenheiten 1771. 721  
"dem Lande mit ihrem Leib blüthen". Es wäre dem Adel zu raten, daß er diesen Grund aus den Beweisen seiner Steuerfreiheit weglasse, und sich nach einem weniger gefährlichen umfähe, oder doch eine gründliche Untersuchung seiner Steuerfreiheit nach Kräften verbatete: denn die Fürsten könnten (wie neulich in Sachsen geschehen seyn soll) mit dem größten Rechte verlangen, daß sie, im Fall eines Kriegs, wo nicht ganz, doch größtentheils, die Kosten desselben tragen müßten; da ihre Güter bloß in Rücksicht auf die zur Landesverteidigung bestimmte Ritterdienste, von Steuern frei geblieben sind: und weil bekanntlich diese Ritterdienste nicht mer in Natur geleistet werden, so wäre ein angemessener Erlass an Geld nicht bloße Billigkeit. In dieser Hinsicht muß man sich wundern, wie neulich der Adel in der Grafschaft Lippe-Dermold (Stats. Anz. S. 70), die Justiz und Politik so auffallend beiseite setzen konnte. . . .

Allein "die Deputirten der Städte hätten sich ja wohl versehen können"? Diesen wurde manchmal, während des Landtags, so gut für den Magen gesorgt, daß sie an die künftigen Bedürfnisse desselben nicht denken konnten; und es gehört mer Veredelsamkeit und Geschicklichkeit, und mer Mut, Standhaftigkeit, und patriotische Gesinnung, dazu, als ein gewöhnlicher Rats-Consulent oder Bürgermeister hat, wenn sie das Interesse ihrer Stadt, gegen die gnädige Herablassung ihres Fürsten, gegen das Zureden und die Vorstellungen der fürstl. Commissarien, und gegen die Stimmen der Prälaten und Edelleute, so gut verteidigen sollten, als diese Herrn für ihren eigenen Vorteil zu streben wußten. War auch einer unter ihnen, der aus Ehre Begierde, oder aus Ueberzeugung, patriotischen Eifer hätte: dem mußte man durch EhrenTitel oder Drohungen den Mund bald zu schließen; und so mußte der Patriotismus unter dem Glanz eines höhern Rangs, oder unter seiner eignen Dummheit, erliegen. Die Steuer wurde nach-

gegeben, und was die Deputirten freiwillig verwilligten, das mußten die Bürger auch freiwillig geben. — So oft ich die in vielen Ländern hergebrachte Abgabe, die den Namen *Don gratuit* hat, durch Executanten beitreiben sah, drängte sich meinem zwischen Wehmuth und Lächeln getheilten Herzen, immer der Gedanke auf: wie ist doch etwas recht Vernünftiges aus Frankreich zu uns herüber gekommen!

Nach dem 30jährigen Krieg haben die meisten Städte, die vor demselben in großem Flor waren, sich noch nicht erholen können, und bezahlen zum Theil immer noch an den Schulden, die sie während desselben zu machen genötigt waren. Die Ursache davon liegt ziemlich und klar vor Augen. Das ist nicht zu läugnen, daß der 30jährige Krieg per indirectum manche gute Wirkung gehabt hat, worunter auch unter andern das gehört, daß die Untertanen, durch das viele und öftere Brandschlagen, ans Geldgeben gewöhnt wurden; und daß nun eher manche neue Abgabe [z. Ex. *Accise*], die zum Besten des Landes verwendet werden sollte, durchgesetzt werden konnte. . . .

Wegen ihrer Hinterlassen (der Bauern) mußten Prälaten und Adel noch begünstet werden, um auch diesen die Steuer auflegen zu können: allein hier fand man wenig Widerstand. Die Prälaten und Ritter waren zufrieden, wenn nur ihre Güter von der Steuer befreit blieben: mit ihren Hinterlassen mochte es gehen, wie es wollte, gleichsam als hätten sie vermutet, daß diese ja ohnehin nicht lange mer gutmüthig genug bleiben würden, für andre mit saurem Fleiß das Feld zu bauen. Wirklich, hätten der Bauern, die auch von langer Zeit her, schon unter dem Druck des Zehenden nichts seufzten, in neueren Zeiten sich die Fürsten nicht angenommen; der Adel und die Prälaten würden sie, unter den unzähligen Abgaben, Renten, Verpflichten, Güten, Besthaupt, SchürzenGeld, PfisterEiern, PfingstGroschen, MartinsGänsen, RauchHü-

nern x. x. x., längst erdrückt haben. Wären die deutschen Fürsten, in Aufhebung der Leibeigenschaft, nicht mit dem erhabensten Beispiel vorangegangen, und hätten sie nicht durch allerlei Wege die geistl. und weltlichen GutsBesitzer zur Nachfolge bewogen: der unglücklichen leibeigenen Hintersassen, der Märtensleute, Peterlinge, Niemanns-Kinder, und Ulrichsleute x. x. x., würde eine weit größere Menge seyn, als man gegenwärtig noch findet. Und in den neusten Zeiten seht es an Beispielen edler Edelleute nicht, die sich's zum HauptGeschäfte machen, das Schicksal der Bauern zu erleichtern und zu verbessern.

Der Steuern und Abgaben sind in neuern Zeiten so viel, und dieser Zweig der Staatsverwaltung ist eine so verwickelte Sache geworden, daß in Ländern von irgend einiger Bedeutung, die Versorgung desselben einem besondern Collegio hat anvertraut werden müssen. Wenn man bedenkt, daß jetzt mehrere Personen die RechnungsProcuraturen besorgen müssen: so ist es schwer zu begreifen, wie die LandesHerrn ehemals die Rechnungen ihrer RentereiAemtern selbst abhören konnten. Und doch habe ich mehrere Rechnungen gesehen, die ein LandGraf von Marburg selbst abgehört, und eigenhändig unterschrieben hatte.

Das bleibt immer war, daß unsre Vorfahren, wenn ihnen auch unendlich viele Dinge des heutigen Luxus abgingen, große Sklaven ihres Magens waren, und für diesen eine ausgezeichnete Sorge trugen: von welchem Feler sich, zur Ehre des Zeitalters, unser Vaterland \* größtentheils,  
we.

---

\* "Auch andre Länder: aber wahrlich nicht zur Verleibung des gepreßten Volks. Denn Louis XV. hatte auf seiner Tafel in Versailles nur Eine Pastete, dahingegen Louis le Saint fünf hatte: aber jenes Louis Pastete war eine KrastPastete, die mer kostete, wie 20 gewöhnliche, zu deren Bezalung 100 Bauern einen ganzen Tag wie Sklaven  
den

wenigstens Niederdeutschland, frei gemacht hat. Es ist wirklich ein wenig ärgerlich, daß dem Fressen und Saufen durch Reichs-Befehle Einhalt getan werden mußte, und in den Reichs-Abschieden (s. Sammlung derselben Th. II, S. 26, §. 38) Stellen vorkommen, in welchen verordnet wird, „der Kaiser schreibe und gepte allen Fürsten, „Prälaten, Grafen, freien Herrn und Ständen, in iren „Höfen von iren Dienern, auch sunst allen iren Unterthanen, das Trinken zu gleichen, vollen, und halben, nit „zu gestatten, sondern das ernstlich zu strafen, und ist gerathschlagt, daß sein kön. Majest. solches in seiner Gnaden Hofe zu verpöten und zu hanthaben ansehe“. Es scheint die Eß- und Trinklust ein Grundzug des deutschen Charakters, ehemals wenigstens, gewesen zu seyn. Jede Felerlichkeit, und fast jede vorzüglich freudige und traurige Begebenheit des menschlichen Lebens, endigte sich, und endigt sich an vielen Orten noch, mit Essen und Trinken. Wenn das Kind geboren wird, ist Schmaus; und wenn's begraben wird, ebenfalls; und bei den alten Hochzeit-Schmäusen stehen einem gar die Haare zu Berg. Unstre westliche Nachbarn übertreffen uns in diesem Stück fer weit. Sonderbar ist es doch, daß die Deutschen den Franzosen doch nie das Gute, und nur immer das Böse, nachahmten, oder nachahmen wollten.

Nun zum Schluß ein — Beitrag zur Geschichte des Zurus des 16ten Jahrhunderts:

Ge.

---

den arbeiten mußten: s. das Hannov. Magazin 1779, St. . . . (zu Ende Octobers). Etwa wie der Brautwein-Säufer, der beinahe nichts ißt, ein schrecklicher Viel-Fraß ist (StatsAnz. H. 46, S. 191)

Gebäthern-Geschenk Ludwigs IV, Landgraf zu  
Marburg. (geb. 1537, † 1604).

Auffchrift. "Unserm Renthmeister zu Alsfeldt und  
lieben getrewenn Christoph Eckhardt

Ludwig von Gotts genaden Landtgrawe zu Hessen,  
Graue zu Cakelnapogl. 1c.

Lieber Getrewer, Es hatt unns unnd unnser freunbtlis-  
che hertzliche Gemahlin, unsers Oberförsters zu Romrod  
Philipp Dritten Haußfraw Catharina underthenig berichtet,  
welcher gestaldt Gott der Allmechtige Ihren Sohn Simon  
Dritten und seine Haußfraw mit einem jungen Söhnlein ge-  
nedig gesegnet, demnach underthenig gebeten, das wir und  
gedachte unsere geliebte gemahlin solchen Ihren jungen Sohn  
Christo dem Herrn in der Laufe vortragen, und ihm einen  
christlichen namen geben lassen wolten. Wann sie dan zu  
solcher Kindtauf nachstkommenden Mittwoch oder Don-  
nerstag vorgeschlagen, So ist unser Bevelch, daß du dich  
mit Ihnen eines gewissen Tags vergleichest, und an unser  
Stadt solch christlich werck verrichdest, hatt gedachte unser  
geliebte Gemahlin an derselben Stadt, Ihrer I. Mogtin zu  
Romrodt darzu verordnet, und schicken dir hieneben vier  
Königs Thaler so du unsertwegen, mit Vermeldung gebära-  
licher Glückwünschung der Kindbetterin, und den übrigen  
halben Königs Thaler der Ammen verehren sollt. Das  
versehen wir uns also, und seind dir mitt genaden geneigt.  
Datum Marpurgt am 8ten Decembris 1589.

Ludwig L. zu Hessen.

Ich bemerke nur noch, daß dieser Brief zu einer Zeit  
geschrieben ist, in welcher man schon ser über Luxus klagte.  
Landgraf *Wilhelm IV* von Hessen-Cassel, beschreibt in ei-  
nem Brief von 14 März 1575, an seinen Bruder *Philipp*  
von Hessen-Rheinfels, den Verfall des Fürstenstandes,  
welchen er wegen des allzuhoch gestiegenen Aufwandes be-  
sorgte. Diesen merkwürdigen Brief s. oben StaatsAnz.  
H. 30, S. 214—218: er findet sich auch, außer den dort

an

Für neußen StatsKunde von Dänemark.

Aus des Grafen von Schmettow erläuterndem Commentar  
zu den patriotischen Gedanken: (1793, 8, 284 S.).

S. 193. Von den 12000 Normännern, die in dem  
kurzen Feldzug gegen die Schweden agirten, starben in dem-  
selben Jar 4000 an Krankheit. Nach dem Lauf der Na-  
tur hätten höchstens nur 429 sterben müssen. — S. 211.  
Diese 12000 Mann waren nur einige Wochen tätig, und  
verloren nichts erhebliches: gleichwol hat dieser kurze Feld-  
zug, 4 Millionen außerordentlicher Ausgaben veranlaßt.

S. 210. Gewöhnlich kostet in einem KriegsJar der  
WahrStand reichlich 4mal so viel, als im Frieden.

Ebendaf. In Dänemark ist die ganze Masse des  
circulirenden Geldes — 29 Millionen.

---

Gemälde des holsteinschen Bauers, S. 231.

Die Pflicht, sein Vaterland zu verteidigen, liegt je-  
dem Einwohner, nicht bloß dem Bauer, ob. Auf diese  
unglückliche MenschenClasse wird doch in der That jede Last  
gewälzt! Von ihr fordert man Geld, Dienste, und Lebens-  
Mittel. Der Bauer soll den Acker im Schwels seines An-  
gesichts fruchtbar machen, ein Zell der Erndte hergeben,  
wie es ist, ein 2tes Zell zu verkaufen suchen, um Geld  
hergeben zu können, und vom 3ten Zell soll er sich und die  
Seinigen, nähren. — Bei jeder Gelegenheit muß er noch  
mit seinem Vieh bereit seyn, jede öffentliche Arbeit unent-  
geltlich zu verrichten. Er muß zu- und wegführen, muß  
seine Vorgesetzte nicht allein in GeschäftsReisen, sondern ser-  
oft

oft bei bloßen Fußreisen, faren. Er wird beordert, zur bestimmten Stunde mit seinen Pferden an einem von seiner Hütte entfernten Orte einzutreffen; da muß er mit dem Vieh harren, dann vorspannen; dann wird er wol noch mit Härte, wo nicht gar mit Schlägen, angehalten, schnell zu faren; nach geleisteter Fuhr schleicht er sich mit dem ermüdeten Vieh heim; am andern Morgen muß er alles Geld, was er nur aufstreiben kan, einem Rentmeister einhändigen; am dritten Tag einen seiner Söhne zum Regiment bringen, damit er auf den unsanften Befehl eines rauhen Corporals, Bewegungen mache und Stellungen annehme, die gerade ihm schwerer werden, als jedem andern, der den Pfug nie getrieben, die Sense nie geschwungen hat.

Er siehet den Nutzen dieser militärischen Uebungen nicht ein; er siehet sie als ein Theil der Bitterkeiten an, die ihm sein Daseyn verleiden: und im Grunde ist es doch war, daß diese 28 tägige Qual ihn nicht zum Soldaten bildet.

Wäre das Vaterland in Gefahr; je nu, dann müßte er, dann müßte ich, dann müßte jeder tun und leisten und wirken, so viel er nur könnte. Dann siehet auch jeder die Nothwendigkeit aller vom Kriege unzertrennlichen Lasten, Gefahren, und Plackereien, wol ein. Dann ist jeder schuldig, Waffen zu ergreifen, und sich im Gebrauche derselben zu üben. Aber im Frieden ist der Bauer nur unter der Bedingung dazu verpflichtet, wenn die und die Verhältnisse seines Vaterlandes eine militärische Verfassung durchaus nothwendig machen, und dann fügt er sich auch ohne Widerwillen in die Umstände. Jetzt exercirt er mit eben der Gesinnung des Hergens, womit der geworbene, an das Soldatenleben gewönte Grenadier, Mist laden und pflügen würde, wenn man ihn dazu beordnete.

---

Vergleichung, was ein Dänisches (S. 274), und ein Hannoversches (oben Briefwechs. Heft 31, S. 55) Dragoner-Pferd trägt.

Ein

Ein dänisches DragonerPferd, das 11 Quartier  
nach Hamburger Mase hoch seyn soll, trägt — wenn  
auch der Dragoner nur auf 10 Tag Furance aufgebunden  
hat — 260½  $\mathcal{G}$ .

Ein hannöversches trägt, nach einer MittelZal von  
6 gewogenen Dragonern, aber 4tägige Furance aufgebun-  
den gerechnet — 400½ Pf.

Also nur 1tägige Furance gerechnet (beim Dänen  
24, beim Hannoveraner 23 Pf.), oder 63 Pf. abgezo-  
gen — 331½ Pf.

Specification. Der Mann mit Mondirung  
(hoch one den Mantel à 5  $\mathcal{G}$ ) — 160  $\mathcal{G}$

Der Mann one Kleidung, 148 Pf. 27 Lth. Die Lei-  
des Mondirung 24 Pf. 17 Lth. Also zusammen 173 Pf.

Die übrigen Rubriken sind:

Dänisch, Sattel, Stange, Trense, Schabrake 36  $\mathcal{G}$

(½ der Sattel ist kürzlich erst neu geliefert,  
und diese an sich schlechten Sattel wiegen nur  
mit der Stange und Trense, 12  $\mathcal{G}$ ).

Gewehr mit Zubehör — 11½ —

Pallasch one Scheide 3  $\mathcal{G}$ , mit Scheide — 4½ —

Pistolen sind ungleich am Gewichte, und  
wiegen auch wol 7  $\mathcal{G}$ ; die meisten — 6 —

Lederzeug und PatronTasche one die Car-  
tusche mit den Patronen — — 3 —

Turnister mit Striegel, Kartätsche, und  
Puszeng — — 5 —

Im MantelSack 2 Hemder, 2 par Strümp-  
fe, 1 Mütze, Kittel, und die Kleinigkeiten 5 —

71  $\mathcal{G}$

Hannöversisch: Equipage — 48 Pf. 3 Loth

Armatur — 26 : 8

FeldGerätschaft 15 : 22

kleine Mondirung 45 : —



Ertrag der Zalenlotterien zu Copenhagen, Altona,  
und Wandsbeck (S. 281). \*

Nach Abzug der Gewinne, und der Procente für  
die Collecteurs, haben alle Einsätze betragen, in 14  
Jaren (vom Maj 1773 bis zum letzten April 1787)

3,35260 rL

Hievon giengen ab die Gehalte und  
Nebenkosten

382158

Blieb reiner Gewinn für alle 14

2,969452 rL

Jare

Oder für jedes Jar im Durchschnitt

212103 —

Seit jener Zeit haben sich aber die Einkünfte der Za-  
len Lotterien sehr vermindert, und betragen jetzt nur jährlich  
135000 rL. Im ganzen kan die StatsCasse ungesähr  
durch die Zalenlotterien in 20 Jaren gewonnen haben  
3,779452 rL.

In den 4 ersten Jaren ist die Einnahme am größten  
gewesen, vermutlich weil es in Dänemark etwas Neues  
war, und viele reiche Leute gespielt haben. In den Jaren  
1781 und 1783 aber war sie am geringsten.

Ein Dänisches DragonerRegiment kostet jährlich  
40789 rL 57½ fl. (S. 268.) — Also ersetzre die Reduc-  
tion nur von 3 Regimentern, den Verlust, den die Stats-  
Casse leiden würde, wenn das Lotto, die Pest des Landes,  
abgeschafft würde (S. 241).

\* Vergl. mit Thaarnup8 Danste Monarchies Statis-  
tit (Kopenhagen, 1790), S. 287. Hier aber wird die  
Einnahme von den ersten 14 Jaren, der Minerva zufolge,  
auf 4,102112 Rthl. angegeben. Bloss die 4 ersten Jare  
brachten 2,018361 Rthl. ein, also fast so viel, als in al-  
len folgenden 10 Jaren einkam. Ware Ehre für den Dä-  
nischen MenschenVerstand!

## Finanzwesen (S. 250).

Den 28 Dec. 1770 ernannte der König folgende Herren zur Untersuchung des Zustandes des Reichs: den

- A. Gener. Leut. von Gähler †
- B. Gener. Major Graf von Ranzau - Aschberg †
- C. Minister Graf von Osten (nun Oberpräsident von Kopenhagen)
- D. Schatzmeister Baron von Schimmelmann †
- E. Geh. Rat Graf von Haxthausen (nun Statsminister)
- F. Stifts Amtmann von Scheel (jetzt Statsminister).

Den 23 Jun. 1771, gab jeder derselben für sich, das Resultat seiner Untersuchung ein:

Einkünfte	Ausgaben <sup>2</sup>	Schulden <sup>3</sup>
A. 6,250,435 rth. = 41 fl.	5,406,253 : 22 $\frac{1}{2}$	13,980,043 : 25 $\frac{1}{2}$ fl.
B. 4,500,000 — : —	6,000,000, —	15,000,000, —
C. 5,500,000 — : —	5,925,504, —	14,866,421, —
D. 6,201,160 — : 92 $\frac{1}{2}$	4,514,650 : 29 $\frac{1}{2}$	14,536,228 : 51 $\frac{1}{2}$
E. 5,856,891 — : —	5,493,728, —	14,000,000, —
F. 6,191,156 — : 67 $\frac{1}{2}$	5,957,452 : 42	14,508,525 : 56 $\frac{1}{2}$

Von 1746 bis 1750, kostete, nach einer MittelZahl von 5 Jaren, jährlich

der CivilEtat	—	1,571,027	} 3,739,781.
die Armee	—	1,550,417	
die Marine	—	618,337	

Die

1. Dieser letzte (v. Scheel) mit dem Zusatz, daß nach Abzug vermutlich wegfallender Posten, die Einkünfte anzuschlagen wären auf 6,031,156 rth. 67  $\frac{1}{2}$  fl.

2. mit den Zinsen.

3. Beim Antritt der Regierung waren sie circa 20 Mill. gewesen.

Ueberall werden hier CourantThaler verstanden, deren 125 = 100 rth. Spec., 9  $\frac{1}{4}$  aus der Mark fein.

Die Herzogtümer Holstein und Schleswig, hatten im J. 1789

Einkünfte 2,912635 *re* 12 fl. (vermuthlich mit Inbegriff von 575981 *re*, als Behalt aus der Rechnung vom J. 1788).

Ausgaben 1,610909 *re*. Blieben pro Saldo in Behalt — 807452 *re* an wirklichem Vorrat, und — 494273 *re* an unapprobirten Ausgaben.

S. den ganzen Etat en detail, S. 254 — 261.

## 47.

Laxe europäischer Menschen in Amerika.

Bekanntlich werden die aus Europa kommende, und in Amerika sich niederlassende Colonisten, zum Erfaß der Fracht, von ihren Schiffs-Capitalen verkauft; und den Kaufschilling müssen die Colonisten durch ihre Arbeit, in einer bestimmten Anzahl von Jaren, abverdienen.

Dermalen pflegt zu kosten

ein Deutscher	—	20 bis 26 L. Sterl.
ein Franzos	—	15 bis 16 —
ein Schottländer	—	12 bis 13 —
ein Engländer	—	11 bis 12 —
ein Ireländer	—	7 bis 9 —

Vorstehende Laxe hat mir ein reisender Amerikaner mitgeteilt, den ich bei seiner Durchreise durch Hessen im J. 1791 auf einige Tage zu besitzen das Vergnügen hatte.

C. C. F. Hüpeden.

## 48.

Fischereien in Amerika.

Aus the *American Museum* (Philadelphia, 8) 1791, Aug., App. 11, p. 9 sqq.

61e

Sie nehmen ab. Von 1765—1775 brauchten die N. Amerikaner gewöhnlich zum Stockfischfang, jährlich 665 Schiffe von 25000 Tonnen, die 4405 Seeleute beschäftigten, und 350500 Kentals Fische lieferten, am Werth für 1,071000 Dollars. Von 1786—1789 hatten sie nur 539 Schiffe von 19185 Tonnen, 3287 Seeleute, und bekamen 250650 Kentals à 609900 Dollars.

Im J. 1787 hatte

Frankreich	6000	Seeleute,	
und erhielt	—	—	128000 Kentals
England	14000	—	732000 —

Blos Massachusetts hatte jährlich

	von 1765—1775	von 1786—1790
Schiffe	665	539
Tonnen	25639	19185
Seeleute	4405	3287
Kentals nach Europa		
à 3-5 Dollars	178800	108600
— WIndien à 2-6 Doll.	172500	142050

Ganz Amerika verkaufte, vom 20 Aug. 1789 bis zum 30 Sept. 1790, an getrockneten und gesalzenen Fischen, Thran, Fischwein, Spirituete, und davon gemachten Likören,

an Frankreich, und vorzüglich an das	
franzöf. WestIndien, für	749497 Doll.
an Spanien, Span. WIndien, und	
Florida	203276 —
an England, sein WIndien, und	
Neuschottland	89859 —
an Holland, und dessen WIndien	79404 —
an Portugal, und dessen Inseln	55137 —

Ueberhaupt an alle Ausländer, für 1,194287 Doll.; woran also blos Frankreich  $\frac{2}{3}$  zahlte.

Sanfte Reform in Hildesheim,  
Musterhaft für alle deutsche kleine und große Staaten.

A. Wir Franz Egon, Bischof von Hildesheim etc.  
17 Decbr. 1792.

Nachdem die Stände dieses HochSelbsts bei jeglichem LandTage äußerst bemüht gewesen sind, der [etwa 100000 Seelen starken] Nation [dem steuerbaren lasttragenden contribublen Untertan], eine merkliche Erleichterung ihrer bisherigen Lasten und Abgaben für die Zukunft zu verschaffen: so ist von ihnen, außer den zur Tilgung der Landes-Schulden bereits getroffenen, und nächstens bekannt zu machenden Vorkerkungen, auch der Vorschlag geschehen, daß der Hildesheimischen Nation, fürs künftige Jar, 3 Contributionen, und sodann die Hälfte des bisher von den Steuerbaren bezahlten monatlichen *Fixi* (jedoch mit Ausnahme der unten bemerkten Personen) erlassen, an der bisherigen StädteTaxe eine Remission auf die Hälfte bestimmt, und in der bisherigen Entrichtung der öffentlichen Abgaben in wichtigem Golde, eine Abänderung getroffen werden möchte. Dem zufolge

1. sollen für das künftige Jar 1793, statt der bisher gezahlten 16 Contributionen, nur 13 bezahlt werden: dadurch wird der [steuerbaren] Nation eine Erleichterung verschafft, die sie selbst vor dem 7jährigen Krieg nicht genoß.

2. Vom 1 Jan. 1793 an, wird von eben derselben Nation, nur die Hälfte des bisherigen monatlichen *Fixi* gezalt, und die andre Hälfte auf immer erlassen.

3. Dagegen zalen die [bisher] SteuerFreie, für sich, sodann ihre Familie, sämmtliche DienstBoten, und alle Leute, die auf den Höfen und Gütern der [bisher] SteuerFreien wohnen, so wie auch die Piarren mit ihren Familien und sonstigen Angehörigen, die bisherige monatliche Kopf-Steuer in der Weise fort, wie solche in der Verordnung vom

vom 31 März 1785 bestimmt worden: und soll übrigen der also fortbauende Beitrag der Prediger, und der auf [sonst] Steuerfreien Gütern und Höfen wohnenden Leute, als ein Beitrag der [sogenannten] Steuerfreien fernerhin angesehen werden.

4. Da es, in Rücksicht der übrigen, mit mehreren öffentlichen Abgaben belasteten Untertanen, unbillig seyn würde, wenn allen nicht Steuerbaren, aber auch nicht für Steuerfreie anzusehenden Einwohnern dieses HochStifts, wie die auf dem Moritzberge, im Dorfe Wiedelah, Iebe, und auf den Gärten vor hiesiger Stadt, eine auf die übrigen Abgaben sich gründende Erlassung der Hälfte des *Pf.* mit angedehle: so hat die obbemerkte Remission für jene nicht statt, sondern es zahlen selbige an monatlichem *Pf.* eben das, was sie bisher bezahlt haben.

5. Damit auch den Städten dieses HochStifts, in Rücksicht ihres gegenwärtigen Zustandes [s. oben S. 394 — 399], eine besondere Erleichterung verschafft werde: so sollen solche, nach dem Vorschlag der Stände, für das Künftige, nur die Hälfte der bisherigen StädteTaxe zahlen.

6. Auch soll, auf Vorschlag der Stände, den bisherigen Klagen der Untertanen, über die Anschaffung des wichtigen Goldes bei Bezahlung ihrer Abgaben, abgeholfen, und vom 1 Jan. 1763 an, alle Abgaben ohne Unterscheid, und einschliesslich der nicht verpachteten SchatzGefälle, in guter ConventionsMünze, jedoch nicht unter 3 Mgr., entrichtet werden.

Da durch diese Verwilligungen und Remissionen, die Nation ein sehr wichtiger Theil ihrer Lasten abgenommen worden: so erwartet der LandesFürst auch LandesVäterlich und ernstlich, daß dieselbe diese Beweise der für sie von Ihm und den Ständen tragenden Sorgfalt, mit Dankbarkeit, und durch Belbehaltung der Ordnung und Ruhe (zu deren Befestigung Er, nach dem Beschlusse des jetzigen Land-

Tage, noch eine besondre landesherrliche Verordnung zu erlassen Willens ist), zu erkennen bemüht seyn werde.

B. Wir Franz Egon &c., 24 Dec. 1792.

Dem Hildesheimischen Steuerbaren Volke wird hiemit bekannt gemacht, daß durch die bisherige Administration der landesCasse, schon über 500000  $\text{r}\text{L}$  Schulden abgetragen, und die schon an 90000  $\text{r}\text{L}$  gestiegene jährliche Zinsen, bis auf einige 40000  $\text{r}\text{L}$  \* herabgebracht, und Fürst u. Stände dadurch in Stand gesetzt worden, dem Volke eine große Erleichterung seiner bisherigen Lasten zu verschaffen.

Da diese Erleichterung, schon vor dem Anfang des nunmehr geendigten LandTags vorbereitet war: so gereicht es dem Fürsten zur Freude, dem Volke auch die vielfachen Bemühungen und Entschlüssen ankündigen zu können, welche dabel, nicht allein in Rücksicht einer gegenwärtigen Verminderung der öffentlichen Abgaben, sondern auch zur weiteren Abführung der auf der landesCasse noch hängenden Schulden, und zur Bestreitung der Kosten zu künftigen Reichskriegen, durch freiwillige Uebnahme Verhältnißmäßiger Beiträge, zur Wirklichkeit gediehen sind. Demnach,

I. außerdem, daß nach der Verordnung A vom 17 dieses, den Städten die Hälfte der StädteCasse, allen Steuerbaren die Hälfte des monatlichen Fixi, ferner 3 Contributionen erlassen, und ihnen sämmtlich gestattet worden, ihre Abgaben in Conventions Geld zu entrichten,

II. haben sich die [sogenannten] Steuerfreien Stände auf eine edle Art entschlossen, von den auf der landesCasse hängenden Schulden, den dritten Teil zu übernehmen, zu verzinsen, und zu bezahlen; auch

III.

\* Durch die ZinsenReduction von 5 zu 3 procent.

III. werden dieselben für das Vergangne sofort 30000  $\text{rL}$  in die SchuldenCasse bezalen; und

IV. haben sie sich, in Ansehung der künftigen Reichs-Kriege, vereinbart, ein Drittel der sonst von der Steuerbaren Nation allein bestrittenen Kosten zu übernehmen.

V. Bei dieser Rummwürdigen Gesinnung der Stände, hat es sich der F.Bischof zum Vergnügen gemacht, das diesjährige gewöhnliche subsidium charitativum zu 8000  $\text{rL}$ , als ein freiwilliges Geschenk, zurückzugeben, und es dem gemelnen Vessen dergestalt zu widmen, daß die Hälfte den oberwähnten 30000  $\text{rL}$  hinzugesügt, die andre Hälfte aber zu den Unkosten des bevorstehenden ReichsKriegs mit verwandt werden möge.

VI. Auch erteilt der F.Bischof die Versicherung, daß Er, nach dem nämlichen Fus, wie die [sonst] SteuerFreien Stände, nach dem Beschluß des letztern LandTags, ihre übernommene Beiträge zur Tilgung der Schulden entrichten werden, auch von Seiten seiner fürstl. Cammer an der Bezahlung der landesSchulden Theil nemen wolle.

VII. "Nach solchergestalt allen unsern Untertanen, auf künftige Zeiten, verschafften großen Erleichterungen und Vorteilen, können Wir aber nunmehr auch erwarten, daß sie dieses gehörig erkennen, und ihre Dankbarkeit, durch Beibehaltung der Ruhe, Ordnung, und Folgsamkeit, beweisen werden. Wir hoffen, daß sie sich nach und nach selbst überzeugen werden, daß es den Leuten, die sich bisher zu ihren Ratgebern und Aufsehern, durch allerlei Kunst-Griffe, aufgedrungen haben, nicht um die Glückseligkeit des BauernStandes, sondern um ihr Geld, zu thun sei, welches die Untertanen weit besser auf die Erhaltung ihres HausWesens, als auf die Föhrung unnötiger Processse und Klagen, und auf die Sättigung hungriger Advocaten \*

E e 3

und

---

\* Vergl. oben Heft 71, S. 275 und 332.



422 *Einbürgerungen* Xviii. 72.  
und Notarien, verwenden können. Wir hoffen ferner, daß unsre Untertanen, von den bisherigen unnützen Zusammenkünften, wodurch Geld und Zeit verloren wird, von selbst abstehen, und sich durch den igiten Geist der Zeit zu keinen Forderungen werden verleiten lassen, die ihnen, nach der blüthigen allgemein anerkannten und bestätigten alten Verfassung \*, nicht bewilligt werden können. Sollten Wir aber

VIII. in unsrer Hoffnung getäuscht werden: so sind Wir als Landesfürst verbunden, bei Entstehung jeder öffentlichen Unruhe und widerpenstigen Betragens, zu jenen ernsthaften Mitteln zu schreiten, die Uns die Reichs- und Kreis-Verfassung, und das Interesse der benachbarten Länder, und die in solchen Fällen gewöhnliche Commissionen, darbieten; und es wird alsdenn unserm Herzen weh thun, aber nicht unsre Schuld seyn, wenn der Untertan, durch den dazu von ihm einzig und allein zu bestreitenden großen Kosten-Aufwand, in einen sehr drückenden Schaden gesetzt wird. Uebrigens werden wir

IX. unsern Beamten und Obrigkeiten, durch besondere Befehle, die Masregeln vorschreiben, wodurch den schon ziemlich bekannten Verfassern nicht unterschriebener Briefe und Circularien, wes Standes sie immer seyn mögen, und den heimlichen, von einem Amt ins andre schleichenden Emissarien, Briefträgern, und Aufwieglern, das Handwerk mit Nachdruck gelegt, und sie der Gesetzmäßigen Bestrafung überliefert werden sollen. Wir vertrauen demnach

---

\* "Alte bestätigte Verfassung", verschieden von den Mißbräuchen, die sich im Lauf der Zeiten, so lange Menschen Menschen sind, in jede Verfassung einschleichen (z. Ex. Bierzwang, Verheimlichung der Landtags-Acten u.). Den "Rechtschaffenen, der solche Gebrechen rügt, und deren Abstellung fodert, schätzt der Bischof hoch": s. dessen Bericht nach Weizlar vom 28 Febr. d. J., S. 3.

nach zu unsern sämtlichen Untertanen, daß dieselbe dieses alles reiflich überlegen, mit Dankbarkeit erkennen, und befolgen werden".

Befohlen, dieses durch öffentlichen Druck, und Affixion in den Gemeinheiten, auch 3malige Verlesung von den Canzeln, bekannt zu machen.

C. Abdruck der Vergleichs-Urkunde, welche zwischen den vorstehenden Ständen und den 7 Stiffts-Städten des HochStifts Hildesheim, über den Rechts-Streit in puncto Fixi, den 26 März 1793, errichtet worden.

Hildesheim, 1793, Fol. 9 Seiten: Anlage 8 Seiten, Anschlag der LandesCasse und des SchuldenWesens, wie auch vorläufige Auseinandersetzung der SteuerFreien und Steuerbaren des HochStifts Hildesheim.

"Die Punctionen zu dieser Vergleichs-Urkunde, sind zwar schon [auf devorestes Bitten des BauernStandes], in der den 18 Dec. 1792 gehaltenen CircularVersammlung, von allen 4 Ständen vorläufig gebilligt, und dann nicht nur den 19 Dec. der höchstverordneten LandTagsCommission vorgelegt, sondern auch den 21 Dec. durch selbige vom F. Bischof genemigt worden. Allein, da sich beim Schluß des lehtern LandTags, andrer überhäuften Geschäfte wegen, die dem Vergleich zum Grund liegenden mühsamen und beschwerlichen Rechnungen, unmöglich völlig ins Reine bringen und abschließen ließen; da es ferner, um mererer Deutlichkeit willen, notwendig war, noch einige Zusätze und genauere Bestimmungen den Punctionen hinzuzufügen: so ist nun erst oben rubricirte Vergleichs-Urkunde ausgefertigt worden".

Nachdem sich gesamte Hildesheimische LandStände weltläufig darüber berathschlagt haben, auf welche Art die Schulden des HochStifts am leichtesten abgetragen, und dabei die bisherige Lasten des Steuerbaren Volks erleichtert werden könnten; nachdem sich ferner die StifftsStädte gemeldet erklärt haben, im Fall die 3 ersten Stände einen

hinreichenden Beitrag zu den bisherigen und etwa künftigen Kriegsschulden übernehmen wollten, dem bisher in *pro Fixi* gefürten RechtsStreit zu entsagen; nachdem sich endlich der Bischof erklärt hat, daß derselbe von den hiesigen CammerGütern, nicht nur *pro praeterito*, sondern auch *pro futuro*, zur Abbezahlung der LandesSchulden beisteuern wolle: so ist folgendes, als ein unwiderruflicher Vergleich, unter sämmtlichen Ständen des HochStiftes, verabrebet worden.

§. 1. Ungeachtet die 3 ersten Stände, durch die Steuern, welche bisher sowohl in die Contributions- als Schatz-Casse geflossen sind, einen nicht unbeträchtlichen Beitrag zur Abbezahlung der auf dem Lande haftenden, und größtentheils durch Kriege entstandnen Schulden, geleistet haben, ungeachtet es die Schuld der jetztlebenden Steuerfreien Stände gewiß nicht ist, wenn ihre Vorgänger vielleicht zu diesen Kriegsschulden nicht verhältnißmäßig genug contribuiert haben: so sind selbige dennoch entschlossen, und versprechen hiemit freiwillig, von den annoch vorhandenen Landes-Schulden die Summe von 30000 *re* in vollwärsigem Golde, aus eigenen Mitteln, entweder sofort bar zu bezahlen, oder diese Summe als ein *pallivum* in Verzinsung zu nehmen; so daß in beiden Fällen, vom 1 Jan. 1793 an, diese Summe, nicht ferner als eine gemeinschaftliche, sondern als eine alleinige Schuld der 3 ersten Stände, betrachtet werden, und die Verzinsung derselben der Casse nicht ferner zur Last fallen soll.

§. 2. Vom Jan. 1792 an, soll die Contributions- oder eigentliche LandesCasse, nur allein die gewöhnlichen LandesAusgaben (die der steuernde Untertan stets, und auch besonders vor dem 7jährigen Kriege, allein getragen hat, und Constitutionsmäßig allein zu tragen schuldig ist) bestreiten: in dieselbe soll nur so viel von den Abgaben der Steuerpflichtigen fließen, als zur Bestreitung dieser gewöhnlichen

lichen LandesAusgaben nöthig ist: und von einer neu einzurichtenden SchuldenCasse, aus der sämtliche, bisher auf der ContributionsCasse geruhten Schulden, verzinsset und abbezalt werden sollen, soll sie ganz und gar getrennt werden.

§. 3. Ungeachtet es noch sehr zweifelhaft seyn möchte, ob sämtliche auf dem hiesigen Lande haftende Schulden nichts wie KriegsSchulden sind: so wollen dennoch die 3 ersten Stände solche schlechterdings alle als KriegsSchulden betrachten. Folglich soll die Summe aller der Schulden, welche alsdenn auf den gesamten LandesCassen an noch haften wird, wenn von der, beim Schlusse des Registers de 1792 bleibenden SchuldenMasse, diejenigen 4000  $\text{R}$ , die der Bischof der Casse geschenkt, und die §. 1 von den Steuerfreien Ständen übernommene 30000  $\text{R}$  werden abgezogen seyn, als eine gemeinschaftliche Schuld angesehen werden; und zwar so, daß davon  $\frac{1}{3}$  die 3 ersten Stände,  $\frac{2}{3}$  aber das ganze steuernde Volk, übernehmen, und diese gesamten Schulden also, zu  $\frac{1}{3}$  von ersteren, und  $\frac{2}{3}$  von letzteren, verzinsset und abgetragen werden.

§. 4. Damit nun die SchuldenLast des Landes um desto eher möge getilgt werden: so ist dazu vorerst eine Summe von 30000  $\text{R}$  festgesetzt, welche jährlich zur Abbezahlung der CapitalSchulden verwandt werden, jedoch bis zu 40000  $\text{R}$  heraufsteigen soll, ehe irgend ein Stand auf fernere Herabsetzung der Landeslasten zu bestehen ein Recht hat.

§. 5. Wenn diese Einrichtung wird getroffen seyn, daß man das bisherige ContributionsRegister in 2 besondre Register (deren eines die gewöhnlichen LandesBedürfnisse, das andre aber die Verzinsung und Abbezahlung der Schulden, in Ausgabe bringt), wird getrennt haben: so sollen in die erstere, die LandesCasse, bloß die Contributionen fließen; jedoch mit der Bestimmung, daß diejenige Summe, welche die jetzt ausgeschriebnen 13 ordinären

und  $1\frac{1}{2}$  WegGeldsContributionen (jene machen 70517  $\mathcal{R}$  20 Gr. 5 Q, diese 7481  $\mathcal{R}$ , 28 Gr. 6 Q), mer wie die gewöhnlichen LandesAusgaben austragen möchten, mit zur Complettirung der  $\frac{2}{3}$  gerechnet werden sollen, die das Volk in die SchuldenCasse zu liefern verpflichtet ist. Sollte aber nach dieser Complettirung, dennoch ein Ueberschuß übrig bleiben; so versteht es sich von selbst, daß dieser lediglich dem Volke zu gut gerechnet werden müsse.

§. 6. Weil die LandesCasse zu Zeiten einige unvorhergesehene, nicht ständige Ausgaben, zu bestreiten hat, und es oft nicht wol tunlich seyn möchte, deshalb sofort neue Abgaben von dem Volke einzufodern; so soll derjenige Ueberschuß, welcher jährlich in der LandesCasse bleibt, er mag entstehen woher er will, voreerst, und bis auf anderweitige Disposition, bei der SchuldenCasse, oder sonst bei einer sichern öffentlichen Casse, die sofort Zahlung leisten kan, zum Besten der LandesCasse zinsbar ausgeliehen werden, um damit die unvorhergesehenen Ausgaben der LandesCasse bestreiten zu können. Daß übrigens alles das, was in der Ausgabe der LandesCasse sollte erspart werden können, einzig und allein dieser Casse, folglich auch nur dem Volke, zu gute kommen, und wenn es tunlich, zur Erleichterung seiner Lasten angewandt werden müsse, versteht sich von sich selbst.

§. 7. In die SchuldenCasse sollen fließen, d. i. zur Abbezalung und Verzinsung der Schulden verwandt werden, a. sämtliche Ueberschüsse aus allen Schatz- und LandRenterei-Rechnungen. b. Die Land- und Wiesen-Steuer, so wie sie bis jezt gezalt wird. c. Das monatliche *Fixum* der Exemten und des Volkes, und zwar in Rücksicht des letzteren, so wie solches bei verfloßnem LandTag auf die Hälfte heruntergesetzt worden ist. d. Dasjenige aus dem Ueberschuß der LandesCasse, welches erfordert wird, um den Anteil des Volkes zu  $\frac{2}{3}$  für die Ausgaben des Schulden-

den Wesens zu ergänzen. Alles das zusammen beträgt, laut Anlage, 14000  $\text{r}\ell$ .

§. 8. Sollte dem Volke an irgend einer derjenigen Abgaben, die zur Bestreitung der Ausgaben der Schulden-Casse bestimmt sind, den LandesGesezen und Gebräuchen gemäß, Nachlaß erteilt werden: so soll die ihm in einem Jar nachgelassene Summe, aus der LandesCasse in die SchuldenCasse nachgezahlt werden; denn sonst würde das einmal angenommene Verhältniß von  $\frac{1}{3}$  zu  $\frac{2}{3}$  nicht erhalten, da die Abgaben, die der sonst SteuerFreie in die SchuldenCasse liefert, gar keinem Nachlaß unterworfen sind.

§. 9. Weil die 3 ersten Stände sich hienit freiwillig erklären, alle sowol alte als neue Krieg Schulden zu  $\frac{1}{3}$  zu bezahlen, dasjenige aber, was bemeldte Stände bis jetzt in die Schaß- und ContributionsRegister zu den bisherigen Abgaben gezahlt haben, kein volles  $\frac{1}{3}$  der Summe ausmacht, die zur Abbezahlung und Verzinsung der Schulden nötig ist: so sind deshalb gesamte Abgaben, welche bisher in die Schaß- und ContributionsCasse geflossen sind, vorläufig untersucht, und das, was das Volk zahlt, von den Beiträgen des Exemten gänzlich getrennt worden. Hier fand sich nun, daß die 3 Steuerfreien Stände, aus ihren Mitteln, um das  $\frac{1}{3}$  zu ergänzen, jährlich 12000  $\text{r}\ell$  in Golde, zuschießen müssen. Diese Summe sollen und wollen die 3 exemten Stände, bis zu einer genauern und bestimmteren Berechnung, jährlich in vollwichtigem Golde, ohne alle Remission, in 2 Terminen, Ostern und Michaelis, nebst den Steuern, die sie bisher entrichtet haben, in die SchuldenCasse zahlen; und soll Ostern 1793 damit der Anfang gemacht werden. Wie übrigens diese Stände bemeldte Summe unter sich repartiren und ausbringen wollen, das soll und muß lediglich ihrem besten Ermessen unterworfen bleiben.

§. 10. Da die Natur der Sache selbst lehrt, daß es eine sehr weisläufige Untersuchung erfordere, um genau und mit

mit völliger Gewißheit bestimmen zu können, wie viel der  
 Exemte und wie viel das Volk, zu dem StempelPapir, zu  
 dem monatl. Fixo, zu der Land- und WiesenSteuer, zum  
 HufeSchaf (SchffelSchaf im Calenbergischen Theil ge-  
 nennt), und zum MühlenSchaf, wirklich contribuiren: so  
 sind hier vorerst die in der Anlage enthaltene Verhältnisse,  
 welche, so viel man bis jetzt diese ser weitwichtige Sache  
 zu übersehn vermocht hat, der Wahrheit gewiß ser nahe kom-  
 men, zur Grundlage der Berechnung angenommen wor-  
 den. Doch soll den 3 ersten Ständen sowol, als den Städ-  
 ten, unbenommen bleiben, auf die völlig genaue Unter-  
 suchung der Frage, wie viel jeder Theil zu obigen Abga-  
 ben contribuiren, zu bestehen: und nach dem Resultat  
 dieser von beiden nie zu contradicirenden Untersuchung, soll  
 dann nicht nur die Berechnung völlig rectificirt werden;  
 sondern es soll auch derjenige, der durch die in der Anlage  
 angenommene Verhältnisse verlegt worden, von dem, der  
 ihn verlegt hat, pro praeterito Schadlos gehalten werden.  
 Hiebei versteht sich von selbst, daß wenn durch genauere  
 Eractiön, oder auf andre Art, die in der Anlage enthal-  
 tenen LandesAbgaben, hie und da erhöht würden, das  
 dort festgesetzte Verhältnis auch bei der Erhöhung ver-  
 bleibe. Sollte es aber klar seyn, daß der Exemte allein,  
 oder das Volk allein, die Erhöhung durch die genauere  
 Bekreitung hergebe: so soll selbige demjenigen allein zu gu-  
 te gerechnet werden, der sie allein bezahlt. Endlich lert die  
 Natur der ser verschiednen Abgaben selbst, daß wenn von  
 solchen auch in einem Moment aufs allergenaueste bestimmt  
 würde, wie viel der Exemte, und wie viel die Nation,  
 dazu contribuiren, sich dieses dennoch beinahe in jedem Jar  
 verändern würde. Damit es nun nicht alle Jar nötig sei,  
 neue, ser beschwerliche, und kostbare Berechnungen zu ver-  
 fertigen; damit aber auch kein Theil den andern übervorteile:  
 so soll, wenn auch die Auseinandersetzung der beiderseitigen  
 Belträge, einmal aufs genaueste wäre bewerkstelligt worden,  
 den

dennoch beiden Theilen frei stehen, nach dem Verlauf von 6 Jahren wieder auf eine neue Durchsicht und Berichtigung der Rechnungen zu bestehen, und nach dem Resultat derselben, wiederum die Berechnung nicht nur rectificirt werden, sondern auch derjenige Theil, der zu wenig bezahlt haben sollte, dem, der zu viel bezahlt hat, pro praeterito den Schaden ersetzen.

§. 11. Damit auch unter den sämmtlichen transigirenden Theilen, inskünftige keine weitläufige Prozesse entstehen, wenn einer derselben, auf eine der Wahrheit völlig gemäße Untersuchung der in der Anlage vorläufig angenommenen Verhältnisse in den Abgaben, über kurz oder lang bestehen, und dabei verschiedene Meinungen eintreten, oder sich auch ein Streit über die Auslegung des Vergleichs selbst ereignen würde: so sollen die 3 ersten Stände zusammen einen, und die Städte auch einen Sachkundigen Schiedsrichter ernennen, welche beide Personen resp. das ganze Geschäft reguliren, und den Streit entscheiden. Sollten letztere aber über diesen oder jenen Punct, unter sich nicht übereinkommen können: dann sollen sie sich über einen dritten Obmann (der auch eine *persona moralis*, wie z. B. eine Facultät oder ein Consistorium seyn kan.) vereinigen; und wenn auch diese Vereinbarung nicht zu bewirken stünde, jeder Schiedsrichter einen Obmann vorschlagen, und durch das Los die Ernennung des Obmanns entscheiden lassen. Was nun aber dieser Obmann in dieser Sache decidiren wird, dabei soll es, ohne allen fernern Streit, sein ledigliches Bewenden haben. Hierbei versteht es sich aber von selbst, daß um keine Stockung in der Schulden-Casse zu verursachen, das in der Anlage angenommene Verhältnis so lange unverrückt fortdaure, bis ein andres durch die erwählten Schiedsrichter, oder den Obmann, völlig entschieden worden.

§. 12. Da der Bischof einen jährlichen Beitrag zur Abtragung der LandesSchulden, von seinen CammerGütern



zu liefern versprochen hat; da ferner die Commengüter unter das  $\frac{1}{3}$  der Güter, die der Exemte besitzt, mit in Anschlag gebracht worden (indem sonst die Güter der exemten Stände kein  $\frac{1}{3}$  vom ganzen Lande austragen würden \*): so soll dieser jährliche Beitrag des Bischofs den Exemten allein zu gute gerechnet werden.

§. 13. Hat sich das Corpus debendi der SchuldenCasse so weit vermindert, daß 40000  $\text{r}$ , zur Abbezahlung der Schulden, aus der vorhin regulirten Einnahme jährlich übrig bleiben: alsdann sollen, sowol dem [sonst] nicht zahlenden, als dem zahlenden Untertan, nach dem Verhältnis wie  $\frac{1}{3}$  zu  $\frac{2}{3}$ , Abgaben, welche alsdann nach Beschaffenheit der Umstände die passendsten seyn werden, abgenommen, und dadurch die beiderseitige Last erleichtert werden. Jedoch muß immer ein angemessener Fond zur Abtragung der Schulden verbleiben, welcher aber in der Folge (wenn sich nämlich die SchuldenMasse noch ansehnlich vermindert haben wird), auch weniger wie gerad 30000  $\text{r}$  soll betragen können.

§. 14. Sollte die SchuldenMasse der SchuldenCasse gänzlich getilgt seyn: alsdann hören natürlicher Weise alle außerordentliche Beiträge, die sowol [sonst] nichtzahlende als zahlende Untertaner dazu geben, gänzlich auf; und die Ueberschüsse der SchatzRegister werden alsdann wieder verwandt, um die auf den SchatzCassen haftenden Schulden zu tilgen. Hierbei versteht es sich doch von selbst, daß auch in diesem Fall a. das Verhältnis der Einnahme in den SchatzRegistern, wie  $\frac{1}{3}$  zu  $\frac{2}{3}$  zwischen [sonst] nichtzahlenden und zahlenden, stets verbleiben muß; und b. daß es immer in dem Belieben gesamter Stände bleibe, alsdenn auch  
in

---

\* So rechnet man z. Ex. jezo, nach einem ungefähren Anschlag, 247365½ steuernde, und 88994 exemte oder nichtzahlende Morgen im Lande. C.

in Rücksicht der SchatzAbgaben die Last beider Theile Verhältnismäßig durch Nachlaß zu erleichtern.

§. 15. Sollte in Zukunft ein ReichsKrieg entstehen, und ein ReichsContingent bezahlt werden, oder das Land im Ganzen genommen Kriegslasten tragen müssen: alsdann sollen davon dem [sonst] Steuerfreien Stande stets  $\frac{1}{3}$ , hingegen dem Volke  $\frac{2}{3}$ , zur Last geschrieben werden. Jedoch sind unter diesen Kriegslasten keineswegs zu verstehen, a. die friedlichen Durchmärsche, welche ReichsConstitutionsmäßig bezahlt werden, und b. diejenigen Kriegslasten, welche einzelne Individua oder auch Corpora, ohne Rücksicht auf das Land, treffen: sondern nur die, so vorhin gewöhnlich von den LandesCassen sind bestritten worden. Jede specielle Teilnahme des LandesFürsten zur Bestreitung eines ReichsContingents, soll indeß bei derjenigen Summe, die den Ständen zu entrichten übrig bleibt, gar nicht mit in Anschlag gebracht, und eben dadurch dem zahlenden Untertan zu  $\frac{2}{3}$ , und dem sonst nicht zahlenden zu  $\frac{1}{3}$ , zu gute gerechnet werden.

§. 16. Zur Bestreitung der ebenbestimmten, etwa künftigen KriegsAusgaben, soll vor allen derjenige Ueberschuß verwandt werden, der sich in der SchuldenCasse vorfindet. Reicht dieser aber nicht hin: so bleibt es dem Ermessen gesamter Stände anheimgestellt, die besten und zweckmäßigsten Mittel zu erwählen, um diesen Abgang, wo möglich, durch neue Beiträge oder Anleihen zu ergänzen. Jedoch muß immer darauf das Augenmerk genommen werden, daß stets der [sonst] NichtZaler  $\frac{1}{3}$ , und der Zaler  $\frac{2}{3}$ , auf die eine oder andre Art zu diesen KriegsAusgaben beitrage.

§. 17. Alle diejenigen Ausgaben und Lasten, welche bei Veränderung des FürstenStuels, wenn solche (welches man jetzt dahin gestellt seyn lassen will) als kein freiwilliges Geschenk zu betrachten sind, in Zukunft vom Lande getragen werden müssen, sollen zwar (in so fern in der Landes-

der Caffe kein Vorrat übrig seyn sollte) aus der Schulden-  
Casse vorgezogen werden: nachher aber muß die Landes-  
Casse ihre Schuld an die SchuldenCasse wieder ge-  
hörig, und höchstens binnen 4 Jahren, abtragen. Soll-  
ten aber jene Ausgaben lediglich als ein freiwilliges Ge-  
schenk zu betrachten seyn: dann sind die bisher nicht zahlen-  
den Stände nicht abgeneigt, bei vorkommenden Fällen sich  
wegen eines freiwilligen Beitrags näher zu erklären\*.

§. 18. Weil die BrandCasse eine Einrichtung ist,  
wodurch so gut das Vermögen des Struersteten als Steuern-  
pflichtigen Untertanen gerettet und gesichert wird: so sol-  
len die Vorschüsse, welche die ContributionsCasse deshalb  
bisher getan, inskünftige von der SchuldenCasse geschehen.  
Sollten auch die Vorschüsse der BrandCasse in einem Jahr  
so groß seyn, daß alsdenn keine 30000 R<sup>thl</sup> abbezahlt wer-  
den könnten: so soll darauf nicht gesehen werden, indem die-  
se Gelder von der BrandCasse der SchuldenCasse verzinstet  
werden, das Jahr darauf die Vorschüsse wiederum einkom-  
men, und alsdann also um desto mer abbezahlt werden kan.

§. 19. Diejenigen Summen, welche in der bisher-  
gen Contributions- und den übrigen sämtlichen Stiftes-  
Rechnungen vom J. 1792, als Vorrat geblieben sind,  
nebst allen Gefällen vom J. 1792, welche in den sämtli-  
chen Registern vom J. 1793 in Einnahme kommen, sollen,  
nach Abzug sämtlicher annoch von 1792 rückständigen  
Ausgaben, in den Rechnungen von 1793 zu  $\frac{1}{3}$  der Lan-  
desCasse, und zu  $\frac{2}{3}$  der SchuldenCasse, in der Einnahme  
berechnet werden; weil auf diese Weise  $\frac{2}{3}$  dem Volk,  $\frac{1}{3}$  aber  
den Fremten, zu gute kommen, und ongefahr nach eben  
dem Verhältnis, diese Gelder bisher von beiden Teilen con-  
tribuiert sind.

§. 20.

---

\* Gewöhnlich betrug solches *Don gratuit* 40000 R<sup>thl</sup>r.  
Nur die Hrn. LandtagsDeputirte waren bisher auf andres  
Leute Kosten freigebig: sie selbst zahlten keinen pf. daran.

§. 20. Alles, was die BrandCasse der bisherigen ContributionsRechnung, beim Schluß des J. 1792, wirtschuldig geblieben seyn, soll eben so wie jene Vorräte, zu  $\frac{1}{4}$  der LandesCasse, und zu  $\frac{3}{4}$  der SchuldenCasse, im J. 1793 zu gute gerechnet werden, weil dieses in der That ein barer Vorrat der alten ContributionsCasse ist.

§. 21. Da durch diese Vereinbarung, die Städte solche außerordentliche, wichtige, und das ganze Volk vorzüglich für die Zukunft sichernde Vorteile erlangen, wie erstere durch den Proceß, welchen sie in *p<sup>ro</sup> Fixi* mit den 3 ersten Ständen geführt haben, warscheinlich nie zu erringen im Stande wären; da bei dem letztverfloßenen LandTag, lediglich zum Besten des Volks, das halbe KopfGeld, 3 Contributionen, alles bei den LandesCassen zu zahlende Gold, und den Städten noch besonders die halbe StädteLaxe, heruntergesetzt worden: so entsagen letztere nunmehr jenem RechtsStreit gänzlich, und wollen, daß selbiges auf ewige Zeiten beruhen solle.

Dieser Vergleich ist in *quintuplo* originaliter ausgefertigt, und von allen 4 Theilen und deren Syndicis eigenhändig unterzeichnet worden. Hildesheim, ut supra.

Nun folgen die Unterschriften von allen 4 Ständen.

Dann von Seiten des Bischofs, dat. Nenhaus, 10 Mai 1793:

... „Wir haben, in Betracht der in diesem Vergleich, für den lasttragenden Unterthan, auf immer festgesetzten Erleichterung, und daraus erwachsenden guten Ordnung in der öffentlichen Administration, solchen als LandesFürst zu bestätigen keinen Anstand genommen . . . so weil vorstehende Vergleichspuncte mit Unsern LandesHerrlichen Rechten, und unsern, in Betreff der von unsrer fürstl. HofCammer zu leistenden Beiträge, geschähenen Erklärungen, vereinbarlich sind“.

Aus dem nun folgenden Anschlag, zeichne ich folgende Data aus.

Einname der LandesCasse	78098	R. 11	Gr. 3	9
Ausgabe derselben, zum allerhöchsten	—	61000	—	—
Bleiben übrig	—	17098	—	—
Bedürfnisse zum Schuldenwesen, betragen	—	91822	27	2
Hievon trägt der sonst Eremte, laut Vergleichs, $\frac{1}{3}$	30607	—	—	—

D. Aufgehobener Biers u. Brantwangs.

Wir Franz Egon &c.

Neubaus, 24 Apr. 1793.

„Nachdem uns von unsern gesamten Ständen, bei dem im vorigen Jar gehaltenen LandTag, und der diesjährigen LandRechnung, vorgestellt worden, wie es der allgemeine Wunsch sei, daß der ihrem Angeben nach in einigen Distrieten ausgeübte sogenannte Bier- und Branteweinszwang aufgehoben, und von uns durch eine besondere landesherrliche Verordnung auf alle künftige Zeiten, dergestalt aufgehoben und untersagt werden möge, daß

jede zum feilen Verkauf im HochStift berechnigte Brauerei oder Brennerei, durch das ganze Stift, ohne Einschränkung auf einen Bezirk, zu verkaufen, und eben so jeder Landesherrlicher Einwohner, uneingeschränkt, Bier und Brantewein von dem ihm beliebigen Orte einzukaufen, befugt seyn, mithin sowol für den Verkäufer als den Käufer, keine weitere Einschränkung und Zwang statt finden solle:

so haben wir, um auch von dieser Seite die Zufriedenheit unsrer Untertanen zu befördern, gedachtem Antrag unsrer Hildesheimischen Stände. statt gegeben, und verordnen demnach, daß

von nun an, aller Bier- und Branteweinszwang überall und völlig aufhören, und den Krüggern sowol, als jedem  
uns

unserer Untertanen, in Städten, Flecken, und Dörfern, die vollkommene Freiheit gestattet seyn solle, das von jenen, nach Massgabe ihrer Befugnis zu verschleude, oder letzteren zum eignen Haushalt und Bedürfnis notwendige Getränk, von jeder inländischen, zu feilem Verkauf berechtigten Brauerei und Brennerei, nach Gutdanken, und ohne alle Einschränkung auf einen gewissen Bezirk, zu kaufen und zu nehmen.

Wir befehlen also allen und jeden, den es angeht, sich hiernach zu richten, und die Untertanen, und die zum feilen Verkauf berechnigte inländische BrauStellen, in der ihnen hiedurch zugesicherten Freiheit des Ein- und Verkaufs des Biers und Branteweins, auf keine Art zu stören.

Ausgibt an gewöhnlichen Orten u. s. w.

E. Aus Detmold, im Jun. 1793.

Als dem lippe. Detmoldischen Adel der preiswürdige Vorgang der Hildesheimischen sogenannten Steuerfreien, nach dessen erster Bekanntmachung vom 6 Dec. 1792, vorgehalten wurde, um auch ihn, den Detmoldischen Adel, zu seiner Pflicht zurückzuführen: äußerte derselbe,

Was die Stände des HochStifts Hildesheim bekannt machen lassen, kan hier desto weniger eine Richtschnur geben, da der Untertan in dem verschuldeten Lande von der Geistesfreiheit gedrückt ist, welche vielleicht Grund hat, eine von den Franzosen anzukündigende Revolution zu befürchten, mithin jetzt aus Leidenschaft nicht frei handeln kan, dem vorzigen DomCapitel auch, welches in den Ständischen Collegien prädominirt, die übrigen Stände beigetreten seyn werden.

Vor Franzosen ist dormalen Hildesheim gerade so sicher, wie Detmold: diese also können in die schuldige Nachgiebigkeit der vorzigen 3 sogenannten Steuerfreien Stände, so wenig Einfluß gehabt haben, als bloße Furcht und Zwang; gegen den, wills Gott! die deutsche Consti-

tution jeden, der keine faule Sache hat, schützen will und kan.

Noch hat der hiesige Adel, bei der Regierung, um Confiscation des Ewaldschen Büchleins über den Adel, nachgesucht, aber eine abschlägige Resolution erhalten. 8 abliche GutsBesitzer — verlangen die Confiscation eines Büchleins, das die Berliner Censur passirt hatte — in einem Ländlein, das kaum 25 □ Meilen groß ist! . . .

---

50.

Ueber die diesjährige Distribution der KriegsSteuer  
in Mecklenburg.

Aus Mecklenburg, 30 Sept. 1793.

Unter den vielen unglückseligen Wirkungen der franz. Invasion in die deutschen Reichslande, und des darüber obschwebenden Krieges von Seiten des Kaisers und des Reichs gegen die franz. Nation, gehört auch die den Reichseinwohnern Deutschlands zur Last fallende beträchtliche KriegsSteuer.

Das ReichsContingent hievon für die Herzogtümer Mecklenburg, wurde von den beiden Regir.Häusern auf eine bare Erlegnis von 233500 fl nach dem 24 fl Fuß \* behandelt: diese Summe mußte von den LandesFürstl. Domainen, dem Adel, und den Städten, zusammengebracht werden.

Hergebrochter Massen brachten die LandStände, d. i. Adel und Städte, den modum contribuendi und die repartition dieses ReichsContingents, den Herzogl. Regierungen zu Ewerla und NeuStrellitz, auf dem LandTage im

---

\* Vom Ewerla-Gästrow'schen Anteil, 510 Mann zu Pferde (à 300 fl.), 425 Mann zu Fuß (à 100 fl.). Vom Strellitz'schen Anteil, 95 M. zu Pferde, und 95 zu Fuß.

im Maj a. c. in Vorschlag. Und noch diesem von den LandStänden übergebenen EinfoderungsProject, ergingen von beiden regirenden Herzogl. Höfen die SteuerEdicte, wornach denn der Beltrag geleistet wird.

Aus richtigen Grundsätzen hätte man vermuten sollen, daß die Stände bei ihrem entworfenen R. partitionsProject, auf die älttern Mecklenburg. KriegsSteuerEdicte Rücksicht nehmen, und sich davon keine willkürliche, eigennützige, und für andre, die bei Landrägl. Berathschlagungen nicht repraesentirt werden, praejudicirliche Abweichungen erlauben würden. — Ferner hätte man erwarten können, daß diejenigen, die bei weiterm Vordringen und einer wirklichen Invasion der Feinde des deutschen Reichs in die Mecklenburg. Lande, das meiste wagen und zu verlieren besorgen mußten, auch Verhältnismäßig das meiste zu dem ReichsContingent beitragen würden; indem dieses den Zweck hat, jene LänderVerwüster aus Deutschlands Gränzen zu vertreiben, und die deutschen Reichsstände, mithin auch Mecklenburg, vor deren Brandschagung, Plünderung, und politischen Umstürzung, sicher zu stellen. — Endlich hätte man auch hoffen mögen, daß man bei der Repartition dieser KriegsSteuer unter die Bewohner Mecklenburgs, auch darauf Rücksicht nehmen würde, daß diejenigen, welche in neueren Zeiten, durch den so sehr gestiegenen Werth aller LandesProducte, aufs beträchtlichste gewinnen, gegen diejenige Classe der Einwohner, welche dabel in eben der Masse leiden und verlieren, auch einen höhern Beltrag leisten würden.

Unläugbar hat nun

I. der Landmann, er sei Eigentümer oder Pächter von LandGütern, das meiste zu verlieren, wann die französ. Invasion auch in die Gränzen Mecklenburgs gedrungen wäre. Und insbesondre steht dem Adel, nach den französ. Grundsätzen, in solchem Fall seine ganze Vernichtung bevor.



II. Wer ist es ferner anders, als der Landmann, er sei Eigentümer oder Pächter, der bei den hohen und noch ferner steigenden Preisen aller LandesProducte, so außerordentlich gewonnen hat, und noch immer gewinnt? Wie denn hierunter i. obsondere der Vortell noch mer für die Grundeigentümer als Pächter praevalirt: indem durch den hohen Preis der Producte, durch die vermehrte Circulation baren Geldes, und dessen geringschätzig gewordenen Werth, der Werth der LandGüter in Mecklenburg eben so außerordentlich gestiegen ist, als sich die PachtQuanta, wegen des höheren Ertrags der Güter, und der sich von Zeit zu Zeit vermehrenden Concurrenz zu den Pachtungen derselben, solchergestalt verhöhet haben, und noch täglich stelgen, daß kein menschlicher Verstand vor 10 bis 20 Jaren solches glaublich halten mögen.

Dagegen hat I. der Tagelöhner, der Handwerksmann, der in Geholt stehende Bediente, der Gelehrte, bei dem feindlichen Einbringen der Franzosen, entweder gar nichts, oder doch bei weitem nicht so viel zu verlieren, als der Edelmann in Ansehung seiner politischen Existenz, und der Landmann an Vieh und Farniß, Samen und Getreide, Stroh und Heu, einbüßen kan. Ferner II. ist es eben diese Classe der Einwohner Mecklenburgs, welche durch die seit verschiedenen Jaren so außerordentlich gestiegenen Preise ihrer LebensBedürfnisse, bis zum Vermitleiden gedrückt worden, und noch immerfort gedrückt wird.

Allein allen diesen, doch gewiß nicht ungegründeten Erwartungen, sind die Mecklenburgschen Landstände gänzlich ausgewichen, und haben statt dessen, auf dem letzten LandTage im Nov. a. c., einen RepartitionsPlanübergeben, der seiner Willkürlichkeit und Parteilichkeit wegen verdient, auch dem auswärtigen Publico zur Beurteilung bekannt zu werden. Anliegendes Herzogl. Kriegs-  
Steu,

**SteuerEdict** \* vom 11 Jun. a. c., welches gänzlich den von den Landständen in Vorschlag gebrachten Einfoderungsmodum zum Grunde legt, soll hierüber nähere Auskunft und nötigen Beweis geben.

Der Adel hat sich aus einer, zwar an u. für sich nach der Eigenliebe erklärbaren, aber in Verhältnis auf andre Stände sehr eigennützig und Tadelnswert erscheinenden Dekonomie, so gemächlich zu taxiren gewußt, daß einem Guts Herrn nicht mer, als 4  $\text{R} \frac{1}{2}$  von der Hufe zur Last kommen. Hierbei ist die Erläuterung nötig, daß a. eine abliche Hufe 300 Scheffel an Erbarem Acker, Wiesen, Weide, und Ruch und Busch, enthält; b. daß die Hälfte der zu den ablichen Gütern gehörigen Hufen Steuerfrei ist, und nur von der andern Hälfte, statt der ehemaligen Ritter- und MannDienste, eine jährliche Contribution von 9  $\text{R} \frac{1}{2}$  an die LandesHerren erlegt wird; c. daß j. B. ein Gut von 5 catastrirten oder Steuerbaren Hufen, einen FlächenInhalt von 3, 4, bis 500000 □Ruten hat, je nachdem die Güte des Bodens beschaffen ist; d. daß ein Gut von 5 catastrirten Hufen, nach Beschaffenheit des Bodens und Wiesenwachsens, und nachdem es in einer KoppelWirtschaft, oder in 3 Schlägen, vom GutsHerrn oder Pächter in einer Wirtschaft genützt, nicht aber von Bauern bei einer in communion liegenden FeldMark cultivirt wird, einen jährlichen Ertrag von 2 bis 4000  $\text{R}$  liefern kan.

Ich kenne j. B. ein Gut von 5  $\frac{1}{2}$  catastrirten Hufen, und 427000 □R. Flächen Inhalt, von leichtem Boden, weniger Heurverbung, und schlechter Weide, welches 2000  $\text{R}$  jährl. Pacht trägt; ein andres von 5  $\frac{1}{2}$  catastr. Hufen und 429000 □R. Flächen Inhalt, auch nur von leichtem Boden,

§ f 4.

---

\* Das Sverinsche EinfoderungsEdict, ist in fol. 22 Seiten. Das "Schema, wornach die Reichsteuern im Fürstentum Ranzburg einzuheden", hat 6 Seiten in 4°.

den, welches eben die Pacht bringt: und beide Güter sind nicht aufs höchste verpachtet. Ein anders Gut von  $7\frac{1}{2}$  Hufen und 612000 □R. FlächenInhalt, trägt etwas über 3000  $\text{rC}$  jährl. Pacht. Wären diese Güter von recht gutem Boden und hinlänglicher Heuwerbung, würden sie resp. 3, 4, 5000  $\text{rC}$  jährlich eintragen können.

Wenn also ein GutsHerr z. B. 3 catastrirte Hufen besitzt, und eine jährliche GutsRevenüe von 2 bis 4000  $\text{rC}$  genießt: so trägt er zu der jetzigen KriegsSteuer unbedeutende 20  $\text{rC}$  bei\*. Zwar hat der Adel sich ex post noch zu einem Nachtrag von 4  $\text{rC}$  N $\frac{7}{8}$  von jeder Steuerbaren Hufe verstanden. Allein auch dies ist Verhältnismäßig noch immer zu gering und unzulänglich.

Auch haben die LandStände die 3te Classe der HausWirtze, nämlich die GüterPächter, zu 32 fl. vom Hundert ihrer jährlichen Pacht taxirt; da diese doch, nach den GutsEigenthümern, die wohlhabendsten und glücklichsten Bewohner Mecklenburgs sind. Daher denn ein GutsPächter, der 2000  $\text{rC}$  jährl. Pacht entrichtet, 14  $\text{rC}$  32 fl. erlegt: statt er, nach älteren KriegsSteuerEdikten, wornach der Pächter KopfSteuer und ViehSteuer entrichten mußte, so wie im Verhältnis seiner VermögensUmstände, 40 bis 50  $\text{rC}$  hätte erlegen sollen und können. Wie denn die GutsPächter des zum Herzogtum Mecklenb. Strelitz gehörigen Fürstenthums Ragueburg, zu der diesjährigen KriegsSteuer, 3 proC. des jährl. PachtQuantum, nebst der GesindeSteuer, entrichten müssen.

Auch die Magistrate in den Städten haben sich sehr schimpflich taxirt. So wie die Erlegnis von 3 bis 5  $\text{rC}$  für einen großen Kaufmann\*, der des Jars 2 bis 3000  $\text{rC}$  verzeren kan, schimpflich ist.

Dahingegen hat man die Herzogl. Bedienten, die Aerzte, Advocaten, und Titulirte bürgerl. Standes, desto

---

\* Nach dem Ragueburger Schema num. 6, gibt ein Informator 2 Rthlr., u. s. w.

so unbilliger und ungebührlicher catastrirt. In dem ältern KriegssteuerEdicten hiesigen Landes, findet man die Bediente, vom GeheimenRat. bis zum Canzlisten und Bedelken, nie höher als zu 1 proC. bis 1  $\text{R}^{\text{th}}$  16 fl. vom Hundert ihrer Gagen, catastrirt. Daher denn die Herzogl. Strelitzsche Dienerschaft im Fürstenthum Rügenburg, von ihrem LandesHerrn, bei der diesjährigen KriegssteuerDistribution, auch nicht höher als zu 1 proC. der Gagen equotirt worden ist. Die Stände haben aber gut gefunden, ihren Beitrag im Mecklenburgischen zu  $1\frac{1}{2}$ , 3, und 4 proC. zu erhöhen: da doch leider! in Salariis stehende Bedienten, seit der Zeit vorgedachter älteren KriegssteuerEdicte, in ihrem Auskommen nicht sonderlich verbessert, vielmehr durch den schlechten Werth des Geldes, und die so enorm gestiegenen Preise aller Bedürfnisse, schlechter geworden sind.

Ja was noch mer ist, die LandStände haben sich, bei ihrem entworfenen EinsoderungsProject über die Kriegssteuer, die unerklärbare und äußerst seltsame Willkürlichkeit erlaubt, unter den Collegiis einen auffallenden Unterschied zu machen. Daher denn ein wirkl. Rat. in der Regierung von 800  $\text{R}^{\text{th}}$  Gehalt, 32  $\text{R}^{\text{th}}$ , ein Rat. im Cammer- und ForstCollegio von 800  $\text{R}^{\text{th}}$  Gehalt, 24  $\text{R}^{\text{th}}$ , ein Rat. im Hof- und LandGericht und den JustizCanzleien von 800  $\text{R}^{\text{th}}$ , 12  $\text{R}^{\text{th}}$ , und ein Secretär bei der Regierung dagegen von 500  $\text{R}^{\text{th}}$  Gehalt, 20  $\text{R}^{\text{th}}$  erlegen muß: so wie die Subalternen bei der Cammer und beim ForstCollegio 2 proC. erlegen müssen, da die Subalternen bei den JustizCollegiis mit  $\frac{1}{2}$  proC. abkommen. Woraus dann die beschämende Ungerechtigkeit folge, daß unter andern die Bedelken bei der Regierung, Cammer, und ForstCollegio, von 100 bis 150  $\text{R}^{\text{th}}$  Gehalt, mer erlegen, als die expedirenden Secretäre bei den JustizCollegiis von 3 bis 400  $\text{R}^{\text{th}}$  Besoldung. Kan man sich hiebei wol allerlei sonderbarer Vermuthungen von Leidenschaft und NebenAb-

sicht auf Seiten der Taxanten, erwehren? Hat man sich etwa bei den JustizCollegiis, worunter die Stände in iurisdictionalibus resortiren, hiedurch captationem benevolentiae erwerben, oder diesen und jenen in dem Fache begünstigen wollen? Hat man den praegravirten Collegiis, etwa von Seiten der Stände, einen Unwillen zeigen, und eine privat-rancune gegen sie befriedigen wollen? . . . Ich enthalte mich weiterer Fragen.

Und bei diesem allen müssen die Bediente der Strelitzer Regierung, nach ihre proCente, in M<sup>z</sup> erlegen, ob schon ihr Gehalt nur in Gold und preuß. Courant zahlbar ist, welches zu ihrem Nachtheil eine Differenz von resp. 10 und 20 proC. macht.

Doctores und Licentiaten Juris & Medicinae sind zu 15  $\pi$ C., Advocati ohne Unterschied, ob sie bereits in starker praxi, oder erst Praxislose Anfänger sind, zu 12  $\pi$ C. taxirt. Nach den à tern Mittenburg. KriegssteuerEdikten von 1703 und 1712, sind selbige zu 4, 5  $\pi$ C. catastrirt. Dagegen sollen diese, als TitulärRäte, wann sie solchen Titel haben, 20  $\pi$ C. entrichten. Wobingegen ein Titulär-Beheimert-Rat, Cammerherr, LandDrost, deren es unter dem hiesigen LandAdel gibt, auch nur 20  $\pi$ C. erlegt, ja von dieser Erlegung gar frei seyn soll, wann ein solcher auf seinem Gute oder in einer Pachtung lebe. Gerade als wenn diese Titel mit dem Gute oder der Pachtung Verbindung hätten! Die meisten dieser bürgerlichen TitulärRäte besitzen diese Ehre von ihren LandesHerren ohne ihr Ansuchen und aus Gnaden: will man sie deshalb beneiden und bestrafen? Es scheint wenigstens nur ein kleinerlicher (Bebanke hierbei versteckt liegen zu können.

Die Bürgermeister in den Städten sind häufig mit RatsTiteln von dem LandesHerren begnadiget, deshalb aber doch immer StadtBediente: warum erlegen diese nicht auch die auf den RatsTitel gelegte 20  $\pi$ C.?

Nun

Nun erlaube man mir noch einige Vergleichenngen. Der GutsHerr, der nach den ältern KriegsSteuerEdicten, und zwar nach dem von 1703, 3  $\text{R}\text{thl}$  24 fl., und nach dem Edict von 1705, gar 10  $\text{R}\text{thl}$ , vom Hundert seiner GutsRevenüen erlegte, gibt jezo von der Hälfte seiner Hufen, à Hufe 8  $\text{R}\text{thl}$ . Wann also ein Gut z. B. 5 catastrirte Hufen hat, und von 2 bis 4000  $\text{R}\text{thl}$  järl. Ertrag liefern kan: so gibt er 40  $\text{R}\text{thl}$ . Dagegen der Hofheime Rat von etwa 2000  $\text{R}\text{thl}$  Gehalt, 80  $\text{R}\text{thl}$ , der RegirungsRat, der Cammer- und ForstRat von 800  $\text{R}\text{thl}$  Gehalt, *resp.* 32 und 24  $\text{R}\text{thl}$ , erlegen muß; der Advocat von seinem mühsamen Erwerb 10  $\text{R}\text{thl}$ , und wann er von seinem LandesHerrn mit einem RatsTitel begnadiget worden, 20  $\text{R}\text{thl}$ ; obschon dieser Titel von ihm nicht gesucht ist, ihm auch nichts einträgt. Quae, qualis quanta!

Man will diese unerhörte Ungleichheit dadurch coloriren, 1. daß man behauptet, die Stände in Meßlenburg wären gar nicht schuldig, zur KriegsSteuer beizutragen. Aber die Höfe behaupten dagegen, gewiß mit altem Recht, daß sie es schuldig sind: und verschiedne Einsichtsvolle Männer aus dem Adel, gestehen diese Verbindlichkeit nach Gründen zu. Ja viele gestehen, daß sie, der Adel, der Billigkeit \* nach, diese KriegsSteuer ganz erlegen sollten, weil der Adel von den Franzosen selbte ganze Vernichtung besorgen muß, wenn er in dieser Reformation Gewalt käme. Nur der *Esprit du Corps* †, von Einzelnen verleitet, dachte anders.

Wenn

---

\* Nicht bloß, Billigkeit; Pflicht, Schuldigkeit, obligatione perfectissima, tritt hier ein: s. oben Heft 71, S. 352. S.

† Für *Esprit du Corps*, lies "Unwissenheit in deutschen ReichsGesezen und deutscher Geschichte. Selbst die andre Hälfte der sonst Steuerfreien Hufen, kan unmdglich, so war es ein deutsches ReichsVerband gibt, bei einem ReichsKrieg Steuer frei bleiben" S.

Wenn man aber auch, jedoch absque concessione, dies in thesi quoad ius *perfectum* als unausgemacht dahin stellen wollte: so wäre es eines Theils doch wider alle gesunde Vernunft, daß Domänen, fürstl. Beamte, und Gelehrte, die Kriegssteuer aufbringen sollten, damit der Adel und die Städte von den Franzosen nicht resp. vernichtet, gebrandschaft, und geplündert werden. Dergleichen Ideen passen doch wol nicht in die Denkungsart unsers Jarzehends. Andre Theils liegt den Beamten, so wenig aus der Bestallung, als aus Constitutionen, die Erlegung der Kriegssteuer auf andre Weise ob, als sie den Ständen obliegt; nämlich qua Untertanen und Einwohnern des deutschen Reichs.

a. sagt man: da die Beamten von Steuer und Accise frei und eximirt sind; so könnten sie in subtrato wol höher taxirt werden. Ich lasse dies allensfalls, in Relation auf arme Handwerker und Tagelöhner, gelten; aber nicht in Bezug auf Guts-Herrn, Pächter, Magistrate, Kaufleute. Und warum wandte der Adel diesen BilligkeitsSatz dann nicht auch auf sich selbst an? Denn dieser ist auch, nach hiesiger [in dem Stücke widersprechlichen] LandesVerfassung, für sich, seine Familie, Consumtion, Vieh, und GutsProducte, von Steuer, Zoll, und Accise frei. — Daneben ist den Beamten diese exemption ein engagementsmäßiger Theil ihrer Gage. Und zu dem Gemeinen Besten tragen sie durch ihre Dienstleistungen bei, wenn Einsicht und Reclikelt, wie in dubio immer vermutet wird, sich bei ihnen vereinigt.

Es möchte meinen Vorwürfen etwa der Inhalt des 2ten Artikels des hiesigen Erb- und LandesVergleichs von 1755 entzogen gestellt werden. Nach selbigem haben die Herzoge von Meissenburg den Ständen versichert, sich bei Reichs- und KriegsSteuern in der Mase übertragen zu wollen, daß 1. der Adel nur zu demjenigen seinem Beitrag leistet, was jene in Einem Jar über 200 Römer-Mon

Monate betragen; 2. die Städte aber nur zu demjenigen, was die RömerMonate über 300 ausmachen; und daß der Adel, so wie die Städte, zu eben erwäntem Betrag, jeder Theil nur  $\frac{1}{3}$ , so wie die Domainen auch  $\frac{1}{3}$ , zu ihrer Quota zu erlegen schuldig sind. Indem also der Adel, so wie die Städte, den ihnen LandesVergleichsmäßig zur Last stehenden  $\frac{1}{3}$  des jetzigen ReichsContingents entrichtet hat: so könnte man von ihnen, dem Ansehen nach, mit Recht ein mereres nicht verlangen.

Allein gesetzt (jedoch durchaus nicht zugegeben), sie sind dem LandesHerrn ex obligatione *perfecta* ein mereres nicht schuldig: so blieben sie ex obligatione *imperfecta* doch zu einem höheren Beitrag, den übrigen LandesEinwohnern, als nämlich den Landesherrlichen Beamten, den Gelehrten u. s. w., nach oben angeführten Gründen, noch immer verbunden.

Und dächte man ihrer Selts hart genug, diese, wann schon *imperfecte* Verbindlichkeit nicht zu beherzigen: so könnte sie es ja den LandesHerren überlassen, ihre Beamten u. nach Billigkeit, und nach Anleitung der ältern KriegsSteuerEdicte, selbst zu taxiren, und zum soulagement ihrer Domainen, aus ihren LandesRevenüen das Fehlende herzugeben. Wer gab ihnen Recht und Befugnis, die Herzogl. Beamten, die Gelehrten, und die bürgerlichen Titulatos, der Repartition der ältern Meissenburg. KriegsSteuerEdicte, als worauf doch wol von Seiten der Beamten sich mit Recht bezogen und provocirt werden kan, gerade entgegen, nach einer ganz neuen und willkürlichen Erfindung, wider alle Gebühr und Proportion, zu taxiren, und dieses ihr hartherziges *Votum consultativum*, diese praegravirte Classe, um die gewiß sonst nicht unterbliebene Uebertragung der LandesFürsten, vorsätzlich, und auf eine lieblose Weise, zu bringen? Denn gewöhnlich heißt es: was geschrieben ist, das ist geschrieben.



Dies ist ein trauriger Beweis, wie übel man dran ist, wenn man sich „one repraesentirt zu werden, von seines Gleichen Taren auslegen lassen muß; und daß die LandesEinwohner im Ganzen, von der LandStandtschafte-Berfassung eines Landes, sich wol bei weitem nicht die Fürsorge und Vorteile zu versprechen haben, welche in manchen politischen Schriften [nicht oben S. 405] so sehr gerühmt werden: indem die Stände zwar ihr Corps bei öffentlichen Berathschlungen repraesentiren, und ihre Interessen und eigene Gerechtsame streng wahrnehmen, und gegen die LandesHerren verteidigen, aber deswegen noch nicht das allgemeine Wol des ganzen Landes, und das Beste sämtlicher LandesEinwohner, beherzigen; vielmehr mögte wohl öfter der Fall eintreten, da die vermeintlichen Gerechtsame der Stände dem gemeinen Besten entgegen arbeiten. Daher die von ihnen als *extranei* Stesbrüderlich behandelt werdende DomantiaEinwohner und Landesfürstliche Beamte, sicherer ihren Schutz und ihre Ruhe in der Gerechtigkeit und Gnade ihrer LandesFürsten suchen müssen.

Uebrigens frage man nicht, warum die Herzogl. LandTagsCommissarii, und nächst dem die Regirungs-Collegia, die Beamten nicht, wie sie zu tun das Recht hatten, gegen die unverhältnismäßige Taxation in Schutz genommen, und warum man den Betrag in den Strelitzschen Landen zu M<sup>z</sup> festsetzen lassen, da in diesem Lande keine M<sup>z</sup>, sondern Gold und preuß. Courant coursiren, und die Beamten nur in Gold und preuß. Courant salarirt werden? Ich würde antworten müssen: ich — weiß es nicht — hoffe aber, wenn diese traurige Repartition noch einmal eintreten sollte, von den LandesFürsten und Regirungen, daß diejenigen, die das Unglück haben, auf dem LandTage nicht repraesentirt zu werden, höchste Vertretung und Schutz gegen ungerechte Taren finden werden.

So wie ich mich ebenmäßig fest überzeugt halte, daß wann den LandesFürsten noch jezo, die gegen die älteren Kriegs-

Kriegssteuer-Erlöste, und gegen alles Verhältnis, zur Ungebühr auf ihre getreue Beamte und übrige praegravirte, enquotirte diesjährige Kriegssteuer-Erlöste; gehörig ans Herz gelegt würde, die landesfürstl. Gnade dieses erlittene Unrecht zu tilgen, gewiß nicht unterlassen würde.

---

## 51.

## Französisches Papiergeld oder Assignats.

Aus dem Rapport sur la dette publique. . . . fait à la séance de la Convention du 15 Août 1793, au nom de la Commission des finances, par

CAMBON. . .

Im *Moniteur*, Supplement, N<sup>o</sup> 273, 30 Sept. 1793.

. . . La *quatrième* partie de la dette publique a été créée par la révolution; elle fait le service de monnaie, l'objet de toutes les spéculations; elle est la cause de tous les agiotages & accaparements; enfin, après avoir rendu des services à la révolution, elle pourrait servir les projets des contre-révolutionnaires; elle provient des diverses créations d'*assignats*.

Le Corps *constituant*, le Corps *législatif*, & la *Convention* ont décrété successivement la création de

5100,000040 Livres assignats; \*

il en restait le 1 *Août* dernier, en caisse ou en fabrication, 484,153987 L. Le montant de ceux qui avaient été mis en circulation à cette époque était de

4515,846053 L.

sur lesquels il en était rentré ou brûlé 840,000000, provenant des paiemens faits sur la vente des domaines nationaux.

---

\* Necker berechnet das, vor der Revolution in Frankreich umlaufende Geld, nur auf 2000 Mill. Livres: *StatsAnz.* J. 40, S. 454. G.

naux. Les assignats qui étaient en circulation le 1<sup>er</sup> Août dernier, montaient donc à

3775.846053 L.

Il importe essentiellement à la cause de la liberté de diminuer la masse des Assignats en circulation, puisque leur trop grande quantité ne sert qu'à augmenter la valeur de toutes les matières & denrées; c'est dans cette vue que vous avez rendu le décret qui démonétise les Assignats à face royale au-dessus de 100 L.

Ce décret a retiré de la circulation, comme monnaie, une somme de 558,624000 L., puisque sur la création des Assignats démonétisés, qui montait à 1440,000000, il en avoit été brûlé 881,376000 L., qui provenaient des échanges ou des payemens.

52.

Nürnberg, 21 Sept. 1793.

FinanzWesen, und AemterBesehung.

... Unstre RegierungsForm ist leider! im Wesentlichen immer noch die alte; obgleich im J. 1785 die Genannten des großen Rats, als Repräsentanten der Bürgerschaft, gegen eine von dem Magistrat der Bürgerschaft aufgelegte Steuer, protestirt, und sich wegen dieser Auflage beim Kaiser beschwert haben: wo endlich von dem Kaiser ein Befehl erging, daß der Magistrat, ungeachtet seines vom Kf. Friedrich II erhaltenen Privilegii [oben StaatsAnz. S. 55, S. 250] "niemanden als dem Kaiser in eigener Person Rechnungen ablegen zu dürfen", die StadtRechnungen den Genannten in originali vorlegen solle. Diese Vorlegung muß auch dem allhier versammelten Kränkischen KreisConvent, wegen verschiedener großen Rückstände an KreisGeldern, auf Verlangen des Convents, geschehen.

Aus

Aus diesen Rechnungen sollen seltsame Dinge, wie seit 30 Jahren das Gemeine Wesen administret worden, hervorgehen. Viele Posten zu 1000, 3000, 8000, ja auch zu 20000, sollen in der Einnahme nicht erfüllt seyn; und unter der Ausgabe sollen Posten stehen, welche die jungen Patricier zu ihren Studien, zu Reisen, und zu Haus-Geschenken bei ihren sehr frühen Verheirathungen, aus dem Aerario erhalten haben. Viele ansehnliche Aemter sind in der Einnahme um viel zu wenig, und manche geringe Posten in der Ausgabe viel zu hoch, angesetzt. Und am Schluß kommt ein Schuldenzustand von 13 Millionen zum Vorschein!

Schon in der Graf Soden'schen Druck-Schrift, über Nürnbergs Finanzen, Abschn. I, 1793, findet man viel Trauriges hierüber. Noch besser aber wird die Magistratische Rechnungsführung, in dem von Zwanzigerschen Gutachten, welches dieser geübte Financier dem Kreis-Convent über die Stadt-Rechnungen dargelegt hat, ersichtlich, worinn derselbe ausdrücklich sagt, daß diese ihm vorgelegte Rechnungen nur Bruchstücke, folglich keine authentische Rechnungen, sind. Sogar spricht man von einem entdeckten Fehler im Addiren, von nicht weniger als 3 Millionen. Wo diese strecken, darauf muß man von Seiten des Convents, wie der Bürgerschaft, sehr neugierig seyn. Eine Administration, die in Einem Jar, über Einen Gegenstand, 3 verschiedene Rechnungen fertiget, ist eine von den Unbegreiflichkeiten unsrer Tage.

Was Girtanner in seinen polit. Annalen, Aug. 1793, S. 279, Num. 10, in einem Briefe meldet, ist die volle Wahrheit, daß nämlich der Consulent Spiess, den die Genannten zu ihrem Assistenten angenommen haben, von dem Magistrat besoldet wird, und daß dessen Son in das Patriciat geheirathet hat. — Der Prof. Malblanc in Altdorf (der aber nachher nach Erlangen, und zuletzt nach Tübingen abgegangen ist) war der Mann, durch

den die Genannten weite Vorschritte gemacht haben. Seitdem aber dieser die Feder niedergelegt hat, ist und bleibe es immer beim Alten. Denn wie kön ein Mann, der von der andern Seite besolbet wird, Zwelen zugleich dienen? — Es ist freilich eine UntersuchungsCommission von dem Magistrat ernannt worden: aber auch diese besteht aus 2 Beamten, deren Pflicht es ist, auf das Beste des Magistrats zu sehen.

Ueber alles das ist bis dato weiter nichts, als die Graf Sadensche Piece, gedruckt, aber desto mer geschrieben worden. Doch wollen nächstens die Genannten alles, was seit 3 Jaren vorgegangen ist, drucken lassen. In Wahrheit das allersicherste Mittel für beider Partelen Ehre! Dann richtet das Publicum, dieser unbestechliche Richter, ob enorme Excesse, oder platte Straf bare Verläumdungen, von dem einen oder andern Theile erwelglich sind.

---

Eine andre Klage, die wir gegen unsern Magistrat haben, ist die, daß er erst in neueren Zeiten eine Menge einträglicher Aemter patriciatisch gemacht hat. Wir haben hier sogenannte Nürnbergische Aemterbücher, d. i. Verzeichnisse derjenigen Personen, welche in der Stadt Nürnberg und deren Gebiet, seit mehreren Jarhunderten, öffentliche Aemter bekleidet haben: und aus diesen Büchern erhellet, daß ehemals viele Aemter klos mit Personen bürgerlichen Standes \*, oder doch abwechselnd mit Personen aus dem Patriciat und der übrigen Bürgerschaft, besetzt worden sind, die jezo ganz allein in den Händen der Patricier sind.

60

---

\* Vielleicht sind unter den nachher aufgeführten Bürgertlichen, auch einige Patricier: denn es gibt kein vollständiges Verzeichnis aller ehemaligen Patricierfamilien.

So hatten ehemals das Amt der LosungsRäte Bürgerliche, und meist wurde es mit alten Canzlisten besetzt. Der letzte Bürgerliche war Hans *Treutler* im J. 1493. Nachher wurde es patriciatisch. Der ehemalige Losung-Schreiber wurde im vorigen Säk. in LosungAmtmann, und zu Anfang dieses Säk. in LosungRat, verwandelt. Bekanntlich ist dies eine sehr einträgliche und wichtige Stelle beim Finanz-Departement.

Unter den Pflegern des LandAlmosenAmtes, welche jetzt HauptPfleger heißen, war A. 1559 Hans *Winkler*. Unter den Rastnern eben dieses Amtes, welche jetzt Pfleger heißen, war 1533 Hans *Gottlieb*.

Unter den Pflegern des StadtAlmosenAmtes finden sich im 16ten Säk. verschiedene Bürgerliche: 1525 Caspar *Büsch*, 1527 Lucas *Sitzinger*, 1532 Hans *Kiebbahr*, 1577 Jobst *Lochner*. Zwischen diesen waren auch Patricier; bis endlich das Amt ein Eigentum der Familien ward.

Die SpitalMeister im neuen Spital zum heil. Geist, waren bis 1761 Bürgerliche, und öfters erhielten das fette Amt die KornSchreiber. Seit 1761 ist es mit Patriciern besetzt, und dem SpitalMeister der Name SpitalPfleger gegeben worden. Der erste patriciatliche SpitalPfleger war der Son des damaligen OberSpitalPflegers und Castellans, Karl Christoph *Grundherr*.

Die Pflege der *Landauerschen* 12BrüderStiftung, verwaltete bis 1515 der Stifter selbst, Matth. *Landauer*. Ihm folgte Karl *Qertel*, Canzlist, der sie bis 1539 befehlt. Von 1539, bis 1563 hatte sie Barnabas *Pömer*, ein Patricier: nach ihm war wieder ein Bürgerlicher, der Rat-Schreiber Tobias *Panzer*. Jetzt hat sie einer der patriciatischen Senatoren.

SindelPflegerin war von 1526 bis 1549 Kunigunda *Lochnerin*, D. Joh. *Lochners* Ehefran.

Unter den **WagAmeleuten** waren im 15 und 16den Säk. merer: Bürgerliche: *Hans Tracht*, *Hieron. Reißner*, *Hans Zäzer*, *Nicol. Flechsner*, *Marx Füller*, *Hannibal Rosenbater*, *Gabriel Winkler*, *Hermann Clarner*. Zwischen diesen finden sich auch **Patricier**. Jesho ist aber dieses Amt ganz **patriciatlich**.

Unter den **Weg- und StegAmeleuten** finden sich im 16den Säk. folgende Bürgerliche: *Leonhard Göring*, *Georg Graber*, *Barthol. Gerlack*.

**Aemmann** über die **Steinbrüche** war sonst der jedesmallge **Anschicker** im **BauAmt**: seit 1751 ist es zum **patriciatlichen Weg- und StegAmt** geschlagen. — **Land- Umgelder** war 1564 *Georg Nöttelein*. — **Aemmann** über den **NiedestagKeller** war im 16 und 17den Säk.; bis vor ungesär 100 Jaren, immer ein Bürgerlicher. So auch der **Aemmann** über den **KaufKeller**. Jetzt hat diese beide Aemter ein **Patricier**. — **Ameleute** über das **OchsenAmt**, mit welchem nachher das **U-schlittAmt** verbunden worden, waren im 16den Säk. blos Bürgerliche: seit dem vorigen Säk. kam es in **patriciatische** Hände. — Unter den **LeibHausAmeleuten** waren im vorigen Säk. einige Bürgerliche: *Joh. Carl Wölker*, *Joh. Gurkel*, und *Hans Heinr. Weiß*.

Unter den **Pflegern** auf dem **Land** findet man im 16den Säk. noch merere Bürgerliche. Zu **Engelthal**, *Georg Möll* und *Sebald Lang*: zu **Gräfenberg**, *Heinr. Knot* und *Hans Haaf*: *Kastner* zu **Herspruck**, *Wolf Seisneser*, *Sebast. Melher*, *Wolf Graber*, *Leonhard Zimmermann*, *Hieron. Meichsner*: **Pfleger** zu **Silbpolstein** 1556, *Sebald Lang*: zu **Lichtenau**, *Paul Craft*, *Hans Wischbach*, *Georg Haaf*, *Philipp Siesher* **Lux** genannt: zu **Deizenstein**, *Eberhard Ulrich*: zu **Velden**, *Hans Osterbeck*, *Eucharius Ulrich*, *Christoph Pühler*.

Dagegen darf ich doch auch nicht verschweigen, daß einige ehemals **patriciatische** Aemter jetzt **bürgerlich** sind.

Dgs

Das Amt der Stadt- und LandPfänder, welche jetzt Polizei-Amtsleute heißen, ist seit etwa 40 Jahren, bürgerlichen Doctoren der Rechte erteilt worden, da es vorhin Patricier hatten. Man versichert mich, das fixe Salär derselben soll jährlich 19½ fl seyn. — Die Stelle eines Unter-Pflegers im Hofen-Hof hatte so- st ein Patricier: im jetzigen Sac. hat man dieselbe in eine bürgerliche Gerichts-Schreiber-Stelle verwandelt.

Uebrigens muß man sich wundern, daß die einträglichen Förster-Stellen noch nicht patriciarisch geworden sind: dadurch die sehr vernachlässigte Wald-Cultur viel gewinnen könnte, wenn diese Stellen mit gelehrten Forst-Männern besetzt würden; und der Nürnberger Bürger durch eine solche Verwandlung nichts verlieren würde, indem gewöhnlich Kutscher und Lakaien der Patricier, die meist keine Bürgers-Söhne sind, diese vorzüglich ergiebigen, und für den Staat so wichtigen Stellen, erhalten. Aber die Patricier, welchen man diese Stellen geben wollte, müßten mer vom Forst-Wesen lernen, als die jetzigen Förster verstehen; müßten in die Fußtapfen des auch als Schriftsteller bekannten Oelhasen von Schöllnbach treten. Alsdann würde der Wald dem Staat mer eintragen, als die Bagatelle, welche bisher daraus gezogen worden ist.

## 53.

### Für und wider Preßfreiheit im Preussischen.

„Proceß des Buchdruckers Unger gegen den Ober-Consist. R. Zöllner, in Censur-Angelegenheiten wegen eines verbotenen Buchs. Aus den beim Cammer-Gericht verhandelten Acten vollständig abgedruckt.

Berlin, 1791, bei Unger, 8, 152 Seiten.

Ein Ungenannter gab 1790 ein kleines Werk im Druck heraus, worinn er die Nothwendigkeit eines allgemeinen Landes-Catechismus verteidigte.



Ein Berliner Prediger, *Gebhard*, schrieb dagegen in eben dem Jar eine Prüfung der von jenem gebrauchten Gründe, und gab sie dem Buchdrucker *Unger* in Verlag.

Diese Prüfung wurde dem Berliner OberConsistorio zur Censur übergeben, welches dieses Geschäft dem Beklagten, *Zöllner*, übertrug.

Nun war durch einen königl. Befehl, die Verrichtung und Einführung eines allgemeinen LandesKatechismi verordnet.

So viel man aus den Acten wahrnimmt, ist weder in der gedruckten Schrift des Urgenannten, noch in der Gebhardschen Prüfung, der königl. Verordnung mit einem Worte gedacht; sondern über die Nothwendigkeit eines allgemeinen LandesKatechismi, von beiden Schriftstellern mit Gründen, durchaus beschieden, gestritten.

Der Beklagte hat, als Censor, sein Gutachten über die Gebhardsche Schrift dahin gestellt, "daß er nichts darinn finde, weswegen ihr der Abdruck versagt werden müsse". Darauf ist das Imprimatur den 26 Nov. 1790, von dem Präsidenten von der Hagen, auf das Mst g. setzt.

Kläger hat hierauf den Druck veranstaltet, und hat den 17 Dec. 1790 durch die Zeitung bekannt gemacht, daß die Gebhardsche Prüfung bei ihm zu haben sei.

Der StatsMinister von *Wöllner* hat Tags darauf, dem Kläger durch einen, bios in seinem Namen ausgefertigten Befehl, aufgegeben, "den Verfasser u. d. Censor (letzteren konnte man gewisser und kürzer beim OberConsistorio erfahren) anzuzeigen, u. d. bei 100 Dukaten Strafe, kein Exemplar bis auf weitere Ordre zu verkaufen".

Auf Vorstellung des Buchdruckers *Unger*, erging an den OConsist. Präsidenten v. d. Hagen, unterm 20 Dec. 1790, ein auf königl. SpecialBefehl erlassenes Rescript, des Inhaltes,

daß die Gebhardsche Schrift offenbar einen sträflichen Tadel der von Sr Maj. verordneten Einführung eines allgemeinen

meinen LehrBuchs der christlichen Religion mit sich führe; daher befohlen werde, dem Censor einen derben Verweis zu geben, dem Buchdrucker *Unger* aber bekannt zu machen, wie es bei dem Verbot verbleibe, und derselbe sich wegen der Druckkosten an den Verfasser und Censor zu halten hätte.

Der Beklagte tat zwar dawider Vorstellung: es wurde aber mit harten Ausdrücken, den 4 Jan. 1791, das vorlge. Rescript bestätigt, und darinn demselben verweislich vorgehalten,

daß ihm, bei dem dazu erforderlichen nur geringen Grade von Beurteilungskraft, hätte auffallen müssen, daß die wider Landesherrliche Verordnungen anlaufende Charteke, sich nicht zum Druck qualificirt habe: er auch am besten wisse, daß das allgemeine LehrBuch bereits in der Arbeit sei.

Mit 2 Worten berüre ich auch den Gang des Rechts-Streits. Der Buchdrucker *Unger* klagte nun wider den Censor sowohl, als wider den Verfasser. Letzterer wurde, durch ein Decret vom 20 Jan. 1791, sofort von der Klage entbunden, weil der Verfasser, welcher seine Schrift zur Censur vorgelegt, nicht in dem Falle sei, nach welchem er, vermöge des 7<sup>ten</sup> §. des Censur-Edicts, verantwortlich bleibe. Es hies weiter in demselben Bescheide:

Eben so wenig findet für jetzt eine Klage wider den Consist. R. *Zöllner* statt. Vielmehr hat der Kläger zuvorderst anzuzeigen, warum er gegen denselben Klage erhebe, da doch der Präsident von der Hagen die Erlaubnis zum Druck erteilt habe.

Indessen ist, auf weitere Vorstellung des Klägers, die Klage mittelst Bescheids vom 17 Febr. 1791 angenommen, und Instructions-Termin angesetzt. Kläger setzte den Grund seiner Klage in dem Rescript, wodurch er wegen seines Schadens-Ersatzes an Beklagten verwiesen

worden, und hat, selbigen in 70  $\mathcal{R}$  Schaden, nebst Zinsen von Zeit der Klage, und Erstattung der Kosten, zu verurtheilt. Wenn aber Beklagter bei der Censur nichts verschuldet habe, und entbunden werden sollte; so habe der Minister v. *Wöllner* ihn, den Kläger, durch sein widerrechtliches Verbot in Schaden gesetzt; daher er demselben litem denunciire. Er bat also, die deshalb nötigen Verfügungen an selbigen zu erlassen.

Der Beklagte läugnete, ein Versehen bei der Censur begangen zu haben. So lange also Kläger dies nicht darthue, stehe ihm keine Entschädigungs-Klage wider ihn zu.

Die zur Instruction Deputirte, der CammerBerichts-Rat *Eisenberg*, und der Legations-Rat von *Humboldt*, schränkten sich in ihrem Gutachten auf die Litis-denunciation ein, verwurfsen selbige, schlugen aber vor, daß der Advocatus Fisci, den Kläger bei der Behauptung des Pflichtes widerlegen Benemens des Beklagten, vertreten solle. Allein der volle Rat verwurfs diesen Vorschlag, nebst der Litis-denunciation, und ordnete einen neuen Instructions-Termin an.

Hier fürte Kläger weiter aus, daß wenn sich zeige, daß Beklagter bei der Censur nichts versehen, worauf er sich überall nicht einlasse, so müsse der Minister v. *Wöllner* ihn entschädigen. Wenn dieser künftig von ihm in Anspruch genommen würde, selbiger aber den Mangel der Litis-denunciation vorschützen sollte; so würde ihm das Gericht erlauben, wegen der abgeschlagenen Litis-denunciation, mit Zurückbehaltung der schuldigen Ehrverdiendung, seinen Regreß an selbiges zu nehmen. Hierauf übergaben beide Theile die ihnen beizubringen nachgelassene Ausführung. Der Beklagte, *Zöllner*, hat die seinige selbst meisterhaft verfaßt, die in obbemeldtem Abdrucke nachgelesen werden muß.

Nach beschlossenen Acten wurde am 7ten Mai das Erkenntnis dahin eröffnet,

daß

daß Kläger *Unger* mit keiner, wegen Censur der nachher verbotenen Schrift, Prüfung der Gründe u., angestellten Schadensklage . . . gänzlich abzuweisen, und dem Beklagten *Zötkner*, die Kosten dieses Processus zu ersetzen schuldig sei.

In den UrteilsGründen wird ausgeführt,

daß die censirte Schrift die königl. Verordnung, wegen Einföhrung eines allgemeinen LandesKatechismus, überall nicht berüre; daß über öffentliche Gesetze, sowol vor ihrer Sanction, als nachher, mit Bescheidenheit von Privatschriftstellern geschrieben werden könne; das CensurEdict verbiete bloß häßliche Verspottung und boshaften Tadel öffentlicher Anstalten: vielmehr verdiane (dies sind eigene Worte) Beklagter öffentlichen Dank, daß er, one NebenAbsichten, als ein gewissenhafter verständiger StaatsDiener, seine Stimme gegeben, und so viel an ihm ist, die Rechte der Vernunft, und die mit ihnen verbundene Ehre der preussischen Regierung, aufrecht erhalten hat.

Dies ist die QuincEssenz der Sache.

Ich will nicht so weit ausholen, die landesfürstliche Befugnis, einen allgemeinen Katechismus gesetzlich vorzuschreiben, zu untersuchen. Was in neueren Zeiten dafür und dawider gesagt ist; wie man sich Preussischer Seits über die Stelle der *Josephischen Wacapitulation* geäußert hat: das setze ich als bekannt voraus. Von älteren Rechtslehrern führe ich nur an,

Diet. Herm. KEMMERICH Diss. de jure Principis circa dogmata fidei.

wo unter mehreren Stellen angesehener Rechtslehrer, aus *Seckendorfs ChristenStat* angeführt wird: „die Fürsten müssen sich nicht zu Herren über den Glauben machen, oder mit ihrer Hoheit und Gewalt den Lehrern der Kirchen, oder den Gemeinden GlaubensArtikel aufdringen: denn dieses kommt keinem Menschen zu . . . So viel kan

„der christliche Regent tun, daß er, über streitige Lehrpunkte, die Erforschung und Ermägung durch Zusammenberufung der Bischöfe verfügt. . . . Aber aus obrigkeitlicher Macht kan er nichts darinn aussprechen, wodurch das Gewissen der Untertanen verbunden würde; denn so weit sind sie niemand als Gotte unterworfen“. Friedrich der Einzige antwortete dem Gouverneur von Neuschatel, bei dem Zwist über die Ewigkeit der Hölle Strafen, one sich einer Entscheidung anzumaßen: „wenn die Neuschateller ewig verdammt seyn wollen, so haben Wir nichts dabei zu erinnern“. — Also anders als Peter der Große, welcher bei einem KriegsManöuvre den Adjutanten die Ordre dictirte: „das Regiment N. soll nach N. verlegt werden; in die Festung N. sollen noch . . . Canonen abgeführt werden; und man soll an den heiligen Geist glauben“.

Aber nun die Sache genommen, wie sie ist. Der königl. Befehl, einen allgemeinen LandesKatechismus zu verfertigen und einzuführen, war da: derjenige, welcher hässlich oder boshaft denselben tadelte, handelte sträflich wider das CensurEdict. Die Gebhardsche Prüfung war wider die DruckSchrift eines Ungenannten gerichtet, nannte die königl. Verordnung nicht, und war in gemäßigtem Ausdrücken abgefaßt: folglich war sie eine solche Schrift, die nach dem CensurEdict, und nach allen Rechten, weder eine Ahndung, noch die Benennung einer Ehartete (wie hoch im Rescript vom 4 Jan. 1791 geschehen), verdiente. Denn daß sie die Gründe für einen allgem. LandesKatechismus widerlegte, mächte dadurch die königl. Verordnung mittelbar mißbilligte, kan für keinen hässlichen oder boshaften Tadel derselben gehalten werden. Noch weniger konnte es in Betrachtung kommen, daß der allgem. Katechismus in der Arbeit war. Es mußte dieser Embryo das Licht der Welt nicht sehen, wenn Gründe genug gegen dessen Einführung stritten.

Aber

Aber auch auf einen Augenblick zugegeben, es wäre wenigstens ansehnend und zweifelhaft gewesen, ob die Gebhardsche Schrift nicht wider das CensurEdict liefe: so konnte zwar interimistisch, bis zu näherer Prüfung, dem Verleger der Verkauf untersagt worden: aber alsdenn mußte die Sache nicht durch einen MachtSpruch, sondern durch Ordnungsmäßige Untersuchung, wenn nämlich dem Verfasser und Censor die anstößigen Stellen vor dem ordentlichen Richter vorgelegt, und sie mit ihrer Verantwortung gehört worden, entschieden werden. In dem Rescript an den OConsist.Präsidenten von der Hagen vom 20 Dec. 1790, wurde zwar die Gebhardsche Schrift beschuldigt, daß sie offenbar einen sträflichen Tadel der königl. Verordnung mit sich führe, und geradezu gegen die LandesVäterliche Intention Sr. Maj. laufe, mithin verordnet, daß der Buchdrucker Unger sich wegen der Druckkosten an den Verfasser und Censor zu halten hätte. Allein dies war Entscheidung einer vorhergegangnen Untersuchung und Gehör. Der sträfliche Tadel der königl. Verordnung, war nichts weniger als offenbar, vielmehr unerfindlich. Daß die Gebhardsche Schrift wider die LandesVäterliche Intention lief, war kein Verbrechen, sondern, wenn die Gründe einleuchtend waren, gutgemeint und wothätig. Die befohlene Entschädigung konnte unmöglich so einseitig und ungehört befohlen werden.

Wider den Verfasser war sie onebem, nicht allein dem CensurEdict zuwider, sondern lief auch wider die üblichen DruckGesetze. Die ReichsPolizeiOrdnung von 1577 im 35ten Titel, schreibt die Censur jeder DruckSchrift vor. Ist diese befolgt, so kan der Buchdrucker den Verfasser unmöglich belangen, wenn das Buch hernach doch verboten wird. Wer so handelt, wie es die Obrigkeit bewilligt hat, ist weiter nicht verantwortlich. Arg. L. 11. D. de acquir. vel amitt. poss. L. 167 de R. J.

Wider

Wider den Censor konnte die Entschädigung eben so wenig eifseitig verfügt werden, welches der Beklagte sehr kräftig gerügt hat. Dieser war nicht anders verantwortlich, als wenn ihm Fehler in seinem CensorAmte mit Grunde vorgeworfen werden konnten. Daß dies der Fall nicht sei, hat der Beklagte und das CammerGericht mit unzweifelhaften Gründen dargean.

Allein der klagende Buchdrucker hat alles gethan, was ihm die DruckBefehle vorschreiben; und woher soll dieser seine Entschädigung nehmen? Hielt der Stat, d. für, daß der gefeslich beobachteten Form ongeachtet, das Buch verboten werde: so mußte ihn dieser entschädigen, weil der Buchdrucker alsdann um des gemeinen Besten wegen lit, Arg. L. d. de L. Rhod. de jactu L. 2. C. pro quib. caus. servi. Ja es hätte der Buchdrucker Unger, gleich nach dem Befehl des Ministers v. Wöllner, demselben die ganze Auflage der Gebhard'schen Schrift mit der Rechnung zusenden, und Bezahlung fordern sollen. Mit dem Censor konnte und durfte der Buchdrucker darüber nicht streiten, ob dieser sein Amt erfüllt habe, oder nicht; sondern der Stat mußte ihn dafür zur Rechenschaft ziehen: und wenn dieser schuldig befunden wurde, mußte dieser, der Censor, dem Stat wegen der dem Druck geleisteten Befriedigung, Vergütung leisten; sowie der Minister v. Wöllner dem Stat verantwortlich bliebe, wenn dieser das Verbot veranlaßt hat, welches nach dem CammerGerichtsUrtheil als ungegründet dargestellt ist.

Der Buchdrucker konnte und durfte nicht angewiesen werden, den Verfasser und Censor auf seine Entschädigung zu belangen. Denn die Analogie der im pr. J. de obl. qua quasi ex delicto nasc. L. 5, §. 4, D. de obl. et act. L. fin. D. de extraord. cognit. gegündeten actionis in factum contra judicem male judicantem, paßt nicht auf gegenwärtigen Fall. Diese kan nur der anstellen, welcher durch ein Versehen des Richters in Schaden gesetzt ist. Der Buchdrucker ist nicht durch die Censur, sondern durch das

das Verbot des Ministers und CensurChefs, und das nachherige königl. Rescript, in Schaden gesetzt. Der Buchdrucker ist nicht legitimus contradictor, um mit dem Censor durchzufechten, ob dieser die Erlaubnis zum Druck hätte geben sollen, oder nicht; sondern des letztern Vorgesetzte müssen das mit ihm ausmachen. Es liegt dieses nicht allein ganz außer der Sphäre eines Buchdruckers, sondern er hat auch gar kein Interesse dabei. Denn sobald er die obrigkeitliche Erlaubnis zum Druck hat, so kan er Juckers Werke drucken. Ein anders ist es mit den englischen [und schwedischen] Buchdruckern: diese sind für ihre gedruckte Werke deswegen verantwortlich, weil dort an keine Censur zu denken ist.

Ueber die Sache, wie sie da liegt, will ich meine Bemerkungen in der Hoffnung hinzufügen, daß man eine beschriebene Prüfung als WahrheitsLiebe, nicht als Betrügerei, ansehe. Also zuerst über die wesentlichen Puncte des Processus.

Daß die Gerichtsbarkheit überhaupt gegründet gewesen; daß auch das CammerGericht, wenn die Sache einmal auf den Fuß eingeleitet war, darüber urtheilen konnte, ob der Beklagte bei der Censur der Gebhardschen Schelt' sich eines Vergehens schuldig gemacht, welches die Verbindlichkeit, den Kläger zu entschädigen zur Folge habe: dabel kan unmöglich etwas zu erinnern seyn.

Desto mer aber ist bei der Prüfung, ob die rechtsmäßigen Personen als streitende Theile aufgeführt sind, zu bedenken. Nicht beim Kläger: dies ist der einzige rechtsmäßige Verteidiger seiner Sache. Hingegen die Person des Beklagten ist unrichtig gewählt. Der Censor und Verfasser konnten, one eine unstatthafte subjective Cumulation, in Einer Klage nicht zusammengekommen werden, wann auch wolder halbe eine Klage statt gehabt hätte: da doch der Verfasser, wie oben gezeigt worden, vom Kläger überall nicht belangt werden konnte. Der Censor  
aber



aber war, wie unten gezeigt werden soll, aus einem vor-  
gebliebenen Versehen, *actione L. aquil. utili*, zu belangen,  
der Verfasser aber *ex contractu innominato facio* ut des,  
zu beurtheilen. Beide hätten also nicht mit einerlei Klage  
belange werden können. Daß die verschiedenen Verschul-  
dungen bei einem und eben demselben Werke vorgegangen  
waren, konnte die Cumulation verschiedener Klagen  
wider ganz verschiedene Personen nicht rechtfertigen.  
Man scheint auch den Verfasser weiter nicht zu einiger  
Verantwortung gezogen und bestraft zu haben, welches  
ebenfalls den Rechten gemäß ist. - Denn wenn ein Verfas-  
ser sein Werk der Censur unterwirft, auch nicht durch Ab-  
schriften verbreitet: so sind es bis dahin bloße Gedanken,  
und die sind Zoll- und Strafen frei. Wird es in der Cen-  
sur zum Druck zugelassen, und nun gedruckt: so handelt er  
*auctore prætoris*, und kan alsdenn nicht sündigen.

Ich halte aber auch dafür, daß der Regel nach, der  
Censor nicht hätte belangt werden können, weil er nur als  
Mitglied des königl. OberConsistorii die Censur übernom-  
men, der Präsident aber weiter nicht für seine Person,  
sondern als Chef der Versammlung, und Namens dersel-  
ben, das Imprimatur erteilt hat. Wenn aber jemanden  
von einer solchen Versammlung ein Schaden zugefügt ist:  
so muß selbige im Ganzen belangt werden, und der Klä-  
ger hat nicht auszumachen, wer der oder diejenigen sind,  
welche sich in ihrem Amte etwas haben zu Schulden kom-  
men lassen. Er kan dies auch nicht, weil er nicht erfahren  
soll, wie die Stimmen in der Versammlung ausgefallen  
sind. Diese muß sich dann wieder an den oder diejeni-  
gen halten, welche auf die schädliche und verschuldete Art  
gestimmt haben.

Blos in dem Falle hätte die Klage wider den Cen-  
sor statt, wenn die Verfassung bei der Censur diese wäre,  
welches mir warscheinlich vorkommt, daß der Präsident die  
zu censurierende Werke [so wie der Decanus bei der philosphi-  
schen Facultät in Göttingen] unter die Mitglieder verteilt, diese  
aber,

aber, ohne umständliche Gründe, nur ihr Gutachten geben, und sodann eine weitere Stimmen-Sammlung das Impri-matur erteilt wird. Denn bei einer solchen Einrichtung können die übrigen Mitglieder nicht dafür oder dawider sagen, mithin unmöglich bei der Zulassung des Abdrucks sich ein Verschulden aufladen.

Die Streit-Frage ist übrigens gehörig bestimmt, die Sache bis zum Schlusse gehörig durchgesehen, und dabei nichts zu erinnern.

In Ansehung der minder wesentlichen Stücke des Processus, kommt nur noch der vom Kläger vorbehaltene Regreß wider das Cammer-Gericht, in so weit in Erwägung, ob nicht dies als eine irre-pectuense Äußerung zu ansehen sei? zumal die Litis-denunciation offenbar wider-rechtlich zur Hand genommen war. Indessen entschuldigt den Schriftsteller eines Theils die sehr bescheldene Art, womit er diesen Gedanken geäußert; und andern Theils die utilitas causa, wenigstens nach seinem Gesichtspuncte, L. 6, C. de postul.

Nun schreite ich zur Beurtheilung der Hauptsache, und zwar zur Bestimmung der Klage, und deren Rechts-Grundes: Die utilis actio in factum contra judicem ex imperitia peccantem, kan es nicht seyn, wie ich eben bereits ausgeführt habe. — Aus dem Rescript vom 20 Dec. 1790, woraus Kläger seine Klage einzig begründen wollen, da es einseitig eine vorhergegangne Untersuchung und Gehör abgegeben ist, kan die Klage eben so wenig begründet werden. — Allein Kläger stimmt in der Folge in dem Ton des Rescripts seine Klage um, und legt dem Censor ein Verschulden bei, wodurch sein Schaden also veranlaßt sei. Es ist nun aber, wegen jeden zugesügten Schadens, wenn es an einer andern genannten Klage fehlt, die-utilis actio L. Aquil. gegründet; und diese halte ich für die einzige hier anwendbare und in Rechten gegründete Klage. Arg. L. 8 & 9, pr. D. ad L. Aquil. L. 9. §. penult. D. locat. conduct.

Die

Die Klage ist aber durch die Einrede, daß bei der Censur gar kein Verschulden vorgegangen, so vollständig aus dem Wege geräumt, daß den Gründen des Cammergerichts und des Censors, der Befall nicht versagt werden kan. Die Entbindung von der Klage ist hiervon die Selbstfolge. Allein in die Unkosten hätte ich den Kläger nicht verurtheilt, sondern selbige gegen einander aufgehoben: denn Kläger war durch das königl. Rescript an den Censor verwiesen, und der Verweis sogar auf GegenVorstellung wiederholt. Kläger mußte nothwendig entschädigt werden. Wenn er also den Censor nach dem Rescript belangte; so war dies gewiß keine frevelhafte, und allemal wenigstens eine anscheinende Klage.

Die Rechtskraft der Entbindung von der Klage, placirt den Buchdrucker *Unger* nicht, seinen Regreß noch zu suchen. Nur nicht wider den *Minister v. Wöllner*. Daß die Litis-denunciation, und zwar mit Recht, abgeschlagen worden, steht ihm nicht im Wege. Dieser würde vom Kläger als Beklagter in Anspruch genommen werden müssen; folglich war es ja unmöglich, daß er den Kläger wider den Beklagten vertreten konnte, obgleich das vitium primae concoctionis darinn lag, daß man nicht den letzteren förmlich darüber verhört, und mit seiner Verteidigung zugelassen hatte, sein Verschulden zwar einseitig angenommen, aber nicht ins Licht gesetzt war.

Daß aber der *Minister v. Wöllner* für seine Person nicht belangt werden kan, davor schützt denselben das auf allerhöchsten SpecialBefehl ergangne Rescript vom 20 Dec. 1790, und Resolution vom Jan. 1791. Hiedurch ist der einseitige Befehl an den Buchdr. *Unger* vom 18 Dec. 1790 höchsten Orts genehmigt. Wenn sich also derselbe an die sen mit geziemender Vorstellung wendet: so sollte ich glauben, daß da er, wie jeder sülen wird, entschädigt werden muß, und nummero Rechtskräftig, sowol der Verfasser, als der Censor, entbunden ist, ihm seine billige Entschädigung nicht entzogen werde.

Detmold, 3 Sept. 1793.

Fortsetzung von oben, Heft 70, S. 166,  
und Heft 71, S. 350—356.

I. Heft 71, S. 351. "Offenbar *unwar* ist die... Erklärung der Stände vom Adel, daß ein Don Gratuit von 500 *re* ein für allemal das Einzige sei, wozu sie sich selbst verstehen könnten", u. s. w.

Wenn der Adel, NB. in der von ihm allein dem LandesRegenten am 21 Decbr. 1792 übergebenen Vorstellung, sagt: überhaupt sei der im Lande eingeführte ContributionsFus, im Betrage von 11 Simplen, von der Art, daß one Concurrenz der Eximirten, das dringend fehlende zum KreisContingent, mittelst Aufleihen Landschaftlicher Capitalien zu bestreiten sei, welche dann aus dem ContributionsFond bei einer vorsichtigen LandCasse-Verwaltung wieder abgetragen werden könnten: so liegt darinn, zwar nicht wörtlich — und auf Worte solls doch hier so wenig ankommen, wie bei Regirung für LandesRegent, *loc. cit.* — allein dem Sinne nach, gerade dasjenige, was die obige Zelle in den Worten, der Adel habe die MitUntertanen der KriegsSteuer zu unterwerfen, sich erklärt, sagen wollen.

Der MitUntertan des platten Landes, vormirt durch seine jährlich, und gegenwärtig in 11 Simplen oder Monaten, an die LandCasse zahlenden *extraordinairen* Steuer, die Einkünfte dieser Casse. Soll one Concurrenz der Eximten (also auch des Adels) zur jetzigen KriegsSteuer, zu deren Bestreitung ein Capital auf die LandCasse gesehen werden: so wird ja natürlich der Landmann zu dessen Schuldner gemacht; Er muß also immer zahlen, es geschehe nun durch einzelnen Beitrag zur KriegsSteuer, oder durch nachherigen WiederAbtrag des zur Bestreitung desselben aufgestellten Capitals.

StatsAnz. XVIII: 72.

H 6

II.

II. "Der Adel sei seit langer Zeit für das Wol seiner MitUntertanen — indem er dabei wegen seiner Guts-Bauern *mer interessirt* sei, wie die *Städte* — besorgt gewesen.

Gewiß hat es den Städtischen Repräsentanten an gleicher Besorgnis nicht gefelt und felen können. Der Wohlstand der Bauern ist wol überhaupt die Quelle der Glückseligkeit eines Landes; und wenn er zernichtet ist, wie sieht es dann mit der Handlung und den Handwerken in den Städten aus? Der Bauer, ehrlich sei es gesagt, ernährt uns alle. Und da ist's gewiß auch ser dringende Pflicht der Städtischen Repräsentanten, für dessen Erhaltung zu sorgen.

III. Bei dem S. 251 erwähnten Vergleich mit Paderborn, kam es mer darauf, ob die Grafschaft Lippe in ihrer politischen Existenz und Fortdauer erhalten werden sollte, als auf Erhaltung eines Fonds zur ContributionsCasse, an. Notorisch war durch den, über das Amt Steernberg &c. mit Paderborn gefürten, beim kaiserl. HofNat zum Nachteil des Hauses Lippe entschlehenen Proceß, das Vaterland in eine höchstgefährliche Lage geraten. Man verglich sich mit Paderborn auf eine ser ansehnliche Summe, wovon der Landes Herr die eine Hälfte, seine Untertanen aber die andre, übernahmen <sup>2</sup>. Freilich gab der Adel

---

1. Aber Eigenbehöriger des Städters ist doch der Bauer nicht. Hingegen in Ländern, wo noch Leibeigenschaft ist, zwingt den Guts Herrn noch ein PrivatInteresse, für den Sklaven zu sorgen: er sorgt für ihn, wie für seinen Gaul, seine Rähc &c. &c. Bekanntlich war dies lange ein HauptArgument der Verteidiger der Leibeigenschaft: als wenn der Mensch, Bauer genannt, nicht besser selbst für sich und andre sorgen könnte, wie ein Tier! S.

2. Dieser Steernberger Vergleich war ein Ehrenvolles Werk des Präsidenten von Hoffmann. Die Vergleichs-Sum-

— jedoch nicht bloß die wenigen Landstände, sondern alle und jede Bürgerliche, welche adeliche und Landstandsfähige Güter besitzen, und deren es hier viele gibt — eine Summe von 5000  $\text{rL}$  dazu her. . Aber die 5 Städte galten dagegen 24643  $\text{rL}$  31  $\text{g}$  4  $\text{q}$ , und das platte Land eine selbst diese letztere äußerst beträchtlich übersteigende Summe. Bürger und Bauer hatten dazu so wenig Pflicht und Schuldigkeit auf sich, wie der Edelmann; vorausgesetzt daß Vaterlandsliebe keine Schuldigkeit erzeugen, oder seyn soll.

Daß auch das dargebrachte Opfer von 2000  $\text{rL}$  so groß nicht war, bewährt sich mit dem Beispiel des einen bürgerlichen Besitzer habenden Gutes B. . . . Der jährliche Ertrag desselben ist mer als 2500  $\text{rL}$ : also nicht  $\frac{1}{5}$  der jährigen Revenüen wurde dem Vaterlande dargebracht; und gleiche Verhältniß hat es mit den übrigen Gütern, welche einzeln genommen, jährlich mehrere 1000  $\text{rL}$  ertragen.

IV. Zu S. 351, Not. 1. Vom patriotischen Beibruch — kein Wort. Bei unfrem hieldnischen Publico ward gar verschieden darüber geurtheilt.

V. S. 352. Bürger und Bauer zahlen jährlich, unter dem Namen von Herrn- und Kreissteuer, eine Summe von 15303  $\text{rL}$  12  $\text{g}$  2  $\text{q}$ . Sie wird die *ordinaire* Steuer genannt, und unterscheidet sich von der *extraordinaire*, welche der Bauer allein, und an die LandCasse, unter dem Namen Contribution, zalt. Von jener Summe

H b 2

wird

---

Summe betrug 276000  $\text{rL}$ .: davon zalt der Landes Herr oder die Cammer die Hälfte, also 138000  $\text{rL}$ .; die andre Hälfte die Untertanen, der Adel 5000, die Beamten und andre Exemts eben so viel, die Städte 24634, macht 34634. Mithin falls diese Angaben richtig sind, wie ich nicht verbürgen kan, fielen noch auf das platte Land, 103443  $\text{rL}$ . S.

wird die Unterhaltung des Militärs in Friedenszeiten bestritten, der Ueberschuß aber zu öffentlichen Ausgaben, als der Cammerzieler, legationskosten, und andern nützlichen Anordnungen und Verbesserungen im Lande, verwandt. Seit dem J. 1730 ist gedachte Summe zur Bestreitung der angegebenen Zwecke an Fürstl. Cammer bezahlt. Die Stände waren nun zwar der Meinung, daß die, nach Abzug der Kosten für die Unterhaltung des Militärs, seit 1730 jährlich übrig gebliebene, vielleicht einige 1000 rL ausmachende Summe, als Fond eines künftig zu bestreitenden Reichskriegs zu betrachten, und da sie in so vielen Jahren zu einem sehr ansehnlichen Capital herangewachsen seyn müsse, von Fürstl. Cammer jetzt herauszugeben sei. Allein dem standen mehrere rechtliche Gründe entgegen, und Fürstl. Cammer zeigte sich schon dadurch sehr edelmüthig, daß sie die auf mehreren Landtagen, zur Erhaltung des Militärs in Friedenszeiten bewilligte jährliche KreisGelder, zu den gegenwärtigen KreisContingentskosten herzugeben, und die Besoldung des blutigen gewöhnlichen Militärs, während der Dauer dieses Kriegs, *ex propriis* zu bestreiten, sich entschloß. Wer konnte auch, ohne die Gränzen der Billigkeit zu überschreiten, nicht gefordert werden. Das war Antwort auf den Satz: die Stände verlangten einstimmig, daß Fürstl. Cammer, aus bewegenden Gründen, ein Mereres von den Kosten zur Stellung des KreisContingents übernehmen mögte.

Der Proceß des Adels und der Städte hat NB. nur die *ordinaire* und *extraordinaire* Steuer, nicht aber die Reichskriegssteuer als ein *extraordinarissimum*, zum Gegenstand. Und überhaupt ist eine Freiheit von dieser, für jeden Untertan, durch mehrere Reichsgesetze so deutlich anerkannt und verworfen, daß man für rechtliche Vorhaben keinen Sinn haben muß, um eine solche Präension wagen

zu können. Mit Recht trugen daher die Städte dem Adel vor:

alle in jenem Rechtsstreit vorkommende spitzfindige Rechtsfragen, hier beiseite zu setzen, und nach Vorschrift der Reichsgesetze, sich jährlich zu einem Verhältnismäßigen Beitrag patriotisch zu verstehen, so also auf Verminderung des übeln Eindrucks, den diese Belästigung ohnehin mit sich führe, hinzuwirken.

— Antwort auf den Satz: dann ward auch von Seiten der Städte, ein alter, am RHofRat anhängiger, für sie übel stehender Proceß zwischen ihnen und dem Adel, über das Mittragen einer solchen gemeinen ReichsLast, in Anregung gebracht,

Jene Motive des Adels<sup>3</sup>, nur ein *Don gratuit* von 100  $\text{rL}$  beitragen zu wollen, waren demnach so falsch, als es auffällt, wenn nun noch eine Ueberspannung der Kräfte, welche sonst für ihn entstehen würde, zur Ursach angeführt wird.

VI. S. 355. Zu den hier bemerkten 10204  $\text{rL}$   $1\frac{1}{2}$   $\text{Q}$ , die die k. k. Cammer als die gewöhnlichen Kreis-Gelder zurückgibt (auf deren Berechnung man vorläufig einmal Bezug nehmen will), tragen die Mittlertanen des platten Landes jährlich eine Summe von 7432  $\text{rL}$  21  $\text{S}$   $1\frac{1}{2}$   $\text{Q}$ , die in den Städten und Flecken aber jährlich 2771  $\text{rL}$ .

H h 3

15

---

3. Der Verf. braucht immer das Wort Ritterschaft: nach der jetzigen Lage des deutschen Adels, der entweder ganz unberitten, oder nicht anders fürs Vaterland beritten ist, als der Bürgerliche, d. i. für Geld, dürfte man die Benennung für satirisch halten. Oder soll man den Namen, „*dermalen unberittene Ritterschaft*“, als ein *Memento mori* für einige seiner Annahmen, beibehalten? Der Dritte hat den Namen längst aufgegeben, seitdem die Sache aufgehört hat. Der Schwede unterschreibt noch, seit den Zügen nach Kanaan, Ritterschaft und Adel. S.



15 R., bei. Diese Summen werden nun nicht allein fortgezahlt, sondern während der Dauer dieses Reichskriegs, zu dem mer Erfoderlichen, vom Bürger und Bauer verhältnismäßiger Beitrag geliefert. Man neme doch nur die Sache also:

Bürger und Bauer zahlen die S. 354 angegebene jährliche Summe von — 10204  $\text{rL}$  1  $\frac{1}{2}$  R

welche Fürstl. RentCammer, die sie erhebt, jetzt zur Kriegssteuer herschleßt.

Jene zahlen alsdenn noch als jährlichen

Beitrag, und zwar die Städte 1851 — —

das platte Land — — 3702 — —

Folglich eine Summe von — 15757  $\text{rL}$ . 1  $\frac{1}{2}$  R

Vergleiche man diese Last mit dem vom Adel, NB. nicht jährlich, sondern Actenkundig ein für allemal (s. die Vorstellung vom 18 Decbr. 1792) angebotenen *Don gratuit* von 500  $\text{rL}$ : so sagen ja gerader Verstand und unverbobnes Gefühl, daß Ueberspannung der Kräfte auf Seiten des Adels nicht ist.

VII. Zur *UnterstützungsCasse* (S. 352, Not. 3) hat nicht blos der Adel, sondern es haben andre MitUntertanen sowol vom Bürger, als BauernStande, dazu beigetragen. Allgemeine Menschentebe war diesen einziges Motiv. Der Adel hatte aber, ein besonderes Interesse, indem seine vorher heruntergekommene EigenBehörige, Dienst-Pacht- und ZehentPflichtige, in dieser wohlthätigen Anstalt Hilfe fanden, mithin ihre prästanda künftig dem Adel richtiger leisten konnten.

Daß Großmut nicht ausschließliches Prädicat des Adels sei, beweisen die von den El-geessenen der Aemter Schwalenberg, Schieder, u. der Vogtei Lage, zur Unterstützung der unglücklichen Mainzer gelieferten GeldBeiträge: bei welcher Gelegenheit zwar von einigen Mitgliedern des Adels ein mildes Scherflein von 100  $\text{rL}$  geopfert wurde, allein NB. nicht aus

aus eignem Beutel; sondern aus der AdelsCasse, one deren viele Interessenten weder vorher Pflichtmäßig zu fragen, noch ihnen nachher Anzeigē davon zu thun!!

VII. S. 253. *Wie viel sollte der Adel im Verhältnisse mit dem NichtAdel beitragen?* — Einmal kam es im Decemb. 1792 noch nicht auf die Frage an, wie viel? sondern, von wem? zur KriegsSteuer beigetragen werden sollte. Mein 1ster Aufsatz beschäftigt sich einzig mit der letzten Frage, um hier die Verbindlichkeit des Adels ins Licht zu setzen. Das *Quantum* desselben wird ja in der Folge eben so leicht, wie es bei der PersonenSteuer geschah, ausgemittelt werden können. So viel ist aber gleich in die Augen springend, daß wenn zu der angegebenen Summe von 18000  $\text{r}$ ℓ, Bürger und Bauer allein schon 15757  $\text{r}$ ℓ beitragen, alsdenn ein Sümmden von 500  $\text{r}$ ℓ als *Don gratuit* — ein für alle mal — viel zu erbärmlich ist, um nur der Annahme werth zu seyn.

VIII. Nun zur Variante von 18000 und 70000  $\text{r}$ ℓ. (S. 354, Not. c). Ich hatte gesagt (Heft 70, S. 171): wenn wirkliche Stellung der Mannschaft zum Contingent gefordert werden sollte, so würde das MobilMachen des Corps — weil Gewer, Equipage &c. &c., kurz alles, neu angeschafft werden müßte — eine Summe von 40000  $\text{r}$ ℓ, die jährliche Unterhaltung aber 30000  $\text{r}$ ℓ, kosten. Richtig war dies one Widerspruch; oder man muß vom MobilMachen eines TruppenCorps, und dem unbedeutenden KriegsWesen in einem nicht armirten kleinen State, nur geringe oder falsche Begriffe haben. So lange kein SubsidiensTractat mit einer armirten fremden Macht getroffen war, mußte naturliche Leistung des Contingents vorausgesetzt, oder doch in Subsidium auf eine ansehnliche GeldSumme voraus gerechnet werden. Traf es sich nun glücklicher Weise, daß in der Folge auf dem Reichs- und KreisTage, für die kleinen R $\text{S}$ -ände Subsidiengelder beilebt, daß diese für die Grafschaft Lippe auf 18000  $\text{r}$ ℓ bestimmt wurden:

so fällt freilich die für naturliche Leistung des Contingents notwendige Summe von 70000  $\text{rC}$ , als Folge des Suppediti, weg. Auch ist die Summe von 18000  $\text{rC}$  — was zu jedoch der auf wenigstens 2500  $\text{rC}$  sich beaufende, den Bürger und Bauer treffende Beitrag der 30 RömerMonate noch nicht gerechnet ist — ganz billig. Aber bleibt es denn nicht Sonnenklare Wahrheit, daß wenn Adel und Fremde, an jener, mit Einschluß der 30 RömerMonate, 20500  $\text{rC}$  beitragenden Summe, keinen Teil nehmen, diese alsdann (mit Inbegriff der S. 354 num. 2—5 bemerkten, auch vom Mittelerran des platten Landes gezalt werdenden Posten), ausschließlich dem Bürger und Bauer, jenem zu  $\frac{1}{3}$ , und diesem zu  $\frac{2}{3}$ , zur Last fällt? Und würde bei jener FreiheitsPrätension, im Aufbringen der zur naturlichen Stellung des KreisContingents erforderlichen Summe von 70000  $\text{rC}$ , ein andres Verhältnis für den Bürger und Bauer fixirt worden seyn?

IX. S. 354. "Dem Bauer fielen nur 3702  $\text{rC}$  zur Last; es geschähe ihm deshalb keine Auflage. Man nâme die Summe aus dem Ueberschuss bei der LandCasse, und zale künftig weniger Schulden. — Schon vorhin ist gezeigt, daß von den der Cammer jährlich gezalt werdenden KreisGeldern, 7432  $\text{rC}$  21  $\text{g}$  1  $\frac{1}{2}$   $\text{S}$  als *ordinaire* Steuer vom Landmann bezalt werden; mithin fallen nicht 3702, sondern außer dem Antell an den RömerMonaten, 11134  $\text{rC}$  ihm zur Last. Alles was von der *extraordinairen* Contribution (die ungefähr 40000  $\text{rC}$  jährlich beträgt, und nochmal wiederholt man es, vom Bauer allein getragen wird), nach Abzug der damit von den LandesSchulden jährlich bezaltten Zinsen, und getilgten sonstigen Bedürfnissen, übrig bleibt, kommt aus dem Vermögen des Bauern, ist zur allmäligen Verminderung der LandesSchulden, folglich auch der Contribution, bestimmt, ist demnach heiliges unverleßbares Eigentum des Unterthanen. Es darf one Noth zu keinem andern Zweck verwandt werden. Der Adel darf, one

one sich eines Eingriffs in fremdes Eigentum schuldig zu machen, diesen Ueberschuß zur Tilgung einer ihm selbst obliegenden Abgabe nicht verwenden. Und bleibt denn das, was von LandesSchulden weniger bezahlt wird, nicht als Last zurück, die doch über kurz oder lang, vom Bauer bezahlt werden muß?

Also, also — beruhet die FreiheitsPrätension des Adels in jeder Rücksicht auf Unrecht, Unbilligkeit u. s. w. Bedenke: derselbe doch, daß das Brod, was mancher reiche GutsBesitzer so überflüssig und ruhig genießt, der Bauer im Schweiß seines Angesichts, oft mit Thränen unter dem Drucke schwerer Sorgen, erringen muß! — —

Wenn der Bürger und Bauer, ihre ordinaire Steuer zu 10204  $\pi$  gern und mit patriotischer Seele zahlen: so sollte die noch fehlende Summe, vom Adel, den übrigen Exemten, und den LandesBeamten, rechthch und billig ersetzt werden. Daß sich letztere hier keinen Augenblick bedenken, und daß sie wahrhaft adliche Denkart durch die That zeigen werden: bedarf gar keiner Versicherung, — wol aber der Aufmunterung von Seiten des Adels, welcher, eingedenk des Begriffs vom Adel und seiner älteren Vorfahren, die mit Blut und Leben ihre Eigenbehörige re. schützten, jetzt den ersten und entscheidendsten Schritt tun sollte.

Dem Verf. dieses und des vorigen Aufsatzes ist hämisches Denken (S. 356) und Handeln moralisch unmöglich. Er schätzt in mehreren Mitglieðern des hiesländischen Adels — nicht ihre Geburt, denn daß diese verebeln solle, beleidigt den gemeinen MenschenVerstand <sup>4</sup>;

H b 5

son-

---

4. Doch Einen Mann gibts in Deutschland noch, der noch im J. 1792 platt hin drucken lies: "der Geburtsadel sei ein Vorzug, der für den, der ihn besitzt, auch ons Verdienste, doch immer an sich noch wesentlich sei".

Dies

sondern — ihren bleibern Charakter und ihre anschauliche Verdienste. Allein Warheitsliebe, begleitet von den feurigsten Wünschen, auch die entferntesten Anlässe zu Unruhen, jede Zwietracht und Spaltung, und jedes Mißverständniß mit andern Mißuntertanen zu verhüten, leiteten seine Feder.

Was bürgerliche Kriege und Unruhen für Kummer und Elend über Länder und Menschen verbreiten, zeigt die ältere Geschichte, und die unsrer Tage. Ähnliche Schicksale von uns abzuwenden, dazu gibt es die vollkommensten, auch mit Aufopferung wahrer Rechte verbundenen Pflichten. Frankreichs StatsUmstürzung sei jedem Deutschen kräftiger Beweggrund, Zügellosigkeit und Anarchie zu verbannen! Aber er möge zugleich jeden Eitlesinn voriger Jahrhunderte, jede auf Vorurtheile sich gründende Mißbräuche und Präensionen, jede die Menschheit entehrende Handlung, mit festem Mut zertrümmern!

Dies

Dieser Einzige Mann ist Hr. von Kruse, in seiner waren Darstellung der großen franzöf. StatsRevolution, S. 113. S.

5. Außer andern dergleichen Mißbräuchen, schreibt man mir so eben aus einem kleinen deutschen Lande: "hier werden die Repräsentanten von beinahe 2000 Bürgern, am LandTage zwar zur Tafel auf dem Schloß eingeladen; allein solche essen nicht mit den adlichen LandStänden an der herrschaftl. Tafel, sondern an einem besondern Tische, obgleich zu jener gar Föhnriche ic. zugezogen werden". Aber anstatt daß die bürgerlichen Hrn. Repräsentanten mit dergleichen Jammerklagen das Publicum behelligt haben wollen: warum schaffen sie sich nicht selbst Genugthuung, und — gehen weg, und essen auf Kosten ihrer Committenten im Wirtshaus? S.

Dies ist der Wunsch des Verf., der Wahrheit und Ruhe und Menschen schätzt, und — seine commissari- sche Untersuchung fürchtet.

## 55.

## Rostok in Mecklenburg.

Wie unerhört feindselig die Stadt Rostok (b. i. die berr- malige Majorität des dortigen Magistrats) gegen ihre ei- gene Mecklenburgsche Landßleute verfare: haben die Hams- burger Hrn. HandelsGelernte, durch ihr Gutachten vom J. 1790, (s. oben StatsAnz. S. 59, S. 274), in das hellste Licht gesetzt. Nun zeigt sich diese Stadt noch auf eine andre Weise undensch: sie will nichts zum ReichsKrieg gegen die Hunnen an der Seine, hergeben!

“Herzogl. ParitorRescript an Burgemeister und Rat zu Rostok, wegen der Rostokischen Quote zu den Mecklenburg. ReichsContingentsKosten.

[Aus: “das Mecklenburgische ReichsContingent gegen Frankreich: in einer Reihe öffentlicher Verhandlungen, mit Anmerkungen von einem Eingeseffenen der Mecklenburg. Ritterschaft. Erste Ab- fertung (Swerin, verlegt vom HofBuchdrucker, 1793, 47 144 Seiten) St. XI, S. 132 — 136].

Friederich Franz . . . Unsern gnädigsten Gruss zuvor. Ehrenveste, auch Ehrsame, liebe Getreue, Wir haben, anstatt der, in dem LandTageAbschied vom 13 Mas d. J. ad Cap. I, von euch ersoderten ParitorAnzeige, wegen der Genüfung eurer Obliegenheit, in Ansehung der Verfassungsmäßigen Quote unsrer Stadt Rostok an dem ReichsContingent unsrer beiden Herzogtü- mer, eure Erklärung, Vorstellung, und Bitte vom 29 v. M., uns zwar geziemend vortragen lassen. Wir vermögen aber in derselben auch nicht einen einzigen Grund zu finden, der eure beharrliche Ablehnung und Ver- bittung im mindesten rechtfertiget.

Alles

Alles dasjenige, was Ihr darinn, zur Bewirkelung der wesentlich von einander ganz verschiedenen Begriffe von ReichsSteuern, und MannschafteContingent zu Pferde und zu Fus (welches von Kaiser und Reich resp. erfordert und bewilligt ist), angeführt habt, findet schon in dem LandTagsAbschiede seine hinlängliche Abfertigung; und es bedarf dieserhalb keiner ausführlichen Wiederholung, sondern nur einer Beziehung auf denselben.

Unmöglich könnt und werdet Ihr die Richtigkeit der bekannten Grundsätze bezweifeln, daß — das ganze Reich verbunden ist, zur Abwendung der Gefahr, mit der es bedrohet worden, beizutragen; daß — die ReichsGefetze, der ReichsStände Landassen und Untertanen, zu allem dem zu contribuiren anweisen, was das Reich pro securitate publica bewilliget; daß — folglich, wenn Kaiser und Reich dazu wolgerüstete Mannschaft zu Pferde und Fus, von den unmittelbaren ReichsMitgliedern fodert, diese solche von ihren Landassen und Untertanen, in Verfassungsmäßiger Proportion, aufbringen und unterhalten zu lassen, nicht aber solcher ReichsSchlußmäßigen NaturalPrästation, jene ReichsSteuer eigenmächtig zu substituiren, befugt sind; daß — ferner die Mecklenburgischen LandesRegenten, in Ansehung ihrer LandStände und Untertanen, alle Rechte und Befugnisse anderer Reichsfürsten haben, in sofern sie sich nicht derselben, in diesem oder jenem Stücke, ausdrücklich begeben haben; daß — endlich Ihr als LandStand, in Ansehung der Reichs- und KreisKosten, zu allem demjenigen verpflichtet seid, wozu ein LandStand eines andern Reichsfürsten verbunden seyn würde, in sofern Euch nicht ein allgemeines oder besonderes FundamentGesetz davon befreit; daß hingegen eine solche Befreiung, nicht über den klaren Buchstaben des Gesetzes hinaus gebührt werden darf.

Wollt Ihr nun dagegen auf den (§. VII der Ko-  
stol.

stolischen Convention vom J. 1746 Euch berufen, um daraus eine Befreiung von Eurer Allsehnässigen Verbindlichkeit herzuleiten: so bedarf es nur blos einer Lesung desselben, um sich von der Unstatthaftigkeit Eurer Ausfluchte zu überzeugen. In der angezognen Stelle ist Euch nur Befreiung von "LandesContribution, Reichs. Kreis. Freulein. und Türken Steuern, Fortifications- und Legionskosten, CammerZielern, auch von dem Beitrag der LandesDefension, mithin von allen andern Abgiften und Anlagen, zur Relutrung der hypothecirten Aemter, und zur Abtragung andeter des Herzogl. Hauses oder LandesSchulden, wie die Namen haben ic.", verheissen; und Wir sind weit entfernt, gegen diese, von unsern hohen Vorfahren an der Regierung, gegebene Versicherung, etwas von Euch zu fordern. Nirgends aber ist darinn eine Befreiung von dem "zur Verteldigung des Reichs, von Kaiser und Reich, in natura gefoderten Contingent unsrer beiden Herzogtümer", zu erfinden; welche doch namentlich hätte ausgedruckt seyn müssen, wenn die Stadt auch hievon eine Exemption hätte für sich ausbedingen wollen<sup>2</sup>.

Die

---

1. "VII. befreien J. Herzogl. Durchl. die Stadt Kofrot, indem Sie die Accise erheben, hieomit von aller icht und künftigen ordinatren oder extraordinatren "LandesContribution ... f. oben ... Namen haben", oder etwa erdacht werden und entstehen mögen, für icht und künftig, bestalt, daß sie desfalls von niemand besprochen, sondern von Ihro Durchl. und Dero fürstl. Nachkommen an der Regierung, jezt als dann, und dann als icht, versohnt und übertragen, mithin in alle Wege kräftigt ver treten werden soll".

2. GrundGesetzl. neuer ErbVertrag mit der Stadt Kofrot vom 13 Maj 1788, Th. I, Art. von der Landes Hoheit und der Stadt Obedienz, §. 11: "Wegen der ordentlichen sowol als außerordentlichen LandesContribution



Die von Euch besonders herausgehobene Worte dieses Hpts, "von allen Abgisten und Anlagen", sind hier um so weniger anwendlich, je weniger hier eigentlich von Abgaben und baren Anlagen die Rede ist, die Worte auch nicht aus dem Zusammenhange herausgerissen, noch aus der Verbindung, worin sie mit den unmittelbar folgenden Worten, "zu Relictung" u., stehen, getrennt werden dürfen.

Solchemnach können wir Eure abgegebene Erklärung, mit Uebergang aller hieser gar nicht gehörigen Einmischungen, und übertriebenen Berechnungen einer vermeintlichen großen Aufopferung bei Bewilligung der Accise u., nicht anders, als für eine bloße Verkennung Eurer Reges. und Landesverfassungsmässigen Obliegenheit, ansehen.

Nachdem wir aber immittelst, wegen Verwandlung des Repartitionsmässigen NaturalContingents unsrer Lande, in  
ein

tion, auch sonstiger Landes- und Reichs-Kreis-Fräulein- und Türken-Steuern, hat es bei dem d r r e n Buchstab des VIIten §. oftgenannter Convention, sein Bewenden, one alle Beschränkung der Stadtfreiheit in den n a m e n t l i c h dort ausgedruckten Fällen, aber auch one Erweiterung derselben auf sonstige hier nicht ausgedruckte Anlagen".

3. Indem die Stadt A. 1748 dem LandesHerrn, durch die Kottoker Convention (§. VI, c, d); den jährlichen Ueberschuss der Accise one alle Exactionsleistung bewilligte, und sich davon ein Präcipuum von jährlichen 16000 r<sup>g</sup> garantiren liess: befreite sie sich nicht allein (§. VI, m) von der im ErbVertrag von 1584 vorbehaltenen jährlichen Recognition von 600 fl., sondern auch (§. VII) von ihrem Verfassungsmässigen 1aten Teil der jährlichen LandesContribution (10000 r<sup>g</sup> A<sup>z</sup>), und aller Reichs-Kreis- und Provinzial-Steuern, (§. V, VI, o) von dem Zoll zu Wartenwände, und (§. VI, n) von aller RechnungsAblegung!!!

ein bares Geld Surrogat, in Vorauszahlung und mit Vorbehalt des Kaiserl. und LandesVerfassungsmäßigen Beitrags unser Landstände zu den Contingentskosten, mit des Kaisers Maj<sup>estät</sup> die, mittelst LandTags Abschied, communicirte Vereinbarung getroffen, auch bereits, in Ermangelung Eurer ParitorAnzeige, die volle Conventionsmäßige Ration für den 1sten Termin haben berichtigen lassen, folglich daherhalb nicht mer res integra ist: so müßt Ihr von selbst einsehen, daß es nicht mer von uns abhängt, in Ansehung der darunter begriffenen Quote unserer Stadt Kostok einen Nachlaß zu bewilligen; sondern wie das Kaiserl. Maj<sup>estät</sup> bewilligte Surrogat, die Natur der ursprünglichen Beschlußmäßigen Verbindlichkeit rechtlich annimmt<sup>4</sup>: so so seid Ihr auch nunmero schuldig, und werdet hienit angewiesen, die Kostoksche Quote des auf dem LandTage verkündigten Contingents, nach der dem LandTags Abschiede beigeschlossenen Berechnung der Kosten, in den Conventionsmäßigen QuartalRatis, an Gelde aufzubringen, mithin zu dem bereits eingetretenen 1sten Termin, mit 2383<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 25 fl. 5 S. in Golde, bei Vermeidung der Execution<sup>5</sup>, binnen 3 Wochen, in den LandKassen einzuliefern, auch wie solches geschehen, binnen

---

4. "Surrogatum sequitur conditionem eius, in cuius locum facta est surrogatio", MEYER Decisio. P. I, dec. 17, n. 1; P. VI, dec. 2, n. 4.

5: Kostoker A. ErbVertrag 1788, §. 292: "dahingegen auch J. S. D. unbenommen bleibt, Sich gegen alle Contraventionen, bei Ihren LandesHoheitlichen Rechten, and diesem Vergleich, in Reichs- und LandesGesez, auch ErbVertragsmäßiger Ordnung, Selbst zu handhaben, und zu dem HöchstIhnen daraus zustehenden klaren Recht, Selbst zu verhelfen".

480 *Entscheidungen* 1793.  
nen gleicher Frist beschleunigt anzuzeigen, und in den folgenden Terminen damit gleichergestalt fortzufahren.

An dem geschlehet 22. Gegeben auf unsrer Festung  
Schwerin, 10 Jul. 1793<sup>6</sup>.

*Friedrich Franz, H. 3. M.*

*St. W. v. Demitz.*

---

6. Dem Vernemen nach, ist gegen dieses Herzogl. Rescript, von der Stadt Rostok appellirt, die Appellation aber nicht angenommen, sondern die vorliegende Verordnung, mit Androhung der gestrecktesten Execution, erneuert worden.

---

56.

### *Jurisdiction; Confliclus.*

Extract Hochgräfl. Leiningen-Westerburgschen gemeinschaftl. Consistorialprotocolls, d. d. Grünstadt,  
28 Sept. 1793:

die dem gemeinschaftl. Consistorio zustehende  
*Obsignation* der Verlassenschaft des flüchtig gewordenen  
Correctors, Carl Christian Heubach, betreffend.

Wurde das, unterm 13 dieses, an die Hochgräfl. Altleiningen-Westerburgsche Regirungs-Canzlei dahier erlassene, und dem Hrn. HofRat Brand, laut Schein, zugestellte gemeinschaftl. Consistorial-Schreiben, nebst den darüber gewechselten gemeinsamen Abstimmungen, — die *Obsignation* der Verlassenschaft des entwichenen Correctors Heubach betreffend, — unter 1. 2. 3. registrirt; so fort auf das, von gedachtem Hrn. HofRat. Namens Hochgräfl. Altleiningen-Westerburgscher Canzlei, einige Minuten nachher, dem gemeinschaftl. Consistorio zugesandte anmaßliche Canzlei-Resolatum d. d. eod., und folgenden Inhalts,

Ponatur

Ponatur notabile hoc scriptum ad acta, in perpetuam rei memoriam, de *vindicata* sibi a Consistorio Evangelico, inaudito plane exemplo! *iurisdictione criminali*, in causa criminis atrocissimi; nimirum perduellionis, a fugitivo quondam Gymnasii Conrectore, contra Imperatorem, Imperium Rom. germanicum, & dominum territorialem, admissi; & notificetur hoc reverendissimo Consistorio per Extractum protocolli.

In Gemüthsheit der vorgesetzten gemeinschaftlichen Abstim-  
mungen, decretirt:

- I. Remittantur auctori suo, D<sup>o</sup> Consiliario aulico *Brand*, omnia decreturianti, & dicasterium Alt-Leiningense in cancellis sola sua gravitate repræsentanti, Resolutum insolens atque barbare sic dictum, dictatoris supercilio in opprobrium nostri per falsa supposita latum, hinc iuste lacerandum;
- II. intimeturque ipsi: Consistorium commune, quod felix faustumque sit! soli suo Cels<sup>mo</sup> Regenti, non prætori urbano, ridicule contra collegas faeces præ se ferenti, subiectum esse, ideoque eius decreta quasi judicialia rite aspernari;
- III. dicaturque juris Oraculo, sibimet ipsi honoratissimo atque doctissimo, quod *obsignatio non sit inquisitio criminalis*;
- IV. idque insinuetur eidem in *perpetuam rei memoriam*, per Extractum protocolli Consistorii communis, & referatur de executio.

In fidem Extractus  
zum Hochgräflich gemeinschaftl. LeiningenWetter-  
burgischen Consistorio vörordnet Director und Räte  
*Fries. Starck, Wolf.*

### Bürgerliche Verbesserung der Juden.

Extract aus einer Menge von DruckSchriften, die hierüber seit 12 Jahren im Publico erschienen sind: vorzüglich aus

A\*. Freimütige Gedanken über die vorgeschlagene Verbesserung der Juden in den preussischen Staaten: von einem Juden, mit Zusätzen eines Christen.

Halle, bei Gebauer, 1792, gr8, 56 Seiten.

B\*. Etwas zur Charakteristik der Juden, von Lazarus Bendavid.

Leipzig, bei Stabel, 1793, gr8, 66 Seiten.

In dieser importanten Frage, die das Schicksal von vielen 100000 Menschen betrifft, wird es allmählich Licht. Seit hauptsächlich 12 Jahren, haben so viele Menschenfreundliche, Einsichtsvolle, und WeltErfarne Männer, in öffentlichen DruckSchriften sowol, als in Cabaetern, diesen großen Gegenstand behandelt. Jezo kan man ihn fassen: ob auch schon ganz erschöpfen? — Wenigstens verdient es sich der Mühe, die seitdem zerstreuten LichtStrahlen in Einen BrennPunct zu concentriren.

Zürs Erste ist das Resultat aller bisherigen Beobachtungen und Untersuchungen folgendes. "I. Eine geliche, stätliche, und bürgerliche Verbesserung der Juden, ist nicht zu hoffen, so lang sie nicht ihrem neuen Carimontal-Gesetz entsagen, und zum alten Mosaischen Gesetze, d. i. zum reinen Judentum, zurück kehren. Diese Entsagung ist möglich: aber II. so lang diese nicht geschieht, und damit die unglückliche Nation zu dieser ihr selbst vorteilhaftesten Entsagung vorbereitet werde, muß solche von den Christen gänzlich getrennt, in eigne Commünen versammelt,

---

\* Unter diesen Buchstaben A und B, werden diese DruckSchriften im Verfolg immer citirt werden.

let, und vorzüglich auf das Land verfest, und zur Landwirthschaft angestriben werden".

Hier einige Glieder des langen Soriten, der sich mit jenem Resultate schließt.

§. 1. Eine volle Million Juden: zum allerwenigsten, wohnen dormalen mitten unter den Europäischen Christen zerstreut (StatsAnzeig. Heft 49, S. 87); und in commodiren leßtere, wie Zigeuner, Hamster, Tasakenen, und Pest.

§. 2. Diese Million Menschen sind, seit anderthalbtausend Jahren, immer noch ware Unglückliche für sich selbst, und machen auch andre unglücklich. Sie leben in der tiefsten Verachtung und unter dem höchsten Druck, und genießen nirgends volle Menschen-, noch weniger Bürgerrechte. Es sind unmoralische Wesen; und sie müssen:

3 i 2

1. Im Elßaß waren im J. 1689 nur 587 Judenfamilien; im J. 1784 waren sie schon bis auf 3910 Familien (also wenigstens 20000 Seelen) angewachsen. *Statist. Anz. H. 60, S. 457.* In dem ehemaligen Polen schätzte *Büsching* (*Magazin XVI, S. 28*) die Juden auf  $\frac{1}{8}$  der ganzen Nation (also damals über 500000 Seelen). „Auf dem ganzen Erdboden leben jezo zerstreut, über 5 Millionen Juden; folglich existiren jezo wirklich mer Juden, als in der blühendsten Periode ihres Reichs in Palästina seyn konnte“. So rechnet (ich weiß nicht, nach welchen Daten?) *Hr. Klockenbring* in seinen *Aussagen* verschiednen Inhaltes, B. II (Hannover, 1787, 8), S. 26. Neuerlich wurden gezählt, in ganz Böhmen 8611 Judenfamilien (nach der Tabelle von 1789, in 45520 Seelen bestehend); in Mähren 5400 Familien; in Galizien 37500; und in Ungern 10000 Familien: *Archiv der Geschichte und Statistik, insbesondre von Böhmen, Th. II, 1793.*

2. „Der Uebel größtes ist, gezwungen zu seyn, vieles zu tun“, A S. 23. Uebrigens wird hier für keinen veran-

anfs

es bleiben, so lang sie unter dem Talmud, und unter dem Drucke der Christen, sind. Und dieser Druck muß fortbauern, weil sie für den Stat, theils unbrauchbare, theils erwiesnen schädliche Wesen, si b<sup>2</sup>.

§. 3. Und die nächste Ursache alles dieses Uebels, ist die Religion. Diese blirtet den Juden, das zu seyn, was er seyn könnte und sollte. Dieser Fehler steckt nicht in den einzelnen Gliedern, sondern in dem ganzen Körper der Nation, A. 23 folg.

§. 4. Die jetzigen Juden sind ein ganz eignes Volk, wesentlich verschieden von den alten Abstammungen Abrahams, von Moseh bis zur 2ten Zerstörung Jerusalems (B. 12). — Die heutige jüdische Religion ist eine ganz eigne Religion, nichts weniger als die alte Mosaische. Jene gründet sich nicht auf das Alte Testament, das auch dem Christen heilig ist; sondern auf ein CarimoniaiGesetz, welches eine späte Erfindung der Talmudisten ist, und  
Mo.

---

nünftigen Leser die alltägliche Bemerkung nötig seyn, daß keine Regel ohne Ausnahme, und hier immer vom Ganzen, nicht von Individuen, die Rede sei. Nötiger wäre vielleicht die Forderung, daß in der Folge dieses Aufsatzes, niemand an einzelne, vornehme, reiche, und wenigstens äußerlich christlich-cultivirte, Großhandel oder Künste u. treibende Juden denke; sondern bloß an das Gros der Nation, d. i. an blutarme, allgemein sogenannte Betteljuden, die bloß vom Schatzer leben, und in manchem nur kleinen europäischen Gebiete, zu 100 bis 1000 und noch mer Familien, stark sind: noch mer, an solche, die unsern Erdtheil, vorzüglich unser Deutschland aus Polen her, durchziehen, und nirgends geduldet werden; die "fast außer dem Wirkungskreise der Gesetze leben; denen nichts zu nemen steht, als das Leben". Leider, wer sollte es glauben? gibt es noch, zur Schande der Menschheit, viele viele Tausende dieser Unglücklichen. Klockenbring vor. cit. S. 261.

Mose's Befehl *Deut. IV., 2*, "Ihr sollt nichts dazu tun, was ich Euch gebiete", gröblich verlegt.

§. 5. Dieses CärimonialGefetz ist größtentheils wasser Unsinn, der auch den schlichten Men'schenVerstand, one weitere gelehrte Cultur, empört. Schändlich, Sinnlos, Allfingereien, nennt es selbst Hr. Bendavid B. S. 54. Seine Erfinder wollten dadurch nur einen "Zaun um den Garten des Gesetzes ziehen, ein" Bollwerk auführen, um das Wesentliche der Religion vor jeden Anfall zu sichern (A. 5). Eingestanden also, enthält es nur das Außerwesentliche der Religion: aber wie gewöhnlich, hängt jetzt der uncultivierte Jude mer daran, wie an dem Wesentlichen.

§ 6. Dieses alberne, neuerfundene CärimonialGefetz, verhält sich zum alten, ächten, NB. richtig erklärten, Mosaischen Gesetze, völlig wie das Christentum des Mittelalters, zu dem der ersten Jahrhunderte, und so wie es durch die Reformation zum Teil wieder hergestellt worden ist. Man unterscheide also den neuen Talmudischen Afer-Juden von dem Mosaischen Alt-Juden; so wie den neuen Hildebrandtschen Afer-Christen, von dem ächten Alt-Christen. Beide AferWesen hat die Anhängigkeit an Tradition geboren. Wie besonders die neuen Juden aus den alten, in Religion, Moralität, und äußern Sitten, verborben worden sind; ist nicht so schwer zu erklären, wie in B. 8 folg. geäußert wird. Die Geschichte liefert so viel Data dazu, daß der Historiker, wenn er nur zugleich MenschenKenner ist, bei Erklärung dieses Phänomens wenig Schwierigkeiten findet. Der AferChrist entstand hauptsächlich durch PfaffenTrug; der AferJude hingegen wurde es durch unchristliche Intoleranz, seitdem er nach dem J. 418, zum Teil auf Betrieb des h. Chrysostomus, um seine bis dahin genossene Autonomie, und andere Gerechtsame, kam.

§. 7. Dieses CärimonialGefetz, oder diese neue AferReligion, nicht die alte hebräische — der Talmud.



nicht *Mose*, dessen auch wirkliche *Cartholina*-Gesetze meist nur local, oder dem Klima von Palästina, so wie der Verfassung der Nation als eines souverainen Volks, angemessen sind<sup>3</sup> —, ist es, der den heutigen Juden unfähig macht, sich je mit dem Christen zu amalgamiren, und dessen Mitbürger, d. i. dessen Bürgerrechte theilhaftig, zu werden. In Rücksicht auf diese neue Juden-Religion aber, gibt es heut zu Tag 4 verschiedene Classen von Juden (B. 45—53).

**Ite Classe.** Einige nehmen den ganzen ungeheuren Wust von Traditionen, auf Treu und Glauben an; möchten es für Sünde halten, wenn sie zweifeln wollten, daß *Mose* die Melodie zu einigen am VersöhnungsFeste gesungen Liedern, nicht von Gott selbst auf dem Berge Sinai empfangen hätte u. s. w. Diese machen noch bei weitem die grössere Classe aus, und bleiben ewig unverbeßerlich, selbst wenn sie sich taufen lassen. Doch können sie, trotz ihres Aberglaubens, [wenigstens gegen ihre Glaubens-Genossen] äußerst redliche, und besonders überaus wohlthätige Menschen seyn. Dis

**Ite Classe** macht der Troß von Wüstlingen, die das *Cartholina*-Gesetz deswegen vernachlässigen, weil es ihnen zur Last fällt; weil es sie stört, ihren zügellosen Leidenschaften ungehindert fröhnen zu können. Ihre Anzahl ist sehr groß, und muß, wenn nicht bald eine Aenderung getroffen wird, mit jedem Tage zunehmen. Diese Wüstlinge, gewöhnlich von reichen Eltern der Iten Cl. se geboren, ohne Erziehung aufgewachsen, und durch Weib und Wein verführt, g'auhe: sich aufgeklärt, und sind finsterner als ihre Väter. Diese erregen Mitleid, jene Verachtung und Abscheu, hemeln

---

3. RUNDE über die bürgerliche Verbesserung der Juden, an Dohm; in den Hessischen Beiträgen, St. I (Frankfurt, 1784), S. 59.

kein Aufklärung, und sind unwissende heillose tollteuben. Sie sind es größtentheils, die durch ihre sittenlose Lebensart, dem bessern Juden der IIten und IIIten Classe, den Abscheu vor Aufklärung überhaupt, einflößen. Sie gehen häufig zur Taufe über, wenn ein schönes Mädchen sie berührt; und würden nach der Taufe, wo möglich, einer zweiten Beschneidung sich unterziehen, wenn die Annahme der jüdischen Religion so viele Vorteile, als die der christlichen, gewürde" B. 49. Die

IIIte Classe ist Achtungswerth: es sind gute Menschen, ihr Herz ist unverbesserlich; aber ihr Verstand ist nicht durch gehörige Erziehung gebildet; doch fühlen sie diese Schwäche selbst. Aus Furcht vor Immoralität, bleiben sie beim ungeläuterten Judentum; fürchten jede Neuerung für sich, one sie eigentlich für andre zu misbilligen, glauben stoch und steif, Jude zu seyn, und werden doch von den Juden der IIten Classe verlästert; haben gewöhnlich so ganz ihr eignes System in ReligionsSachen, verfolgen niemand, sind gute EheGatten, gute Väter, gute Bürger (?). Die

IVte Classe besteht, entweder aus den jetzt schon vorhandenen Kindern von Eltern der IIIten Classe, oder auch aus Menschen, die durch ein glückliches Ungesähr, mit hinreichenden Geisteskräften vom Himmel versehen worden, und mit Menschen besserer Art zusammengekommen sind. Diese Classe, die alle Tugenden der IIIten Classe mit der ächten Aufklärung verbindet, ist gleich weit vom Judentum und von Irreligion entfernt. Sie sind Anhänger der ächten natürlichen Religion, fühlen warm die Nothwendigkeit der GlaubensPflicht, und sehen, auf welchen schwankenden Stützen die bürgerliche Sicherheit und die ganze menschliche Glückseligkeit, ruhen würde, wenn dem Menschen der Glaube an Gott, an Unsterblichkeit, und an Fortschreiten jenseits des Grabs zu fernerer Vollkommenheit, mit Zuversicht geläugnet werden könnte. Ihr Wort ist ih-

nen heilig. Ser glücklich können sie indeß nicht seyn: der Christ betrachtet sie als Juden, der Jude als gottlos. Die Anhänger des hirnlosen EärmonialGefetzes (Cl. I) umklamern sie noch immer mit eisernen Banden. Der Wüßling (Cl. II), der auch das EärmonialGefetz vernachlässiget, dünkt sich ihnen gleich. Und der bessere Jude (Cl. III) gibt sie für Indifferentisten, und vielleicht für schlechte Menschen aus, die aus Interesse auf dem Sprung stünden, sich vom Judentum gänzlich los zu machen. Noch verbleibt eine

Vie, wiewol merklich kleine Classe, eine Erwähnung. Sie fing in Berlin an, nicht mit Mendelssohn, wie wenig hat dieser Einzige Mann auf seine Nation en gros gewirkt! sondern mit dem 7jährigen Kriege, weil solcher viele Juden ungeheuer reich machte. Dieser ihr Reichthum schob sie in die Christen ein, und setzte sie in Stand, es diesen in äußerer Procht gleich zu thun. Dies zog eine Art von Cultur, von Aufklärung, nach sich, die aber bei diesem Volke da anfang, wo sie bei andern Völkern gewöhnlich endet, — eine Veredlung des Aeußeren auf Kosten des Inneren B. 35 folg. Nun kamen unselige MittelDinger zwischen Christ und Jude zum Vorschein, an denen äußerlich kein Schatz

---

4. Vorzüglich beunruhigen, weil sich mehrere gutdenkende Schriftsteller, von dem Anblick dieser neuerlich erschienenen Classe haben blenden lassen, und uns Wunder vorerzählen von der Cultur, der Aufklärung, zu der die jüdische Nation, in unsren Tagen, mit Riesenschritten, aufsteige. Aber sind 10 Gelehrte, die aus diesem Millionen starken Volke hervorgeprossen, sind 1000 Familien, die in London, Amsterdam, Berlin, Hannover, Göttingen u. c., in christlicher Cultur glänzen, bei 200000 Familien: Nennenswerth? Und ist bei jenen Familien selbst, wenigstens bei dem ungleich größeren Theil derselben, diese Cultur mer, als Aeußeres, Anstrich, und Glitzer?

Schatten mer von jüdischer Form war. Es wuchsen jüdische Töchter auf, bei denen "den ganzen Morgen hindurch, die Lehrmeister im Spielen, Zeichnen, Tanzen, und Philosophiren, sich ablösten (A. 83. 55). Aber, so fährt eben dieser A. fort, "was soll sich der Staat [was die Nation:] von solchen Mädchen als künftigen Müttern versprechen, die recht viele Romane und Schauspiele lesen, recht zärtliche Arien singen, es sich zum Hauptgeschäfte machen, an öffentlichen Orten, im Geleite von philosophischen Gecken, zu glänzen, in Concerten die Künste der Coquetterie zu üben"? ic.

§. 8. Ausgemacht ist numero, und eingestanden von Allen, die die Juden nicht blos aus Büchern, oder nach den wenigen täuschenden Jbidoluen der erstbenannten Vn-Classe, kennen: so lang der Jude sich nicht von den Fesseln seines Carimontal-Gesetzes los macht; so kan er, mitten unter Christen wohnend, und mit ihnen sein meistes Verkehr habend, erstlich kein moralisch-guter Mensch, zweitens kein guter Bürger, folglich drittens auch kein glücklicher Mensch, werden.

Das zweite insonderheit betreffend, so kan er I. nicht Soldat werden; dies haben *Michaëlis* und a. beobachtet (A. 18, *Kloekenbring* S. 241). *Josef II.*, der große politische Experimentenmacher, wollte sie dazu machen. Die gescheuten, wenigstens gehorsamen, Triester Juden, heuchelten in ihrem Responso an die Kaiserliche Judenthatsache vom 30 Jun. 1788, und sagten: "unsre weise (?) Toleranz mußten haben uns in Kriegszeiten von sehr vielen religiösen Gebräuchen [Auszereien] losgesprochen". Aber die sonst vortreffliche Rede des Oberland-Rabbiners in Prag vom 12 Maj 1789, an die 25 zum Militär-Zurwesen aufgehobenen Juden, beweist das Gegentheil. II.

315

Nicht

Nicht einmal Professionist oder Handwerker kan er, bit, mit, und neben Christen werden, wenn er auch dürfte. Schon Hr. Klockenbring (*loc. cit.* S. 236 folg.) hat hierinn Frau. v. Dohm bündig widerlegt; und A. S. 11—22 hat die hierbei eintretenden, zum Theil ganz unerwarteten Schwierigkeiten, noch einleuchtender, und in Menge detaillirt. III. Jede anhaltende, stete, und vorzüglich jede saure Arbeit, sogar Gärtnerrei (außer daß er mit Alamen spielt), Weberei u. s. w., flieht der Jude. Zu den edleren Künsten, und zu Wissenschaften, ist, bei der allgemeinen Armut und elenden Erziehung des Volks, unten Zehntausend nicht Einer geschickt. Leben aber muß der Jude: nun so bleibt ihm, zu seinem unentbehrlichsten Lebens-Unterhalt, nichts als Wucher und Kleinhandel, oder Tausch und Schacherei mit den Christen, über. Und das ist es eben, was ihn selbst verderbt, und ihn seinen Neben-Menschen schädlich macht: kan er mit diesen gleiche mitbürgerliche Rechte fordern? Ich frage noch mer, kan er, unlängbar schädliches SchacherGeschöpf, im täglichen Verkehr mit andern, die nicht schachern, nur geduldet werden?

§ 9. Unverbesserlich bleibt der Jude, weder Moralisch, noch Bürgerfähigkeit, nicht einmal Unschädlichkeit, wird er erhalten, so lang er I. an seinem EärlichkeitsGefess hängt, und II. mitten unter Christen wohnt, nichts productet, nur tauscht, nur schachert, und fast blos mit Christen schachert. Um ihn zur Aufopferung von jenem, und zur Aufklärung, als einem Mittel dazu einzuleiten, muß ihm dieses, das Schachern, verwehret werden. Hier fängt der neue Vorschlag an.

§ 10. Der Jude wird die schweren Fesseln seines EärlichkeitsGefesses abschütteln, so bald er Aufklärung erhält. Nun: freilich tritt hier ein fataler Artikel ein. So lang der Jude an jenem Gefesse hängt, ist er keiner Aufklärung fähig; und so lang er unaufgeklärt ist, geht er nicht von die-  
sen

sen Alfarzereien ab. Doch war nicht eben dieser fatale Zirkel auch beim Christentum? Der heutige talmudische Arier-Jude, steigt von dem ächten mosaischen Alt-Juden, nicht weit: ab, als der hildebrandische Arier-Christ, weiland von dem ächten Alt-Christen abstand. Auch der Arier-Christ konnte, eben wegen seiner in Grund verdorbenen Religion, weder ein guter Mensch, noch ein guter Bürger, seyn; auch ihn umflammerte Unwissenheit und Uncultur mit eisernen Banden ein Jor-Tausend lang. Gleichwol siegte endlich bei ihm Bibel über Tradition, Vernunft über Pfaffen-Trug und Pfaffen-Land; er ward für eine Reformation empfänglich, die mit den Albigenfern anhub, und unter ungeheuerem Widerstande, langsam bis auf unsre Zeiten fortreihte. Nun was für Millionen Christen möglich ward, warum sollte das nicht auch für Millionen Juden möglich werden?

§. 11. Lange trugen sich gute Christen mit dem lächerlichen Vorschlag, alle Juden zu Christen zu machen. Von dieser Torheit hat uns sonderlich der welt. Juden-Missionar *Schultz*, durch seine Leitungen des Höchsten 10. g. h. W. *„Bleibe der Jude immer Jude; beschneide er seine Knäb-  
lein, warte er auf den Messias, und glaube an keine Dreieinigkeit: bei allem dem könnte er doch moralisch und bürgerfähig seyn.“* — Dann kam, hauptsächlich durch *Hrn. v. Dohm*, ein zweiter Vorschlag auf: *„man lasse den Juden, wie er ist und mache ihn in bürgerlichen Rechten nur dem Christen gleich; so wird er von selbst werden, wie er seyn soll“*<sup>6</sup>. Die Unanständigkeit dieses Vorschlags ist jetzt erwiesen, und allgemein anerkannt. — Nun ein dritter Gedanke: *„der Jude bleibe Jude, nur werde er aus Arier-Jude wieder Alt-Jude“*. Ist der Gedanke denkbar? Ich dünke, er ist es, analogisch mit uns Christen (§. 10).

Ha.

Haben wir dem *Pseudo-Isidor*, dem *Hildebrand*, dem *Innocentius &c.*, und allem Wesen und Werken dieser Verführer, entsage: warum sollte nicht auch der Jude seinem Rabbi *Akiba*, und R. *Juda*, und R. *Jochanan*, den *Talmudschmidten*, entsagen können? Sein Gewissen beschwert er dadurch nicht; nie hat er ja diese Rabbinen für so inspierte Männer, wie den *Moseh*, erklärt: er erleichtert es vielmehr, denn bisher drückt ihn der Fluch *Deut. IV, 2*. Auch geben die portugiesischen Juden hierinn schon ein großes Beispiel. Und was sehr wichtig ist, hätten auch die übrigen Juden Lust, sich zu reformiren: so würden sie lange nicht so viel Schwierigkeiten dabei zu überwinden haben, als die Christen bei ihrer Reformation erfahren haben. Jene hätten nur Einen Tyrannen, genannt *Scupor*, zu bekämpfen, nur einen wehrlosen Tyrannen, dessen Herrschaft allein fülbar lästig, dessen Erhaltung aber in keines jüdischen Standes Privat-Interess verflochten ist. Wie ganz anders ging es bei der christlichen Reformation? da hatte dieser böse *Scupor*, den weltlichen Arm, und einen furchtbar mächtigen Klerus, zur Seite; der suchte für seinen Gözen, der ihm Gold und behagliche Tage gewährte, mit Feuer und Schwerdt, wie *pro aris & focis*.

§. 12. Lange leuchtete mir schon, die Nothwendigkeit sowol, als die Möglichkeit, einer jüdischen Religions-Reformation ein; und ich wunderte mich, diese, wie mir dünkte, so natürliche Idee, bei keinem einzigen christlichen Schriftsteller anzutreffen<sup>6</sup>. Um so viel auffallender und erfreulicher war es mir, daß in unsern Tagen 2 Männer, aus dem Judentum selbst, auf einmal auftraten, die ihren Glaubens-Genossen, weit vernehmlicher wie *Mendelssohn* (in seinem Schreiben an *Lavater* S. 10),

völ-

---

6. Eben jezo erst finde ich sie auch bei *Hry. Runde*, *Bess. Beurtheilg.* St. I, S. 6r.

völlig so stark, wie weiland die christlichen Reformatoren den ihrigen, zurufen: "Ihr Sklaven des Talmuds (Hildebrands), werdet wieder Schüler Mosehs (Christi). A. S. 22 folg., vergl. mit S. 4, sagt: "der Jude ist zu allen bürgerlichen Handlungen unbrauchbar, so lang er noch durch das Joch seiner [neueren] Religionsgesetze, und aller der äußeren Gebräuche, welche nur Alter, nicht aber Vernunft, heiligten, in seine jetzige drückende Lage eingezwängt bleibt. Also müssen die Hindernisse von dieser Seite, wenigstens zum Theil, gehoben werden; dies ist, bei dem Geiste unsrer Zeiten, nicht unmöglich". Und BENDAVID schreibt B. 45: "die Juden müssen in die mit ihnen vorzunehmende, oder [im Oestreichschen und Preussischen] vorgenommene Reform, dadurch eingreifen, daß sie ihre Sinnlosen, und auf jetzige Zeiten gar nicht mehr passenden Cerimonialgesetze, abschaffen, und eine reinere, des Altvaters würdigere Religion, die reinere Lehre Mosehs, unter sich festsetzen. Nur erinnert A. 5, 31 — 33, sorgfältig und weise, es sei gefährlich, dieses Geschäft jedem Einzelnen zu überlassen, oder ihn in die Nothwendigkeit zu versetzen, es nach eigener Willkür zu übernehmen und zu verwalten: denn alsdann würde die Reform alle Sittlichkeit mit fortschwämmen, und aus dem Talmudischen Aelter-Juden, würde kein mosaischer Alt-Jude, kein Christ, sondern ein Mensch ohne alle Religion, werden.

§. 12. Aber wann und wie wird diese jüdische Reformation möglich werden? An gewaltthätige Mittel von außen, wird kein Vernünftiger denken. Die Nation muß sich selbst reformiren; aber noch zur Zeit ist sie nicht reif dazu, dies räumen A und B ein. Es muß bei ihr noch eine Reformation vor jener Reformation geschehen (wie die Palingenesie der Wissenschaften vor Luthero herging); sie muß erst dazu vorbereitet, eingeleitet, werden — durch Aufklärung: so wie diese wieder — durch Schulverbesserung.



§. 14. Verbesserung der jüdischen Schulen also, wäre die erste und Hauptsache. "Die Reformation muß mit der Pädagogik, bei der Jugend, anfangen; die Alten sind, wie überall, unbefähigt", A. 25, 40. Nun in welchem Zustande heut zu Tag allgemein die JudenErziehung ist; wie hienlos nicht nur die gemeinen JudenKinder beiderlei Geschlechts, sondern selbst auch die von wohlhabenden Familien, die allen äußeren Glanz christlicher Cultur haben, in der hebräischen Sprache und Religion, und sonst in weiter nichts, unterrichtet werden, übersteigt allen MenschenGlauben, und ist im SchriftstellerPublico noch völlig unbekannt<sup>7</sup>. Man denke doch, selbst in dem hoch.

---

7. "So bald der JudenKnabe etwas deutlich zu reden anfängt, war es auch in seinem 3ten Jar; so muß er schon Sprüche aus der *Thorah* hebräisch nachbeten, z. Er. Höre Israel, der Herr 12., und a. m. Von seinem 5ten Jar an, geht er in die Schule, und liest und lernt da, natürlich ohne Verstand, die 5 Bücher Moses's durch wörtliches Vorfagen und beständiges Wiederholen. Eben so mechanisch läßt man ihn dabei einen Commentar über den Moseh lesen, insgemein den vom *Raschi* oder *Radak*, die gleichwohl selbst noch 3 Commentarien brauchen, wenn sie in dem Ueher nur in etwas verstanden werden sollten. Vom 10den J. an oder noch früher, kommt er gleich, ob schon ohne Fleiß, in den *Talmud*, und liest eben so mechanisch, anfangs die *Mischnab* (den Text), und dann die *Gemara* (den Commentar darüber). Ist er 13 Jare alt, so ist der Son des Gebots fertig: d. i. von nun an ist er verbunden, alle 613 jüdische Gesetze (248 Gebote und 365 Verbote), die er bis dahin gelernt hat, zu halten; und wenn er dagegen sündigt, wird solches nicht mer seinem Vater, wie vorhin, sondern ihm selbst, zugerechnet; und nun tritt er, als ein *homme fait*, in seine *Schacher-Ban* ein". Aus Hrn. M. Osann's Aussage über den JudenSib, der nächstens gedruckt erscheinen wird.

Dieser

hochverfeinerten Berlin und Hamburg, sind, die Kinder-  
 lerer oder HausRabbi, noch immer gewöhnlich polnische  
 Juden (B. 24 folg., Chronik von Berlin, 1789, III, S.  
 794, 801)! Und wie kommen Leute aus einer Nation da-  
 zu, deren christlicher Theil sogar, wenigstens was den ge-  
 meinen Mann betrifft, unter die europäischen Barbaren ge-  
 hört? Es sind, sagt B. 24, 27, stockdumme arme Frömm-  
 licher, die eben ihr Stupor zum Studio des Talmuds vorzüg-  
 lich geschikt macht; selbst auf ihr schuftiges Ansehen setzt  
 man einen hohen Wert; sonst ließen sie sich zugleich als  
 HofNarren brauchen, aber nun nicht mehr, seitdem sie grob  
 geworden sind. Das sind die Leute, die die nächste  
 Juden-Generation für Deutschland bilden!

§. 15. Wie soll nun aber diese jüdische SchulVer-  
 besserung geschehen? "Die hebräische Sprache soll nicht  
 weiter die HauptSache beim Unterricht bleiben; noch weni-  
 ger soll sie ferner nach der bisherigen unsinnigen Methode  
 gelehrt werden. Die Zweige des Unterrichts müssen verviel-  
 fältiget, geschickte Lehrer, mehrere, und zwar, jeder zu seinem  
 Fach gebildete Lehrer, müssen angestellt werden, und blos dem  
 Un-

---

Dieser ganze obbe mechanische Schulunterricht, wo  
 durchaus an keine andre Wissenschaft, Kunst, oder Fertigkeit  
 gedacht, wo durchaus nichts getrieben wird, was den  
 jungen Menschen könnte denken lehren, hört also mit dem  
 14ten Jar völlig auf. Denn daß er in der Synagoge nicht  
 fortgesetzt werde, daß hier blos gelesen, gebetet, und  
 Cärimonien gespielt werden (völlig wie beim Gottesdienste  
 der Christen im MittelAlter), ist bekannt. Freilich  
 in Göttingen zc., genießen die JudenKinder, neben diesem  
 stupiden Nationalunterricht, auch noch den vernünftigen  
 christlichen; auch sehr orthodoxe Juden finden es hier nicht  
 bedenklich, von der Gnade des Staats Gebrauch zu machen,  
 der ihnen erlaubt, ihre Kinder in die öffentlichen niederen  
 und höheren ChristenSchulen zu schicken. Aber das ge-  
 schieht bei den 100000en in Polen zc. nicht.

Unterricht obliegen, nicht aber solchen als ein Nebenwerk treiben zc.", A. 25, 29, 38, 44. Alles sehr richtig und gutgemeint, aber ob auch ausführbar? Wer schafft, wer bildet, wer besoldet diese Lehrer, an Orten, wo nur wenige, arme, oder gelähmte Judenfamilien sind? (Selbst in Berlin soll die jüdische FreiSchule wieder eingegangen seyn). Und wie wenn der LandesOberRabbiner, in einer solchen SchulReform, den Umsturz des ganzen talmudischen Judentums wittert, und kraft seiner VornVollmacht, Lehrer, Eltern, und Schüler, öffentlich in der Synagoge, bei brennenden schwarzen Wachskerzen, unter Posaunenschall und abwechselnden Flüchen, verbannt; wie der Oberland-Rabbiner über Hamburg Altona und Wandsbeck, *Rasael Fockusiel* (auch aus Polen), kürzlich noch einem gelehrten Berliner Juden tat, der sein Buch, wie man einen jüdischen Ochsen schlachten sollte, spottend recensirt hatte? (Chron. von Berlin, II, S. 486).

§. 16. Der Christ in A. 44 folg. meint: "man überlasse den Juden ihre Aufklärung nicht allein; der Staat muß das beste dabei tun, und ihnen ein wenig Gewalt antun: Er muß das gesammte jüdische SchulWesen unter seine Aufsicht nehmen, selbst für Bildung jüdischer Lehrer sorgen, selbst Christen zu Lehrern anstellen zc.". So meinte auch *Josef II.*, und zwang seinen Juden NormalSchulen auf (B. 39). Aber — "hat ein Fürst das Recht, sich in Sachen der Aufklärung mit Gewalt zu mischen? Wenn er doch diese Gewalt, die er hierinn gegen seine Mitbürger ausübt, lieber auf sich selbst? Der menschliche Geist muß sich gegen aufgebrungne Aufklärung weit stärker sträuben, als gegen aufgebrungne Dummheit (das beweist *Bendavid* S. 40 vortrefflich). Und dürfte er auch, aber kann er? Nichts, nichts, bewirkt er, wofern das Volk nicht gutwillig mitarbeitet, und das tut, was sein Fürst zu befehlen vermag, — aufgeklärt seyn will".

§. 17:

§. 17. Alles, was ein Menschenfreundlicher Stat mit den Juden, denen er, bei ihrer dormaligen AkerReligion und Unaufklärung, doch einmal Schutz zugesagt hat, in Rücksicht auf seine wesentlich: Pflichten, kraft tragenden Amtes, namentlich zur Verwaltung nötiger Justiz und Polizei, tun kan, darf, und muß; was auch einige Regierungen bereits getan haben (und wundern möchte man sich, daß nicht alle es schon tun), reducirt sich auf folgendes. I. Dem Natur- und Mosaischen Gesezgemäs, "du sollst nicht tödten", muß er ihnen das grausame zu frühe Begraben ihrer Todten, schlechterdings verbieten (A. 16). II. Er muß ihnen auferlegen, ihre Geburts-, Sterbe-, und Heiratslisten, eben so ordentlich zu führen, wie wir unsre Kirchenbücher. III. Er muß sie zwingen, Familiennamen anzunehmen, IV. ihre Handelsbücher in deutscher Sprache zu führen, und V. sobald eine beträchtliche Anzahl vermögender Judenfamilien an Einem Orte (wie in Dessau, Mooslingen etc.) vorhanden ist, öffentliche Schulen anzulegen. VI. Kein LandRabbiner werde, ohne daß die Regierung das Subject kenne, und in seine Wahl einwillige, angestellt. VII. Der nächsten JudenGeneration werde ihr bisheriges HauptGewerbe, Bucher und Kleinhandel oder Schacherei, durchaus verboten; und dafür sollen sie VIII. zu andern, für ihre, selbst noch zur Zeit talmudische AkerReligion zulässigen, ihnen und dem Stat unschädlichen, sogar beider augenscheinlich nützlichen Nahrungsarten, angewiesen, und im Nothfall gezwungen werden.

§. 18. Nun zu welchen Nahrungsarten, die diese 3 Eigenschaften hätten? Zu freien Künsten und Wissenschaften? Ja wol steht ihnen der Weg dazu offen: aber wer wird sich einfallen lassen, daß  $\frac{1}{3}$  Million europäisches Juden sich, vollends bei ihrer i-ßigen Lage (§. 14), auf diesem Wege ihr Brod erwerben könnten? — Zu Handwerken? Nein, diese unter, mit, und für Christen, zu treiben, S. 18. 2. 3. XVIII: 72. R 1 dazu

dazu tangen sie nicht (§. 8, II). — Bleibt also nichts übrig, als LandWirtschaft. Das riet schon der alte D. Luther an (KLOCKENBR. S. 252). Das befiel die deutsche ReichsPolicei vom J. 1530, tit. 27: "nicht mit verbotenem wucherlichen Lauf (Schacherel), sondern mit ziemlicher Handlung und HandArbeit sollen sie sich ernähren". Auch verschiedne neuere Schriftsteller haben diesen Gedanken, wenn gleich nur im Vorbeigehen, gedußert. Und alle praktische Männer, mit denen ich mich seit Jaren, über diese, für Juden und Christen importante Materie, besprochen habe, waren einstimmig dieser Meinung. Nur daß, zur Ausführung dieses Plans, die Juden notwendig in eigne Commünen gesammelt werden müßten, war Einigen derselben fremd. Aber beide Ideen sind, mit einer hinreichenden Stärke und Klarheit, ausgeführt in einer Bittschrift, die die Strasburger im Jan. 1790 der damaligen Assemblée nationale übergeben wollten, und die oben (StatsAnz. S. 60, S. 452—464) abgedruckt ist. Die HauptStelle ist S. 461 folgg.

Hier also der neueste Plan zur geistigen, moralischen, und bürgerlichen JudenVerbesserung, falls eine möglich ist: das Resultat von Untersuchungen der Sachkundigsten Männer seit 12 Jaren.

1. Vor allen Dingen, und fürs erste, muß der Jude, der bürgerlichen ChristenGesellschaft unschädlich gemacht werden. Jetzt ist er ihr schädlich, 1. durch sein bisheriges Haupt- und beinahe einziges Gewerbe, die Schacherel; und 2. durch das meist damit verbundene Herumlaufen, und resp. Betteln bei seinen GlaubensGenossen. Beides muß also abgestellt werden, völlig wie das Kesselflicken und Herumlaufen der Zigenner. Kein fremder Bettel- oder SchacherJude (die meisten sind Polen) werde mer auf JahrMärkte, nicht einmal über die Gränze, bei Strafe des Arbeits- oder gar Zucht-Hauses, gelassen: eben so bleibe auch der inländische Jude auf seinem Fleck. Bei

---

\* Diss. de causa Judaeorum tolerancia, Praef. Rohmer, Resp. Basiliusgr. (Halle, 1708, 24 S.)

Ihrem bisherigen Herumstreichen sind die Juden als Nomaden zu betrachten, dergleichen aber unsere heutige europäische Cultur nicht mer verträgt. Die Römer mußten aus dem Wilden in SüdEuropa, dadurch cultivirte Römer zu machen, daß sie sie zwangen, ansäßig zu werden. Auf gleiche Art bändigten die Russen, vor etwa 60 Jahren, ihre vorher unbändige Vaschitten. Das fremde jüdische BettelGesindel von der Gränze abzuhalten, ist gar wol möglich. Wo sieht man dann jezo noch polnische Lanza-Bären, oder polnische BärenHobleffe (nach Mosers Ausdruck), in Deutschland? wo Zigeuner? (Letztere wurden gar für vogelfrei erklärt: ich kenne ein deutsches Land, wo ein noch nicht widerrufenes Gesetz hierüber existirt). Es ist aber noch weit nöthiger. Was ehrliche, reiche Juden, an einem beträchtlichen Orte, für einen kostspieligen Ueberlauf fast jede Woche, von diesem Gesindel, das bei ihnen den Schabbas feiert, haben, ist unglaublich. Unehrliche Juden halten sich für die Verpflegung, die sie diesen oft reichen Juden leisten müssen, dadurch schadlos, daß sie ihnen die im Lande gestohlenen und an sich gebrachten Sachen verkaufen, um sie außerlandes abzusetzen.

b. NationalAbsonderung ist der Juden eigenthümlicher, ursprünglicher, sogar Mosaischer, noch weit mer Talmudischer, Charakter (KLOCKENB. S. 240, 250). Diese Absonderung bleibe nicht nur, sondern werde auch durch das Locale vermehrt, doch one daß dadurch eine Nation in Nation entsünde. So lange sie der dumme Talmud einzäunt, zäume sie auch eine vernünftige Polizei ein. Sie sollen nicht weiter, mit Christen vermengt in Städten und Dörfern, sondern in eignen Commünen, nach Belieben NeuJerusalem, NeuBesiehem u. genannt, wohnen.

c. Schwärzen (blos tauschen) soll der Jude nicht mer, sondern produciren. Also siedele er sich auf dem Lande an (natürlich muß ihm so der Erwerb von GrundStücken erlaubt werden), und treibe LandWirtschaft (aber blos mit Leuten seines Glaubens, ja nicht mit gemieteten Christen), mit allen Zweigen derselben, Acker- und Gartenbau, Viehzucht (selbst Schweinezucht verbietet ihm der Talmud nicht) u. u. Keine einzige Nahrungsort ist, selbst mit seinem CarimonialGesetz, so lang er noch dessen Sklave seyn will, so verträglich, wie diese. Hier in NeuBesiehem

10. treibe er auch Handwerke; das kan er, unter, bei, und mit Christen nicht, wol aber unter, mit, und bei seinen GlaubensGenossen; so gut wie in Polen (A. 21). Nun sei ihm auch der Handel mit Christen unversehrt, wol zu verstehen, mit LandProducten, mit Roggen, Rälbern, und Kol, wobei der Christ nicht so leicht überlistet werden kan, wie bei Schnallen und Urn. — Nur Eine ChristenSeile braucht in diesem NeuBetheile zu seyn: ein Schulze, der zusieht, daß der Rabbiner nicht zu weit in die JustizVerwaltung eingreife, der Ordnung unter dem jänkischen Wölfelein halte, und NB. für allgemeine und privat Keinlichkeit unter dem gewöhnlich schmutzigen Volke, sorge.

d. Aber zum LandBau wird, in den meisten Ländern, der Jude gezwungen werden müssen, gerade wie der faule aber Talentvolle Knabe zum Lernen. Vom Herumläufen, wie vom Betteln, läßt sich niemand, der dessen lange gewont geworden, zu anhaltendem Arbeiten anders, als mit Gewalt, bringen. Nun ist sinkende Faulheit bei dem verdorbenen Volke NationalKrankheit, wie Krätze. Kein Jude gibt sich auf Dörfern mit Weben oder GartenBau ab, wo doch der christliche Bauer alle seine NebenZeit auf diese einträgliche Geschäfte verwendet: äußerst selten sieht man ethe jüdische Magd nähen oder stricken 10. (KLOCKENBR. 254 folg.). Im J. 1751 erteilte Stanislaw in Lothringen, 180 JudenFamilien die bürgerliche Existenz: aber bis 1790 hat nicht eine Einzige sich auf den Ackerbau, nicht einmal auf die Cultur ihres Gartens, gelegt, auch kein andres nützliches metier vorgenommen: alle blieben beim Schachern (StatsAnz. J. 60, S. 448).

e. Und nun, was wäre mit allem dem gewonnen? 1. Schon genug, daß sie solchergestalt für die Christen, den weit größeren Teil der bürgerlichen Gesellschaft, unschädlich werden. Aber noch mer, 2. sie werden für sich glücklichere Menschen; sie haben für sich einen sicherern LebensUnterhalt, und sind den Neckereien und der Verachtung verächtlicher Christen entzogen. Zwar die erste Generation wird jammern, daß sie arbeiten muß; aber die zwote wird des Dings schon gewont seyn. Noch mer, 3. sie werden höchstwahrscheinlich bessere Menschen. Schon der Ackerbau an sich macht die Menschen eher moralisch, so wie die Schacherei sie verunedelt (KLOCKENBR. 232). Und

4. wenn ihrer viele beisammen sind, so können sie, one Härte, gezwungen werden, Volksschulen auf gemeine Kosten anzulegen, und sie vernünftig einzurichten (§. 17, V). Und wer verzweifelt, daß nicht aus diesen Schulen, in kommenden Geschlechtern, Mendelsobus und BenDavid aufwachsen, welche Reformation, Entfagung dem Talmud, und Rückkehr zum Moseb, predigen? R. Jakobs Bannstralen würden nur fulgura ex pelvi seyn, denn der weltliche Arm würde die Gebannten schützen: und höchstens würde eine Trennung zwischen talmudischen und mosaischen Juden erfolgen, wie zwischen Papisten, Rotholiten, und Protestanten.

§. 19. Dieser Plan, die unglückliche Nation, in eigenen Commünen, zum Landbau zu zwingen, und sie durch Errichtung vernünftiger Schulen, allmählich zur Abwerfung ihres CärimonialJochs vorzubereiten, 1. ist ausführbar. Die Schwierigkeiten, die dabel eintreten möchten, 2. Er. wie der Jude zu Ländereien kommen könne, sind schon von andern beantwortet, und lassen sich, nach der Verschiedenheit der Länder, verschiedenlich heben. 3. Er ist nicht ganz neu. Wie glücklich lebten die Juden in Hallsch, noch um das J. 1570, als GutsBesitzer und Gelehrte, au rang des honnetes gens<sup>1</sup>. Und auch in Deutschland, 3. Er. im Hallschen, gibt es, wiewol einzelne und seltene Beispiele, von Ackerbauenden Juden. 3. Er kan one alle Härte ausgeführt werden; man neme sich nur Ein Menschenalter Zeit dazu. 4. Der größte geheime Widerstand dabel wird, von Seite des PrivatInteresses Einzelner, zu befürchten seyn. In manchen Bezirken schütze der klenne LandesGebietiger, Scharen von JudenFamilien, die durch ihren Schwacher die ganze Nachbarschaft ausaugen, blos

Kf 3

weil

---

1. La vie du Cardinal Commendon (Paris, 1680, 12) p. 270. Auch in der oben citirten Diss. de causa Judaeorum tolerantia, wird durchgängig auf separatam eorum habitationem gedrungen.



woll sie ihrer ein jährliches Schußgeld von einigen 100 fl. eintragen. In manchen Städten muß jeder Bettel-Jude seinen Paß, den er die Tage über, da er Schabas davor hält, an die Stadt-Wache abgeben muß, mit einem Grotzen Wsen u. s. w. . . . 5. Auch diejenigen, welche die Nation, wo nicht gar verächtlich, doch ihre Verachtung gekennet haben wollen. aus dem Grunde, daß sie nicht zur Vertheidigung des Vaterlandes taugt, werden befriedigt werden. Dieses Volk, das jezo, eben so, und aus gleichen Ursachen, Mitleid ist, wie es bei seinem Auszug aus Aegypten war, wird wieder brav werden, wie es unter David und den Maccabäern war: ganze Bataillons von Hebräern werden, in den Heeren christlicher — nicht Conqueranten, sondern — Beschützer des Vaterlandes, figuriren, wie in dem persischen Heere des Xerxes, wie in Prag A. 997 gegen Felden, und A. 1648 gegen Schweden, wie in Ofen A. 1686 gegen die Oestreicher<sup>2</sup>.

§. 10. Erbarmen sich doch endlich unsere deutsche (an polnische ist nicht zu gedenken) Regierungen über eine elende Menschen-Race, die sich selbst zur Last, und andern resp. mindrer verdorbenen Men'schen-Racen weit schädlicher, wie die grausam ausgerotteten Zigeuner, ist. — Hören sie doch die, besonders in unserm jetzigen Jarhundert, laut gewordenen Klagen der Justiz und Polizei in jedem wolgeordneten State, die beide oft nicht die Hälfte ihrer mühsamen Geschäfte haben würden, wenn keine Bettel-Juden wären. Wo hört man dann von Diebstählen, Einbrüchen, und ganzen Diebes-Banden, unter denen nicht Juden, meist als Anführer, wären? Wer macht die Jar-Märkte unsicher, anders als meist Bettel-Juden? — Und las-

---

2. Diss. juris publici de Judaeo milite, Præl. Gruber, Resp. Cukmann (Galle, 1723, 51 Seiten). Ist sehr wichtig, aber keinem der bisherigen Schriftsteller über Juden-Verbesserung bekannt.

lassen sie sich nicht länger durch einzelne, in Hauptstädten, wie in Berlin, Hannover &c., gestiftete Erziehungs-Institute, blenden. Diese Stiftungen sind berglich gut gemacht, und machen ihren Stiftern wäre Ehre: aber wie unwirksam sind sie für das Gros der Nation? Schaffen sie das schädliche Gesindel in Dessau, und Moislungen, im Haltsch, in Wolynien &c. &c., um? — Noch macht der Verf. von A\* eine andre Idee rege, die, namentlich in unsern Tagen, eifrige Beherzigung verdient. Die heuthige jüdische Talmuds-Religion ist so stockdumm, daß sie, wenn ferner nur einiges mereres Licht unter die Leute kommt, notwendig fallen muß. Nun fallen bekanntlich halb Aufgeklärte von einem extremo aufs andre: also werden die Talmuds-Juden, nicht mosaische Juden, sondern pariser Uebelthier, werden.

---

\* „Er, der sich gewohnt hat, seinem Vortheil Eärmonie, Gesetz, und Religion, aufzuopfern, wird seinen Vortheil endlich allein zum Maßstabe seiner Handlungen machen. Und ich erblicke schon das Thier, das fürchterliche Ungeheuer, in der Ferne. Ich fürchte seine Klauen. Kerker, Eisen, und Henker, mögen es von mir entfernen!“ A. C. 33. 34.

---

## 58.

Hr. Friedrich Christian DIETZEL,

Postmeister zu Nordheim, 2 Meilen von Göttingen,

(Wenn so heiße der Mann, Dietzel, nicht Königl. Post-Amt, unter welcher respectablen Firma er gewöhnlich sich und seine Uebeltaten, auf eine bald lächerliche, bald frevelhafte Weise, zu verstecken pflegt), schickte mir den 28ten Novemb. ein Billet offen zu. Nichts ist also natürlicher, als daß ich ihm auch öffentlich antworte. — Dagegen läßt sich kein rechtschaffener Deutscher gerne, mit einem

*Sansculotte* <sup>1</sup>, in eine PrivatCorrespondenz ein. — Auch glaube ich noch nebenher, durch die Publicität meiner Antwort, dem ganzen hiesländischen löbl. PostStande einen patriotischen Dienst zu leisten. Denn bekanntlich sind, seit etlichen Jaren, die Klagen des Publiel über das händversche PostWesen, gar laut, und zum Theil gedruckt, worden. Aber unser PostWesen im Ganzen ist gut, und, so lange den Verordnungen strikte nachgelebt wird, nichts weniger als für das Publicum drückend, nichts weniger als den Despotism der PostOfficialen begünstigend. Einzelne mag es unter diesen Officialen hier, wie überall, geben, die frech gegen Gesetze, Ordnung, und gute Sitten, handeln. Der flüchtige Reisende bürdet diese individuelle Vergehungen dem ganzen würdigen Corps auf, und bringt dadurch das Land überhaupt in üblen Ruf. Folglich muß der einzelne Sünder, zur gerechten Schadloshaltung seines Standes und Landes, bei seinem rechten Namen genannt werden,

digito monstrari, & dicier: *hic est*, DIETZEL!

I. Hr. Postmeister Dietzel betrügt sich erstaunlich ungezogen gegen Reisende, auch one daß sie ihm den geringsten Anlaß dazu geben. (Das, meines Wissens, neueste Beispiel hiervon, wird unten erzählt). Das tun seine Collegen nicht:

---

1. Ich, fleißiger Leser des *Moniteur*, habe mir aus dieser seltsamen Zeitung, folgende Definition von einem *Sansculotte*, nach der jetzigen Bedeutung in Frankreich, formirt. Es ist ein Mensch (mit oder one Hosen? gleich viel) der a. kein LandesGesez respectirt; b. zur Beschönigung seines Frevels von großen Worten bildet, die er nicht versteht, von *Droit de l'homme*, von *Observanz* ic.; c. keinen Unterscheid der Stände und vom Stat sanctionirter Charaktere erkennt; und d. da, wo die Anarchie allgemein triumphirt, sich Mord und Todschlag erlaubt, da aber, wo Gerechtiz ist, es doch auf gut Glück probirt, seiner *Sansculotterie* durch Flegelreien und Überwitz Lust zu machen.

nicht: das sollte auch Er nicht tun, selbst wenn nicht die neu-  
ste Verordnung vom 9 Decemb. 1786 existirte, welche  
ausdrücklich allen Post-Officianten Höflichkeit einschärft.

II. Dasjenige aber, wodurch Er sich nächstbem vor-  
züglich, weit und breit, in schlechten Ruf gesetzt, wo nicht  
gar resp. furchtbar gemacht hat, ist, daß er alle Reisende  
brandschäße, die mit Vier-Pferden durch Nordheim, seine  
Station, reisen. Diese Brandschätzung heißt bei ihm  
Stationen-Gebühren; und sie beträgt auf jedes Pferd für  
jede Meile 1 Mgr. Daß diese *inhospitale* Abgabe,  
von der man kaum in 2 oder 3 Ländern der europäischen  
Christenheit etwas weiß, unnatürlich und drückend sei —  
drückend für den inländischen Fuhrstand, einen Narungs-  
Zweig, der wegen seiner Erheblichkeit, namentlich in Götern  
eingen, gepflegt, nicht gedrückt werden muß. — drückend  
für Reisende, besonders ausländische, die sich darob wan-  
dern, daß sie die Erlaubnis, einige 30 Meilen durch das  
Land, von einem Orte desselben bis zum andern (von Nürnberg  
bis Hamburg) zu reisen, und demselben ihren Reise-  
Aufwand zu Gute kommen zu lassen<sup>2</sup>, mit 4  $\text{R} \text{ C. M.}$  er-  
kaufen sollen: — gehört nicht hieher. Wol aber dieses,  
daß die Abgabe *illegal* ist, und notorisch hier zu Lande  
kein Gesetz existirt, das diese gehässige Auflage festsetzt.  
Nun ist die Brandschätzung an sich schon höchst merkwür-  
dig; da einzelne Post-Bezirke, in einem freien Lande, wo  
der Landesfürst selbst keine Auflagen ohne Beirat seiner  
Stände macht, sich erdreihen, Mikbürger und Fremde ek-  
genmächtig damit zu beladen, und mit solcher, nicht die  
Landesherrliche Cassé, Jar aus und ein, um mehrere tausend  
 $\text{R} \text{ C.}$  zu bereichern, sondern ihre eignen Beutel, auf eine Bel-

R 5

spiel.

2. In Modena fodert der Wirt den Reisenden, die bei  
ihm übernachten, eine besond're Abgabe dafür ab; die je-  
doch der Landes Herr, nicht der Wirt, bestimmt.

spiellose Weise zu spielen. Aber noch merkwürdiger ist die Art, wie Hr. Dietzel diese illegale Auflage eine Zeitlang erhoben hat:

III. Er spiegelte nämlich dem löbl. Militaire seines Orts vor, daß diese Stations-Gebühren sich auf ein Landes-Gesetz gründeten; und um die Wachen zu gewinnen, daß sie main fortso brauchen, und keinen Reisenden ons bezahlen. Schwein durch das Thor lassen sollten,

III. erhöhte er die Auflage von 4 Mgr. für 2 Pferde auf 5; und diesen 5<sup>ten</sup> Mgr., den die Wache bekam, mußte ebenfalls der Reisende bezahlen. Also wurden nun, außer den Stations-Gebühren, auch Einhebungs-Gebühren angelegt: alles aus eigener Macht des Hrn. Dietzels!

V. Als das respectable Militaire den Betrug erfuhr (denn erklärter Wille der hohen Landes-Regierung ist es, daß den Thor-Wachen keineswegs irgend eine Nachfrage und Zwangs-Ausübung wegen sogenannter Stations-Gebühren gestattet werde), und den Mgr. nicht weiter verblieben wollte: inducirte Hr. D. die Chaussée-Wärter, diesen Zwang durch Verschließung der Barrieren auszuüben. Und wenn alles nicht helfen wollte,

VI. so schickte er seine Knechte aus, aufs freie Feld, die die Reisenden auf offener Her-Straße überfallen, ihnen ein Pferd ausspannen, und sie durch diese Gewaltthatigkeit nötigen mußten, — nicht die von ihm unter dem Namen von Stations-Gebühren prétendirte Brandschätzung von 2, 4, 8 Mgr., sondern —

VII. eine Strafe von 1 Louisd'or, ihm zu entrichten. Strafe also dictirte er selbst, nicht das Gesetz! Strafe executirte er selbst via facti, nicht durch den Weg Rechtsens! Säugnen kan Hr. D. keines von diesen factis: sie liegen in mereren Acten, deren Erfolg er sich hätte zur Besserung für die Zukunft dienen lassen sollen. Und wie nennt die deutsche positive Jurisprudenz, dergleichen Verbrechen von so cumulirter Art? Ich meine, sie heißen cri-

mina

*mina concessione.* Die schwere Strafe, die darauf gesetzt ist, steht in allen Lehrbüchern des peinlichen Rechts.

Schon mehrere male war die Justiz hinter dem Manne her, und verurtheilte ihn in den Ersatz aller Kosten bei erhobenen Klagen. Selbst die Regierung bedrohet ihn mit Dienst-Entsagung. Aber beides half so wenig, als sanft vorgestellte VernunftGründe von einzelnen Reisenden. Der Mann ist bis *dato* unverbesserlich! Hier ein neuer Vorfall.

Den 18 Nov. traten 3 Personen aus meinem Hause, in einem Göttingischen MierWagen, eine Reise von hier nach der NiederErbe an. Ordnungsmäßig erbat ich mir hiezu einen sogenannten PassirZettel vom hiesigen PostAmte, und erhielt ihn — natürlich unentgeltlich (denn außer dem, daß in der PostOrdnung keine Sylbe von Bezahlung für einen solchen Zettel steht; so sind deshalb, für Göttingen schriftliche, u. für Hannover ein gedrucktes Rescript vorhanden, die ausdrücklich das Beiwort unentgeltlich enthalten). Mit diesem Zettel konnten meine Reisende, nach dem deutlichsten Buchstaben der PostOrdnung, bis ans Ende des Landes kommen. Da ich aber Hrn. Dietzel vom 20 Octobr. 1789 her, und nachher aus Acten, kannte, auch hörte, daß auf dieser Route mehrere Dietzels wären; und ich gleichwol meine Reisende gegen Unrecht, Aufhalten, und jede unangenehme Dispute, auf die anständigste Weise sichern wollte; so schrieb ich, mit meines Namens und Charakters Unterschrift, unten dem PassirZettel bei:

Da hohe Königl. LandesRegierung mehrere male, und neuerlich noch bei Gelegenheit eines Vorfalls in Nienburg, ausdrücklich erklärt hat, daß kein Landesherrliches Gesetz irgend jemanden im Lande berechtige, sogenannte StationsGebühren den Reisenden abzufordern: so hoffe ich, meine . . . , oder welches einerlei ist, ihr DietzAufwer, werde auf allen löbl. Kurhannoverschen Posten zwischen hier und Hamburg, von aller Anforderung von der Art, den LandesGesetzen gemäß, verschont bleiben.

Komm.

Konnten diese Ausdrücke anständiger seyn? Ich hat nicht, das brauchte ich nicht; aber ich foderte auch nicht, wie ich doch wol zu thun befugt gewesen wäre: ich anßerte nur meine Hoffnung, daß beeidigte LandesOfficianten, den LandesGefez, an die ich sie blos mit Gründen erinnerte, Respect erweisen würden. Der klare Ausdruck, daß "kein LandesGefez StationsGebühren auferlege", war mir aus einem Urtheil des hiesigen CivilGerichts vom 19 Maj 1790, und vorzüglich aus einem hohen Rescript vom 17 Maj 1791 bekannt: belbe citirte ich aus Schonung des Hrn. D. nicht, denn durch jenes war er in den Ersaz aller ProceßKosten condemnirt, und in diesem mit der DienstEntsehung bedrohet worden; ich erwähnte nur namentlich eines neuen Rescripts nach Wienburg (ich glaube, vom Monat August), von dem mir eben damals ein sicherer Reisender Nachricht gegeben hatte.

Ordnungsmäßig ward obbemeldter PassirZettel Hrn. Postmeister D. zugeschildt. Er las mein unten Beilageschriebnes: was sollte, was durfte, Er-thun? Glaubte Er, daß Er, one Verantwortung, meine Hoffnung täuschen dürfte; nun so foderte er die 4 Mgr. One Widerrede wären sie ihm geliefert worden: denn niemand zankt sich gerne auf einer eiligen Reise, am wenigsten mit einem, wegen seiner Grobheit schon weltberüchtigten Menschen, herum. Aber statt dessen schmierte Er, auf eben diesem PassirZettel, unter meine Zellen hin:

*Ist der wer alt 60jährigen Observanz gemä.*

Ueber das Recht oder Unrecht der StationsGebühren zu disputiren, war hier in Wahrheit der Ort nicht. Data darf und muß der Gelehrte über LandesGefez angeben, besonders wenn solche nur noch erst im Werke sind (oben S. 458); und die Regierung wird diese Data in ihrer Weisheit erwägen, und zu seiner Zeit entscheiden. Aber wie untersteht sich ein Mann, der notorisch one alte gelehrte

Eula

Kultur ist (die auch zu seinem Amte niemand von ihm fordert), von RechtsGründen zu fallen, und Einen namentlich anzugeben? Ehedem bezog er sich auf die Post-Ordnung, und citirte deren Art. 5 vom NebenPostiren, welcher Artikel sich auf StationsGebühren, wie die Faust aufs Aug, paßt. Nachher kam er mit Herkommen an, so wie hier auch mit Observanz. Weiß aber der Mann, was das große Wort Observanz bedeutet, und wie viel zu dem Beweise gehört, wenn solche ein Recht begründen soll? a. Ist sie wer als 60jährig? Das beweise Er. Im J. 1755 existirte sie noch nicht; sonst müßte notwendig die Post-Ordnung, die alle Kleinigkeiten, besonders in Geldsachen, mit einer Mustrihaften Punctlichkeit bestimmt, sie sanctionirt haben. b. Ist sie allgemein? Auch dieses nicht. Beispiele hab ich selbst im Lande erlebt, daß mir niemand solche abgefordert hat. c. Ist sie nie unterbrochen, nie widersprochen worden? Wie laut und unaufhörlich sind die Klagen darüber von In- und Ausländern! und wie oft sind dergleichen Klagen schon höheren Orts angebracht worden!

Wech ein weitaussehend. Landesverderblicher Grundsatz im FinanzWesen, es übrigens seyn würde, wenn „ein „viele Jahre hindurch, unbemerkt, oder auch nur ungeändert, „fortgesetzter Usug, Herkommen würde, und eigenmächtig eingeführt, lang und oft widerholte Expressungen, anstatt „dadurch die Strafbarkeit des Expressers zu vermehren, unter „dem Titel der Observanz rechtmäßig würden“; — wie noch neuerlich das ReichsViceratsGericht es dem Eßlinger Magistrate schwer verwiesen, daß er große, in seinem Stadt-RechnungsWesen eingestandne Mißbräuche, durch Observanz decken wollen; — wie ganz vorzüglich beim PostWesen, jener Grundsatz von den bedenklichsten Folgen wäre, da der Reisende, nach der ganz eignen Lage, worinn er sich gewöhnlich befindet, blindlings glauben muß, daß das, was ihm ein besidigter PostOfficiant abfordert, Wille des



Landesfürsten sei, folglich hier Eine Erpressung 99mal begangen werden, und somit zur rechtlichen Observanz aufwachsen könnte, ehe sie 1mal gerügt und bestraft wird: — von allem dem hier kein Wort, wenn es gleich schriftlich hier, als auf einem PassirZettel, anzubringen wäre. Doch wollte Hr. D. einmal weise tun, und sein Recht schriftlich deduciren: auch das stand ihm frei. Aber wer, was, reizte seine Bosheit, daß sie sich in Sansculotten-Aberwitz ergoß? Was fand der rasche Mann für eine Ehre darinn, eine Reise-Gesellschaft, von lauter Personen weiblichen Geschlechts, aus seinem PostComtoir heraus, seine Macht, ungestraft, sogar one alle Widerrede, Insultiren zu können, füllen zu lassen? Was berechtigte den Mann, noch ferner unter meine anständigen Zellen auf dem PassirZettel, belguschmieren:

*Indeß da der Hr. Hofrath nichts wissen kan, wird ihm solches zu Nordheim geschenkt, und zwar nur für diesmal.  
KPostAmt.*

Kan der Mann schenken? Ist er reich? Ich zweifle nicht. Die gesetzlichen Einkünfte der PostBedienten hier zu Lande sind bekanntlich reichlich: natürlich werden sie noch stärker, wenn sich einer auch unerlaubte Revenüen macht. Namentlich mögen beide dormalen in Nordheim, ganz was anders betragen, als vor dem J. 1737, ehe Göttingen ward, was es ist (wofür auch Hr. Postmeister Dietzel, sein schuldiges DankGefül, gegen Göttingische Professoren, bei jeder Gelegenheit zu bezeugen, unermangelt!).

Durfte er in vorliegendem Falle schenken? Nein, er durfte es nicht, falls die StationsGebühren in die LandesHerrlicheCasse fielen; wol aber, wenn sie der Posthalter in seine eigne Tasche steckt.

Aber warum schenkte er mir? Ich bat ja um kein Geschenk, sondern hoffte eine PflichtErfüllung. Ich hoffe, Hr. D. werde mir mein Haus nicht über dem Kopf anstecken; wird er aber deswegen mündlich und schriftlich pra-

proben: "ich habe dem Hofr. Schl. sein Haus geschenkt, weil ers nicht missen kan".

Denn diesen Grund seines Schenkens gibt der Mann an: "ich könne die sogenannten Stationsgebühren nicht missen", sagt er. Wie versteht Er das? I. daß ich so arm sei, daß mir eine legale Abgabe von 4 Ngl. schwer falle? Aber wie unedel, wie nichtswürdig, wäre es dann, jemanden seine Armut auf eine so blutende Weise, in einer Art von Acte, so öffentlich, vorzurücken? Doch so hat's Hr. D. schwerlich gemeint; wir kennen uns ja beider reciproc, als Nachbarn. Also, und da auch von einem nicht armen Manne gesagt werden kan, daß er nichts missen könne, wenn er nämlich II. ein Geizhals ist: so muß Hr. D. seinen Ausdruck so, und nicht anders, gemeint haben. Ist dem so, so beweise Er seinen Vorwurf: bis dahin erkläre ich ihn für einen groben Injurianten.

Aus meinen Zeilen kan indeß, unmöglich, weder das eine noch das andre, nach einer gefunden Menschenlogik, geschlossen werden. Die Größe oder Kleinheit der Summe kommt hierbei desfalls in keinen Betracht, sondern einzig und allein das Recht. Ein wohlhabender, und dabei bis zum Verschwenden woltätiger Mann, kan sich wüthend werden, wenn man ihn auf unbeförigte Weise um eine Bagatelle bringen will. Wie wenn Hr. D. auf der Heerstraße angefallen, und ihm seine Börse abgenommen würde, in der aber zufälliger Weise nicht mer, als ein kurz vorher erobertes StationsGeld von 4 Ngl. wäre; und Er denuncierte solches, seiner Bürgerpflicht gemäß, bei der heil. Justiz, und diese erkannte nachher gegen den Verbrecher auf Galgen oder KalkBerg und ZuchtHaus: würde er von einem ehrsamen Publico den Vorwurf fürchten, daß er, entweder ein armer L—, oder ein elender Knacker sei, der keine 4 Ngl. missen könne?

Und

Und diese blähet analysirten Sonett soll mir das Königl. PostAmt — sagen? Nicht doch, Er, Postmeister Dietzel, sagte sie mir: so wie auch Er, nicht das Königl. PostAmt, schon mehrere male von der Justiz condemnirt worden; so wie auch Er, nicht das Königl. PostAmt, A. 1791 mit der DienstEntsetzung bedrohet worden. Ein ausmärtiger Colleague von Hrn. D. hätte sich diesen abstract-collectiven Ausdruck so angewandt, daß, wie er sagte, das Hochfürstl. . . . PostAmt den Pastor loci um seine Tochter ansprach; und wie er nachher mit einem Söhnlein erfreut wurde, "notificirte abermals das Hochfürstl. . . . PostAmt solches den nahen und fernnen Freunden dienstschuldigst". Dieser Mißbrauch der ehrwürdigen Signatur war bloß eine Lächerlichkeit: aber der, den sich D. davon zu machen erfrecht, ist wirklich strafbar.

Unter den Tausenden von Lesern dieser StatsAnzeigen, werden gewiß sehr Viele seyn, die bei Lesung dieses Aufsatzes sagen oder denken werden: "das ist DER, eben der, der auch gegen mich, wie ich durch Nordheim reiste, naseweis und ungeschliffen war!" — und von nun an, nicht mehr auf die Hannöverschen Postmeister, sondern auf Einen ihrer unwürdigen Collegen, Namens Dietzel, schimpfen.

Vielleicht sagt dieser Hr. D. allwieder, ich hätte bei seiner Regierung, oder bei der Justiz, gegen ihn, als Kläger oder Denunciant, auftreten sollen. Warlich, dann muß er glauben, ein Professor in Göttingen habe nicht mehr zu tun, wie ein Postbaker in Nordheim; oder jener könne seine Arbeiten, so gut wie dieser, durch Knechte verrichten lassen. Ja wie viele Weltläufigkeiten könnte ihn eine gerichtliche Klage von der Art bringen! — Ueberdem hat das PostWesen dieses mit der Polizei gemein, daß Mißbräuche nur durch erzählte *facta* gerügt werden können: der juristische *modus procedendi* führt hier nicht leicht zum Ziel, und bessere den verstockten Sünder nicht, wie die tägliche Erfahrung lehrt.

Göttingen, 20 Novemb. 1793.

N. E. S.

Anhang

# Anhang

zum

72ten Hefte der

## StaatsAnzeigen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

59.

KurSächsisches Mandat wegen  
Qualificirung junger Leute zu künftiger Dienstleistung.  
Dresden, 27 Febr. 1793.

Gedr. auf 3 Bogen in Fol.

Wir *Friedrich August* . . . ertheilen allen und jeden . . .

„Da unsre LandesVäterliche Fürsorge jedergelt vorzüglich dahin gerichtet gewesen ist, zur Wohlfart unsrer Lande und Untertanen, sämtliche Rats. und andre wichtige Stellen bei unsern LandesCollegiis, mit hinlänglich qualificirten und arbeitsamen Subjecten zu besetzen: so haben alle diejenigen, welche dazu zu gelangen, oder sonst zu CivilBedienungen und StaatsGeschäften gebraucht zu werden wünschen, dazu anders sich nicht Hoffnung zu machen, als insofern sie die zu deren Verwaltung erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse, durch anhaltende Arbeitsamkeit und Fleiß, zu erlangen gesucht, und solche vor ihrer Anstellung in Unserm Dienst, bei der mit ihnen angestellten Prüfung, oder sonst, hinlänglich bewährt haben“. . . Dem zufolge. . .

I. Alle Eltern und Vormünder, indem selbige zur Erreichung unsrer Absicht vorzüglich mitwirken können, werden aufs ernstlichste ermahnt, die Fähigkeiten ihrer Kinder und PfliegBefohlenen, bevor sie dieselben zum CivilDienst des Staats, und überhaupt zum Studiren, bestimmen, sorg-

StaatsAnz. XVIII: 72. fals

fähig zu prüfen, und insofern sie dieser Prüfung nicht fähig sind, durch verständige und erfahrene Personen prüfen zu lassen; auch solche Subjecte, von deren Fähigkeiten und Kräften kein sonderlicher Erfolg zu erwarten ist, lieber von dieser Bestimmung abzuhalten, und einer andern denselben angemessenen Lebensart zu widmen, als zu veranlassen, daß selbige, nebst dem Verlust der vergeblich verwendeten Kosten, in der Folge als unfähige und unbrauchbare Subjecte, ihrer Familie und dem State zur Last fallen. — Es sind aber auch diejenigen, die dem Studiren sich widmen, gleich anfänglich zur Ordnung und Arbeitsamkeit anzuhalten; und nebst der Erlernung gründlicher SprachKenntnisse, und anderer zur Vorbereitung auf die Akademie erforderlichen Wissenschaften, besonders durch praktische Uebungen zum Selbstdenken, und zur Fertigkeit, das wol Ueberdachte schriftlich und mündlich gut vorzutragen, zu gewöhnen. Auch ist ihnen der Grundsatz, daß nur Geschicklichkeit und Fleiß, keineswegs aber Geburt und Stand der Eltern \*, oder Reichthum, auf künftige Anstellung begründeten Anspruch geben könne, frühzeitig einzuprägen.

II. Zugleich schärfen wir sämmtlichen Lehrern der niedern und höhern Schulen unsrer Lande, hiermit nachdrücklich ein, in der Behandlung ihrer Schüler und Zuhörer, weder auf Geburt \*, noch auf Glück's Güter, Rücksicht zu nehmen, sondern vielmehr selbige ohne Unterschied, durch eine strenge Erziehung und Unterweisung, zu nützlichen Bürgern des Vaterlandes zu bilden.

III. Da der Schulunterricht, als eine unentbehrliche Vorbereitung zur Akademie, eher zu verlängern als abzukürzen ist, und onehln die höheren Wissenschaften ein reiferes Alter erfordern: so hegen Wir zu Eltern und Vormündern das Vertrauen, daß sie ihre Kinder und PflegBefohlenen, denen wir onehln nicht eher, als nach erfülltem 21sten Jahre ihres Alters einen CivilDienst anzuvertrauen gemeinet sind, nicht zu früh die Universität werden beziehen lassen.

IV.

IV. Die, so auf Schulen gewesen sind, und die Akademie beziehen, haben, ehe sie als akademische Bürger aufgenommen werden, über ihre erworbene Kenntnisse und Fähigkeit, ihre studia mit Nutzen auf Akademien fortsetzen zu können, ein Zeugnis ihrer Lehrer —, diejenigen aber, welche eine PrivatErziehung genossen haben, nach vorgängiger Prüfung durch einen SchulRector, von diesem letztern ein gewissenhaftes Zeugnis zu empfangen und vorzuzeigen. Und wir versehen uns zu den sämtlichen Lehrern der Schulen unsrer Lande, daß sie hierbei nach strenger Gewissenhaftigkeit handeln, und unserm auf sie gesetzten Vertrauen vollständig Genüge leisten werden. Solche Subjects aber, die mit keinem dergleichen Zeugnis versehen sind, oder deren beigebrachtes Attestat unzulänglich befunden wird, sind von der Aufnahme als akademische Bürger, one alles Ansehen der Person, zurückzuweisen, und zu bedanken, daß sie sich zuvor besser qualificiren sollen.

V. Alle, welche in Zukunft zur Anstellung bei einem JustizCollegio Hoffnung haben wollen, sollen wenigstens 2 Jare auf inländischen, und überhaupt wenigstens 3 vollständige Jare auf Universitäten studiren, allda sich eines sittlichen ordentlichen Betragens befleißigen, und nebst den erforderlichen Vorbereitungs- und HilfsWissenschaften, über alle Theile der RechtsGelehrsamkeit Vorlesungen, auch Insonderheit, nebst andern praktischen Collegiis, ein *Relatorium* hören.

VI. Nach vollendeten akademischen Studien, sollen sie, nebst dem bereits angeordneten Examine, — zu welchem die von Adel bei dem OberHofGerichte zu Leipzig, oder dem HofGerichte zu Wittenberg, oder einer der JuristenFacultäten zu Leipzig und Wittenberg, die Bürgerlichen aber bei einer von gedachten Facultäten, sich zu sistiren, und dabei die Zeugnisse aller gehörten Collegien einzureichen haben —, ihre erlangten Kenntnisse und Fähigkeiten, zugleich durch Ansarbeitung der Specimina, res

aus Etoll., und das ste aus CriminalActen, hinlänglich bewähren: wovon auch diejenigen, welche sich ad Candidaturam juris examiniren lassen, künftig nicht ausgenommen seyn sollen, wenn sie nicht schon zuvor das gewöhnliche Examen ad praxin juridicam überstanden haben. Und gleichwie Wir uns zu der Gewissenhaftigkeit aller derjenigen Personen, durch deren Zeugnisse dieselben sich künftig legitimiren sollen, versehen, daß sie dabei die strengste Genauigkeit, ohne alle persönliche Rücksichten, beobachten werden; auch insonderheit unser Ober-Hof-Gericht und Hof-Gericht, imgleichen die Juristen-Facultäten zu Leipzig und Wittenberg, durch besondere Rescripte von uns dazu angewiesen worden sind: Also ist auch bei Ausstellung der Pflichtmäßigen Zeugnisse über das sittliche Betragen der jungen Leute auf der Akademie, ohne dessen Production die Anstellung in unsern Diensten schlechterdings nicht Statt finden soll, in eben der Weise, ohne Rücksicht auf Stand oder Geburt, oder andre Verhältnisse, zu verfahren.

VII. Nach dem im Examine erhaltenen beifälligen Zeugnisse, müssen ferner diejenigen von Adel, welche bei unsrer Landes-Regierung als Assessoren, oder bei unserm Appellations-Gerichte und Selbst-Regierungen, angestellt werden wollen, wenigstens 1 Jar den Sitzungen des Ober-Hof-Gerichts zu Leipzig, oder des Hof-Gerichts zu Wittenberg, als Auditores beiwohnen, auch dabei, so weit möglich, sich in eigenen Ausarbeitungen zu üben suchen. Wir sind auch von diesem Erfoderuiss des Auditoriats bei dem Ober-Hof-Gerichte, nur in dem Fall zu dispensiren gemeint, wenn der Supplicand darzutun vermag, daß er, nach beendigten akademischen Studien, bei einem Kreis- oder Amts-Hauptmann, oder einem Justiz-Beamten, auf die praktische Anwendung der Rechts-Wissenschaften annoch 1 Jar allem Fleißes sich applicirt habe.

VIII. IX. Wenn sodann bei Uns einer von Adel um die Assessor bei der Landes-Regierung, oder eine Stelle bei

bei unserm AppellationsGericht oder den StifftsRegirungen, ansuchen will, hat er seinem Memorial die Zeugnisse wegen der auf Akademien gehörten Collegien, und darunter insbesondere des Relatorii, wegen seines Wohlverhaltens auf Akademien, wegen des Examinis bei dem Oberhof- und HofGericht oder einer der JuristenFacultäten zu Leipzig und Wittenberg, ingleichen des gehörig abgewarteten Auditoriats, und dafern er deshalb um Dispensation bittet, wegen des bei einem Kreis. oder AmtesHauptmann, oder einem JustizBeamten, 1 Jar lang, auf die Anwendung der RechtsWissenschaft verwendeten Fleißes, originaliter beizufügen. — Wenn Wir hierauf dessen Zulassung zu Fertigung der ferner erforderlichen ProbeSchriften bewilligen: so hat derjenige, welcher sich zur Assessor bei der LandesRegierung qualificiren will, deren 2, eine aus Civil- und die andre aus CriminalActen, abzufassen; nach deren Einreichung aber sich annoch einer, von 2 deputirten Räten des Collegii, mit ihm, nach Anleitung der gefertigten ProbeSchriften, anzustellenden Prüfung, zu unterwerfen. Und erst nach der Uns erstatteten Anzeige, wie die ProbeSchriften des Candidaten besunden worden, und wie derselbe bei der angestellten Prüfung bestanden sei, werden Wir uns entschließen, ob er, nach vorgängiger eidlischen Bestätigung der SelbstVerfertigung der ProbeSchriften, zum Assessor bestelle, oder zu Erlangung mererer Kenntnisse oder Uebung angemessen werden müsse.

X. Diejenigen von Adel aber, welche Wir, auf Ihre Ansuchen, um Stellen bei unserm AppellationsGerichte oder unsern StifftsRegirungen, zu Fertigung der ProbeSchriften zulassen, haben deren ebenfalls 2, und zwar beim AppellationsGerichte, die eine aus Acten, welche einen LehnusProceß, und die andre aus Acten, welche einen CivilProceß enthalten, bei den StifftsRegirungen aber die eine aus CivilActen, und die andre aus CriminalActen, abzufassen,



und durch solche die erforderliche RechtsWissenschaft und Geschicklichkeit hinlänglich zu bewahren. — Um Hof- und JustizienRatsStellen, mögen die, bei der LandesRegierung angestellten Assessoren, eher nicht, als nachdem sie zuerst 6 Monate lang, die Ferien nicht mit eingerechnet, unter Anleitung und Aufsicht eines älteren Hof- und JustizienRats, sowol im mündlichen Referiren, als in schriftlichen Ausarbeitungen, sich geübt, und sodann wenigstens noch  $1\frac{1}{2}$  Jar one diese Anleitung selbst gearbeitet haben, anschauen. Wenn dann aus der Uns, auf solches Gesuch eines Assessors, über dessen bis dahin erwiesenen Fleiß und erlangte Geschicklichkeit, zu erstattenden Anzeige, sich ergeben sollte, daß von ihm nichts, oder doch nur etwas sehr mangelmäßiges, zu hoffen sei: so werden Wir denselben sofort, one Zulassung zu weiteren Proben, abweisen lassen. Derjenige aber, welchem wir diese Zulassung zu bewilligen kein Bedenken finden, hat 2 anderweite ProbeSchriften, die eine aus einer wichtigen LehnSache, und die andre aus einer wichtigen Gränz- und HoheitsSache, zu fertigen. Und nach der uns ferner darüber, wie die ProbeSchriften befunden worden sind, erstatteten Anzeige, werden Wir uns, wegen des Candidaten Bestellung zum Hof- und JustizienRat, nach vorgängiger eidlicher Bestärkung der SelbstVorfertigung der ProbeSchriften, entschließen.

XI. Da übrigens alle \* diejenigen, welche sich der RechtsGelehrsamkeit widmen, wenn sie auf Universitäten gründlich studirt haben, auch bei der Advocatur, und in Stellen bei niedern Gerichten, Gelegenheit finden, nützlich zu werden, und immer merere praktische Erfahrung zu erlangen: so können die, welche hierbei durch vorzügliche Geschicklichkeit und Rechtshoffenheit sich auszeichnen, gemächtig seyn, daß Wir bei Besetzung höherer \* Stellen auf sie Rücksicht nehmen werden. Es sollen aber auch die von ihnen, nach Beschaffenheit der Stellen, zu welchen sie be-  
fö-

fördert werden wollen, jedesmal zu fertigende ProbeSchriften, ehe die Verfertiger zur eidlichen Verstärkung der SelbstVerfertigung zugelassen werden, auf das strengste und genaueste untersucht, und alle diejenige, welche der von ihnen-gehabten Erwartung nicht Genüge leisten, ohne Ansehen der Person zurückgewiesen werden.

XII. Demnächst haben diejenigen, welche künftig in öffentlichen Stats. und auswärtigen Geschäften gebraucht zu werden wünschen, nicht nur alle Theile des Stats. und VölkerRechtes nebst Geschichte und StatutenKenntnis, gründlich zu studiren; sondern auch praktischer Uebungen in schriftlichen Aufsätzen über die bei diesen Geschäften vorkommenden Angelegenheiten sich zu befleißigen, und die notwendige Fertigkeit im Sprechen und Schreiben der dabei gewöhnlichen Sprachen sich zu erwerben.

XIII. So haben ferner diejenigen, welche sich vorzüglich FinanzGeschäften zu widmen gedenken, dahin zu arbeiten, damit sie, außer den ihnen ebenfalls nötigen Rechts. und andern Wissenschaften, und dem hierbei nicht minder notwendigen Erfordernisse des guten schriftlichen und mündlichen Vortrags, anoch besonders nützliche Vorkenntnisse in ökonomischen, technologischen, und übrigen CameralWissenschaften, erlangen; und auch hierunter praktische Vorübungen nicht zu verabsäumen.

Wornach sich also jedermanniglich zu achten ....

Friedrich August.

(L. S.)

Friedrich Adolf von Burgsdorff.

In der Frankfurter OberPostAmtsZeitung, Num. 193,  
1793, stand angeblich aus  
Dresden, 16 Nov.

„Nicht geringem Besremden hat man in einigen auswärtigen Zeitungen, namentlich der Hamburg. und Gotthalschen, eines hiesigen neuen Mandats Erwähnung ge-

funden, nach welchem der Bürgerliche so gut fähig seyn solle, zu den höhern Stellen im Stat befördert zu werden, als der Adliche. Da nun ein Mandat ähnlichen Inhalts hier niemals emanirt, und folglich auch nicht existirt: so sieht man sich gemüßiget, jenem Warheitswidrigen Gerüchte öffentlich zu widersprechen, dabei aber auch diejenige Vermutung hier nicht unbemerkt zu lassen, welche solches MißVerständnis veranlaßt haben mag. In einem am 27 Febr. dieses Jars zur öffentlichen Bekanntmachung gebliebenen Befehl, haben Seine Kurfst. Durchl., unser gnädigster Landes Herr, wegen künftiger Besetzung der JustizCollegien in Dero Landen, vorschreibliche Mafe zu geben geruhet, welche Erfordernisse derjenige haben müsse, der zur Anstellung bei einem solchen Collegio sich Hoffnung machen könne; und zwar mit dem Zusatz, daß one jene klärlieh beigebrachte Beweise seiner Geschicklichkeit und Fähigkeit, und zwar one Rücksicht auf Stand, Geburt, oder sonstige Verhältnisse, dahin aufgenommen werden sollte. Das sind *ipsissima verba* des nun auf den ersten Eintritt in diese Dienste sich beschränkenden Befehles; und soll für alle den Studis künftigh sich widmende Jünglinge ein neuer Antrieb werden, durch fortgesetzten ausgezeichneten Fleiß sich zu brauchbaren Bürgern im Stat zu bliben".

Unbegreiflich ist, mit welcher eburnen Stirne, der ungenannte Verfasser dieses Zeitungs Artikels, es für ein Warheitswidriges Gerüchte erklärt, daß durch obiges preiswürdige Mandat, dem Bürgerlichen so gut wie dem Adlichen, die Fähigkeit, zu den höhern Stellen im Stat befördert zu werden, zugesprochen worden sei. Schon die *ipsissima verba*, welche der Ungenannte selbst anführt, beweisen es klar; und was sagt er zu den vielen übrigen Stellen, die ich mit Sternchen \* bezeichnet habe, sonderlich im Xten Artikel? **G.**

Klagen aufgekärter Ungern über Preßzwang.  
Vergl. mit oben, Heft 71, S. 870.

I. Kaschau, 12 Aug. 1793.  
Gedruckt auf 4 Fol. Seiten.

*Serenissime regis haereditarie Princeps . . . . .*  
*colendissimi!* (s. oben loc. cit.). In illa Resolutione, quae  
per hoc Dicasterium, quoad tollendas *privatas*, & privile-  
gio non gaudentes *Typographias*, jurisdictionibus regni, sub  
25 Jun. a. c. de jussu regis circulariter intimata est, com-  
plura continentur, quae non solum cum *legibus* conciliari  
nequeunt, adeoque novam in *Nobis* excitant attentionem;  
sed ipsam etiam *Constitutionis* nostrae *basin & offensiam*  
ferire videntur. In hoc enim Intimato

I. id, quod semper ad *Legislativam* potestatem per-  
tinuisse, leges clarissimae docent, *juris regalis* esse prae-  
tenditur. Iura regis, in Constitutione regni definita, no-  
bis quidem sacra sunt, & esse debent: verum ut ea ultra  
limites suos, lege descriptos, extendantur, jurave illa,  
quae Status regni, potestate legislativa cum rege gauden-  
tes, communia esse voluerunt, coarctentur, admittere, ci-  
tra generalem in Comitibus regni manifestandam Nationis  
voluntatem, non possumus. Iam vero jus, de editione  
*impressioneque librorum* statuendi, inde ab eo tempore,  
quo typorum in legibus primum mentio fit, penes *status*  
& *ordines regni* fuisse, indubium est; & per ipsos etiam  
ab hoc consilio citatos legum articulos, quippe XXIV<sup>um</sup>  
A. 1553, & XLV<sup>um</sup> A. 1599, clare demonstratur. Sed  
vero nec pervidere possumus, quonam pacto & fine leges  
hae in praefato Intimato, exempli monstrandique juris re-  
gii gratia, adduci potuerint, cum eae disertis verbis con-  
trarium doceant.

II. In eodem Intimato ordinatur, ut "praedicto Man-  
dato contravenientes *actione fiscali* conveniantur". Hic

poenam arbitrarie statui, in aperto est. Neque enim casus ille interdicti *veteris Calendarii*, pro quo per Legislativam potestatem 1000 *Florenorum* multa in specie dictata fuit, isthic applicari, & exemplo servire ullatenus potest; etiamsi interpretationem legum soli Regi non competere, in penultimis quoque Comitibus declaratum haud esset. At, quod plus,

III. nec in toto juris nostri corpore, uspiam vel vestigium reperire est, quod unquam *Typographiam sine privilegio* possidere, privatorum cuiquam interdictum fuisset. Quidquid autem lege non vetatur, id in qualibet bene constituta civitate licere ac liberum esse, nostrum cuique perspectum est. Imo nonnullas ejusmodi Typographias, citra ullum privilegium erectas, hodieum in patria nostra existere & florere, relatum habemus.

Quod porro *elusionem Censurae* attinet, de hac sequentia adferre constituimus.

*Primum*: omnes ii, qui rem typographicam commerciumque literarium tantisper norunt, ejusdem sunt sententiae, abusu typorum similibus mediis nequaquam consuli. Libri enim vel perniciosissimi, in privilegiatis non minus quam privatis Typographiis, occulte excudi possunt, & omnem cuiuscunque vigilantiam effugiant. Ut adeo non tam eo adnitendum esse censeatur publicae auctoritati, ut ipsam librorum impressionem antevertere velit (quod alioquin, teste longissima temporum & populorum experientia, nunquam obtinebit), quam ut clam impressorum, si publicae tranquillitati *omnino* periculosi forent, distractionem propagationemque modis *congruis* impedire, & malefanos eorundem autores cognoscere, ac dictatae talibus per legem poenae subiacere possit.

*Dein*: infinitis, iisve quotidianis exemplis, probatum est, eo plura vehementiorique calamo conscripta, ubique locorum in lucem prodire opera anonyma, quo  
libro-

librorum *censura* rigida magis est & indiscreta. Hinc fit, ut non pauci scriptorum, celato nomine, tales tamque acerbos saepe in lucem protrudant exasperati animi sui foetus, quales certe, si iisdem aperta, etiam si fortasse liberiori fronte, in publicum prodire licuisset, nunquam fuissent edituri. Non id quidem bene: sed quia homines sunt, humana faciunt debilitate; cuius utique Legislatorem nunquam oblivisci, sed eidem sapientibus mediis occurrere, oportet. In causas, in originem morbi, inquirere opus est, ne medela non bene allata, ipso evadat morbo funestior.

*Denique*, quod in hocce Intimato silentio praeterire non possumus, est novum illud periculum, quod *libertati preli* imminere videmus. Haec nobis (prout jam sub 10 Jan. a. c. vberius remonstravimus) summopere cordi est. Hanc nos, cum *nobiliori longeque maxima* Nationis nostrae parte, uti & tota, qua late patet, cultiori Europa, velut civilis & politicae libertatis *palladium* veneramur. Et quantopere eadem in regno hoc; penes innatam etiam Constitutioni nostrae *publicitatem*, necessaria sit, id ipsum novo ac manifesto esse debet argumento, quod, licet Status & Ordines iam ante integrum fere triennium, annuente Rege, *Deputationem* regnicolarem, systema generalium principiorum nationalis educationis & *libertatis preli* elaboraturam, denominaverint, tamen hodieum, & quidem sub ipsum adhuc XVIII<sup>vi</sup> saeculi exitum! nostra etiam *defensione* egere videatur. Quae quidem longe facillima foret; sed hoc Dicasterium ea opus non habet. Optime Eidem nota sunt omnia illa, quae hanc in rem adferri possent. Sane si quis reipsa ignoraret, si quis nosse cuperet, quid arti typographicae, quid libertati preli debeat genus humanum; cum non nisi circumspicere oporteret, & quid nationes hodiernae fuerint olim, quid nunc sint, videre ac judicare. Si *Anglia* adhuc libertate sua gloriari potest; si *Dania* cum Sue-

Suecia reviviscit, & ad summam civilem beatitatem admirandis imitandisque gressibus properat; si *Germania*, veneranda Philosophiae aliarumque scientiarum ac omnigenarum artium mater effecta est, & praeprimis SAXONIA inter tantas vtrinque procellas alma pace fruitur & floret; si *septentrionalis Americae* Status iam nunc vivum quoddam felicitatis civilis exemplar & speculum praebent; si denique *orientales* vicini nostri adhucdum in tristi, hominibusque adeo indigna barbarie gemunt, & maximorum perfectae civitatis commodorum expertes, sub vilissimo despotismo prostrati iacent: *illi* suam fortunam salutare huic humanae mentis & industriae invento, eiusque usus prudenti ac libero, *hi* contra infelicitatem suam eiusdem defectui, adscribendam habent.

Non immerito igitur Nos sollicitudinem nostram super huic Consilio remonstravimus: non immerito nunc quoque ob intentatum tanto bono periculum anxii sumus.

Dignabatur quidem idem Dicastrium sub 2 praet. mensis *Jul.*, Nos de eo securos reddere velle, quod *activitas Censorum congruis limitibus circumscripta* sit, nullumque libertati preli per eos inferri possit periculum. At nos inde ab eo etiam tempore de novis eorundem arbitrarie manipulationis exemplis edocti sumus. Non sine sensu vidimus nuperrime, ipsam etiam Universitatis huius circularem de erigendo *nationali theatro* determinationem, in *Novis Vngricis* mancam, & per Censorem obtruncatam, in publicum produsse. Non sine sensu vidimus & hodie, in conspectum nostrum produci originales ipsius *Budensis* librorum Revisoris literas, quibus idem disertis verbis fatatur, se orationem unius ex praestantissimis patriae nostrae civibus & Literatis, "ob unum alterumve episodion, quo in *patriam laudesque JOSEPHI Imperatoris* \* digreditur Orator", *Suae Majest.* sub-

\* Vergl. oben, Sept 71, S. 378.

submitte. Quasi in laudes patriae & principis excurrere piaculum foret!

Ex his igitur pervidere dignabitur hoc Dicasterium, quantopere necessarium sit, vt hominibus his, quibus cura revidendorum librorum, adeoque (prout iam nuper dixeramus) ipsa *clavis culturae Nationis*, concredita est, magis etiam invigiletur; & quantopere denique intersit reipublicae, vt efficacissimum isthoc communis felicitatis adminiculum, intactum fervetur, ac omni quo fieri potest meliori modo custodiatur.

In reliquo Benignitati . . . . .

[Die Unterschriften obllig so, wie oben Sest 71, S. 373].

Ex generali Congregatione  
nostra, *Cassovias* d. 12 Aug. 1793  
celebrata.

Vniversitas Comitatus  
*Abaujdriensis*.

## II. GroßWardein, 12 Novemb. 1793.

Daß vernünftige Aufklärung unter Völkern nur durch Preßfreiheit verbreitet, und nur durch sie wieder die Sprache der Völker laut werden könne, darf man keinem Denker sagen . . .

Die Ungrischen ReichsStände äußerten auf dem ReichsTag im J. 1790—1791 den Wunsch, jenen Haupt-Grundsatz in Ansehung des Stats für war zu halten, und die Gültigkeit desselben durch ein eigenes darüber abzufassen. des Gesetz allgemein zu machen. Zeit und Umstände machten, daß die Ausführung dieses, namentlich für die Ungrische Menschheit, wichtigen Unternehmens, einer eignen zu dem Ende ausgeschriebenen Deputation anvertraut ward, damit die gute Sache auf dem nächst abzuhaltenden ReichsTage einen desto bessern Ausgang gewönne. Da indeß seit dem letztern ReichsTage, ohne den folgenden ReichsTag, dem darüber gefaßten Entschluß gemäß, abzuwarten, verschiedene königl. Befehle bereits erschienen sind, deren



deren Kraft Sprache und Absicht ist, der Press Freiheit ferne Gränzen zu setzen: so beschäftigte dieser Schritt in diesem Jar die Aufmerksamkeit mererer Comitats, und sie sandten darüber an den königl. Statthalterei Rat Vorstellungen, welche viell.icht dem Geiste der Zeiten so wol, als dem Geiste der Nation, aus so mancher Rücksicht, Ehre machen.

Von dieser Art sind insonderheit die Vorstellungen des Abaujer, Zempliner, und Biharer Comitats. Doch da die Stände des letzteren so eben kürzlich alles das gesagt zu haben scheinen, was über diesen Gegenstand selbst aus der LandesConstitution gesagt werden darf: so will es der Mühe lonen, diese letztere Vorstellung (gedruckt auf 3 Fol. Seiten), in den StatsAnzeigen abdrucken zu lassen.

R . . .

E generali Congregatione nostra  
in oppido Diószegh, d. 30 Septembr. 1793 celebrata.

Serenissime regie . . . . . colendissimi [wie oben, Sect 71, S. 370]. Diversa inde ab aliquo tempore ad Nos pertigerunt *Celsitudinis Vestrae regiae & Consilii Locumtenentialis regii* Intimata, quae *libertatem preli* ferunt: signanter d. d. 19 Febr. a. c., 9 Mart., 12 Apr. aequae a. c., quibus *historia universalis* auctore Abbate Millot edita, & in linguam Vngricam transversa, *Dissertatio item de regiae potestatis in Vngria limitibus*, & alia de *Comitiis regni Vngriae* deque *organisatione eorundem*. [oben, Sect 71, S. 374], ad classem *prohibitorem* relatae esse significantur.

Pertigit porro nunc recenter aliud etiam, sub d. 2; Jan. a. c., circa tollendas *privatas & privilegio haud promissas Typographias*, circulariter expeditum Intimatum. Quae omnia cum ad restringendam *preli libertatem* tendant, in proponendis eatenus nostris reflexionibus coniungenda esse censuimus.

Quan-

Quantum itaque Resolutiones illas attinet, quibus Dissertationes superius provocatae, de *regiae* scilicet *potestatis limitibus*, atque de *Comitiis regni Vngariae*, tractantes, interdicuntur; non ea est intentio nostra, ut opiniones & principia in his libris pertractata defendamus, vel auctores eorum excusatum ire velimus, quum terror librorum horum nobis incognitus sit, & nec principia in his assumpta examinare velimus. Verum id nos praecipue attentos reddit, quod in his libris, prout ex titulo operis collimare possumus, materiae ad regnicolares Deputationes relegatae pertractentur, de quibus *Artic. LXVII<sup>mus</sup> A. 1791* disponit, ut eatenus sensa sua etiam *privati* Regnicolae exprimere valeant, & quod de potestate Legislativa, de obiectis statum regni publicum concernentibus, differentes libelli prohibeantur, quasi de his obiectis scribere periculosum & piaculum esset, quum tamen *admitendum potius eo fore censeamus*, ut *per libros pro & contra scribendos, Regnicolae ius publicum & Constitutionem regni adaequate elucubratam habeant*.

Sollicitos praeterea reddidit nos haec prohibitio etiam ideo, ne sequela similium prohibitionum *votorum Diactalium* restrictio sit. Quodli enim de his in Comitibus libere *loqui* licet: non pervidemus, qua ratione possit quis prohiberi, ne sensa sua *scripto* etiam publica reddere possit \*? aut si *scribere* quis inhiberi possit, quare etiam *loqui* inhiberi nequeat? Atque adeo, quum per Resolutiones superius provocatas, scripta de *potestate regis* & de *Comitiis regni* prohibita fuerint: veremur, ne libertas etiam votorum, dum in Comitibus obiecta haec agitata fuerint, eadem ratione impediatur.

Prae-

---

\* *Stimmenfreiheit auf Reichs- und Landtagen*, ist dem Despotismus lange nicht so gefährlich, und für Freiheit wirksam, wie Preßfreiheit. Sogar ist jene ohne diese, d. i. ohne Publizität, beinahe unnütz.

Præcipuam vero Regnicolarum attentionem mereatur, quod quum per has Resolutiones quaedam circa libertatem preli statuuntur, *Conclusa diactalia præoccupari* certum sit, & per manifestationem mentis regiae, libertas votorum in affuturis Comitibus, si non penitus impeditur, ad minus in plena libertate non relinquitur.

Postquam obiectum libertatis preli, per *Articulum LXVII, 1791*, ad futura regni Comitibus relegatum est; de huius restrictione eo minus potuisset quidquam intermedio tempore statui, quod per similes Resolutiones in obversum *Articuli XII, 1791*, Resolutionibus regeremur: & etiamsi quidpiam ordinari posset, non in restrictionem, sed in libertatem preli, deberet ordinari, quia lex de libertate, non autem restrictione, loquitur. Nam etiamsi certum sit, malitiosos quosdam libertate preli abuti: sed prout medicina, sanitati hominum proficua, ideo quod quis ea abuti potest, rejici vsusque eius prohiberi non debet; ita neque libertatem preli, propterea quod quis ea abutatur, in obversum legis restringere oportet, verum malitiosi hi auctores, perniciosorumque librorum Impressores, in personis debent puniri, & quidem in *vita juris*, & per *ordinarios regni iudices*. Nam "*Censores* librorum legibus regni prorsus incogniti sunt; activitasque eorum in legibus radicari nullatenus potest. Atque adeo ipsa *Celsitudo Vestra regia*, & Consilium Locumtenentiale, perspicere dignabuntur, quod Censores legalem activitatem non habeant, aliquem civium ex scriptis ejusdem judicandi, & pro pernicioso cive declarandi. Et certe, etiam si Censura locum habere deberet, illius tamen activitas, non ad *opinionum* censuram extendi, sed unice ad *morum & publicam tranquillitatis* conservationem restringi debeat; quia opinionum libertas, cum libertate conscientiae, & votorum libertate, indissolubili nexu junctae sunt, salvaque fundamentali nostra in libero hoc regno praerogativa, nullis limitibus circumscribi potest.

Calum.

Calumniatores nationis nostrae nos *Barbaros* esse publicarunt, & hodieum clamant. Si arbitraria moderatorum Censorum activitas ultro quoque admittetur; veremur, ne horum culpa merito pro talibus reputemur. Nam annon defectum culturae redolet librorum etiam philosophicorum censura, librorum, qui in ditionibus *Suae Majestatis* aliis publice & libere venduntur? *Certe dolere debet sortem sanae philosophiae eruditus orbis, quando versionem operis philosophici MENDELSSONII, sub titulo Phædon, per censuram Ungricam revideri, & censurae subjici, imo calligari etiam & truncari, audit?* Nostri quidem opinione, relate ad opera philosophica, historica, & religionaria, Censores non sine correctionis & prohibitionis, sed *refutationis* \*, constituendi forent, & his *injungendum* esse judicamus, *ut falsas scriptorum opiniones* (si tamen pro censura submitti debent) *indicare, simul tamen in adjiciendis notis refutare \*, teneantur.*

Quod aliam *Regis*, de Typographiis *absque privilegio* haud admittendis, editam Resolutionem concernit, haec, ut candide fateamur, non minus praejudiciosa fore videtur. Nam tenore eius, dispositio circa Typographias *juris regalis* esse praetenditur, & contra eos, qui privatam Typographiam servare, vel in his libros edere praesumerint, arbitraria per solum *Regem*, inconsultis Statibus regni, poena statuitur.

Jama

---

\* Der Einsall ist neu, aber sehr naiv: aus Censoren sollen öffentliche Recensenten, und auf die Art dem kompetirenden Publico eben so verantwortlich, werden, als die Auctoren. Aber da müßte der Censor wenigstens eben so viel, wie sein gerichteter Auctor, verstehen, welches bisher bekanntlich nicht immer der Fall war. Ehe sie dazu gebracht werden, spüre man nur ihre Namen auf. Diese staunen über die libros *prohibitor* in Rom, Wien etc.: sie würden weit mehr über die *prohibitor* staunen, wenn sie sie könnten!

Jam vero Nobis quidem ignota est lex illa, quae jus circa admittendas vel non admittendas Typographias potestati regiae tribueret; & nullatenus pervidere possumus, quo pacto leges, in Intimato huius Dicafterii citatae, ad demonstrandum jus regium applicari queant; quum hic nonnisi de prohibitione *veteris Calendarii*, communi Legislativae, id est Statuum & Ordinum regni ac regiae potestatis, consensu determinata, agatur. Et non modo nullum in legibus regni vestigium apparet, quod jus, de Typographiis aliquid statuendi, ad jus regium pertinuerit; quin potius *Art. XXIV<sup>us</sup>, 1553*, clare ostendit, quod *Rex ad Status regni recurreret, & ab iis petierit, promiscuae librorum impressioni limites poni, & quod Status regni in exercita preli libertate permanferint.*

Secundum quod attinet ordinationem nempe illam, ut mandato huic regio contravenientes, *actione fiscali* conveniantur, dum per Resolutionem hanc, poena arbitraria, inconsultis Statibus regni, statuatur: per hoc praejudicium legibus inferri evidens est. Certe per huiusmodi Resolutiones, earum & huius Dicafterii auctoritas compromittuntur. Nam si res ad casum veniret, nulla lege existente: non possumus perspicere, qua ratione posset aliquis *Nobilium* legitime convinci, seu ideo, quod privatam Typographiam habuerit, & illa usus sit, seu ideo, quod libros per Censores prohibitos emerit, legerit, vel vendiderit. Ipsa enim natura *regni liberi* exigit, ut ea, quae diserta lege non prohibentur, libera sint.

Hae sunt nostrae reflexiones, quas ex studio, quo erga conservationem legum ducimur, depromsimus, & quas eo cum petito *Calfitudini V. R. & Consilio Locumtenentiali* remonstramus, ut eas *Regi* substernere ex-operarique dignetur, ne *usus preli*, lege pro libero declaratus, per resolutiones regias quacunque ratione restringatur.

Cete-

## 61. Steuerfreiheit des Adels. 531

Ceterum Benignitati altisque Gratiis devoti persi-  
ffimus

*Consuetudinis V. R. & . . . Consilii Locumte-  
nentialis . . .*

E generali &c. wie oben.

humillimi servi

Vniversitas Comitatus *Bibariensis*.

### 61.

**Rechte des gesamten deutschen Adels,  
gegründet auf dessen Pflichten.**

Aus: Verbindlichkeit der Vasallen und Untertanen,  
zum Beitrag des Reichs- und KreisContingents, besonders  
nach Mecklenburgischen LandesGesetzen und archivalischen  
Nachrichten; von D. Joh. Jac. *Presb.*, JustizRat bei der  
JustizCanzlei zu Schwerin:

Schwerin, verlegt vom HofBuchdrucker *Bärensprung*, 4, 106 S.  
dem Herzog gewedicirt.

(Hier nur im Auszug, mit einigen Veränderungen).

Aus S. 2 — 15. §. 2. Die Verbindlichkeit zu Kriegs-  
diensten ist allgemein. §. 3. Sie war in den ältesten Zei-  
ten bloß persönlich. §. 4. Besonders waren GüterBes-  
itzer zum Kriegsdienst verpflichtet. §. 5. Vorzüglich die  
Vasallen. §. 6. Folgen der veränderten KriegsVerfassung,  
§. 7. seitdem man geworbne Soldaten gebraucht.

§. 2. Wenn das Vaterland in Gefahr ist; so muß  
ein jedes Mitglied des Stats solches nach seinem äußer-  
sten Vermögen zu verteidigen helfen. Kan diese Gefahr  
nicht anders, als mit den Waffen in der Faust, abgewandt  
werden; so ist ein jeder in diesem Nothfalle solche zu ergrei-  
fen verpflichtet, so bald der es befiehlt, der das Recht Krieg  
zu führen hat. Ja es ist der Herrscher befugt, die Unter-  
tanen selbst wider ihren Willen dazu zu zwingen: jedoch  
muß die Noth den Stat selbst treffen, dessen Untertanen  
mit Gewalt zum Kriegsdienst angehalten werden sollen;

M m 2

denn

denn nur dieser einzige Fall kan eine gewaltsame Werbung rechtfertigen. Die Richtigkeit dieses im allgem. Stats-Rechte gegründeten Satzes, bestätigt die Geschichte fast aller Länner, und Frankreich liefert hievon den neuesten Beweis.

Unsre deutsche Vorfaren waren in den ältesten Zeiten geborne Soldaten, und ihre ganze Erziehung war kriegerisch. Sie wurden von Jugend auf in den Waffen geübt, die sie sogar bei ihren jugendlichen Spielen (wovon uns Tacitus de M. G. c. 24, den SchwerdtTanz ansühet), mit großer Geschicklichkeit zu gebrauchen wußten. — §. 3. Sobald einer Mitglied des Stats ward, worzu nur freie Männer (*Nobiles, Ingenui*) gelangen konnten: so wurde er vorher feierlich wehrhaft gemacht (welches noch an einigen Höfen bei den Tagen üblich ist), und erhielt nun erst das Recht, die Waffen zu führen, TACIT. c. 3. Hiemit übernahm er aber zugleich die Verbindlichkeit, sein Vaterland mit dem Degen in der Hand zu verteidigen.

Der Dienst zu Pferd wurde vorgezogen; aber doch war der zu Fuß nichts weniger als verächtlich. Erstere hießen *milites*, dienten aber selbst im Nothfall zu Fuß; und wurden hauptsächlich bei den Einfällen der Araber, Slaven, und Ungern, wichtig. Schon TACIT. c. 6, rühmt die außerordentliche Geschicklichkeit und Tapferkeit des bei einer Schlachtordnung so sorgfältig mit der Reiterei vermischten FußVolks. Nach Livendemi. c. 25, waren nur Freigelassene und Knechte vom Kriegsdienst ausgeschlossen, und wurden nur zu geringern Diensten im Felde, beim Troß und bei der Bagage, gebraucht.

§. 4. Jeder war, als Mitglied des Stats, one auf den Besiz der Güter Rücksicht zu nemen, zum Kriegsdienst verpflichtet: nur Alter und Krankheit befreite davon. Doch nachher wurden die GüterBesitzer hiezu besonders verpflichtet. Dies geschah vorzüglich zu der Zeit, als man anfang, in den eroberten Ländern einzelne Güter unter die Soldaten zu theilen (*sortes Gothorum, Vandalorum*,

Romanæ ac Burgundicæ). Diese Güter wurden von allen andern Abgaben und Contributionen befreit (PROCOPIUS de B. Vandal. L. I., c. 5), und keine andre Last ruhte darauf, als die Verbindlichkeit zum Kriegsdienst.

Von diesen Zellen läßt sich schon der erste Ursprung des Feudal-Systems, welches in der Folge auf die Verfassung aller europäischen Staaten so großen Einfluß bekommen hat, herleiten. Ursprünglich verlegte es die natürliche *liberté & égalité* auf keine Weise. Schon Karl der Große (Capitular. 807), machte die Verordnung, daß jeder Lehnmann und Allodial-Besitzer, wenn er nur 3, 4, oder 5 Hufen Landes<sup>2</sup> eigen hatte, sich selbst auf eigene Kosten zum Kriege rüsten, und ins Feld ziehen sollte. Hatten 2 Besitzer jeder nur 2 Hufen, oder der eine 2, und der andre 1: so sollte der, der den wirklichen Dienst im Kriege versähe, von dem andern mit Waffen und Unterhalt versorgt werden, u. s. w.

Dieser Dienst mußte damals beschwerlich seyn: denn jeder mußte, auf seine eigene Kosten, nicht nur Kleidung und Waffen anschaffen, sondern sich auch mit Lebensmitteln auf 3 Monate versorgen; und zwar letzteres nicht von der Zeit des Abzugs von Haus, sondern von der Ankunft an dem bestimmten Sammel-Platz (Capitul. Caroli M. §. 12, c. 8). Wer einen Feldzug mitgemacht, konnte das folgende Jahr zur Besorgung seiner häuslichen Geschäfte zu Hause bleiben. Wer keine Güter besaß, war zwar vom persönlichen Dienst befreit, mußte aber dafür einen Beitrag zu den Kriegskosten bezahlen.

§. 5. Da der Lehnmann sein Lehn a. nicht nur unter der Bedingung der davon zu leistenden Kriegsdienste von seinem Lehn-Herrn empfing, b. sondern sich auch

M m 3

noch

---

1. In der Ordnung des Regiments zu Augsburg vom J. 1500 wird gleichmäßig bestimmt, daß 400 Einwohner in einer Pfarre, allemal Einen Soldner halten sollen u. s. w.



noch zur besondern Treue für die Person desselben eidlich verpflichtet: so hatten die Vasallen gewiß eine ungleich stärkere Verbindlichkeit zum Kriegsdienst, als die Besitzer freier Güter. Sie mußten sogleich aufstehen, als der Kaiser durch ein allgemeines Aufgebot, oder ihr Lehnsherr durch eine besondere Aufforderung, ihre Dienste begehrte.

Der Regel nach war der Vasall schuldig, in Person zu kommen, und sein Lehn zu verdienen, zu vermannen, 'mit eurem eignen Leib', wie es in den Lehn-Briefen heißt. Mit Erlaubnis des Herrn aber, oder wenn es vorher ausbedungen war, oder er sonst rechtmäßige Verbindungen hatte, konnte er entweder einen andern an seiner Stelle schicken, oder er mußte auch, mit Verlust der Hälfte oder des 2ten Theils der Einkünfte seines Lehn-Guts, den Feldzug ablaufen (II. F. 40 & 55), welches die *Sabot*-Lösung genannt ward.

Es wurden jedoch nicht immer alle, sondern oft nur diejenigen aufgeboten, welche dem Feind am nächsten waren. Bei einem allgemeinen Aufgebote aber mußten die Vasallen, nicht nur in eigner Person, mit Pferden, Waffen, und allem, was zum Kriege gehört, völlig gerüstet erscheinen; sondern auch zugleich alle ihre Aelter Vasallen mitbringen, und wenn es erfordert war, auch ihre Sinterfassen<sup>2</sup> stellen.

Wenn also der Kaiser ein solches allgemeines Aufgebot erlies: so verstand es sich von selbst, daß die Vasallen der Reichs-Stände den Zug auch außerhalb Landes mitzumachen, sich nicht entziehen konnten (*Jus feud. Alemann.* c. 8, §. 3). Denn wenn eines jeden Reichs-

Stan-

---

2. Ein Modell eines solchen Aufbots-Briefs eines von *Dorsb* an seinen LehnMann, Bürger im Ebnischen, liefert *Hofmann* vom vormaligen und heutigen Kriegs-Recht, Th. I, S. 42).

Standes Untertanen und Vasallen nur in ihrem eigenen Lande hätten dienen wollen: so würde der Kaiser von einem solchen Diebstahl nicht den geringsten Nutzen gehabt haben.

Dieser persönliche Kriegsdienst war allerdings für die Güterbesitzer sehr beschwerlich und kostbar (s. oben): und es war billig, daß ihre Güter, in dieser Rücksicht, von allen andern Abgaben befreit wurden; denn sie hatten daran, daß sie "die Kriegsdienste auf ihre eigene Kosten leisten mußten", für sich und ihre Güter last genug zu tragen (PÜTTER auserlesene Rechtsfälle, B. I, Th. III, S. 562).

Nicht kan, nach der mit den Lehn Diensten vorgegangenen großen Veränderung, noch jezt dem Adel die völlige Steuerfreiheit deswegen zugestanden werden, weil selbige "vorzüglich in der alten deutschen Freiheit gegründet sei, die auch noch jezt keinen Abfall leide". Denn notorisch hat eines der wichtigsten Stücke der deutschen Freiheit darin bestanden, daß man von keinen andern Abgaben etwas gewußt, als welche dem Bauer als Leibeigenen, den Juden, und den überwundenen Völkern, auferlegt worden: wogegen jeder freie Mann seiner Obliegenheit gegen den Staat auf andre Weise ein Genüge getan, indem er sich zu Kriegsdiensten fürs Vaterland bereit gehalten, "ohne dafür weitem Sold, als den freien Besiß seiner Güter, zu genießen" <sup>2</sup>.

M m 4

hat

---

3. Vergl. die Ehre des deutschen Bürgers, aus den deutschen Reichsgesetzen erwiesen (Wien, 1791, vom ReichsReferendar, Freihn. von Horix). Hier ist zugleich aus Urkunden und gleichzeitigen Schriftstellern erwiesen, daß jeder Deutsche, vermöge seiner Freigeborenheit, zu allen und jeden Aemtern, Pfründen, und Ehrenstellen im ganzen Reiche, berechtigt, und daß des Adels aus-

schlies-

Hat dies seine Richtigkeit, und waren nur selbstigene, Juden, und überwundene Völker, Steuerpflichtig, alle freie Männer hingegen Steuerfrei: so kan ja der Adel diese Steuerfreiheit sich nicht als einen besondern Vorzug anmaßen; sondern es würde auch jeder freie Bürger darauf Anspruch machen können. Da dies aber niemand behaupten wird; so hat das aus der alten deutschen Freiheit entlehnte Argument, offenbar den Fehler, daß es nur beweist, als es beweisen soll. Dieses Argument hat STRUBE, der große Verfechter ablicher Vorzüge, in seinen Nebenstunden (Th. II, S. 413), und vor ihm schon Jo. Dav. KÖLER (Diff. de origine &c. jurium &c. nobilitatis Mecklenburg. §. 15), gebraucht. Doch setzt letzterer ausdrücklich (p. 32) die Steuerfreiheit nicht sowohl in der alten deutschen Freiheit, als in dem Besiz der mit Ritterdiensten beschwerten Güter.

§. 6. So lang der Adel und alle GüterBesizer noch mit großen Kosten, die Last des persönlichen Kriegsdienstes allein tragen mußten: so war es recht und billig, daß sie mit weitern Abgaben für ihre Personen verschont blieben. Ob sie aber, unter ganz veränderten Umständen, auch noch heutiges Tags, sich diese Freiheit anmaßen können? ist eine andere Frage, die selbst STRUBE (*loc. cit.* S. 393) in Ansehung des Landsässigen Adels verneint. Denn gibt es gleich einige Fälle, wo die erste ursprüngliche Veranlassung eines Gesetzes oder Instituts, eine Veränderung leiden kan, one daß deshalb das Gesetz oder Institut ganz und gar überhauen sollen darf: so muß doch notwendig das Gesetz oder Institut seine Anwendung völlig verlieren, sobald der HauptGrund und die wesentliche Ur-

---

schliesliches Recht auf Dom- und HochStifter, ungegränzt, det und nur erschlichen sei.

Ursache aufhört. Dies lehrt schon die bekannte Regel, *cessante ratione legis, cessat eius dispositio*, und

CESSANTE CAUSA, CESSAT EFFECTUS.

Wenn es also nicht zu läugnen ist, daß bei der mit dem Kriegs Wesen vorgegangnen großen Veränderung, der wesentliche Grund und der Hauptzweck längst aufgehört, weshalb dem Adel die Steuerfreiheit zugebilligt war: so folgt, daß derselbe sich jetzt hierauf nicht weiter berufen könne. Er würde sonst jetzt unstreitig besser daran seyn, als vorzeiten, wenn er nun seine Güter ganz umsonst besäßen, für den Schutz des Stats nichts bezahlen, alle Lasten allein auf seine Mitbürger wälzen, und blos in stolzer Ruhe die Einkünfte seiner Güter verzehren könnte.

Man s

Denn

4. Eberhard Beiträge zur Erläuterung der deutschen Rechte, Th. I, S. 40. "Da die Lehne ursprünglich um der Dienste willen, die zur selbigen Zeit annehmlich und nützlich waren [NB. nicht als Belohnungen schon geleisteter, sondern als Sold für immerfort zu leistende Dienste], gegeben sind; da sie verdient werden sollten; da im Gegentheil die notwendigen Umstände, welche zur einer solchen Dienstleistung erfordert wurden, aufhören; da der Hauptzweck, um welcher willen man Vasallen angenommen hat, aufhört: so müßten diese ihr Leben entweder zurückgeben, oder die Dienste auf andre Weise vergüten". Moser von der Landeshoheit in Steuer Sachen, Cap. IV, §. 14, S. 462: "mit der angeblichen Steuerfreiheit der Adlichen, sei es, bei der veränderten Militär Verfassung, sehr mißlich; und die andre Classe der Landstände könne dagegen mit Recht anfahren, daß, da die von Adel nun weder selbst mer dienen, noch Ritter Pferde stellen, es die größte Unbilligkeit sei, wenn sie zwar den Nutzen mit genießen, hingegen unter allen Untertanen allein, von der zur Erhaltung des gemeinen Wesens nöthigen Last, befreit seyn sollten. . . . An den meisten Orten waren diese ehemaligen Streitigkeiten durch Vergleiche gütlich, oder durch Prozesse rechtlich, beendet worden. Sollte aber doch noch ein solcher Fall vorkommen, und (wenigstens in Possessorio) nicht

Denn der persönliche Dienst, welchen sonst der LehnMann auf seine eigne Kosten<sup>1</sup> leisten mußte, ist durch die ganz veränderte KriegsVerfassung längst unnütz gemacht. In den meresten Ländern hat man dies eingesehen, und deshalb statt der Lehn- und RitterPferde, eine gewisse jährliche GeldAbgabe<sup>\*</sup> eingeführt; durch welches Surrogat der Vasall sich um so weniger beschwert achten kan, da er nun keine Kosten mer auf den persönlichen Dienst, wofür er doch

---

nicht aus dem LocalHerkommen zu entscheiden seyn, sondern darian aus allgemeinen Gründen gesprochen werden müssen: so halte er, MosER, dem jetzigen ReichsHerkommen gemäß zu seyn, daß die von Adel schuldig seien, für ihre Personen, und wenigstens von ihrer eigenthümlichen Gütern, eben sowol Reichs-, Kreis- und Landes Steuern zu bezahlen, als andre Untertanen<sup>2</sup>.

5. "mit sin selber kost", Schwäbisches LehnRecht c. 7, §. 2: "mit siner selbes kost", Sächsisches LehnRecht c. 4. Noch im Anschlag der ReichsStände zum SuffitenKrieg 1427, "menichlich soll ziehen at sein selbs koste vnd zerung andern leuten on schaden".

\* Dieses Surrogat ist in manchen Ländern viel zu klein: oben Sest 71, S. 302, Z. 12. — Und würde man dem Adel, bei der jeto veränderten KriegsVerfassung, die Kosten auflegen, auf die sich seine hypothetische Rechte gründen: so würde er diesen Rechten lieber entsagen, um nur mit seinen Mitbürgern al pari behandelt zu werden. Denn, ein RitterPferd (verschieden vom LehnPferd) setzt ein RitterGut voraus, von welchem der Vasall, zum Dienst des LehnHerrn, mit den darauf haftenden, und in Bereitschaft zu haltenden Pferden, die RitterDienste zu leisten hat. Nach der vormaligen Verfassung des KriegsWesens, mußte nicht nur jeder Vasall selbst aufsitzen, sondern auch seine Knechte bei sich führen. Unter 3, 4, Pferden konnte er nicht ins Feld ziehen; sonst wäre er als ein Einspännger oder reißiger Knecht angesehen worden, welches einem Ritter unanständig war<sup>3</sup>. (S. 104, aus Hofmann).

doch nur eigentlich die Einkünfte des Lehns genoss, verwenden darf<sup>6</sup>.

§. 7. Weil aber die Vasallen fast bei jedem Aufgebot Schwierigkeiten zu machen pflegten, und fast immer erst durch widerholte einstückliche Vorstellungen an ihre Schuldigkeit erinnert werden mußten, indem sie es zu vergessen schienen, daß sie, nur allein wegen der zu leistenden Kriegsdienste, ihre Lehne besäßen, und sie derselben so oft nach bekannten LehnsGesezen verlustig seyn würden: so hatten die LehnHerrn von dieser aufgeborenen Mannschaft lange nicht den Vortell, den sie billig sonst davon erwarten durften. Folglich wurden die Aufgebote seltener, als man anfing, sich der geworbenen Soldaten<sup>7</sup> zu bedienen. Dergleichen brauchten die Kaiser selbst in Reichskriegen, die sie aus den ReichsDomainen, und als diese Quelle vertrocknet war, aus den Einkünften ihrer Erbländer, besoldeten.

Weil diese aber nicht zureichten, und auch dem Kaiser nicht zugemutet werden konnte, daß er zum Besten des Reichs, auf seine alleinige Kosten, einen Krieg fñhre: so mußte er in solchen Fällen die ReichsStände ansprechen, welche ihm, zur Beschügung des Reichs, ihren Beistand nicht versagen konnten. Diese Hilfe ward auf ReichsEdigen, gewöhnlich nach dem Maasstab des vorzeiten üblichen Römerzugs, bewilliget; woraus nachher die Benennung der RömerMonate entstanden ist. Indessen blieb es anfangs,

6. Die HauptDeduction ist von Ludwig, in der vollständ. Erklärung der Goldenen Bulle, Th. I, S. 996.

7. Ob Heinrich I zuerst Soldaten für Geld geworben?

8. Zu dem Ende ward eine Steuer bewilligt, genant der gemeine Pfennig. Im Anschlag von 1427 zum HussitenKrieg hieß es: jedes mensche, das XV Jar alt oder darüber ist, es sy Manns oder wiplich bild, solle geben ein blaphert oder 6 Strafsborger Pf. dafür u. s. w.

sangs, in Gemäßheit des *Fur. feud. Aleman.* c. 8, §. 3, den ReichsStänden überlassen, ob sie Geld oder Mannschafft geben wollten. Im HussitenKrieg findet sich die erste Spur von einer sogenannten ReichsMatrikel. Unter Kf. Karl V im J. 1521 kam diejenige Matrikel zu Stande, wornach sich noch bis auf den heutigen Tag alle ReichsStände richten: monatlich ward für den Reiter 12 fl., und für den Fußknecht 4 fl., gerechnet. Allin die- mit hatte man immer noch keine stehende ReichsArmee. Diese kam erst unter Leopold I A. 1681, im damaligen Kriege mit Frankreich, zu Stande. Immer sollten 12000 zu Pferd, und 28000 zu Fuß, unterhalten, und von nun an die Mannschafft in natura gestellt, nicht das obbenenn- te Geld dafür entrichtet werden.

Resultate daraus, für den Mecklenburgischen Adel besonders, und für den deutschen Adel überhaupt.

§. 102—106. §. 60. Besondre Verbindlichkeit der Gü- terBesitzer §. 61. zum persönlichen Dienst. §. 62.

Wie derselbe am vorteilhaftesten einzurichten.

§. 60. Auf alle Fälle ist also der Landes- und Lehn- Herr berechtigt, die GüterBesitzer zum persönlichen Dienst aufzufodern. Die Verbindlichkeit derselben an sich, ist unbestritten (§. 4—6); und in Mecklenburg haben, schon in den ältesten Zeiten, besonders die Vasallen, auf ih- re eigne Kosten, bei einem ReichsKrieg aufzuziehen, und das ReichsContingent aus ihren eignen Mitteln stellen müssen.

Mie-

---

9. Zum TürkenKrieg 1532 stellte der Adel das ganze Mecklenburgische ReichsContingent zu Pferde (40 Reiter). Im Ausschreiben des Herzogs steht: . . . so denn alle christliche kriegsleute, und sonderlich die von Adel, der got lob wir viel dartzu wolgeschicht in vnserm Fürsten- thumb

Niemals sind sie von dieser, allen Vasallen obliegenden Pflicht, ausdrücklich befreit; sondern vielmehr haben die Mecklenburg'schen GutsBesitzer, nach dem LandTags-Vergleich, eine ungleich stärkere Verbindlichkeit zum persönlichen Dienst, weil gerade wegen dieser Lehn- und MannDienste, die Hälfte der ritterschaftlichen Hufen von der LandesContribution ganz befreit ist; und weil sie sich haben die Versicherung erteilen lassen, daß hiesfür niemals einige GeldSchätzung gefordert werden soll. Wenn also die Lehn- und MannDienste, nicht blos dem Namen nach, nur im LandesVergleich, so wie in allen Lehn- und AllodialBriefen, stehen, sondern noch irgend einen Nutzen und Anwendung haben sollen: so ist dies unstreitig der Fall bei einem Reichs.Kriege; und es ist kein rechtlicher Grund oder Vorwand denkbar, unter welchem sich die Mecklenburg'schen GutsBesitzer ihrer Verbindlichkeit entziehen könnten, wenn sie hiezu von ihrem LandesHerrn aufgefordert würden. Denn es soll die Hälfte der Hufen nur "gegen Leistung der in allen Lehn- und AllodialBriefen vorbehaltenen Ritter- und MannDienste", von der LandesContribution befreit, und folchergestalt für *immun* zu ewigen Zeiten gehalten werden.

Dies ist also die Bedingung, unter welcher die GutsBesitzer nur allein die Immunität der Hälfte ihrer Hufe haben sollen, und von deren Erfüllung der Genuß dieser Steuerfreiheit lediglich abhängt. Die Vasallen würden auch, offenbar, ohne allen rechtlichen Grund,

*fins*

---

thum vnd landt haben, sich dartzu gebrauchen zu lassen *schultich*, . . . In den Acten findet sich keine Spur, daß sie sich dessen derzeit geweigert haben. Den Unterhalt aber, 12 fl. für jedes gerüstete Pferd u., trug das ganze Land (S. 17 und 18, S. 31—34).



*sine causa* †, ihre Lehen besitzen, wenn sie nicht davon die schon nach den LehnVerlesen ihnen obliegenden, und im LandesVergleich nach dazu ausdrücklich ausbedungenen Lehn- und MannDienste, *servitia militaria*, leisten wollten. Und da in Mellenburg den AllodialBesitzern, die Immunität der Hälfte ihrer Hufen ebenfalls nur unter der angegebenen Bedingung erteilt ist: so sind auch diese zu gleicher Dienstleistung verurtheilt. Eine Wilsigung derselben würde daher, in Ansehung der Wilsall-n, als eine "Gelonte" angesehen seyn, und wo nicht den Verlust des Lehns, doch wenigstens der Steuerfreiheit, zur Folge haben müssen.

§. 61. Nicht aber bloß zu Kriegszeiten, sondern auch in andern Fällen, so oft der Lhn. und Landes Herr es zum Besten des Landes nötig hält (z. Er. um Bettler und Bagabunden von der Gränze abzuhalten), kan er diese ausdrücklich ausbedungenen Lhn. und MannDienste begeren. Zu dem Ende heißt es im LandesVergleich §. 469:

Wegen der Lehn- oder RitterPferde und Landesfolge, wollen Wir auf dem, nach vollendetem HufenReßungsWert, nächstbevorstehenden LandTage, wegen ordentlicher Regulirung und Richtigstellung der LehnPferde, auch deren Gebrauchs und Aufgebots, den Antrag tun, und uns darüber eines beständigen Regulativs mit unsrer Ritterschaft vergleichen.

Damit aber kein andrer als persönlicher Dienst gesordert werden möge, wird unmittelbar darauf §. 470 hinzugesetzt:

3er

---

† In Kurland, Livland 2c., las und hörte man sonst oft: "unsre Vorfaren (deren Enkel wir zum Teil sind, weiß aber nur, durch Kauf, ihre Nachfolger im Besitz geworden sind) haben das Land mit Leib- und LebensGefar (quo jure?) erobert". Es scheint, der Hr. Verf. hält diesen welland HauptGrund, für albern, weil er ihm nicht einmal die Ehre einer Widerlegung gönnt. S.

Jedoch geben wir denselben hiemit, für uns und unsre Nachkommen, die Versicherung, daß keinem unsrer Vasallen für die Ritterpferde jemals einige Geldschätzung auferlegt werden, mithin niemals einige Erlägnisse unter dem Namen von Rosdienstgeldern, oder unter andern Prätexten, gefordert, weniger beigetrieben werden sollen.

Da nun nach dieser lehnrechtlichen Versicherung, für den persönlichen Dienst nie eine Bezahlung an Geld begert werden soll: so kan der vom Landesfürsten sich vorbehaltene Antrag, wegen des Gebrauchs und Aufgebots, und der wegen eines beständigen Regulativs mit der Ritterschaft zu treffende Vergleich, nur allein auf den persönlichen Dienst abzielen; damit hiedurch ausgemittelt werde, wie dieser Dienst am vorteilhaftesten und nützlichsten, zum Besten des Landes eingerichtet werden könne.

Bisher ist eine solche nützliche Einrichtung, und beständiges DienstRegulativ, noch nicht gemacht. Vielmehr hat der Adel, nun beinahe volle 40 Jare, die Steuerfreiheit und Immunität der Hälfte seiner Hufen genossen, ohne auch nur irgend einige Dienste, außer bei den wenigen Ehren- und Trauerfällen, noch weniger aber einen einzigen Heller zum Besten des Landes, dafür geleistet zu haben! Unmöglich kan seine Absicht seyn, die Hälfte seiner Güter ganz umsonst zu besitzen, ohne auch dafür dem State etwas beizutragen. Zu wünschen ist es daher, daß diese Sache endlich einmal regulirt werden, und das Land doch aus der, im LandesVergleich vorbehaltenen Dienstleistung, einen wirklichen Nutzen haben möge.

Notte à S. A. M. le Prince de KAUNITZ-Rittberg  
Chancelier de Cour & d'Etat,  
concernant le *Departement des Provinces Beligues*.

Aus einer "untrüglichen Quelle" erhaltene  
Berichtigung von oben, StatsAnz. Heft 62, S. 314.

Ce ne seroit point repondre dûment à la confiance dont *Votre Altesse* m'honore dans la notte du 6 *Decembre* que d'hésiter à Lui exposer avec la plus grande vérité mes observations sur les deux depeches du Ministre Plenipotentiaire en datte du 2 & 23 *Novembre*, relatives au projet de reforme de la Comptabilité de Bruxelles, que l'on a minuté ici par ordre exprès de *Sa Majesté*.

Le gouvernement en prenant le parti de vouloir mettre en pratique la nouvelle methode dès le commencement de la présente année militaire 1783, paroît avoir pour but de prevenir l'envoy d'un ou deux Individus d'ici que j'avois proposé pour monter la nouvelle Comptabilité à établir au centre de Bruxelles.

Le Conseil des finances & la Chambre des Comptes demandent par le canal du ministre plenipotentiaire qu'aux 4 Officiaux du bureau de Comptabilité soyent ajoutés 3 nouveaux avec une augmentation annuelle de dépenses de fl. 1700 de Brabant.

Cependant le modèle joint à la lettre du 2 *Novembre* ne prouve point qu'on ait bien saisi à Bruxelles l'esprit de la nouvelle Comptabilité: & comme on ne sauroit ici se charger de repondre du mauvais succès que peut avoir un plan entrepris sans les connoissances requises, que d'ailleurs les recherches faites ici depuis 20 ans en matiere de Comptabilité des finances, ont produit des methodes qui par leur clarté & leur brievté sont infiniment superieures à tout ce que la *Comptabilité mercantile* auroit de plus parfait, & que cette derniere paroît être

être la seule qui soit connue à Bruxelles; on se croit obligé d'insister de nouveau sur l'envoy de 2 Employés d'ici parfaitement instruits de la Comptabilité au Centre, & capables par conséquent de l'introduire au bureau central de Bruxelles pendant l'espace de 3 ou 4 mois. Ces Employés feront en état de juger, si l'arrangement des finances Belges permet qu'on puisse comme dans ces pays-ci commencer par la Comptabilité du centre ou du revenu *net*, & ne passer que successivement à la réforme des comptes du revenu *brut*, ou des bureaux de la perception; ou bien s'il faut nécessairement que la réforme marche de pair & se fasse à la fois au centre & à la peripherie. Dans ce dernier cas l'ouvrage exige beaucoup plus de temps.

La proposition d'augmenter le nombre des Comptables au centre paroît encore indiquer que le véritable esprit de la nouvelle Comptabilité n'a point été saisi à Bruxelles. On n'est nullement convaincu que cette méthode puisse exiger une augmentation constante d'ouvriers; son but est la précision, la netteté, la brièveté. Il est possible que le premier arrangement requière quelques ouvriers de plus seulement pour un tems; mais les établir pour toujours, ce seroit jeter injustement de l'odieux sur la nouvelle Comptabilité qui tend à abréger l'ouvrage, à le repartir également sur toute l'année & non à multiplier les écritures.

D'ailleurs il paroît que le gouvernement ne propose une augmentation du nombre des Employés que principalement pour le Greffe du conseil des Domaines & finances.

Toute la comptabilité des deux Chambres des Comptes de Flandres & de Brabant ne sauroit être mise au parallèle qu'avec la besogne d'un seul des différens bureaux qui composent la *CameralsauptBuchhalterei* de Vienne; & cette dernière n'est-elle même qu'une des 4 ou 5 *Buchhaltereien* ou Chambres des Comptes subordonnées au

Contrôle general. Entore ne sauroit-on accorder le nom de *Buchhalterei* à un bureau de Comptabilité qui ne tient point de grand livre, où se transportent par rubriques les resultats de comptes clos, si non pour le revenu brut, au moins pour le revenu net.

Cependant la Chambre des Comptes de *Bruxelles* est composée d'un President, de 10 Conseillers maitres, de 10 Auditeurs, de 24 Officiaux & de 2 Greffiers, ensemble de 47 Individus.

Il est vrai que la methode de couler les comptes, qui est en usage dans les provinces Beligiques, devroit dans un seul tems de l'année surcharger de travail tout ce grand nombre d'Employés, & les laisser presque desœuvrés pour tout le reste de l'année; mais l'expedient des lettres d'interpretation, que les comptables doivent attendre pour presenter leurs comptes, repare ce defect en quelque façon, & contribue à repartir la besogne plus également sur toute l'année.

Le coulement des Comptes ou Journaux de la Caisse generale de Vienne qui renferment plus de 40000 articles par an, & les livres de Concentration qu'on tient pour cet effet, n'occupent en tout que 5 personnes qui sont: un Auditeur, 2 Officiaux, & 2 Copistes. Encore ces 5 Individus s'employent-ils de plus à rediger des rapports, des memoires & tableaux, en reponse à des eclaircissemens qu'on leur demande.

Notre idée n'étoit point d'étendre d'abord la reforme de la Comptabilité dans les provinces Beligiques au revenu brut; on a crû pouvoir ne s'occuper d'abord que du revenu net qui se verse à la recette generale. Les articles de recette & de depense de ce compte ne sauroient aller au delà de 5000 par an, par consequent il n'y auroit pas de quoi occuper 7 personnes.

La methode proposée d'ici ne suppose nullement, que chaque partie individuelle de pensions &c. &c. doive  
être

être transportée séparément dans le *grand livre*; elle renvoie tous ces détails aux *livres auxiliaires* & n'en forme chaque mois qu'une seule partie pour le *grand livre*. Cependant quand même on voudroit à Bruxelles insérer tous ces détails dans le grand livre, la personne chargée de ce travail ne sauroit y employer au delà de 4 jours par mois; & si absolument elle voudroit s'en occuper tous les jours, ce seroient 17 parties à transporter par jour, ce qui peut faire à peu près le travail d'une heure.

L'espèce de Commis qu'on appelle **Concipist** \*, n'est point d'usage dans les bureaux de comptabilité de Vienne. S'il est question de minuter des notes, des rapports, des mémoires, on en charge les Employés même de la Comptabilité, puisque ce sont eux qui possèdent les connoissances requises pour cette sorte d'ouvrages.

La Chambre des Comptes devant servir de contrôle au Conseil des finances, il n'est pas naturel que ce soit elle qui fasse minuter & mettre au net les ordonnances de recette & de dépense à l'exécution desquelles elle doit veiller en coulant les Comptes.

Le mémoire joint au P. S. du 23 Novembre paroît indiquer que l'intention du Conseil des finances seroit de

N n 2

créer

\* Aus einem Schreiben aus Wien, vom 15 Jan. 1793. "Se Maj. will nicht, daß in Zukunft gut gebildete Jünglinge, als sogenannte CanzleiPracticanten, die Zeit zubringen sollen; sondern hat weißlich verordnet, sie sofort den Hrn. Referenten zuzugesellen, unter deren Anleitung sie sich zu Concipisten qualificiren können. Zu bloßen Abschreibern aber (ungrische Noblesse, Hest... S...) sollen Invaliden (Nobiles inculti) abgerichtet werden. — Heil uns, meine junge Mitbürger aus der ganzen großen österreichischen Monarchie, von welcher Ungern bei weitem der HauptBestandtheil ist, daß wir unsre Laufbahn unter einem solchen Fürsten antreten sollen"! S.

créer tout de suite autant de grands livres subalternes, qu'il y a de branches principales de revenu dans les provinces Beligiques, celui des *Domaines* à la Chambre des Comptes, celui des *aydes & subfides* à la jointe des administrations, celui des *domanes* au bureau de regie.

Ce seroit là en effet étendre tout de suite la nouvelle Comptabilité au revenu brut, entreprise qui est un peu difficile pour un debut qui si elle ne s'accorde pas parfaitement avec les rubriques du grand livre au Centre de toute la monarchie, ne feroit que jeter la Comptabilité des provinces Beligiques dans une nouvelle confusion.

Il y a sans doute à *Bruxelles* des personnes initiées dans la *Comptabilité mercantile*; mais il paroît à n'en pouvoir douter, par les memoires qui accompagnent la note de la Chancellerie de cour & d'état, que l'on n'y a pas la moindre connoissance des progrès que la Comptabilité des finances a faite à *Vienne* depuis 20 ans, & que l'on ignore à Bruxelles, combien on a reussi à perfectionner & à surpasser en simplicité la comptabilité des negocians.

Ce ne sera qu'à l'arrivée du raport ulterieur de Mr. de *Müllendorf* que l'on pourra juger avec connoissance de cause du Modelle joint au P. S. du 2 *Novembre*. En attendant il ne paroît pas, qu'on ait bien saisi les rubriques: car elles sont differentes de celles que l'on avoit déterminées ici. Malgré la colonne séparée pour le revenu brut, les impôts de consommation ne se trouvent point séparés de l'impôt territorial à l'article *subfides*. On ne demêle point dans la Categorie des Domaines; si les moyens courans dans la Flandre occidentale sont un droit regalien, ou si elles se perçoivent à titre de droits Seigneuriaux? si la fabrication & le debit des liqueurs s'exercent par acte de Souveraineté, ou si c'est une industrie de particuliers propriétaires?

Les remboursemens des dettes actives sont confondus avec les clôtures actives des comptes; deux rubriques  
qui

qui n'ayant aucune liaison, doivent necessairement rester separées.

Les revenus des biens des ci-devant *Jesuites* paroissent entierement incorpores aux autres revenus Domainiaux. Dans le reste de la Monarchie les Caisses des finances quoique chargées de la gestion de ce revenu, en rendent compte par des registres Journaux separés. Il paroît que la même chose devoit s'observer dans les provinces Beligiques, à moins que *Sa Majesté* en ait expressement ordonné autrement.

Ce que le memoire separé annonce concernant le *Soixantième* de *Namur*, est entierement conforme aux ordres de *Sa Majesté*.

Quoique l'administration de la *Loterie Genoïse* soit independante du Conseil des Domaines & finances, le produit net annuel de cette branche de revenu n'en devoit pas moins paroître dans les tableaux du Centre de Comptabilité qui va être formé à Bruxelles. Les operations de ce jeu sont ici comme dans les provinces Beligiques un mystere pour tous les Employés à l'exception de ceux qui dirigent le *Castellotto*. Cependant cette operation secrette même est examinée annuellement par 2 Officiaux de Comptabilité, & ce n'est qu'après cet examen que l'expedient les lettres de decharge aux Comptables.

S'il est vrai que le tresor royal est comme dans ce pays-ci garant de toute l'opération, les residus de Caisse, deduction faite de toutes les charges inherentes sans exception devoient être versés en entier dans le tresor, & l'on ne sauroit imaginer de bonne raison pourquoi l'on doit accumuler & augmenter chaque année un dépôt separé, dont il ne resulte aucun benefice pour l'état.

Les fermiers de la *Loterie Genoïse* dans cette partie de la monarchie payent au tresor au delà du montant de leur bail les quatre cinquièmes du profit annuel. Leur benefice se reduit à un *cinquidme*, & ils sont chargés des



frais de regie & de comptabilité. En donnant en ferme cette branche de revenus dans les provinces Belges, on en retireroit peut-être les mêmes avantages sans être obligé de toucher à l'arrangement présent des primes. Il paroît que dans la comptabilité de la Lotterie Genoise on est trop attaché à Bruxelles aux registres journaux en parties doubles selon la methode des negocians, & qu'on n'y connoit point la methode à la fois plus claire & plus facile de la Comptabilité des finances, motif qui rend d'autant plus nécessaire la mission d'un ou 2 Employés d'ici versés dans cette methode.

Quant aux rubriques de depense, on demande si les *frais de l'entretien de la Cour de LL. AA. RR., les Serenissimes Gouverneurs Généraux*, ne doivent point trouver une place dans les Sommaires annuels, également parmi les revenus comme dans la depense, d'autant plus que les tableaux des finances Belges des années passées contenoient cet article.

On a séparé à dessein les frais pour l'entretien des *Gardiens* des appointemens des Employés aux Consaux en Dicastres.

Les *clotûres passives des Comptes* doivent former une rubrique séparée & ne sont point à comprendre parmi les depenses extraordinaires.

Les Employés à la recette générale à Bruxelles étant en petit nombre, & liés par la foi du serment, on ne voit pas de raison pourquoi il faudroit leur faire un secret du *million* de florins d'Allemagne que les finances Belges fournissent annuellement, pour contingent à la decharge des finances allemandes. Ce même *million* étant chaque année porté en recette dans les comptes de la Caisse générale des dettes ici à Vienne, il faut que le sommaire des Depenses des finances Belges contienne la partie correspondante à notre recette. Cette depense qui diminue en effet les residus de Caisse de Bruxelles, y doit figurer successivement dans les extraits de chaque Trimestre, &

si absolument on veut voiler la destination de cette depense, il n'y a qu'à la ranger sous la rubrique des dépenses secretes.

Il suffit d'envoyer une fois pour toutes, ici l'*aperçu eventuel préliminaire de recette & de depense*, avec le detail dans lequel on est entré jusqu'ici; à l'avenir on n'aura besoin que des *Sommaires annuels de cet aperçu*, pourvu qu'on y ajoute en marge les causes connues d'augmentation ou de diminution de chaque branche de revenu & de depense. Les *états de Caisse Trimestre* n'exigeront jamais au delà d'une feuille de papier à 2 colonnes, l'une pour l'argent de Brabant, l'autre pour l'argent d'Allemagne: mais la clotûre annuelle du grand livre devra immanquablement annoncer les arrerages de chaque rubrique de recette & de depense qui existoient à la fin de l'année.

J'attens au reste des bontés de V. A. la communication de l'ouvrage ulterieur que le Gouvernement general a promis de remettre sur l'objet de la reforme de la Comptabilité.

Vienne, ce 15 Janvier 1783.

## 63.

Disputen in Meßlenburg über das ReichsContingent.  
Zu oben S. 436.

I. Schwerin, 15 Nov. 1793.

Der Einsender (von dem citirten Aufsatz) hat allerdings darinn Recht, daß unsre diesjährigen Beiträge zu den Kosten des ReichsKriegs, mit ser ungleicher Wage abgemessen, und besonders für den geleerten Stand drückender sind, als für manche andre. Wie konnte auch in der kurzen Zeit eines LandTage (von kaum 8 Tagen), eine von allen Ungleichheiten und anscheinenden Ungerechtigkeiten entfernte Verteilung, deren Maßstab so unvorbereitet als ungewohnt

war, erwartet werden? Einen großen Theil ihrer Mängel hat das Landesfürstl. EinfoderungsEdict schon unvermerkt verbessert, mehrere aber freilich künftigen ähnlichen Repartitionen (woran es, wille Gott! sobald nicht felen wird), und SpecialResolutionen, zu verbessern überlassen: welches um so unbedenklicher geschehen dürfte, da im Ganzen der Beitrag sehr leichtlich und wenig fälschbar ist.

Allein darinn hat Ihr Hr. Einsender unrecht, wenn er dem Adel eine ungebührliche Entziehung von der gemeinen Last vorrückt. Denn

I. ist das *Principium* unrichtig 1, daß "derjenige, den eventualiter die größere Gefahr treffen würde, auch zu deren Abwendung mer Kräfte aufbleten müsse". Abgerech-

1. Sollten LandStände — VolksVormänner — sich zu so wichtigen Geschäften nicht mer Zeit nehmen? S.

2. Unrichtig ist das *Principium*, wo es auf Leib und Leben geht, und die Gefahr nur durch persönliche Dienste abgewendet werden kan. Da dem Tagelöhner und Rathsherrn sein Leben so teuer, wie dem GutsHerrn, ist: so müssen als 3, einer wie der andre, aufstehen oder ausrücken, wenn die Noth an Mann geht; es wäre dann, wie wirklich der Fall mit dem Adel in Deutschland ist, daß Eine Classe von Mitbürgern, die Pflicht, miles perpetuus zu seyn, d. i. ihre Köpfe darzustrecken, um die Köpfe der übrigen zu decken, (mit den dafür accardirten Vortaten, Rechten, oder Befreiungen, beiden erblich) übernommen hätte. Aber sehr richtig ist das *Principium*, wo es hauptsächlich auf Vermögen geht, und die Gefahr durch GeldDienste abzuwenden ist. Zalt der, der ein Haus von 20000 Rthlr. besitzt, nicht 10mal mer in die BrandCasse, als sein Nachbar, dessen Haus nur 2000 Rthlr. werth ist? Und soll der, welcher ein 5000 Rthlr. rentirendes Eigenthum besitzt, das er beim Flächten nicht mitnehmen kan, nicht mer contribuiren, als der Pastor, der höchstens eine Besoldung von 500 Rthlr. requirt? So läßt sich in den meisten Fällen, die eventuelle Gefahr gar wol berechnen. S.

rechnet, daß eventuelle Geler in manchen Fällen schwer zu berechnen seyn würde. (wie denn in substrato, nicht leicht ein Stand für die französische UmstürzungsSucht gesichert bleiben dürfte, z. E. die Geistlichkeit, die Kaufmannschaft, die Magistrate &c.): so würde auch jener Masstab oft auf Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten führen, wenn z. E. der Bedröhteste gerade der Schwächere wäre.

II. ist von dem Adel wirklich, nach unsrer bestehenden, u. doch (wegen einer bloß möglichen Erschütterung) noch nicht aufzuhebenden LandesVerfassung, nicht mer als ein  $\frac{1}{3}$  der gemeinschaftlichen Last und Kosten gefodert worden. Auch hat derselbe, III. ehe ihm noch einmal der eigentliche Umfang dieses baren Surrogats bekannt war, zu mererem sich erboten, und noch ein weit mereres, als wozu er selbst sich erboten hatte, IV. wirklich zusammengebracht. Ich berufe mich deshalb auf das (oben S. 475 vollständiger citirte) "Mecklenburgische ReichsContingent &c, St. VI. S. 79, 80; vergl. mit St. VIII, S. 111, 8).

Der eigentliche *Status controversia* hingegen, "ob nämlich die LandStände schuldig sind, die ContingentsKosten mit  $\frac{1}{3}$  für den Adel, und  $\frac{1}{3}$  für die Städte zu übernehmen? oder ob diese Kosten mit unter Reichs-Steuern begriffen sind, welche dem LandesFürsten bis an den Betrag von 200 und 300 RömerMonaten, gesetzlich allein zur Last fallen"? ist eben daselbst in St. XII, S. 137, vorgezeichnet. Die vermeintlichen Gründe für die LandStände, finden Sie in St. V, und die für den LandesFürsten, sind in St. IV vorbereitet, und in St. VII angewendet.

II. "Verbindlichkeit der Vasallen &c. (oben S. 531).

Der Verf. dieser wichtigen DruckSchrift, Hr. JustizRat Prehn, hatte durch Zufall einen CorresturBogen von obigem Aufsatze (S. 436—447) in die Hände bekommen, und führt dagegen, in der Vorrede zu seiner Schrift S. X—XII, folgendes im Wesentlichen an.

“Der Einsender beschuldigt die Landstände, daß besonders die GüterBesitzer, Pächter, u. Magistrate, von ihnen zu glimpflich tarirt worden. Aber wer je in dem Fall gewesen ist, ein Contributions- und SteuerEdict zu entwerfen: der wird es nicht läugnen können, daß es äußerst schwer, wo nicht unmöglich sei, eine solche Art der Steuer ausfindig zu machen, wodurch schlechterdings keiner <sup>2</sup> sich gravirt achten kan.

Gewiß verdient der Adel den Vorwurf nicht, daß er, aus eigennütziger Eigenliebe, sich so gemächlich auf Kosten andrer Stände angelegt habe. Denn der Adel <sup>3</sup>, hat bei dieser Kriegssteuer, gar keinen Vorzug; sondern der adeliche GutsBesitzer gibt eben so viel, als der bürgerliche GutsBesitzer: und es kan nach unsrer LandesVerfassung hiebei kein Unterscheid statt finden. Folglich genießt der bürgerliche GutsBesitzer dieselbigen Vortheile, welche der adeliche nach dem Edict angeht haben soll.

Ferner beschwert sich der Einsender S. 443, daß man bei der Repartition der Kriegssteuer nicht auf die älteren Melkenburgschen KriegssteuerEdicte Rücksicht genommen. Hätte derselbe diese ältere Edicte etwas genauer geprüft: so würde er notwendig die Vorzüge des diesjährigen vor den älteren haben bemerken müssen. Denn jenes befreit die Frauen, mit allen bei den Eltern sich befindenden Kindern, und was das vorzüglichste ist, alle

2. Auch am Ende der Vorrede sagt der Hr. JustizRat: “welche menschliche Einrichtung ist denn so ganz vollkommen”? Sätze von der Art, so ganz allgemein aufgestellt, sind zur Anwendung nicht wol brauchbar. Gewiß brauchte auch der Abbé Terray solche GemeinDexter, wenn ihn ein Economiste über seine FinanzTyranneien zur Rede stellte. Die Rede ist vom mer oder weniger gleich machen.

3. Gewiß geschieht dem Hrn. Einsender hier unrecht. Adel und GutsBesitzer S. 439 ist ihm offenbar eins; völli-  
g nach dem Geiste der in diesem Stück vortrefflichen Melkenburgschen StatsVerfassung. / S.

alle Diensthöten und Gesinde aus alle Ausnahme, alle Deputatisten, Einlieger, Dröcher, Hirten, und andre zum Gut gehörige, untertänige sowol als freie Leute, mithin gerade die ärmere Classe der Einwohner, von allem Beitrag. Dagegen nach den älteren Edicten, mußten diese arme Leute nicht nur für sich, ihre Frauen, und Kinder über 12 Jahren, steuern, sondern auch noch dazu den Viebschatz erlegen, und besonders die Diensthöten von jedem  $\text{rL}$  ihres Lons 6  $\text{S}$  geben, auch wenn ihnen Korn gesät wurde, von jedem Scheffel ein gewisses bezahlen: welches für diese Art Leute gewiß keine geringe Last war.

Auch darüber darf man sich nicht beschweren, daß die Magistrate zu gering angelegt wären; denn bekanntlich haben, leider! die Magistrats Personen in den kleinen Städten so geringe Besoldungen, daß ihnen wahrlich nicht gut eine größere Abgabe aufgelegt werden konnte.

Eben so wenig kan man es bloße Willkür nennen wenn in Ansehung der verschiedenen Collegien ein Unterschied gemacht worden; u. meines Wissens hat noch keiner der Herzogl. Bedienten dieses unrecht gefunden. Der Hr. Einsender muß das Verhältnis und die Einkünfte der bei den verschiedenen Collegien angestellten Personen, so wenig kennen, wenn er diese Einstellung tabeln will. Z. E. ein Rath bei der JustizCanzlei hat nicht 800, sondern nur 600  $\text{rL}$ , ein Secretär aber nicht 3 bis 400, sondern nur 84  $\text{rL}$ , Gehalt; und bei diesem Unterschied ist auf die ungleich größeren Sporeten, welche bei der Regierung und Cammer vorfallen, Rücksicht genommen worden. Folglich fallen die S. 442 aufgeworfenen Fragen weg.

Daß übrigens TitulärRäte, welche größtentheils solchen Titel nur auf ihr Ansuchen erhalten haben, für diese Eitelkeit etwas mehr bezahlen müssen, scheint nicht anbillig zu seyn.

In Ansehung der Advocaten hingegen fällt es allerdings auf, daß ein Anfänger, der wenig oder gar nichts ver-

verdient, eben so viel entrichten soll, als einer, der eine starke Praxis hat.

### III. ERRATA, eben,

S. 439, Z. 12—16, lies: b. daß die Hälfte der zu den oblichen Gütern gehörigen Hufen, gegen Leistung der vorbehaltenen Ritter- und MannDienste, Steuerfrei ist, u. von der andern Hälfte jährlich 9  $\text{fl}$  R $\frac{2}{3}$  contribuiert werden.

S. 445, allerletzte Zeile, setze hinzu: Dieses Benehmen der Stände erscheint in einem desto nachtheiligeren Lichte, da nach dem §. 110 des LandesVergleichs, der Beitrag der Herzogl. Dinererschaft, den Ständen mit  $\frac{2}{3}$  des Beitrags auf ihre Quoten zu gute kommt.

### 64.

#### Verschiedene Anzeigen.

I. Berlin, 21 Decbr. 1793, an die Reichs-

Stadt Frankfurt am Main.

Besonders gedruckt in 4.

Der König hat mit besonderm Vergnügen vernommen, daß die Einwohner der dortigen ReichsStadt, auf eine ausgezeichnete, edle, und Menschenfreundliche Art bemüht sind, die im Felde stehende königl. Truppen durch ansehnliche, freiwillige Beiträge zu unterstützen. Wir sind ausdrücklich befohlen, den Herren und der dortigen Bürgerschaft im Namen Sr Majr zu bezeugen, daß Derselbe diese tätigen Beweise ihrer guten und Reichspatriotischen Gesinnungen mit der größten Danknemigkeit erkenne, und in immerwährendem gnädigen Andenken behalten, auch sich ein Vergnügen machen werde, den Herren und den dortigen wohlgeantw. Einwohnern, in vorkommenden Fällen überzeugende Merkmale seines Schutzes und seines gnädigen Wohlwollens zu geben.

In

In dem wir uns hiedurch des uns gewordenen höchsten Auftrages gegen die Herren entledigen, ersuchen wir dieselbe annoch dienstlich, die in dem gegenwärtigen Schreiben ausgedruckten Bessinnungen des Königs, zur Kenntniß der dasigen guten Bürgerschaft zu bringen, und verbleiben dagegen Denen selbst zur Erwehlung angenehmer Befälligkeiten stets bereit.

Berlin, wie oben.

Königl. Preussische verordnete wirklich  
liche Geheime EtatsRäte  
Alvensleben. Maagwitz.

## II. Verordnung, Hannover, 19 Decbr. 1793.

Gedr. auf einer Fol. Seite.

„GEORG III. . . . Die immer mer zunehmende Anzahl der sogenannten Leib- oder LeseBibliotheken und LeseGesellschaften macht es erforderlich \*, daß dergleichen Institute einer genaueren PolizeiAufsicht unterworfen werden. In dieser Absicht finden Wir uns bewogen, hie mit folgendes festzusetzen“.

I. Alle Antiquarii und sonstige Personen, welche dergleichen LeibBibliotheken für Geld halten, sollen sofort nach Publication dieser Verordnung, ein vollständiges Verzeichnis aller und jeder in ihrer LeseBibliothek vorhandenen Bücher und Brochüren, an die PolizeiObrigkeit ihres Orts einliefern; auch künftig von allen weiter von ihnen angeschafft werdenden Büchern und Brochüren, bevor sie selbige ausleihen, jedesmal ein solches Verzeichnis einreichen.

Woe

---

\* Unschuldig, unschädlich nicht nur, sondern wirklich heilsam, und wäre Aufklärung befördernd, wären diese Institute ursprünglich: in der Folge, wie sie in unrechte Hände kamen, wurden sie „moralische GiftBuden“ — richtiger Ausdruck eines Menschenkenners in der Gotha'schen Gel. Zeitung. Ich setze hinzu, „mit unter auch politische GiftBuden“. Doch kenne ich große und kleine deutsche Städte, wo die LeseGesellschaften schon wieder zu klugen armlüchen SpielGesellschaften herabgesunken sind. S.



Wer dieses versäumt, oder etwas ausleiht, das nicht im Verzeichniss aufgeführt ist, wird zum 1ten mal mit einer GeldBuse von 10  $\text{rL}$ , zum 2ten mal aber mit der doppelten Strafe, und dem gänzlichen Verbot der weiteren BücherVerleihung, angesehen. Die Hälfte der zu erlegenden StrafGelder fällt dem Denuncianten zu.

II. Alle Unternehmer von LeseGesellschaften sollen gleichfalls der PolizeiObrigkeit ihres Orts, one Ausnahme und one Bezehung auf einen privilegierten GerichtsStand, sofort nach Bekanntmachung dieser Verordnung, ein vollständiges Verzeichniss der in ihrer LeseGesellschaft circulirenden, und künftig in Circulation zu bringenden Bücher und Brochüren, einlefern. Wer sich hierunter einer Veräumnis oder eines Mangels schuldig macht, wird one Ansehen der Person in eine GeldBuse von 20  $\text{rL}$  genommen. Die Hälfte davon fällt dem Denuncianten zu.

Von den eingereicht werdenden Verzeichnissen, soll jedesmal eine Abschrift an die LandesRegirung eingesandt — die in den Verzeichnissen aufgeführte, als gefährlich bekannte, oder wol gar verbotenen Bücher, sogleich in Beschlag genommen — in zweifelhaften Fällen aber an die LandesRegirung zu weiterer Verfügung berichtet werden.

Ad mandatum Regis & Electoris speciale.

III. Aus Holstein, 19 Dec. 1793.

... Jedesmal freu ich mich, wenn ich leichte Urtheile deutscher JuristenFacultäten und SchöppenStühle, nach Gebühr beleuchtet sehe; und herzlich wünsche ich, daß dieses recht oft geschehen möge; um dem großen Haufen deutscher UrteilsVerfasser, die durch ihre Arbeiten oft so vielen Schaden anrichten, wo nicht Gewissenhaftigkeit, doch wenigstens Achtung für ihren und ihrer Collegen guten Namen einzuprägen. . . .

An

... An dem Kosterer Urtheil (StatsAnz. S. 71, S. 315), welches der SchöppenStuhl in Jena beleuchtet hat, hat Hr. Prof. *Weber* keinen Antheil. *Wiemer* gab dieses sein Votum dahin ab, daß der Burgemeister L. — nichts Strafbares begangen, folglich die ganze Sache sich durchaus nicht zu einer fiscalischen Rüge, noch zu einer Criminal-Untersuchung, qualificire, und daher der Burgemeister B. — völlig zu absolviren, auch mit Erstattung der Kosten zu verschonen sei. . . .

## 65.

Detmold, im Decemb. 1793.

Am diesjätigen, in diesem Monat gehaltenen Land-Tage, hat der Fürstl. Höppliche Adel sich, was den Beitrag zu den gegenwärtigen ReichsKriegskosten für die Grafschaft Lippe-Detmold betrifft, freiwillig dahin erklärt, am Mittragen dieser allgemeinen Last den tätigsten Antheil pflichtmäßig übernehmen zu wollen. Er übernimmt daher, statt der vorher ein für allemal anerbottenen Summe von 500  $\text{rL}$ , eine seinem Vermögen und den Bedürfnissen angemessene Summe, während der Dauer dieses ReichsKriegs, beizutragen, welche im Verhältniß mit der, von den übrigen MitUntertanen zu zahlenden Summe, mer beträgt, wie von Ihm verlangt werden kan. Ein Entschluß, der nicht nur die übrigen MitUntertanen, onrückfichtlich auf deren Würde und Freiheit von gewöhnlichen Abgaben, zu gleichem Mittragen dieser allgemeinen Last verbindet und aufregt, sondern auch, als patriotische Gesinnung, dem ganzen deutschen Vaterlande bekannt gemacht zu werden, verdient.

Einsender, Verfasser, und Herausgeber obiger (in diesem 72sten Hefte) schon vor ein par Monaten abgedruckten Aufsätze und Nachrichten aus Detmold, wünschen aufrichtig, daß sie den jetzigen höchst erwünschten Ausgang einer

damaligen Disputate, die dem Lande allgemein für einen schweren Proceß bei den ReichsGerichten bange machten, nur hätten ahnden können: denn so wären jene Aufsätze und Nachrichten natürlich ungedruckt geblieben.

Jetzt eilen dieselben, dem Lippischen Adel eben so aufrichtig, für den freiwillig genommenen Entschluß, ihre Hochachtung öffentlich zu bezeugen. Dieser Entschluß, dieser Vorgang des Lippischen, sowie der des Hildesheimischen (oben S. 424) Adels, — *ibit in armatos* —, und wird, wills Gott! die ganze übrige Million deutschen Adels zur schuldigen Nachfolge bewegen: wozu zugleich die bänigige Prehnische Deduction (oben S. 531) kräftig mitwirken wird und muß.

Somit wird dem deutschen SchwindelKopfe ein Hauptgrund seines Hasses gegen alles, was GeburtsAdel heißt, benommen. So, oder doch zum Teil so, gab auch der französische Adel, nicht lange vor dem 12 Jul. 1789, nach: aber damals war es schon zu spät. Himmel, wie häßet er nun für seine Verspätung!

Es sei mir erlaubt, hier mit einer Stelle aus meinem allgem. StatsRechte S. 162 folg. (mit einigen Veränderungen) zu schließen:

Reformen brauchen wir Deutsche; unmöglich kann immer beim Alten (das meist nicht einmal Alt, sondern *Medium Aevum's* Wust, ist) bleiben: aber vor Revolutionen bewar uns, lieber Herr Gott! Die brauchen wir auch nicht, die dürfen wir nicht fürchten: alles was geschehen muß, läßt sich, über kurz oder über lang, von sachten und sanften Abänderungen sicher erwarten. Denn — wo ist ein Land in allen 4 ErdTheilen, wo wäre Aufklärung höher gestiegen, und vorzüglich unter Herrschern, und Edlen, allgemeiner verbreitet wäre, als in Deutschland?

Am letzten Tag des Gräueltags 1793.

S.

Inhalt.

# Inhalt.

561

## Band XVI.

### Heft LXI. (April 1791).

1. Berlin, 14 Apr. 1790: Königl. Rescript an die Halberstädtischen Landstände, das allgemeine NothmaßlerBuch betreffend	3
2. StatsVerfassung der ReichsStadt Hildesheim, aus Archivurkunden gezogen	5
3. Von den Hildesheimischen Unruhen, gegen oben Heft 58, S. 225	14
4. Laasphe, 26 Febr.: Unruhen im Wiegensfeinschen	34
5. Versuchter Presszwang in Hamburg, 23 Febr.	36
6. Gedanken eines Schweden über den letzteren russisch-schwedischen Krieg	39
7. Königl. schwedische Verordnung vom 10 Jan. über die CreditZettel	50
8. Aus Ungern; I. Presburg, 9 Febr. Hergang beim ReligionsEdict. II. Auszüge aus ungrischen Verordnungen, Repräsentationen ic. S. 59. III. Entwurf zu einer Bittschrift des BürgerStandes um eigne Deputirte, S. 62. IV. ConscriptionsListe von Ungern, S. 67. V. SchutzRede des (katholischen) Grafen Barryán für das ReligionsEdict, S. 69.	54
9. Unaufgeklärter FreibeitsSinn in Böhmen, 21 Jol. 1790	72
10. Protestation der Holsteinschen Prälaten und Ritterschaft, 18 Jan.	77
11. Menschenfreundliche JagdVerordnungen I. in Eisenach, 7 Aug. 1789. II. in Zweibrück, 20 Aug. 1789	78
Zur Note * S. 82. Den 14 Maj hat der Herzog von Württemberg, zur Abwendung des Wildschadens, verordnet, daß jede Gemeinde auf ihre Kosten einen oder 2 Gemeindegewächzen aufstellen	
StatsAnz. XVIII: 72.	59

solle,

solle, die alles Wild in Feldern 1c. wegpürschen, jedesmal aber dem Fürsten davon Anzeige tun, und nie in die Gehölze gehen, noch weniger Wild darinn schießen sollen.

22. Menschenrechte und Gärungen — 85  
 I. *Déclaration des Droits de l'homme & du citoyen.* II. Betrachtung eines Deutschen über Aufklärung u. Gärungen, 6 Apr. 1790: S. 89. III. Untuchen im Neuwiedschen, angestiftet durch einen Advocaten: S. 92. [Berichtigt unten, H. 64, S. 417].
23. Einnahmen und Ausgaben der Oranien-Nassauischen Länder in Deutschland — 97
24. Dankrede des (protestantischen) Grafen *Teléký* für das ungrische ReligionsEdict — 101  
 Zu oben Num. 8.
25. Verhandlungen im J. 1776 des Königes in Schweden bei dem kaiserl. ReichsMinisterio in Wien, den Austausch des Herzogl. Holstein-Gottorpschen Landes mit Mecklenburg gegen Oldenburg und Delmenhorst betreffend 105  
 Vergl. unten, Heft 64, S. 428.
26. Contracte der nach Amerika emigrierenden Deutschen in Holland und Baltimore — 114
27. Senfzer in Schweden über die Reformation noch im Jan 1622, zur Vergleichung mit den dormaligen ähnlichen Senfzern in Frankreich — 119
28. Häuserlotterie in Darmstadt, 30 Oct. 1790 — 122
29. Drei deutsche PrivatProceßSchriften — 124
20. Vermischte Briefe und Anzeigen — 125  
 I. Hamburg, 21 Maj. II. Baltimore, 8 März: S. 126. III. *Origo majestatis non a Deo*, S. 126, und IV. Zweifel gegen das Wort Untertan, S. 127: beide aus dem *Point du jour*. V. Ein Sklave in Hanau, S. 128. VI. Kirchenliste von Philadelphia, S. 128.

### Heft LXII. (Jun. 1791).

21. Alexander von Siepmann, KurSächf. HofRat († 1790,

- 1790, 75 Jar alt). Ein ActenStück zur Geschichte  
des ehemaligen Despotismus in Deutschland — 129  
Zu S. 134. und 141 folg. Also war die im J.  
1752 geschehene Erlaufung des KurSächs. Cabinets-  
Canzlisten Menzel (Neue genealog. histor. Nachrichten,  
Th. 107, S. 953) nur Kerorſion.
22. KrankenBesuchAnſtalten in Hamburg, beſchrieben  
von Hrn. Licent. Gänther — 163
23. Von Pfund Hältern; zur deutschen MünzGeſchichte  
im MittelAlter — 167
24. Fünf Perioden des ruſſiſchen Rubels; ganz verſchie-  
dener Werth des jetzigen Silber- und PapierRubels 180  
S. 123, dormaliger Preis des Q: Verbesserung  
eines erheblichen Fehlers.
25. Dermalige Diſpute zwiſchen dem deutſchen Reichs  
und der franzzöſ. NationalVerſammlung — 186  
I. Peyſſonnets Mémoire. II. Examen dieſes  
Memoires, von dem Baron von Rathſamhausen,  
S. 199. III. Eclairciſſement importants zu Gun-  
ſten der deutſchen Fürſten, S. 221. IV. Réponſe  
à la lettre adreſſée . . à l'Auteur des Conſidera-  
tions ic., S. 231. V. GegenMeinung, gedru-  
ckert in einer ReichsZeitung, S. 236.
26. VolksMenge und Einkünfte des ErzBiſtums Salz-  
burg im J. 1789 — 239  
Berichtigt unten, Heft 65, S. 38.
27. Einkünfte der Markgraſſchaft Baden — 247
28. Freiherr von Mortezinni, nun in Kopenhagen Pallini  
genannt — 251

Heft LXIII. (Auguſt 1791).

29. Proceß des Markgräfl. Schwediſchen HofMarſchalls,  
Freiherrn. von Nefſelrode, mit der KurPfälz. Regierung  
in Däſſeldorf, wegen einer angeblichen Verfälſchung 257
30. RechtsHandel zwiſchen dem OberCammerRat Nem-  
nich in Hamburg, und dem königl. dän. ſchen Gehei-  
men Rat und Canzler von Eyben in Gläcksſtadt 272

31. Forderungen des kaiserl. Reichshofkanzlei-  
Amtes und des kaiserl. Hofkassars, bei der im J. 1788 von  
dem Könige in Dänemark genommenen Belendung über  
das Herzogtum Holstein; nebst der von Königl. dänis-  
cher Seite dagegen überreichten Gegenberechnung 279
32. Getreide-Export aus Rußland in den resp. Hungers-  
Jahren 1771—1773, bloß an der Ostsee — 288
33. Etwas über deutschen Salzwerks-Betrieb. Vertei-  
digung der Hannoverschen Salzwerke. Tieren für  
Reisende, Warnungen für Reise-Beschreiber — 290  
Vergl. mit unten, Heft 65, S. 11.
34. Genaue Berechnungen von dem Ertrag der Manu-  
facturen und Fabriken, in den Herzogthümern Bergen  
und Jülich — 302
35. Finanz-Befehl der Oesterreichischen Niederlande 306
36. Vorteile, welche dem Kurhause Pfalz-Baiern, aus  
dem vorgeschlagenen Austausch des Herzogthums Baiern  
gegen die Oesterreichische Niederlande, erwachsen seyn  
würden — 320
37. Neue Constitution von Polen, 3 Maj 1791 322  
Und eine, sonst in allen Stücken so vortreffliche  
Constitution, läßt den Grundstoff der Nation,  
die Bauern, in der Leibeigenschaft; und bestimmt  
die Rechte des Städters nicht genau, ihren An-  
theil an der Gesetzgebung auf den Reichstagen be-  
treffend?
38. Rede des Landboten Kiciński auf dem polnischen  
Reichstage, über Polens vormalige schimpfliche  
Sklaverei — 349
39. Anzeige von einer in Ungern handschriftlich circulir-  
enden Aufreurschrift — 352  
Der Verf. will seinen Landsleuten weiß machen  
(S. 363), im Hannoverschen habe kein Mensch  
Eigentum &c.
40. Handel zwischen den Amerikanischen Staaten, und  
ihren benachbarten Wilden — 373

100 Dallars Prämie ausgesetzt für Jüdische  
Hirnsäute S. 378.

41. Vermischte Anzeigen. — 378

I. StadtDechant Spielberger in Mannheim, mit  
seiner alleinseligmachenden Religion. II. Su-  
bertus Schlüssel, vom Collegio medico in München  
gegen toller Hunde Biß approbirt, S. 380. III.  
Ausgang der Verhandlung des Nürnberg. Magi-  
strats mit der franzöf. Nat. Versamml., S. 381.  
(Vergl. mit unten, Heft 66, S. 201). IV.  
Hrn. Weikards Widerruf seiner Ausdrücke. V.  
Exporten der sämtlichen Amerikanischen Staaten  
im J. 1790, S. 382. VI Ausdrücke der Mu-  
nicipalität in Lyon von ihrem Könige, S. 383.

Anzeige, daß nach dem 72sten Hefte, die StaaAn-  
zeigen, auf Verlangen, einen andern Titel bekom-  
men sollen — — 384

Heft LXIV. (Oct. 1791).

42. Wille Intoleranz der katholischen Geistlichkeit in  
Ungern und Siebenbürgen, noch im J. 1791! 385

S. 400, Nachtrag und Erläuterungen, über den  
Reichstag, die Klerisei, und die Reichsstände in  
Ungern; über den Landtag, die Klerisei, die Gesetze,  
und die Intoleranz in Siebenbürgen.

43. Deduction, daß das Wort Toleranz, in Religions-  
Sachen gebraucht, meist widersinnig u. beleidigend sei 406  
S. 408, 2, 15, lies: Er kan oft nichts dafür,  
wenn er das FegFeur für ein ic.

44. Hrn. Hofr. Loskane EhrenKetzung gegen oben-Heft  
61, S. 92 — — 417  
S. 424, CammerGerichtsUrteil gegen den Fürsten  
von Neuwied.

45. Belerung aus Regensburg, daß das Oldenburgsche  
Promemoria (Heft 61, S. 112) nie überreicht worden 428

46. ReichsGutachten vom 6 Aug. 1791, wegen der Bes-  
schwerden gegen die franzöf. Nat. Versamml. 429



47. Verteidigung Westfalens. Vorschläge zur Aufhebung der dortigen harten Leibeigenschaft. Unglück der vielen *Privilegiés* in Westfalen — 434
48. Testament Friedrichs des Einzigen; 8 Jan. 1769 450
49. Aufklärung ist in Deutschland nicht durch Gewalt zu hemmen — 456
- S. 460, Commentar über die *Déclaration* des Kaisers und Königs von Preußen, in Pillnitz, das Ansuchen der französischen Prinzen betreffend. Vergl. mit einer, unten S. 511 nachgeholt, unter Kf. Leopold II Augen gedruckten Aeußerung gleichen Inhalts; auch mit Hrn. Prof. Hufelands Abhandl. über die Frage: "Ist es gut, Untersuchungen über Regierungsformen öffentlich bekannt zu machen"? in dessen Uebersetzung von Mouniers Betrachtungen über die StaatsVerfassungen, S. 3—16.
50. Sonderbarer Anwachs der *Dock-Dazies* zu Liverpool vom J. 1752—1790 — 464
51. Dänische PressfreiheitsVerordnungen: eine Fortsetzung von oben, Briefwechs. Heft 18, S. 113 464
52. Geschichte der Deutschen (gewöhnlich Sachsen genannt) in Siebenbürgen vom J. 1143—1550; und Bestand ihrer von Josef II vernichteten, aber von Leopold II wiederhergestellten Rechte — 468
53. Von der Oesterreichschen Armee, was ein Infanterist zu tragen hat, und dessen Lönung — 509
54. Coblenz, 26 Sept. 1791, von emigrierten Franzosen 510
55. Zusatz zu oben Num. 49 — 511

## Band XVII.

### Heft LXV. (Decemb. 1791).

1. Vorstellung, den Bremischen TrauerPfenning u. Dentsaler betreffend; mit der Antwort eines Mitgenossen 1
- S. 9, Plan der Göttingischen BegräbnisCasse. 2.

2. Wahnabdruck, im Oct. 1791; gegen oben Heft 63, S. 296, in Betreff der Saline zu Ehlbeck — 11
3. Revolution in Marocko, 1790: aus dem Schwedischen. Aber keine Revolution zum Besten, gedruckter Menschheit, sondern bloß zu Gunsten eines monarchischen Ungeheuers. 13
4. Salzburg, 2 Nov. 1791, gegen oben, Heft 62, S. 239 — 38
  - S. 38, Auffod-rung an Hrn. v. Justiz in Regensburg. — S. 39. Der Tadelkoll ist auch auf den ViehMärkten in Pirmasens, seit dem 18 Nov. 1791, abgeschafft.
5. KammerGerichtl. Urtheile gegen den Grafen von Schlitz gen. Görz, und den Bischof zu Paderborn 40
6. Schwedische Relation, durch welche Ueberraschung sich Banér, nach Gustaf Adolfs Tode 1632, das Com-mando über die protestantische Armee verschafft hat 42
7. Aus des Grafen v. Herzberg Abhandl. über Stats-Revolutionen. — 46
  - S. 47., Verteidigung der großen stehenden Heere.
  - S. 49, Preußen, allgemeiner FriedensStifter, und Erhalter des GleichGewichts in Europa. S. 52, des großen Mannes Urtheil über die franzöf. Revolution, die Abschaffung des ErbAdels ic.
8. Ueber die nachtheiligen Folgen der jetzigen Verfassung des KriegsStandes überhaupt, und der InfanterieCorps insbesondere — 56
  - S. 56, S. 3 und 2 von unten im Text, für, als eine, lies (als eine. — Für, gesagten (schweren Abgaben) lies, gesagten) schwere Abgaben.
  - S. 57, S. 2 der Note, für, Auswärtiger, lies, auswärtiger, oder Unterhaltung fremder Truppen im Solde.
  - S. 61, S. 9, für, Edlibat, lies, Edlibat oft mittelbar oder.
  - S. 63, S. 3, für, den Werber, lies, den Werbern.
9. Verzeichniß aller östreich. Truppen, die in letzterem TürkenKrieg gefangen worden sind — 68

10. Zur Geschichte der deutschen Pressfreiheit, aus den diesjährigen Protocollen des Kur- und Fürstl. Collegii über die Elssasser Sache — 70
11. Von St. Domingue's VolksMenge ic. in den Jahren 1785 und 1786 — 75
12. Ueber die blutigen Auftritte auf St. Domingue, und deren Veranlassung durch Feler der vorigen französischen Nat. Versammlung: aus Brissos — 84  
Die Nachrichten hierüber aus den französ. Zucker Inseln in den meisten Zeitungen, sind partiisch: sie sind von sogenannten Weissen eingesandt, die ihre braune und schwarze Mitmenschen unmenschlich behandelt haben, und nun ihre Strafe leiden.
13. Neue StatsVerfassung von OstFriesland, 16 Mai 1791 — 106
14. Beweis, daß die polnischen Bauern, auch nach der Constitution vom 3 Mai 1791, Sklaven sind 130
15. Recension des Jffland'schen TrauerSpiels, die Carden, in der Salzburger Zeitung (Vergl. S. 251) 140

### Heft LXVI. (März 1792).

16. BittSchrift des Hrn. Geh. Rats Hillmer in Berlin, wegen der Censur: und Beleuchtung derselben, aus Potsdam, im Decbr. 1791 — 137
17. Proben dänischer Pressfreiheit [und PressFechtheit], aus den Julemärker ic. — 144
18. Actenmäßiger concentrirter Bericht von der Fehde zwischen Kurpfalz und Nürnberg — 164
19. Proceß zwischen Leiningen und Nassau — 194
20. Warnendes Beispiel eines von der französ. FreiheitsSucht angesteckten deutschen Schwärmers 196  
Zusatz unten, Heft 69, S. 128.
21. ReichsStadt, Nürnberg'sche Erklärung über ihre Verhandlung mit der französ. Nat. Versammlung 201
22. Dänische Verordnung vom 16 März 1792, von Abschaffung des unmenschlichen Negerhandels — 203

23. NachtErleuchtung in Strasburg, KostenBerechnung 2c.	—	206
24. Was ist eine Ruhestörende, aufrührerische, [Demokratische], Schrift?	—	219
25. Deutscher HandFriede, eine Acte vom J. 1571	—	225
26. Den Proceß des Freihrn. von Nesselrode betreffend	—	228
27. VolksMenge von Pennsylvania	—	232
28. Geschichte der SchulDienstVerbesserungen im Hannoverischen	—	233
29. Kf. Leopolds II Gefinnungen über Publicität: aus der Hrn. Jaup und Crome Journal für Statskunde und Politik, St. 4	—	246
30. Vermischte Anzeigen; Auszüge aus Briefen: I. aus Amsterdam, S. 249. II. Mannheim, über Hrn. Jffmnds Cocarden S. 251. III. Wien S. 254. IV. Ausgang des JudenProcesses (oben Heft 60, S. 476) S. 256. V. Baltimore, Menge der Zeitungen in N. Amerika, S. 257. VI. Lausanne, Unruhen in der Waat, S. 257 VII. HessenCasselsches Verbot aller demokratischen Blätter S. 259. VIII. Unruhen in Graubünden, S. 260	—	—
31. Fehiger 4facher GoldCours in dem Vereinten N. Amerika	—	266

Heft LXVII. (Jun. 1792).

32. Grundlinien einer Geschichte der deutschen Länd-Stände, von Hrn. Hofr. Häberlin in Helmstädt	—	265
33. Braunschweig, 30 März 1792: aufgehobene SteuerErhöhung	—	277
34. Vier ArtenStädte, welche Vorfälle bei der preussischen Besignierung von Ansbach und Baiern betreffen	—	279
35. Aus dem kölnischen, 2 Maj 1792: französische Emigranten	—	289

36. Hrn. D. *Frorieps* in *Bückeburg*, und anderer, DienstEntsetzung und LandesRäumung — 294
37. Beschreibung der *Kuban* — 305  
 Eine so genaue Beschreibung eines, in neueren Zeiten unbekannt gewordenen, aber in der alten und mittleren VölkerGeschichte ganz vorzüglich wichtigen europäischen Landes, gehöret wol unter die wichtigsten Erweiterungen der heutigen Geographie. Erst nach dem Abdruck erfur der Hr. Uebersetzer und ich, daß das meiste davon sich bereits in der neuesten Ausgabe der *Büschingschen* ErdBeschreibung von Rußland finde: doch wird man beim Vergleich erhebliche Verschiedenheiten finden.
38. Gar sonderbarer Versuch der Geistlichen in Graubündten, sich durch eine Art von Interdict, höhere Besoldung zu erzwingen — 326  
 S. 343, wie einer in Graubündten ein Seelsorger wird!
39. Berechnungen über das allgemeine Krankenzhaus in *Wien* — 349
40. Unterscheid zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat — 354  
 Zu S. 354, Z. 14 von unten: noch deutlicher, der Unterscheid zwischen *principatus* und *regnum* bei den Galliern, Cæs. B. G. VII, 4.
41. Rescript des Herzogs von *Weimar* an die Universität *Jena*, 7 Jun. 1792 — 358
42. Aufklärung und Laxe [*Gährung* ist auszustreichen] — 359  
 S. 361. Ausnehmend wichtige Veränderungen in *Edinburgh* seit 30 Jahren.
43. Aus *Gustafs III* Rede bei Eröffnung des Reichstags in *Gesle*, den 27 Jan. 1792 — 386
44. Schwedische Assignate: Igl. Verordnung vom 16 März 1792 — 387
45. *Gustafs III* Verbot, nichts von der franzöf. Revolution zu publiciren, 25 Febr. 1790 — 390
46. Hrn. *Canonicus Goffaux* in *Hildesheim* betreffend — 391  
 47.

47. Auch deutsche Rthlr. in Moskau gestempelt, theils  
Rubel gab: zugleich ein dankbares Recepiß — 392

### Hest LXVIII. (Septemb. 1792).

#### Schwedische KönigsMörder \* und Revolus- tionsmacher, aus Acten. Einleitung 393

48. Obristlieut. *Liljehorn*, verhört den 18, 28, und 29  
März, 1, 11, 17, und 19 Apr. — 394
49. Capit. Graf *Ribbing*, den 25 März — 425
50. CammerJunker Graf *Horn*, den 22, 23, und 30 März 432
51. Lieutenant Baron *Ehrensvärd*, 29 März u. 2 Apr. 443
52. Major von *Hartmannsdorff*, den 2 Apr. 450
53. Bericht des ersten kdnigl. Stallmeisters von *Essen*,  
wie es bei dem KönigsMorde selbst hergegangen,  
vom 18 März — 458
54. Beil. Baron *Thure Bjelke*, SelbstMörder, den 23  
März: Bericht des HofPred. *Lehnberg* 461
55. Der sämtlichen RStände Beschluß vom 24. Febr.,  
und der drei unablichen Stände BeiAbschied vom 23  
Febr., auf dem RTag in Gese — 470
56. Gustafs III Testamente, vom 19 Maj 1780, und  
1 Jun. 1789 — 481
57. Verabschiedeter Cap. ANKARSTRÖM, vom 17, 18  
März, und 3 Apr.: samt dem Gange der ganzen  
Untersuchung vom 17 März bis 3 Apr. nach der  
Zeitfolge — 393

\* Auffallend viel Aenliches mit der Pisonischen Verschwörung  
(nur daß hier kein Nero war), beim TACIT, Annal. XV.  
48—73.

## Band XVIII.

### Hest LXIX. (Decemb. 1792).

1. Briefe aus Ungern, vom Jan. bis Sept. 1792, 3  
Verteidigung der Rechte der Geistlichkeit, S. 4  
Be

Betrachtung der Siebenbürger Deutschen, S. 8. Feler im ContributionsSystem, AdelsDruck, S. 10. — Recht des Stats auf die geistl. Güter, ungleiche Repräsentation auf dem Rtage, S. 14.		
2. Vom Handel des Königr. Ungern, vom Gr. <i>Almády</i> S. 33, Ungr. Im- u. ExportenListen vom J. 1783.		16
3. Repartition des Ungr. KrönungsGeschenkes 1790		35
4. IndustrieSchulen auf dem Lande in Mecklenburg 1792		39
5. Streit zwischen den schwed. Pommerschen LandStän- den und dem neuen Könige, über den SchuldigungsEid		43
6. <i>Homer</i> und <i>Aristoteles</i> , aus dem politischen Gesicht- Punkte betrachtet, von <i>Barlow</i> <i>Homer</i> hat noch eine andre politische Sünde auf sich: er hat zuerst <i>originem majestatis a Deo</i> ( <i>Iliad.</i> <i>A. v. 279, B. v. 196 &amp;c.</i> ) aufgebracht.		51
7. Fortwährende Insolvenz in Ungern	—	52
8. Anfragen und Bitten, die Schatzkammer betreffend, vom Bar. <i>Sinclair</i>	—	64
9. BürgerStand gegen Abel in Rußland 1790		65
10. Noch etwas über deutsche Blöcker	—	84
11. Vom russischkaiserl. ReichsArchiv in Moskau &c.		87
12. Geschichte der Tortur in Deutschland und im Nor- den, von <i>Dreyer</i> Vergl. mit Berlin. <i>MonatSchr.</i> 1783, Aug. S. 115, "über die Veranlassungen zur Einführung der Tortur, von <i>Eberhard</i> . Und wegen der Kö- senCammer S. 96. <i>Mo'ser</i> über Regenten, Regi- rung, und Ministers (Frankf. 1784), S. 380.		89
13. Die Bürger von Frankfurt an den General <i>Custine</i> Ein Ehrenvolles Denkmal deutscher Denkmals- Art, unterschrieben von 6000 Bürgern.		96
14. Ob Mainz je eine deutsche ReichsStadt gewesen? Argumente pro und contra, von <i>Lang</i>	—	99
15. Neue Constitution der <i>Onoda</i> , einer IrakenNation, vom 25 Oct. 1788	—	115
		16

16. Aus InhaltVerbst: Ausschreiben wegen eines Bus-  
Tages; Verbot, dem reisenden Fürsten nachzulaufen;  
Urteil gegen den Geh. HK. Hofe — — 124
17. Der Rippische CammerPräsident von Hoffmann, ges-  
rechtfertigt — — 107
18. Verbannung des Mr. "GLABACHE, cidevant  
Secrétaire aux services du . . . . anglois mainte-  
nant Citoyen françois & Jacobin. Vive la liberté!  
Ca va" — — 128

So unterschreibt sich derselbe in einem Brief aus  
"Utopia l'an-1, de la republique françoise. Die No-  
te oben StarsAnz. H. 66, S. 197, beaght ihm nicht:  
aber (setzt er hinzu) "je me scaurai consoler de votre  
disgrace dans les bras d'une jolie Françoise",

## Heft LXX. (April 1793).

### Schwedische KönigsMörder, Fortsetzung von Heft LXVIII:

19. Bekäntnisse des CanzleiRats Jac. von Engeström 129
20. Unglaubliche Behauptung des Adels in Ripp: Det-  
mold, noch im Dec. 1792! daß er, seiner Steuer-  
Freiheit wegen, zum ReichsKrieg nichts beitragen  
dürfe (die gesunde Verheit hat gesiegt, unten S. 559) 166
- Wie steht dagegen nicht der jetzige Hildesheimi-  
sche Adel, zu seiner wahren Ehre, ab!
21. Bekäntnisse des Secret. Joh. v. Engeström 173
22. Briefe aus Aachen, von einem AugenZeugen, über  
die dasigen Vorfälle vom 5 Febr. bis 3 März d. J. 197
23. Längnungen des 72jährigen, Gen. Maj. Facklin 216
- Nachschrift. Anzeige, was von dem schwed.  
KönigsMord, in dem 72 QuartBogen starken ge-  
druckten Protocoll des HofGerichts, enthalten ist.
- Die Acten über den franzöf. KönigsMord, über-  
lasse ich dem histor. polit. Magazin, wo bereits  
damit ein genutgender Anfang gemacht worden ist.



## Heft LXXI. (Jul. 1793).

24. Beweis, daß die königl. Preussische allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, bis höchstens 1803, barmherzig machen müsse: vom Sen. Ritter in Göttingen 249
25. Vorschläge der VierMänner in Zelle an ihre Landschaft, gegen die Steuerfreiheit des Adels, und den verweigerten *Compte rendu* der Stände: samt der Antwort der Stände — — 255
26. Modelle von Preussischen VotaListen vom J. 1786 260
27. Vorstellung der protestantischen LandStände in Hildesheim, gegen das im Lande dominirende winzige katholische Häuflein, vom März 1793 — 266  
Unglaublich! Aber die Uete ist ächt.
28. Ueber GeldStrafen auf Universitäten, und eine damit zu Göttingen gemachte Veränderung — 288
29. Juden in Göttingen, eingeschränkt — — 294
30. Vorstellung in KurSachsen des Tiers-Erats [des Volkes] gegen den Adel, vom Jan. 1793. — 296  
Ein vorsichtiger Auszug aus 3, mir von verschiedenen Orten her zugekommenen Abschriften.
31. Ablass [*Suapor*] in Aachen, noch im J. 1793 — 303
32. Votum Capituli S. *Mauritii* in Hildesheim beim LandTage 1792 — — 307  
S. 311. Zweifel gegen manche Stände unserer Zeiten: die nicht *mer ex officio* Wächter der Freiheit, sondern selbst drückende Aristokraten, in Macht u. Nebel gehüllt, sind.
33. Von unzeitigen, mit unter böshaftern, Anseers-Schreibern, einem Fiscal in Bückeburg, und einem Amtmann im Weimarschen — — 315  
S. 335. Classification der Clubbisten in Mainz. Selbst die Bösewichter darunter verdienen Mitleid, weil sie den Franzosen bloß als Hanswürste gedient haben.
34. Königl. Preuss. Urtheil über den SuccessionsStreit wegen des Markgräf. Schwedischen alten *Allodii* . 348

35. Verteidigung des Lippe-Deboldschen Adels gegen oben Heft 70. S. 166	359
36. Zwist in Mecklenburg über das zu stellende Reichs- Contingent; nicht mit dem Adel, sondern mit dem Landesherrn	356
37. Actenmäßiger Bericht von der (ganz ruhig, mu- sterhaft für Beamte und Bauern, vollzogenen) Recrus- tenaushebung auf dem Lande um Göttingen	365
38. Preßzwang und Bedrückung der Protestanten in Ungern, samt GegenVorstellungen aufgeklärter Ungri- scher Landstände	370
39. Grodno, 25. Jun 1793.	379
40. Aus Zeben in OberUngern (gehört zu Num. 38)	384

### Heft LXXII. (Decemb. 1793.)

41. Proceß des Freihrn. v. Nesselrode in Düsseldorf Fortsetzung von oben, Heft 63, S. 257.	385
42. Preussische Justizverwaltung im J. 1776	391
43. Ruin der Städte im Hildesheimischen, durch die auf den Dörfern eingeschlichenen Stadtnarungen	394
44. Ursachen der 2ten Theilung von Polen 1793	399
45. Zur Geschichte des Luxus der Deutschen Höfe, des- sen Entstehung und Folgen	402
46. Zur neuesten Statskunde von Dänemark, von dem Grafen v. Schmettow	411
47. Verschiedene Taxe europäischer Menschen in Ameri- ka	416
48. Fischereien in Amerika	418
49. Sanfte Reform in Hildesheim, musterhaft für deut- sche kleine und große Stäten	418
50. Ueber die jährige Distribution der Kriegssteuer in Mecklenburg (Errata s. unten S. 556)	436
51. Von den französischen Assignats	447
52. FinanzWesen und NemterOligarchie in Nürnberg	448
	53.

53. Proceß des Buchdruckers Unger in Berlin, gegen den OConfiſt. R. Zöllner, in CensurAngelegenheiten	453
54. Detmold, 3 Sept. 1793: Verteidigung gegen oben, Heft 71, S. . .	465
55. Landesfürstl. ParitorRescript an die Stadt Rostok, wegen der KriegsSteuer	475
56. JurisdictionConflictus in Gränztadt, 28 Sept. 1793	482
57. Vorschläge zur bürgerl. Verbesserung der Juden	482
58. Versuch, einen gegen Reisende ungesitteten Postmeister gesittet zu machen	503

### A n h a n g

59. KurSächsisches Mandat wegen Qualificirung junger Leute zu künftiger Dienstleistung, vom 27 Febr.	513
60. Klagen aufgekärter Ungern über Preßzwang: zu oben Heft 71, S. 373	521
61. Einziger Grund der Steuerfreiheit des Adels	531
62. Vorschlag zur Einrichtung des Belgischen FinanzWesens und Berichtigung von oben, Heft 62, S. 314	544
63. Disputen in Mecklenburg über die Beiträge zum ReichsContingent	551
64. Verschiedene Anzeigen	556
65. Edles Betragen des LippeDetmold'schen Adels	
Inhalt aller Hefte, von H. 61—72	561

### A n z e i g e.

Der, am Ende des 63sten Hefes getaneu Aeußerung (wieberholt hier oben S. 565), gemäß, fahrt das nächstfolgende Heft 73 die Aufschrift und Nummer,

### Neue Götting'sche StaatsAnzeigen von A. L. Schlözer, 1tes Stück.

Im Wesentlichen bleibt der Plan dieser Neuen StaatsAnzeigen völli unverändert. Auch der bisherige Preis bleibt. Nur wird die debüirende Buchhandlung, für weißeres Papier, einen besseren Druck, und vielleicht auch einen eleganteren Umschlag, Contractmäßig sorgen.

A. L. S.

Schlözer's  
**Stats-Anzeigen.**

Hest 72.  
nebst einem Anhang.

XVIII. Band.

Göttingen  
bei Ruprecht  
1793.

December.

# Inhalt.

Heft LXXII, samt dem Anhang.

E. in diesem 72sten Heft S. 575 folg.

Göttingen, 1793. Systematische Darstellung der Pfälzischen Religions-Beschwerden, nach der Lage, worinn sie jetzt sind. Vom Geh. Just. R. Passer in Göttingen. 8, 22 Bogen.

Kosloß, bei Koppe, 1793. Versuch einer Einleitung in das Mecklenburgsche Staats-Recht, von D. Eman. Friedr. Hagemistler. 8, 25 Bogen.

Stuttgart, bei Metzler, 1794. Die Pflichten und Rechte des Württembergischen Bürgers, in einem Auszug aus den Landes-Gesetzen, Grund-Verträgen etc. Ein Versuch über die Güte der Württembergischen Verfassung, von Friedr. Gaischer. 8, 17 Bogen.

Jena, 1793. Diss. de principe legibus suis obligato, von Hrn. H. R. und Prof. des Staats-Rechts Schnaubert. 40 S. in 4. Eine überaus wichtige, schon von vielen, aber noch nie so bündig, wie hier, verhandelte Materie.

Göttingen, bei Dietrich, 1794. Geschichte der Deutschen in der sächsischen Periode, von Karl Ludwig Woumann. Ister Theil, 8, 304 S.

Göttingen, bei Ruprecht, 1794. Versuch einer flüchtigen Beschreibung von Göttingen nach seiner gegenwärtigen Beschaffenheit: von Moses Rintok. 8, 216 S. Ist vorzüglich denen brauchbar, die sich hier Studirend halber eine Zeitlang aufhalten.

Dresden, bei Gerlach, 1793. Central-Plan von der jetzigen Einteilung der Kur-Sächsischen Lande in Kreise und Ämter. 2te verbesserte Auflage: gr. 8, 66 Seiten. Warum hat nicht jedes deutsche Land eine solche Landes-Beschreibung, hauptsächlich zum Gebrauch der Landes-Schulen?

Braunschweig, in der Schul-Buchhandlung, 1792. Statistische Beschreibung der Besitzungen der Holländer in Amerika. Ister Theil (von Surinam), vom Prof. Luder in Braunschweig. gr. 8, 230 S.

Weimar, im Industrie-Comtoir, 1793. Guide des VOYAGEURS en Europe, avec une carte itinéraire de l'Europe & une carte de la Suisse, von Hrn. Mat. Reubard. 8, Tome I, 824 S., Tome II, 254, und 46 S. das Zweckmäßigste Reise-Buch, das wir noch zur Zeit haben.

Gotha,

Gotha, bei *Ertinger*. Täglicher Taschenbuch für alle Stände, für das J. 1794. 8. Ueberaus bequem zum Hausgebrauch; besonders auch für die, so auf Reisen oder ins Feld gehen, um tägliche Vorfällenheiten, auch Einnahmen und Ausgaben, einzuschreiben.

Berlin, in der akadem. Kunst- und Buchhandlung, 1793. Ueber die RegierungsVerfassung des Cantons Bern: dem Französischen, mit Zusätzen. 8, 300 S.

Ehendas. Hrn. Prof. *Brunns* *Magazin* zur nähern Kenntniss des physischen und politischen Zustandes von Europa und dessen auswärtigen Colonien. gr. 8, 1792 und 1793. 1ter und 2ter Band, jeder von 3 Stücken, das Stück von 12 Bogen. 3ter Band, 2 Stücke, jedes von 6 Bogen.

Ehendas. *Italien und Deutschland*, in Rücksicht auf Sitten, Gebräuche, Litteratur und Kunst: herausgegeben von *Moritz* und *Hirt*, 1779—1793. 1ter Band, 4 Stücke, jedes von 6 Bogen. 2ter Band, 1stes Stück, von *Moritz* allein, und nach dessen Tode von Ungenannten fortgesetzt.

Altona, bei *Hammerich*, 1793. Andenken an *OEDER* (mit dessen Bildniss) von *Halem*. kl. 8, 168 S.

Hamburg, bei *Tyeder*, 1792. Ueber die der Stadt Hamburg in jetzigen Zeitumständen notwendig werdende Erweiterung; von Hrn. Prof. *Bäsch*. 8, 31 S.

Leipzig, bei *Waidmann*, 1793. Hrn. *Meusels* *Bibliotheca historica*, Vol. VI, P. II. 366 S. Anfang der französischen Historiographie.

1793. Etwas über Verbrechen und Strafen derjenigen, welche während der Anwesenheit der Franzosen, in den von ihnen eroberten Ländern, Anteil an ihren Grundsätzen und Einrichtungen namen. 1te Auflage, 8, 29 S.

Frankfurt, bei *Macklot*, 1794. Versuch einer Apologie der deutschen Bürger und Landrente, welche nach der Franzosen Verlangen, und gezwungen, den FreiheitsLid geleistet haben: von *Isaac Maur*, *Bauernmann* in *Bodenheim*. Dem *Markgrafen* zu *Baden* dedicirt. 8, 27 S.

Germanien, 1793. Ein Wort an Deutschland, von *Philopatri*. 8, 28 S. — Frankfurt, bei *Zsler*, 1794. Ueber die HandelsBilanzen zwischen Deutschland und Frankreich. 8, 44 S. — 1794. Ueber die Aufhebung alles Land- und Gewandels mit Frankreich, und über die daraus für die übrigen Staaten, besonders für Deutschland, entspringende so heilsame Folgen. 4, 20 S.